

BRAUNBUCH

Kriegs-und Nazi- verbrecher in

DER BUNDESREPUBLIK

STAAT

WIRTSCHAFT

VERWALTUNG

ARMEE

JUSTIZ

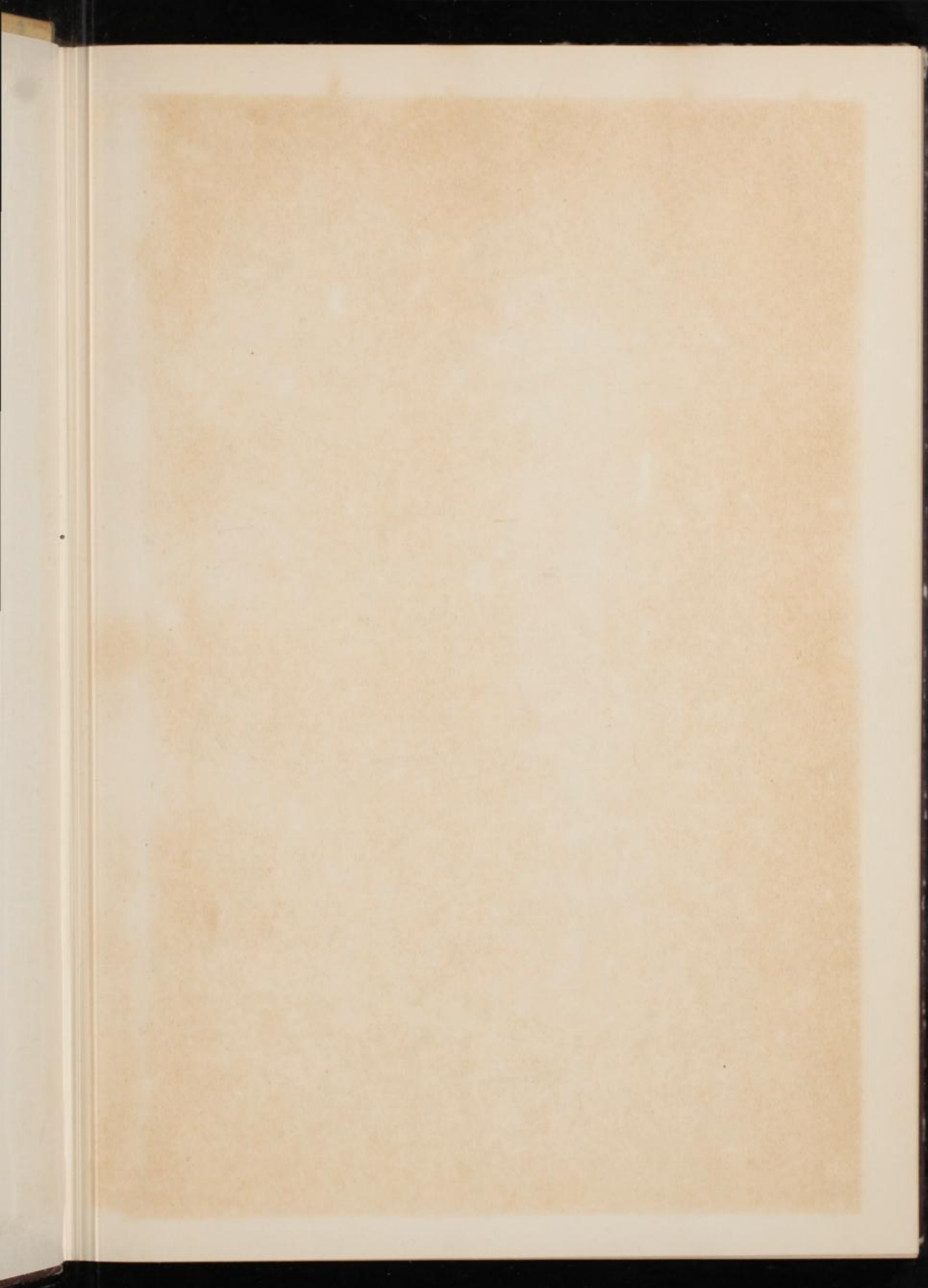
WISSENSCHAFT

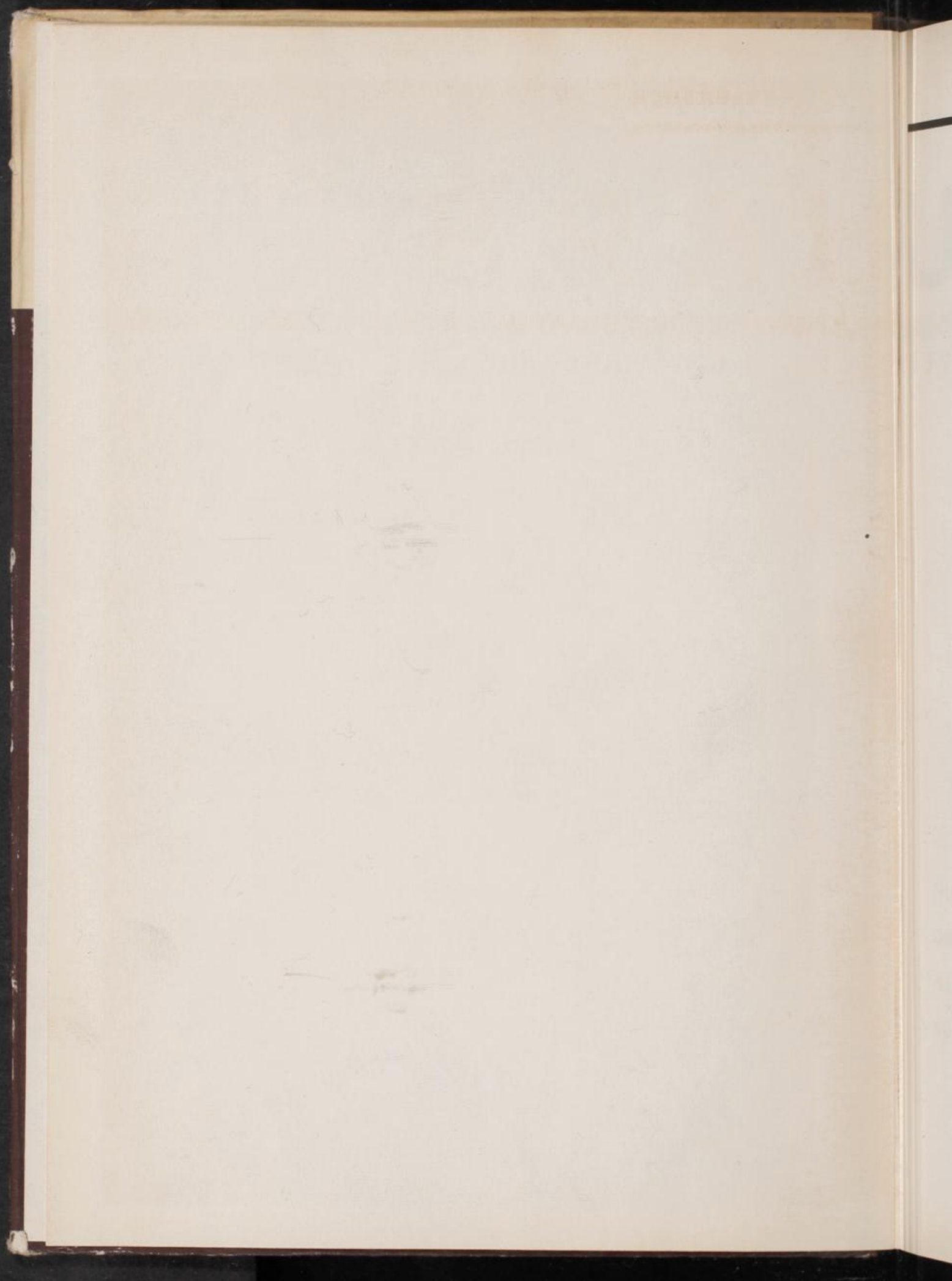
OSR 486

UB GIESSEN



27 012 086





BRAUN

KRIEGS- UND NAZIVER BRECH

HERAUSGEBER:

NATIONALRAT DER NATIONALEN FRONT
DES DEMOKRATISCHEN DEUTSCHLAND
DOKUMENTATIONSZENTRUM DER STAAT-
LICHEN ARCHIVVERWALTUNG DER DDR

STAAT
DER
DEUT
REPU
BERLI

UNBUCH

IVER RECHER IN DER BUNDESREPUBLIK

STAAT

WIRTSCHAFT

ARMEE

VERWALTUNG

JUSTIZ

WISSENSCHAFT

STAATSVERLAG

DER

DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN

REPUBLIK

BERLIN 1965

Heike Duill
Marianne Groß
Breidensteiner Weg 74
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon 069/7893368

Inhalt

27 012 086

Univ.-Bibl. Giessen

5	<i>Vorwort</i>
11	<i>Die Rüstungsmonopole erneut am Hebel der Macht</i>
11	Auftraggeber und Nutznießer des Hitler-Regimes
25	Erneut am Hebel der Macht
37	Marionetten der Monopole
45	Was sie waren – was sie wurden
55	<i>Gestapo, SS und SD in Staat und Wirtschaft</i>
66	Die Amtschefs Himmlers und seine Sonderbevollmächtigten
75	SS-Mörder von A (Auerswald) bis Z (Zirpins)
91	Angehörige der Gestapo, des SD und der SS in der Westberliner Polizei
95	<i>Die Auferstehung der Terrorjustiz</i>
106	Sie fällten Bluturteile
121	Ein feingesponnenes Netz
126	Nazi-Juristen prägen die Bonner Justiz
165	<i>Hitlers Generalstab kommandiert die Bonner Armee</i>
173	Heinz Trettner – ein Kriegsverbrecher an der Spitze der Bundeswehr
177	Johann Adolf von Kielmansegg – ein nazistischer Aggressionsoffizier befiehlt NATO-Verbände
181	Hitlers treueste Generale schufen die Bundeswehr
186	Gefolgsleute Hitlers bis fünf Minuten nach zwölf
196	Bonns Generale waren Hitlers Generale
203	<i>Diplomaten Ribbentrops im Auswärtigen Dienst Bonns</i>
216	Die Stützen der aggressiven Bonner Außenpolitik
221	Sie besetzen Bonns Auslandsvertretungen
232	Ribbentrop-Diplomaten im Auswärtigen Dienst
249	<i>Die Verlechter der westdeutschen Revanchepolitik</i>
254	1945 Kriegsverbrecher – 1965 Revanchistenführer
276	Hitlers 5. Kolonne – Bonner Revanchistenführer
285	<i>Geistige Väter des Völkermords vergiften wieder die Öffentlichkeit</i>
292	Sie prägen das geistige Gesicht des Bonner Staates
312	Neofaschismus in Millionenaufgaben
318	Braune Professoren und NS-Ideologen in Westdeutschland
322	<i>Namensverzeichnis</i>

VORWORT

Im Mai 1965 jährte sich zum 20. Male der Tag der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges und der faschistischen Barbarei.

Der opferreiche Kampf der in der Anti-Hitler-Koalition vereinten Völker, dessen Hauptlast die Sowjetunion trug, endete mit der völligen Niederlage des faschistischen Aggressors, mit dem totalen Zusammenbruch eines Systems, das durch eine Kette von Angriffsakten und militärischen Überfällen, durch eine Herrschaft des Terrors und der Willkür, durch Massenmorde und schwerste Kriegsverbrechen den Tod von 55 Millionen Menschen verschuldete.

Der Begriff „Kriegs- und Naziverbrechen“ war zum Synonym für Völkermord, Barbarei und Sadismus geworden, und die Regierungen der Anti-Hitler-Koalition drückten das Empfinden und die Forderungen der ganzen friedliebenden Menschheit aus, als sie in der Krim-Deklaration verkündeten:

„Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen...“

Die DDR machte die Ziele der antifaschistischen Widerstandsbewegung und der Anti-Hitler-Koalition, die im Potsdamer Abkommen ihren Ausdruck fanden, zur Richtschnur ihres Handelns. Aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens wurden jene Kräfte entfernt, die den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und die Völker Europas in Krieg und Elend stürzten. Das lag ebenso im Interesse des Friedens und der Sicherheit der europäischen Nachbarvölker als im Interesse des deutschen Volkes.

Die DDR erfüllte den Auftrag des deutschen Volkes und der Völker der Welt, alle Kriegs- und Naziverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen. In der Zeit vom Mai 1945 bis Dezember 1964 wurden in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR insgesamt

16 572 Personen wegen Beteiligung an Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechen angeklagt.

Davon wurden

12 807 verurteilt,

1 578 freigesprochen. Die Verfahren gegen

2 187 Angeklagte wurde wegen Abwesenheit, Tod oder auf Grund des von der Sowjetischen Militär-Administration erlassenen Amnestiebefehls Nr. 43/48 vom 18. März 1948 eingestellt, da keine höhere Freiheitsstrafe als ein Jahr zu erwarten war.

Von den 12 807 gerichtlich zur Verantwortung gezogenen Personen wurden 118 zum Tode, 231 zu lebenslangem Zuchthaus und 5088 zu einer höheren Freiheitsstrafe als 3 Jahre verurteilt.

20 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, 20 Jahre nach dem Beginn des Nürnberger Völkertribunals gegen die Hauptkriegsverbrecher steht die Welt jedoch vor der Tatsache, daß in der westdeutschen Bundesrepublik zu Tausenden Verantwortliche für Nazi- und Kriegsverbrechen nicht nur unbestraft blieben, sondern führende Positionen in Wirtschaft, Staat, in der Bundeswehr und Polizei, in Bildungseinrichtungen sowie in Verlagen und in den Massenmedien einnehmen. Die westdeutsche Regierung setzte sich rigoros über die gerechten Forderungen aller Völker hinweg, mißachtete das Potsdamer Abkommen und die Nürnberger Rechtssprechung, stellte die Verfolgung der Kriegsverbrecher unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik fast völlig ein und beförderte Hauptschuldige und Hintermänner der schlimmsten Naziverbrechen in entscheidende Staatsstellungen.

Obwohl nach 1945 der weitaus größte Teil der Kriegs- und Naziverbrecher in die westlichen Besatzungszonen flüchtete, wurden in der westdeutschen Bundesrepublik, deren Bevölkerungszahl dreimal so groß ist wie die der DDR, bis zum 1. Januar 1964 nur 12 457 Personen angeklagt. Bis März 1965 wurden von den Gerichten der Bundesrepublik nur 6100 Personen rechtskräftig verurteilt, in über 7000 Fällen erging Freispruch, wurde das Verfahren eingestellt oder die Hauptverhandlung gar nicht erst eröffnet. In den Fällen aber, in denen eine Verurteilung erfolgte, standen die Urteile in der Regel in keinem Verhältnis zur Straftat. Von 6100 verurteilten Naziverbrechern und Massenmördern wurden nur 80 zur Höchststrafe (9 zum Tode, 71 zu lebenslänglichem Zuchthaus) verurteilt!

Wenn in den letzten Jahren – nach langer Pause – in der Bundesrepublik wieder einige Verfahren gegen Nazi-Massenmörder stattfinden, so muß dazu festgestellt werden: Erstens erfolgen sie unter dem Druck der Enthüllungen der DDR und nur in solchen Fällen, in denen die internationale Empörung der westdeutschen Justiz keine andere Möglichkeit läßt. Zweitens richten sie sich fast ausschließlich gegen die untersten Chargen der SS- und KZ-Mörder, während die hochgestellten Schreibtischmörder und Hintermänner verschont bleiben. Drittens schließlich ergehen auch in diesen Verfahren haarsträubend milde Urteile, so daß sogar Eichmann-Mitarbeiter, wie die SS-Führer *H u n s c h e* und *K r u m e y*, die an der Deportation und Ermordung von Hunderttausenden ungarischen Juden mitwirkten, 1964 in Frankfurt/Main freigesprochen bzw.

mit Bagatellstrafen belegt wurden. Diese Verfahren ändern nichts daran, daß Westdeutschland heute ein Paradies für Nazi- und Kriegsverbrecher ist.

Dieses Braunbuch enthält – als eine erste, noch unvollständige Zusammenfassung – die Namen von über 1800 schwerbelasteten führenden Nazi-Funktionären und Kriegsverbrechern, die sich heute ungehindert in entscheidenden Stellungen des westdeutschen Staats- und Wirtschaftsapparat betätigen oder aber hohe Staatspensionen für ihre „verdienstvolle“ Tätigkeit im „Dritten Reich“ beziehen.

Das Braunbuch weist nach: Zu den Stützen der Hitler-Diktatur, den Wegbereitern und Nutznießern der Judenverfolgung, den Organisatoren und Kommandeuren der Überfälle auf fast alle Länder Europas, zu den überführten Mördern von Antifaschisten und Widerstandskämpfern, die heute in Westdeutschland wieder tätig sind, zählen allein

15 Minister und Staatssekretäre der Bundesrepublik,

100 Generale und Admirale der Bundeswehr,

828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter,

245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate,

297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.

Experten des barbarischen Terrors in den besetzten Ostgebieten, wie Karl Friedrich Vialon, sind Staatssekretäre. Mördergenerale, wie General T r e t t n e r, befehligen die Bundeswehr. Naziblutrichter, die Hunderte Todesurteile fällten, beherrschen die Justiz. Ja, als höchster Repräsentant der Bundesrepublik fungiert mit Heinrich L ü b k e ein Mann, der sich bei der Verwirklichung der geheimsten Rüstungsvorhaben der obersten Nazi-Führung hervortat und als Bauleiter des Göring-Himmler-Speer'schen Jägerstabes an der Ermordung vieler Hundert KZ-Häftlinge mitschuldig wurde.

Dieses Braunbuch enthält ausschließlich die Namen solcher Personen, die durch ihre f ü h r e n d e Tätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der nazistischen Verbrechen und Aggressionsakte tatsächlich schwer belastet sind und entweder unmittelbar an Massenhorden teilgenommen, dafür die Befehle erteilt oder sie als intellektuelle Urheber vorbereitet haben. Es wurde bewußt darauf verzichtet, auch solche durchaus nicht unbelasteten Personen aufzunehmen, wie den westdeutschen Regierungschef Ludwig E r h a r d oder den CSU-Vorsitzenden Franz Josef S t r a u ß, obwohl der eine als Wirtschaftsexperte und als Berater des Nazi-Gauleiters B ü r c k e l im Saargebiet und der andere als NS-Führungsoffizier das Hitler-Regime aktiv unterstützt hat.

Selbstverständlich enthält das Braunbuch keine Namen nomineller Mitglieder der NSDAP. Die DDR hat immer konsequent zwischen der Millionenzahl ehemaliger Mitglieder der Naziorganisationen unterschieden, die selber irregeführt und betrogen wurden, und jener abscheulichen Gruppe von Hinter-

männern, Initiatoren und Profiteuren der Naziverbrechen. Wir denken nicht daran, irgend jemandem, der einmal einen politischen Irrtum beging, inzwischen aber längst seinen Fehler erkannt und einen neuen Weg beschritten hat, aus seiner Vergangenheit einen Vorwurf zu machen – schon gar nicht 20 Jahre danach.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die Bonner Regierung die hier aufgeführten Naziverbrecher nicht etwa in Unkenntnis, sondern im Gegenteil in voller Kenntnis ihrer Vergangenheit in ihre gegenwärtigen Stellungen berief. Im Braunbuch wird anhand vieler Beispiele exakt nachgewiesen, seit wieviel Jahren die Belastungsmaterialien über den Betreffenden in Bonn bekannt sind.

Die DDR hat es stets als ihr Recht und ihre Pflicht angesehen, die Öffentlichkeit über die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland zu informieren und ihren Teil dazu beizutragen, daß die Vergangenheit in ganz Deutschland bewältigt wird. Seit 1955 nannte die DDR auf zahlreichen Pressekonferenzen die Namen von insgesamt 1310 ehemaligen Juristen der nazistischen Ausnahme-gerichte, die in Westdeutschland wieder zu Amt und Würden kamen. Den west-deutschen Justizbehörden wurden seit 1959, nachdem sie sich jahrelang dagegen sträubten, insgesamt 1580 Todesurteile übermittelt, an denen in Westdeutschland tätige Juristen während der Nazi-Zeit mitwirkten. Ferner wurden 4000 Dokumente, Personalakten usw. über andere Nazi- und Kriegsverbrecher übergeben oder übersandt. In 113 Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher in Westdeutschland leistete die DDR mit Dokumenten, Zeugen und Sachverständigen Rechtshilfe, um zur Aufdeckung der vollen Wahrheit beizutragen.

Die Ursache für die Nichtverfolgung und Wiederverwendung von Kriegs- und Naziverbrechern in Westdeutschland besteht also nicht darin, daß den Bonner Behörden die Belastungsdokumente unbekannt wären oder vorenthalten würden. Die Nichtverfolgung und Wiederverwendung von Nazi- und Kriegsverbrechern ist auch kein Zufall. Sie ist vielmehr Bestandteil der Politik der Bonner Regierung, die auf die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, auf die Veränderung der Grenzen gerichtet ist. Die letzte Ursache für die Wiederverwendung der Nazi- und Kriegsverbrecher liegt darin, daß im west-deutschen Staat die gleichen verhängnisvollen Kräfte der Rüstungsindustrie Politik und Wirtschaft in den Händen haben, die Hitler zur Macht brachten, den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und heute Revanche für ihre Niederlage nehmen und erneut die Grenzen der Nachbarstaaten überrennen wollen. Weil diese Kräfte heute die gleiche verderbliche Politik wie zur Zeit des Faschismus zu betreiben versuchen, bedienen sie sich der gleichen faschistischen Verbrecher. Weil die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus, die Machtkonzentration in den Händen der Rüstungsmonopole, in Westdeutschland nicht beseitigt wurden, deshalb werden die Naziverbrecher rehabilitiert.

Das ist der Grund, weshalb durch das berüchtigte 131er-Gesetz den westdeutschen Behörden seit 1951 die Wiedereinstellung der ehemaligen Nazi-Beamten auf allen Ebenen zur Pflicht gemacht wurde.

Das ist der Grund, weshalb Bonn schon am 8. Mai 1960 die Masse der Nazi- und Kriegsverbrechen als „Totschlags“-Verbrechen wegen „Verjährung“ außer Strafverfolgung gesetzt hat.

Das ist der Grund, weshalb die Bundesregierung den Beschluß faßte, daß auch die schlimmsten Nazi-Massenmorde am 8. Mai 1965 verjähren sollten, was nur durch die internationale Protestbewegung verhindert wurde.

Das ist schließlich der Grund für den Beschluß des Bonner Bundestages vom 25. März 1965, ungeachtet der Weltproteste die Verjährung der Nazi-Mordtaten lediglich um 4 Jahre zu verschieben und einen Amnestieparagrafen für „Befehlsthäter“ vorzubereiten.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus sind heute Haupt-einpeitscher der Bonner Revanchepolitik.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus erarbeiten und praktizieren heute die Notstandsgesetze, die zwecks Vorbereitung der Aggression nach außen die demokratischen Rechte im Innern vernichten sollen.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus fordern heute Mitspracherecht und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, um andere Mächte in ihre Kriegsabenteuer gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder hineinzuziehen.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus entfesseln heute in der Bundesrepublik eine Welle des Nationalismus und Chauvinismus, um die Bevölkerung für diese Pläne reif zu machen.

Das Braunbuch beweist: Hunderte von Kriegs- und Naziverbrechern, deren Beteiligung an gemeinen und blutigen Verbrechen bekannt und dokumentarisch belegt ist, sind in der Bundesrepublik nicht zur Verantwortung gezogen worden. Hunderte von Kriegs- und Naziverbrechern nehmen exponierte Stellen im Staatsapparat und im gesellschaftlichen Leben Westdeutschlands ein. Die Herrschaft dieser Kräfte in Bonn, die keine Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben, ist eine Gefahr für den Frieden der Welt. Diese Kräfte des Neonazismus und Revanchismus arbeiten heute mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus darauf hin, um der Interessen einer kleinen Gruppe von Rüstungsgewaltigen und Militaristen willen die Welt in einen Atomkrieg zu stürzen.

Der Kampf für die gerechte Bestrafung aller Nazi- und Kriegsverbrecher, für die Entfernung ehemals führender Faschisten aus leitenden Positionen des westdeutschen Staatsapparates ist deshalb ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für Frieden und Entspannung. Wem Frieden und Sicherheit am Herzen liegen,

der fordert gemeinsam mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften der ganzen Welt:

Anerkennung des völkerrechtlichen Prinzips der Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen durch die Bonner Regierung!

Gerechte Bestrafung aller Nazi- und Kriegsverbrecher entsprechend der Schwere ihrer Tat!

Ausschaltung der schuldbeladenen Kräfte der Vergangenheit aus den führenden Positionen in Politik und Wirtschaft der westdeutschen Bundesrepublik!

Schluß mit der Bonner Politik der Grenzforderungen, der Notstandsgesetze und der atomaren Kriegsvorbereitung!

Auch in Westdeutschland muß die Befreiung vom Faschismus und Militarismus, die am 8. Mai 1945 eingeleitet, aber dort wieder rückgängig gemacht wurde, endlich vollendet werden.

Berlin, im Juli 1965

Die Herausgeber

DIE RÜSTUNGSMONOPOLE ERNEUT AM HEBEL DER MACHT

Auftraggeber und Nutznießer des Hitler-Regimes

Um viele Jahrzehnte eines glücklichen Lebens ist das deutsche Volk betrogen worden. Immer wieder wurde es in den Teufelskreis Konjunktur-Krise-Krieg hineingetrieben. Im Verlauf der letzten 50 Jahre gingen von deutschem Boden zwei verheerende Kriege aus, in denen 65 Millionen Menschen den Tod fanden.

Wer brachte der Welt solches Unheil? Wer trägt die Hauptschuld an den millionenfachen Verbrechen?

Dieses Unheil kommt auf das Konto des eroberungswütigen deutschen Imperialismus. Die Rüstungsmonopole und Großbanken – IG-Farben, Flick, Thyssen, AEG, Siemens, Krupp, Haniel, die Deutsche Bank, die Dresdener Bank, die Commerz-Bank u. a. –, sie bestimmten maßgeblich die Politik des Hitler-Regimes und sind hauptverantwortlich für die Kriegs- und Nazi-verbrechen.

HITLER ZUR MACHT VERHOLFEN

Von den Herren der Banken und Konzerne erhielt die Nazi-Bewegung Millionenbeträge zur Finanzierung ihrer Wahlen und zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch faschistische Terrorbanden. Als Gegenleistung erwarteten sie von Hitler lohnende Rüstungsgeschäfte.

Lange vor 1933 bereiteten die Rüstungsmonopole die Hitler-Diktatur vor. Emil Kirdorf, Gründer und langjähriger Leiter des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikats, schrieb am 31. Januar 1934 in der „Preußischen Zeitung“:

„Im Jahre 1927 bin ich zum ersten Male mit dem Führer zusammengekommen... In der Erkenntnis, daß nur die Politik Adolf Hitlers zum Ziele führen werde, habe ich mich in der Folgezeit ganz seiner Bewegung zur Verfügung gestellt. Kurz nach der Münchener Unterredung fanden dann als Auswirkung der vom Führer verfaßten und von mir verbreiteten Broschüre mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten des Industriereviere statt, in denen dann Adolf Hitler in knappen und klaren Worten seine Ansicht darlegte.“

Das Ergebnis der Übereinkunft mit Hitler: Die Kohlesyndikate führten 5 Pfennig vom Verkaufserlös jeder Tonne Kohle an die Nazi-Partei ab. Durch diese Zahlungen erhielt die Hitler-Partei schon vor 1933 jährlich 6 150 000 Reichsmark allein vom Kohlesyndikat!

Das starke Interesse, das die Konzernherren an der Errichtung der faschistischen Diktatur hatten, wurde auch bei der Zusammenkunft Hitlers mit den Rhein- und Ruhrindustriellen im Industrieklub Düsseldorf am 27. Januar 1932 deutlich. Über diese Zusammenkunft schrieb Fritz Thyssen in seinem 1941 erschienenen Buch „Ich bezahlte Hitler“:

„... praktisch führte ich die Verbindung zwischen Hitler und den maßgeblichen rheinisch-westfälischen Industriellen herbei. Es ist allgemein bekannt, daß am 27. Januar 1932 – ein Jahr, bevor er die Macht ergriff – Adolf Hitler eine zweieinhalbstündige Rede vor dem Industrieklub Düsseldorf hielt. Diese Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen, und als Ergebnis floß eine Zahl von bedeutenden Zuwendungen aus den Quellen der Schwerindustrie in die Kassen der NSDAP... In den letzten Jahren vor der Machtergreifung leisteten die großen industriellen Verbände laufend Kontributionen.“

Als die KPD bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 einen Sieg errang (rund sechs Millionen Stimmen), die NSDAP jedoch 2 Millionen Wähler verlor, schrieb Schacht am 12. November 1932 an Hitler:

„Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft. Es scheint, als ob unser Versuch, eine Reihe von Unterschriften aus der Wirtschaft dafür zu bekommen, doch nicht ganz umsonst ist...“ (Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 42 Bände, Nürnberg 1947–1949, Bd. I, S. 196, im folgenden: IMT)

In gleichlautenden Schreiben forderten mehrere Großindustrielle und Bankherren noch im gleichen Monat vom damaligen Reichspräsidenten Hindenburg, Hitler zum Kanzler zu ernennen. (Siehe Tafel 1, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Akte Nr. 47)

Nachdem die großen Monopole Hitler an die Macht gebracht hatten, flossen noch größere Beträge in die Kassen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen. Unter dem Namen „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ (Siehe Tafel 2, Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen) stellten die kapitalistischen Unternehmer auf Initiative der großen Konzerne – insbesondere von Krupp, IG-Farben, Flick, Thyssen u. a. – der Nazi-Partei von 1933 bis 1945 jährlich über 60 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Allein die Dresdener Bank zahlte im Jahre 1934 über 120 000 Reichsmark für die Nazi-Partei. (Siehe Tafel 2, Archiv der Deutschen Notenbank Dresden, Bestand: Dresdner Bank)

Außer den Zahlungen für die Hitler-Spende machten die Rüstungsmonopole große finanzielle Zuwendungen an die SS und andere Organe des nazistischen Terrorapparates.

Zu den eifrigsten Geldgebern und Förderern der Nazi-Partei zählte Friedrich Flick. Neben ständigen Zahlungen an den sogenannten Freundeskreis Himmler – sie machten jährlich über 100 000 RM aus – zahlte Flick große Summen zur Adolf-Hitler-Spende sowie an die örtlichen Stellen der Nazi-Partei. So überwies z. B. das zu seinem Konzern gehörende Stahlwerk Riesa in der Zeit vom 24. Februar 1933 bis Ende 1934 über 34 000 Reichsmark an örtliche SA- und SS-Verbände. Nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens am 30. September 1938 sicherte der Vorstandsvorsitzende der IG-Farben, Hermann Schmitz, Hitler weitgehende finanzielle Unterstützungen zu:

„Unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich, stellt Ihnen die IG-Farbenindustrie Aktiengesellschaft zur Verwendung für das sudetendeutsche Gebiet einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung.“ (Nürnberger Prozeß, Fall VI, Prozeß gegen Carl Krauch und andere Vertreter des IG-Farben-Konzerns, Dok. NI 2795, im folgenden: NG IG-Farben-Prozeß Siehe Tafel 14)

Insgesamt stellte der IG-Farben-Konzern (ohne Tochtergesellschaften) der Hitler-Clique in den Jahren von 1933 bis 1945 über 84 Millionen Reichsmark zur Verfügung.

Die Einflußnahme der Rüstungsmonopole beschränkte sich aber keineswegs auf finanzielle Zuwendungen an das Nazi-Regime. Sie fand ihre Krönung in der engen personellen Verflechtung der Monopol- und Bankbeauftragten mit dem faschistischen Staat. Vertreter der mächtigsten Konzerne waren in allen zentralen Regierungsstellen zu finden. Sie nahmen dort Schlüsselstellungen ein.

So war auch der Aufsichtsratsvorsitzende der IG-Farbenindustrie AG, Carl Krauch, gleichzeitig „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ und Leiter des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“. In dieser Funktion war er praktisch der staatliche Befehlshaber über die gesamte chemische Industrie Hitler-Deutschlands. Führende IG-Direktoren nahmen ebenfalls Funktionen im faschistischen Machtapparat ein, z. B. in der Deutschen Arbeitsfront (Christian Schneider), im Auswärtigen Amt (von Maltzan), im Ostministerium (Felix Prentzel), im OKW Abwehr Inland (Christian Schneider, Hauptwehrbeauftragter der IG-Farben), im Rüstungsministerium (Ambros, Bütefisch und Wurster), in der Reichsbank (Schmitz), in der Reichsgruppe Industrie (Schmitz), im Wirtschaftsministerium (E. R. Fischer), im Länderausschuß für Afrika und Sowjetunion (W. R. Mann als Vorsitzender), im Sonderausschuß für Südost-Europa und Ungarn (Ilgner und Reithinger als Vorsitzender), im Wehrwirtschaftsstab Thomas (Krüger und von der Heyde).

Dazu kam eine große Anzahl mittlerer und unterer IG-Farben-Angestellter, die in verschiedenen Staats- und Parteidienststellen Hitler-Deutschlands sowie in den besetzten Gebieten bei den Militärbefehlshabern und Reichskommissaren die Interessen dieses Mammutkonzerns durchsetzten. (Vgl. NG IG-Farben-Prozeß, Dokumentenbuch der Anklage, Nr. 62, S. 253/59)

AN DER „ARISIERUNG“ BEREICHERT

Die einflußreichsten Konzernunternehmen begingen gemeinsam mit der Hitler-Clique das große Verbrechen der „Arisierung“ Deutschlands. Die sogenannte Arisierung jüdischer Handwerksbetriebe, Geschäfte und Unternehmen wurde dazu benutzt, sich das persönliche Hab und Gut der jüdischen Bevölkerung zu eigen zu machen. Wer „arisieren“ und sich auf diese Weise bereichern konnte, das bestimmten die Monopolgewaltigen. Sie selbst sicherten sich den Löwenanteil. Für die jüdischen Bürger bedeutete das: Entziehung jeglicher Existenzgrundlage, Raub des letzten Eigentums, Isolierung vom gesamten öffentlichen Leben, Heranziehung zur Zwangsarbeit und später Zentralisierung in Ghettos und ihre vollständige Ausrottung.

Der Mannesmann-Konzern „arisierte“ z. B. die acht eisenverarbeitenden Werke der Firma Wolf, Netter & Jacobi und andere Betriebe. Krupp nutzte die Judenverfolgung dazu aus, um sich Reedereien anzueignen. Friedrich Flick raubte die Betriebe Rawack und Guenfeld AG, Berlin, und das Hochofenwerk Lübeck AG.

Hauptinitiatoren bei der Aneignung jüdischen Vermögens waren die großen Banken, die ihre Stammkunden aus den Kreisen der Rüstungswirtschaft regelmäßig über die Vermögensbeschlagnahme von „Staatsfeinden“ und sogenannten Nichtariern informierten. (Siehe Tafel 3, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Deutsche Länderbank Nr. 196) Schon lange vor der berüchtigten Kristallnacht zum 9. November 1938 – dieser Pogrom war der Auftakt zu Verfolgungen größten Ausmaßes – beschaffte sich die Deutsche Bank einen genauen Überblick über Vermögenswerte, um dann bei der Großaktion gegen das jüdische Eigentum sofort dabeizusein. (Siehe Tafel 4, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, De-Di-Bank Nr. 261)

Der faschistische Staatsapparat und die Konzerne arbeiteten Hand in Hand. Die von dem späteren Staatssekretär in der Bonner Regierung, Globke, mitverfaßten und kommentierten Nürnberger Rassengesetze wurden auf Intervention Friedrich Flicks um den Erlaß der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 (Reichsgesetzblatt I S. 1709) bereichert. Flick wurde dadurch ermöglicht, sich wesentlich an den Braunkohlengruben des daraufhin arisierten Ignaz-Petschek-Konzerns zu bereichern.

DER ANGRIFFSKRIEG WIRD VORBEREITET

Im Januar 1944 bestätigte Gustav Krupp von Bohlen und Halbach in einer Rede, daß die deutschen Rüstungsmonopole unmittelbar nach dem verlorenen ersten Weltkrieg damit begannen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein neues Völkermorden zu schaffen. Krupp erklärte:

„Es ist das große Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen schlimmen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte auch aus einleuchtenden Gründen ihre Tätigkeit dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für die deutsche Wehrmacht bereitzustehen... Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums... konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht, konnten dann auch die ganz neuen vielfältigen Probleme gemeistert werden.“ (IMT, Bd. I, S. 203, 204)

Nachdem Hitler an die Macht gebracht worden war, begannen die Großindustriellen mit der direkten Orientierung auf den Angriffskrieg. Aus den Monopolen wurden Experten in die staatlichen Rüstungsgremien lanciert. Hier schufen sie gemeinsam mit den Militärs im Interesse ihrer Gesellschaften die Aggressionspläne.

So wurde z. B. der „Wehrwirtschaftsstab beim Oberkommando der Wehrmacht“ von Oberst Thomas, einem Aufsichtsratsmitglied des Rheinmetall-Borsig-Konzerns, geleitet. Dieser „Wehrwirtschaftsstab“ war das staatliche Instrument zur Vorbereitung des „totalen Krieges“ sowie des Raubes und Abtransportes der Industrieanlagen, Rohstoffe und Lebensmittel aus den besetzten Ländern.

„Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ und Leiter des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“ wurde Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben-Industrie AG. Leiter des Sonderausschusses „Chemische Kampfstoffe“ beim „Beauftragten für den Vierjahresplan“, Göring, wurde Otto Ambros, Vorstandsmitglied der IG-Farbenindustrie AG, der außerdem als Leiter des „Hauptausschusses für Pulver und Sprengstoffe“ beim Rüstungsamt fungierte. In diesen Positionen wirkten die Monopolvertreter unmittelbar an der Vorbereitung und Organisation des Angriffskrieges mit.

Der Leiter des Wehrwirtschaftsstabes, Oberst Thomas, beteiligte sich bereits 1940 an der Ausarbeitung des „Barbarossa-Planes“. In einer Aktennotiz über eine Besprechung mit seinen Mitarbeitern, die er am 28. Februar 1941 wegen des bevorstehenden Überfalls auf die Sowjetunion durchführte, heißt es:

„... Hauptaufgabe der Organisation werde in der Erfassung von Rohstoffen und in der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Für die letztere Auf-

gabe würden zweckmäßigerweise von Anfang an zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an eine erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne.“ (IMT, Bd. XXVII, Dok. 1317 – PS, S. 170 ff)

Der IG-Farben-Konzern schuf Anfang 1935 eine eigene IG-„Vermittlungsstelle W“ (Wehrmacht), die mit dem „Wehrwirtschaftstab beim OKW“ die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen und Mobilisierungspläne zu organisieren hatte. Allen IG-Direktoren wurde schon 1935 von der „Vermittlungsstelle W“ mitgeteilt, daß diese Instanz folgende Aufgaben habe:

„... die zentrale Bearbeitung der Mobilmachungspläne, die Fragen der Umstellung der Produktion und der Verlegung der Produktion, die Sicherstellung von Rohstoffen, die Fragen der Lagerhaltung, Transportfragen, Sicherstellung bzw. Verschiebung von Arbeitskräften.“ (Betriebsarchiv des EKB, Dok. vom 28. August 1935)

Bereits am 23. Oktober 1935 informierte die IG „Vermittlungsstelle W“ die Konzernleitung über den Wehrwirtschaftsmechanismus und dessen Arbeitsweise im Kriegsfall.

Die Rüstungsindustriellen bestimmten maßgeblich die Ziele des hitlerfaschistischen Raub- und Vernichtungskrieges. Noch ehe z. B. Hitler-Deutschland mit der französischen Vichy-Regierung den für Frankreich schmachvollen Waffenstillstandsvertrag von Compiègne schloß, hatte die IG-Farben begonnen, Pläne für die Einverleibung der chemischen Industrie des ganzen europäischen Kontinents auszuarbeiten. Am 21. Juni 1940 lud von Schnitzler, der Vorsitzende des Kaufmännischen Ausschusses, einen auserwählten Kreis zu einer Tagung nach Frankfurt/Main ein. Und noch bevor die faschistische Kriegsmaschine ganz Europa okkupiert hatte, wurde hier über die *„im künftigen Friedensvertrag zu verankernde Ordnung der gesamten europäischen Belange auf dem Chemie-Sektor“* beraten und über die chemischen Industrien der mit Hitler-Deutschland im Kriege befindlichen, aber auch der neutralen und verbündeten Länder entschieden.

Auch für den Überfall auf Großbritannien lieferte IG-Farben dem Faschismus die entsprechenden Kriegsziele. Bereits bei der Ausarbeitung der „Operation Seelöwe“ legte man fest, welche Industriebetriebe Englands von den IG-Farben nach Abschluß der militärischen Operationen okkupiert werden sollten.

Von Schnitzler sah sich am 8. August 1945 zu dem Eingeständnis gezwungen: *„Durch diese Handlungsweise übernahm die IG eine große Verantwortung und stellte eine wesentliche und auf dem chemischen Gebiet entscheidende Hilfe für Hitlers Außenpolitik, die zum Krieg und zu Deutschlands Ruin führte. So muß ich den Schluß ziehen, daß die IG weithin für Hitlers Politik verantwortlich ist.“* (NG, IG-Farben-Prozeß, Dok. NI 5196)

Die Forderung der IG-Farben war eindeutig: Europäischer Großraum unter

Führung Hitler-Deutschlands, auf dem Gebiet der chemischen Produktion unter Führung der IG-Farben.

Krupp, Flick, Thyssen, Siemens, AEG u. a. Konzerne forderten den Führungsanspruch für die Kohle-, Stahl- und Elektroindustrie in Europa.

SIE WOLLEN SICH „GESUNDSTOSSEN“

Der imperialistische Krieg und die damit gebotene Chance, sich auf Kosten der europäischen Völker gesundzustößen, befreite die Rüstungsindustriellen von den letzten Hemmungen. Im Sommer 1942, als die Hitler-Faschisten ihren Sieg über die Völker in greifbarer Nähe glaubten, sagte Propagandaminister Goebbels triumphierend, daß Hitler-Deutschland den Krieg nicht um schöne Ideale führe, sondern um materielle Dinge. Es gehe um das ukrainische Getreide, um Kohle und Erz und das kaukasische Erdöl. Hitler-Deutschland werde sich in der Ukraine, im Kubangebiet und im Kaukasus gesundstoßen.

Schon bevor die faschistische Wehrmacht die auszuplündern Gebiete erobert hatte, präsentierte die Rüstungsindustrie ihre speziellen Ansprüche. In einem Schreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben vom 15. Juli 1940 an den Direktor des Konzerns, Otto, forderte der IG-Abwehrbeauftragte des „Büros Berlin NW 7“ die Direktoren auf, Adressen von Patentämtern, Konstruktionsbüros, Forschungsinstituten usw. zu nennen, die nach der geplanten Besetzung Großbritanniens für die IG zu beschlagnahmen seien. Besonders weitreichende Pläne entwickelten die großen Rüstungsmonopole zur Ausplünderung der Sowjetunion. Kennzeichnend dafür ist, daß z. B. die IG-Farben schon wenige Tage nach dem Überfall eine umfassende Liste der sowjetischen Chemiebetriebe vorlegte, die ihrem Machtbereich einverleibt werden sollten. Auch die AEG war zur Stelle. Für den Beutezug in die Sowjetunion gründete sie eigens die „AEG Ostlandwerk G.m.b.H.“.

Aus einem als „Staatsgeheimnis“ deklarierten Schreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben vom 17. Januar 1945 über den „Stand der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen“ geht hervor, daß die Konzernherren noch angesichts der totalen Niederlage fieberhaft bemüht waren, Industrieanlagen und Wirtschaftsgüter für den deutschen Imperialismus zu rauben. (Siehe Tafel 5, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, IG-Farben Nr. 1080)

ZUR SKLAVENARBEIT VERSCHLEPPT

Über 20 Millionen Menschen aus nahezu allen Ländern Europas wurden von den deutschen Faschisten als Arbeitssklaven nach Hitler-Deutschland ver-

schleppt, viele Hunderttausend von ihnen geschunden, erschlagen, erschossen und vergast. Das umfangreiche Beweismaterial über die schrankenlose Ausbeutung und Unterdrückung ausländischer Zwangsarbeiter durch die deutschen Konzerne veranlaßte den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu der Schlußfolgerung: *„Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte.“* (IMT, Bd. II, S. 164)

Für die ungeheuren Verbrechen der Massendeportation von Millionen Menschen wurde Reichsstatthalter Fritz Sauckel, Gauleiter und General der SS, „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“, als einer der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Die Rüstungsindustriellen jedoch, die sich am Einsatz von Zwangsarbeitern maßlos bereicherten, wurden nicht zur Verantwortung gezogen.

In fast allen Betrieben bestand die Mehrheit der Belegschaft aus Zwangsarbeitern. So betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen in den Mitteldeutschen Stahlwerken (Flick-Konzern) 52 Prozent der gesamten Belegschaft. Bei der AEG Hennigsdorf waren es sogar 61 Prozent. Das Krupp-„Familienunternehmen“ beutete in seinen Betrieben insgesamt 97 952 ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus. Unter Bruch des Artikels 13 der Genfer Konvention wurden viele Kriegsgefangene zur Sklavenarbeit in der Rüstungsindustrie eingesetzt.

In allen Großbetrieben glichen sich die mörderischen Ausbeutungsmethoden sowie die Lebensbedingungen der Deportierten und Kriegsgefangenen. In seiner eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Tribunal schilderte Dr. W. Jäger die Lage der französischen Kriegsgefangenen in den Betrieben des Kriegsverbrechers Krupp:

„Das französische Kriegsgefangenenlager in der Nöggerathstraße war durch einen Luftangriff zerstört worden, und die Insassen wurden für fast ein halbes Jahr in Hundehütten, Pissoiren und alten Backöfen untergebracht. Die Hundehütten waren 1 m hoch, 3 m lang und 2 m breit. Fünf Mann schlieten in einer jeden Hütte. Die Gefangenen mußten auf allen Vieren in diese Hundehütten hineinkriechen. In diesem Lager gab es keine Tische, Stühle oder Schränke. Es waren auch nicht genügend Decken vorhanden. Im ganzen Lager gab es kein Wasser. Die ärztlichen Untersuchungen, die stattfanden, mußten im Freien vorgenommen werden.“ (IMT, Bd. III, S. 497)

Von den ausländischen Zwangsarbeitern gehörten die sowjetischen und polnischen Menschen zu den Ausländergruppen, die der größten Diskriminierung ausgesetzt waren. Sie wurden so wie alle jüdischen Menschen gezwungen, ein diskriminierendes Kennzeichen zu tragen. Die Auffassung der Rüstungsindustriellen, daß die slawischen Völker nur „minderwertige Rassen“ darstellen und

diese Menschen noch weit mehr ausgebeutet werden können als die aus den westlichen europäischen Ländern verschleppten Zwangsarbeiter, spiegelt sich auch in einer von den IG-Farben erlassenen Weisung wider:

„Russische Frauen können ohne weiteres an Männerarbeit gestellt werden, wie überhaupt irgendwelche Rücksichten auf Schutzbestimmungen der Arbeitszeit oder Gewerbeordnung unangebracht sind.“ (Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Bestand: IG-Farben)

Nach der Niederlage der Hitler-Truppen im Dezember 1941 vor Moskau wurde der Schrei der Konzernherren nach Arbeitskräften immer lauter. Die deutschen Imperialisten machten sich jetzt Gedanken, wie sie die Arbeitskraft der sowjetischen Menschen, insbesondere der Kriegsgefangenen, besser ausnutzen können.

In einem Aktenvermerk vom 20. Februar 1942 des Ministerialdirektors des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Mansfeld, heißt es:

„Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung. Davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig.“ (Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, 15. Mai 1946, Dok. Nr. 84)

Über die Auswirkungen der grausamen Ausbeutung sowjetischer Menschen in den Krupp-Werken sagte Dr. W. Jäger in Nürnberg unter Eid aus:

„Der Versorgungsplan schrieb eine kleine Menge Fleisch pro Woche vor. Dafür durfte nur Freibankfleisch verwendet werden, welches entweder pferdetuberkulöses oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch war. ... Flecktyphus war auch unter diesen Arbeitern verbreitet. Läuse, die Träger dieser Krankheit, zusammen mit unzähligen Flöhen, Wanzen und anderem Ungeziefer plagten die Insassen dieser Lager. Als Ergebnis der schmutzigen Zustände in diesen Lagern hatten fast alle Ostarbeiter Hautkrankheiten. Die mangelnde Ernährung verursachte Fälle von Hunger-Ödem, Nephritis und Shighekruse.“ (IMT, Bd. III, S. 495)

Mit welchen bestialischen Methoden ausländische Zwangsarbeiter von Rüstungsindustriellen zu Tode geschunden wurden, kam auch in dem von ihnen angewandten Strafsystem zum Ausdruck. Das vom Graetz-Konzern während des 2. Weltkrieges entwickelte und praktizierte betriebseigene Strafsystem ermöglichte dem Konzern die Ausplünderung der Zwangsarbeiter und Juden bis zur völligen physischen Erschöpfung. Folgende Strafen sah dieser Konzern, dessen „Betriebsführer“ Erich Graetz von Hitler zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt worden war und in dessen Aufsichtsrat die Deutsche Bank vertreten war, vor:

„Ordnungsübung nach der Arbeitszeit, Zuteilung zum Straftrupp nach der Arbeitszeit, Entziehung der Mittagsverpflegung bis zu 3 Tagen, Dunkelhaft bei

Wasser und Brot ohne Schlafgelegenheit, Verbot von ärztlicher Betreuung. (Archiv des VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik, Berlin-Treptow, Bestand: Graetz-Konzern)

Oftmals wandten die Rüstungsindustriellen zur Einschüchterung der ausländischen Zwangsarbeiter die Prügelstrafe an. Außerdem waren diese Arbeiter der „... ständigen Aufsicht der Gestapo und der SS unterworfen, und wenn sie versuchten, ihre Arbeitsstellen zu verlassen, wurden sie in Erziehungs- oder Konzentrationslager überführt“. (IMT, Bd. I, S. 276)

Der Hescho-Konzern in Hermsdorf/Thür., dessen Belegschaft zu 53 Prozent aus ausländischen Zwangsarbeitern bestand, übergab ständig deutsche und ausländische Arbeiter der Gestapo, um die „Betriebsruhe“ zu wahren und jeden Willen zum Widerstand zu brechen. Die Rüstungsindustriellen fürchteten die Solidarität der deutschen mit den ausländischen Arbeitern. In Betriebsbekanntmachungen drohten sie deutschen Arbeitern mit Schwerststrafen und in vielen Fällen sogar mit der Todesstrafe. (Siehe Tafel 7, Archiv des VEB Galvanik Leipzig, Bestand: Langbein Pfanhauser Werke AG und Archiv des VEB Keramische Werke Hermsdorf, Bestand: Hescho-Konzern)

Die Großindustriellen schreckten nicht davor zurück, auch Kinder nach Hitler-Deutschland zu deportieren, um sie der Rüstungsproduktion nutzbar zu machen. Weil das faschistische Regime für polnische und russische Kinder einen Kinderschutz ausschloß, wurde die Kinderarbeit zum lukrativsten Geschäft überhaupt. Viele Konzerne forderten Kinder an und führten sie unter Angabe ihrer Tätigkeitsbereiche in den Personalakten. So befanden sich z. B. beim Hescho-Konzern, der aufs engste mit der AEG und Siemens liiert war, Kinder im Alter von 8 Jahren. Für sie wurde ein Stundenlohn von 11 Pfennig festgelegt. (Siehe Tafel 6, Archiv des VEB Keramische Werke Hermsdorf, Bestand: Hescho-Konzern) Der Reingewinn des Hescho-Konzerns erhöhte sich auf diese Weise von 774 000 RM im Jahre 1938 auf 10,4 Millionen RM im Jahre 1942.

Viele Kinder, die mit ihren Müttern oder auch getrennt von ihren Eltern nach Deutschland deportiert waren, wurden Opfer der deutschen Konzernherren. Sie starben an den Folgen unmenschlicher Ausbeutung und Mißhandlung.

„SEGENSREICHE FREUNDSCHAFT“ MIT DER SS

Ein besonders enges Verhältnis hatten die deutschen Rüstungsindustriellen zur SS, die vom alliierten Militärgerichtshof in Nürnberg zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt wurde. Der „Freundeskreis des Reichsführers SS“, Himmler, der auf ihre Initiative geschaffen wurde, vereinte u. a. Vertreter folgender Konzerne:

Siemens-Schuckert-Werke AG,
 IG-Farben-Industrie AG,
 Mitteldeutsche Stahlwerke (Flick-Konzern),
 Wintershall AG,
 Vereinigte Stahlwerke AG,
 Portland-Zement AG,
 Braunkohle-Benzin AG, Berlin,
 Robert-Bosch-Konzern, Stuttgart,
 Rheinmetall Borsig,
 Ilseder Hütte,
 Deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft,
 Hamburg-Amerika-Linie,
 Norddeutscher Lloyd, Bremen,
 Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Dessau,
 Deutsche Bank,
 Dresdner Bank,
 Commerz- und Privatbank AG, Berlin,
 Bankhaus Stein.

Die im „Freundeskreis“ zusammengeschlossenen Konzerne und Banken überwiesen „für besondere Aufgabengebiete“ jährlich über 1 Million Reichsmark an die SS. Sie unterstützten diese Verbrecherorganisation beim Aufbau ihrer Vernichtungslager und bei der Ausrottung der politisch und rassistisch Verfolgten.

Über den „Freundeskreis“, der monatlich unter Leitung Himmlers zu „zwanglosen Unterhaltungen“ zusammentraf, sicherten sich die Bank- und Konzernherren die Kontrolle und den Einblick in die geheimsten Sphären der Hitler-Diktatur. Die Zusammenarbeit zwischen den Rüstungsmonopolen und der SS charakterisierte der frühere SS-General Karl Wolff in seiner eidesstattlichen Erklärung:

„Das Verhältnis zwischen Himmler und den Mitgliedern des Freundeskreises, solange ich an den Zusammenkünften des Freundeskreises teilgenommen, war so ein gutes, und Himmler nahm die Herren öfters auf Führung mit, um sie mit der Arbeit und den Problemen der SS vertraut zu machen und ihnen zu zeigen, wofür ihre Geldspenden verwendet werden. Ich glaube, es war 1937, als Himmler die Mitglieder des Freundeskreises zu einer Besichtigung seiner Porzellanfabrik Allach und des Konzentrationslagers in Dachau einlud.“ (NG, IG-Farben-Prozeß, Dokumentenbuch der Anklage Nr. 91, S. 23–24)

Die Konzernherren konnten nicht oft genug hervorheben, daß sich ihre „Freundschaft mit der SS sehr segensreich auswirkt“ (IG-Farben-Vorstandsmitglied Otto Ambros in einem Brief), und dabei lobend erwähnen, daß die Wünsche der Monopole von der SS voll befriedigt wurden.

Großbetriebe gingen dazu über, Gestapo-Gefängnisse zur eigenen Verwendung einzurichten. In einem Schreiben der AEG, Apparatewerke Treptow, vom 14. September 1944 heißt es u. a.:

„Mit Einverständnis des Herrn Kommissar Refeldt haben wir zur Entlastung der Geheimen Staatspolizei im Lager Johannisthal zwei Zimmer eingerichtet, eins für Männer, eins für Frauen, die wir zu erzieherischen Zwecken unserer ausländischen Arbeitskräfte benötigen.“ (Archiv des VEB EAW Berlin-Treptow, Bestand: AEG-Konzern)

Die großen Konzerne errichteten in den Jahren des Krieges sogar betriebs-eigene „Arbeitserziehungslager“, die den Konzentrationslagern ähnlich waren. Auf der Direktionssitzung des IG-Farben-Konzerns in Ludwigshafen am 5. Juni 1943 wurde zur Einrichtung betriebseigener „Arbeitserziehungslager“ mitgeteilt:

„Im Einvernehmen mit der Gestapo wurde im Laufe dieser Woche ein Arbeitserziehungslager, vorläufig für Gefolgschaftsmitglieder ausländischer Nationalitäten, in Betrieb genommen, von dem wir uns nach den Erfahrungen aus anderen Werken ein wirksames Abstellen von Verstößen gegen die Arbeitsordnung versprechen.“ (Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Bestand: IG-Farben)

Den Rüstungsmonopolen genügte selbst der Terror der Gestapo gegenüber den Zwangsarbeitern nicht. So beschwerte sich das IG-Farben-Werk Auschwitz (!) über das zu „schlappe“ Auftreten der Gestapo und forderte schärferes Durchgreifen.

VERNICHTUNG DURCH ARBEIT

Eine Aktennotiz des IG-Farben-Konzerns über eine Besprechung der Gestapo mit Direktoren Berliner Konzernbetriebe am 9. Februar 1942 beweist, daß die Monopolherren schon einige Tage nach der berüchtigten Wannsee-Konferenz eingehend über die bevorstehenden Maßnahmen der Gestapo unterrichtet wurden. (Auf der Tagung am 20. Januar 1942 in Berlin-Wannsee beschlossen führende Faschisten – unter ihnen der 1962 in Jerusalem hingerichtete Massenmörder Eichmann und der in Nürnberg abgeurteilte Globke-Vorgesetzte, Staatssekretär Stuckard, – die sogenannte Endlösung der Judenfrage, d. h. die Ermordung von 11 Millionen Juden.)

In Treblinka, Belzec und Auschwitz begann die systematische Ausrottung von Kindern, Frauen und Greisen. Die mächtigsten Monopole stiegen sofort in dieses verbrecherische Geschäft ein. Sie erdachten und praktizierten die Methode „Vernichtung durch Arbeit“. In unmittelbarer Nähe der Vernichtungslager errichteten sie riesige Werke. Hier wurden die Juden ohne Entlohnung,

bei schlechtester Verpflegung und völlig unzureichenden sanitären Einrichtungen zur Arbeit getrieben.

Der KZ-Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, nannte in seiner eidesstattlichen Erklärung (NG IG-Farben-Prozeß NI 034) unter anderem folgende Monopole, die in umfangreichem Maße KZ-Häftlinge auf das unmenschlichste ausbeuteten: IG-Farben, Siemens & Halske, Krupp, Daimler-Benz, Henschel.

Eine besonders schändliche Rolle bei der Ausplünderung der jüdischen Häftlinge spielte die IG-Farben. Für den Ausbau des KZ Auschwitz zum größten Massenvernichtungslager gaben sie der SS Geld und Baumaterialien. Die Konzernherren wollten massenhaft KZ-Häftlinge in Auschwitz unterbringen, um die durch Arbeit Vernichteten ständig ersetzen zu können.

In der Regel wurden die arbeitsfähigen Häftlinge von den IG-Farben in 3 bis 6 Monaten zugrunde gerichtet. Anschließend wurden die Opfer, auf Veranlassung der Monopolherren, als ungeeignete Arbeitskräfte zur Vernichtung in die Gaskammern der SS abgeschoben.

Die deutschen Monopole, und hier in besonderem Maße wieder die IG-Farben, verdienten aber auch an den Sterbenden: Sie wurden mit dem in den Laboratorien der IG-Farben entwickelten Giftgas „Zyklon B“ ermordet.

Den Monopolen der pharmazeutischen Industrie bot die „Endlösung“ noch weitere gewinnbringende Möglichkeiten. Um kostenintensive und langwierige pharmakologische Untersuchungen zu vermeiden, wurden mit wenig oder nicht erprobten Medikamenten Experimente an Häftlingen vorgenommen. Zu diesem Zweck versandten die IG-Farben massenweise „Medikamente“ an die KZ-Ärzte. Die Versuche führten zum qualvollen Tod vieler Häftlinge.

KRIEGSPROFITE – MILLIONENPROFITE

Das Aufrüstungsprogramm der Hitler-Regierung und der imperialistische Raubkrieg brachten den großen Konzernen in den Jahren 1933 bis 1945 riesige Profite. So heißt es z. B. im Vorstandsbericht des Konzernbetriebes Elbtalwerk (EAG), Heidenau, und seiner Zweigwerke vom 30. Dezember 1943 (Tochtergesellschaft des Mansfeld-Konzerns):

„Zunächst die Umsätze, rückschauend auch auf die vorausgegangene Zeit seit Beginn des Krieges:

Gesamtumsatz 1939	5 246 000 RM	Gesamtbelegschaft	648
Gesamtumsatz 1940	6 463 000 RM	Gesamtbelegschaft	747
Gesamtumsatz 1941	8 382 000 RM	Gesamtbelegschaft	1000
Gesamtumsatz 1942	13 414 000 RM	Gesamtbelegschaft	1434
Gesamtumsatz 1943	rd. 27 000 000 RM	Gesamtbelegschaft	2581

Bei einem Durchschnittsumsatz von 3 Millionen pro Monat, den wir unbedingt zu halten hoffen, werden wir bei dem gegenwärtigen Auftragsbestand etwa 2 bis 2½ Jahr voll zu tun haben.“ (Archiv des VEB Elbtalwerk Heidenau, Bestand: Elektrizitäts-AG)

Die IG-Farben wiesen von 1932 bis 1943 folgende Gewinnentwicklung aus:

Gewinnentwicklung der IG-Farben in Millionen RM

1932	1937	1939	1943
48	231	363	822

(Nach Berechnungen des Komitees zum Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Veränderungen in Westdeutschland.)

Jahresumsatz der IG Farben in Millionen RM

1933	1938	1939	1943
894,3	1645,4	1988,0	3115,6

Das Aktienkapital der IG-Farben wurde von 720 Millionen RM im Jahre 1938 auf 1400 Millionen RM bis zum Jahre 1942 erhöht. Die in Bilanzen ausgewiesenen Reserven stiegen von 292,3 Millionen auf 440,2 Millionen RM.

Der Siemens-Konzern hielt, ebenso wie die meisten anderen Großunternehmen, in den Kriegsjahren seine Umsätze geheim; allein von 1933 bis 1938 stiegen sie durch seine Beteiligung an der Aufrüstung von 329 Millionen auf 964 Millionen RM. Die ausgewiesenen Reserven erhöhten sich von 204,7 Millionen RM Ende 1938 auf 280,3 Millionen RM Ende 1942. Das Aktienkapital stieg in dieser Zeit sogar von 227,1 auf 640 Millionen RM.

Die Aufrüstung Hitler-Deutschlands sicherte auch dem Krupp-Konzern riesige Profite. Nach den Angaben des USA-Hauptanklägers im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, Jackson, stiegen in den Jahren 1935 bis 1941 die offiziell ausgewiesenen, in Wirklichkeit aber wesentlich höheren Gewinne nach Abzug der Steuern, Geschenke und Reserven auf fast das Doppelte an, und zwar von 57 Millionen RM auf 111 Millionen RM.

Beim Mannesmann-Konzern wuchsen die Umsätze von 88,7 Millionen RM im Jahre 1933 auf 466 Millionen RM im Jahre 1943. Die aus den veröffentlichten Bilanzen nach Vornahme aller Sonderabschreibungen zu errechnenden Reingewinne erhöhten sich in den gleichen Jahren von 11,3 Millionen auf 83,6 Millionen RM.

Die Bilanzsumme des AEG-Konzerns stieg in den Jahren des Krieges von 598 Millionen auf 1,2 Milliarden RM.

Ähnlich sah es auch bei den anderen Konzernen aus.

DAS URTEIL DER VÖLKER

Das Unheil, das vom Hitler-Regime der Rüstungsmonopole und Großbanken über Deutschland und die anderen Länder gebracht wurde, ist unermesslich. Es war ein Glück für die Menschheit, ein Glück besonders für das deutsche Volk, daß die Armeen der Anti-Hitler-Koalition – vor allem die Truppen der Sowjetarmee – Deutschland von der faschistischen Schreckensherrschaft befreiten. Einmütig forderten die Völker, alle Schuldigen an den Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit gerecht zu bestrafen.

Diese entschlossene Forderung zwang auch die westlichen Alliierten, die Anklage auf einen Teil der Rüstungsgewaltigen auszudehnen. Auf sie traf das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in erster Linie zu:

„Die Diktatur, hinter der sich diese Menschen zu verschanzen suchten, war ihre eigene Schöpfung. Von dem Wunsche getrieben, sich selbst eine Machtstellung zu schaffen, haben sie das System aufgebaut, von dem sie ihre Befehle empfangen. Der Fortbestand dieses Systems hängt von ihrer dauernden Unterstützung ab.“ (IMT, Bd. XIX, S. 515)

Auch das Potsdamer Abkommen enthielt die Forderung, die Machtkonzentration des deutschen Monopolkapitals zu beseitigen. Es wurde festgelegt:

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden Konzentration der Wirtschaft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und Monopolvereinigungen.“ (Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Kongress-Verlag Berlin, 1950, S. 18)

Das Urteil der Völker war eindeutig und klar:

Die Monopolgewaltigen, die die Politik des Hitler-Regimes maßgeblich bestimmten und hauptverantwortlich für die Kriegs- und Naziverbrechen sind, müssen entmachtet und bestraft werden. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands zu einem einheitlichen, friedlichen und demokratischen Staat, die wichtigste Voraussetzung dafür, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Erneut am Hebel der Macht

20 Jahre sind seitdem vergangen. Was geschah mit den Auftraggebern und Nutznießern des Hitler-Regimes? Wurden sie entmachtet und bestraft? Und wurde in ganz Deutschland, im Herzen Europas, mit dem Streben nach Eroberung anderer Länder, nach Herrschaft über andere Völker, mit Völkerhaß und Aggression für alle Zeiten Schluß gemacht?

„Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik, also dort, wo die

Werk tätigen das Heft in der Hand haben, die Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition für die Gestaltung der deutschen Nachkriegsverhältnisse konsequent entwickelt. Wir haben in jeder Beziehung die Lehren des 2. Weltkrieges beherzigt. Der preußisch-deutsche Militarismus, Geißel der Deutschen und Geißel anderer Völker, wurde mit der Wurzel gerodet. Jedem Drang nach Eroberungen, jedem Streben nach Raub und Beute, nach dem Territorium anderer Völker, wurde der Boden entzogen.

Bei uns gilt der Revanchismus als Verbrechen, das gerichtlich geahndet wird. Kriegs- und Naziverbrecher wurden entmachtet und bestraft. Bei uns gibt es keine Fabrik, kein Werk, kein Büro, kein Stück Boden, die den Interessen von Kriegs- und Rüstungsgewinnlern dienen. Wer bei uns gegen andere Völker hetzt, wer zum Krieg auffordert, wird als Feind des Volkes angesehen.

Die Grundforderungen der deutschen Arbeiterbewegung, die menschlichsten Ideen aller deutschen Humanisten: Frieden, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung sind die Grundlage der Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik.“ (Aus dem von der Volkskammer der DDR am 5. Mai 1965 einmütig gebilligten „Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt“, Neues Deutschland, 6. Mai 1965)

94 MÄNNER BEHERRSCHEN DIE WIRTSCHAFT

In Westdeutschland wurde das Urteil der Völker, die Monopolgewaltigen zu entmachten, nicht befolgt. Die Festlegungen des Potsdamer Abkommens wurden unter der Schutzherrschaft vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht gebrochen. Die Monopolgesellschaften – die Konzerne, Kartelle, Trusts – blieben erhalten.

Nach der separaten Währungsreform in Westdeutschland 1948 waren die meisten Konzerne in der Lage, die durch die Kriegsgewinne enorm erhöhten Reichsmark-Aktien zu günstigen Bedingungen in neue DM-Aktien umzutauschen. So erhielten, um nur ein Beispiel zu nennen, die Aktionäre der Vereinigten Stahlwerke, insbesondere die Familie Thyssen, für eine alte Aktie im Nominalwert von 1000 RM neue Aktien im Nominalwert von mehr als 3000 DM. Wenn man noch die Reserven mit einrechnet, erhöhte sich das Gesamtkapital dieses Konzerns von 731,5 Millionen RM im Jahre 1938 auf nun 3655,3 Millionen DM; bei der „Ausgründung“ seiner 18 Nachfolgeunternehmen im Bonner Staat ist es durch seine Kriegsprofite nahezu verfünffacht worden.

Die IG-Farben konnten ebenfalls ihre Kriegsgewinne voll und ganz realisieren. Die Badische Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen (BASF), – eine der

drei Nachfolgegesellschaften der IG-Farben – zahlte für das Wirtschaftsjahr 1963 eine Dividende von 18 Prozent und wies in der Bilanz einen Gewinn von 144 Millionen DM aus.

Die Farbwerke Hoechst zahlten 139 Millionen und die Farbenfabriken Bayer 150 Millionen DM an ihre Aktionäre.

Die aus den Bilanzen zu errechnende Mindestsumme der wirklichen Reingewinne betrug nach den Angaben des Deutschen Wirtschaftsinstituts allein bei den drei großen Stammgesellschaften der IG-Farben im Jahre 1963 1782 Millionen DM. Somit stecken die gleichen Konzernherren, die unter Hitler Milliarden Profite zusammenrafften, auch heute Milliarden in die Taschen.

Der Einfluß und die Macht dieser Konzernherren haben einen Grad erreicht, den die westdeutsche regierungstreue bürgerliche Wochenzeitung „Christ und Welt“ als „Die totale Macht der hundert Männer“ charakterisiert, die voll des sozialen Sprengstoffs ist:

„Zusammengerechnet sind es 94 Männer, die in der kombinierten Funktion als Vorstände und Aufsichtsräte den Kern der westdeutschen Wirtschaft beherrschen. Sie sind als Kollektiv nur sich selbst verantwortlich...“ („Christ und Welt“, 4. September 1964)

Fragt man, wer diese Männer sind und wie sie heißen, so erhält man eine erschreckende Antwort: Es sind zum überwiegenden Teil die gleichen Personen wie vor 1945, ja, es sind jene Kriegsverbrecher, die nach dem Urteil der Völker entmachtet und bestraft werden sollten.

Nur einige der Rüstungsindustriellen wurden vom amerikanischen Militärgericht zu geringen Strafen verurteilt, die sie Dank der Fürsprache der Bonner Regierung nicht einmal abzusitzen brauchten. Heute gehören die Hauptverantwortlichen für die Kriegs- und Naziverbrechen, die IG-Farben-Direktoren, Flick, Krupp und andere Rüstungsindustrielle, zu den mächtigsten Männern Westdeutschlands. Über die von ihnen dirigierten Unternehmerverbände bestimmen sie maßgeblich die revanchistische und aggressive Innen- und Außenpolitik des Bonner Staates. Ohne ihre Zustimmung erfolgt keine wesentliche Entscheidung der westdeutschen Regierung.

Im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Nachfolge-Organisation des faschistischen „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, sind 38 Spitzenverbände vereinigt. Zu ihnen gehören rund 400 Fachverbände. Präsident des BDI ist Fritz Berg, ein mittlerer Unternehmer Westfalens, der 1949 seinen Namen hergeben mußte, um die damals bereits perfekte Restaurierung der Herrschaft der Rüstungsmonopole zu verschleiern. Zu den Vizepräsidenten zählen Wilhelm Alexander Menne, Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst AG (IG-Farben), Otto A. Friedrich, Vorstandsvorsitzender der Phoenix-Gummiwerke AG und Aufsichtsrat der Benzin-Petroleum GmbH, sowie Hans-

Günther Sohl, Vorstandsvorsitzender der August-Thyssen-Hütte AG und Aufsichtsrat der Deutschen Bank.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vereinigt 55 „sozialpolitische“ Fachspitzen- und Landesverbände. Ihnen gehören mehr als 850 Arbeitgeberverbände der Industrie, des Handels, der Banken und Versicherung, des Verkehrs u. a. Branchen an.

Von 1953 bis 1964 fungierte hier Hitlers Wehrwirtschaftsführer H. C. Paulsen als Präsident – ein ehemaliger Prominenter der faschistischen Rüstungsindustrie, Vertreter der Deutschen Bank und Generaldirektor der Aluminiumindustrie Singen AG. Sein Nachfolger wurde der IG-Farben-Beauftragte und Atomminister a. D. Siegfried Balke. Allein von den 22 Präsidiumsmitgliedern des Verbandes vertreten 14 die nach dem zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher-Konzerne bezeichneten Rüstungsmonopole.

Die Ziele der Verbände sind dementsprechend die gleichen wie die vor 50 Jahren. Die Rüstungswirtschaft, mit anderen Worten die Kriegsvorbereitung, wurde von ihnen bereits 1955 offiziell organisiert. Im BDI-Geschäftsbericht 1955/56, Seite 178, heißt es:

„In der Überzeugung, daß es erforderlich und zweckmäßig ist, den Träger des Rüstungspotentials so früh wie möglich in alle verteidigungswirtschaftlichen Angelegenheiten einzuschalten und den Sachverstand der Industrie nicht ungenutzt zu lassen, hat er seine verteidigungswirtschaftlichen Organe den maßgeblichen Stellen zur Verfügung gestellt und diesen damit wertvolle Unterlagen für ihre Entscheidungen geliefert.“

WIEDER IM RÜSTUNGSGESCHÄFT

Die Untersuchungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin (DWI-Berichte Nr. 9/1963 und Nr. 2/1964) ergaben, daß Ende 1964 bereits 109 westdeutsche Unternehmen an der unmittelbaren Rüstungsproduktion beteiligt waren. Zu diesen Unternehmen gehört der mit der IG-Farben-Gruppe liierte Rhestahl-Konzern, der heute am stärksten in der Rüstung engagierte Stahlkonzern Westdeutschlands.

Die Produktion von chemischen Kampfstoffen, Sprengstoffen und Spezialtreibstoffen (Düsen- und Raketentreibstoffen) ist die Domäne der Nachfolger des IG-Farben-Kriegsverbrecher-Konzerns (BASF, Bayer und Hoechst), des Flick-Konzerns (Dynamit Nobel AG) und des Krupp-Konzerns (Wasag-Chemie AG und Nitrochemie GmbH).

Zum Bereich des Flick-Konzerns gehörten nach dem Stand vom 31. Dezember 1962 15 Aktiengesellschaften, 89 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 6 Gesellschaften anderer Rechtsformen, die zusammen ein Ka-

pital von 993,3 Millionen DM repräsentieren und ca. 7500 Millionen DM Jahresumsatz erzielen.

Neun der bedeutendsten Unternehmen des Flick-Konzerns widmen sich fast ausschließlich der Rüstungsproduktion. Dieser Konzern liefert u. a. Kraftfahrzeuge, Dieselmotore und Panzermotore, Panzer, Infanteriewaffen, Munition, Sprengstoffe und Raketentreibsätze an die Bundeswehr.

Der Flick-Konzern besitzt staatliche Konzessionen für die wichtigsten Uranerzvorkommen in Westdeutschland, deren Abbau für Kriegszwecke immer mehr beschleunigt wird. Diese Vorkommen gelten u. a. als Rohstoffbasis für die geplante eigene Atomrüstung des westdeutschen Staates.

Mit der Gründung der KRT Kernreaktorteile GmbH, Großwelzheim, durch den AEG-Rüstungskonzern in Frankfurt a. M. und der General Electric, einem der größten USA-Atomrüstungsunternehmen, im Juni 1965 wurde die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der USA und dem Bonner Staat außerordentlich vertieft. Der AEG-Kriegsverbrecherkonzern, der bereits auf dem Gebiet der Plutonium-Gewinnung – dem Grundstoff zur Herstellung atomarer Waffen – mit der General Electric zusammenarbeitet, ist mit 55 Prozent an der neuen Gesellschaft beteiligt.

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1962 gehören zum Krupp-Konzern 24 Aktiengesellschaften, 72 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 7 Gesellschaften anderer Rechtsformen, die ein Kapital von 632,8 Millionen DM repräsentieren. Ihr Jahresumsatz beläuft sich auf ca. 5900 Millionen DM.

Vier bedeutende Unternehmen des Konzerns sind direkt in der Rüstungsproduktion engagiert. Der Konzern liefert u. a. Spiegelantennen für das NATO-Radarsystem, Raketentreibstoffe und Sprengkörper und ist an den Flugzeugbauprogrammen für Starfighter und Transall-C-160 beteiligt.

HAUPTGEHEIMNISSE DES REVANCHISMUS

Die westdeutschen Monopole geben sich mit den Kriegsgewinnen und den heutigen Rüstungsprofiten nicht zufrieden. Seit Jahren führen sie in den Geschäftsberichten ihre „Ostwerte“ auf. In den Jahresberichten sprechen die Vorstände der heutigen westdeutschen IG-Nachfolgegesellschaften davon, „daß die Liquidierung erst mit der Wiedervereinigung abgeschlossen werden kann“.

Die westdeutschen Konzerne streben danach, etwa tausend Betriebe in der DDR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR und im Bereich der Sowjetunion zurückzugewinnen. Die Rüstungsgewaltigen sind die Hintermänner der Revanchistenverbände, deren Führer ihre Handlanger. Sie sind auch die Geldgeber der revanchistischen Einrichtungen und bestimmen maßgeblich die Politik

des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ sowie der eigens im Dienste des Revanchismus stehenden Ministerien und anderer Revancheorganisationen.

Der Revanchistenführer und Bundesminister Seeböhm z. B. ist ein alter Vertrauter der IG-Farben. Seine Familie leitete die Einverleibung der chemischen Industrie der ČSR in den IG-Farben-Konzern.

Siegfried Balke, IG-Farben-Repräsentant, ist als Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeber-Verbände Mitglied des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ und vertritt hier die Interessen der IG-Farben und der anderen Rüstungskonzerne, deren Ziel ein atomarer Revanchekrieg gegen die DDR und das sozialistische Lager ist. Im IG-Farben-Prozeß vor dem amerikanischen Gerichtshof in Nürnberg lautete die Anklage gegen die leitenden Angestellten der IG-Farben-Industrie auf: Planung, Vorbereitung, Beginn und Führung von Angriffskriegen und Einfällen in andere Länder; Plünderung und Raub; Versklavung und Massenmord; Mitgliedschaft in der SS; gemeinsamer Plan und Verschwörung. Die Verbrechen sind noch ungesühnt, die Hauptverantwortlichen der IG-Farben aber sind heute in den einflußreichsten Positionen der westdeutschen chemischen Industrie zu finden.

Ambros FREUND UND FÖRDERER DER SS

Otto

heute: Einflußreiches Mitglied zahlreicher Aufsichtsorgane großer Chemie- und anderer Konzerne, z. B. der Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen Buer, der Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf, der Telefunken GmbH, Westberlin.

Otto Ambros war Mitglied des Vorstandes des Technischen und des Chemikalien-Ausschusses der IG-Farben-Industrie AG. Er gehörte zu den prominenten Wehrwirtschaftsführern des faschistischen Staates. Neben seinen Leitungsfunktionen in der IG fungierte er als Sonderbeauftragter für Forschung und Entwicklung beim „Beauftragten für den Vierjahresplan“, Göring, als Leiter des Sonderausschusses „Chemische Kampfmittel“ und des Hauptausschusses „Pulver und Sprengstoffe“ beim Rüstungsamt.

Als Buna-Spezialist war Ambros hauptverantwortlich für den Bau des 4. Buna-Werkes der IG-Farben in Auschwitz. Von ihm wurde das Gelände ausgewählt, das er für die barbarische Ausbeutung von KZ-Häftlingen und ausländischen Zwangsarbeitern am zweckmäßigsten fand. Anlässlich der Gründungssitzung des Werkes Auschwitz besiegelte Ambros die enge Zusammenarbeit mit der Leitung des Konzentrationslagers. In einem Brief nannte er die „neue Freundschaft mit der SS“, die mindestens 370 000 Opfer allein im Buna-

Bütel
Hein
he

Werk Auschwitz und in den dazugehörigen IG-Nebenbetrieben forderte, „sehr segensreich“.

Ambros traf mehrmals mit dem KZ-Kommandanten Höß zusammen, koordinierte die Zusammenarbeit mit der SS und besichtigte das Konzentrationslager Auschwitz. Er ließ dem Konzentrationslager umfangreiche finanzielle Mittel, Baumaterialien usw. zufließen, die dessen Ausbau zum größten Massenvernichtungslager ermöglichten.

Als Hauptbetriebsführer und Mitglied des Technischen Ausschusses bestätigte Ambros die Kreditanforderungen für den Bau eines IG-eigenen Konzentrationslagers in Monowitz sowie für die Errichtung von Gefängnis- und Gestapo-Gebäuden auf dem Gelände des Auschwitz-Buna-Werkes. Ihm ging der gesamte Schriftwechsel des Werkes Auschwitz zu. Ambros hatte Kenntnis von den unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge, für die die IG-Farben verantwortlich war. Er wußte vom Einsatz der Häftlinge auch in den IG-Nebenbetrieben um Auschwitz und vom Handel mit der Habe vergaster Juden im Buna-Werk. Er reiste zu Himmler und vereinbarte mit ihm, den Einsatz von Häftlingen noch weiter auszudehnen. Ambros selbst gestand in Nürnberg unter Eid (NG IG-Farben-Prozeß NI 9542), bereits im Frühjahr 1942 von Häftlingsverbrennungen Kenntnis gehabt zu haben.

Auch bei der Ausplünderung fremder Völker hatte Ambros seine Hände im Spiel. Als Mitglied des Vorstandes und des Technischen Ausschusses war er mitverantwortlich für die Einverleibung der polnischen, tschechischen und französischen chemischen Industrie in dem Herrschaftsbereich der IG-Farben.

Für diese „Verdienste“ wurde er von den Faschisten mit dem „Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz“ dekoriert.

Ambros, der vom amerikanischen Militärgericht in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt worden war, wurde auf Intervention der Bonner Regierung sehr bald wieder freigelassen, weil er als Rüstungsexperte zur Militarisierung Westdeutschlands unbedingt gebraucht wurde.

Bütefisch RANGGLEICH MIT DEM AUSCHWITZ-KOMMANDANTEN Heinrich

heute: Als Aufsichtsratsmitglied der bundeseigenen Ruhrchemie AG und anderer chemischer Großunternehmen ein bedeutender Wirtschaftsexperte des Bonner Staates. In der „Woche der Brüderlichkeit“ im März 1964, die der Bonner Staat alljährlich veranstaltet, um angeblich insbesondere der jüdischen Opfer der Nazi-Barbarei zu gedenken, wurde Bütefisch durch den westdeutschen Bundespräsidenten Lübke das „Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutsch-

lands" verliehen. Erst nachdem Prof. Jürgen Kuczynski aus der DDR am 19. März 1964 als Gutachter im Frankfurter Auschwitz-Prozeß die maßgebliche Mitschuld Bütefischs an der Ermordung vieler Tausend jüdischer Menschen nachwies, und auf Grund der Massenproteste im In- und Ausland wurde die Verleihung am 25. März 1964 rückgängig gemacht.

Heinrich Bütefisch gehörte zu den einflußreichsten IG-Farben-Vertretern im faschistischen Staat. Er war Mitglied des Vorstandes und des Technischen Ausschusses, Stellvertreter des Leiters der Sparte I der IG-Farben (Chemikalien, Spreng- und Kunststoffe). Bütefisch vertrat den IG-Farben-Konzern in den Aufsichtsräten und Vorständen zahlreicher in- und ausländischer Unternehmen auf dem Gebiet der chemischen und Bergwerksindustrie.

Im faschistischen Staatsapparat fungierte er als Mitarbeiter des Generalbevollmächtigten für die chemische Erzeugung und als Produktionsbeauftragter für Öl des faschistischen Rüstungsministeriums.

Als SS-Obersturmbannführer, ranggleich mit dem KZ-Kommandanten von Auschwitz, Höß, vertrat Bütefisch den IG-Farben-Konzern im „Freundeskreis des Reichsführers SS“. In dieser Eigenschaft führte er, der gleichzeitig hauptverantwortlich für den Syntheseteil des IG-Farben-Werkes Auschwitz war, die grundlegenden Verhandlungen mit dem SS-Obergruppenführer Wolff über die Bedingungen des Häftlingseinsatzes in Auschwitz. So legten sie beispielsweise den Preis für den gelernten Häftling auf 4 RM und für den ungelernten auf 3 RM fest. (Siehe Tafel 8)

Als Verantwortlicher für den Syntheseteil des IG-Werkes besuchte Bütefisch Auschwitz mehrmals. Er erhielt Kenntnis von allen das Auschwitz-Werk betreffenden Angelegenheiten. In seiner Erklärung unter Eid (NG IG-Farben-Prozeß NI 4182) bestätigte er, daß die Programme über die Errichtung des IG-eigenen KZ Monowitz von ihm bestätigt und weitergereicht wurden. Er war ebenfalls über die umfangreiche finanzielle und materielle Unterstützung des KZ Auschwitz durch die IG informiert.

Hitler ernannte ihn 1939 zum Wehrwirtschaftsführer und verlieh ihm später das „Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz“.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß des amerikanischen Militärtribunals gegen die IG-Farben erhielt er lediglich eine sechsjährige Gefängnisstrafe, die auch er auf Fürsprache der Bonner Regierung nur zum Teil zu verbüßen brauchte, um als Rüstungsfachmann in der bundeseigenen Ruhrchemie AG zur Verfügung zu stehen.

Dürrfeld DIREKTOR DES KRIEGSVERBRECHERKONZERNS

Walter

heute: Vorstandsmitglied der Scholven-Chemie AG (IG-Farben-Konzern) und Inhaber vieler Aufsichtsrats- und Beiratsmandate.

Walter Dürrfeld war vor 1945 Direktor des IG-Farben-Konzerns. Er trug die Verantwortung für das Bauvorhaben Auschwitz. Dürrfeld gehörte zu den Unterhändlern, die im Frühjahr 1941 mit SS-Obergruppenführer Wolff in Berlin die grundlegenden Verhandlungen über den massenweisen Einsatz von Häftlingen in Auschwitz führten.

Alle Einzelheiten des Einsatzes von KZ-Häftlingen und der Zusammenarbeit mit der SS in Auschwitz regelte Dürrfeld mit dem Lagerkommandanten Höß (Siehe Tafel 8). Er traf sich oftmals mit ihm, besuchte ihn im KZ und hatte gute Beziehungen zu dessen Familie. Die ersten Vereinbarungen mit dem KZ-Kommandanten traf er bereits am 27. März 1941 in Auschwitz.

Auf Betreiben Dürrfelds wurde das IG-eigene Konzentrationslager Monowitz errichtet. Die IG war für Verpflegung, Unterkunft und Arbeitsbedingungen der Häftlinge verantwortlich. Durch sein ständiges Drängen bei der SS, schwache Häftlinge abschieben zu können und nur kräftige und gesunde zu beschäftigen, ist Dürrfeld maßgeblich für die systematischen Selektionen im KZ Monowitz verantwortlich. Die Ausgesonderten wurden unmittelbar danach in den Gaskammern von Birkenau ermordet.

Dürrfeld selbst war im Lager Monowitz anwesend, wo nach Aussagen ehemaliger Häftlinge etwa 1000 bis 2000 Menschen zur Vergasung ausgesondert wurden. Für die drei- bis vierwöchentlichen Selektionen im Krankenbau Monowitz ist Dürrfeld mitverantwortlich. Er ordnete auf einer Besprechung im Frühjahr 1943 mit den SS-Ärzten Entress und Wirtz an, den Krankenbau möglichst klein zu halten. Bei den katastrophalen Lebensbedingungen konnte diese Forderung nur durch systematische Selektionen durchgesetzt werden.

Dürrfeld war für den Menschenverschleiß in Monowitz als Direktor der IG-Farben verantwortlich. Die Meldungen über Zu- und Abgänge im KZ Monowitz erreichten ihn täglich. Häftlinge aus der KZ-Schreibstube bestätigten, daß die Totenkartei des KZ Monowitz und der Nebenlager 1945 rund 370 000 Karten umfaßte. Im Auftrag Dürrfelds trieb die IG-Farben Auschwitz sogar einen umfangreichen Handel mit Kleidern und anderen Gegenständen der Ermordeten.

Abs SOWJETISCHE KINDER ZU TODE GESCHUNDEN

Hermann

heute: Generaldirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bank, Vorsitzender des Aufsichtsrates des IG-Farben-Nachfolgekonzerns Badische Anilin- und Sodafabrik AG, Vizepräsident der Deutschen Bundesbahn, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Kreditanstalt für den Wiederaufbau, Vorsitzender und Mitglied in über 40 Vorständen und Aufsichtsräten, exponierter Vertreter in unzähligen Unternehmerverbänden und sonstigen Organisationen in Westdeutschland. Gilt als „Bonns ungekrönter Finanzminister“.

In den Betrieben, in denen Hermann Abs vor 1945 im Aufsichtsrat saß – Abs war damals der führende Direktor der Deutschen Bank –, wurden die ausländischen Zwangsarbeiter besonders rücksichtslos ausgebeutet. Welches Ausmaß die Menschenschinderei in diesen Betrieben erreichte, zeigt z. B. die Behandlung von sowjetischen und polnischen Kindern, die dort durch Zwangsarbeit zu Tode gequält wurden. Selbst der Lagerarzt Dr. Römer von der Vereinigten Glanzstoff-Fabrik AG, Wuppertal-Elberfeld, Werk Elsterberg, protestierte entschieden gegen die Weiterbeschäftigung eines 10jährigen unterernährten Mädchens, weil sein weiterer Einsatz, wie er schrieb, Kindesmord bedeuten würde. Hermann Abs, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates dieses Betriebes, interessierte es nicht, wieviele Kinder zugrunde gingen. Hauptsache, der Profit konnte durch Kinderarbeit gesteigert werden.

„Abs war der spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband. Die Deutsche Bank des Hermann Abs handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten und der in Europa besetzten Länder... Abs setzte seine ganze Kraft ein zur Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands über Europa.“ (OMGUS-Office of Military Government of the USA, Bericht vom November 1946, S. 2, 5, 51, 171 und 172; zitiert in Einheit, Berlin 1951, Heft 17, S. 1235/36)

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Hermann Abs in Jugoslawien in Abwesenheit zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er hat seine Strafe nicht verbüßt. Als geschätzter „Finanzberater“ in britisch-amerikanische Obhut genommen, konnte er bereits 1950 als Mitglied des wirtschafts-technischen Ausschusses in der Schumann-Plan-Kommission wieder offiziell internationale staatliche Aufgaben ausführen.

In den folgenden Jahren widmete er sich als Chef der größten westdeutschen Monopolbank der Restauration des deutschen Finanzkapitals und gilt als der ungekrönte westdeutsche Finanzminister. Beispielsweise wurde die westdeutsche Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz 1951/52

nicht vom westdeutschen Finanzminister, sondern von Hermann Abs geleitet.

Dieser Kriegsverbrecher wurde bereits im Jahre 1953 für seine Tätigkeit zur Wiederherstellung und Festigung der Macht des deutschen Finanzkapitals in der Bundesrepublik mit einer der höchsten Auszeichnungen Westdeutschlands, dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern, dekoriert.

Auch das Franco-Regime verlieh 1960 Hermann Abs für seine „Verdienste“ um das faschistische Spanien einen hohen Orden.

Flick KOMMISSIONÄR GÖRINGS

Friedrich

heute: Einer der einflußreichsten Monopolisten des deutschen Imperialismus. In seiner Hand ist eine Macht konzentriert, die ihresgleichen sucht. Er gehört zu den wichtigsten Finanziers der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik. Er hat sich rechtzeitig staatliche Konzessionen für die wichtigsten Uranerzvorkommen in Westdeutschland gesichert, deren Abbau für die Atomrüstung immer mehr beschleunigt wird.

Friedrich Flick hat sich schon vor Jahrzehnten durch hemmungslose Spekulationen auf Kosten des deutschen Volkes ein ungeheures Vermögen zusammen geraubt. Er unterstützte stets die reaktionärsten Gruppen der deutschen Politik mit hohen Geldbeträgen. Schon im November 1932 überwies Flick dem „Sonderfonds Himmler“ einen Vorschuß von 100 000 RM „für besondere Zwecke“. Gleichzeitig unterzeichnete er mit den deutschen Großindustriellen und den Großbanken ein Schreiben an Hindenburg, in dem die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gefordert wurde.

Als „Kommissionär Görings“, wie sich Flick selbst bezeichnete, bereicherte er sich maßlos an den Arisierungsmassnahmen der Faschisten. Während des zweiten Weltkrieges übernahm er in den okkupierten Ländern zahlreiche „Treuhanderschaften“. In einem Schreiben vom 1. November 1940 an Göring forderte Flick einen großen Teil der Lothringischen Eisenindustrie, den er dann auch von Göring bereitwilligst erhielt.

Bei der „Ausschlachtung“ ukrainischer Hüttenwerke, wie der Flick-Konzern-Beauftragte Hüttner diesen Raub in der Sowjetunion bezeichnete, war Flick mit von der Partie. In den Betrieben des Flick-Konzerns waren über 40 000 ausländische Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene eingesetzt.

Die Millionen, die ihm die Inflation nach dem ersten Weltkrieg eingebracht hatte, wurden im zweiten Weltkrieg zu Milliarden. Als Wehrwirtschaftsführer und Mitglied des „Freundeskreises“ Himmlers machte er seine schmutzigen Geschäfte mit dem Blut der Völker.

Nach Kriegsende stand Flick unter der Anklage, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Ausbeuter von Sklavenarbeitern begangen zu haben. Flick wurde 1947 zu 7 Jahren Haft verurteilt. Ihm wurde jedoch während der Haft gestattet, Vorstandssitzungen abzuhalten! Bereits am 3. Februar 1951 wurde Flick ebenfalls auf Fürsprache der Bonner Regierung wieder entlassen.

Krupp SYMBOL DER UNHEILVOLLEN KRÄFTE
Alfried

heute: Er steht in der ersten Reihe der mächtigen deutschen Konzerne. Mit über 104 Unternehmungen, die ein unübersehbares Fabrikationsprogramm haben, erzielt er einen Gesamtumsatz von fast 6 Milliarden DM pro Jahr. Davon kommt ein beachtlicher Teil aus dem Sektor Aufrüstung.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach ist seit 1937 an der Gesamtführung des Krupp-Rüstungskonzerns beteiligt. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates und später als Alleinbesitzer des Riesenkonzerns hat er keinen geringen Anteil an der Entwicklung und Stärkung der faschistischen Kriegswirtschaft. Seine Rolle wurde vom Hauptankläger der Vereinigten Staaten von Amerika vor dem Internationalen Gerichtshof folgendermaßen dargestellt:

„Krupp von Bohlen – ebenso wie Alfried – lieb seinen Namen, sein Prestige und seine finanzielle Unterstützung, um die Nazipartei mit ihrem klar erkennbaren Programm, einen neuen Krieg zu entfesseln, in Deutschland an die Macht zu bringen... Nachdem der Krieg dann ausgebrochen war – wofür beide Krupps, sowohl Gustav von Bohlen als auch Alfried, unmittelbar verantwortlich sind – führten sie die deutsche Industrie, unter Verletzung von Verträgen und dem Internationalen Recht, an. Sie beschäftigten Zwangsarbeiter, die aus beinahe allen von Deutschland besetzten Ländern gepreßt und von dort herbeigeschleppt worden waren... Es sind reichlich Beweise vorhanden, daß diese Arbeiter in Krupps Gewahrsam und in Krupps Diensten unterernährt und überanstrengt, mißbraucht und unmenschlich behandelt wurden.“ (IMT, Bd. I, S. 148 und 149)

Der amerikanische Hauptankläger traf den Kern der historischen Wahrheit, wenn er sagte, daß *„der Krupp-Konzern Symbol und Nutznießer der unheilvollen Kräfte ist, die den Frieden Europas bedrohten“*.

Krupp konnte bereits in den ersten fünf Jahren der faschistischen Aufrüstung einen Reingewinn von 500 Millionen Mark verbuchen. Im fünften Kriegsjahr, 1944, erhielt die Kriegsverbrecherfamilie einen buchmäßigen Profit von über 110 Millionen Mark – zusammengerafft durch die Ausbeutung von 250 000 Menschen, die in Krupps 81 Betrieben eingesetzt waren, und von denen

20. November 1932

Ew. Exzellenz,
Hochzuverehrender Herr Reichspräsident,

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heisser Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüsst. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das

Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die grösstmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheissungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, dass diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die grösste Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Uebertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der grössten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreissen.

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüssen wir Euer Exzellenz

mit grösster Ehrerbietung

Fritz Thyssen

Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

I.

Um die zahlreichen Einzelsammlungen der verschiedensten Stellen und Verbände der NSDAP abzulösen, ist unter dem Namen „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ eine zentrale Sammlung aller Zweige der deutschen Wirtschaft ins Leben gerufen. Die Leitung der Spende liegt in den Händen eines Kuratoriums, das sich aus Vertretern der beteiligten Wirtschaftszweige zusammensetzt. Den Vorsitz des Kuratoriums hat Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach (Anschrift: Berlin W 35, Königin-Augusta-Straße 28, Reichsverband der Deutschen Industrie) übernommen.

Die Wirtschaftszweige haben sich verpflichtet, innerhalb eines Jahres, und zwar in der Zeit vom 1. Juni 1933 bis zum 31. Mai 1934, einen bestimmten Betrag in einer für sie jeweils zweckmäßigen Form aufzubringen und die gesammelten Gelder an das Kuratorium abzuführen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordern die ihnen angeschlossenen Verbände und Firmen auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln diese Sammlung zu unterstützen. Wir erwarten die tatkräftige Mitarbeit aller unserer Organisationen und aller Unternehmungen und den persönlichen Einsatz ihrer Führer. Es gilt, schnell und großzügig zu handeln, die Durchführung einfach und sparsam zu gestalten und alle bürokratischen Hemmungen zu vermeiden.

Bereits laufende Sonderabmachungen sind in die allgemeine Sammlung einzufügen.

7. Alle Fragen und Zuschriften sind an die Geschäftsführung der Industriesammlung zu richten. Abdrucke dieses Rundschreibens stehen auf Anforderung in beliebiger Menge zur Verfügung.

Für den Reichsverband der
Deutschen Industrie

gez. Krupp von Bohlen und Halbach.

Für die Vereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

gez. Röttgen.

Duplikat!

Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Bezeichnung

D. Nr. 086867

Dresdner Bank

Berlin

ist an der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ mit einem Betrag von
----- einhundertzwanzigtausend ----- Reichsmark beteiligt.

Berlin, am Juni 1934

Das Kuratorium

Sammlungen bei dem Inhaber dieser Bezeichnung sind allen Angehörigen, Dienststellen und Einrichtungen der NSDAP von der Parteileitung der NSDAP verboten, wenn der Inhaber der Bezeichnung die entsprechenden Zahlungsbefehle (siehe Sammlungs- verbot) vorlegen kann.



Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe

— Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes —

Kurzanschrift: Bankiercentrale

Postcheckkonto Berlin 86 070

BERLIN NW 7, den 31. August 1939

Dorotheenstr. 4

Fernruf: 16 55 81

Manuskript nur für die Mitglieder!

Rundschreiben Nr. 154

(Im Anschluß an
Rundschr. Nr. 151)

Streng vertraulich!

Betrifft: Wichtige Einzelmittellungen.

1. Vermögensbeschlagnahmen
 - a) unter Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit
 - b) auf Grund von Steuersteckbriefen.
2. Sonderdrucke und Vordrucke.
- 3.—4. Verlustmeldungen.

An unsere Mitglieder!

1. Vermögensbeschlagnahmen (Nr. 154 v. 31. August 1939)

a) unter Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Der Reichsminister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen durch Bekanntmachung vom 24. August 1939 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 198 vom 28. August 1939) die nachstehend aufgeführten Personen gemäß § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 480) der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt und die Beschlagnahme ihres Vermögens verfügt:

- | | |
|--|---|
| 1. Adler, Eugen, geb. 2. 7. 1892 in Speyer, | 14. Contwig (früher Cohn), Kurt, geb. 16. 10. 1890 in Culmsee (Kr. Graudenz). |
| 2. Adler, Fanny Flora geb. Brandt, geb. 17. 8. 1894 in Odenheim, | 15. Contwig, Frieda Lina geb. Eckardt, geb. 14. 1. 1900 in Plauen i. V. |
| 3. Adler, Alfred, geb. 28. 12. 1922 in Künzelsau, | 16. Dahl, Karl Israel, geb. 3. 5. 1890 in Bielefeld (RB. Minden). |
| 4. Adler, Ruth Dina, geb. 13. 8. 1924 in Künzelsau, | 17. Dahl, Margarete geb. Weil, geb. 2. 2. 1897 in Krefeld (RB. Düsseldorf). |
| 5. Becker, Ludwig Eugen, geb. 7. 12. 1898 in Kaiserslautern, | 18. Dahl, Elisabeth, geb. 12. 5. 1923 in Krefeld. |
| 6. Becker, Elisabetha Editha Helene geb. Huber, geb. 5. 7. 1905 in Homburg/Saar, | 19. Dahl, Berta, geb. 28. 7. 1926 in Krefeld. |
| 7. Benario, Paula geb. Mannheimer, geb. 4. 9. 1901 in Bütthard (BA. Ochsenfurt), | 20. Berenberg, Martha Louise Sara geb. Warburg, geb. 12. 3. 1879 in Hamburg. |
| 8. Benario, Walter Max, geb. 3. 8. 1924 in Stuttgart, | 21. Dessauer, Hellmuth Israel, geb. 24. 9. 1900 in Heringen (Kr. Hersfeld). |
| 9. Benjamin-Rasmussen, Helmut Detlef, geb. 31. 1. 1915 in Hamburg, | 22. Dessauer, Paula geb. Baumgart, geb. 7. 10. 1899 in Völkershäusen/Rhön. |
| 10. Berg, Ernst, geb. 14. 5. 1886 in Obrigheim, Rheinpfalz, | 23. Dessauer, Gerhard, geb. 7. 1. 1927 in Heringen (Kr. Hersfeld). |
| 11. Berg, Aloisia geb. Träger, geb. 9. 9. 1885 in München, | 24. Eckmann, Marcus gen. Max, geb. 16. 1. 1866 in Schmalkalden. |
| 12. Chrzanowski, Paul Sally, geb. 16. 1. 1884 in Lessen (Kr. Graudenz), | 25. Eckmann, Agnes Gretchen geb. Rosenbaum, geb. 7. 4. 1875 in Hamburg. |
| 13. Cohn, Leopold Israel, geb. 10. 5. 1878 in Duderstadt-Eichsfeld, | 26. Eckmann, Walter Hans, geb. 13. 3. 1900 in Hamburg. |

DEUTSCHE BANK

Vorstand

S. 5/38

Berlin, den 14. Januar 1938

An die

Direktionen unserer Filialen (Kopfstellen)

Umwandlung nichtarischer Firmen

Wir haben uns in letzter Zeit wiederholt mit Ihnen über die Behandlung unserer nichtarischen Engagements unterhalten und Ihnen erst vor einigen Tagen mitgeteilt, wie wir die künftige Entwicklung dieser Firmen beurteilen. Wir hörten darauf von Ihnen, dass Sie in dauernder Fühlungnahme mit diesen Unternehmen stehen und sich auf deren Wunsch bei der Arisierung zur Verfügung gestellt bzw. die Absicht haben, dies zu tun.

Da wir bisher nur einen Ueberblick über diejenigen nichtarischen Firmen Ihres Filialbezirks erhielten, die zu Ihren debitorischen Kunden zählen, dagegen nur wenig über Ihre nichtarische kreditorische Kundschaft unterrichtet sind, bitten wir Sie, uns eine weitere Aufstellung Ihrer nichtarischen debitorischen und kreditorischen Kundschaft und zwar derjenigen, die für die Arisierung in Frage kommt, zu übermitteln. Hierbei interessiert uns im einzelnen, wie weit der Arisierungsprozess des betreffenden Unternehmens gediehen ist und wie weit Sie selbst hierbei mitwirken. Der Zweck dieser Aufstellung soll für uns sein, hier im Hause zu überlegen, ob wir Sie in Anbetracht der täglich bei uns eingehenden zahlreichen Anfragen und der hierbei entstehenden Uebersicht bei Ihren Bemühungen unterstützen können, wobei wir selbstverständlich Wert darauf legen, dass die unmittelbaren Verhandlungen auch in Zukunft von Ihnen geführt werden.

Die ganze Angelegenheit muss vorsichtig und mit Ueberlegung behandelt werden und erfordert viel Geschick, damit nicht durch taktisch unrichtige Behandlung Verärgerungen und Verstimmungen ausgelöst werden, die, wie wir schon erfahren mussten, zu Folgerungen bezüglich des Geschäftsverkehrs geführt haben; das muss natürlich vermieden werden.

- 2 -

**FABRIKINDUSTRIE AKTIENGESellschaft
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ABTEILUNG**

45 Exemplare

rn Geheimrat Dr. Schmitz	Heidelberg
rn Direktor Dr. Jlgner	Berlin NW 7
rn Direktor Dr. von Schnitzler	Frankfurt/Main
rn Direktor Haefliger	Berlin NW 7
rn Generalkonsul Wilhelm R. Mann	Waltzacker/Weilheim
rn Direktor Dr. Oster	Berlin NW 7
rn Direktor Otto	Berlin SO 36
rn Kommerzienrat Waibel	Frankfurt/Main
rn Direktor van Beek	Premnitz/Westhavelland
rn Direktor Bergwardt	Frankfurt/Main
rn Direktor Dr. Grobel	Homburg Bez. Kassel
rn Direktor von Heider	Frankfurt/Main
rn Direktor Dr. Kugler	Frankfurt/Main
rn Direktor Uhl	Berlin SO 36
rn Direktor Dr. Anderhub	
Kalle & Co. Aktiengesellschaft	Wiesbaden-Biebrich
rn Direktor Hanser	
Stickstoffsyndikat G.m.b.H.	Berlin-Schöneberg
rn Generaldirektor Prof. Dr.	
Paul Müller, D.A.G.	Troisdorf/Bez. Köln

G. Berlin NW 7 nach internem Verteiler

g a r n / Stand der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen

Grund verschiedener Besprechungen, die wir in den letzten Tagen mit
lichen Stellen hatten, können wir Ihnen über den Stand der deutsch-
garischen Wirtschaftsbeziehungen folgende streng vertrauliche Angaben
ehen:

Räumung und Verlagerung ungarischer Industrie-Anlagen und Wirt-
schaftsgüter.

Die durch die Kriegsentwicklung entstandene Notwendigkeit, ungarische
Industrie-Anlagen und Wirtschaftsgüter vor dem Zugriff des Feindes
zu retten, hat das Problem der Räumung dieser Anlagen und Güter und
ihrer Verlagerung ins Reich in den Vordergrund aller zwischen Deutsch-
land und Ungarn schwebenden Probleme gerückt. Die notwendigen Aktion-
en laufen bekanntlich bereits seit längerer Zeit. Um die mit der
Räumung und Verlagerung zusammenhängenden Arbeiten zu systematisie-
ren und die sich aus dieser Überführung ungarischer Industrie-Kapa-
zitäten ergebenden wirtschaftspolitischen und finanziellen Konse-
quenzen soweit wie möglich klar zu stellen, wurden in der Zeit von
4. bis 6. Januar Verhandlungen zwischen der deutschen und ungarischen
Regierung gepflogen, deren Ergebnis in einem Abkommen über die

Geheim! 1

1. Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB.
2. Weitergabe nur verschlossen, bei Postbeförderung als „Einschreiben“.
3. Aufbewahrung unter Verantwortung des Empfängers unter gesichertem Verschluss.

Berlin NW 7, den 17.1.1945
Unter den Linden 78

H. 21/21

21.12.1943

R./Sch.

An das Gauarbeitsamt Mitteldeutschland
Erfurt

Dem hiesigen Betriebe ist eine polnische Arbeiterin mit 2 Kindern im Alter von 8 und 11 Jahren zugewiesen worden. Die Kinder werden im hiesigen Betriebe mit beschäftigt und erhalten als Entgelt einen Stundenlohn von 11 Rp., verdienen also durchschnittlich in der Woche RM 5,00. Da sich die Kinder in einem volksschulpflichtigen Alter befinden, entsteht die Frage, ob die Kinder nach § 74 b A.V.A.V.G. versicherungsfrei sind. Ich bitte Sie mir Ihre Ansicht hierüber mitzuteilen.

Der Leiter der Reichs- und Landes-
Arbeitsämter
Zentraldirektion der Reichs- und Landes-
Arbeitsämter

 Personalkarte Nr. Mamaj		Werk-Nr. Vorname: Kana		Staatsangehörigkeit: Polen	
geb. am	5. 4. 33	zu	Kedwedino	Kreis:	Waleika
Wohnort:	Kolp	Strasse:	Wälder	led., verh., verw., gesch., getr.	
				Ehegatte:	
				1. Kind:	Namen geb. am
				2. Kind:	
				3. Kind:	
				4. Kind:	
				5. Kind:	
				6. Kind:	
erlernter Beruf nach Arbeitsbuch:		Arbeitsbuch-Nr. A 130-34/1869		Berufsgruppe:	13
beschäftigt in Abtlg.:		Kond. I		als	Amateurkattrator
		Eintritt: Tag 29 Mon. 6 Jahr 33 Austritt: Tag 12 Mon. 4 Jahr 35		Grund des Austritts:	
3845					
		Umstellung			
		am 31. 4. 35 nach Abtlg. Kond. I als Einzelangestellte			

 Personalkarte Nr. Kusnezow		Werk-Nr. Vorname: Peter		Staatsangehörigkeit: Russ	
geb. am	11. 1. 34	zu	Katigisowa	Kreis:	Leningrad
Wohnort:	Kolp	Strasse:	Kolp	led., verh., verw., gesch., getr.	
				Ehegatte:	
				1. Kind:	Namen geb. am
				2. Kind:	
				3. Kind:	
				4. Kind:	
				5. Kind:	
				6. Kind:	
erl. Beruf nach Arbeitsbuch:		Arbeitsbuch-Nr. A 130-34/1804		Berufsgruppe:	13
beschäftigt in Abtlg.:		Kond. I		als	Amateurkattrator
		Eintritt: Tag 29 Mon. 6 Jahr 34 Austritt: Tag 5 Mon. 7 Jahr 35		Grund des Austritts:	
3850		A.A. gemeldet Muna			
		Umstellung			
		am 31. 4. 35 nach Abtlg. Kond. I als Einzelangestellte			

Bekanntmachung

Betreff:
Ostarbeiter!

Beim Einsatz der in einigen Tagen bei uns eintreffenden Ostarbeiter ist von unserer Gefolgschaft auf das allerstrengste zu beachten, dass jeder, nicht durch den Arbeits-einsatz bedingte Umgang mit den Ostarbeitern untersagt ist!

Verstöße gegen diese Anweisung werden auf das allerhärteste, sogar mit dem Tode bestraft!

Wir erwarten von unserer Gefolgschaft die notwendige Disziplin und hoffen, dass keiner unserer Männer und Frauen von den genannten Strafen betroffen wird.

Leipzig, 3.7.42
BI Sz./30

abzunehmen: 30.7.42

Langbein-Pfanhauser Werke
Aktiengesellschaft

Dr. Pfanhausen

Hermisdorf-Schomburg-Isolatoren-Gesellschaft
Hermisdorf/Thür.

Abzulegen unter Akten:

Betrifft Gegenstand:

Aktion 20. Februar 1943

Mitteilung

Herrn: Dir. Petzsch
an Abteilung:

von Abteilung: Lohnbüro

am: 17.5.43

durch: Schl. Schf.

Auf Grund vorstehender Aktion wurden am 19.3.43 die nachstehend namentlich aufgeführten deutschen Gefolgschaftsmitglieder:

Richard Beigler
Walter Knappe
Willi Tischendorf
Kurt Voigt I

sowie 18 Ostarbeiter und 3 Ostarbeiterinnen und am 9.4.43

Walter Barwolf
Heinrich Begethoff
Walter Trümmler

ferner 2 Ostarbeiter und 3 Ostarbeiterinnen durch die Gestapo in Weimar verurteilt.

Hermisdorf-Schomburg-Isolatoren-Gesellschaft
ZWEIGNIEDERLASSUNG DER F. & M. FABRIK KAHLE
Personal- u. Lohnabteilung

Erledigungsvormerk

Q. 18/43

114 010311 192
 Leuna-ferke, den 30. März 1941. Gs.

Lu

Besuchsbericht:

Besprechung mit dem Lagerkommandanten des Konzentrationslagers

bei Auschwitz am 27.3.41, nachm. 15 Uhr.

Anwesend: Sturmbannführer Hoß, Lagerkommandant,
 Sturmbannführer Kraus, Leiter der Verwaltung der Konsentra-
 tionslager, Oranienburg,

Hauptsturmführer Burböck, Desernent für den Häftlingseinsatz,
 Berlin-Lichterfelde,
 und einige Obersturmführer und Sturmführer als Desernenten
 für die besprochenen Sonderfragen.

Oberling. Faust, Lu/Dyhernfurth,
 Dipl.-Ing. Flöter, Lu/Dyhernfurth,
 Ing. Murr, Lu,
 Dr. Dürrfeld, Leuna.

Zweck der Besprechung:

Nach der vorbereitenden Besprechung, die in Berlin am Donnerstag, den 20. März, zwischen Dir. Dr. Bütefisch und Oberguppenführer Solf unter Anwesenheit der Obergführer Glücks - Oranienburg (Inspekteur der Konzentrationslager) und Lörner - Berlin (Inspekteur für den Häftlingseinsatz) stattfand, sollten nunmehr die Einzelheiten über die Art der Hilfe, die das Konzentrationslager bei dem Bau des Serkes übernehmen kann, besprochen werden.

Allgemeines:

Es soll zusammenfassend vorausgeschickt werden, daß die Besprechung in einem außerordentlich sachlichen und doch sehr herzlichen Ton vorstatten ging. Es war in allen Fragen eine volle Bereitschaft festzustellen, nach Kräften beim Bau des Serkes von seiten des Konzentrationslagers Hilfestellung zu leisten. An die Besprechung schloß sich eine eingehende Besichtigung des Lagers mit allen seinen Einrichtungen und Verkatäten.

Verabredungen:

1.) Von Herrn Faust werden für das laufende Jahr etwa 1.000 Häftkräfte und Fachkräfte - soweit sie vorhanden sind - gefordert. Diese Zahl kann das Lager ohne weitere Vorbereitungen stellen.

2.) Für das nächste Jahr wird ein Bedarf von etwa 1.000 Häftlingen angekündigt. Diese Zahl wird das KL stellen können, wenn die nötigen Unterkünfte in dem Lager zur Vernehmung der bisherigen Häftlingszahl von 8.000 geschaffen worden sind. Das Lager ist z.Zt. im Bau weiterer Unterkünfte, ist jedoch gehemmt durch den Mangel an Moniersteinen für die Böden und Decken. Wir übernehmen es, zu prüfen, den Lager zu einer schnelleren Beschaffung (Konnasser und Lieferfrage) zu verhelfen.

3.) Eine weitere Gestaltung von Arbeitskräften über die gesamte Zahl hinaus ist durchaus möglich, da das Lager für die Zahl von etwa 30.000 Häftlingen vergrößert werden soll. Maßgebend für das Tempo ist die Beschaffung des Eisens und die Beschaffung der nötigen Zahl von Leppos. Diese Kappos (Foliere und sonstige fachlich geschulten Kräfte) werden aus den Befürwortern ausgewählt und sollen von anderen KL nach Auschwitz über-

193

führt werden. Diese Aktionen sind im Gange.

4.) Für die Herausführung der Häftlinge an die Baustelle wird ein direkter Weg über die Bahn südlich von Auschwitz nach dem Werks Gelände vorgeschlagen. Dem KL baut hierzu eine Brücke. Über dieselbe Traasse soll ein Fußgängerweg gelegt werden, so daß die Häftlinge im Feldzug nach der Baustelle und zurück befördert werden können. In die Beschaffung der notwendigen kleine Kammern sich beide Parteien.

5.) Die Arbeitszeit richtet sich nach der Jahreszeit und kann mit 10 - 11 Stunden im Sommer, im Winter mit mindestens 9 Stunden angenommen werden. Die Leistung wird auf 75 % eines normalen deutschen Arbeiters geschätzt. Für die Häftlinge soll pro Hilfsarbeiter und Tag 1.24. pro Facharbeiter und Tag 4.24 gezahlt werden. In diesen Kosten ist alles einbezogen, Transport, Verpflegung u.s.w. Über diese Kosten hinaus fallen keinerlei Kosten für uns für die Häftlinge an, es sei denn, daß zum Ansporn dann und wann kleine Vergütungen (Zigaretten u.s.w.) gegeben werden.

6.) Eine gleichzeitige Beschäftigung von Kriegsgefangenen ist zum mindesten im laufenden Jahr unmöglich, insbesondere deswegen, weil die geforderte Zahl von Kräften durch das Lager restlos gedeckt werden kann.

Zusammenfassung:

Die gesamte Verhandlung wurde in herzlichem Einvernehmen geführt, wobei von beiden Seiten der Wunsch herausgestellt wurde, sich gegenseitig jede mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. So z.B. stellte der Lagerkommandant für den Notfall alle im Lager vorhandenen Kräfte, Lagerarzt, Krankenauto, gegebenenfalls auch Transportmittel, zur Verfügung, bis die Baustelle eingelaufen ist. Es wurde verabredet, bei neuauftretenden Fragen eine schnelle Besprechung zu wiederholen. Insbesondere wurde den Vorkommenden der Leitung, Herrn Murr, empfohlen, sich jeweils an den Adjutanten des Lagerkommandanten, Hauptsturmführer Frommberg, zu wenden.

Handwritten signature

Verteiler:

Dir. Dr. Ambros
 Dir. Dr. Eymann, Ol. Santo } Lu
 OI. Faust
 Dr. Einfeld
 Dr. Mach
 DI. Heidebrock

Zehntausende Häftlinge in den konzerneigenen Konzentrationslagern zugrunde gingen.

Nicht nur in Krupps eigenen Konzentrationslagern wurden Tausende zu Tode geschunden; Krupp zog seine Profite auch aus dem Massenvernichtungslager Auschwitz. Das geht aus einem Schreiben der Friedrich Krupp AG vom 8. September 1942 an die IG-Farben-Industrie hervor. In dem Schreiben an den Kriegsverbrecher Dürrfeld vom IG-Farben-Konzern heißt es u. a.:

„Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung teilen wir Ihnen mit, daß unsere Firma im Begriffe steht, in Räumen und mit Arbeitskräften, die uns von der SS zur Verfügung gestellt werden, in Auschwitz die Fertigung wehrmachts wichtiger Teile aufzuziehen...“ (Archiv des VEB Buna-Werk, Bestand: IG-Farben-Konzern)

Im Prozeß vor dem USA-Militärgerichtshof in Nürnberg wurde Krupp 1948 wegen Kriegsverbrechen zu 12 Jahren Gefängnis und Einziehung seines gesamten Vermögens verurteilt. Bereits im Januar 1951 wurde er auf Antrag der Adenauer-Regierung aus dem Gefängnis entlassen und die Beschlagnahme seines Vermögens aufgehoben. Die Bonner Regierung hatte bereits damals den Krupp-Konzern als Eckpfeiler der Wiederaufrüstung auserkoren.

Marionetten der Monopole

Die engsten Vertrauensleute der Kriegsverbrecher-Konzerne aus dem faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat übernehmen hohe Regierungsfunktionen im Bonner Staat.

Lübke KZ-BAUFÜHRER

Heinrich

heute: Präsident der Bundesrepublik

Jahrelang konnte sich Lübke der westdeutschen Bevölkerung als Verfolgter des Nazi-Regimes präsentieren, bis im Jahre 1964 von der DDR an Hand von Originaldokumenten der ehemaligen Gestapoleitstelle Stettin vor der internationalen Presse nachgewiesen werden konnte: Heinrich Lübke war zumindest seit 1940 Vertrauensmann der Gestapo. Als Stellvertreter des Leiters der „Baugruppe Schlemp“ – zu Kriegsbeginn ein Rüstungsbaustab des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“, später des NS-Rüstungsministers Speer innerhalb des sogenannten Jägerstabes – war Lübke an der Errichtung eines „Sonderlagers der Geheimen Staatspolizei Peenemünde“ beteiligt. Er drohte, arbeitsunwillige Belegschaftsmitglieder dorthin einzuweisen. Die Ge-

stapoleitstelle notierte dazu, „daß in der weiteren Bearbeitung des Vorganges besonders . . . auf Lübke zurückgegriffen werden kann“. (Siehe Tafel 13)

1934 wurde Lübke auf Grund eines faschistischen Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit erstmals Nutznießer des Hitler-Regimes. Eine Strafkammer beim Landgericht Berlin beschloß, ein Strafverfahren gegen Lübke und Komplizen wegen „*Veruntreuung, Urkundenbeseitigung und anderen groben Unredlichkeiten*“ einzustellen. Dabei wurde jedoch ausdrücklich betont, daß „*das Verfahren weder ihre Unschuld ergeben noch dargetan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt*“. (Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Mecklenburgisches Staatsministerium, Siedlungsgesellschaft Bauernland AG, S. 47, siehe Tafel 9)

Seit dieser Zeit gehört Lübke zu denen, die den Faschismus bis zur bedingungslosen Kapitulation ebenso bedingungslos unterstützten.

Als Organisator geheimster und kriegswichtigster Rüstungsvorhaben der faschistischen Führung war Lübke maßgeblich am massenweisen Einsatz von KZ-Häftlingen beteiligt. Er arbeitete als stellvertretender Leiter des Baustabes Schlempp beim Aufbau der Produktionsstätten der berüchtigten V-Waffen. Im Raum von Peenemünde leitete er 40 Baustellen persönlich!

1944 wurde Lübke mit dem Aufbau des Konzentrationslagers Leau, als Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, eine besonders wichtige und äußerst geheime Aufgabe übertragen. Um den verheerenden Verlusten der Nazi-Luftwaffe zu begegnen, war im Frühjahr 1944 ein sogenannter Jägerstab gebildet worden. Der „Jägerstab“ erhielt von Kriegsverbrecher Speer die Aufgabe, die Rüstungsbetriebe der Flugzeugindustrie aus den bombengeschädigten oder gefährdeten Betrieben in unterirdische Produktionsstätten zu verlagern und die Produktion mit allen Mitteln auf Hochtouren zu bringen. Ihm wurde auch der Baustab Schlempp mit seinem stellvertretenden Leiter Lübke zugeteilt.

Hierzu forderte Lübke als oberster Bauführer des Baustabes Schlempp 2000 KZ-Häftlinge aus dem KZ Buchenwald an, die in Peißen bei Bernburg schwerste Betonierungs- und Transportarbeiten unter Tage in zwei Schichten zu je 12 Stunden ausführen mußten. Die ersten Häftlinge wurden Ende August 1944 in Zelten untergebracht. Die katastrophalen Verhältnisse begünstigten eine Ruhrepidemie. Viele Häftlinge starben. Für die weiteren Häftlinge wurde ein Konzentrationslager in 400 Meter Tiefe angelegt. Hier siechten 500 Menschen unter grausamen Bedingungen dahin. Anlässlich einer Besprechung auf dem Gelände des KZ Leau, Anfang September 1944, die Lübke leitete, wurde mit Genugtuung festgestellt, daß „*die Arbeiten nunmehr auf breitester Front sichtbare Fortschritte machen*“. (Siehe Tafel 10, Archiv des VEB Kaliwerk Bernburg, Bestand: Kali-Werk Friedenshall.) Die in dem Dokument über diese Besprechung genannte Firma ATG Leipzig gehörte dem Kriegsverbrecher Flick.

Diese und die anderen Besprechungen, die Lübke seit Mai 1944 mit seinem Stab in Leau führte, sowie andere Maßnahmen, über die viele Originaldokumente vorliegen, beweisen eindeutig: Lübke war dafür verantwortlich, das Jägerprogramm durch die Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsverschleppten zu verwirklichen. Lübke hieß die mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen gut, denen Hunderte Polen, Franzosen, Italiener, Sowjetbürger und Deutsche zum Opfer fielen. Bisher sind aus den Totenlisten des KZ Buchenwald 267 Namen Ermordeter, ausschließlich politischer Häftlinge, darunter 174 Polen, 58 Franzosen, 5 Sowjetbürger und 18 Italiener bekannt geworden, für deren Tod Lübke in hohem Maße verantwortlich ist.

Westrick DER WEHRWIRTSCHAFTSFÜHRER VON FORMAT

Ludger

heute: Bundesminister und Leiter des Bundeskanzleramtes, Nachfolger des in der Deutschen Demokratischen Republik zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Judenmörders Globke. Ludger Westrick übertrifft die meisten Bundesminister an Macht nicht nur dadurch, daß er von seiner Schlüsselposition als Leiter des Bundeskanzleramtes aus dem Hintergrund wirkt, sondern vor allem dadurch, daß er seit jeher im Dienste der Industrie- und Bankmagnaten des imperialistischen Deutschlands steht.

Kurz vor dem Machtantritt des Faschismus war Westrick für einen der größten Förderer der Faschisten, den nachmaligen Kriegsverbrecher Krupp, als Verkaufsleiter des Vereinigten Stahlwerke-Konzerns in Südosteuropa tätig.

Nach 1933 wurde Westrick Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke AG Berlin (VAW), die zur Vereinigten Industriewerke AG (VIAG) gehört, und übernahm damit die Leitung einer für die faschistische Aufrüstung, vor allem für die Luftwaffe, außerordentlich wichtigen Industrie. In der Folgezeit hat sich Westrick durch nicht weniger als 27 Vorstands- bzw. Aufsichtsratsposten, u. a. bei der Vereinigten Industriewerke AG Berlin, Reichskreditgesellschaft AG Berlin und Vereinigten Deutschen Metallwerke AG Frankfurt/Main, bei der erst geheimen, später offenen Kriegsvorbereitung besonders hervorgetan. (Siehe Tafel 11 Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: RWi. Min., Akte Nr. 11 709.) Für diese „Verdienste“ wurde Westrick von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt und kam als Mitglied in den zehnköpfigen Industrierrat für die Entwicklung von Luftwaffengerät bei Göring.

Im November 1941 schreibt Westrick voll Pathos in der Zeitung „Der Deutsche Volkswirt“: „Solange noch die Kriegsfantaren dröhnen, hat die deutsche Leichtmetallindustrie nur eine Aufgabe und ein Ziel, worauf alle Maßnahmen ausgerichtet sind und sein müssen: Deutschlands Endsieg!“

Kurz darauf nahm Westrick an einer Besprechung beim Stellvertreter Görings, Generalfeldmarschall Milch, teil, wobei es um die Aufteilung der europäischen Interessengebiete auf die einzelnen Aluminium-Interessenten ging. Nachdem die Kriegsbeute aufgeteilt war, ging Westrick bei Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und mit einer französischen Gruppe über die Ausbeutung ungarischer bzw. französischer Rohstoffvorkommen 1941/42 aufs Ganze. Er forderte brutal die völlige Unterwerfung der Ungarn bzw. der Franzosen unter den deutschen Imperialismus.

Noch viel brutaler aber zeigte sich Westrick bei der Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in dem von ihm geleiteten VAW-Konzern. Ihr Anteil machte im Verlauf des Krieges über 75 Prozent der Gesamtstärke der Belegschaft aller VAW-Werke aus. Wie aus einem Schreiben des Lagerarztes des Lautawerkes der VAW vom 28. August 1942 hervorgeht, wurden dort ausländische Kinder im Alter von 13 Jahren und ausländische Frauen von 60 bis 62 Jahren zur Zwangsarbeit gepreßt. Sie litten an chronischen Krankheiten und waren unmenschlichsten Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt.

Diesem Terror fielen unzählige Menschen zum Opfer. Wie aus dem Sterberegister des Standesamtes Lautau hervorgeht, wurden dort Hunderte derartiger Sterbefälle beurkundet. Als Todesursache ist neben der zynischen Formulierung von „allgemeiner Körperschwäche“, Selbstmord durch Überfahrenlassen durch die Werkeisenbahn, „Schädelbruch“, Tuberkulose und andere Infektions- und Mangelkrankheiten verzeichnet. Bei einem französischen Zwangsarbeiter ist als Todesursache *„wegen Widerstand von einem Gendarmeriebeamten erschossen“* vermerkt. In den Totenlisten sind fast alle europäischen Nationalitäten aufgeführt. (Siehe Tafel 12, Totenlisten des Standesamtes der Stadt Lautau.) Bei dem Lautawerk handelt es sich nur um ein Werk unter vielen anderen Aluminium-Werken, die Westrick verantwortlich unterstanden.

Nach 1945 wurde Kriegsverbrecher Westrick gleich wieder als Wirtschaftskapitän von den Monopolen verwendet. Bereits 1951 lancierten die Rüstungskonzerne ihn auf den Posten des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium. 1963 trat Westrick dann die Nachfolge Globkes im Bonner Bundeskanzleramt an.

Blessing HIMMLERS FREUND

Karl

heute: *Präsident der Deutschen Bundesbank.*

Karl Blessing gehörte vor 1945 zum berüchtigten „Freundeskreis“ Himmlers und wurde von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. 1933 bei der Deut-

schen Reichsbank tätig, ging er 1934 als Generalreferent in das faschistische Reichswirtschaftsministerium. 1937 wurde er Mitglied des Reichsbankdirektoriums und später Mitglied des engeren Beirats der Deutschen Reichsbank. In dieser Vertrauensstellung war Blessing maßgeblich an der Finanzierung, Vorbereitung und Durchführung der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung beteiligt.

Unter seiner Mitwirkung gründete Schacht als Reichsbankpräsident bereits im Mai 1933 in Berlin unter Beteiligung der Reichsbank mit den Rüstungskonzernen Krupp, Siemens, Rheinmetall und Deutsche Werke die Metallurgische Forschungs-GmbH (Mefo). Sie war eine Scheinfirma, die eine weitgehende Tarnung der damals noch geheimen Aufrüstung ermöglichte.

Durch seine exponierte Stellung hatte damals Blessing auch engste Bindung zur IG-Farben-Industrie AG. Die IG-Farben charakterisierten Blessing in einem Schreiben an eine südafrikanische Firma *„als eine der führenden Persönlichkeiten im Reichswirtschaftsministerium und einen der engsten Mitarbeiter von Schacht“* und wiesen damit auf die bedeutende Rolle Blessings im Nazi-Staat hin.

Blessing wurde ständig zu Beratungen führender Gremien der Faschisten herangezogen, wie zu der Besprechung Görings über die „Rückgliederung Österreichs“ am 11. März 1938. Auf der Tagesordnung dieser Besprechung, an der Blessing in seiner Eigenschaft als Generalreferent für Angelegenheiten des Landes Österreich im Reichsbankdirektorium teilnahm, stand u. a. die Arisierungspolitik in Österreich. In einer weiteren Sitzung, von Göring als die wichtigste im Rahmen des Vierjahresplanes eingeschätzt, referierte Blessing zu Fragen der Mineralölversorgung im „A-Falle“. Im Dezember 1939 fand beim Oberkommando der Wehrmacht unter Leitung von General Thomas eine Beratung über Rüstungsfragen statt. Hier sprach Blessing in der Diskussion zu Fragen des Verkehrsproblems und zur Rohstoffbeschaffung und brüstete sich damit, an der Einrichtung eines Überwachungssystems selbst beteiligt zu sein.

Im Januar 1944 beauftragte der Leiter des Planungsamtes des Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben die Dresdner Bank mit *„... der laufenden Beobachtung und Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Schweden; der Erkundung über die spezielle handelspolitische Lage; der Unterrichtung über ausländische Persönlichkeiten u. a. m.“* Der Beauftragte weist dann die Dresdner Bank an: *„Die laufende Fühlungnahme mit Ihnen und die Zusammenarbeit im einzelnen erfolgt über Herrn Direktor Karl Blessing, Continentale Oel AG, der die Koordinierung und Auswertung der Vorschläge und Berichte der einzelnen Mitarbeiter in meinem Auftrage übernommen hat.“* (Nürnberger Prozeß, Fall XI, Akte Nr. 422, Dok. Nr. NI 2031)

Blessing beteiligte sich aber nicht nur aktiv an der Versklavung und Ausplünderung der okkupierten Länder, sondern er half auch bei der Vorbereitung von geplanten Aggressionen auf neutrale Länder.

Nach Kriegsende wurde Blessing – für kurze Zeit interniert – von den west-deutschen Monopolen mit offenen Armen empfangen und bereits 1957 auf den Posten des Bundesbankpräsidenten geschoben.

Vialon DER BUCHHALTER DER SS-MÖRDER
Karl Friedr.

heute: Bonner Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das alle Fragen der Bonner neokolonialistischen Politik koordiniert. Zuvor Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und Berater Adenauers in Wirtschafts- und Finanzfragen.

Karl Friedrich Vialon begann seine Karriere bei der faschistischen Justiz. Zuletzt war er Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Karlsruhe. Dann wechselte er zum Reichsfinanzministerium über. Zu Anfang des zweiten Weltkrieges half er als Oberregierungsrat mit, das okkupierte Elsaß auszuplündern. Nach dieser „Bewährung“ wurde er Regierungsdirektor und Leiter der Finanzabteilung des Reichskommissariats für das Ostland in Riga. Hier hat Vialon unverwischbare Spuren hinterlassen, die ihn schwerster Verbrechen überführen.

In seinem Wirkungsbereich, den estnischen, lettischen, litauischen und bjelorrussischen Gebieten, wurde die sogenannte Endlösung unter führender Beteiligung Vialons am perfektsten durchgeführt. Es gelang kaum einem der jüdischen Bürger, mit dem Leben davonzukommen. Nach Angaben im „Einsatzgruppen-Prozeß“ 1947/48 in Nürnberg wurden allein in den estnischen, lettischen und litauischen Gebieten 118 430 jüdische Menschen ermordet. Dazu kommen annähernd eine halbe Million aus den bjelorrussischen Gebieten. Vialon besorgte die Ausplünderung dieser Opfer. Er sammelte das Vermögen und die Habe der Ermordeten und machte sie dem faschistischen Regime für die Durchführung neuer Mordtaten nutzbar.

Am 16. März 1943 wies Vialon in einem Geheimerlaß – er betraf die „Ablieferung der durch die Polizei beschlagnahmten jüdischen Vermögenswerte“ – den Generalkommissar in Minsk an, „daß die Zahlstellen des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD“ die beschlagnahmten Wertgegenstände und Gelder an die Amtskassen der Generalkommissare abführen. Schon am 2. Mai 1943 rügte Vialon den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Ostland dafür, daß „die in Aussicht gestellte Ablieferung beschlagnahmter Vermögenswerte in Höhe von über einer Million Reichsmark... noch nicht eingegangen sei.“ Er verlangte zu wissen, wann mit der Ablieferung „an meine Hauptkasse gerechnet werden kann“. (Zentralarchiv der Lettischen SSR, Riga, Reichskommissariat für das Ostland – Siehe auch Tafel 15)

Vialon organisierte nicht nur den Raub jüdischen Vermögens, er war auch an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligt. Am 31. Juli 1943 ordnete er an: *„Die Leitung dieses zu errichtenden Konzentrationslagers soll nach meinem Wunsch vom Generalkommissar Riga übernommen werden... Der finanzielle Ertrag soll, wie bisher, meinem Haushalt zufließen.“* (Siehe Tafel 16)

Im April 1942 bewilligte er, um den Widerstand der lettischen, estnischen und bjelorussischen Bevölkerung gegen die faschistische Zwangsherrschaft zu brechen und neue Arbeitssklaven zusammenzutreiben, dem „Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Ostland“ nicht weniger als 25 000 RM für die sogenannte Bandenbekämpfung. Der „Befehlshaber“ hatte diese Summe bei Vialon für die *„zusätzliche Betreuung der zur Bandenbekämpfung eingesetzten... Hilfskräfte“* beantragt. Diese Terroraktionen gegen die Partisanen, die für die Befreiung ihrer Heimat kämpften, bedeuteten: Aussiedlung, Evakuierung der Bewohner zur Zwangsarbeit, Abbrennen von Dörfern, öffentliche Exekutionen. Vialon wußte nicht nur von der Ermordung sowjetischer Partisanen, er organisierte sie als Leiter der Finanzabteilung mit seinen Haushaltsmitteln.

1963 leistete Vialon wider besserem Wissen einen Meineid, als er in einem Strafverfahren gegen den SS-Massenmörder Hausser aussagte: *„Ich verneine ausdrücklich die Frage nach meinem Wissen von Judenvernichtungsaktionen.“*

Trotz neuen Belastungsmaterials und der bereits vor Jahren veröffentlichten Dokumente fungiert Vialon unbehelligt weiter als Staatssekretär.

Hettlage SS-HAUPTSTURMFÜHRER UND RÜSTUNGSEXPERTE

Karl-Maria

heute: Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, vordem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Karl-Maria Hettlage avancierte 1934 zum Stadtkämmerer von Berlin. In den folgenden Jahren setzte er seinen ganzen Ehrgeiz daran, die faschistische Aufrüstung durch rigorose Eintreibung von Steuern voranzutreiben. Im August 1935 gab er die Weisung, „daß die Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen sind“. Vorher hatte er erklärt: *„Die Sicherheit der Nation auf die Wehrkraft neu zu gründen, ist das Werk des Führers und Ziel unser aller Bemühungen.“* In dieser Zeit wurde Hettlage SS-Hauptsturmführer (SS-Nr. 276 909) und enger Mitarbeiter des vom Nürnberger Militärtribunal verurteilten Kriegsverbrechers Speer. Dieser holte Hettlage später in sein Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

In einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Militärtribunal nannte der später hingerichtete SS-Obergruppenführer und Leiter des SS-Wirt-

schaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, auf die Frage, mit welchen Personen im Laufe seiner Amtstätigkeit er persönliche Berührung hatte, auch den Namen Hettlage und stellte fest: *„Dr. Hettlage von der Commerzbank war der Finanzmann von Speer.“*

Das entsprach den Tatsachen; denn Hettlage wurde auf Vorschlag des Kriegsverbrechers Speer Aufsichtsratsvorsitzender der Montanindustrie GmbH. Am 31. März 1942 betreute dieses Mammutunternehmen 52 Firmen mit 122 Werken, rund 3 Milliarden Reichsmark treuhänderisch verwaltetem – also geraubtem – Anlagevermögen und einer Belegschaftsstärke von 178 970 Arbeitern, Angestellten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates zählte auch der Kriegsverbrecher Flick.

Im Mai 1943 fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung über deutsch-schweizerische Wirtschaftsverhandlungen statt. Im Verlauf dieser Besprechung erklärte Hettlage, *„daß die Auftragsverlagerung nach der Schweiz einen zu kleinen Prozentsatz des deutschen Gesamtrüstungsumfanges ausmacht, als daß zu ihrer Erzwingung Druckmittel angewandt werden sollten, die zu Schwierigkeiten mit Italien führen könnten... Unter diesen Umständen erscheine es zweckmäßig, als Druckmittel nötigenfalls zunächst die Sperre der schweizerischen Ausfuhr und sodann die Verhinderung der Einfuhr (Durchfuhr) ins Auge zu fassen.“* (Deutsches Zentralarchiv Potsdam)

Im Herbst 1943 fand eine Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für italienische Angelegenheiten statt, an der, neben dem Schreibtischmörder Globke, auch Hettlage teilnahm. In dieser Besprechung taten sich beide durch chauvinistische Reden hervor.

Im April 1944 gab Hettlage in Vertretung des Kriegsverbrechers Speer einen Erlaß über die Umsetzung von Betrieben und Betriebsstellen heraus, in dem es u. a. heißt: *„... habe ich die Stillegung von Fertigungen, die zur Fortsetzung des Krieges nicht zwingend benötigt werden, und die Umsetzung der dadurch freigesetzten Arbeitskräfte zu Gunsten vordringlicher Fertigungen angeordnet.“* (Ebenda)

Bis zur letzten Minute setzte sich Hettlage für die Fortführung und Unterstützung des totalen Krieges ein und propagierte den faschistischen „Endsieg“. Nachdem er 1945 in Westdeutschland kurz untergetaucht war, ließen ihn die Monopolvertreter 1956 wieder zum Ministerialdirektor aufsteigen. Wenig später vermittelte Hettlage seine Erfahrungen aus der Nazizeit als Staatssekretär bei der Finanzierung der Aufrüstung.

Was sie waren – was sie wurden

Die folgende Liste nennt weitere in Westdeutschland lebende Auftraggeber und Nutznießer des Hitler-Regimes.

Die meisten von ihnen verfügen wie ehemals über einflußreiche Machtpositionen.

Achter, Wilhelm

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Generaldirektor und alleiniger Vorstand der Gladbacher Wollindustrie AG; Präsident der Industrie- und Handelskammer Mönchengladbach; Stellvertreter der Vorsitzender des Vereins der Unternehmer der Textilindustrie

Albert, Werner

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Vorstandsmitglied der Kronprinz AG für Metallindustrie, Solingen

Andreas, Christoph

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter einer Fachuntergruppe der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau
nach 1945: Inhaber der August Hoenig Feuerwehrgerätefabrik und Filigran Stahlbau, Köln-Nippes; Handelsrichter; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Bennig, Bernhard

vor 1945: Direktor der Reichskreditgesellschaft; initiativ bei der Aufrüstungs- und Kriegsfinanzierung beteiligt; Vertrauensperson der Gestapo und des OKW-Wehrwirtschaftsstabs
nach 1945: Bankdirektor; Mitglied des Zentralbankrates und des Direktoriums der Deutschen Bundesbank

Bergemann, Günter

vor 1945: Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium; wirkte maßgeblich an der Ausplünderung der okkupierten Länder wie Frankreich, Norwegen und Jugoslawien mit
nach 1945: Staatssekretär a. D. im Bundesministerium für Verkehr; Geschäftsführer der Margarineunion GmbH des Unilever-Konzerns

Berning, Alfred

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Inhaber der Firma Gustav Rafflenbeul, Schwelm/Westfalen und Fran-

kenberg/Eder, und Motorenbau Alfred Berning, Schwelm/Westfalen

Biedenkopf, Wilhelm

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie; Mitwisser des millionenfachen Verbrechens in Auschwitz
nach 1945: Vorstandsmitglied: Dynamit AG, Troisdorf; DECHEMA, Frankfurt/Main; Mitglied des Vorstandes des Arbeitsringes der Arbeitsgeberverbände der Westdeutschen Chemischen Industrie e. V., Wiesbaden; Hauptausschuß des Verbandes der Chemischen Industrie, Frankfurt/Main

Birrenbach, Kurt

vor 1945: Auslandsvertreter von Krupp; 1939 mit Empfehlungsschreiben des IG-Farben-Konzerns nach Buenos Aires geschickt, wo er mit den V-Leuten und Mitarbeitern der faschistischen „Fünften Kolonne“ zusammentraf und wirkte
nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates: August Thyssen-Hütte AG, Duisburg/Hamborn; Thyssen AG für Beteiligungen, Düsseldorf; Manager des größten westeuropäischen Stahlkonzerns; Sonderbeauftragter der Bonner Regierung zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Israel; Mitglied des Bundestages

Boden, Hans C.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstand AEG Berlin; Aufsichtsratsmitglied der AEG-Union, Wien
nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates: AEG Berlin; Telefunken GmbH, Berlin; Aufsichtsratsmitglied der Esso-AG, Hamburg; Mannesmann-AG, Düsseldorf; Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main; Vorsitzender des Außenhandelsausschusses beim Bundesverband der Deutschen Industrie; Präsident der Internationalen Handelskammer Paris; Mitglied der Deutschen Atom-Kommission beim Bundesminister für Atomfragen; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Boeder, Erich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Aufsichtsratsmitglied der Hafen-Dampfschiffahrt AG, Hamburg; Mitglied der Hamburger Bürgerschaft 1957; Vorsitzender des Landesausschusses der CDU für Wirtschaftspolitik; Mitglied des Mineralölausschusses der OEEC Paris

Claussen, Wilhelm

vor 1945: Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben; Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien; leitete die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes und organisierte ein System der Sklavenarbeit
nach 1945: Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschlands

Dahlgrün, Hans-Georg

vor 1945: Oberregierungsrat beim Chef der Zivilverwaltung im okkupierten Lothringen; arbeitete unmittelbar mit dem damaligen Referenten für Lothringen, Elsaß und Luxemburg im Reichsministerium des Inneren, Globke, zusammen
nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender und Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank; Finanzminister a. D. von Rheinland-Pfalz

Dahlgrün, Rolf

vor 1945: Justitiar der Phoenix-Gummiwerke AG; Mitglied verschiedener Ausschüsse der Fahrzeugindustrie und Teilnehmer an Geheimbesprechungen über Fragen der Ausplünderung der okkupierten Länder und über den Einsatz von Zwangsarbeitern; von Göring zum Stellvertretenden Gaujägermeister ernannt
nach 1945: Bundesminister für Finanzen

Dörge, Friedrich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Landesausschusses bei der Zentrale der Dresdner Bank, Berlin; Vorsitzender des Rüstungsausschusses III, Berlin
nach 1945: Geschäftsführer der Mauer-Meißzeug GmbH, Oberndorf; Vorstandsmitglied des Arbeitsgeberverbandes der Metallindustrie

Eisfeld, Kurt

vor 1945: Verantwortlicher Chemiker der IG-Farben-Industrie; Mitglied der Lei-

tung der IG-Farben Auschwitz; trieb dort Schleichhandel mit Wertgegenständen der Ermordeten

nach 1945: Vorstandsmitglied der Dynamit AG, Troisdorf; Aufsichtsrat der Chemischen Werke GmbH, Witten/Ruhr

Eychmüller, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Stellvertretender Leiter der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie, Berlin
nach 1945: Generaldirektor; Vorsitzender des Vorstandes der Wieland Werke AG, Ulm; Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart und Universität Tübingen; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Fahr, Otto

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Fachgruppenleiter in der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau; leitender Mitarbeiter im Fachamt Eisen und Metall der Reichsleitung der Deutschen Arbeitsfront (DAF)
nach 1945: Gesellschafter der Firma Werner und Pfleiderer, Maschinenfabriken und Ofenbau Stuttgart; Vorstandsmitglied im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten; Vorsitzender des Industrie-Ausschusses der Industrie- und Handelskammer Stuttgart; Aufsichtsratsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart; Ausschußmitglied für internationale Beziehungen beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI); Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart und Universität Tübingen

Faust, Max

vor 1945: Stellvertretender Betriebsführer und Bauleiter der IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz und Mitverantwortlicher für die Vernichtung von 370 000 KZ-Häftlingen durch Sklavenarbeit
nach 1945: Mitarbeiter der Keramik-Chemie, Sievshahn/Westerwald

Fieseler, Gerhard

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Geschäftsführer der Gerhard Fieseler Werke GmbH, Kassel

Fischer, Ernst Rudolf

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Berlin; Stellvertretender Geschäftsführer des Ammoniak-Werkes Merseburg GmbH, Leuna-Werke, Kreis Merseburg; Stellvertreten-

der Vorsitzender des Aufsichtsrates der Oberschlesischen Hydrierwerke AG, Blechhammer/Oberschlesien; Leiter der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie Berlin; Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium Berlin, Abteilung Mineralöl; Mitglied im Verwaltungsrat der Dynamit Nobel AG, Preßburg/Slowakei

nach 1945: Generaldirektor: Vorsitzender des Vorstandes der Dynamit Nobel AG, Troisdorf; Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Gustav Genschow und Co. Köln, und der Chemischen Werke Witten GmbH; Aufsichtsratsmitglied der Atlas Werke AG, Bremen, und der Mitteldeutschen Sprengstoffwerke GmbH, Langelsheim

Fischer-Dieskau, Joachim

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

nach 1945: Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenkbank AG, Berlin-Frankfurt/Main; Vorsitzender des Verbandes des deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung Köln; Mitverfasser der Kommentare zum I. und II. Wohnungsgesetz und zum Bundesmietrecht; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Frank-Fahle, Guenther

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Vermittlungsstelle W. (Wehrmacht); Verbindungsmann der IG-Farben zu amerikanischen Chemiekonzernen

nach 1945: Geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Commerz GmbH, Frankfurt/Main; Geschäftsführer der Continental Commerz GmbH, Frankfurt/Main; Beirat der Deutschen Bank AG

Fremercy, Gustav

vor 1945: Regierungsdirektor im Reichswirtschaftsministerium; war für die Wehrwirtschaftsplanung verantwortlich und hat aktiv bei der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung mitgewirkt; wurde „auf Grund seiner großen Verantwortung und Arbeitslast im Rahmen der Kriegswirtschaft“ von den Faschisten besonders gefördert

nach 1945: Präsident des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, dem u. a. die Erfassung und Genehmigung des Umgangs mit Kriegswaffen, die Entwicklungshilfe und die Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft obliegt

Freudenberg, Richard

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Berlin

nach 1945: Gesellschafter der Firma Freudenberg und Co. KG, Weinheim; Präsident der Industrie- und Handelskammer Mannheim; Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank AG; 1949 bis 1953 Mitglied des Bundestages; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands; 1962 Dr. rer. nat. h. c., Technische Hochschule Aachen

Frieseke, Hans

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Kaufmännischer Direktor; Vorstandsmitglied der Flugzeug- und Motorenwerke AG, München

Frydag, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter des Hauptausschusses Flugzeugbau beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Präsidial-Geschäftsführer im Bundesverband der Deutschen Luftfahrtindustrie e. V. Bad Godesberg; Aufsichtsrat der Henschel-Flugzeugwerke

Gajewski, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied im Vorstand der IG-Farben-Industrie AG, Filmfabrik Wolfen; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Celluloid-Fabrik AG, Eilenburg; Dynamit AG, Troisdorf; Verwaltungsrat der Dynamit Nobel AG, Preßburg/Slowakei; Fachgruppenleiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozess; Aufsichtsratsmitglied der Chemie-Verwaltungs-AG, Frankfurt/Main, und der Chemischen Werke Hüls AG, Marl, Kreis Recklinghausen; ausgezeichnet mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Gattineau, Heinrich

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main; Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung; Mitglied des Südost-Europa-Ausschusses der IG-Farben; Leiter von Aufsichtsorganen mehrerer IG-Unternehmen oder Tochtergesellschaften

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozess; Vorstandsvorsitzender:

Wasag-Chemie AG, Essen; Cuano-Werke AG, Hamburg; Aufsichtsrat: Nitrochemie GmbH, Aschau; Mitteldeutsche Sprengstoffwerke GmbH, Langelsheim und andere Unternehmen; Beirat der Dresdner Bank AG, Düsseldorf; Verwaltungsrat, Bundesverband der Deutschen Industrie

Gräbner, Georg

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter der Reichsstelle für Holz
nach 1945: Geschäftsführer der Vereinigung der Holzhandelsverbände Hannover; Verband der Holzhändler Niedersachsen und Bremen e. V., Hannover

Graetz, Erich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes und Betriebsführer der Ehrich und Graetz AG, Berlin; an der Ausplünderung der Zwangsarbeiter maßgeblich beteiligt
nach 1945: Fabrikant; Mitinhaber der Graetz KG Altona; Vorstandsmitglied der Graetz AG, Hamburg

Haver, Kurt

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Verkaufsvereinigung für Teerzeugnisse AG; Generaldirektor im Gemeinschaftlichen Büro der drei Ruhrkohlen-Verkaufsgesellschaften; Vorsitzender der Geschäftsführung Ruhrkohlenberatung GmbH

Heyne, Hans

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG; Heyne erhielt wegen seiner „Verdienste“ um die faschistische Luftwaffe das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz
nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes: AEG Berlin/Frankfurt; Telefunken GmbH, Berlin; (AEG und Telefunken sind durch Beteiligung am Starfighter-Programm und am Hawak-Raketenbau maßgeblich für die Aufrüstung Westdeutschlands tätig); ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Hinsel, Paul

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Vorstandsmitglied im Verein der Bayrischen Metallverarbeitenden Industrie; Ehrensenator der Universität für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft Nürnberg

Hinz, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Betriebsführer der Henschel und Sohn GmbH, Kassel; Aufsichtsratsmitglied der Oberschlesischen Lokomotivwerke AG Kattowitz/Oberschlesien, Steana Motrica Bukarest, Wiener Locomotiv-Fabriks-AG, Wien
nach 1945: Präsident und Geschäftsführender Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigung Deutscher Lokomotivfabriken und des Verbandes der Waggonindustrie, Frankfurt/Main; Ehrendoktor der Technischen Hochschule Darmstadt; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Holtz, Wolfgang

vor 1945: Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium; arbeitete eng mit den Kohlen- und Stahlkonzernen zusammen
nach 1945: Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bonner Kriegsministerium; Aufsichtsrat in der Monopol-Bergwerks-aktiengesellschaft (Flick-Konzern)

Honsel, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter einer Fachabteilung in der Wirtschaftsgruppe Gießerei-Industrie
nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Honsel-Werke AG; Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Nichteisenmetalle und des Gesamtverbandes Deutscher Metallgießereien; Mitglied des Landesbeirates im Westfälischen Gerling-Konzern und der Dresdner Bank; Ehrenbürger der Technischen Hochschule München; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Hopf, Volkmär

vor 1945: Landrat in Pommern, dort verantwortlich für die Verschleppung von Antifaschisten ins KZ; Kreishauptmann in der CSR, verfolgte tschechische Patrioten; wurde auf Grund dieser „Verdienste“ Oberlandrat
nach 1945: Staatssekretär a. D. des Bundesverteidigungsministeriums (durch die Spiegelaffäre zum Rücktritt gezwungen); Präsident des Bundesrechnungshofes

Jähne, Friedrich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Vorstandes der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main, und Mitglied ihres Technischen und Finanzausschusses; Vorsitzender der Technischen Kommission der IG; Mitglied von Aufsichtsräten mehrerer IG-

Unternehmen; Mitglied des Großen Beirates bei der Reichsgruppe Industrie

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, verurteilt zu langjähriger Gefängnisstrafe; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt/Main-Hoechst; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Kaletsch, Konrad

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Vorstand der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, Riesa; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianhütte; Aufsichtsrat in vielen Konzernen

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger Flick-Prozeß; Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Geschäftsführer der Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH, Düsseldorf, Mitteldeutsche Stahlwerke GmbH, Berlin; Aufsichtsratsmitglied unter anderem bei Daimler-Benz AG, Stuttgart/Untertürkheim, bei Dynamit Nobel AG, Troisdorf, und Süd-Chemie AG, München

Keyserlingk, Wedig, Freiherr von

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Geschäftsführer der Deuta-Werke, vormals Deutsche Tachometerwerke GmbH, Bergisch-Gladbach

Kiehn, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt/Main, Berlin, und der NSU-Werke AG, Neckarsulm; Beirat der Reichswirtschaftskammer Berlin

nach 1945: Gesellschafter und Geschäftsführer der Efka-Werke Fritz Kiehn GmbH, Trossingen/Württemberg

Kniehahn, Werner

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorsitzender des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), Berlin

Knieriem, August von

vor 1945: Mitglied des Vorstandes der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main; Leiter ihres Rechtsausschusses (Chefsyndikus) und Mitglied des Zentral- und Arbeitsausschusses; Mitglied des Aufsichtsrates Anorgana GmbH, Frankfurt/Main (Giftgaswerk der IG-Farben)

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG-Farben-Industrie AG i. L., Frankfurt/Main

Knott, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG, Berlin-Siemensstadt

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW), Frankfurt/Main; Verwaltungsratsmitglied der Siemens Industrie Eléctrica S. A., Madrid; Mitglied der Deutschen Atomkommission, Ehrendoktor, -bürger und -senator der Universität Erlangen

Kreibich, Emil

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Berlin; Präsident der Industrie- und Handelskammer Reichenberg; Leiter der Außenhandelsstelle für das Sudetenland, Reichenberg

nach 1945: Inhaber der Firma Wegena Dr. Kreibich KG, Berlin und Hamburg

Kugler, Hans

vor 1945: Direktor der Verkaufsgemeinschaft der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main; Kommissar des Reichswirtschaftsministeriums für die Aussig-Falkenau Werke in der ČSR

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, zu Gefängnis verurteilt; Vorstandsmitglied der Casella-Farbwerke Mainkur AG, Frankfurt/Main; Vorstand: Riedel de Haen AG, Seelze bei Hannover; Mitglied des Hauptausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie e. V., Frankfurt/Main

Lautz, Julius von

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Wehrwirtschaftliche Abteilung; wirkte bei der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung der Faschisten auf dem Gebiet der Wirtschaft mit

nach 1945: Saarländischer Minister der Justiz; Landesvorsitzender der CDU Saarland; Mitglied des Vermittlungsausschusses des Bundestages und des Bundesrates

Loew, Gottfried

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Stellvertretender Betriebsführer und Werkleiter des Werkes Lemwerder der „Weser“ Flugzeugbau GmbH, Bremen

nach 1945: Technischer Direktor und Geschäftsführer der „Weser“ Flugzeugbau GmbH

Mahle, Hermann

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Gesellschafter der Mahle-Werke GmbH, Fallbach; Beirat: Deutsche Bank AG; Ehrensator der Technischen Hochschule Stuttgart

Malaisé, Gerhart E. von

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Vorstandsmitglied der Hamburger Elektrizitätswerke AG, Hamburg; Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Porenbeton GmbH; Mitglied des Landesausschusses Hamburg, der Commerzbank AG

Maltzan, Vollrath von

vor 1945: Verbindungsmann der IG-Farben zum Auswärtigen Amt; Leitender Mitarbeiter der Vermittlungsstelle W (Wehrmacht) der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main
nach 1945: Aufsichtsrat: Kalle AG, Wiesbaden-Biebrich; Mitglied: Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft, Westberlin, Deutsch-Französischer Kreis, Düsseldorf, Akademie für Welthandel, Frankfurt/Main, und weitere Auslandsgesellschaften; Experte der IG-Farben-Nachfolger für Perspektivfragen der Auslandswirtschaft; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands sowie dem Großkreuz der Ehrenlegion

ter Meer, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main, und Mitglied ihres Zentralausschusses; Geschäftsführer der Buna-Werke GmbH, Schkopau, und leitendes Mitglied bzw. Angehöriger von zahlreichen Aufsichtsorganen der IG-Farben-Unternehmen, Tochtergesellschaften und Affiliationen im In- und Ausland; Beauftragter für Italien des Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion; Hauptschuldiger der IG-Farben an den Verbrechen in Auschwitz; war führend an der Einverleibung der chemischen Industrie der okkupierten Länder beteiligt
nach 1945: Hauptbelasteter im IG-Farben-Prozess in Nürnberg, zu langjähriger Gefängnisstrafe verurteilt; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates und Vorstandes der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen; Auf-

sichtsrat: Commerzbank AG Düsseldorf, Waggonfabrik Uerdingen AG, Krefeld

Merek, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Gesellschafter der Firma Merek oHG, Darmstadt; Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Elektrochemische Werke München AG; Aufsichtsratsmitglied der Gothaer Lebensversicherung AG, Göttingen; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Merker, Otto

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter des Hauptausschusses Schiffbau beim Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
nach 1945: Vorsitzender des Vorstands der Rheinstahl Hanomag AG, Hannover; Mitglied des Vorstandes im Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände i. V., Köln; Aufsichtsratsmitglied verschiedener Rheinstahl Werke; Beirat der Deutschen Bank; Präsident der Rheinstahl-Hanomag-Cura SA, Buenos-Aires; ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Messerschnitt, Willy

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Träger des faschistischen Titels „Pionier der Arbeit“; im Vorstand der Messerschnitt AG Augsburg
nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Messerschnitt AG; Beiratsmitglied des Bankhauses Aufhäuser; Ehrendoktor der Technischen Hochschule München; ausgezeichnet mit dem Goldenen Ehrenring des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI)

Möhlenbeck, Wilhelm

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter der Fachgruppe Ledererzeugende Industrie; Vorsitzender des Centralvereins der Deutschen Lederindustrie Berlin
nach 1945: Inhaber der Firma Wilhelm Möhlenbeck KG, Wolfenhausen/Taunus

Nallinger, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Chefingenieur und Vorstandsmitglied der Daimler Benz AG, Stuttgart; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Auto-Union, Düsseldorf; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Neef, Fritz

vor 1945: Volkswirt im Reichswirtschaftsministerium, war für die wirtschaftlichen Maßnahmen der totalen Kriegsführung mitverantwortlich
 nach 1945: Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für die Europa-Abteilung

Oehme, Adolf

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
 nach 1945: Vorstandsmitglied der Firma Voigtländer & Sohn AG, Braunschweig

Pierburg, Alfred

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
 nach 1945: Fabrikant der Deutschen Vergaser GmbH, Neuf/Rhein, und der Deutschen Vergasergesellschaft, Berlin; Vorstandsmitglied des Verbandes der Automobilindustrie

Pohle, Wolfgang

vor 1945: Direktor der Mannesmann-Röhrenwerke Düsseldorf; Mitglied des Aufsichtsrates der Stahlhof AG, Düsseldorf
 nach 1945: Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Vorstandsmitglied der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf; Geschäftsführer der Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH, Düsseldorf; Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V., Köln; Mitglied beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß, Brüssel; im Präsidium der deutschen Afrikagesellschaft e. V., AFO-Institut für Wirtschaftsforschung; 1953-1957 Mitglied des Bundestages

Prentzel, Felix-Alexander

vor 1945: Prokurist der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main; Mitarbeiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der IG; Mitarbeiter im Reichsamt für Wirtschaftsausbau
 nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt, vormals Roessler (Degussa), Frankfurt/Main; Aufsichtsrat: Metallgesellschaft Frankfurt/Main, Farbwerke Hoechst, Frankfurt/Main, und weitere fünf wirtschaftliche Unternehmen; Mitglied der Direktionskommission für die Verwendung von Atomenergie bei der OECD; Mitglied des Verwaltungsrates beim Institut für Entwicklungsländer

Preusker, Victor-Emanuel

vor 1945: Vertrauensmann der Dresdener Bank; als „Rassenspezialist“ bei der Arierisierung Wiener Bankhäuser eingesetzt; SS-Führer
 nach 1945: Bundesminister für Wohnungsbau a. D.; Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundbesitzer

Reuleaux, Otto

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Beirat der Deutschen Bank, Hannover
 nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Kali Chemie Engelhard-Katalysatoren GmbH, Hannover; Vorsitzender des Geld-, Kredit- und Währungsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln; Italienischer Konsul in Niedersachsen; Ehrendoktor der Technischen Hochschule Hannover; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Reuter, Franz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
 nach 1945: Aufsichtsratsmitglied der Hütten und Bergwerke Rheinhausen AG, Kronprinz AG Solingen; Mitglied des Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaftlichen Besitz des Bundes; Herausgeber der Zeitschrift „Der Volkswirt“, dem Scharfmacherorgan der Unternehmer

Rienecker, Waldemar

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Gauleiter im Amt für Technik Niederschlesiens; Schlesisches Elektrizitäts- und Gas-AG, Gleiwitz; Mitglied der Zulassungsstelle für Wertpapiere an der Schlesischen Börse zu Breslau
 nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates: Rheingau-Elektrizitätswerk AG

Sander, Hermann

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Betriebsführer der Firma Carlshütte-Maschinen- und Stahlbau GmbH, Waldenburg-Altwasser/Schlesien; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Glückauf“ AG für Braunkohlenverwertung, Lichtenau, Bezirk Liegnitz
 nach 1945: Vorstandsmitglied der Firma Ehrhardt und Sehmer Maschinenfabrik AG, Saarbrücken; Präsidialmitglied des Verbandes der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie des Saarlandes; Handelsrichter

Saur, Karl-Otto

vor 1945: Hauptdienststellenleiter und Amtschef im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Stabschef des „Jägerstabes“ und Stellvertretender Leiter des Rüstungsstabes, in Hitlers Testament zum Nachfolger von Speer bestimmt
nach 1945: Leiter eines technischen Büros in München-Pullach, beteiligt sich an der westdeutschen Raketenproduktion

Schirner, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Erdöl AG, Berlin; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, Berlin, und der Continentale Oel AG, Berlin; 1933–1939 Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Aluminium-Werke Berlin und der VIAG Berlin
nach 1945: Aufsichtsratsvorsitzender der VIAG Bonn und Braunschweig; Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank; Aufsichtsratsmitglied der Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt/Main, Metallgesellschaft AG, Frankfurt/Main, und Vereinigten Aluminium-Werke AG, Bonn; Verwaltungsratsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau Frankfurt/Main; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschlands

Schmelter, Fritz

vor 1945: Ministerialdirigent beim Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Sondertreuhänder der Arbeit; SS-Hauptsturmführer und Leiter des Arbeitsinsatzes im „Jägerstab“, wo er mit Lübke Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in den unterirdischen Rüstungsvorhaben in den Tod trieb
nach 1945: Vorstandsmitglied der Deutschen Industrie und Finanzierungs-AG, Frankfurt/Main; Geschäftsführer: Deutsche Käuferkredit GmbH, Frankfurt/Main

Schmid-Lossberg, Heinz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Geschäftsführer des Rüstungskontors im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
nach 1945: Generalbevollmächtigter der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin–Frankfurt/Main; im Vorstand der Berliner Handelsbank AG; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Frankfurter Kredit-Bank GmbH, Frankfurt/Main, und der Berliner AG für Vermögensverwaltung; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates des Kabelwerkes Wilhelminenhof AG, Berlin

Schmidt, Robert Hans

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Fordwerke AG Köln; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kredit-AG für Ford-Fahrzeuge Köln
nach 1945: Direktor für Personal- und Sozialwesen; Aufsichtsratsmitglied (vorher Vorstandsmitglied) der Fordwerke AG, Köln-Niehl

Schneider, Christian

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Hauptbetriebsführer, Geschäfts- und Betriebsführer der Ammoniakwerke Merseburg GmbH, Leuna-Werke; Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt/Main
nach 1945: Aufsichtsratsmitglied der Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg

Scholz, William

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hamburgischen Schiffbauversuchsanstalt, Hamburg; Stellvertretender Vorsitzender der Schiffsbautechnischen-Gesellschaft, Hamburg; Beirat der Deutschen Bank AG

Schulze-Fielitz, Günter

vor 1945: Staatssekretär im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Stellvertreter von Speer; Generalinspektor für Wasser und Energie
nach 1945: Vorstandsmitglied der Hoch-Tief-AG, Essen; Mitglied verschiedener Verbände der Bauindustrie

Spindler, Joachim von

vor 1945: Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, beteiligt bei der „Arisierung“ verschiedener Banken; 1941 in Ostasien im Sonderauftrag tätig
nach 1945: Ministerialdirektor a. D. des Bundesministeriums der Finanzen; Finanzberater der Regierung von Malaysia; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschlands

Springorum, Kurt

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Kommissar im Reichsluftfahrtministerium
nach 1945: Geschäftsführer und Gesellschafter der Allgemeinen Deutschen Metallwerk GmbH, Hohenschäftlarn-Isartal

Ter-Nedden, Wilhelm

vor 1945: Ministerialrat; „Ostspezialist“ im Reichswirtschaftsministerium, später im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete als Stellvertretender Leiter des Wirtschaftsstabes Ost, Chefgruppe W; an der Ausplünderung der okkupierten Länder beteiligt

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundesverkehrsministerium; Leiter der Abteilung Verkehrspolitik

Thalau, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Geschäftsführer der Ernst Heinkel Flugzeugbau GmbH, Speyer und München; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, München

Thiedemann, Richard

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Direktor der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, Dessau

nach 1945: Vorstandsmitglied der Henschel Flugzeugwerke AG, Kassel

Tüngeler, Johannes

vor 1945: Reichsbankrat im Reichswirtschaftsministerium; Abwehrbeauftragter, Verbindungsmann zur Gestapo und dem SD
nach 1945: Bankdirektor und Direktionsmitglied der Deutschen Bundesbank und Zentralbankrat, Frankfurt/Main

Vitz, Ernst-Helmut

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes und Betriebsführer der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal/Elberfeld; Erste Österreichische Glanzstoff-Fabrik AG, St. Pölten; Glanzstoff-Fabrik Lobositz AG (Sudetenland); Aufsichtsratsmitglied der Algemeene Kunstzijde Unie, Arnhem/Holland

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank AG, Frankfurt/Main; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschlands

Voith, Hanns

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Geschäftsführer der Firma I. M. Voith GmbH, Heidenheim (Brenz); ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands

Wagner, Alfonds

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG, Gleiwitz; Vorsitzender des Beirates der Schlesischen Montan GmbH, Breslau; Beirat der Deutschen Bank, Berlin

nach 1945: Aufsichtsratsvorsitzender der Wesselwerk AG, Bonn, Bayrische Motorenwerke AG, München

Waldschmidt, Herbert

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbau Anstalten; Aufsichtsratsmitglied der Motorenwerke Mannheim AG

Werner, William

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstand, Direktor und Betriebsführer der Auto-Union AG, Chemnitz; Vorsitzender des Technischen Ausschusses der Wirtschaftsgruppe Fahrzeugindustrie, Berlin; Reichsausschuß für Leistungssteigerung

nach 1945: Geschäftsführer und Technischer Leiter der Auto-Union GmbH, Düsseldorf-Ingolstadt; Aufsichtsratsmitglied der Zweirad-Union AG, Nürnberg

Weydenhammer, Rudolf

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes der Österreichischen Magnesit AG, München; Aufsichtsratsmitglied, Vizepräsident der Forsikringsaktienelskabet Nordeuropa, Kopenhagen, Nippon Magnesium Metals Company Ltd. Konau/Japan, Riunione Adriatica di securita, Direktionsrat, Wien-Triest; Mitglied der Board of Directors, American Magnesium Metals Corporation, Pittsburgh, P.; Beauftragter des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren

nach 1945: Präsident und Direktor der Oberrheinischen Handels-AG, Zürich; Ehrensenator der Universität München

Wieland, Walter

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Beirat der Deutschen Bank, Berlin

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Omnipetrol GmbH für Erdölverwertung, Hamburg, Deutsch-Überseeische Petroleum AG, Hamburg; Aufsichtsratsmitglied der Bayerischen Rohrhandelsgesellschaft München, IG-Farben-Industrie i. L., Frankfurt/Main; Handelsrichter

Willhausen, Hans

vor 1945: Vorstand der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Baugesellschaft Werderau mbH, Nürnberg; Aufsichtsrat der Industriefinanzierungs AG Ost, Berlin, Ferrostahl AG, Essen, und andere; Vorsitzender des Deutschen Stahlbau-Verbandes Berlin
nach 1945: Vorstandsmitglied der Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen e. V., Bremen; Mitglied des Präsidiums der Gesellschaft zur Förderung des Schutzes von Auslandsinvestitionen e. V., Köln; 1949–1957 Mitglied des Bundestages

Winkler, Kurt

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer
nach 1945: Aufsichtsratsmitglied der AG Kühnle, Kopp und Kausch, Frankenthal/Pfalz

Winnacker, Karl

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Farbwerke Hoechst, Frankfurt/Main-Hoechst
nach 1945: Vorstandsvorsitzender der Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt/Main; Aufsichtsratsvorsitzender: Kernreaktorbau- und Betriebs-GmbH, Karlsruhe; Aufsichtsrat: Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main, Buna-Werke Hüls GmbH, Marl; Präsident des Deutschen Atomforums e. V., Bonn

Wisselmann, Heinrich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generaldirektor der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG, Berlin; Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Berlin; Beirat der Deutschen Reichsbank Berlin und der Reichsgruppe Industrie, Berlin
nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mansfeld-AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Hannover, Steinkohlenbergwerk Mansfeld GmbH, Bochum-Lagendreser

Witzleben, Wolf-Dietrich von

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der Siemens- und Halske-

AG, Berlin, Siemens-Schuckert-Werke AG, Berlin; Aufsichtsratsmitglied der Siemens-Planawerke AG für Kohlefabrikate Berlin
nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens-Schuckert-Werke AG, Berlin-Erlangen; Ehrenpräsident der Gesellschaft zur Förderung des Unternehmensnachwuchses Köln

Wurster, Carl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Chemiker; Vorstand und Betriebsführer der IG-Farben-Industrie AG, Ludwigshafen/Rhein; Verwaltungsrat: Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH (DEGESCH), Frankfurt/Main, Herstellerin des „Zyklon B Cases“, mit dem Millionen Menschen vergast wurden
nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozess; Vorsitzender des Vorstandes der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen/Rhein; Aufsichtsratsmitglied unter anderem bei Degussa, Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt, Frankfurt/Main, Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main, Buna-Werke Hüls GmbH, Marl, usw.; Ehrenszenator der Universität Heidelberg und Mainz und der Technischen Hochschule Karlsruhe; Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie e. V.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschlands

Zangen, Wilhelm

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns, wurde von Hitler und Göring als „übertragende Führerpersönlichkeit“ gefeiert; Leiter der Reichsgruppe Industrie; war vor allem für die Ausplünderung der ausländischen Industrie verantwortlich; SS- und NSDAP-Mitglied; arisierte verschiedene Firmen
nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Vorsitzender des Aufsichtsrates des Mannesmann-Konzerns und anderer; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschlands

GESTAPO, SS UND SD IN STAAT UND WIRTSCHAFT

Der Bonner Verjährungsbeschuß schließt auch die von Angehörigen der Gestapo, der SS und des SD begangenen Verbrechen ein, jener Organisationen, die in allen Ländern zum Inbegriff für Nazi- und Kriegsverbrechen geworden sind. Sie waren das Hauptinstrument des deutschen Faschismus zur Aufrechterhaltung ihrer Terrorherrschaft und zur Verwirklichung ihrer verbrecherischen Ziele.

Fiel ihnen zunächst die Aufgabe zu, das deutsche Volk brutal zu unterdrücken, die antifaschistischen und demokratischen Kräfte durch Konzentrationslager und Fallbeil in Deutschland auszumerzen, so erweiterte sich ihr verbrecherischer Wirkungskreis mit der Entfesselung des faschistischen Raubkrieges. Gestapo, SS und SD waren es in erster Linie, die die „Neuordnung Europas“ in den zeitweilig okkupierten Ländern durch die Verschleppung von Millionen Menschen in die Konzentrationslager, durch Massenerschießungen, Exekutionen von Kriegsgefangenen, durch die Ausrottung ganzer Volksgruppen zu verwirklichen versuchten.

Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück, Auschwitz, Maidanek, Treblinka, Sobibor, Bergen-Belsen, Amersfort, Oradour, Lidice, Marzabotto, Putten, Minsk, Kiew und andere Stätten unvorstellbaren Leids sind untrennbar mit dem Begriff Gestapo, SS und SD verknüpft.

Allein in den nazistischen Konzentrationslagern fanden 11 Millionen Menschen den Tod. Die Gesamtzahl der Frauen, Männer und Kinder, die von Angehörigen der Gestapo, SS und des SD ermordet wurden, ließ sich bis zum heutigen Tage nicht ermitteln. In den Konzentrationslagern wurden 4 Millionen Juden vergast oder erschlagen; 2 Millionen jüdische Menschen wurden von den berüchtigten Einsatzgruppen liquidiert und in Massengräbern verscharrt. 20 Jahre nach Kriegsende werden neue Exekutionsstätten aufgefunden und freigelegt.

Im sogenannten Einsatzgruppen-Prozeß (Fall IX) sprach das amerikanische Militärgericht von den grauenvollsten Verstößen gegen das Völkerrecht, von Verbrechen nie dagewesener Brutalität und von solch unfäßbarer Grausamkeit, daß es der Vorstellung und Einbildungskraft mangelt, angesichts einer Erniedrigung, die die menschliche Sprache nicht zu schildern vermag.

Handelte es sich bei diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit um Über-

griffe oder Ausschreitungen einzelner Angehöriger oder Einheiten dieser Organisationen? Der „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“, Himmler, erklärte in seiner Rede am 4. Oktober 1943 in Posen vor dem NS-Führerkorps:

„Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10 000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird . . . Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn hundert Leichen beisammen liegen, wenn fünfhundert daliegen oder wenn tausend daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte . . .“ (IMT, Bd. XXIX, S. 144)

DIE ANKLAGE VON NÜRNBERG

Das bereits in Nürnberg vorliegende erdrückende Beweismaterial veranlaßte das Internationale Militärtribunal, Gestapo, SS und SD in ihrer Gesamtheit als verbrecherisch zu charakterisieren. In der Begründung führte der Internationale Gerichtshof als hauptsächlichste Verbrechen dieser Organisationen an:

Grausamkeit und Morde in den Konzentrationslagern

Verfolgung und Ausrottung der Juden

Terror, Verhaftungen und Massaker in den besetzten Gebieten

Geiselerchießungen

Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen sowie Kriegsverbrechen der verschiedensten Art

Massendeportationen und Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms

Im Artikel 10 des Statuts des Internationalen Militärtribunals heißt es:

„Ist eine Gruppe oder Organisation vom Gerichtshof als verbrecherisch erklärt worden, so hat die zuständige nationale Behörde jedes Signatars das Recht, Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer solchen verbrecherischen Organisation vor Nationalen-, Militär- oder Okkupationsgerichten den Prozeß zu machen. In diesem Falle gilt der verbrecherische Charakter der Gruppe oder Organisation als bewiesen und wird nicht in Frage gestellt.“ (IMT, Bd. I, S. 13)

Unter Bruch aller völkerrechtlichen Verpflichtungen wurden die Initiatoren und Hauptverantwortlichen der von diesen Terrororganisationen begangenen

Verbrechen in leitende Stellungen des Staates und der Wirtschaft übernommen. „Spezialisten“ der Gestapo, SS und SD schufen den sogenannten Verfassungsschutz zur Unterdrückung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland. „Spezialisten“ der Gestapo, der SS und des SD befinden sich an einflußreicher Stelle in der westdeutschen Polizei; sie üben heute ihre verbrecherische Tätigkeit im Geheimdienst Gehlen und in Sondereinheiten der Bundeswehr aus.

Und die Gestapokommissare und SS-Sturmbannführer treten vor die Schranken des Gerichts, nicht als Angeklagte, sondern als Entlastungszeugen. Staatssekretär a. D. Dr. Globke, Kommentator der Judengesetze, wurde als Experte für die faschistischen Rassengesetze im Auschwitz-Prozeß vernommen. Der ehemalige „Kriegsverwaltungschef in Frankreich“ und „Reichsbevollmächtigter“ in dem von den Nazis okkupierten Dänemark, Dr. Werner Best, heute Justitiar des Hugo-Stinnes-Konzerns, wurde in Frankfurt (Main) als „Sachverständiger“ Kriegsverbrecher geladen.

Als weitere „Entlastungszeugen“ traten im Auschwitz-Prozeß bzw. in anderen Kriegsverbrecherprozessen in den Zeugenstand:

Emil F i n n b e r g, SS-Sturmbannführer
h e u t e: Rechtsanwalt in Hamburg;

Dr. Kurt N i e s l i n g, SS-Untersuchungsführer und Gerichtsoffizier in Krakau
h e u t e: Rechtsanwalt in Wiesbaden;

Walter E n t r i c h, Gendarmeriehauptmann in der Ukraine
h e u t e: Polizeikommissar in Neuhaus (Kr. Paderborn);

Dr. Kurt U h l e n b r o o c k, KZ-Arzt im Lager Auschwitz
h e u t e: Arzt in Hamburg;

Helmuth B a r t s c h, SS-Hauptsturmführer und Mitglied einer Untersuchungskommission in Auschwitz
h e u t e: Kriminalkommissar in Krefeld;

Dr. Johann T h ü m m l e r, Leiter der Gestapoleitstelle Chemnitz und Kattowitz

Josef S c h r e i d e r, SS-Obersturmbannführer und Kriminaldirektor im besetzten Holland
h e u t e: Oberregierungsrat in München;

Günter B u r m e i s t e r, SS-Standartenführer und Amtschef im RSHA
h e u t e: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig;

*Dr. Hans Lau f f s , SS-Hauptsturmführer und SS-Richter
h e u t e : Ministerialrat in Bonn;*

*Hans Z e n t g r a f , SS-Obersturmbannführer und Chef eines SS- und Polizeigerichts in Riga
h e u t e : Rechtsanwalt in Aachen;*

*Willy O s t h u e s , SS-Hauptsturmführer und Richter am SS- und Polizeigericht in Krakau
h e u t e : Rechtsanwalt in München;*

Gustav Adolf N o s k e , (Düsseldorf), SS-Obersturmführer und Leiter der Gestapoleitstelle Düsseldorf;

Albert H a r t l , (Braunschweig), SS-Sturmbannführer und Gruppenleiter im RSHA;

Friedrich D e r n , (Offenbach), SS-Standartenführer und Leiter des „Reichsführerbegleitbataillons“;

Dr. Richard W e n d l e r , (München), Gouverneur von Krakau;

Dr. Horst B a r t h , SS-Sturmbannführer und Leiter der Kriminalpolizei in Krakau;

G l o b k e , B e s t , S t r e c k e n b a c h , KZ-Ärzte, SS-Sturmbannführer und SS-Richter und andere „Hoheitsträger“ des faschistischen Deutschland werden von den SS-Verteidigern in unbegrenzter Zahl aufgeboten, um zu bezeugen, daß die faschistische Gesetzgebung rechtens und die Durchführung der Befehle des RSHA eine selbstverständliche Pflicht war, daß folglich die angeklagten SS- und Gestapomörder von jeder Schuld freizusprechen seien.

Und hier die offizielle Stellungnahme der westdeutschen Regierung: In der Bundestagsdebatte über die Verjährung von Kriegs- und Naziverbrechen erklärte der Bonner Justizminister, daß man sich allmählich daran gewöhnen müsse, notfalls mit Mördern unter einem Dach zu leben. Justizminister Bucher wurde durch den weltweiten Protest zum Rücktritt gezwungen; daß es sich bei seiner Auffassung nicht um eine private Meinung handelt, beweisen die folgenden Abschnitte.

DAS REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT

Im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des SD, des Hauptamtes Sicherheitspolizei, des Sicherheits-

hauptamtes des Reichsführers SS, des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Reichskriminalpolizeiamtes auf Grund einer Verfügung Himmlers am 27. September 1939 zusammengeschlossen.

Dieser Apparat beschäftigte Tausende hauptamtliche und Zehntausende nebenberufliche „freie“ Mitarbeiter. Sie entschieden teils auf Weisung, teils aus eigenem Ermessen über Leben und Tod in Hitlers und Himmlers Machtbereich. Mit dem RSHA hatte sich eine neue Instanz der „Führergewalt“ gebildet, die im faschistischen Staat eine fast uneingeschränkte, den Interessen der Monopole dienende Macht ausübte. Sie besaß sowohl staatliche als auch parteiliche Kompetenzen.

Zur Hauptaufgabe des Reichssicherheitshauptamtes gehörte unter anderem die „Endlösung der Judenfrage“. Auf Befehl und mit Wissen des RSHA wurden allein durch die „Einsatzgruppen“ 2 Millionen und in den faschistischen Konzentrationslagern weitere 4 Millionen Juden ermordet. Darüber hinaus kommen alle Exekutivmaßnahmen innerhalb und außerhalb Deutschlands – von der Einweisung in die Konzentrationslager, der Zwangsverschleppung von Ausländern, der Errichtung von Ghettos, der Folterung und Entwürdigung von Antifaschisten bis zu Euthanasie- und anderen Verbrechen – auf das Konto des RSHA, seiner Amtsleiter und des größten Teils seiner Mitarbeiter.

DAS VERBRECHEN IM VELODROME D'HIVER

Sie tragen auch die Schuld an dem Schicksal von 4051 jüdischen Kindern, die mit ihren Eltern – insgesamt etwa 7000 Menschen – im Juli 1942 bei einer Razzia in Paris festgenommen worden waren. Im Hof des Velodrome d'Hiver, einer großen Radrennbahn, wurden sie fünf Tage lang ohne jegliche Nahrung gefangen gehalten. Trinkwasser gab es nur aus einem Hydranten an der Straße. Frauen mußten unter diesen Bedingungen entbinden. 30 Menschen starben sofort, viele wurden irrsinnig.

Am 5. Tage wurden die Eltern von ihren Kindern gerissen und abtransportiert. Sie starben in den Gaskammern des Konzentrationslagers Auschwitz. Obwohl die französische Regierung sich dafür einsetzte, die zurückgebliebenen 4051 Kinder in Kinderheimen unterzubringen, entschied das Reichssicherheitshauptamt, die Kinder ebenfalls zu vergasen. Ohne jegliche Fürsorge wurden sie zu 300 bis 400 in Züge verladen und rollten in den Tod.

Trotz des Urteils von Nürnberg, die Verbrecher des Reichssicherheitshauptamtes zu bestrafen, wo immer sie auftauchen, wurden die meisten dieser Verbrecher, selbst die Amtschefs, nicht zur Verantwortung gezogen. Aber gerade die Amtschefs sind am stärksten belastet, denn fast alle waren sie Leiter der sogenannten Einsatzgruppen.

EINSATZGRUPPEN IN AKTION

Diese Gruppen wurden auf Grund eines Abkommens zwischen dem RSHA, dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und dem Oberkommando des Heeres (OKH) gebildet. Das Abkommen bestimmte, daß den jeweiligen Heeresgruppen oder Armeen ein Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zuzuteilen ist, der mobile Einheiten in Form einer „Einsatzgruppe“ zur Verfügung hat. Die Einsatzgruppen wiederum waren in „Einsatzkommandos“ und „Sonderkommandos“ gegliedert.

„Unter dem Vorwand der politischen Sicherung der eroberten Gebiete in den besetzten sowohl als auch in den rückwärtigen Gebieten der Wehrmacht sollten die Einsatzgruppen rücksichtslos allen Widerstand gegen den Nationalsozialismus liquidieren – nicht nur den Widerstand in der Gegenwart, sondern ebenso den der Vergangenheit und der Zukunft. Ganze Klassen von Menschen sollten ohne Untersuchung, ohne Mitleid oder Reue getötet werden. Die Frauen sollten zusammen mit ihren Männern umgebracht werden, und auch die Kinder sollten hingerichtet werden, da sie sonst zu Gegnern des Nationalsozialismus aufwachsen würden und sogar den Wunsch hegen könnten, sich an den Mördern ihrer Eltern zu rächen.“ (Nürnberger Prozeß, Fall IX, S. 32)

Diese Aufgaben – sie entsprachen einem „Führerbefehl“ – erfüllten die Einsatzgruppen mit der größtmöglichen Präzision. Sie zogen durch die besetzten Gebiete, jagten Juden, Kommunisten, Partisanen, politische Funktionäre, Geisteskranke und „rassisch Minderwertige“. Die Opfer wurden erschossen, erschlagen, erhängt, wo man sie traf. Zu Hunderten und Tausenden füllten ihre Leichen die Massengräber. Die Bevölkerung ganzer Dörfer und Ortschaften wurde zusammengetrieben, ermordet oder nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Die Gehöfte wurden niedergebrannt.

Wie sich solche Schreckensszenen abspielten, geht aus der Schilderung des deutschen Bauingenieurs Hermann Gräbe hervor, der am 5. Oktober 1942 auf dem Flugplatz Dubno folgendes erleben mußte und in seiner eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Gericht schilderte:

DER MASSENMORD VON DUBNO

„... Eine alte Frau mit schneeweißen Haaren hielt das einjährige Kind auf den Armen und sang ihm etwas vor und kitzelte es. Das Kind quietschte vor Vergnügen. Das Ehepaar schaute mit Tränen in den Augen zu. Der Vater hielt an der Hand einen Jungen von etwa zehn Jahren, sprach leise auf ihn ein. Der Junge kämpfte mit den Tränen. Der Vater zeigte mit dem Finger zum Himmel, streichelte ihm über den Kopf und schien ihm etwas zu erklären. Da rief schon

der SS-Mann an der Grube seinem Kameraden etwas zu. Dieser teilte ungefähr 20 Personen ab und wies sie an, hinter den Erdhügel zu gehen. Die Familie, von der ich hier sprach, war dabei. Ich entsinne mich noch genau, wie ein Mädchen, schwarzhaarig und schlank, als sie nahe an mir vorbeiging, mit der Hand an sich herunterzeigte und sagte: '23 Jahre'.

Ich ging um den Erdhügel herum und stand vor dem riesigen Grabe. Dicht aneinandergedrängt, lagen die Menschen so aufeinander, daß nur die Köpfe zu sehen waren. Von fast allen Köpfen rann Blut über die Schultern. Ein Teil der Erschossenen bewegte sich noch. Einige hoben ihre Arme und hoben den Kopf, um zu zeigen, daß sie noch lebten. Die Grube war bereits dreiviertel voll. Nach meiner Schätzung lagen darin bereits ungefähr tausend Menschen. Ich schaute mich nach dem Schützen um. Dieser, ein SS-Mann, saß am Rand der Schmalseite der Grube auf dem Erdboden, ließ die Beine in die Grube herabhängen, hatte auf seinen Knien eine Maschinenpistole liegen und rauchte eine Zigarette. Die vollständig nackten Menschen gingen auf einer Treppe, die in die Lehmwand der Grube gegraben war, hinab, rutschten über die Köpfe der Liegenden hinweg bis zu der Stelle, die der SS-Mann anwies. Sie legten sich vor die toten oder angeschossenen Menschen, einige streichelten die noch Lebenden und sprachen leise auf sie ein. Dann hörte ich eine Reihe Schüsse. Ich schaute in die Grube und sah, wie die Körper zuckten oder die Köpfe schon still auf den vor ihnen liegenden Körpern lagen. Von den Nacken rann Blut.

Ich wunderte mich, daß ich nicht fortgewiesen wurde, aber ich sah, wie auch zwei oder drei Postbeamte in Uniform in der Nähe standen. Schon kam die nächste Gruppe heran, stieg in die Grube herab, reihte sich an die vorherigen Opfer an und wurde erschossen. Als ich nun um den Erdhügel zurückging, bemerkte ich wieder einen soeben angekommenen Transport von Menschen. Dieses Mal Kranke und Gebrechliche dabei. Eine alte, sehr magere alte Frau mit fürchterlich dünnen Beinen wurde von einigen anderen schon nackten Menschen ausgezogen, während zwei Personen sie stützten. Die Frau war anscheinend gelähmt. Die nackten Menschen trugen die Frau um den Erdhügel herum. Ich entfernte mich mit Moennikes (einem Polier) und fuhr mit dem Auto nach Dubno zurück.

Am Morgen des nächsten Tages, als ich wiederum die Baustelle besuchte, sah ich etwa 30 nackte Menschen in der Nähe der Grube, 30 bis 50 Meter von dieser entfernt, liegen. Einige lebten noch, sahen mit stierem Blick vor sich hin und schienen weder die Morgenkälte noch die da herumstehenden Arbeiter meiner Firma zu beachten. Ein Mädchen von etwa 20 Jahren sprach mich an und bat um Kleider und um Hilfe zur Flucht. Da vernahmen wir schon das Herannahen eines schnell fahrenden Autos, und ich bemerkte, daß es das SS-Kommando war. Ich entfernte mich zu meiner Baustelle. Zehn Minuten später hörten wir einige Schüsse aus der Nähe der Grube. Man hatte die Leichen durch die noch

lebenden Juden in die Grube werfen lassen, sie selbst mußten sich daraufhin in diese legen, um den Genickschuß zu erhalten." (Gerald Reitlinger, in: *„Die Endlösung“*, S. 231 ff.)

So sah die „politische Sicherung“ der besetzten Gebiete aus. Die Aktionen der Einsatzkommandos hatten mit einer militärischen Kriegführung nicht das geringste zu tun. Sie waren gemeine Massenmorde an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern.

Von den Einsatzgruppen sind besonders die Gruppen A bis D zu erwähnen. Jede hatte eine Stärke von 800 bis 1200 Mann und setzte sich aus Angehörigen der Allgemeinen SS, der Gestapo, des SD, der Ordnungspolizei und der Waffen-SS zusammen. Die Waffen-SS und die Ordnungspolizei stellten mit etwa 47 Prozent den weitaus größten Teil der Mannschaften.

Von diesen mehreren Tausend Verbrechern wurden im Einsatzgruppenprozeß 1947/48 lediglich 24 führende Vertreter angeklagt:

- 6 SS-Generale,
- 5 SS-Standartenführer,
- 6 SS-Obersturmbannführer,
- 4 SS-Sturmbannführer und
- 3 SS-Offiziere niederen Ranges.

Gegen 24 Angeklagte wurden 14 Todesurteile ausgesprochen, von denen jedoch lediglich 4 bestätigt worden sind. Alle übrigen, zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten, wurden bereits 1951 begnadigt und größtenteils aus der Haft entlassen. Darunter befanden sich u. a.

- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 1a, SS-Standartenführer S a n d b e r g e r ;*
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 7a, SS-Sturmbannführer S t e i m l e ;*
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 7b, SS-Sturmbannführer O t t ;*
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 6, SS-Sturmbannführer B i b e r s t e i n ;*
- der Leiter der „Einsatzgruppe“ D, SS-Standartenführer S e i b e r t ;*
- der Leiter des „Sonderkommandos“ 11b, SS-Obersturmbannführer S c h u b e r t ;*
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 4b, SS-Sturmbannführer H a e n s c h .*

Das Gros dieser bestialischen Mörder lebt heute unbehelligt in Westdeutschland oder im Ausland. Nur unter dem äußersten Druck der Öffentlichkeit wurden in einzelnen Fällen Verfahren eingeleitet.

DAS TERRORREGIME DER GESTAPO

Eine nicht minder verbrecherische Rolle spielten innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und der Sicherheitsdienst (SD). Die Gestapo war aus dem Preußischen Geheimen Staatspolizeiamt und

den Politischen Polizeien der Länder des Deutschen Reiches entstanden. Als Himmler 1936 Polizeichef wurde, bildete er aus der Gestapo und der Kriminalpolizei die Sicherheitspolizei. Zusammen mit dem SD unterstellte er sie dem SS-Führer Heydrich. Der Erlaß Himmlers vom 27. September 1939 zum Zusammenschluß im Reichssicherheitshauptamt war somit nur noch ein formeller Akt.

Gestapo und SD beteiligten sich durch den brutalen Einsatz gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte unmittelbar an der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Gestapo und der SD waren es auch, die in den Ländern, die von der faschistischen Kriegsmaschine überrollt werden sollten, „Fünfte Kolonnen“ schufen und den Okkupanten (vor allem in der ČSR und Österreich) den Weg bereiteten.

Auch der „äußere Anlaß“ für den Beginn des zweiten Weltkrieges, der Überfall auf den Sender Gleiwitz, wurde von der Gestapo organisiert. Der fingierte Überfall stand unter der direkten Leitung des Gestapochefs Müller. Der mit der Durchführung beauftragte SS-Sturmbannführer Naujocks lebt heute in Hamburg. Obwohl die von ihm begangenen Verbrechen den westdeutschen Justizorganen bekannt sind, wurde nichts unternommen, ihn zur Rechenschaft zu ziehen.

Im Innern Deutschlands schuf die Gestapo ein Terrorregime, das seinesgleichen in der Welt sucht. Zehntausende Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter, Juden und fortschrittliche Intellektuelle wurden verhaftet. In den Gestapogefängnissen begann ihr Leidensweg. Das berüchtigtste war das in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8. Hier richtete die Gestapo wahre Blutbäder an, um Aussagen zu erzwingen. Diejenigen, die die Foltern überstanden, wurden in Konzentrationslager verschleppt.

Für die Einweisung in die Konzentrationslager war allein die Gestapo zuständig. Ihre Mitarbeiter hatten sich selbst in diesen Mordhöhlen des Faschismus eingenistet und tragen die Schuld am qualvollen Tod Hunderttausender Häftlinge. Die Gestapo wurde vom Militärgerichtshof in Nürnberg als verbrecherische Organisation gebrandmarkt. Die sich daraus ergebende Verpflichtung, belastete Angehörige der Gestapo und des SD zu verurteilen, wurde jedoch in Westdeutschland nicht eingehalten, obwohl die Verbrechen von kaum zu überbietender Grausamkeit und von einem nicht zu übersehenden Ausmaß waren.

„Die Gestapo und der SD wurden für Zwecke verwandt, die gemäß dem Statut verbrecherisch waren; dazu gehören die Verfolgungen und Ausrottung der Juden, Grausamkeiten und Morde in Konzentrationslagern, Ausschreitungen in der Verwaltung der besetzten Gebiete, die Durchführung des Zwangsarbeiterprogrammes und Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen... Bei der Gestapo schließt der Gerichtshof alle Exekutiv- und Verwaltungs-

beamten des Amtes IV des RSHA oder solche, die sich mit Gestapo-Angelegenheiten in anderen Abteilungen des RSHA befaßten, sowie alle örtlichen Gestapobeamten ein, die innerhalb oder außerhalb Deutschlands ihren Dienst versahen.“ (IMT, Bd. I, 1947, S. 300)

Auch der zum SD gehörende Personenkreis wurde in Nürnberg genau festgelegt:

„Was den SD anbelangt, schließt der Gerichtshof die Ämter III, VI und VII des RSHA und alle anderen Mitglieder des SD ein, unter Einbeziehung der örtlichen Vertreter und Agenten, gleichgültig, ob sie ehrenhalber tätig waren oder nicht, und gleichgültig, ob sie nominelle Mitglieder der SS waren oder nicht.“ (Ebenda, S. 301)

DIE ORDNUNGSPOLIZEI – EINE HORDE VON SADISTEN

Die sogenannte Ordnungspolizei war mit der SS eng verbunden. Das drückte sich besonders darin aus, daß der „Reichsführer SS“ bereits 1936 auch „Chef der Deutschen Polizei“ wurde. Neben ihm übernahmen andere SS-Führer wie Heydrich, Kaltenbrunner und Daluge im Polizeiapparat führende Positionen. Gleichzeitig wurden hohe Polizeioffiziere wie Otto Winkelmann in die SS übernommen.

Mit ihren militärisch aufgezogenen Polizei-Divisionen, -Regimentern und -Bataillonen war die Ordnungspolizei in gleichem Maße wie die SS an zahllosen Verbrechen beteiligt. So machte z. B. das Polizeibataillon Nr. 11 aus Kaunas (Litauen) innerhalb von 2 Tagen, am 27. und 28. Oktober 1942, die Stadt Sluzk „judenfrei“. In einem Bericht an den Generalkommissar von Minsk heißt es über diesen „Einsatz“:

„Was im übrigen die Durchführung der Aktion anbelangt, muß ich zu meinem tiefsten Bedauern hervorheben, daß letzteres bereits an Sadismus grenzte. Die Stadt selbst bot während der Aktion ein schreckenerregendes Bild. Mit einer unbeschreiblichen Brutalität . . . wurde das jüdische Volk, darunter aber auch Weißruthenen, aus den Wohnungen herausgeholt und zusammengetrieben. Überall in der Stadt knallte es, und in den Straßen häuften sich die Leichen der Juden . . . Abgesehen davon, daß das jüdische Volk, darunter auch die Handwerker, furchtbar roh vor den Augen des weißruthenischen Volkes brutal mißhandelt worden ist, hat man das ruthenische Volk ebenfalls mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben bearbeitet.“

Die nachfolgenden Dokumente geben Aufschluß über den Terror des 15. Polizeiregiments:

„O. U., den 22. September 1942

Einsatzbefehl zur Vernichtung von Ortschaften

- 1.) *Batl. vernichtet am 23. 9. 1942 die im Raum nordostwärts von Mokransy bandenverseuchten Ortschaften Borki, Zablocie und Borysowka.
Kp. Nürnberg vernichtet Kortelisy.*
- 2.) *Es werden eingesetzt:*
 9. Kp. – ohne Zug Frohn – mit unterstelltem Gend.-Zug (mot) 16 in Borysowka,
 10. Kp. und 1/7 der Stabswache sowie 3 Kraftfahrer in Borki,
 11. Kp. dazu (Zug) Frohn und 14 Mann Pzkw/10 in Zablocie.
- 3.) *Die Kompanien – ohne Verstärkungskräfte – erreichen am 22. 9. bis 18.00 Uhr die Ortschaften:*
 9. Kp.: im Fußmarsch Dywin,
 10. u. 11. Kp.: mit eigenen Kfz. den Westausgang Mokransy.
- 4.) *Verstärkungskräfte werden zugeführt:*
 - a) *Gend.-Zug (mot) 16 meldet sich am 22. 9. bis 18.00 Uhr beim Kp. Führer der 9. Kp. in Dywin vor dem Gebäude des Kreislandwirts.*
 - b) *1/7 Stabswache, 3 Kraftfahrer, Zug Frohn und 14 Mann Pzkw/10 werden am 22. 9. bis 18.00 Uhr der 10. bzw. der 11. Kp. in Mokransy zugeführt.*
 - c) *Batls.-Reserve: Rest des Gend.-Zuges (mot) 15 und 4 Nachrichtenmänner.*
- 5.) *Beginn des Unternehmens: 23. 9. 1942, 5.30 Uhr.
Bis 4.35 sind die Ortschaften umstellt (äußere Absperrung).*
- 6.) *Durchführung des Unternehmens gemäß meiner Anweisung in der Offiziersbesprechung vom 21. 9. 42.*
- 7.) *Sicherstellung des Viehbestandes, landw. Geräte, Erntevorräte u. sonstiger Wirtschaftsgüter ist gemäß meiner mündlichen Anweisung durchzuführen.*
- 8.) *Zum Abtransport der in Ziffer 7.) genannten Güter ist von den Kp. ein Treck aus Panjefahrzeugen zusammenzustellen und in die Nähe der Einsatzorte zu führen. (Mündlich voraus) . . .*

gez. Holling"

(SZAOR der UdSSR, fonds 7021, Liste 148, Akte 3, Bl. 20)

„O. U. Kobryn

22. September 1942

Aus dem Kriegstagebuch des III. Bataillons des Polizeiregiments 15.

Das Unternehmen ‚Dreieck‘ wird vorübergehend ausgesetzt. Das Batl. erhält den Befehl, mit den unterstellten Einheiten und dem zugeteilten Gend.-Zug 16 (mot) die nördlich und nordostwärts von Mokransy gelegenen Orte Borki, Zablocie und Borysowka, die als Bandenstützpunkte festgestellt worden sind, zu vernichten. Die 9. Komp. erreicht mit dem Gend.-Zug 16 (mot) am Abend Dywin; die 10. und 11. Komp. erreichen Mokransy. In jedem Stützpunkt bleibt eine Gruppe zurück. Der Batl.-Gefechtsstand wird in Mokransy eingerichtet.

O. U. Kobryn

23. September 1942

Batl.-Gefechtsstand Mokrany. Die Aktion beginnt mit der Umstellung der Ortschaften, die in den frühen Morgenstunden beendet ist. Bei Tagesanbruch werden die Einwohner zusammengeholt und vom SD überprüft. Nach Ausscheiden von einwandfrei zuverlässigen Familien werden befehlsgemäß in Borysowka 169 Männer, Frauen und Kinder erschossen. Es beginnt sodann die Sicherstellung des Vieh's, der Geräte und des Getreides."

(Ebenda, Akte 4, Bl. 193)

Solche und ähnliche Beispiele lassen sich von allen Polizeiformationen bringen, die in den von den Faschisten zeitweilig besetzten Gebieten wüteten.

IM BONNER STAAT HERZLICH WILLKOMMEN

Tausende dieser Verbrecher, zum größten Teil namentlich bekannt und durch unwiderlegbare Beweise schwer belastet (vor allem durch Dokumente, die die DDR der Weltöffentlichkeit vorlegte und westdeutschen Instanzen zur Verfügung stellte bzw. zur Einsichtnahme anbot), leben unbehelligt in Westdeutschland. Mehr noch: Die in Westdeutschland lebenden SS- und Polizei-Angehörigen erhielten Gelegenheit, sich in sogenannten Traditionsverbänden zu organisieren.

Bereits 1951 wurden die als „Soziale Hilfsgemeinschaft“ getarnten SS-Verbände (HIAG = Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) gegründet. Ein Jahr später gab es bereits 75 örtliche SS-Gemeinschaften, deren Zahl in den folgenden Jahren auf 80 wuchs. Über 40 weitere SS-Traditionsverbände existieren außerhalb der HIAG, als „Suchdienst-Verbindungen“ des Roten Kreuzes getarnt. Die Führer dieser Verbände sind ausnahmslos Personen, die an Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit teilgenommen haben.

Am 29. Juni 1961 beschloß der Bonner Bundestag, daß auch alle Angehörigen der ehemaligen SS-Verfügungstruppe, die am 8. Mai 1945 länger als 10 Jahre im Dienste Himmlers und Hitlers standen, versorgungsberechtigt sind. Dieser Beschluß öffnete Tausenden Judenmördern und KZ-Henkern den Weg in den westdeutschen Staatsapparat.

Die Amtschefs Himmlers und seine Sonderbevollmächtigten

Nach einer Schätzung des ehemaligen stellvertretenden Hauptanklägers der USA im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, Dr. Robert Kempner, leben heute noch rund 10 000 SS- und Nazi-Verbrecher unbehelligt in Westdeutsch-

land. Der Bonner Staat zwingt die westdeutsche Bevölkerung, selbst mit den berufsmäßigen Henkern des Reichssicherheitshauptamtes unter einem Dach zu leben. Die nachfolgenden Beispiele stehen für viele.

Best MORDETE DÄNISCHE PATRIOTEN

Werner, Dr.

heute: Leitende Tätigkeit als Wirtschaftsjurist beim Hugo-Stinnes-Konzern (Mühlheim/Ruhr) und Gutachter beim westdeutschen Auswärtigen Amt.

Best trat bereits am 1. November 1930 in die NSDAP ein (Nr. 341 338). Im Jahre 1931 zählte er zu den Mitverfassern des berüchtigten „Boxheimer Dokuments“. Diese von den faschistischen Führern auf dem Boxheimer Hof (Hessen) verfaßte „Regierungsproklamation“ nahm den Mordterror der Jahre 1933 bis 1945 bereits vorweg. Sie sah vor, daß alle Antifaschisten, die eine Nazi-Regierung ablehnten, mit dem Tode bestraft werden sollten.

Die Mitautorenschaft an diesem Dokument war natürlich die beste Empfehlung für die Verbrecherlaufbahn, die sich 1934 beim SD des „Reichsführer SS“ fortsetzte. Man schätzte Best dort als „Polizeirechtler“, der einen großen Teil der „juristischen“ Grundlagen für das brutale Vorgehen der Polizei und des SD gegen das deutsche Volk, insbesondere gegen die Arbeiterklasse, sowie gegen die vom Hitlerfaschismus überfallenen Völker schuf. Als Chef des Amtes I des RSHA (bis 1940) und Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich, schließlich (1942) als „Bevollmächtigter des Reiches in Dänemark“ setzte er seine „Theorie“ in die Praxis um. Auf seine Anordnung wurden am 30. Dezember 1943 der Redakteur Christian Damm, am 4. Januar 1944 der bekannte Dichter Kaj Munk und im August 1944 der Ingenieur Snog Christensen ermordet.

Für diese und andere Verbrechen wurde Best in Dänemark zum Tode verurteilt, später jedoch auf Drängen der Bonner Regierung begnadigt und schließlich freigelassen.

Streckenbach BESTS WÜRDIGER NACHFOLGER

Bruno

heute: Kaufmännischer Angestellter in Hamburg

In Bruno Streckenbach fand Best einen würdigen Nachfolger als Chef des Amtes I des Reichssicherheitshauptamts. Streckenbach, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, war bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 489 972) und der SS (Nr. 14 713). Best rief ihn aus Polen nach Berlin. Er war

dort für die „Befriedung“ durch die SS und Polizei verantwortlich gewesen und hatte sich bei der „Germanisierungspolitik“, vor allem bei der Ausrottung der Vertreter der polnischen Intelligenz, hervorgetan.

Auch im RSHA wütete er gegen das polnische Volk und „Angehörige der Ostvölker“. Am 5. November 1942 sandte er einen Schnellbrief an alle Sipo- und SD-Dienststellen über die „Strafrechtspflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker“. Danach sollte auf die Durchführung ordentlicher Strafverfahren verzichtet und eine unmittelbare Auslieferung an die Henker erfolgen.

Für seine Verbrechen, vor allem auch als „Kommandeur der 19. lettischen SS-Grenadierdivision“, wurde er in der Sowjetunion zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt, später als nicht amnestierter Kriegsverbrecher an die Bundesrepublik übergeben. Entgegen der übernommenen Verpflichtung, ihn weiter in Haft zu halten, ließ der Bonner Staat ihn frei.

Six CHEF DES „VORKOMMANDOS MOSKAU“

Franz, Dr.

heute: Direktor der Porsche-Diesel-Motorenbau-GmbH Friedrichshafen, einer Tochtergesellschaft der Mannesmann AG; Agent mit „besonderen Erfahrungen“ beim „Bundesnachrichtendienst“ (mit 4000 anderen SS-Offizieren und SD-Spitzeln).

Six trieb es bereits 1930 in die NSDAP (Nr. 245 670) und 1935 in die SS (Nr. 107 480). Schon am 20. April 1935 wurde er Chef des Amtes II im Sicherheitshauptamt der Reichsführung SS, später Leiter des Amtes II und des daraus hervorgegangenen Amtes VII des Reichssicherheitshauptamtes. Damit brachte er alle Voraussetzungen eines Chefs des „Vorkommandos Moskau“ mit. Diesen Posten übernahm er im Jahre 1941.

Im Verlauf des Einsatzgruppenprozesses (Fall IX), zu deren 24 Angeklagten er zählte, wurde u. a. festgestellt, daß Six und Konsorten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen für schuldig befunden sind. Sie sind verantwortlich am Tod von über einer Million Menschen (Vgl. Nürnberger Prozeß, Fall IX, S. 27)

Als Chef des „Vorkommandos Moskau“ kam Six am 25. Juli 1941 in Smolensk an. Er blieb dort bis Ende August 1941 und kehrte dann nach Berlin zurück. Dieses Kommando sollte – nach Aussagen von Six vor dem alliierten Militärtribunal – sobald die deutschen Truppen in Moskau einträfen, die dortigen Archive und Dokumente sicherstellen. Tatsache jedoch ist, „daß das Vorkommando Moskau, während es unter der Leitung von Six stand, zur Liquidierungsaktion gebraucht wurde und daß außerdem die Sicherstellung von Dokumenten in Rußland nicht aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen geschah, sondern in der Absicht, Listen kommunistischer Funktionäre zu er-

halten, die selbst Kandidaten für die Liquidierung geworden wären." (Ebenda, S. 161)

Am 10. April 1948 wurde Six von einem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch am 31. Januar 1951 vom amerikanischen Hohen Kommissar John Mc. Cloy und vom Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Thomas Handy, auf 10 Jahre begnadigt und kurze Zeit später vorzeitig freigelassen.

Jost FORDERTE EINE FAHRBARE GASKAMMER

Heinz

heute: Vertritt als selbständiger Wirtschaftsjurist die Interessen westdeutscher Konzerne.

Jost gehört zu den ältesten Mitgliedern der NSDAP. (Eintrittsdatum: 1. Februar 1928, Mitgliedsnummer 75 946). 1933 ging er in den Polizeidienst, und 1934 leitete er bereits das Abwehramt im Sicherheitshauptamt des Reichsführers SS. Von 1938 bis 1942 war er Chef des Amtes VI des Reichssicherheitshauptamtes. Jost brachte es zum SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei. 1939 beteiligte er sich an den Verbrechen gegen das polnische Volk. Mit reichen Erfahrungen für das Mordhandwerk ausgestattet, befehligte er 1942 die Einsatzgruppe A gegen die Sowjetunion und war gleichzeitig Befehlshaber der Sipo und des SD Ostland in Riga. Der Einsatzgruppe A wurden tausendfache Morde nachgewiesen. Allein in der Zeit seiner Tätigkeit wurden über 1000 Menschen getötet. Am 15. Juni 1942 forderte Jost „eine fahrbare Gaskammer und Schläuche für 3 vorhandene Gaswagen für den Einsatz in Weißruthenien“ an. (Nürnberger Prozeß, Fall IX, S. 150)

Von einem amerikanischen Militärgericht 1948 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wurde er 1951 zu 10 Jahren begnadigt und kurze Zeit danach auf freien Fuß gesetzt.

Bilfinger SPEZIALIST FÜR DIE „ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE“ Ludolt, Dr.

heute: Bis vor kurzem Oberverwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim. Mußte auf Druck der Öffentlichkeit im März 1965 vom Dienst suspendiert werden.

Bilfinger, SS-Obersturmbannführer und stellvertretender Chef des Amtes II im Reichssicherheitshauptamt, nahm an allen grundlegenden Besprechungen des RSHA über die „Endlösung der Judenfrage“ teil. Am 6. März 1942, in einer

Nachfolgebesprechung der berüchtigten „Wannsee-Konferenz“ – sie fand in Eichmanns Referat IV B4 statt – wurde die Zwangssterilisierung der sogenannten Mischlinge I. Grades behandelt. *„Es war keinesfalls beabsichtigt, die Mischlinge als dritte kleine Rasse auf die Dauer am Leben zu erhalten“*, heißt es im Protokoll dieser Besprechung. (Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, 1961, S. 170 ff.)

Am 27. Oktober 1942 fand am gleichen Ort eine weitere Besprechung statt, die Einzelheiten über die Sterilisierung von „Mischlingen I. Grades“ festlegte. Danach wurden Kinder eines jüdischen Elternteiles vor die „Wahl“ gestellt, sich sterilisieren oder in ein Konzentrationslager einweisen zu lassen.

Hervorgetan hat sich Bilfinger auch beim Raub jüdischen Eigentums. Er erarbeitete hierfür die „juristischen Grundlagen“. Am 14. Mai 1942 sandte er an verschiedene Nazi-Ministerien, an die „Höheren SS- und Polizeiführer“, die SD-Leitstellen usw. ein Rundschreiben, in dem er verfügte: *„Juden, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit ... ebenso verfällt ihr Vermögen ... zu Gunsten des Reiches.“* (Ebenda, S. 257 ff.)

Die Dokumente, die Bilfinger dieser und anderer schwerer Verbrechen überführen, wurden von den staatlichen Organen der DDR seit Jahren der westdeutschen Regierung angeboten. Bonn zeigte für diese Dokumente kein Interesse. So konnte dieser Blutjurist bis zum März 1965 als Oberverwaltungsgerichtsrat fungieren. Der Druck der Öffentlichkeit, die sich auf das von der DDR erbrachte Beweismaterial stützte, wurde schließlich so stark, daß man Bilfinger endlich suspendierte. Er zählte zu jenen „Schreibtischmördern“, die bis zum heutigen Tage nicht zur Verantwortung gezogen worden sind.

Krumey VERANLASSTE „SONDERBEHANDLUNG“ FÜR DIE
Hermann KINDER VON LIDICE

heute: Nach skandalösem Urteil in Frankfurt/M. wieder Inhaber einer mit staatlichen Krediten eingerichteten Drogerie in Korbach/Hessen

Hermann Krumey brachte es bis zum SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt. Unmittelbar nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf Polen, im November 1939, wurde ihm die Leitung der „Umwanderungszentrale, Zweigstelle Lodz“, übertragen. Krumey organisierte die zwangsweise Aussiedlung und Vernichtung von 12000 jüdischen Menschen allein aus diesem Gebiet. Im Sommer 1942 veranlaßte er die Einweisung von 88 nach Lodz verschleppten Kindern aus Lidice in ein Konzentrationslager, wo sie ermordet wurden.

Im März 1944 beauftragte ihn Eichmann mit der Deportation aller in Ungarn lebenden Juden. In enger Zusammenarbeit mit dem juristischen Berater Eichmanns im Amt IV des RSHA, Otto Hunsche, organisierte Krumei den Transport von 400 000 Männern, Frauen und Kindern in die Vernichtungslager. In Auschwitz wurden innerhalb weniger Monate 300 000 dieser unglücklichen Menschen ermordet.

Krumei war der Initiator des Tauschgeschäftes „Blut gegen Ware“; er bot dem Mittelsmann Joel Brand das Leben von einer Million Juden gegen die Lieferung von 10 000 Lastwagen aus dem Ausland an. Krumei drängte auf die Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Argument: *„Jeder Tag kostet 12 000 Menschenleben!“*

Diese und andere Tatsachen waren dem Frankfurter Schwurgericht bekannt, als es im Februar 1965 nach 9monatiger Verhandlung das Urteil verkündete. Krumei wurde zu einer 5jährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die sich mit der bis dahin abgesessenen Untersuchungshaft von 4 Jahren, 9 Monaten fast deckte und demzufolge einem Freispruch gleichkam.

Als Krumei festgenommen wurde, lebte er nicht nur als biederer Geschäftsmann, sondern er gehörte als Abgeordneter der BHE auch dem Kreistag in Korbach an.

Hunsche „JURISTISCHER BERATER“ EICHMANNS

Otto, Dr.

heute: Rechtsanwalt in Datteln/Westfalen

In Anerkennung seiner Verdienste als „juristischer Berater“ des Deportations-spezialisten Adolf Eichmann im Amt IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes wurde SS-Hauptsturmführer Otto Hunsche der Titel eines Regierungsrates verliehen. Zu den zahllosen Verbrechen, an denen Hunsche maßgeblichen Anteil hat, gehört die Mitwirkung an der Ermordung von 1200 ungarischen Juden aus dem Sammellager Kistarosa.

Als Angehöriger des Stabes Eichmann begleitete Hunsche SS-Obersturmbannführer Krumei Anfang 1944 nach Ungarn. Ihr Auftrag bestand darin, in kürzester Frist die ungarischen Juden zusammenzutreiben und in die Vernichtungslager zu schicken. Bis zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in Budapest wurden auf diese Weise 400 000 jüdische Menschen verschleppt, von denen der größte Teil im Konzentrationslager Auschwitz einen qualvollen Tod erlitt.

Erst als Überlebende Anklage erhoben und Beweise vorlegten, wurde Hunsche vor Gericht gestellt und im April 1962 in Frankfurt wegen „Beihilfe zum Mord an 600 Menschen“ zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Hunsche war

auch diese Strafe noch zu hoch; als „erfahrener Jurist“ erreichte er, daß das Urteil aufgehoben und ein neues Verfahren eingeleitet wurde.

Im April 1964 begann die zweite Verhandlung vor dem Frankfurter Schwurgericht, die seine Freilassung zur Folge hatte und ihm die Möglichkeit gab, zu praktizieren.

Thümmler GESTAPOCHEF IN CHEMNITZ UND KATTOWITZ

Joh., Dr.

heute: Leitender Angestellter eines Werkes in Oberkochen („Carl-Zeiss-Stiftung“)

SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat im RSHA, Dr. Thümmler, gehörte bereits vor 1933 der NSDAP (Nr. 1 425 547) an. In der SS führte er die Mitglieds-Nr. 323 711. Nach der Errichtung der Hitlerdiktatur war er zunächst im Polizeipräsidium Dresden und bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg tätig. Hier bewährte er sich bei der rücksichtslosen Verfolgung und Unterdrückung der Gegner des Terror-Regimes so gut, daß er als Leiter der Staatspolizei(leit)stellen Dresden und Chemnitz eingesetzt wurde.

Während des zweiten Weltkrieges entschied er als Leiter der Gestapo in Kattowitz (Kattowice) über Leben und Tod polnischer Menschen, die auf seine Anweisung in das Konzentrationslager Auschwitz mit dem Hinweis auf „Sonderbehandlung“ eingeliefert wurden, da „ohnehin Todesstrafe“ zu erwarten sei.

Längere Zeit war er Leiter des Einsatzkommandos 16 der Einsatzgruppe E, die im Südosten Europas Massenverbrechen verübte.

Im November 1964 wurde dem ehemaligen Gestapo-Chef Gelegenheit gegeben, im Frankfurter Auschwitz-Prozeß als „Entlastungszeuge“ aufzutreten.

Das Auftreten Thümmlers veranlaßte die Rechtsorgane der DDR, den westdeutschen Justizbehörden Dokumente über die von ihm begangenen Verbrechen zu übergeben. Ein Rechtsverfahren wurde bis zum heutigen Tage nicht eingeleitet, obwohl er während seiner Zeugenaussage eingestehen mußte, von einigen hundert Fällen 40 Prozent ins KZ eingewiesen und 60 Prozent zum Tode verurteilt zu haben.

Lammerding SS-HENKER VON ORADOUR UND TULLE

Heinz

heute: Diplom-Ingenieur und Bauunternehmer in Düsseldorf. Führend in der SS-Organisation HIAG.

Lammerding, der sich frühzeitig der NSDAP (Nr. 722 395) und der SS (Nr. 247 062) angeschlossen hatte, wurde durch Himmler der Rang eines SS-Ober-

führers und Generals der Waffen-SS verliehen. Er befehligte unter anderem die berüchtigte SS-Panzerdivision „Das Reich“.

Der Weg dieser SS-Division durch die von der Hitlerarmee besetzten Gebiete ist durch Galgen und Massengräber gekennzeichnet. Am 10. Juni 1944 überfielen die SS-Horden den französischen Ort Oradour. 548 Einwohner wurden in der Kirche zusammengetrieben und auf Befehl Lammerdings bestialisch ermordet. Die friedliche Ortschaft wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Um den wachsenden Widerstand des französischen Volkes gegen die faschistische Okkupation mit allen Mitteln zu brechen, ließ SS-Kommandeur Lammerding in Tulle 120 Franzosen aus der zivilen Bevölkerung öffentlich erhängen.

Für diese und andere in Frankreich begangenen Verbrechen wurde Lammerding von einem Gericht in Bordeaux in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nachdem er zunächst unter dem Namen Braune in Wiesbaden lebte, ließ er sich in Düsseldorf als Bauunternehmer unter seinem richtigen Namen nieder.

Auslieferungsanträge Frankreichs an westdeutsche Rechtsorgane blieben ohne Erfolg.

Wolff ADJUTANT HIMMLERS

Karl

heute: Wolff wurde 17 Jahre nach Kriegsende in seiner Villa am Starnberger See verhaftet und wegen der Ermordung von 300 000 Juden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt – für jeden Mord 30 Minuten Haft.

SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Karl Wolff, war „Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS“ und „Verbindungsoffizier des Reichsführers zum Führer“. Mit allen Sondervollmachten ausgerüstet, hatte Wolff einen maßgeblichen Anteil an der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Er trug die Hauptverantwortung für die Ermordung von 300 000 polnischen Juden im Vernichtungslager Treblinka.

Als „Höchster SS- und Polizeiführer“ in Italien, wo er seit September 1943 zahllose Verbrechen beging, ließ Wolff 15 000 italienische Männer, Frauen und Kinder umbringen. Auf sein Schuldkonto kommen die an Häftlingen durchgeführten verbrecherischen Experimente.

Obwohl Wolff unter seinem richtigen Namen lebte und auch in der westdeutschen Presse wiederholt auf seine Machtbefugnisse innerhalb der SS-Führung hingewiesen wurde, führte erst die Strafanzeige eines israelitischen Journalisten zu seiner Festnahme. Das Urteil lautete:

„Schuldig des gemeinschaftlichen Mordes an 300 000 Juden, mitschuldig an der Ermordung von 15 000 italienischen Juden und verantwortlich für die medizinischen Experimente im KZ Dachau.“

Winkelmann SS- UND POLIZEISTANDORTKOMMANDANT IN UNGARN
Otto

heute: Ratsherr in Kiel, Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Polizeioffiziere.

Winkelmann brachte es bereits vor der Entfesselung des faschistischen Raubkrieges bis zum Oberstleutnant der Schutzpolizei. Seit 1939 war er mit der Leitung des „Kommando-Amtes des Hauptamtes Ordnungspolizei“ beauftragt, das u. a. für die Aufstellung und Ausrüstung der vorwiegend im Osten eingesetzten Polizei- (später SS-Polizei-) Regimenter und Bataillone zuständig war.

Im März 1944, mit dem Einmarsch der faschistischen Truppen im verbündeten Horthy-Ungarn, wurde er durch Himmler als Höherer SS- und Polizeiführer in Ungarn eingesetzt. Nach Angaben Winkelmanns erklärte ihm Himmler:

„Sie sind in Ungarn genauso wie der Militärattaché und der Luftattaché mein Attaché. Sie sind mein Verbindungssoffizier zu den ungarischen Stellen und, wenn es sein muß, auch zu Gesandten. Sie haben die Aufgabe, für die Koordinierung der Tätigkeit aller in Ungarn eingesetzten SS- und Polizeidienststellen zu sorgen. . . Sie haben ferner die Aufgabe des SS- und Polizeistandortkommandanten.“ (IMT, Fall XI, Bd. 217, S. 25 653)

Neben Eichmann trägt Winkelmann die Hauptverantwortung für die Deportierung und Ermordung der 300 000 Juden aus Ungarn.

Trotz der ihm nachgewiesenen Verbrechen erhält Winkelmann eine Generalpension.

Skorzeny MUSSOLINI-BEFREIER LEITET FLUCHT VON
Otto MASSENMÖRDERN

heute: Inhaber eines „Ingenieur- und Maklerbüros“ in Madrid; Begründer und Chef der nazistischen Geheimorganisation „Die Spinne“, die von Spanien aus bisher rund 500 Kriego- und Naziverbrechern zur Flucht verhalf.

Skorzeny, SS-Sturmbannführer, war seit April 1943 Gruppenleiter VI S des Reichssicherheitshauptamtes und damit Kommandeur des „Sonderverbandes Oranienburg“. Die Aufgaben dieses streng geheimen Sonderverbandes bestanden darin, schnellstmöglich einen total wirkenden Geheimdienst aufzubauen und ihn global einzusetzen, das heißt: Bombenattentate, Diversion, Menschenraub, Sabotage, Mord. Die von Skorzeny ausgebildeten und ausgerüsteten Agenten sollten im Iran und in Indien, in England und den USA, vor allem aber in der Sowjetunion die Niederlage der Faschisten aufhalten.

Am 12. September 1943 organisierte Skorzeny mit seinem „SS-Sonderverband“ im Auftrage Hitlers die Entführung des italienischen Faschistenführers

Mussolini aus der Haft der Badoglio-Regierung. Ab Januar 1945 wütete Skorzeny als Generalmajor der Waffen-SS mit einer Diversanten-Truppe an der „Ostfront“, die inzwischen die Oder erreicht hatte.

Nach dem Zusammenbruch blieb auch Skorzeny, was er war – ein führender Faschist und Geheimdienst-Chef. Er begann eine vielseitige Tätigkeit, um die Verbindung zwischen den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS wieder herzustellen. Sein Werk ist die Gründung der nazistischen Geheim-Organisation „Die Spinne“, die nicht nur über umfangreiche finanzielle Mittel aus dem Raubgut der SS verfügt, sondern sich auch der besonderen Unterstützung führender westdeutscher Konzerne erfreut. Sitz dieser Geheim-Organisation ist Denia (Spanien). Dorthin siedelte Skorzeny 1953 über.

Gestützt auf die Freundschaft mit Franco und dem spanischen Informationsminister unterhält Skorzeny von seiner feudalen Villa im Stadtbezirk Velasques von Madrid enge Verbindungen zu einflußreichen westdeutschen Kreisen sowie zu seinen früheren SS-Kumpanen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern. Zu den 500 belasteten Kriegs- und Naziverbrechern, denen die SS-Untergrundorganisation „Die Spinne“ ungehindert zur Flucht aus Westdeutschland verhalf, gehören u. a. die SS- und KZ-Mörder Eisele, Mengele und Zind.

Obwohl auch der Bonner Regierung die Verbrechen bekannt sind, die Skorzeny beging, hat sie nichts unternommen, ihn aburteilen zu lassen oder zumindest seine neofaschistische Tätigkeit zu unterbinden. Im Gegenteil. Die Bonner Regierung duldet die Verbindungen zu diesem Kriegsverbrecher und unterstützt die Tätigkeit der „Spinne“ durch ihre untrennbare Verbundenheit mit dem Franco-Regime.

SS-Mörder von A (Auerswald) bis Z (Zirpinski)

Die folgende Liste nennt weitere SS-, SD- und Gestapo-Mörder, die den Staats- und Polizeiparat Westdeutschlands und des besonderen Territoriums Westberlin durchsetzen. Obwohl scheußlicher Verbrechen überführt, blieben die meisten von ihnen bisher völlig unbehelligt und rückten in führende Stellungen auf.

Auerswald, Heinz, Dr.

vor 1945: Offizier der Schutzpolizei im Einsatz in Polen; 1941 Kommissar des jüdischen Wohnbezirks in Warschau, des „Warschauer Ghettos“ und mitschuldig an der Vernichtung von über 300 000 Juden
nach 1945: Unterhält eine gutgehende Rechtsanwalt-Praxis und lebt in Düsseldorf, Königsallee 40

Ahlhorn, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Mit-

glieds-Nr. 421 625, Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: In Norwegen bis 1956 wegen Kriegsverbrechen interniert, dann Polizeihauptkommissar in Hannover

Altmeyer, Josef

vor 1945: SS-Unterrührer in der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“, SS-Mitglieds-Nr. 326 109

nach 1945: Ministerialrat und Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium Rheinland-Pfalz

Albrecht, Benno

vor 1945: Major der Feldgendarmerie in Lodz, Mitglied der NSDAP
nach 1945: Gendarmerie-Bezirkschef in Koblenz

Amthor, Paul

vor 1945: SS- und Polizeigeietsführer im besetzten Stalino
nach 1945: Bezirkshauptmann der Gendarmerie in Bayern

Appen, Hermann von

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Adjutant des SS- und Polizeiführers in Charkow, Kommandeur im SS-Polizeiregiment „Todt“ und beim SS-Polizeibataillon Dänemark
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Banneck, Max

vor 1945: Aktives Mitglied der NSDAP, seit 1938 SD, für Kolonialeinsatz vorgesehen
nach 1945: Kriminalobersekretär in Kiel

Barthmann, Fritz, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Mitglieds-Nr. 308 192, Gestapo-Einsätze in Wien und Frankfurt/Main
nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Krefeld

Barz, Heinz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Mitglieds-Nr. 45 536, bei Einsatzgruppen
nach 1945: Polizeirat, Kommando V Schupo-Amt Hamburg 13

Bauer, Lorenz

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8
nach 1945: Polizeimeister in Amberg

Benecke, Adolf

vor 1945: „Osteinsatz“ bei der SS-Polizeidivision, 2. Polizeischutzmansschafts-Regiment
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Beck, Friedrich

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Kommandeur einer „Bandenkampf-Schule“
nach 1945: Polizeirat in Darmstadt

Benkmann, Adolf

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Referent im Hauptamt Ordnungspolizei, Ordonnanzoffizier beim Befehlsstab des Sonderbeauftragten Minsk
nach 1945: Leiter des Gendarmeriekreises Oberwesterwald

Berger, Gottlob

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Leiter des SS-Führungshauptamtes, ab 1940 Chef des SS-Hauptamtes Erbwesen für die Waffen-SS in Berlin, Mitglied der NSDAP (Nr. 26 000) seit 1922, der SS (Nr. 275 991) seit 1936
nach 1945: Vom alliierten Militärtribunal zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 jedoch entlassen; in Westdeutschland Mitarbeiter der Monatszeitschrift „Nation Europa“, die in Coburg erscheint

Berger, Heinz

vor 1945: NSDAP, SA und SS seit 1931
nach 1945: Polizeisekretär in Darmstadt

Besekow, Arno

vor 1945: SS-Obersturmbannführer beim SD und bei der Gestapo Magdeburg
nach 1945: Kriminalkommissar in Kiel und Leiter der Abteilung I des Kriminalamtes Schleswig-Holstein

Bezner, Rudolf

vor 1945: Offizier bei der SS und Gendarmerieführer in Lublin
nach 1945: Leiter des Polizeikommandos in Vaihingen

Blankenbach, Johann

vor 1945: SS-Unterrführer Gestapo Karlsruhe
nach 1945: Kriminalinspektor in München

Blings, Josef

vor 1945: SS-Obersturmführer und Polizeiführer in Lodz, Oberleutnant der Schutzpolizei
nach 1945: Gendarmerieoberrat im Ministerium des Innern Rheinland-Pfalz und verantwortlich für Einsatz und Schulung der Polizei in Rheinland-Pfalz

Blümlein, Georg

vor 1945: NSDAP und SS, Bezirksleiter der Gendarmerie in Radom
nach 1945: Gendarmerie-Oberinspektor in Neustadt/Weinstraße

Boeddecker, Werner

vor 1945: SS-Untersturmführer
(Nr. 421 449)
nach 1945: Polizeihauptkommissar in
Hamburg

Boldt, Berthold

vor 1945: SS-Obersturmführer, Einsätze
im Polizeibataillon 104 Lublin, Polizeiregi-
ment „Todt“ und Polizei-Freiwilligen-Regi-
ment Schlauders
nach 1945: Polizeihauptkommissar in
Hamburg

Borrmann, Ernst

vor 1945: SS-Obersturmführer und Gen-
darmerieführer im Polizei-Freiwilligen-
Bataillon VIII „Kroatien“
nach 1945: Polizeidirektor in Stutt-
gart

Boysen, Karl

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Batail-
lonskommandeur beim II. SS-Polizeiregi-
ment 16 in Lettland und Litauen. Anschlie-
ßend Ia-Offizier beim Befehlshaber der Ord-
nungspolizei Paris
nach 1945: Polizeioberrat in Hamburg

Braschwitz, Rudolf, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer, NSDAP
(Nr. 2 633 264), SS (Nr. 458 447), Angehöri-
ger des Reichssicherheitshauptamtes Ge-
stapoleitstelle Berlin
nach 1945: Kriminalrat und stellv. Lei-
ter der Kriminalpolizei in Dortmund

Braunschmidt, Walter

vor 1945: Mitglied der NSDAP seit 1933
und der SS seit 1938 (Nr. 358 741), höherer
SS- und Polizeiführer in Shitomir, Niko-
lajew und in Kirowograd
nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei
in Aachen

Brunke, Franz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Offizier
beim SS-Polizeiregiment 3 Niederlande und
beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Kra-
kow
nach 1945: Leiter des Polizeiabschnitts
Landkreis Braunschweig

Budenop, Franz

vor 1945: Polizeichef von Essen, nach
der Annexion Österreichs Polizeichef in
Wien, Polizeigeneral
nach 1945: Polizeidirektor in Kiel

Busch, Friedrich

vor 1945: Angehöriger des SS-Einsatz-
kommandos 8
nach 1945: Polizeimeister in Dortmund-
Marten

Christ, Oskar

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Kom-
mandeur im SS-Polizeibataillon 314
nach 1945: Polizeioberrat in Wiesbaden

Christmann, Kurt, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer,
Oberregierungsrat; 1934 bereits beim SD
des Reichsführers-SS, dann Bayerische Poli-
tische Polizei. 1939 Leiter der Staatspolizei-
stelle Salzburg, Leiter des SS-Sonderkom-
mandos 10a
nach 1945: Immobilienbesitzer in Mün-
chen

Cornely, Fritz

vor 1945: SS-Sturmbannführer und Füh-
rer eines Mord-Kommandos im KZ Sachsen-
hausen
nach 1945: Kriminalhauptkommissar
in Köln

Debring, Johannes

vor 1945: Ia-Offizier und Bataillonsfüh-
rer des III. SS-Polizeiregiments 15 Triest
und in Norwegen
nach 1945: Leiter eines Polizeiabschnit-
tes in Cloppenburg

Deißler, Georg

vor 1945: SS-Unterrührer im Einsatz-
kommando Polen, Angehöriger der Gestapo
nach 1945: Leiter des Polizeikomman-
dos Wangen/Allgäu

Deppner, Erich

vor 1945: SS-Sturmbannführer seit
30. Januar 1941, NSDAP (Nr. 1 254 844), SS
(Nr. 177 571); als Beauftragter des Reichs-
sicherheitshauptamtes mitschuldig am Mord
von 65 sowjetischen Kriegsgefangenen im
KZ-Lager Amersfort (Holland)
nach 1945: Tätig als Industrie- und
Wirtschaftsberater; Anfang 1964 erfolgte
vor dem Schwurgericht I, München, der
Freispruch wegen „Mangels an Beweisen“.
Deppner verlangt eine Revision mit dem
Ziel, einen Freispruch wegen „erwiesener
Unschuld“ zu erhalten

Drescher, Heinz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Krimi-

nalrat und Referatsleiter im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes
nach 1945: Kriminalrat im Bundeskriminalamt Wiesbaden

Dudek, Waldemar

vor 1945: als aktiver Nazi und SS-Mann 1937 in die Kriminalpolizei versetzt
nach 1945: Kriminalobersekretär in Wiesbaden

Dusenschön, Willi

vor 1945: SS-Obersturmbannführer, NSDAP (Nr. 75 582), SS seit 1. Mai 1931 (Nr. 10 984); 1. Kommandant des KZ Fuhlsbüttel und Papenburg; Kommandeur in der 2. SS-Totenkopf-Standarte „Brandenburg“, in der II. SS-Panzerdivision „Das Reich“ und in der SS-Gebirgs-Jäger-Div. N
nach 1945: Im September/Okttober 1962 wurde er vom Schwurgericht Hamburg wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen

Dietz, Wilhelm

vor 1945: Kriminalkommissar in Konstanz und Tilsit, Teilnehmer an Führerschulungen der Sicherheitspolizei und des SD
nach 1945: Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Stuttgart

Eder, Josef

vor 1945: SS-Unterführer und Gendarmerie-Unterführer
nach 1945: Oberkommissar bei der Grenzpolizei in München

Eggart, Karl

vor 1945: Gendarmerieführer und Inspektionsoffizier beim Beauftragten des Reichsführers-SS beim „Sonderbevollmächtigten des deutschen Reiches“ in Albanien
nach 1945: Leiter eines Polizeiabschnitts in Ammerland-Werterstede

Egle, Karl

vor 1945: SS- und Gendarmerieführer in Jugoslawien
nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Freiburg

Endress, Alfred

vor 1945: 1936 Angehöriger der Gestapo Lüneburg, ab 1939 Gestapoleitstelle Brunn
nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Ludwigsburg

Erdmann, Kurt

vor 1945: Leiter der sogenannten Politischen Abteilung des KZ Sachsenhausen
nach 1945: Kriminalpolizei-Obermeister in Stade

Espey, Oswald

vor 1945: Gerichtsoffizier am SS-Polizeigericht II Düsseldorf, 1941 Reichssicherheitshauptamt, Gendarmeriekommandeur in Riga und 1944/45 im Raum Danzig
nach 1945: Leiter der Landespolizeischule Niedersachsen in Hannover

Eweler, Heinrich, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 308 193) im SD, Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Essen

Favorke, Rolf

vor 1945: Ib-Offizier beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Riga 1941–1944, anschließend SS-Polizeiregiment 4 (ehem. Mordbataillon 316)
nach 1945: Polizeihauptkommissar Baden-Württemberg

Fähnrich, Kurt

vor 1945: Kriminaldirektor im Reichssicherheitshauptamt, Amt V
nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Hameln

Fermer, Andreas

vor 1945: Angehöriger der Gestapo in Weimar, 1942 bis 1943 Osteinsatz bei der Einsatzgruppe X des SD, anschließend Gestapodienst in Den Haag
nach 1945: Kriminalkommissar in Dortmund

Fieler, Karl

vor 1945: SS-Obergruppenführer, Reichsleiter der NSDAP, Oberbürgermeister von München, Mitglied der NSDAP (Nr. 37), der SS (Nr. 91 724)
nach 1945: Lebt unbehelligt in München

Fleschütz, Eugen

vor 1945: Angehöriger des SS-Einsatzkommandos 8
nach 1945: Polizeimeister in Augsburg

Frank, Johannes

vor 1945: Seit 1934 bei der Gestapo in Leipzig, zuletzt beim SD in den Niederlanden
nach 1945: Kriminalsekretär in Essen

Frees, Friedrich

vor 1945: 1938 Angehöriger der Gestapo Stuttgart, ab 1940 Gestapo Lodz
nach 1945: Polizeiinspektor in Stuttgart

Freyberg, Wolfgang

vor 1945: SS-Obersturmführer in der 4. SS-Totenkopfstandarte „Ostmark“, Mitglied der NSDAP (Nr. 219 063) und der SS vor 1933 (Nr. 13 132)
nach 1945: Leiter des Polizeiabschnitts Landkreis Uelzen

Furck, Herbert

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 337 727), Kommandeur des III. Polizeibataillons, 16. Regiment, Riga, und Kommandeur I./SS-Polizeiregiment 3, Niederlande
nach 1945: Polizeirat in Kiel

Geigenmüller, Otto, Dr.

vor 1945: Regierungs-Assessor und Leiter der Gestapo in Halle, später Berlin
nach 1945: Finanzamt Köln-Land, Regierungsrat, stellv. Vorsteher

Geißler, Kurt

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Kriminaldirektor im Amt IV (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes, seit 1933 Mitarbeiter der Gestapo, Leiter der Gestapostelle Berlin
nach 1945: Dienststellenleiter der Kriminalpolizei in Köln

Gemmeker, Albert Konrad

vor 1945: SS-Obersturmführer und Kommandant des Auffanglagers Westerbork
nach 1945: Kaufmann in Düsseldorf

Gerloff, Walter

vor 1945: Major der Gendarmerie, NSDAP und SS (Nr. 432 435)
nach 1945: Polizeioberrat, Leiter der Schupo-Schule Hamburg-Alsterdorf

Gontard, Christoph

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes und

Einsatz in Prag, Paris und Innsbruck; Mitglied der NSDAP (Nr. 713 377), der SA und der SS (Nr. 272 233) seit 1931
nach 1945: Leitende Stellung in einem Unternehmen in München

Görtz, Heinrich, Dr.

vor 1945: Angehöriger des SS-Sonderkommandos 10a, das im Jahre 1941 mehrere Hundert Einwohner der sowjetischen Stadt Mariupol, heute Shdanow, ermordete
nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland

Grandke, Fritz

vor 1945: SS-Obersturmbannführer, Kommandeur SS-Polizeiregiment 1, später Waffen-SS
nach 1945: Leiter der Bereitschaftspolizei in Niedersachsen

Grobbsen, Jakob

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Adjutant beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Polen, 1944 als SS-Polizei- und Gebietsführer in Kopenhagen
nach 1945: Oberkreisdirektor und Leiter der Kreispolizeibehörde in Jülich

Grote, Willi

vor 1945: Untergruppenleiter (Oberregierungsrat) im Hauptamt Ordnungspolizei in Himmlers Innenministerium
nach 1945: Leiter des Referats Sicherheit und Ordnung bei der Landespolizeibehörde

Güdler, Kurt

vor 1945: Major der Polizei und Sonderbeauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD; Mitglied der NSDAP und SS-Führer z. b. V.; Polizeiberater des als Kriegsverbrecher verurteilten slowakischen Innenministers Mach
nach 1945: Leiter der Polizeidirektion Kiel

Gustke, Walter

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 421 176), 1941 bis 1944: I./SS-Polizeiregiment 24 im Raum Minsk
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Güttinger, Wilhelm

vor 1945: ab 1939 Angehöriger der Gestapo Stuttgart
nach 1945: Kriminalkommissar in Stuttgart

Haasche, Erich

vor 1945: Gendarmeriehauptmann, 1944 Gendarmeriegebietsführer in Lusk, Sonder-einsatz zur Niederschlagung des Warschauer Aufstandes

nach 1945: Leiter des Polizeiabschnittes Norden in Niedersachsen

Hahn, Ludwig, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer, NSDAP seit 1. Februar 1930 (Nr. 194 463), Leiter von Gestapo-Dienststellen, Anfang 1940 Kommandeur der Sipo und des SD in Krakau; Ende 1940 Sonderbeauftragter des Reichsführers-SS und Chef der Deutschen Polizei beim Deutschen Gesandten in Preßburg

nach 1945: Handelsvertreter in Hamburg

Haneklau, Alfred

vor 1945: Einsatzkommando 8

nach 1945: Polizeimeister in Recklinghausen

Hanner, August

vor 1945: Kommandeur des III. SS-Polizeiregiments „Totd“, SS-Führer und Aufsichtsoffizier für das Schutzmannschafts-Bataillon 105

nach 1945: Polizeirat Hamburg-Wandsbek

Hamann, Heinrich

vor 1945: Mitglied der NSDAP seit 1931, seit 1934 beim SD

nach 1945: Polizeiobermeister in Wiesbaden

Haxler, Franz

vor 1945: SS-Gruppenführer im Reichssicherheitshauptamt, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und Vizechef der Militärverwaltung Ost; Mitglied der NSDAP (Nr. 754 133) und der SS (Nr. 64 697)

nach 1945: Leiter einer Ex- und Import KG in München

Hellersen, Heinrich

vor 1945: NSDAP und SS seit 1933 (SS-Nr. 78 005); vom SD für Kolonialeinsatz vorgesehen

nach 1945: Kriminalobersekretär in Darmstadt

Heißmeyer, August

vor 1945: SS-Obergruppenführer, General der Waffen-SS und der Polizei, Chef des

SD-Hauptamtes in der Reichsführung der SS, ab 1940 im Range eines Ministerialdirektors; Inspekteur der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten; Mitglied der NSDAP (Nr. 21 573) seit 1925 und der SS (Nr. 4 370)

nach 1945: Wegen Führung eines falschen Namens „Stuckebrode“ zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. 1949 amnestiert, lebt als Direktor einer Coca-Cola-Fabrik in Westdeutschland

Hellwig, Günter

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim SD

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Mühlheim. Wegen Beteiligung an der Erschießung sowjetischer Staatsbürger wurde er vom höheren britischen Militärgericht in Iserlohn zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt

Hermann, Günther

vor 1945: SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, NSDAP seit 1. Mai 1933 (Nr. 2 475 252), SS seit Juni 1935 (Nr. 267 283); Leiter von Gestapo-Dienststellen in Kiel und Brunn. Mitarbeiter im Stab des „Chefs der Sicherheitspolizei und des SD“ in Österreich, Leiter des SS-Einsatzkommandos Troppau bzw. Prag sowie der Einsatzkommandos 4b und 12 in der Sowjetunion

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland (Siehe Tafel 21)

Herrmann, Gustav

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 487 520)

nach 1945: Polizeioberkommissar in Leer

Hersmann, Werner, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer und Major der Schutzpolizei, NSDAP seit 1930 (Nr. 298 662), SS (Nr. 9 416). 1941 Kommandeur der Ordnungspolizei im okkupierten Estland, 1942 Offizier in der Einsatzgruppe D, Einsatzkommando 11b

nach 1945: Nach Verbüßung einer geringen Freiheitsstrafe lebt Hersmann als Maschinenbau-Ingenieur in Westdeutschland

Herz, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat beim SD

nach 1945: Kriminalrat in Stuttgart

Hierl, Josef

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Gendarmeriekommandeur in Kroatien

nach 1945: Polizeiinspektor in Wiesbaden

Hochgräbe, Hans-Joachim

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat im Reichssicherheitshauptamt
nach 1945: Stellvertretender Kriminalpolizeileiter in Duisburg

Hölfling, Wilfried

vor 1945: Gendarmeriehauptmann und SS-Sturmbannführer
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Wuppertal

Hörath, Siegfried

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Hauptmann der Schutzpolizei, Offizier in einer SS-Polizeidivision, Mitglied der SS (Nr. 419 861)
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Düsseldorf

Hödel, Ludwig

vor 1945: SS-Untersturmführer, 1941 für „Bandeneinsatz“ Hauptmann im I. Polizeiregiment 3
nach 1945: Polizeiamtmann in Rosenheim, Leiter des Kommandos der Bayerischen Grenzpolizei

Hoffelder, Johann

vor 1945: SS- und Polizeigebietsführer
nach 1945: Gendarmerieamtmann in Kaiserslautern

Höttl, Wilhelm Georg, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, SS (Nr. 309 510), NSDAP (Nr. 6 309 616). In Wien Adjutant des SS-Generals Kaltenbrunner, stellv. Gruppenleiter im Amt VI des RSHA. Im Auftrage von SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner wurde er auch Verbindungsagent zum amerikanischen Geheimdienst CIC
nach 1945: Heute ist er als Direktor einer „Privatschule“ in Bad Aussee damit beschäftigt, von der SS zusammengeraubtes Vermögen zu verwalten und Geheimnisse der umliegenden Seen und Höhlen zu hüten. Weiterhin Agent des CIC

Hoffmann, Max, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Regierungsrat und Referent im Amt II B/1 des Reichssicherheitshauptamtes
nach 1945: Polizeioberinspektor in Wiesbaden

Holzbecher, Helmut

vor 1945: SS-Obersturmführer, Polizeibataillon 215 in Norwegen und SS-Polizeiregiment 26 in UdSSR und Polen
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Horn, Rudolf, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat im Reichssicherheitshauptamt, Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 462 825)
nach 1945: Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Aurich

Hucko, Wilhelm

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Mitglied der NSDAP, der SA und der SS
nach 1945: Stellvertreter des Leiters der Kripo in Köln

Hudy, Wilhelm

vor 1945: Angehöriger der Gestapo in Karlsbad, SS-Führer
nach 1945: Polizeiinspektor in der Polizeidirektion Hannover

Hüttemann, Peter

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim Befehlshaber der Sipo und des SD in Frankreich
nach 1945: Präsident der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf (für das Land Nordrhein-Westfalen)

Huppenkothen, Walter

vor 1945: SS-Standartenführer, Gruppenleiter im Amt IV/E (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau und Lublin, NSDAP (Nr. 1 950 150)
nach 1945: Stand in den Jahren 1951, 1952, 1955 und 1956 vor Gericht unter der Anklage, an der Ermordung des militärischen Spionagechefs Hitlers, Canaris, beteiligt gewesen zu sein und Teilnehmer an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 erhängt zu haben. Huppenkothen lebt nach Freispruch unbehelligt als Angestellter einer Versicherungsfirma in Mannheim

Jüttner, Hans

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Chef des SS-Führungshauptamtes, Mitbegründer der Waffen-SS, ab 1944 Stellvertreter des Befehlshabers des Ersatzheeres Heinrich Himmler. Mitglied der NSDAP (Nr. 541 163), der SA seit 1931 und der SS (Nr. 264 497)

nach 1945: Lebt in Bad Godesberg, Tannenallee 11, und unterhält in Bad Tölz/Bayern mehrere Pensionen

Kammer, Heribert

vor 1945: Höherer SS- und Polizeiführer in Danzig, Polizeidirektor und SS-Sturm-bannführer

nach 1945: Leiter des Polizeiamtes Herford

Kaufmann, Heinz

vor 1945: Mitarbeiter des Geheimen Staatspolizeiamtes Sachsen, ab 1938 Gestapo-Leitstelle Dresden

nach 1945: 1948 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet, das mit seiner Verurteilung zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis endete, die durch die Internierung als abgeleistet galten

Kaufmann, Karl

vor 1945: SS-Obergruppenführer, Reichskommissar für den Wehrbereich X und Reichskommissar für die Seeschifffahrt, Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter in Hamburg, Mitglied der NSDAP (Nr. 95) seit 1921 und der SS (Nr. 119 495)

nach 1945: Lebt als Kaufmann in Hamburg

Kehrer, Walter

vor 1945: Angehöriger des Sonderkommandos 10a, SS-Führer

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland

Keunecke, Dr.

vor 1945: SS-Sturm-bannführer im Reichssicherheitshauptamt

nach 1945: Kriminalrat und stellv. Kripo-Leiter in Essen

Kiehne, Helmut

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei und Offizier in der Polizeireiterabteilung II beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Ukraine im „Bandeneinsatz“

nach 1945: 1956 als Kriegsverbrecher der westdeutschen Regierung übergeben, sofort wiederingestellt als Polizeihauptkommissar in den Hamburger Polizeidienst

Kiehne, Karl

vor 1945: SS-Sturm-bannführer, Mitglied der NSDAP, SS (Nr. 375 136)

nach 1945: Kriminaloberrat und Leiter der Kriminalpolizei in Köln

Klein, Johannes

vor 1945: SS- und Polizeigebietsführer in Serbien, in der Hauptabteilung Ordnungspolizei Berlin als Stabsoffizier

nach 1945: Leiter des Polizeiamtes in Gernersheim

Kocks, Herbert

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim II./SS-Polizeiregiment 24, Polizei-Freiwilligenregiment I in Kroatien

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Oldenburg

Köllner, Fritz

vor 1945: Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt (Deportation von Juden in das KZ Theresienstadt)

nach 1945: Oberregierungsrat im Innenministerium in Bayern

Konitzki, Gerhard

vor 1945: Angehöriger des SS-Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeibeamter in Essen

Koppe, Wilhelm

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Staatssekretär und Höherer SS- und Polizeiführer im okkupierten Polen; verantwortlich für die Vernichtung von 350 000 polnischen Juden, von 1500 Geisteskranken in Ostpreußen, von 20 000 Tbc-Kranken im KZ Chelmo und 80 polnischen Widerstandskämpfern im KZ Dachau

nach 1945: Lebte bis 1960 mit Wissen westdeutscher Behörden unter falschem Namen „Lohmann“ in Bonn, lange Zeit Direktor einer Nebenstelle der Firma Sarotti

Kordts, Helmut

vor 1945: SS-Hauptsturmführer

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Kosching, Maximilian

vor 1945: Ab 1938 Gestapo Trier, SA seit 1931, später SS

nach 1945: Leiter des Polizeiamtes in Oberlahnstein-Niederlahnstein

Kraiker, Hermann

vor 1945: Angehöriger des SS-Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeimeister in Watten-scheid

Kraiker, Hermann

vor 1945: SS-Sturmabführer und Major der Schutzpolizei, NSDAP seit 1. März 1931 (Nr. 1 545 743), SS (Nr. 354 185), Kommandeur von Bataillonen im SS-Polizeiregiment Gieseke und in der berüchtigten Kampfgruppe des SS-Obergruppenführers Prützmann

nach 1945: In leitender Stellung in der Polizeiverwaltung Bochum

Krüger, Bernhard

vor 1945: SS-Sturmabführer im Reichssicherheitshauptamt, NSDAP (Nr. 528 739), SS (Nr. 15 249). Krüger war Chef der Fälscherzentrale der Gruppe F im Amt VI des RSHA und sorgte für die Ausrüstung von SD-Agenten mit falschen Papieren und gefälschten ausländischen Banknoten; verantwortlich für die Ermordung der zu dieser Arbeit gezwungenen KZ-Häftlinge des KZ Sachsenhausen

nach 1945: Er bekleidet eine gut bezahlte Stellung in der Standard-Elektrik-Lorenz AG. Erst im März 1964 wurde beim Landgericht Göttingen ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet

Lindner, Kurt

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 310 260), Lehrer an der Führerschule des SD

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Duisburg

Lorenz, Werner

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle, zugleich Bevollmächtigter des Beauftragten für außenpolitische Fragen der NSDAP

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland, enge verwandtschaftliche Beziehungen zum Chef des Springer-Presse-Konzerns, Axel Springer, in Hamburg

Ludwig, Wilhelm, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmführer, Offizier der 87. SS-Standarte in Innsbruck, Mitglied der SS (Nr. 307 478)

nach 1945: Regierungsdirektor und Abteilungsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln

Lütgering, Hans

vor 1945: Adjutant beim Polizeibataillon I/1 in Prag, beim Polizeiregiment Süd der Einsatzgruppe Süd des SD

nach 1945: Leiter eines Polizeiabschnitts in Lüneburg

Lischka, Kurt

vor 1945: SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, NSDAP (Nr. 4 583 185), SS (Nr. 195 590), leitete im Auftrage Himmlers die „Untersuchungen“ gegen die Hitlergegner vom 20. Juli 1944

nach 1945: Prokurist eines großen Unternehmens in Köln

Marbach, Hubert

vor 1945: Adjutant und Kompanieführer bei Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes, so beim SS-Polizeiregiment 2

nach 1945: Leiter der Landespolizeischule in Bonn

Maurer, Karl

vor 1945: Major der Schutzpolizei, SS-Sturmabführer beim Chef der „Bandenkampf-Verbände“

nach 1945: Polizeirat in Hamburg

Meier, Paulus

vor 1945: Bataillonskommandeur des durch seine Massenmorde berüchtigten 9. Polizeibataillons und des II. SS-Polizeiregiments 14; Major der Polizei

nach 1945: Polizeirat in Bonn

Mengele, Josef, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, SS-Lagerarzt in Buchenwald und Auschwitz. Mengele war in den genannten Konzentrationslagern an Selektionen und medizinischen Experimenten maßgeblich beteiligt

nach 1945: Nachdem er viele Jahre in Westdeutschland unbehelligt lebte, konnte er sich einer Bestrafung rechtzeitig durch die Flucht in einen südamerikanischen Staat entziehen

Menke, Josef, Dr.

vor 1945: SS-Sturmabführer in der Reichsführung SS, Mitarbeiter im Hauptamt der Sicherheitspolizei; Mitglied der NSDAP seit 1933 und SA-Führer

nach 1945: Kriminaloberrat und Leiter der Kripo in Dortmund

Merveldt, Gisbert, Graf von

vor 1945: Major der Schutzpolizei und Offizier beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Ukraine in Luzk, Förderer der SA und SS

nach 1945: Leiter der Landespolizeischule von Rheinland-Pfalz

Messer, Hermann

vor 1945: Bez.-Hauptmann der Gendarmerie, Angehöriger des Gendarmerie-Einsatzkommandos Charkow, zuletzt SS- und Polizei-Gebietsführer in Geifin. NSDAP seit 1. Mai 1933

nach 1945: Polizeihauptkommissar bei der Polizeiverwaltung Stuttgart

Methfessel, Fritz

vor 1945: SS-Führer und Gestapo-Beamter, mißhandelte während des Krieges alliierte Flieger

nach 1945: Vom amerikanischen Militärgericht zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, dessenungeachtet Leiter der Kriminalpolizei in Grewen-Ems

Metschullat, Herbert

vor 1945: SS-Sturmführer, II. SS-Polizeiregiment 10

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Miethe, Erhard

vor 1945: Als Hauptmann der Schutzpolizei im Osteinsatz. Seine Stammeinheit war die Polizeiverwaltung Essen

nach 1945: Leiter eines Polizeireviers in Reutlingen

Müller, Balduin

vor 1945: Angehöriger des Stabes beim SS-Polizeigebietsführer Lodz, Mitglied der NSDAP und der SS (Nr. 344 999)

nach 1945: Polizeimeister in Düsseldorf

Müller, Eugen

vor 1945: Bez.-Ltn. der Gendarmerie, Gendarmerie-Abteilungsführer im Kreis Ilkenau im Reg.-Bez. Kattowitz; 1943 im Bereich des „Höheren SS- und Polizeiführers Rußland-Süd und Ukraine“ eingesetzt

nach 1945: Polizeioberkommissar in Freudenstadt

Nägele, Friedrich

vor 1945: SS-Sturmbannführer, NSDAP von 1922 bis 1923, Wiedereintritt am 1. Mai 1937 (Nr. 5 021 878); 1942 SS- und Polizei-Gebietsführer in Kaukasien (Pjatigorsk); 1944 Adjutant im Stab des Kommandeurs der Ordnungspolizei für die Operationszone Alpenvorland

nach 1945: Leitender Beamter im Polizeipräsidium Stuttgart

Neher, Konstantin

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie und Leiter eines Einsatzkommandos im Osten. Im November 1944 Angehöriger der 30. Waffen-SS-Grenadierdivision

nach 1945: Polizeioberkommissar im Landespolizeikreiskommissariat des Regierungspräsidenten in Württemberg

Noack, Egon

vor 1945: Im Dienstbereich des Reichssicherheitshauptamtes tätig, Angehöriger einer Einsatzgruppe

nach 1945: Kriminaloberkommissar in Kiel

Obstfelder, Kurt

vor 1945: Kommandoführer der Feldgendarmerie

nach 1945: Wegen seiner Kriegsverbrechen unter der Zivilbevölkerung der UdSSR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Polizeichef von Hannover

Ochs, Josef, Dr.

vor 1945: Kriminalkommissar im Reichssicherheitshauptamt, SS-Obersturmführer

nach 1945: Kriminalrat im Bundeskriminalamt

Odewald, Walter

vor 1945: SS-Sturmbannführer, seit 1937 Führungsstab des SD in Paris und Prag

nach 1945: Oberregierungsrat im niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz

Oehl, Gerhard

vor 1945: SA-Obersturmführer, Hilfs-offizier beim Kommandeur der Gendarmerie in Simferopol/Krim und Leiter der Gendarmerie-Hauptmannschaft an der Adriaküste

nach 1945: Polizei-Obermeister in Stuttgart

Olbrich, Erhard

vor 1945: SS-Obersturmbannführer; Chef des Stabes beim Befehlshaber der Ordnungspolizei, SS-General Daluge; Organisator des faschistischen Terrors im okkupierten Ungarn

nach 1945: Major im Polizeipräsidium Mannheim

Opitz, Paul

vor 1945: Kriminal- und Oberregierungsrat im Amt IV/E1 (Gestapo) des Reichs-

Leipzig, den 5. Sept. 1944

Besprechungs - Niederschrift

17 Lieferfertigkeiten
Geh. Kommandofache

4 Lieferfertigkeiten

Betr.: L e i p z i g

Besichtigung der gesamten Anlagen in Ober-, Erdgeschoss
und Kellern am 4.9.1944

Anwesend: Vom Ing.-Büro Goels/Go. - Dipl.-Ing. Lübke,
Archit. Pander,
Baumeist. Dieck,
Archit. Bössler,
" Vollmer,
Ing. Hill.

Von A 7 0

- Obering. Schmidtke,
" Goels,
Ing. Steinbach,
Ing. Kohlhaas.

Vorweg sei erwähnt, dass die Arbeiten nunmehr auf breiterster Front sichtbare Fortschritte machen. In der Reihenfolge der durchgeführten Besichtigung sind folgende Punkte festzuhalten:

1. Wohnlager Leutzsch

Festgelegt wurde, dass das Lager unterteilt wird für

- a) 1000 Ex-Männer,
- b) 1000 Ex-Frauen,
- c) 500 Ausländer.

Eine Holzbaracke war bereits erstellt,
drei weitere werden im Laufe der Woche stehen,
die übrigen Baracken werden in Mauerwerk erstellt und so beschleunigt,
dass die jetzt in Kellern untergebrachten Ex-Häftlinge allerschnellstens nach oben kommen, da das Leben für die kalte Jahreszeit unmöglich ist.
80% der Ex-Häftlinge leiden unter starkem Durchfall.

Die Splitterschutzgräben werden entsprechend unserem Vorschlag ausserhalb der Wohnbaracken erstellt. Dies bedingt zusätzlichen Geländeerwerb.

2. Wohnlager Heulberge

Pachtgelände wurde besichtigt. Es wird alles daran gesetzt, dass dieses für die Unterbringung von deutschen GfA vorgesehene Wohnlager mit Fertigstellung der ersten Fertigungsstätte bezogen werden kann.

In beiden Wohnlagern können nur Treckenaborte zur Aufstellung.

3. Gelände am Aufzug 1

Der Lageplan B 1196 wurde vorgelegt und festgehalten, dass Bau 23 (Versand) auf eine Länge von 60 m in Mauerwerk auf alle Fälle zur Verfügung steht wenn Fertigung anläuft.

Um die Kassenhöhe nicht auffüllen zu müssen, schlägt Herr Lübke vor, ein Kellergeschoss unter dem Bau zu schaffen, der als Garderoben- und Waschräume ausgebaut wird.

Die übrigen Bauten und Anlagen werden wie von uns vorgeschlagen gutgeheissen und durchgeführt.

[illegible]

unter Bezugnahme auf unser gestriges Telefongespräch erlaube ich mir, inliegend die gewünschten Ausführungen zu übermitteln. Sollten Sie irgendwelche Ergänzungen oder Änderungen wünschen, stehe ich gern zur Verfügung. Die Anlage 2 ist provisorisch auf das Jahr 1940/1941 ergänzt, wobei die ausserdeutschen Zahlen des Jahres 1941 nur als geschätzt zu werten sind.

Ich bin Ihnen für die tatkräftige Unterstützung, die Sie dieser Angelegenheit widmen, sehr verbunden.

Mit bester Empfehlung

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Curbing

Anlagen

- 2 -

Unser Ausbauprogramm hat den Anforderungen, die vom Reichswirtschaftsministerium, dem Oberkommando der Wehrmacht und dem Amt für den Vierjahresplan an uns gestellt wurden, entsprochen. Mit Rücksicht auf den grossen Stromverbrauch der Aluminiumhütten - im Jahr 1940 beläuft sich dieser auf knapp 6 Milliarden kWh - waren dieser Ausbauplanung gewisse Grenzen gezogen durch die deutsche Stromversorgungslage bzw. durch die beschränkten Möglichkeiten der rechtzeitigen Errichtung neuer Kraftwerke.

Im Interesse einer durch die militärische Entwicklung erforderlichen schnellen Erhöhung der Aluminiumproduktion wurden wirtschaftliche Rücksichten weitgehend zurückgestellt und die neuen Werke unter Beachtung der wehrpolitischen Gesichtspunkte dort errichtet, wo Strom und Dampf rechtzeitig beschafft werden konnten. So ist die an sich bedauerliche Tatsache zu erklären, dass heute 78% unserer Produktion auf Kohlenstrom basiert und nur ca. 22% mit Wasserkraft betrieben wird, während in der ganzen übrigen Welt die Aluminiumherzeugung fast ganz auf billigen Wasserkraften beruht.

Um nun auch diese Anlagen mit ausreichendem Rohstoff, auch für einen Kriegsfall, zu versorgen, haben wir trotz der damit verbundenen grossen finanziellen Belastung seit 1933 jährlich so viel mehr Bauxit nach Deutschland gebracht, dass wir bei Kriegsbeginn über einen Vorrat von nahezu 1 Million t verfügten, ausreichend für eine Produktion von 250.000 t Aluminium.

Name	Vorname	Geburtsdatum	Nationalität	Beruf	Todesdatum	Todesursache
1. Anapolowa	Sina-Ida	4. 4. 1944	UdSSR	Kind	29. 8. 1944	Schlafgasintoxikation
2. Amerina	Farnaka	10. 3. 1901	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zertrümmerung d. Schädels, beider Beine und der Arme
3. Agarkow	Wassili	20. 2. 1920	"	Arbeiter	15. 3. 1945	Schädelbruch
4. Artemow	Wassili	15. 3. 1920	"	Arbeiter	15. 3. 1945	Schädelbruch
5. Andrejewa	Sofja	7. 5. 1918	"	Arbeiterin	15. 3. 1945	Erstickung
6. Ankin	Fedor	10. 3. 1913	"	Arbeiter	15. 3. 1945	Erstickung
7. Bannij	Peter	8. 2. 1924	"	Hilfsarbeiter	8. 4. 1944	Lungentuberkulose
8. Bojewa	Waldemar	15. 7. 1902	"	Hilfsarbeiter	22. 6. 1944	Selbstmord durch Überfahrenlassen d. d. Bergseilbahn
9. Baikow	Wassili	3. 3. 1891	"	Arbeiter	12. 9. 1944	Zertrümmerung d. Schädels u. d. rechten Unterschenkels
10. Bogusowa	Waria	19. 3. 1872	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zertrümmerung des Schädels
11. Belona	Wadeschdn	5. 3. 1925	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zerquetschung d. rechten Armes u. d. linken Unterschenkels
12. Balalina	Wario	9. 3. 1892	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zertrümmerung des Schädels und beider Beine
13. Basowa	Nastasija	5. 3. 1922	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zerquetschung des Kopfes, des Brustkorbes u. beider Unterschenkel
14. Baikowa	Fraskowja	10. 10. 1891	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zertrümmerung beider Unterschenkel
15. Basowa	Natolin	26. 6. 1926	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Quetschung d. Brustkorbes u. d. linken Beines
16. Burejko	Linn	1. 6. 1928	"	Arbeiterin	12. 9. 1944	Zertrümmerung d. Schädels und beider Unterschenkel
17. Bodamenkowa	Anna	10. 6. 1889	"	Arbeiterin	6. 1. 1945	Lungentuberkulose
18. Biloschanka	Sergel	1892	"	Arbeiter	15. 3. 1945	Schädelbasisbruch
19. Brjanow	Sidor	10. 2. 1897	"	Arbeiter	23. 3. 1945	Herzleiden

Standesamt

Rat der Stadt Lauter

IX

Name	Vorname	Geburtsdatum	Nationalität	Beruf	Todesdatum	Todesursache
1. Bujakow	Paul	6. 11. 1900	Frankreich	Schmied	3. 3. 1944	wegen Widerstand von einem Gendarmen erschossen
2. Collin	Louis	20. 10. 1916	"	Bücher	12. 9. 1944	Innere Schussverletzung
3. Cappel	Constant	18. 11. 1911	"	Betriebsarbeiter	3. 3. 1945	Brustquetschung, Erstickung
4. Jowanin	Pierre	3. 12. 1913	"	Arbeiter	12. 9. 1944	Zertrümmerung d. link. Beins
5. Lescaudin	Jean	23. 10. 1921	"	Betriebsarbeiter	22. 3. 1943	d. Explosion eines Ofens Verbrennung d. ganzen Körpers bis zur Verkohlung
6. Lallemand	Roger	11. 10. 1910	"	Kaufmann	12. 9. 1944	Schädelbasisbruch
7. Masson	Rene	28. 12. 1916	"	Mechaniker	9. 4. 1944	doppelseitige Lungenentzündung
8. Tournet	Georges	17. 6. 1917	"	Autoschlosser	2. 4. 1944	Lungenentzündung
9. Bonetti	Emilio	16. 12. 1923	Italien	Betriebsarbeiter	3. 3. 1945	Erstickung
10. Curcurutu	Gnofrio	8. 11. 1919	"	Arbeiter	12. 9. 1944	Zertrümmerung des Schädels Zermalmung d. Beines u. der Beine
11. Dell'Arto	Vito	11. 11. 1915	"	Betriebsarbeiter	16. 1. 1945	Verbrennung
12. Tomosini	Domeniko	10. 1. 1921	"	Betriebsarbeiter	3. 3. 1945	Schädelbruch
13. Giannaso	Maurice	15. 10. 1917	Belgien	Arbeiter	26. 9. 1943	Lungenentzündung
14. Joassin	Marcel	17. 2. 1923	"	Arbeiter	19. 4. 1943	Doppelte Lungenentzündung
15. Simons	Rene	6. 8. 1908	"	Zimmermann	15. 3. 1945	Schädel- u. Brustquetschung
16. Jurkiew	Iwan	1. 5. 1910	Ukrainer	Bauer	23. 6. 1943	Lungentuberkulose-Herzschwäche
17. Landjak Dimitre		9. 7. 1913	"	Arbeiter	30. 12. 1942	Lungentuberkulose
18. Taisa	Litunowskaja	25. 2. 1925	"	Hilfsarbeiterin	4. 7. 1944	Blutvergiftung (Sepsis)
19. Serdiuk	Iwan	1923	"	Arbeiter	22. 9. 1942	schwerer Herzfehler
20. Timorenko	Gregory	1925	"	Arbeiter	30. 12. 1942	Lungenentzündung
21. Iwanowas	Stephan	27. 12. 1923	Litauen	Bauarbeiter	3. 3. 1945	Erstickung
22. Lukschys	Henrikas	10. 5. 1923	"	Bauarbeiter	3. 3. 1945	Erstickung
23. Morozas	Waclov	15. 3. 1924	"	Bauarbeiter	3. 3. 1945	Erstickung
24. Macululeficius Jonas		1. 6. 1912	"	Arbeiter	7. 4. 1945	Lungentuberkulose

Standesamt

Rat der Stadt Lauter

L.II. E 1 -

Stettin, den 1.1.1940.

- 1.) L II
- 2.) V. zur Kenntnis vorgelegt.
- 3.) Kanzlei zur Beilegung der Verfügung auf Blatt 3 Rückseite.
- 4.) Wvll bei II E 1 -

Abtlg. II E 1 - 5538/39 . 3958/40
und 3961/40.

Stettin, den 9.1.1940.

- 1.) Vermerk: Auf Anordnung des Leiters in der Dienstbesprechung der Dienststellenleiter am 22.8.40 ist für die Zukunft für die Bearbeitung und Überwachung des Arbeitseinsatzes in Peenemünde und Carlshagen das GPK. in Swinemünde zuständig. GPK. Swinemünde wurde über alle gehalten Besprechungen und Unterredungen mit den zuständigen Behörden unterrichtet, und in Kenntnis gesetzt, dass in der weiteren Bearbeitung des Vorgangs besonders auf die Herren Mahs und Lübke zurückgegriffen werden kann. Beide haben sich als vertrauenswürdig erwiesen.
Der Sachbearbeiter der hiesigen Dienststelle für Peenemünde - K.O.Ass. - hat Kenntnis, dass hier ein Vorgang vorliegt.
Der Vorgang selbst ist für die weitere Bearbeitung bedeutungslos und wird daher nicht mehr benötigt.

//

- 2.) Registratur zur Zusammenziehung obiger Tgb. Nummern.
- 3.) Zu den Akten bei Registr. II weglegen.

I. A.

Q. d. B. 1. 2

DOCUMENT No. 51 - 8795

Z.A.- Buero - 1. Okt. 1938.

Telegramm

30. September 1938.

An den Fuehrer und Reichszkanzler Adolf H i t l e r

B e r l i n

Unter dem Eindruck der von Ihnen beim Fuehrer erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich stellt Ihnen die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zur Verwendung fuer das sudetendeutsche Gebiet einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfuegung.

Hermann J o h n n i s

Herrn Geheimrat Schmitz

Herrn Dr. Illner

Direktionsabteilung

Z.A.- Buero , Frankfurt a.M.



2 originalen zgodny

Johann
Jon Sohn

/Tom I.G.d.*51. k. 26 akt procesu
w sprawie I.G. Farbenindustrie/..

Der Reichskommissar für das Ostland
Abt. Finanzen H 4756 - 29 -
Tb. Nr. 1409/42 d

Riga, den 27. Aug. 1942

GEHEIM

An die
Herrn Generalkommissare
in Riga / Kaunas / Minsk

Betr. Verwaltung der jüdischen Ghettos.
Anlage: ... Nebensache für die beteiligten Gebietskommissare.

In Riga, Kaunas, Wilna und Minsk sind größere jüdische Ghettos errichtet, an einigen anderen Plätzen (Mits von Gebietskommissaren) kleinere. Die Verwaltung der Ghettos ist nicht einheitlich geregelt. Ungeklärt ist insbesondere auch die finanzielle Trägerschaft.

2. Gegenstand der Vermögensverwaltung ist hiernach in erster Linie das vorhandene Mobiliärvorhanden. Hierzu tritt die Ausnutzung der Arbeitskraft der Juden, die insoweit als angefallenes Vermögen gilt.

Die Vermögensverwaltung ist durch den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete den Finanzabteilungen übertragen, die diese Aufgabe unmittelbar oder über die Stadt- und Gebietskommissare erfüllen.

3. Bei der Veränderung von Gegenständen ist der Gegenwert unverschiedlich der zuständigen Zuteilung zuzuführen. Die Einnahmen fließen dem Einzelplan Finanzverwaltung der Haushalte des Reichskommissars zu. Die Errichtung von Sonderkonten ist unzulässig.

4. Die Nutzung der Arbeitskraft der Juden geht in keinerlei Form vor sich
a) durch Vermietung an öffentliche oder private Arbeitgeber,
b) durch Betrieb von Vorräthen (Höfgebäude).

In Auftrag
ges. Dr. Violon.

Beleuchtet:

Regierungsinspektor.

Abschrift:

Riga, den 16. Juli

Der Reichskommissar
für das Ostland.

II Fin - H 1356-114

GEHEIM

An den

Höheren SS- und Polizeiführer Ostland
SS-Wirtschafts-

Riga
Pienkauerstr. 2

Betr. Ablieferung von Wertgegenständen aus jüdischen Besitz.

Anlagen: 3.

In der Anlage überreiche ich die Abschrift eines Schreibens des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD Ostland vom 30.4.43 - Abt. II C 1 a - Tgb. Nr. 87/43 g und die Abschrift eines Schreibens des Befehlhabers der Sicherheitspolizei und des SD Ostland vom 16.6.43 - II C 1 a - Tgb. Nr. 1142/43.

Die genannten Schreiben gehen davon aus, dass Wertgegenstände aus jüdischem Vermögen, insbesondere aber Goldmünzen nicht an den Reichskommissar für das Ostland, Abt. Finanzen abzuliefern seien. Der Erlass des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes vom 22.6.43 - Chef A/Pr/B/87/85/82 Tgb. Nr. 1612/43 g - den ich in Abschrift von Abt. schrift beilege, vertritt demgegenüber die eindeutige Regelung, dass sämtliche Wertgegenstände aus jüdischem Besitz an den zuständigen Reichskommissar abzuliefern sind, er nimmt die Goldmünzen von der Ablieferungspflicht nicht aus. Ich bitte, Ihre Dienststellen entsprechend zu veranlassen. Wie mir der Generalkommissar in Riga berichtet, wurde auch von SD in Riga bisher die Ansicht vertreten, dass Goldmünzen nicht an den Reichskommissar abzuliefern seien.

Ich bitte mir zu bestätigen, dass nunmehr auf Grund der neuen Anweisung des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes vom 22.6.43 verfahren werden wird.

In Auftrag:

ges. Dr. Violon.

Der Reichskommissar
für das Ostland

Abteilung II
Verwaltung
Geheim-Tgb. Nr. 260
Riga, 31. Juli 1943

II Fin./26/43 g

GEHEIM
Geheim!

Betr. Zusammenfassung der Juden
in Konzentrationslagern
1 Anlage

Datierung: 31.7.43
Nr. 1103
Bilgen: 4

Der Reichsführer SS hat unter dem 21. Juni 1943 angeordnet, daß alle im Gebiet Ostland noch in Ghettos vorhandenen Juden in Konzentrationslagern zusammenzufassen sind. Abschrift der Weisung des Reichsführers SS vom 21. Juni 1943 lege ich bei. In wiederholten Besprechungen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer für das Ostland wurde festgelegt, daß solche Arbeiten, deren Fertigung nicht in große Konzentrationslager verlegbar ist, in kleinen Konzentrationslagern zusammengefaßt werden. So wird z.B. ein kleiner Teil des bisherigen Rigaer Ghettos voraussichtlich zu einem Konzentrationslager umgestaltet, in dem Werkstättenbetriebe wehrwichtige Aufträge erledigen. Daneben werden die bisher für die Dienststellen des Generalkommissars und Reichskommissars unterhaltenen Werkstätten, z.B. die Uniformschneiderei, Anfertigung von Verdunkelungsvorrichtungen für Dienst- und Wohnräume usw. usw. in dieses KZ verlegt. Die Leitung dieses zu errichtenden KZ's soll nach meinem Wunsch vom Generalkommissar Riga übernommen werden, die sicherheitspolizeilichen Aufgaben werden selbstverständlich von den Polizeidienststellen wahrgenommen, der finanzielle Ertrag soll, wie bisher, meinem Haushalt zufließen. Endgültige Vereinbarungen liegen hierüber aber noch nicht vor.

Ich

Herrn
Generalkommissar
in Reval

Ich empfehle Ihnen, sich mit den zuständigen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD sofort ins Benehmen zu setzen und gegebenenfalls ähnliche Maßnahmen beschleunigt durchzuführen, falls hierfür ein Bedürfnis vorliegt.

Über die Neugestaltung bitte ich mir zum 1. Oktober 1943 zu berichten.

Im Auftrag

gez. Dr. Vislon



Beglaubigt:
[Signature]
Reichsangehöriger.

sicherheitshauptamtes, seit 1934 Mitarbeiter von Gestapo-Dienststellen
 nach 1945: Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln

Ottersbach, Arnold, Dr.

vor 1945: Regierungsdirektor, Referent für die Reichsverteidigung und Sachbearbeiter des Reichsverteidigungskommissars für den Bereich des Wehrkreises VI in München, NSDAP (Nr. 5 410 609) seit 1. Mai 1937
 nach 1945: Stellv. Leiter der Landespolizeibehörde Münster

Papenkort, Willi

vor 1945: Major der Schutzpolizei und Sturmbannführer der SS, Mitglied der NSDAP (Nr. 206 471), SS (Nr. 313 915). Mitschuldig an Judenerschießungen in der Sowjetunion
 nach 1945: Hauptmann bei der Polizei in Essen (Siehe Tafel 19)

Paulat, Bodo

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei, Dienst beim berüchtigten Polizeibataillon 251, welches u. a. im März 1941 in Norwegen stationiert war
 nach 1945: Polizeihauptkommissar und Leiter des Polizeiabschnittes Gaudeshain

Peiper, Joachim

vor 1945: Obersturmbannführer der SS (Nr. 132 496) und der Waffen-SS, verantwortlich für die Niederbrennung des Ortes Boves in Italien, die er als Kommandeur eines Panzer-Regiments der SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ befahl, und für die Ermordung von 71 unbewaffneten amerikanischen Kriegsgefangenen im Dezember 1944 südöstlich von Malmedy
 nach 1945: Von einem amerikanischen Militärgericht nach 1945 zum Tode verurteilt, später zu 25 Jahren Zuchthaus begnadigt und 1956 entlassen. Zunächst tätig in den Porsche-Werken. Zuletzt war er Werbeschef eines VW-Autohauses in Reutlingen

Poethke, Herbert

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Oberleutnant der Schutzpolizei. 1941 bei einem Einsatzkommando im Osten
 nach 1945: Polizeioberkommissar in Mönchen-Gladbach

Pötke, Karl

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei und SS-Führer z. b. V.; Führer des II. SS-

Polizeibataillons 16 und Regimentskommandeur in der Gruppe SS-Polizei-Ost
 nach 1945: Polizeirat und Leiter des Kommandos Ia der Schutzpolizei in Hamburg

Preckel, Erich

vor 1945: SS-Sturmbannführer bei der Gestapo
 nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Opladen, im Mai 1965 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet

Priller, Franz

vor 1945: Kommandoführer des SD im Distrikt Radom, Außenstelle Kielce; Mitglied der NSDAP und der SS, tätig beim sog. SS-Hilfswerk im KZ-Dachau; SD-Beauftragter bei der Annexion Österreichs und Mitarbeiter der Gestapo in Oppeln
 nach 1945: Leiter eines Kommandos der bayerischen Grenzpolizei

Pruss, Hans

vor 1945: Major der Schutzpolizei, SS-Sturmbannführer, Offizier in einer SS-Polizeidivision als Ordonnanzoffizier; Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1933 (Nr. 2 955 038), SS (Nr. 450 691)
 nach 1945: Polizeioberrat und Vertreter des Kommandeurs der Polizeiinspektion Hildesheim

Puchta, Adolf

vor 1945: SS-Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, Leiter eines SS-Einsatzkommandos in Norwegen, später in der Sowjetunion, seit 1931 Führer der NSDAP
 nach 1945: Referent im Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern

Rabe, Karl-Hermann

vor 1945: SS-Obersturmbannführer, Leiter eines SS-Einsatzkommandos der Einsatzgruppe B (134 000 Menschen ermordet) und des Einsatzkommandos 7b (4000 Männer, Frauen und Kinder ermordet), NSDAP (Nr. 259 544), SS (Nr. 54 628)
 nach 1945: Erst jetzt wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren in Hamburg eingeleitet (Siehe Tafel 20)

Rath, Karl

vor 1945: SS-Obersturmführer, Angehöriger des Einsatzkommandos 9
 nach 1945: In Westdeutschland wohnhaft. Wurde erst 1965 von der westdeutschen Staatsanwaltschaft festgenommen

Rapp, Albert, Dr.

vor 1945: SS-Standartenführer, Regierungsrat und Mitarbeiter des SD, seit 1. November 1931 NSDAP (Nr. 774 433), seit 1936 SS (Nr. 280 341). Führer des Einsatzkommandos 7c der Einsatzgruppe B in der Sowjetunion (3000 Juden ermordet), Inspekteur der Sipo und des SD im Wehrkreis XI in Braunschweig. 1944 im Reichssicherheitshauptamt, Amt VI, Gruppenleiter C
nach 1945: Erst 1965 wurde gegen Rapp ein Verfahren eingeleitet

Reinhard, Hellmuth

vor 1945: Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, verantwortlich für die Deportation und den Tod von insgesamt 690 norwegischen Juden, die er als leitender Mitarbeiter der Gestapostelle Oslo veranlaßte; NSDAP (Nr. 2382157), SS (Nr. 121174)
nach 1945: Unter seinem früheren Namen Patschke Redakteur und Chefredakteur, schließlich Verlagsleiter in Baden-Baden. Erst im Dezember 1964 wurde er verhaftet

Remold, Josef

vor 1945: Regimentskommandeur und SS- und Polizei-Gebietsführer
nach 1945: Präsident der Bayerischen Bereitschaftspolizei

Rheindorf, Konrad

vor 1945: Oberstleutnant, Ia-Offizier beim Stab des SS-Polizei-Regiments 26, 1943 SS- und Polizei-Gebietsführer in Krakau und Lublin
nach 1945: Stellvertretender Leiter der Landespolizeidirektion Schwaben

Riedel, Fritz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Feldgendarmerieführer in Lettland
nach 1945: Kriminalkommissar in München

Riese, Werner

vor 1945: Taktik-Offizier bei SS-Einsatzgruppen, Polizeimajor
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Röhl, Friedrich

vor 1945: Zuletzt Hauptmann der Gendarmerie. Befehlshaber der Ordnungspolizei, ab Januar 1943 beim BdO in Riga, NSDAP seit dem 1. Mai 1937
nach 1945: Stellv. Leiter der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz

Rösch, Heinrich

vor 1945: Bezirkshauptmann der Gendarmerie, 1941 als Gendarmerie-Kreisführer in Grodno, Bez. Bialystok, tätig. 1943 beim Kommandeur der Ordnungspolizei in Marseille und 1944 bei der Gendarmerie-Einsatzabteilung in Thorn
nach 1945: Leiter der Gendarmerie im Kreis Pirmasens. Seit August 1964 Gendarmerieamtmann im Ruhestand

Rohlf, Willi

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie, 1942 im Polizeiregiment 17 in der Sowjetunion gewütet
nach 1945: Polizeihauptkommissar, Leiter eines Polizeiabschnittes der Polizeiinspektion Rotenburg

Rosendahl, Johannes

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie und Hauptsturmführer der SS
nach 1945: Polizeihauptkommissar und Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Lüchow-Dannenberg (Siehe Tafel 20)

Rottach, Josef

vor 1945: SS-Obersturmführer in der SS-Standarte „Der Führer“
nach 1945: Polizeiobermeister in Speyer

Rutz, Horst

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, im ukrainischen Schutzmannschafts-Bataillon 61 sowie im Schutzmannschafts-Regiment 57 SS- und Polizei-Gebietsführer
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Sandberger, Martin, Dr.

vor 1945: SS-Standartenführer, stellv. Gruppenleiter im Amt I/E des Reichssicherheitshauptamtes, NSDAP seit 1. November 1931 (Nr. 774 980), SS (Nr. 272 495), Leiter des Einsatzkommandos 1a der Einsatzgruppe A, im Dezember 1941 Kommandeur der Sipo und des SD in Estland
nach 1945: Das 1948 ausgesprochene Todesurteil wurde nicht vollstreckt. Sandberger wurde begnadigt und aus der Haft entlassen

Schäfer, Eugen

vor 1945: Angehöriger der Gestapo Meissen und von Einsatzgruppen des SD
nach 1945: Kriminaloberkommissar in Cuxhaven

Schäfer, Johannes Robert

vor 1945: SS-Untersturmführer im Reichssicherheitshauptamt, Kripo-Leitstelle Köln

nach 1945: Kriminalkommissar in Wiesbaden

Schaefer, Oswald, Dr.

vor 1945: Kriminaldirektor und SS-Obersturmbannführer, Leiter der Gestapo-Leitstelle München und Nachfolger von Wiebens in der Leitung des Einsatzkommandos 9 (6500 Männer, Frauen und Kinder ermordet)

nach 1945: Schaefer und Wiebens wurden für diese Verbrechen bisher nicht bestraft. Oswald Schaefer stand 1951 und 1954 wegen anderer Verbrechen aus seiner Gestapo-Zeit vor Gericht. Einmal erhielt er 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung 1 Jahres Untersuchungshaft, beim zweiten Mal wurde er wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen

Schattburg, Wolfgang

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei und zeitweise Beisitzer des SS- und Polizeigerichts III in Prag; SS-Hauptsturmführer (Nr. 311 870), SS- und Polizei-Gebietsführer in der Ukraine

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Scharf, Walter

vor 1945: SS-Sturmbannführer und Polizeidirektor

nach 1945: Leiter der Abteilung III (Staatsschutz) im Landeskriminalamt Hessen

Schaub, Julius

vor 1945: SS-Obergruppenführer und Adjutant Hitlers, Mitglied der NSDAP (Nr. 81) seit 1923 und der SS (Nr. 7)

nach 1945: Lebt in Westdeutschland als Drogist, 1949 von der Anklage wegen Beihilfe zum Mord „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen

Scheffler, Herbert

vor 1945: Nachrichtenoffizier im Reichssicherheitshauptamt, 1941 beim Beauftragten des Reichsführers-SS für die Errichtung von SS- und Polizeistützpunkten im neuen Ostraum

nach 1945: Polizeirat in Hilstrup

Schindhelm, Hans Gerhard

vor 1945: NSDAP seit 1. Mai 1931 (Nr.

242 706), SS (Nr. 353 427). Nach Bradfisch und Richter übernahm er den Befehl über das Einsatzkommando 8 in Mogilew

nach 1945: Im Juli 1961 fand der Prozeß gegen den Leiter des Einsatzkommandos 8, Dr. Otto Bradfisch, statt, der wegen Beihilfe zum Mord in 15 000 Fällen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, während Schindhelm unbehelligt blieb

Schlieffe, Waldemar

vor 1945: Angehöriger von SS-Einsatzkommandos

nach 1945: Wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, später zu 25 Jahren Freiheitsentzug begnadigt. 1953 vorfristig entlassen, Polizeihauptkommissar in Hof

Schloemp, Georg

vor 1945: Oberleutnant der Feldgendarmerie und SS-Untersturmführer (Nr. 424 361)

nach 1945: Polizeihauptkommissar bei der Polizeidirektion in Hamburg

Schlör, K. H.

vor 1945: SS-Sturmführer, Adjutant des Abschnittskommandanten „Reichswerke Hermann Göring“

nach 1945: Hauptkommissar und stellv. Leiter der Polizeidirektion Neumünster

Schmidle, Adolf

vor 1945: Major, Stabsoffizier beim Höheren SS- und Polizeiführer Hannover, Mitglied der NSDAP

nach 1945: Polizeirat in Düsseldorf

Scholz, Herbert

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Major der Schutzpolizei; NSDAP (Nr. 2 840 674), SS (Nr. 308 265); SS- und Polizei-Gebietsführer in Norwegen und in Den Haag

nach 1945: Polizeidirektor in Augsburg

Schüler, Walter

vor 1945: Offizier bei SD-Einsatzkommandos in Polen

nach 1945: Vom polnischen Militärgericht verurteilt, 1953 entlassen, Polizeikommissar in Ansbach

Schuler, Anton

vor 1945: 1935 Absolvent der SS-Junkerschule in Braunschweig, Major der Schutzpolizei und SS-Sturmbannführer, NSDAP (Nr. 1 232 958), SS (Nr. 87 344)

nach 1945: Polizeioberkommissar in Süd-Baden

Schulz, Erwin

vor 1945: SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, Leiter des Amtes I im Reichssicherheitshauptamt, 1941 Leiter des SS-Einsatzkommandos 5 der Einsatzgruppe C

nach 1945: Kaufm. Angestellter in Bremen

Schulze, Albert

vor 1945: Angehöriger der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ und der Bewachungsmannschaft des KZ Sachsenhausen; Einsatz in der „Bandenbekämpfung“ innerhalb einer SS-Brigade

nach 1945: Regierungsamtmann im Verwaltungsamt der hessischen Landespolizei in Wiesbaden

Schwerdt, Otto

vor 1945: SS-Obersturmführer, seit 1942 dem „Sonderverband Friedenthal“ zugehörig, ging er im Dezember 1943 nach Kopenhagen. Er organisierte den Terror gegen die dänische Widerstandsbewegung, führte die von SS-Obergruppenführer Dr. Best angeordneten Morde an dänischen Patrioten, u. a. an Kaj Munk aus (Vgl. Dr. Best, Seite 67)

nach 1945: Nach einem Gerichtsverfahren 1948 in Kopenhagen tauchte er in Westdeutschland unter

Seibert, Willi

vor 1945: Standartenführer und stellv. Chef des Amtes III des Reichssicherheitshauptamtes, Leitender Offizier in der SS-Einsatzgruppe D in der Sowjetunion, NSDAP seit 27. April 1933 (Nr. 1 886 112), SS (Nr. 272 375)

nach 1945: Seibert wurde zum Tode verurteilt, später begnadigt und 1955 entlassen

Settels, Franz

vor 1945: SS-Sturmabführer im SD-Hauptamt, seit 1934 bei der Gestapo

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Leverkusen

Siemers, Otto

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei und Adjutant beim Polizeipräsidenten im besetzten Posen (Poznan)

nach 1945: Polizeirat und Führer der Funkstreifenzentrale in Hamburg

Sinnhuber, Fritz

vor 1945: SS-Sturmabführer (Nr. 393 357) im Hauptamt der Ordnungspolizei Berlin, SS-Gerichtsoffizier

nach 1945: stellv. Leiter der Polizeischule Schleswig-Holstein

Smeets, Wilhelm

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Dienststellen Köln und Klagenfurt, Lehrgangsteilnehmer der SS-Führerschule, Mitglied der NSDAP seit 1926, der SS seit 1931

nach 1945: Oberkreisdirektor und Leiter der Kreispolizeibehörde Kleve

Stadie, Paul

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei und SS-Obersturmführer, während des Krieges als „Feldjäger“ tätig

nach 1945: Polizeihauptkommissar der Polizeidirektion Hamburg

Steimle, Eugen Karl

vor 1945: SS-Obersturmbannführer, Mitarbeiter des Amtes IV/B (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes, Mitglied der NSDAP (Nr. 1 075 555), Führer des SD-Leitabschnittes Stuttgart, 1941 Leiter des Sonderkommandos 7a der Einsatzgruppe B, 1942 Leiter des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C

nach 1945: Steimle wurde wie viele andere Einsatzgruppen- und Einsatzkommandoleiter zum Tode verurteilt. 1951 begnadigt und kurz darauf entlassen

Stratmann, Johannes

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie und Führer eines motorisierten Feldgendarmerietrupps in der Sowjetunion

nach 1945: Polizeihauptkommissar im Landkreis Norden in Niedersachsen

Steiner, Felix-Martin

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Kommandeur von SS-Panzer-Divisionen und -korps in der Sowjetunion. Mitglied der NSDAP (Nr. 4 264 295), der SS (Nr. 253 351) und der SA seit 1933

nach 1945: Gründer der SS-Organisation HIAG

Staahe, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Steeger, Christian

vor 1945: Gruppenführer im Polizeiregiment 27 und beim III. SS-Polizeiregiment 15
nach 1945: Polizeiobermeister in Linz

Stieler, Adam

vor 1945: Angehöriger der Gestapo Liegnitz, Kriegseinsatzkommando in Polen und Ordnungspolizei Lublin
nach 1945: Oberkreisdirektor und Leiter der Kreispolizeibehörde Monschau

Tangemann, Heinz

vor 1945: SS-Untersturmführer, Angehöriger des Einsatzkommandos 9
nach 1945: Erst 1965 in Westdeutschland verhaftet

Terrée, Werner

vor 1945: Leutnant der Schutzpolizei, 1944 Offizier im II./SS-Polizeiregiment 2 in Bialystok
nach 1945: Polizeihauptkommissar, Leiter des Abschnittes Landkreis Osnabrück in der Polizeiinspektion

Tezlaff, Otto

vor 1945: SS-Staffelanwärter, 1939 in die Stuttgarter Gestapo übernommen
nach 1945: Kriminalpolizeimeister bei der Landeskriminalbehörde in Niedersachsen

Trimborn, Kurt

vor 1945: SS-Obersturmführer, Leiter eines SS-Sonderkommandos in Krasnodar (Ermordung von 214 Zöglingen eines sowjetischen Kinderheimes); Mitglied der NSDAP (Nr. 175 815) und der SS (Nr. 2558)
nach 1945: Lebt unbehelligt in Wuppertal

Ulrich, Fritz

vor 1945: Mitarbeiter der Gestapo seit 1933, ab 1939 beim SD in Linz
nach 1945: Verwaltungsleiter bei der Landeskriminalpolizei Niedersachsen

Unger, Walter

vor 1945: Ausbildungsoffizier im Polizeibataillon Recklinghausen, späteres Mordbataillon 316, ab 1943 beim SS-Polizeiregiment Griese
nach 1945: Polizeirat in Köln

Volkmann, Heinz

vor 1945: Leiter der Gestapostelle Elbing
nach 1945: Kriminaloberkommissar bei der politischen Polizei in Stuttgart

Voss, Ludwig

vor 1945: bis 1939 SD in Magdeburg, gehörte später der Geheimen Feldpolizei an
nach 1945: Kriminalkommissar in Lüneburg

Wachtendong, Walter

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8
nach 1945: Polizeibeamter in Recklinghausen

Wagner, Wilhelm

vor 1945: SS-Hauptsturmführer. Als Mitarbeiter der Gestapostelle Oslo mitverantwortlich für die Verbrechen an 690 jüdischen Bürgern
nach 1945: Lebt unbehelligt in Bonn

Waldbillig, Hermann

vor 1945: Leiter des Judendezernats in der Gestapo-Dienststelle Düsseldorf; Mitglied der NSDAP seit 1930
nach 1945: Polizeihauptkommissar in Köln

Weber, Fritz

vor 1945: SS-Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, 1933 Leiter der SS-Hilfspolizei und Schutzhaftstelle, Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Kriminaldirektor im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen

Weinreich, Hermann

vor 1945: SS seit 1932
nach 1945: Polizeikommissar in Hamburg

Weigold, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim SS- und Polizei-Gebietsführer in Holland
nach 1945: Polizeikommissar in Stuttgart

Wehner, Bernhard, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Mitarbeiter des Amtes V im Reichssicherheitshauptamt, an der Tötung von sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Buchenwald beteiligt

nach 1945 : Leiter der Düsseldorfer Kriminalpolizei

Wendt, Erich

vor 1945 : SS-Hauptsturmführer und Kompanieführer beim Polizei-Freiwilligen-regiment 2

nach 1945 : Polizeihauptkommissar in Essen

Wenzel, Erich

vor 1945 : Nahm 1942 als SS-Dienstgrad an Judenerschießungen in Shitomir teil

nach 1945 : Kriminalsekretär in Essen

Wicke, Oswin

vor 1945 : Führer von SS-Einsatzkommandos

nach 1945 : Polizeirat bei der Landespolizeibehörde Hannover, in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt

Wiebens, Wilhelm

vor 1945 : Hauptamtlicher SS-Führer, SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, Leiter des Einsatzkommandos 9 in Witebsk, NSDAP (Nr. 546 524), SS (Nr. 16 617)

nach 1945 : In Westdeutschland wohnhaft, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden

Wilhelm, Georg

vor 1945 : SS- und Gendarmerie-Unterführer, Mitglied der SA und NSDAP seit 1929

nach 1945 : Polizeiobermeister in Kassel

Wittmann, Max

vor 1945 : SS-Hauptsturmführer (Nr. 309 825), SS- und Polizei-Gebietsführer in Lodz

nach 1945 : Polizeihauptkommissar in Hamburg

Wohlauf, Julius

vor 1945 : SS-Hauptsturmführer und Kompaniechef in Krakau, ab 1943 II. SS-Polizeiregiment 7, Oslo

nach 1945 : Polizeihauptkommissar in Hamburg

Wollschina, Wilhelm

vor 1945 : Hauptmann der Schutzpolizei (Gendarmerie) und SS-Hauptsturmführer, u. a. in Brünn und Tabor tätig, NSDAP seit 1931 (Nr. 793 715)

nach 1945 : Polizeihauptkommissar und Leiter der Polizeidienststelle Offenbach

Zapf, Willi

vor 1945 : Angehöriger der SS-Bewachungsmannschaften im KZ Sachsenhausen und Auschwitz

nach 1945 : Sachbearbeiter im Verwaltungsamt der Hessischen Landespolizei in Wiesbaden

Zech-Nenntwich, Hans-Walter

vor 1945 : SS-Obersturmführer

nach 1945 : Wegen Beihilfe zum Mord an polnischen Juden im April 1964 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach einer gelungenen Flucht aus dem Zuchthaus stellte er sich der Polizei in der Hoffnung, daß man ihm die 4 Jahre Haft erlassen wird

Zietlow, Fritz

vor 1945 : SS-Obersturmführer im SD-Hauptamt, Schriftleiter und Regierungsrat im Propaganda-Ministerium, Mitglied der NSDAP (Nr. 36 519) und der SS (Nr. 6126)

nach 1945 : Schriftleiter und Korrespondent in Hamburg-Volksdorf

Zipfel, Fritz

vor 1945 : SS-Führer, Mitglied der NSDAP seit 1929, der SS seit 1932

nach 1945 : Polizeiinspektor und Revierleiter in Freiburg

Zirpins, Walter, Dr.

vor 1945 : SS-Obersturmführer und Kriminaldirektor im Amt IV (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes, Einsatz bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Warschau und Lodz

nach 1945 : Oberregierungsrat und Leiter des Landeskriminalamtes von Niedersachsen

Angehörige der Gestapo, des SD und der SS in der Westberliner Polizei

Altmann, Johannes

vor 1945: Kriminalsekretär im Amt IV A 3 des Reichssicherheitshauptamtes, NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933 (Nr. 2 579 426)
nach 1945: Übt die gleiche Dienststellung als Kriminalsekretär aus

Anton, Max

vor 1945: 1933 ging er von der Polizeiverwaltung Berlin zur Gestapo-Leitstelle Berlin
nach 1945: Kriminalsekretär

Birr, Franz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Oberleutnant der Schutzpolizei und Kompanieführer der faschistischen Ordnungspolizei in Graudenz
nach 1945: Polizeihauptkommissar

Boosfeld, Walter

vor 1945: SS-Obersturmführer (Nr. 254 223), Adjutant beim SS- und Polizeiführer in Dnjepropetrowsk, später beim Pol.-Wach-Bataillon in Dänemark. Angehöriger der SS-Wach- und Verfügungstruppe Dachau
nach 1945: Zugführer im Einsatzkommando der Polizei-Inspektion Westberlin-Steglitz (Siehe Tafel 17)

Burkhardt, Martin

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin, 1943 bis 1945 in Norwegen
nach 1945: Kriminalsekretär

Durek, Josef

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin
nach 1945: Polizeiangeestellter

Ebel, Rudolf

vor 1945: Angehöriger der SS, Kriminaloberassistent bei der Gestapo-Leitstelle Berlin
nach 1945: Polizeiangeestellter

Feussner, Konrad

vor 1945: Regierungsoberinspektor und Polizeioberinspektor im Amt IV/C 2 des Reichssicherheitshauptamtes, 1933 vom Polizei-

zeipräsidium zur Gestapo (Gestapo-Leitstelle Berlin)

nach 1945: Regierungsoberinspektor im Polizeidienst

Gabriel, Kurt

vor 1945: Polizeiassistent in der Gestapo-Leitstelle Berlin
nach 1945: Regierungsinspektor

Gehrmann, Kurt

vor 1945: Kommandeur des I. Bataillons im SS-Polizeiregiment 4, beteiligte sich u. a. an Judenverfolgungen
nach 1945: Vom sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. 1955 den Westberliner Behörden zur weiteren Strafverbüßung übergeben. Dort jedoch als Kommissar in die Westberliner Polizei eingestellt

Götsche, Ernst

vor 1945: SS-Obersturmführer in einer SS-Polizeidivision
nach 1945: Polizeikommissar

Graurock, Wilhelm

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, beging Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Kroatien und Dänemark. Trotz vorhandener Unterlagen über Mordtaten in Dänemark wurde er nicht zur Verantwortung gezogen
nach 1945: Hauptinspektor beim Kommando der Westberliner Schutzpolizei

Groß, Gerhard

vor 1945: SS-Sturmabteilerführer, Kommandeur in der 4. SS-Polizei-Panzergradiendivision, SS (Nr. 422 185)
nach 1945: Leiter der Verkehrsstaffel Nord

Günther, Johannes

vor 1945: Kriminaloberassistent bei der Gestapo-Leitstelle Berlin. Er bewarb sich für den Einsatz bei der Sipo und dem SD in den Kolonien (1940)
nach 1945: Kriminalsekretär

Haak, Wilhelm

vor 1945: Kriminalkommissar im Amt IV/A 4 des Reichssicherheitshauptamtes
nach 1945: Kriminalsekretär

Hartmann, Willi

vor 1945: Kompaniechef und Bataillonskommandeur des SS-Polizeiregiments 15, Einsatz gegen Juden in der Sowjetunion. 1944 Leiter des II. Bataillons, das in Italien den SS-Einheiten des SS-Brigadeführers Zimmermann unterstand
nach 1945: Polizeihauptkommissar der Westberliner Schutzpolizei

Hayn, Wilhelm (früherer Name Wojtecki)

vor 1945: Kriminalsekretär und SS-Untersturmführer im Reichssicherheitshauptamt von 1937 bis 1945
nach 1945: Kriminalobersekretär

Helbing, Willi

vor 1945: Angehöriger der Gestapo
nach 1945: Polizei-Inspekteur

Heublein, Adolf

vor 1945: Angehöriger der Gestapo
nach 1945: Kriminalkommissar

Herden, August

vor 1945: Gestapobeamter im Amt IV/E 2 des Reichssicherheitshauptamtes
nach 1945: Kriminalbeamter

Holzhäuser, Walter

vor 1945: Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes und Kriminalassistent der Gestapo
nach 1945: Kriminalobersekretär

Huhn, Kurt

vor 1945: 1943 Hauptmann und Kompaniechef des SS-Polizeiregiments 14, Adjutant beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Kroatien, beteiligt bei Verbrechen gegen Polen, Juden und Jugoslawen
nach 1945: Polizeioberrat, Gruppenkommandeur für den US-Sektor in Westberlin

Hild, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer der Waffen-SS (Nr. 326 677)
nach 1945: Polizeikommissar der Polizei-Inspektion Westberlin-Tempelhof

Jaeger, Augustinus

vor 1945: SS-Untersturmführer und Polizeiobersekretär der Gestapo-Leitstelle Berlin
nach 1945: Polizeiobersekretär

Johanningmeier, Wilhelm

vor 1945: SS-Obersturmbannführer, Major der Schutzpolizei, Angehöriger der Feldgendarmerie, Kommandeur des III. Pol.-Reg. 9 in der Sowjetunion
nach 1945: Polizeikommissar, Reviervorsteher der Pol.-Inspektion Westberlin-Tiergarten

Jungnickel, Helmut

vor 1945: Polizeiobersekretär im Amt IV/C2 des Reichssicherheitshauptamtes, vorübergehend bei der Polizei in Litzmannstadt (Lodz)
nach 1945: Polizeisekretär

Kamptz, Imanuel von

vor 1945: Freiwilliger der Waffen-SS, Hauptmann der Schutzpolizei
nach 1945: Polizeikommissar, z. b. V.-Mann der Inspektion Westberlin-Kreuzberg

Kania, Josef

vor 1945: Angehöriger der Gestapo
nach 1945: Kriminalsekretär

Kirsch, Georg

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Hauptmann der Schutzpolizei; Angehöriger der SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“, die an Verbrechen gegen jugoslawische Bürger beteiligt war
nach 1945: Kommandeur des Einsatzkommandos der Inspektion Wilmersdorf

Kleist von Bormstedt, Artur

vor 1945: SS-Sturmbannführer, Major der Schutzpolizei
nach 1945: Polizeikommissar, Leiter des Polizeireviere 122

Kohlmorgen, Hans-Joachim

vor 1945: SS-Obersturmführer, Leiter einer Gendarmeriehauptmannschaft, beteiligt an Massenerschießungen der Zivilbevölkerung in Mosyr und Umgebung (UdSSR)
nach 1945: Polizeioberrat in der Inspektion Westberlin-Charlottenburg

Kramer, Otto

vor 1945: Angehöriger der SS, Hauptwachtmeister der Schutzpolizei, Angehöriger des Einsatzkommandos III Kroatien
nach 1945: Kriminalsekretär

Krumholz, Kurt

vor 1945: Stabsführer beim Höheren SS- und Polizeiführer in Ungarn
nach 1945: Leiter des Einsatzkommandos der Pol.-Inspektion Westberlin-Charlottenburg

Mehl, Gerhard

vor 1945: Kriminalsekretär bei der Gestapo, NSDAP-Mitglied seit 1. Mai 1933
nach 1945: Kriminalobersekretär bei der Kriminalpolizei

Menzel, Hubert

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8
nach 1945: Polizeimeister in Westberlin-Spandau

Nawrot, Hans

vor 1945: Angehöriger der Gestapo
nach 1945: Kriminalbeamter

Neumann, Kurt

vor 1945: Angehöriger des SD und der Gestapo-Leitstelle Berlin und Königsberg
nach 1945: Kriminalsekretär

Paetzold, Erich

vor 1945: Angehöriger des SS-Polizeiregiments 4 („Bandenkampf“ und Fronteinsatz), Major der Schutzpolizei
nach 1945: Angehöriger der Westberliner Polizei

Paulie, Reinhold

vor 1945: Angehöriger der Gestapo
nach 1945: Kriminaloberassistent

Remer, Willi

vor 1945: SS-Obersturmführer im Amt IV/C 4 des Reichssicherheitshauptamtes, versah während des zweiten Weltkrieges seinen Dienst in Berlin und Norwegen
nach 1945: Polizeioberinspektor

Rofsbach, Hermann

vor 1945: Angehöriger der 1. SS-Brigade
nach 1945: Kriminalsekretär

Samuel, Hermann

vor 1945: Polizeiinspektor und SS-Hauptsturmführer im Reichssicherheits-

hauptamt, Amt IV/C 1, zuletzt im RSHA, Amt IV/F 5, stellv. Referatsleiter
nach 1945: Polizeiinspektor

Schild, Karl

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin, Kriminalsekretär
nach 1945: Polizeisekretär

Schimkat, Hellmut

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei und SS-Hauptsturmführer (Nr. 46 052)
nach 1945: Polizeiinspektor

Schulz, Karl

vor 1945: SS-Hauptsturmführer im Führerbegleitkommando
nach 1945: Leiter des Einsatzkommandos der Inspektion Westberlin-Tiergarten

Sommer, Ferdinand

vor 1945: Kriminaloberassistent im Amt IV/A 1 des Reichssicherheitshauptamtes
nach 1945: Kriminalsekretär

Sperber, Paul

vor 1945: SS-Untersturmführer, Angehöriger des SD
nach 1945: Angehöriger der Westberliner Polizei

Stubbe, Erwin

vor 1945: 1934 Eintritt in die Gestapo, zuletzt Polizeioberinspektor in der Gestapo-Leitstelle Berlin
nach 1945: Polizeioberinspektor

Togotzes, Werner

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, SD-Hauptamt
nach 1945: Leiter der Kriminalgruppe Nord

Uhden, Johannes

vor 1945: SS-Untersturmführer, Oberleutnant der Schutzpolizei, Angehöriger einer SS-Polizei-Division
nach 1945: Polizeikommissar, Stellv. des Schutzpolizei-Einsatzkomm. Westberlin-Tiergarten

Wassenberg, Hans

vor 1945: SS-Sturmbannführer im Amt IV/K 1 des Reichssicherheitshauptamtes
nach 1945: Polizeibeamter

Werner, Hans-Ulrich

vor 1945: Im August 1944 Erster Stabs-offizier beim SS- und Polizeiführer Oberitalien Mitte. Verantwortlich für die Ausarbeitung der Operationen der Gendarmerie- und Polizeikommandos gegen die Zivilbevölkerung

nach 1945: Als Polizeioberrat stellv. Leiter des Polizei-Instituts Hiltrup, jetzt Kommandeur der Westberliner Schutzpolizei

Wittek, Josef

vor 1945: Kriminalassistent in der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalassistent

DIE AUFERSTEHUNG DER TERRORJUSTIZ

Auch die Justiz war eines der grausamen Terrorinstrumente des „Dritten Reiches“. Sie half mit ihren Mitteln, der reaktionären faschistischen Unterdrückung im Innern und der aggressiven Politik nach außen den Weg zu ebnen. Nachdem die Nazi-Diktatur errichtet worden war, begann die Justiz mit der Verfolgung der Hitler-Gegner aller Bevölkerungsschichten und Weltanschauungen. Die in den Jahren 1933/1934 erlassenen Verordnungen und Gesetze boten den NS-Juristen eine willkommene Handhabe, jeden Widerstand gegen die Tyrannei blutig zu unterdrücken. Es sei an solche gesetzgeberischen Machwerke erinnert, wie

die „Verordnung gegen den Verrat am Deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe“ vom 28. Februar 1933,

die „Verordnung zur Beschleunigung des Verfahrens in Hochverrats- und Landesverratsachen“ vom 18. März 1933,

die „Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ vom 21. März 1933,

die „Verordnung über die Bildung von Sondergerichten“ vom 21. März 1933,

die „Verordnung über die Zuständigkeit der Sondergerichte“ vom 6. Mai 1933,

das „Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe“ vom 29. März 1933,

das „Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten“ vom 4. April 1933,

das „Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens“ vom 13. Oktober 1933,

das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und Strafverfahrens“ vom 24. April 1934,

das „Heimtückegesetz“ vom 20. Dezember 1934,

das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher“,

die „Maßregeln der Sicherung und Besserung“.

DER VERFASSER IST BONNS MINISTERIALDIREKTOR

Der Mann, der damals am Entstehen dieser Mordgesetze maßgeblich mitwirkte, Regierungsrat im Nazi-Justizministerium, Dr. Josef Schafheutle, nutzt seine Er-

fahrungen heute als Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium. Er kommentierte seine Machwerke triumphierend: „Die wichtigste Änderung ist die Verschärfung der Strafen“. („Die Strafgesetznovellen von 1933 und 1934“, Berlin 1934, S. 137)

Schafheutle sollte recht behalten: Abertausende deutscher Antifaschisten wurden auf Grund dieser Gesetze eingekerkert, in Konzentrationslager verschleppt, dem Henker übergeben oder in den Gestapokellern zu Tode gefoltert.

Mit Hilfe der „Verordnung über die Bildung von Sondergerichten“ und des „Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens“ wurde in Deutschland in Form des berühmten Volksgerichtshofes und der Sondergerichte ein ganzes Netz von Ausnahmegerichten zur Terrorisierung der Bevölkerung geschaffen.

Schon vor bzw. sofort nach der Okkupation der Nachbarstaaten des faschistischen Deutschland wurden neue Terrorgesetze gegen die deutsche Bevölkerung und gegen die unterdrückten Völker erlassen, die ausnahmslos den Vernichtungszielen der Nazis gegen Andersdenkende, gegen andere Völker und Rassen untergeordnet waren. Es waren solche Gesetze, wie

die „Volksschädlingsverordnung“,

die „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“,

die „Verordnung des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren gegen Sabotagehandlungen“ vom 26. August 1939,

die „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden“,

die „Verordnung des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich“ vom 13. Juni 1940,

der „Erlaß über die Ausübung der Wehrmachtsgerichtsbarkeit in Dänemark gegen Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit“ vom 1. August 1940,

die „Verordnung über das Verbot der politischen Parteien in Norwegen“ vom 25. September 1940,

die „Verordnung über das Verbot der Betätigung zugunsten des norwegischen Königshauses“ vom 7. Oktober 1940,

die „Verordnung des Reichskommissars der besetzten norwegischen Gebiete über den zivilen Ausnahmezustand“ vom 31. Juli 1941 usw.

Diese Zwangs- und Terrorgesetze waren weitgehend „rechtliche“ Grundlagen für die Tätigkeit der nazistischen Ausnahmegerichtsbarkeit. Sie bestand aus:

den **Sondergerichten**, die nach der „Verordnung über die Bildung der Sondergerichte“ vom 21. März 1933 in jedem Oberlandesgerichtsbezirk Deutschlands geschaffen wurden,

dem **Volksgerichtshof**, der – wie bereits erwähnt – auf der Grundlage der „Strafgesetznovellen“ Schafheutles entstand,

den **Kriegsgerichten**, die durch Gesetz der Hitler-Regierung vom 12. Mai 1933 wieder eingeführt wurden,

dem Reichskriegsgericht, oberstes Wehrmachtsgericht, das am 26. Juni 1936 seine Tätigkeit aufnahm, und den berüchtigten

„Standgerichten“, die durch „Verordnung des Reichsjustizministers“ auf „Befehl des Führers“ während des Krieges aufgebaut wurden.

Die Sondergerichte hatten das Ziel, zunächst alle Hitler-Gegner mundtot zu machen, um durch „Friedhofsruhe“ im Innern die Aggression nach außen vorbereiten zu können. Die Angeklagten waren praktisch aller Rechte beraubt.

Diesen Charakter der Sondergerichte bestätigte das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 9. November 1938 – Aktenzeichen 5 T 537/38 –, wo es heißt, daß die Sondergerichte *„nicht nur ihrem Namen, sondern auch ihrem Wesen nach außerhalb der öffentlichen Gerichtsbarkeit stehende Gerichte“* seien. Wolfgang Idel, heute Landgerichtsdirektor in Düsseldorf, schrieb in seiner Dissertation „Die Sondergerichte für politische Strafsachen“, Freiburg 1935, auf Seite 36, daß die Aufgabe dieser Gerichte darin bestehe,

„die Gegner des 3. Reiches, hauptsächlich Kommunisten und Sozialdemokraten, vollständig auszurotten“.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kamen in ihren Dissertationen Robert Fuchs, „Die Sondergerichtsbarkeit in Deutschland“, Tübingen 1937, und Adolf Schlesinger, „Die Entwicklung der deutschen Gerichtsorganisation seit 1879“, Jena 1938.

Aus der Aufgabenstellung für diese Terrorgerichte geht hervor, daß die Richter und Staatsanwälte die bewährtesten und rücksichtslosesten Faschisten gewesen sind.

Nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Nachbarstaaten wurden in fast allen okkupierten Ländern unter Mißachtung der Haager Landkriegsordnung Sondergerichte errichtet. Sie verwirklichten mit den Mitteln der „Rechtsprechung“ die hitlerschen und himmlerschen Ausrottungsbefehle. Die grauenvollste Bilanz weisen die Nazi-Sondergerichte in Polen aus. Auf der Grundlage der berüchtigten Polenstrafrechtsverordnung wurden Tausende polnische Bürger dem Schafott ausgeliefert, nur weil sie sich zu Polen bekannten, weil sie sich der Aushungerungspolitik widersetzten oder weil sie durch die globkeschen Volkslistenrichtlinien praktisch als „unwertes Leben“ gestempelt wurden.

Die Sondergerichte, die zunächst zur Aburteilung politischer „Delikte“ geschaffen wurden, verhängten unter den Bedingungen des totalen Krieges in Deutschland sowie in den okkupierten Staaten wegen jeder Geringfügigkeit, die in zivilisierten Ländern als Mundraub unbestraft bleiben, Todesstrafen.

Der Volksgerichtshof wurde 1934 gebildet und war zunächst für Hoch- und Landesverratsachen zuständig. Der Aufbau des Volksgerichtshofes läßt klar erkennen, daß er ein wesentlicher Bestandteil der Sondergerichtsorganisation des faschistischen Staates war. Sichtbar zum Ausdruck kommt das darin, daß die Mitglieder des Volksgerichtshofes von Hitler persönlich ernannt wurden

und die übrigen Mitarbeiter des Volksgerichtshofes von dem Reichsminister der Justiz. Neben den Berufsrichtern waren in jedem Senat Vertreter der Nazi-Partei und der faschistischen Wehrmacht als „Fachrichter“ zugegen.

Der Volksgerichtshof wurde besonders berüchtigt unter dem Vorsitz des Blutjuristen Freisler und durch Verfahren gegen solche aufrechte Deutsche wie Lieselotte Hermann, Judith Auer, Werner Seelenbinder, Anton Saefkow, Franz Jacob, Hilde und Hans Coppi, Georg Schumann, Bernhard Bästlein, Adam Kuckhoff sowie den tschechoslowakischen Patrioten und Journalisten Julius Fučík. Auch die Verfahren gegen die Beteiligten des Offiziersaufstandes vom 20. Juli 1944 vor dem Volksgerichtshof lenkten das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf dieses oberste Blutgericht.

Eine ähnliche Ausnahmejustiz wie die faschistischen Sondergerichte und der Volksgerichtshof war die Kriegsgerichtsbarkeit der Nazi-Wehrmacht. Sie wurde – fast zu gleicher Zeit wie die Sondergerichte – eingeführt. Als oberstes Wehrmachtsgeschicht fungierte ab 26. Juni 1936 das Reichskriegsgericht. Die Wiedereinführung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten beweist unter anderem, daß die Nazis vom ersten Tage ihrer Herrschaft im Jahre 1933 an einen Krieg gegen die europäischen Völker vorbereiteten; denn die Kriegsgerichte wurden geschaffen, um den Aufbau der Angriffsarmee gegen alle „zersetzenden“ Ideen der Demokratie und des Friedens abzusichern. Das wird noch dadurch unterstrichen, daß bereits am 17. August 1938 die „Verordnung über das militärische Strafverfahren im Kriege und bei besonderem Einsatz“ und die berüchtigte „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz“ erlassen wurden.

Während des Krieges maßten sich die Kriegsgerichte Hitlers zudem die Rolle von Sondergerichten gegen die Zivilbevölkerung in einigen okkupierten Staaten, wie Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen und Dänemark an. Auch in der Tschechoslowakei und in Polen wüteten sie vor der Einrichtung der Sondergerichte gegen Zivilisten.

80 000 TODESURTEILE

Dieses finsterste Kapitel deutscher Justizgeschichte leitete der damalige Staatssekretär des Nazi-Justizministeriums Dr. Roland Freisler am 24. Oktober 1939 auf einer Tagung der Sondergerichts-Vorsitzenden und Sachbearbeiter für Sondergerichts-Sachen im Nazi-Justizministerium mit diesen Worten ein:

„Das Verfahren der Strafrechtspflege gestaltet er (der Gesetzgeber, d. Hrsg.) zu einem überlegen zu handhabenden Schwert in der Hand des Richters . . . daneben gestattet er (der Gesetzgeber, d. Hrsg.), wo es irgend erforderlich ist, ein Hinausgehen über den allgemeinen als angemessen angesehen gewesenen Straf-

rahmen, oft bis zur Todesstrafe . . . Der Gesetzgeber tut dies und tut es weiter.“
Im selben Atemzuge kam er zu der Feststellung: *„Entscheidend aber ist, daß die Strafrechtspflege es tut! Daß sie es will, ist selbstverständlich. Daß sie es tut, aber ist entscheidend.“*

Sie haben es getan. Sie haben ihre Aufgabe als *„Standgerichte der inneren Front“* – wie der Nazi-Justizminister Thierack die Sondergerichte in einem Schreiben vom 5. Juli 1943 an die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte nannte – mit höchster Präzision erfüllt. Ihre grauenvolle Bilanz nach unvollständig erhalten gebliebenen Statistiken: etwa 50 000 Todesurteile. Dazu kommen von den Kriegsgerichten über 25 000 weitere Todesurteile. Darin sind die Urteile des Reichskriegsgerichtes nicht enthalten. (Verurteilungen laut Wehrmachts-Kriminalstatistik des OKW HR b – III d und IV c für die Zeit vom 26. August 1939 bis November/Dezember 1944 beim Heer und bis einschließlich II. Quartal 1944 bei der Luftwaffe und der Kriegsmarine).

Da das Wüten der Kriegs- und Standgerichte in den letzten Kriegsmonaten seinen Höhepunkt erreichte, kann man mit Sicherheit die Zahl der Todesurteile der Kriegsgerichte – ohne Reichskriegsgericht – auf mindestens 30 000 festsetzen. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der Bluturteile auf mindestens 80 000.

Die Juristen, die mittelbar durch Gesetzesschöpfungen oder unmittelbar durch „Rechtsprechungen“ an der nazistischen Ausnahmegerichtsbarkeit mitwirkten, sind also mitschuldig, daß

die Hitler-Diktatur errichtet und 12 Jahre aufrechterhalten werden konnte;
durch Aggression nach innen die Aggression nach außen vorbereitet werden konnte;

das Okkupations-Regime Hitlers aufgebaut werden konnte und bis fünf Minuten nach 12 bestehen blieb;

die im Nürnberger Juristen-Prozeß als verbrecherisch charakterisierten Gesetze entstanden und in die Tat umgesetzt wurden;

in vielen Fällen sogar das unmenschliche Strafmaß der nazistischen Terrorgesetze überschritten wurde;

Zehntausende um ihre Nation oder um ihr nacktes Leben Kämpfende hingemordet wurden.

Sie standen ausnahmslos im Dienste des Unrechts und der Unmenschlichkeit, ob sie in Deutschland gegen Deutsche oder gegen Zwangsarbeiter urteilten, die ohnehin der bittersten Not ausgesetzt waren und weit unter dem Existenzminimum dahinvegetierten, deren Eigentum in der Heimat von den Okkupanten gebrandschatzt, geplündert und gestohlen worden war, oder ob sie an der Front gegen deutsche Soldaten bzw. in den okkupierten Staaten gegen die entrechtete, erniedrigte und ausgeplünderte Bevölkerung vorgingen.

SÄUBERUNG DER JUSTIZ – VERBINDLICHE PFLICHT

Im Nürnberger Juristenprozeß kam der USA-Gerichtshof zu dem Ergebnis:

„Der Kern der Anklage in diesem Falle besteht ja gerade darin, daß die Gesetze, die Hitler-Erlasse und das drakonische, korrupte und verderbte national-sozialistische Rechtssystem als solches in sich selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und daß eine Teilnahme an dem Erlaß und der Durchführung dieser Gesetze verbrecherische Mittäterschaft bedeutet . . . Die Beschuldigung, kurz gesagt, ist die der bewußten Teilnahme an einem über das ganze Land verbreiteten und von der Regierung organisierten System der Grausamkeit und der Ungerechtigkeit unter Verletzung der Kriegsgesetze und der Gesetze der Menschlichkeit, begangen im Namen des Rechts und der Autorität des Justizministeriums und mit Hilfe der Gerichte. Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen.“ (Das Nürnberger Juristenurteil – Allgemeiner Teil, Hamburg 1948, S. 42).

Deshalb verfügte der Alliierte Kontrollrat im Artikel IV seines Gesetzes Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens:

„Zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazipartei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitler-Regimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwalt enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden.“

DDR SCHUF ORDNUNG

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde diese Verpflichtung erfüllt. Juristen, die aktive Mitglieder der NSDAP und an der Gesetzgebung oder Rechtsprechung des „Dritten Reiches“ beteiligt waren, wurden 1945 fristlos aus dem Justizdienst entfernt. An ihre Stelle traten antifaschistische Juristen, Widerstandskämpfer, Arbeiter, Bauern, Angestellte. Es gibt in der DDR keinen Richter oder Staatsanwalt, der der NSDAP angehörte.

Die Juristen, die an Terrorurteilen mitwirkten, wurden gerecht bestraft, wie z. B. der frühere Staatsanwalt beim Sondergericht Leipzig, Dr. Dr. Anger. Er war nachweislich an einem Justizmord im Jahre 1945 beteiligt. Nachdem er in der DDR eine langjährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, wurde er in Westdeutschland willkommen geheißen und in Essen als Staatsanwalt eingesetzt. Selbst ein Blutjurist wie der frühere Beisitzer beim Sondergericht Posen (Poznan) Johannes Breier, dem es gelungen war, einige Jahre als Archivar in einem Betrieb unterzutauchen, entging seiner Strafe nicht. Als Dokumente über seine

Mitwirkung an Todesurteilen aufgefunden wurden, verurteilte ihn das Bezirksgericht Schwerin zu 8 Jahren Zuchthaus.

Es war für die Justiz der DDR, die auf der Grundlage humanistischer deutscher Rechtstraditionen völlig neu aufgebaut wurde, eine Selbstverständlichkeit, alle Nazi- und Kriegsverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen.

UMFASSENDE RECHTSHILFE

Die DDR hat es stets als ihr Recht und ihre Pflicht angesehen, auf die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland hinzuweisen und eine konsequente Bewältigung der Vergangenheit zu fordern. In 113 Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher in Westdeutschland leistete sie Rechtshilfe. Ungezählte Ermittlungsverfahren gab sie an westdeutsche Justizbehörden ab, z. B. allein der Kreis Bernburg im Jahre 1948 Verfahren gegen 78 Personen. Im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/M., dem größten westdeutschen Nachkriegsprozesse gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, ist die DDR durch den Vertreter der Nebenkläger, Prof. Dr. Kaul, vertreten.

Den westdeutschen Justizbehörden wurden weiterhin 1580 Todesurteile übermittelt, an denen in Westdeutschland tätige Juristen mitwirkten, sowie 4000 Dokumente über andere Nazi- und Kriegsverbrecher übergeben oder übersandt.

Schließlich nannte die DDR seit 1955 auf zahlreichen Pressekonferenzen insgesamt 1310 ehemalige Juristen der nazistischen Ausnahmegerichte, die in Westdeutschland wieder zu Amt und Würden kamen.

Was geschah mit den belasteten Nazi-Juristen in Westdeutschland?

Wurden sie aus ihren Ämtern entfernt?

Wurden sie gerecht bestraft?

BONN SCHÜTZT DIE MÖRDER

Entgegen den offiziellen Verlautbarungen des Bundesjustizministeriums sind heute in Westdeutschland noch über 800 Juristen der nazistischen Ausnahmegerichte tätig. Nicht einer der zum Teil mit über 100 Bluturteilen belasteten Nazi-Juristen wurde vor Gericht gestellt. Diese „Rechtsprecher“, die ausnahmslos im Dienste der Unmenschlichkeit, des Unrechts und der Aggression standen, sind wieder bis in die höchsten Positionen des westdeutschen Staats- und Justizapparates gelangt.

Westdeutsche Gerichte stellten sogar die Ermittlungsverfahren ein, die auf Grund von Strafanzeigen gegen Nazi-Juristen eingeleitet worden waren. Das

geschah beispielsweise im Fall des ehemaligen stellvertretenden Reichsanwalts Fränkel. Dieser Nazi-Jurist war 1962 in Westdeutschland Generalbundesanwalt!

Im Beschluß über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens sagte das Oberlandesgericht Karlsruhe am 3. September 1964, *„es fehlt . . . an der Möglichkeit des Nachweises, der Beschuldigte habe während des Krieges . . . die Gültigkeit der genannten Bestimmungen auch nur bezweifelt, geschweige denn ihre Ungültigkeit erkannt“*. Fränkel, der von der DDR des 50fachen Mordes überführt wurde, wird in diesem Beschluß *„Tatbestandsirrtum“* zugebilligt, *„der den Vorsatz ausschließt“*.

Das heißt nichts anderes, als die Untaten der Mörder in der Robe gutzuheißen und das Nazi-Regime reinzuwaschen.

HITLERS SONDERGERICHTE ALS VORBILD

Dem ehemaligen Richter am Reichsgericht, Chefrichter im okkupierten Dänemark und Generalrichter der Nazi-Wehrmacht, Dr. Ernst Kanter, waren von der DDR und von dänischen Bürgern und Dienststellen schwerste Verbrechen nachgewiesen worden. Dennoch wirkte er jahrelang als oberster Gesinnungsrichter, und zwar als Senatspräsident des 3. Strafsenats des politischen Senats des Bundesgerichtshofes. Unter seiner Oberaufsicht wurden die politischen Sonderstrafkammern in den Oberlandesgerichtsbezirken Westdeutschlands aufgebaut.

Einer der berühmtesten Juristen dieser politischen Sonderstrafkammern war der Lüneburger Staatsanwalt Ottersbach, der sich seine „Lorbeeren“ als Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice) holte. (Siehe Tafel 27)

Die Juristen der politischen Sonderstrafkammern fällten ungezählte Willkürurteile gegen westdeutsche und DDR-Bürger. Kanter *„durchleuchtete“* auch die in seinem Bereich tätigen Nazi-Juristen. Am 26. November 1957 schrieb er z. B. an die *„Deutsche Volkszeitung“*, Düsseldorf, es könne *„ohne weiteres festgestellt werden, daß Vorwürfe, die zu strafrechtlichen oder disziplinarischen Strafen Anlaß geben könnten, nicht begründet sind“*.

200 000 POLITISCHE VERFAHREN

Genannt wurde bereits der Regierungsrat im Nazi-Justizministerium und heutige Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium, Dr. Josef Schafheutle. Er schuf die hitlerschen Terrorgesetze von 1933/1934, auf deren Grundlage der berühmte Volksgerichtshof und die Nazi-Sondergerichte entstanden, die Zehntausende Bürger fast aller europäischen Länder dem Henker auslieferten.

Schafheutle arbeitete auch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (Blitzgesetz) der Bundesrepublik aus. Es verfügte die Einrichtung der politischen Sonderstrafkammern nach dem Vorbild der Sondergerichte Hitlers.

Seit dem Inkrafttreten des Blitzgesetzes von Schafheutle im Jahre 1951 bis Ende 1961 wurden nach Angaben der 11. Arbeitstagung des westdeutschen Amnestie-Ausschusses und der Verteidiger in politischen Strafsachen 200 000 politische Verfahren durchgeführt, durch die $\frac{1}{2}$ Million westdeutscher Bürger in Mitleidenschaft gezogen wurden.

DAS NEUE STRAFGESETZBUCH – EIN NAZI-GESETZ

Schafheutle ist zugleich der Verantwortliche im Bundesjustizministerium für die Ausarbeitung des Strafgesetzbuch-Entwurfs, der eine Reihe von verschärfenden Strafbestimmungen z. B. für „Hoch- und Landesverrat“ enthält, die zum Teil inhaltlich und wörtlich mit den von ihm selbst geprägten Formulierungen aus den Jahren 1933/1934 übereinstimmen.

Neben Schafheutle wirken bzw. wirkten in der „Großen Strafrechtskommission“ 23 namhafte westdeutsche Juristen. 16 von ihnen hatten bereits während der nazistischen Gewaltherrschaft wichtige Justizfunktionen inne, unter ihnen der ehemalige Senatspräsident des Bundesgerichtshofes, Dr. Kanter,

der Generalbundesanwalt von 1962, Fränkel, den die DDR des 50fachen Mordes überführte und der heute monatlich mindestens 2500 DM Pension bezieht, und

der frühere Sachbearbeiter für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium, Dr. Wilkerling, heute Ministerialdirigent im Justizministerium Niedersachsens.

Mit dem neuen Strafgesetzbuch-Entwurf soll die politische Gesinnungsjustiz, soll das Vorgehen gegen Patrioten, Atomkriegs- und Notstandsgegner weiter verschärft werden. Darüber hinaus dient er unmittelbar den aggressiven Absichten Bonns. In der amtlichen Begründung zu § 3 („Das deutsche Strafrecht gilt für Taten, die im Inland begangen werden“) heißt es z. B.:

„Das Inland umfaßt nach der gegenwärtigen völkerrechtlichen Lage außer den Gebieten, die zum räumlichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuches (also der Bundesrepublik) gehören, auch solche, die außerhalb dieses Geltungsbereiches liegen. Dazu gehören die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, der Sowjetsektor von Berlin und die übrigen Gebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehen.“

Im Entwurf heißt es weiter, daß ein Einführungsgesetz das Inkrafttreten der Strafbestimmungen für Taten regeln müsse, „die auf deutschem Gebiet, aber

außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Strafgesetzbuches (also Bundesrepublik) begangen werden". Es wird aber ausdrücklich betont: „Der Entwurf sieht jedoch davon ab, diese Grundsätze (für die Übergangszeit) in dem auf die Dauer bestimmten Strafgesetzbuch zu regeln.“

Damit wird offen gesagt, welche Gebiete zu annektieren beabsichtigt sind. So steht das westdeutsche Strafgesetzbuch ganz im Dienst der Rüstungsmonopole und der Hitler-Generalität, deren einziges Ziel es ist, für die Niederlage im zweiten Weltkrieg Revanche zu nehmen.

Welche Wirkung das Strafgesetzbuch schon vor seiner Verabschiedung hat, zeigte die Verhaftung des Chefredakteurs des Deutschlandsenders, Dr. Grasnack, Ende Juli 1962. Selbst Bundesanwalt Loesdau hatte zugeben müssen, daß sich Dr. Grasnack auf dem Territorium Westdeutschlands nichts zuschulden kommen ließ. Der Grund seiner Verhaftung bestünde allein in seinem Wirken in der DDR.

DIKTATUR-SPEZIALISTEN SCHUFEN NOTSTANDSGESETZE

Ebenso wie beim neuen Strafgesetzbuch – das als Bestandteil einer Notstandsordnung gedacht ist – standen Hitlers Diktatur-Spezialisten auch bei den Notstandsgesetzen Pate. Hauptverantwortlich für den Entwurf der Notstandsgesetze ist Bonns Innenminister Höcherl, der der Hitler-Diktatur als Staatsanwalt in Regensburg und Deggendorf diente. In dieser Funktion beantragte er noch kurz vor Kriegsende ein Todesurteil gegen einen polnischen Bürger wegen eines Liebesverhältnisses mit einer Deutschen.

Als bisheriger Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages – jetzt Wehrbeauftragter des Bundestages – drängte Matthias Hoogen (CDU/CSU), diese Diktaturgesetze so schnell wie nur möglich unter Dach und Fach zu bringen. Hoogen war Kriegsgerichtsrat bei der Nazi-Luftwaffe und Oberstabsrichter bei der „Kurlandarmee“. (Siehe S. 111) Auch der in der DDR zu lebenslangem Zuchthaus verurteilte ehemalige Staatssekretär Adenauers, Dr. Hans Globke, wirkte an der Ausarbeitung der Notstandsgesetz-Entwürfe mit. Neben seinen ausgeklügelten Morddirektiven gegen die jüdische Bevölkerung machte sich Globke für die Nazis durch die Ausarbeitung des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Land“ vom 1. Juni 1933 (Hitlers Ermächtigungsgesetz von Preußen) verdient.

Ferner zählte auch der heutige Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung „Verfassung, Staatsrecht und Verwaltung“ im Bonner Innenministerium, Dr. Rudolf Toyka, zu den Mitschöpfern der Notstandsgesetze. Während des zweiten Weltkrieges war Toyka Regierungsrat beim „Reichsstatthalter“ in Posen, Verbindungsbeamter zur Gestapo und zum Sicherheitsdienst Himmlers.

Das Notdienstgesetz arbeitete der bis 1962 als leitender Verwaltungsdirektor in der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung des Bundesarbeitsministeriums tätige Dr. Stothfang aus. Unter Hitler holte er sich seine Sporen als Ministerialrat beim berüchtigten „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, Sauckel. Im Nürnberger Prozeß wurde Nazi-Gauleiter und SS-General Sauckel, der die Zwangsverschleppung Hunderttausender Bürger aus den okkupierten Staaten und ihren Einsatz als Sklavenarbeiter in Deutschland organisierte, zum Tode verurteilt.

Wer diese Umstände kennt, den kann es nicht mehr verwundern, daß die Notstandsgesetze den Diktatur- und Zwangsarbeitsgesetzen Hitlers gleichkommen – nämlich Friedhofsruhe im Innern zu sichern, um die aggressiven außenpolitischen Ziele realisieren zu können. Von den Gesetzgebern des faschistischen Deutschlands, die heute genau wie damals den Interessen der aggressiven Rüstungsmonopole dienen, war nichts anderes zu erwarten.

KZ-MÖRDER UND GESTAPO-SPITZEL ERTEILT GENERALAMNESTIE

Die Durchsetzung des westdeutschen Justizapparates mit Blutjuristen und dessen Ausrichtung auf Bonns Aggressionspolitik und gegen politisch Andersdenkende ist eine der Ursachen, daß es keine echte Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen in Westdeutschland gibt.

Es wurden zwar bis 1. Januar 1964 insgesamt 12 882 Personen wegen NS-Verbrechen angeklagt. Aber nur 5 445 von ihnen, das sind 42 Prozent, wurden verurteilt.

4 033 Angeklagte, d. h. fast jeder 3., wurde freigesprochen. Die Verfahren gegen

2 563 Personen wurden eingestellt. (Angaben aus „Die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland seit 1945“, Bonn 1964).

Der Schutz der Nazi- und Kriegsverbrecher durch Bonn wird besonders augenscheinlich, wenn man das Strafmaß der Verurteilten betrachtet. Die westdeutsche Staatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann stellte fest:

„Eine Mark pro Mord“ oder „zehn Minuten Gefängnis pro angeklagten Mord“. („Der Spiegel“ 1961 Nr. 51). Die sogenannten Schreibtischtäter, deren Federstrich mitunter Hunderttausende von Menschenleben auslöschte, wurden von vornherein von jeder Strafverfolgung ausgeschlossen.

Die Bestrebungen Bonns, allen Kriegs- und Naziverbrechern Generalamnestie zu erteilen, sind so alt wie die Bundesrepublik selbst. Bereits 3 Monate nach ihrer Bildung wurde am 1. Dezember 1949 ein Amnestiegesetz („Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“) verabschiedet. Ihren Höhepunkt fanden

diese Bestrebungen in dem „Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen“, das am 13. April 1965 vom Vertrauensmann der Gestapo-Leitstelle Stettin (Szczecin) und KZ-Mörder von Leau, Bundespräsident Lübke, verkündet wurde.

Danach werden die Verjährungsfristen für Nazi-Mord und Völkermord willkürlich auf den 31. Dezember 1969 festgesetzt. Dieses Gesetz bricht mit allen Normen des Völkerrechts, das keine Verjährungsfristen für Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, keine Verjährungsfristen für Kriegsverbrecher kennt. Es richtet sich gegen den in einer antifaschistischen Weltbewegung zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker, alle Kriegs- und Naziverbrecher gerecht zu bestrafen.

Ausgearbeitet wurde dieses völkerrechtswidrige Gesetz – einer Meldung der amerikanischen Presseagentur UPI vom 18. März 1965 zufolge – von dem bereits mehrfach genannten Gesetzgeber Hitlers, Dr. Josef Schafheutle.

Sie füllten Bluturteile

Berthold TODESSTRAFE FÜR EIN LIEBESVERHÄLTNIS
Wolfg., Dr.
heute: Finanzgerichtsrat in Hannover

Der am 10. August 1911 geborene Paul Berkheim hatte sich jahrelang als Gelegenheitsarbeiter durchs Leben schlagen müssen. Für ihn als „Halbjuden“ war es unter dem Regime der Globkeschen Rassengesetze sehr schwer, eine feste Arbeitsstelle zu finden. Endlich, im Jahre 1941, gelang es ihm, der nach Globkes Namensrecht den zweiten Vornamen Israel tragen mußte, als Hausdiener und Aushilfskellner eine Anstellung zu bekommen. Doch kurze Zeit darauf wurde er wieder aus dem Arbeitsverhältnis gerissen – diesmal für immer.

Paul Berkheim besaß eine „arische“ Freundin. Nach dem „Blutschutzgesetz“ Globkes war das ein Verbrechen, denn nach seinen Paragraphen 2 und 5 war der Verkehr zwischen Juden und „Ariern“ unter Zuchthausstrafe gestellt. In seinem Kommentar zu § 2 des „Blutschutzgesetzes“ schrieb Globke sogar: „Sie (die Nürnberger Gesetze – d. Hrsg.) zwingen den Mischling, den Bastard, zum Aussterben“.

Laut Urteil habe Paul Berkheim „innerhalb eines Zeitraumes von weniger als 5 Jahren drei vorsätzliche Verbrechen begangen . . . Die Gesamtwürdigung der Tat ergibt, daß er ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist.“

Eine ursprünglich vom Sondergericht Berlin verhängte Strafe von sieben

Jahren Zuchthaus war dem Reichsgericht noch nicht hoch genug. Es wurde Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Die Strafsache ging zur nochmaligen Verhandlung nach Berlin.

In dieser zweiten Verhandlung, die am 9. April 1943 vor dem Sondergericht III Berlin stattfand, wirkte der damalige Staatsanwalt Berthold als Ankläger. Auf seinen Antrag wurde Berkheim *„wegen Rassenschande in drei Fällen zum Tode . . . verurteilt“*. (Aktenzeichen: Sond. III 1 DKLs 35/42 – 783/42). Die Urteilsbegründung zeigt, wie gering das Leben eines jüdischen Bürgers von den Nazi-Juristen eingeschätzt wurde. Es heißt dazu u. a.: *„Die Rassenschande ist an und für sich schon ein Verbrechen . . ., das sich gegen den Bestand des deutschen Volkstums richtet . . ., wo sich das deutsche Volk im Kampf um seine vom Weltjudentum bedrohte . . . Zukunft befindet . . . Der Unwert seiner Persönlichkeit . . . läßt seine weitere Duldung . . . als untragbar erscheinen.“*

Dieses Schandurteil wurde bereits vor 4 Jahren vom Ausschuß für Deutsche Einheit in der Dokumentation *„Belohnte Mörder“* veröffentlicht. Inzwischen wurden noch weitere fünf Todesurteile aufgefunden, die die Unterschrift Bertholds tragen. Doch bis heute bekleidet dieser Mörder in der Bundesrepublik völlig ungeschoren seine hohe Stellung als Finanzgerichtsrat. (Siehe Tafel 22)

Dally KONSTRUIERTE MORDVERSUCH

Karl

heute: Landgerichtsdirektor in Duisburg

Der heute in Duisburg lebende und zum Landgerichtsdirektor avancierte ehemalige Nazi-Richter Dally verurteilte am 5. November 1941 vor dem Sondergericht in Bromberg den polnischen Staatsbürger Ignatz Lorenz wegen „Mordversuchs“ zum Tode. (Aktenzeichen: 6 SD KLs. 46/41)

Wenige Tage nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen, als Teile der von den Nazis als 5. Kolonne mißbrauchten deutschen Minderheit massenhaft Sabotageakte im Hinterland der polnischen Truppen begingen, sollte Lorenz auf einen verhafteten „Volksdeutschen“ geschossen haben, der von einem polnischen Bahnschutzmann begleitet wurde. Nach seinen Aussagen dagegen hatte Lorenz, der den beiden Personen durch Zufall begegnet war, einen Schuß in die Luft abgefeuert, als der Verhaftete floh. Weder das Gericht noch die sich widersprechenden Zeugen konnten das Gegenteil beweisen. Trotzdem konstruierte der damalige Nazi-Richter Dally daraus einen Mordversuch. Er sah es als *„erwiesen“* an, daß der Angeklagte aus einem *„niedrigen Beweggrunde“* einen *„wehrlosen Deutschen“*, dessen Schandtaten in dem Urteil schamhaft verschwiegen werden, vernichten wollte. Zwei Jahre nach der angeblichen Tat verurteilte er ihn unter rückwirkender Anwendung der Nazi-Gesetze zum Tode.

Den Gnadenerweis verweigerte Dally ebenfalls. Im ablehnenden Gnadenbericht des Oberstaatsanwalts vom 26. November 1941 mußte noch zugegeben werden: *„Daß Lorenz auf einen flüchtenden Deutschen geschossen hat, konnte nicht festgestellt werden. Hingegen hat das Gericht als erwiesen angesehen, daß Lorenz auf den Verhafteten einen Schuß abgegeben hat . . .“*

Am 20. Januar 1942 wurde das Urteil durch den Scharfrichter vollstreckt.

Dally hat nach bisher unvollständigen Angaben 23 polnische Staatsbürger zum Tode verurteilt. Auf Grund dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde Dally von der polnischen Regierung auf die Kriegsverbrecherliste gesetzt. Von der DDR wurden Dokumente von Dally seit 1959 veröffentlicht. Der Sozialistische Studentenbund Westdeutschlands erstattete schon vor mehreren Jahren Strafanzeige gegen diesen Nazi-Juristen. Trotz der vielen belastenden Beweise stellte die Staatsanwaltschaft in Duisburg das gegen Dally eingeleitete Ermittlungsverfahren am 16. August 1962 (Aktenzeichen: 14 Js 4p9/60) ein. Dally sitzt heute noch in Amt und Würden und darf „Recht“ sprechen.

Dreher SCHÄRFER ALS DAS SONDERGERICHT
Eduard, Dr.

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium Bonn

In der Verhandlung des Sondergerichts Innsbruck am 15. April 1942 beantragte Staatsanwalt Dreher gegen die österreichische Hausiererin Karoline Hauser die Todesstrafe. Frau Hauser hatte von einem Altstoffhändler Kleiderkarten gekauft, die dieser zum Einstampfen geben sollte. Dadurch konnte sie mit Kleidern und Wäschestücken, die seit der nazistischen Okkupation in Österreich zwangsbewirtschaftet wurden, frei handeln. Das Sondergericht folgte dem Antrag Drehers nicht. Es verurteilte Frau Hauser zu 15 Jahren Zuchthaus.

Dreher genügte das nicht. Er wollte unter allen Umständen die Todesstrafe und beantragte die Nichtigkeitsbeschwerde. Das Reichsgericht hob daraufhin den Strafausspruch auf und verwies die Angelegenheit zur neuen Entscheidung nochmals an das Sondergericht Innsbruck. Am 14. August 1942 beantragte Dreher erneut die Todesstrafe. Auch diesmal entsprach das Sondergericht nicht seinem Antrag und verfügte zum zweitenmal 15 Jahre Zuchthaus. Dreher setzte jedoch die Unterbringung in einem „Arbeitshaus“, d. h. in einem Konzentrationslager durch, was meist einem Todesurteil gleichbedeutend war. (Aktenzeichen: KLS. 37/42).

Dreher's Name wurde schon 1959 in der Dokumentation „Wir klagen an“ genannt. Die Publikation wurde dem Bundesjustizministerium und allen wichtigen Justizinstitutionen übersandt. Doch Dreher wurde kein Haar gekrümmt.

Im Gegenteil. Nachdem zwei Beauftragte des Generalstaatsanwalts der DDR in Westdeutschland zwei Todesurteile übergeben hatten, an denen Dreher mitwirkte, avancierte er – gleichsam als Prämierung für seine Verbrechen – vom Ministerialrat zum Ministerialdirigenten.

Als Koordinierungsreferent und Berichterstatter der Großen Strafrechtskommission übt er maßgeblichen Einfluß auf den Strafgesetzbuchentwurf aus. So will er z. B. den Gegnern der Bonner Politik das Wahlrecht nehmen:

„Meines Erachtens geht das Grundgesetz davon aus, daß der Staatsbürger einerseits zwar abstimmen kann, wie er will, daß er andererseits jedoch so abstimmen soll, wie es nach seiner Auffassung für das Wohl des Staates am besten ist. Wenn ein Staatsbürger nun aber sozusagen einen Dolchstoß in den Rücken des Staates führt und damit zeigt, daß er gegen das Wohl der Gemeinschaft eingestellt ist, dürfte es durchaus sinnvoll sein, ihm das Wahlrecht zu nehmen.“ (Protokoll der Großen Strafrechtskommission, Bd. X, S. 253.)

Bei der Beratung des „Landesverrates“ forderte Dreher, im Grundtatbestand ein Gefährdungsdelikt genügen zu lassen: *„An sich hätte ich keine Bedenken, im Grundtatbestand ein Gefährdungsdelikt genügen zu lassen...“* (Ebenda, S. 210). Den Streik sieht Dreher als verbotenes *„Mittel der Parlamentsnötigung“* (Ebenda, S. 261).

Der Rechtsverdrehen und Feind der Demokratie Dr. Dreher ist der Typ eines erfahrenen NS-Juristen, auf den die Bonner Regierung im Interesse ihrer volksfeindlichen Politik nicht verzichten will.

Felmy DIE GESTAPO WAR IHM ZU MILD

Dr.

heute: Staatsanwalt in Oldenburg

Weil er seine alte Mutter nicht verlassen wollte und außer ihr noch eine kranke Schwester ernähren mußte, bat der nicht vorbestrafte Tiefbauarbeiter Franz Koslowski, geboren am 3. September 1912, die zuständigen Okkupationsbehörden der Nazis, ihn nicht nach Deutschland zu verschleppen. Vom Arbeitsamt war ihm versprochen worden, seine Bitte zu berücksichtigen. Er müsse aber bis zum nächsten Tag eine Bescheinigung über Vollbeschäftigung in der Umgebung vorlegen. Als er dieser Aufforderung nachkam, wurde er von einem Angestellten des Arbeitsamtes als arbeitsunwillig bezeichnet, am Kragen gepackt und der Polizei übergeben. Nach Aussagen der Beamten soll es zu einem Handgemenge zwischen beiden gekommen sein.

Der polnische Bürger wurde von der Gestapo einige Wochen in Haft gehalten, dann aber freigelassen, weil man dort laut Urteil den Fall *„als nicht sonderlich schwer“* ansah.

Felmy, der Staatsanwalt beim Sondergericht Graudenz (Grudziadz), war anderer Auffassung. Am 7. November 1941 berichtete er an das Nazi-Justizministerium: *„Der Vorfall ist mir erst durch eine telefonische Mitteilung des Amtsrichters in Neumark am 16. Juni 1941 bekannt geworden, der die Behandlung der Angelegenheit durch die hiesige Staatspolizeileitstelle nicht für ausreichend hielt . . . Es ist mit einem Todesurteil zu rechnen.“*

In der Hauptverhandlung des Sondergerichts Graudenz vom 4. Dezember 1941 stellte Felmy den Antrag auf Todesstrafe gegen den unschuldigen polnischen Bürger. Das Gericht entsprach seinem Antrag. Daraufhin wurde Franz Koslowski am 28. Januar 1942 hingerichtet. (Siehe Tafel 27)

Felmy ist auf der Kriegsverbrecherliste der polnischen Regierung unter der Nummer 80/192 verzeichnet. Seit Februar 1959 wurden vom Ausschuß für Deutsche Einheit 19 Todesurteile, an denen er mitwirkte, veröffentlicht. Doch bis heute sahen Bonn und das Niedersächsische Justizministerium darin keinen Grund, Felmy seines Amtes zu entheben und gerecht zu bestrafen. Auch die Strafanzeige des 1. Vorsitzenden der VVN Niedersachsens, Ludwig Landwehr, vom 2. Mai 1960, fand im Landesjustizministerium keine Beachtung.

Ganser TODESSTRAFE, WEIL SIE EIN KIND BEHERBERGTE
Josef, Dr.

heute: Senatspräsident beim Bundespatentgericht bis April 1965

„Gegen das Urteil vom 30. Juli 1943 erhebe ich . . . außerordentlichen Einspruch!“ So schrieb der Nazi-Jurist Ganser am 4. Januar 1944, als er die Anfechtung eines Urteils begründete, das die Polin Anna Zwarycz freisprach.

Anna Zwarycz hatte im Oktober 1942 ein 18 Monate altes jüdisches Kind aufgenommen, um es vor dem sicheren Tod in den nazistischen Gaskammern zu bewahren. Sie war in erster Instanz am 30. Juli 1943 freigesprochen worden, weil sie *„das Kind offen und für jedermann als jüdisches Kind erkenntlich bei sich gehabt“* habe. Für Ganser, den Oberregierungsrat im Nazi-Justizministerium und Leiter der Abteilung III der Hauptabteilung Justiz im „Generalgouvernement“, war die menschliche Tat von Anna Zwarycz ein todeswürdiges Verbrechen:

„ . . . Diese Vorschrift läßt unschwer erkennen, daß es darauf ankam, die Juden an bestimmte Orte zu binden und ihnen darüber hinaus die Möglichkeit zu nehmen, sich außerhalb dieser Orte aufzuhalten. Deshalb mußte jede Erleichterung eines solchen Aufenthalts durch Gewährung von Unterkunft und Verpflegung . . . als Unterschlupfgewährung . . . angesehen werden . . . Es wäre höchst unbillig, wenn derjenige, der in unverfrorener Weise öffentlich aufnimmt, straffrei ausgehen sollte, während derjenige, der dasselbe heimlich tut,

dem Tode verfallen ist. Demnach kann im vorliegenden Falle nicht zweifelhaft sein, daß die Angeklagte dem jüdischen Kind Unterschlupf gewährt hat."

Ganser erreichte sein unmenschliches Ziel. Frau Anna Zwarycz wurde am 3. März 1944 zum Tode verurteilt. (Siehe Tafel 24)

Auf Gansers „außerordentlichen Einspruch“ wurde auch eine zweijährige Gefängnisstrafe gegen den polnischen Arzt Sigismund Walczynski aufgehoben und in eine Todesstrafe umgewandelt. Ganser schrieb:

„Die gegen den Angeklagten Walczynski erkannte Gefängnisstrafe von zwei Jahren ist völlig unzureichend. Die an einer deutschen Frau vorgenommene Abtreibung stellt eine Beeinträchtigung der Lebenskraft des deutschen Volkes dar . . . Hier ist eine Strafe am Platze, die den gesetzlichen Strafrahmen voll ausschöpft . . .“

Daraufhin wurde Walczynski am 9. Februar 1943 vom deutschen Obergericht Krakau als „Schädling am deutschen Volk“ zum Tode verurteilt.

In einem Interview mit der Münchner „Abendzeitung“ legte Ganser ein erstes Teilgeständnis seiner Mordschuld ab. Im April 1965 mußte Ganser auf Grund der Enthüllungen der DDR pensioniert werden. Der Lohn für seine Verbrechen ist 2 400 DM Monatspension.

Hoogen DURCHHALTEPOLITIK IM TOTALEN KRIEG

Mathias

heute: Wehrbeauftragter des Bundestages

Hoogen legte seine „Bewährungsprobe“ für den Wehrbeauftragten-Posten als Kriegsgerichtsrat der faschistischen Luftwaffe und Oberstabsrichter bei der Kurlandarmee ab. Noch 1944 erteilte Hoogen im Sinne der hitlerschen Durchhaltepolitik Mordbefehle. So beantragte er am 24. April 1944 das Todesurteil gegen den deutschen Soldaten Felix Stolz, Vater von 5 Kindern.

Stolz war es gelungen, vorübergehend aus einer der berüchtigten Feldstrafgefangenenabteilungen zu fliehen.

Der ärztliche Gutachter stellte am 22. April 1944 fest:

„Da die genauen Umstände seiner Fahnenflucht noch gar nicht bekannt seien, ließe sich ein abschließendes Urteil über seinen Geisteszustand zur Zeit der Begehung der Tat nicht mit Sicherheit fällen . . .“

Trotzdem beantragte Hoogen schon 2 Tage später das Todesurteil wegen „Fahnenflucht“.

Auch die Gründe des Verteidigers, Oberleutnant Ostermann, verfehlten auf Hoogen jede Wirkung. Dieser legte seine Stellungnahme am 28. April 1944 noch einmal schriftlich zum Urteil nieder. Darin heißt es:

„Zudem ist zu berücksichtigen, daß sich St. längere Zeit vor seiner Tat in

einer Strafgefangenenabteilung befand, wodurch er vermutlich auch infolge der beschränkten Ernährung (50% der Normalsätze) noch körperlich entkräftet war ... Aus den angeführten Gründen scheint es angebracht, die Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe umzuwandeln."

Doch Felix Stolz wurde am 18. Juli 1944 nach dem Willen Hoogens und des heutigen Oberlandesgerichtsrates in Düsseldorf, *Lefringhausen*, der den Feuerbefehl erteilte, umgebracht. (Siehe Tafel 23)

Nach der Zerschlagung des Faschismus kam Hoogen in Westdeutschland schnell wieder zu Ehren. 1949 wurde er Bundestagsabgeordneter der CDU. 1956 war er führend an der Abwürgung einer Verfassungsbeschwerde gegen das Wehrpflichtgesetz beteiligt. Ausdrücklich begrüßte Hoogen das rechtswidrige KPD-Verbot und bekämpfte aktiv die Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Jahre 1958. Als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages erwarb sich Hoogen besondere „Verdienste“ bei der Reinwaschung des korrupten ehemaligen Kriegsministers Strauß.

Hoogen verhinderte in dieser Funktion auch die Säuberung der Justiz von Nazi-Blutrichtern. Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu drängen. Nach seinem Willen sollten die Diktaturgesetze noch 1964 den Bundestag passieren.

Im Dezember 1964 wurde Blutjurist Hoogen auf den Posten des Wehrbeauftragten im Bundestag gesetzt, um die Bundeswehr reif zu machen, die von ihm mit ausgearbeiteten Notstandsgesetze gegen die westdeutsche Bevölkerung zu praktizieren.

Hüpers TODESSTRAFE WEGEN VERTEIDIGUNG UND NOTWEHR Dr.

heute: *Erster Staatsanwalt in Oldenburg*

Als am 7. September 1939 – sieben Tage nach dem Überfall der Faschisten auf Polen – im damaligen Mönchsee und Dolenhain bekannt wurde, daß deutsche Fallschirmjäger in der Umgebung abgesetzt worden sind, versuchten sich mehrere Einwohner behelfsmäßig zu bewaffnen und die Heimat zu verteidigen. Sie durchsuchten das Gelände nach Fallschirmjägern und die Gehöfte der „Volksdeutschen“ nach Waffen. Dabei nahmen sie zwei Personen fest und brachten sie zur Wache der polnischen Volkswehr.

Es handelte sich dabei um einen legalen Akt der Verteidigung bzw. der Notwehr gegen die Aggressoren und Landfriedensbrecher sowie die mit ihnen im Bunde stehende 5. Kolonne. Hüpers jedoch, erster Staatsanwalt beim Sondergericht Hohensalza (Inowraclaw), forderte gegen Eduard Beger, Stanislaw Koslowski und Jan Roszak am 9. September 1941 wegen „schweren Landtrie-

„Landfriedensbruches“ die Todesstrafe. Drei weitere polnische Bürger wurden wegen „einfachen Landfriedensbruches“ zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilung erfolgte gegen alle Rechtsprinzipien nach einem Gesetz, das zur Tatzeit für die Angeklagten keine Gültigkeit haben konnte. Hüpers nahm am 3. Oktober 1941 zur Frage einer Begnadigung Stellung. Im Faschistenjargon sagte er: „... ich halte eine Begnadigung nicht für tunlich. Bei den Verurteilten Beger, Koslowski und Roszak handelt es sich um gefährliche Rechtsbrecher ..., für die daher in der Volksgemeinschaft kein Raum mehr sein darf.“

Nach bisherigen Ermittlungen war Hüpers an mindestens 26 Mordbefehlen beteiligt. Die Schandtaten Hüpers sind Bonn durch Veröffentlichungen der DDR seit mindestens 1959 bekannt. Der 1. Vorsitzende der VVN Niedersachsens, Ludwig Landwehr, erstattete im November 1961 Strafanzeige gegen Hüpers. Doch nicht Hüpers wurde bestraft, sondern Ludwig Landwehr im Juli 1962 verhaftet.

Krebs TODESSTRAFE, WEIL ER DIE WAHRHEIT SUCHTE

Heinrich, Dr.

heute: Richter am Bundessozialgericht

Bereits vor vier Jahren wies der Ausschuß für Deutsche Einheit nach, daß der frühere Amtsgerichtsrat in Stuttgart, Sachgebiet Hochverrat, Heinrich Krebs, einer der Blutjuristen Hitlers war, die Todesurteile wegen Nichtigkeiten aussprachen. Als Beamter der Staatsanwaltschaft forderte Krebs am 26. Oktober 1943 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Todesstrafe für den Arbeiter Heinrich Fehrentz aus Heidelberg. Fehrentz hatte die Wahrheit, die dem deutschen Volk von den Nazis vorenthalten wurde, gesucht und verschiedentlich ausländische Rundfunksender gehört. Über diese Nachrichten sprach er mit Bekannten. Das war für Krebs ein todeswürdiges Verbrechen.

Die faschistische Ausnahmereverordnung zum Verbot des Abhörens ausländischer Sender sah für Verstöße in der Regel Freiheitsstrafen vor. Aber Krebs wandte diese Verordnung bei seiner Anklage nicht an. Er forderte die Verurteilung wegen „Wehrkraftzersetzung“ auf Grund der berüchtigten Kriegssonderstrafrechtsverordnung und verlangte die Todesstrafe. Alle Milderungsmöglichkeiten ließ er unbeachtet.

Das Todesurteil gegen Heinrich Fehrentz wurde vollstreckt. Im Urteil mußte zugegeben werden, daß er nichts als die Wahrheit gesagt hatte: „Er berichtete von den angeblichen Erfolgen der Russen an der Ostfront, erklärte, Rußland sei von Deutschland überfallen worden und wehre sich um seine Freiheit.“ (Aktenzeichen: OJs 115/43.)

Krebs hätte nicht einmal nach den nazistischen Unrechtsgesetzen die Todesstrafe aussprechen müssen – aber er wollte Nazi-Gegner morden, die die Wahrheit sagten. (Siehe Tafel 25)

Liebau TODESSTRAFE AUF VERDACHT

Dr.

heute: Oberamtsrichter in Seesen

Neunundsechzigmal bekräftigte – nach bisher aufgefundenen Dokumenten – der ehemalige Sachbearbeiter für Sondergerichte im Nazi-Justizministerium und Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan) durch seine Unterschrift die Terrorurteile der Ausnahmegerichte. Vom 9. April 1943 stammt eine Stellungnahme Liebaus über zehn am 27. November 1942 zum Tode verurteilte tschechoslowakische Widerstandskämpfer. Ihnen war zur Last gelegt worden, daß sie Beziehungen zu den alliierten Mächten – Großbritannien und der Sowjetunion – unterhalten und sie über die Verhältnisse in ihrem Heimatland informiert hätten. Darin schreibt Liebau:

„Das Urteil erscheint bedenkenfrei . . . Gegenüber diesem Sachverhalt ist es ohne entscheidende Bedeutung, daß objektiv kein Staatsgeheimnis verraten worden ist . . . Rücksichten auf Familie und Eltern sind gegenüber dem Ausmaß des öffentlichen Interesses nicht entscheidend.“

Neun der tschechoslowakischen Bürger wurden daraufhin am 3. Mai 1943 hingerichtet. (Aktenzeichen: 12 J 184/42 g.)

Auch das Todesurteil gegen die 35jährige Franziska Angermeier, die wegen „Brandstiftung“ angeklagt war – die Tat konnte ihr vom Sondergericht überhaupt nicht nachgewiesen werden –, ging durch die Hände Liebaus. In seiner Stellungnahme vom 16. April 1943 sagt er: *„Die tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen des Urteils sind bedenkenfrei. Die Verurteilte ist aus der Richtung des Tatorts kommend gesehen worden.“* Liebau behauptete, sie sei deshalb überführt, und schreibt weiter: *„... vor allem der Schutz des deutschen Volkes selbst . . . erfordert die Vollstreckung der Todesstrafe.“*

Daraufhin wurde Franziska Angermeier am 7. Mai 1943 dem Henker ausgeliefert. (Aktenzeichen: 1 KLs SO 11/43.)

Dieser schwer belastete Nazi-Jurist wurde vom Bonner Staat offiziell dazu berufen, seine frühere Tätigkeit lediglich mit veränderten Methoden fortzusetzen. Liebau wurde Oberstaatsanwalt an der politischen Sonderstrafkammer in Lüneburg. Seine Anklageschriften glichen mitunter fast im Wortlaut denen der faschistischen Sondergerichte. In einer Anklageschrift vom 4. August 1954 (Aktenzeichen: 2b JS 306/53) gegen zwei Jugendliche heißt es z. B.: *„Es besteht hinreichender Verdacht, daß auch die beiden Angeschuldigten . . . nach dem*

Verbot der illegalen FDJ (Freie Deutsche Jugend – d. Hrsg.) als Mitglieder angehört haben.“

Liebau wurde erst aus seinem Amt abberufen, als die demokratische Öffentlichkeit dies durch Proteste erzwang. Aber selbst dann wollten die westdeutschen Justizbehörden auf den belasteten Nazi-Juristen nicht verzichten. Still-schweigend versetzten sie ihn als Oberamtsrichter nach Seesen.

Meusel TODESSTRAFE, WEIL SIE SICH ESSWAREN BESCHAFFTEN

heute: Landgerichtsdirektor in Göttingen

Die Vettern Drahomir und Miroslaus Moldrzyk, 22 und 21 Jahre alt, tschechoslowakische Staatsbürger, wurden am 27. Mai 1944 vom Sondergericht Bielitz wegen „Kriegswirtschaftsverbrechen“ zum Tode verurteilt. Den Vorsitz hatte in dieser Verhandlung der Nazi-Richter Meusel, vor 1945 Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Breslau (Wroclaw) und Bielitz (Bielsko).

Angesichts der Hungerration für Tschechen hatten sich die jungen Männer über Mittelsleute Bezugscheine für bewirtschaftete Lebensmittel beschafft. Für den Nazi-Richter Meusel und seine Blutrichter-Kollegen war es von vornherein beschlossene Sache, beide als Hauptangeklagte „im Namen des deutschen Volkes“ zum Tode zu verurteilen.

Der Bürgermeister der Gemeinde Dombrau wandte sich mit einem Schreiben an den Verteidiger der beiden Verurteilten:

„Völlig unverständlich verhält sich die hiesige Bevölkerung zu der Tatsache, daß die beiden Moldrzyks zur Todesstrafe verurteilt worden sind . . . Ein Gnadengesuch wird von mir aus als Leiter der Gemeindeverwaltung Dombrau sowohl als auch schon aus dem hier herrschenden Volksempfinden gegen das harte Urteil befürwortet.“

Am 16. Juni stellte sich der Oberreichsanwalt an die Seite Meusels und lehnte die Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde ab.

Nach den bisherigen Ermittlungen war Meusel an 22 Todesurteilen beteiligt.

Neidhard TODESSTRAFE WEGEN PATRIOTISCHER HALTUNG

Friedrich

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium von Baden-Württemberg

Wie „ernst“ es der Bonner Regierung mit ihren Freundschaftsbezeugungen gegenüber dem französischen Volk ist, läßt sich am Fall Neidhard ablesen. Obwohl den zuständigen Regierungs- und Justizbehörden Westdeutschlands

seit Jahren bekannt ist, daß Neidhard Mordbefehle gegen französische Bürger erteilte, wurde er – statt ihn des Amtes zu entheben – 1959 sogar vom Oberregierungsrat zum Regierungsdirektor befördert.

Besonderes Aufsehen erregte die Enthüllung der Strasbourger „Humanité d'Alsace et de Lorraine“, die am 17. Februar 1963 berichtete: Durch den Urteilspruch des Blutjuristen Neidhard am 17. Februar 1943 wurden 13 junge französische Wehrdienstgegner durch ein faschistisches Exekutionskommando in der Nähe des KZ Stuthof ermordet.

Auf die Fragen des Journalisten Hellmut Rieber, Karlsruhe, rechtfertigte Neidhard, der frühere Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Straßburg, dieses Blutbad noch in den Februartagen 1963: *„Es ist ein ordentliches Gericht gewesen. Die Sache ist hier nachgeprüft. Es handelt sich um ein rechtskräftiges Urteil und meiner Erinnerung nach wegen Mord.“* In Wirklichkeit hatten die jungen Franzosen versucht, in die Schweiz zu fliehen, weil sie sich nicht für Hitler gegen das eigene Volk mißbrauchen lassen wollten.

Doch damit ist Neidhards Blutkonto bei weitem nicht erschöpft. Nach bisherigen Ermittlungen liegen von ihm fünf Todesurteile vor. Am 26. November 1943 verurteilte er u. a. die beiden Elsässer Karl Ziller und Robert Eckert wegen angeblicher *„hochverräterischer Umtriebe, Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Beschimpfung des Reichs und Abhörens nichtdeutscher Sender“* zum Tode. (Aktenzeichen: So KLS 193/43.)

Die beiden Verurteilten hatten dem Faschismus Widerstand geleistet. Ziller hatte sich als Elsässer in mehreren Aufrufen gegen die völkerrechtswidrige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im okkupierten Elsaß gewandt. Eckert hatte ebenfalls einen Aufruf gegen die Naziherrschaft verfaßt. Neidhard sprach ihnen das Urteil wegen ihrer patriotischen, demokratischen und im Einklang mit dem Völkerrecht stehenden Haltung. Der Faschist schrieb in dem Urteil: *„Wer die Hand gegen das Reich zu erheben wagt, hat sein Leben verwirkt . . . Auch wenn der entstandene Schaden in Wirklichkeit jedenfalls nicht sehr bedeutend war. Dies ändert nichts . . .“* (Siehe Tafel 26)

Ottersbach JUDEN DER GESTAPO AUSGELIEFERT bis Frühjahr

1965: Staatsanwalt in Lüneburg

Ottersbach gehört zu jenen belasteten Nazi-Juristen, die wegen ihrer „Erfahrungen“ wieder in den politischen Dienst der Adenauer-Justiz gestellt wurden. Als ehemaliger Staatsanwalt am Sondergericht Kattowitz (Katowice) machte er sich im Sinne der Nazis durch seine enge Zusammenarbeit mit der Gestapo besonders verdient.

Am 26. April 1942 verfaßte Ottersbach eine Anklageschrift gegen die polnischen Bürger Jakob Horowitz, geboren am 15. Mai 1896, aus Chrzanow, und die Witwe Reisl Gutfreund, geboren am 28. Dezember 1908, ebenfalls aus Chrzanow. Beide Bürger mußten auf Grund der Globkeschen Rassengesetze den zweiten Vornamen Sara oder Israel tragen.

Nach der faschistischen Okkupation war ihnen die Existenz geraubt worden. Um sich den Lebensunterhalt verdienen zu können, betrieben sie ihren Textilhandel notdürftig in ihrer Wohnung weiter. Da Juden in Polen so gut wie keine Lebensmittel zugeteilt erhielten – 1941 bekamen sie nur 184 Kalorien je Tag, was weniger als zwei Brötchen ausmachte –, tauschten sie Textilien gegen Nahrungsmittel.

Ottersbach forderte deshalb Einziehung der noch verbliebenen kaum nennenswerten Habe und sechs bzw. drei Jahre verschärftes Straflager, was für die jüdischen Menschen den sicheren Tod bedeutete. Der Antrag Ottersbachs gegen Horowitz wurde durch Urteil des Sondergerichts Kattowitz am 10. September 1942 bestätigt. Doch der Unmensch Ottersbach begnügte sich nicht einmal damit. Eigenhändig schrieb er die Auslieferung des polnischen Bürgers Horowitz an die „Staatspolizeileitstelle“ in Katowice aus. Über Frau Gutfreund befindet sich in den Akten lediglich ein Vermerk, daß sie am 15. April 1942 von der Gestapo ins KZ Auschwitz gebracht wurde. Daß auch das Ottersbachs Werk war, geht aus seinem Aktenvermerk vom 10. August 1942 hervor, in dem es heißt:

„Gegen die Gutfreund werde ich die Anklage in der Hauptverhandlung nicht verlesen.“

GEGEN UNSCHULDIGEN POLEN TODESSTRAFE BEANTRAGT

Am 9. Juli 1942 stand der Schuhmacher Vinzent Furmann, geboren am 31. März 1903, vor dem Sondergericht Kattowitz. Ihm wurde Waffenbesitz zur Last gelegt. Während der Vernehmungen hatte Furmann seine Unschuld beteuert. Dann wurde er derart zusammengeschlagen, daß er sogar beim Fotografieren gestützt werden mußte. Während eines solchen „Verhörs“ wurde ein Geständnis von ihm erpreßt, daß jeglicher Grundlage entbehrte. Selbst das Sondergerichtsurteil mußte das zugeben:

„Durch die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung konnte der Angeklagte nicht überführt werden. Der Zeuge Kriminalsekretär Polaczek hat bestätigt, daß der Angeklagte vom Kalfaktor geschlagen worden ist. Die damals abgelegten Geständnisse des Angeklagten konnten daher dem Urteil nicht zugrunde gelegt werden.“

Ottersbach aber beantragte in der Hauptverhandlung des Sondergerichts am 9. Juli 1942 trotzdem die Todesstrafe. Er wollte auf jeden Fall die Ermordung des unschuldigen Menschen. Als selbst das faschistische Sondergericht auf Freispruch erkennen mußte, stellte Ottersbach den Antrag, Vinzent Furmann der Gestapo auszuliefern. Da dieser Willkürakt Ottersbachs zu offensichtlich war, sah sich sogar das Sondergericht Kattowitz, das sonst skrupellos Todesurteile fällte, gezwungen, auch diesen Antrag abzulehnen.

BAR JEDEN MENSCHLICHEN GEFÜHLS

„Hiermit wende ich mich, ein dreizehnjähriges Kind, mit flehender Bitte um Freilassung meiner einzigen lieben Mutter. Wir sind 7 ganz kleine Kinder, mein kleines Brüderchen ist erst drei Monate alt, ich bin ratlos, denn ich habe kein Geld und bin zu klein, die sechs Geschwister allein zu betreuen . . . Ich bin schon selbst krank. Wir sind Waisen ohne Vater und Mutter, denn Vater ist schon seit langen Monaten von uns weg, wir wissen nichts von ihm.“

Diese Worte schrieb die Tochter von Helene Michon, geboren am 22. Juni 1907, und von Roman Michon am 16. Juni 1942 in einem Gnadengesuch nieder, das der Staatsanwaltschaft, also Ottersbach, zugeleitet wurde. Beide Elternteile waren inhaftiert; die Mutter – bis dahin unbestraft –, weil sie gestohlenen Geflügel gekauft hatte, um ihre Familie durchzubringen.

Die polnische Bevölkerung erhielt jahrelang nur ein Drittel der Hungerationen der deutschen Bevölkerung von 1945. Über den Vater geht aus der Akte weiteres nicht hervor.

Ottersbach beantragte in der Hauptverhandlung am 29. Mai 1942 gegen Helene Michon zehn Jahre verschärftes Straflager, dem kaum ein Mensch lebend entkam. Ausgesprochen wurde vom Sondergericht eine Strafe von vier Jahren verschärftem Straflager. Auch dieses Opfer Ottersbachs wurde am 16. Dezember 1942 in das KZ Auschwitz gebracht. Unter dem 3. Mai 1943 teilte die Gestapo dem Oberstaatsanwalt des Sondergerichts Kattowitz mit, daß Frau Michon im KZ Auschwitz „verstorben“ ist.

Ottersbach hatte es in der Hand, die Mutter der sieben Kinder zu retten. Aber er beschwor die furchtbare Tragödie für diese polnische Familie herauf.

Darüber hinaus beantragte Ottersbach nach bisherigen Ermittlungen noch folgende Todesurteile:

am 19. Mai 1942 gegen Eduard Rodak, geboren am 22. Mai 1916, weil er an der Schwarzschlachtung einer Kuh teilgenommen hatte;

am 23. Juli 1942 gegen Bronslawa Ciecierska, geboren am 5. August 1896, und gegen Ottilie Wojcikiewicz, geboren am 8. Februar 1907, weil sie als Bäckereihinhaber an die notleidende Bevölkerung Brot verkauft und die Ver-

käufe durch gefälschte Brotmarken zu decken versucht hatten. Die beiden zuletzt Genannten wurden am 14. August 1942 hingerichtet. (s. Tafel 27)

Trotz dieses Schuldkontos wurde Ottersbach wieder in den westdeutschen Justizapparat eingestellt. Mehr noch, er wurde beauftragt, an der politischen Sonderstrafkammer gegen Friedenskämpfer und aufrechte Demokraten zu Gericht zu sitzen.

Der Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid, Stuttgart, sagte über Ottersbach: *„Dieser Fall ist der übelste und der, der am wenigsten Zweifel oder Entschuldigungen aufkommen läßt. Meines Erachtens hätte die niedersächsische Justizverwaltung die Anstellung von Staatsanwalt Ottersbach ... sofort widerrufen oder anfechten müssen.“* („Der Stern“ vom 7. Juni 1964)

Ottersbach knüpfte unmittelbar an seine Sondergerichtstätigkeit an. Das gab er unumwunden in der rechtswidrigen Hauptverhandlung gegen den DDR-Bürger Paul Butschek am 13. Mai 1960 zu, indem er äußerte:

„Aus Ihrer Inhaftierung in den Jahren 1933 bis 1945 haben Sie nichts gelernt.“

Ottersbach erklärte weiter, man müsse gegen Herrn Butschek, den er als „unverbesserlichen kommunistischen Funktionär“ bezeichnete, ein Exempel statuieren, und beantragte acht Monate Gefängnis. Butschek hatte Gespräche mit DGB-Kollegen geführt!

Am 14. Juni 1961 forderte Ottersbach 51 Monate Gefängnis gegen die westdeutschen Bürger Richard Brenning, Landrat a. D. und Heinz Hilke, Journalist, weil sie in der „Gemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte“ mitgearbeitet haben. In einer siebenstündigen Anklagerede propagierte der Blutrichter die atomare Aufrüstung der Bundeswehr; eine Politik der Verhandlungen bezeichnete er als witzlos.

Über vier Jahre mußten die DDR und demokratische Bürger Westdeutschlands darum kämpfen, daß Ottersbach aus seiner Funktion entfernt wurde. Der niedersächsische Justizminister von Nottbeck, der selbst zur 5. Kolonne Hitlers im damaligen Estland gehörte und nach dem Überfall auf Polen die Hitler-Politik auf wirtschaftlichem Gebiet in Poznan durchpeitschte, stellte sich immer wieder schützend vor den Blutjuristen. Erst im Frühjahr 1965 zog er Ottersbach aus der Schußlinie. Aber nichts wurde bisher getan, ihn vor ein Gericht zu stellen. Im Gegenteil: Er erhält eine hohe Pension.

Ottersbach, der polnische Bürger ermorden ließ, kann in Westdeutschland auf ein neues Schuldkonto zurückblicken: Er wirkte nach noch unvollständigen Feststellungen an der Verurteilung von 21 Patrioten – vorwiegend Frauen, die in der Arbeitsgemeinschaft „Frohe Ferien für alle Kinder“ mitarbeiteten – mit, denen insgesamt 19 Jahre Gefängnis auferlegt wurden.

Rhode TODESSTRAFE ALS „ABSCHRECKUNG“

Werner

heute: *Regierungsdirektor im Justizministerium Schleswig-Holsteins*

Der tschechische Hilfsarbeiter Josef Tyburec war – so sagt das Urteil des Sondergerichts Prag vom 26. Januar 1945 – „als Weichensteller eingeübt“ worden. Auf Antrag des Staatsanwalts beim Sondergericht Prag (Praha), Werner Rhode, erging das Todesurteil, weil der Angeklagte angeblich „vorsätzlich einen Zusammenstoß herbeigeführt und dadurch Sabotage getrieben“ hätte. Bei diesem Unfall war niemand verletzt worden. Trotzdem behauptete das Gericht, dieser Zusammenstoß könne nur mit der Höchststrafe gesühnt werden. Das Gericht gab also zu, daß es selbst nach den Nazi-Gesetzen die Möglichkeit hatte, auf eine geringere Strafe zu erkennen. Als Begründung für die Todesstrafe wurde ein „Abschreckungsbedürfnis“ konstruiert und zynisch hinzugesetzt: „... auch wenn die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten und sein leichter Schwachsinn berücksichtigt werden“.

Vor fünf Jahren haben der Verband der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der ČSSR und der Sozialistische Studentenbund Westdeutschlands gegen Rhode Strafantrag gestellt. Rhode ist auf der Kriegsverbrecherliste der Regierung der ČSSR unter der Nummer A 38/88 verzeichnet. Anfang August 1962 erklärte ein Sprecher des Landesjustizministeriums von Schleswig-Holstein ausdrücklich, daß die Willkürurteile Rhodes bekannt seien. Zynisch bemerkte der Sprecher, daß seine Behörde aber nicht daran denke, Rhode zur Verantwortung zu ziehen.

110 Todesurteile wurden bisher aufgefunden, die die Unterschrift Rhodes tragen. Trotzdem stellte die Staatsanwaltschaft Kiel das gegen Rhode eingeleitete Ermittlungsverfahren am 8. Dezember 1960 (Aktenzeichen: 2 Js 840/59) ein. Rhodes „Erfahrungen“ als Anwalt des Todes sollen in den Dienst des neuen Strafgesetzbuches und der Notstandsdiktatur gestellt werden.

Schüle VERURTEILTER KRIEGSVERBRECHER WURDE

Erwin BONNER NAZI-„JÄGER“

heute: *Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen*

„Im Jahre 1933 trat ich der SA bei und bin seit 1935 Parteigenosse“, das schrieb Erwin Schüle eigenhändig in seinem Lebenslauf am 3. September 1943 „im Felde“.

Welche Rolle er dort spielte, geht daraus hervor, daß er in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Schüle ge-

hörte seit März 1943 als Ordonnanzoffizier der Abteilung IC des Divisionsstabes der 215. Infanteriedivision an, die vor Leningrad die „Politik der verbrannten Erde“ und der Aushungerung der Zivilbevölkerung praktizierte. Unmittelbar vor Kriegsende befehligte er noch eine der berüchtigten Sonderstrafkompanien, und zwar die der 253. Infanteriedivision.

Die Vergangenheit des heutigen Oberstaatsanwalts diene Bonn als Fürsprecher, als Verantwortlicher für die mit großem Propagandaaufwand gebildete Zentralstelle zur Aufklärung der Naziverbrechen eingesetzt zu werden. Ihm war von vornherein die Rolle zugeordnet, die von Bonn seit Bestehen der Bundesrepublik systematisch betriebene Politik des Schutzes der Nazi- und Kriegsverbrecher unter dem Deckmantel der Zentralstelle fortzusetzen. In der Tat wurde auch seit Bestehen der Zentralstelle z. B. nicht einer der Schreibtischmörder vor Gericht gestellt, deren Federstrich mitunter den Tod Tausender und Zehntausender Menschen bedeutete.

Nachdem die Bonner Regierung am 5. November 1964 im Widerspruch zum Willen der Völker und zum Völkerrecht beschlossen hatte, die Nazi- und Kriegsverbrechen im Mai 1965 verjähren zu lassen, sprach sich auch Schüle für die Verjährung aus.

Das „Spandauer Volksblatt“, Westberlin, vom 16. Februar 1965 schrieb zum Fall Schüle:

„Nun wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Schüle als Sachbearbeiter eines Grundbuchamtes, auch in gehobener Amtsstellung, der Bundesrepublik seine wertvollen Dienste widmete. Auch als Eisenbahn- oder Postreferent würde niemand seiner Karriere Hindernisse in den Weg legen. Aber daß die Bundesregierung ausgerechnet den früheren SA-Mann und NSDAP-Kämpfer Schüle zur Aufklärung von Naziverbrechen nach Warschau entsendet, ist einfach mehr als eine unerträgliche Mißachtung der Gefühle aller von den Nazis barbarisch versklavten Völker. Ist denn wirklich niemand mehr an verantwortungsvoller Stelle fähig, Geschmacklosigkeit von Unerträglichkeit zu distanzieren?“ (siehe Tafel 28)

Ein feingespinnnes Netz

Es bedarf wohl keiner Beispiele mehr, um zu beweisen, daß der Bonner Staat mit wenig veränderten Methoden die Terrorjustiz des „Dritten Reiches“ fortsetzt. Nur eines sei noch gezeigt: Wie funktionssicher das Netz der Nazi-Juristen in Westdeutschland gespannt und wie gut die Rollen dabei verteilt wurden.

DER OBERLANDESGERICHTSBEZIRK HAMM

Einer der 18 Oberlandesgerichtsbezirke der Bundesrepublik ist Hamm. Nach dem Handbuch der Justiz 1964 über *„Die Träger und Organe der rechtsprechenden Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland“*, Seite 126, umfaßt dieser Bezirk des Oberlandesgerichts *„die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster sowie vom Regierungsbezirk Düsseldorf die Städte Essen und Kettwig. 10 Landgerichte in Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Detmold, Dortmund, Essen, Hagen, Münster, Paderborn, Siegen“*. Die Justiz dieses Bezirkes trägt die Verantwortung für 8 323 259 Menschen.

TERRORRICHTER AMTIEREN IN DORTMUND...

In Dortmund sitzt in der Strafverfolgungsbehörde der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Ködding, vor 1945 Ankläger in sogenannten Rasseschandesa-chen. Neben Dr. Ködding amtieren dort der ehemalige Erste Staatsanwalt vom faschistischen Sondergericht Wien, Oberstaatsanwalt Pippert, der einstige Kriegsgerichtsrat und jetzige Oberstaatsanwalt Niese und als Erster Staatsanwalt der frühere Ankläger beim Sondergericht Essen, Otto-Wolfgang Schultze. Hinzu kommen der Landgerichtsdirektor Dr. Rudolf Becker, ehemaliger Oberkriegsgerichtsrat der Wehrmachtskommandantur Berlin, ferner der frühere Kriegsgerichtsrat Walter Philippi sowie der frühere Oberamtsrichter Fähndrich vom Sondergericht Kattowitz. Fähndrich verurteilte beispielsweise am 3. Dezember 1942 fünf polnische Bürger in einem Verfahren nach der „Polenstrafrechtsverordnung“ zum Tode. Am 27. Oktober 1944 sprach er das gleiche Urteil gegen Wilhelm und Johann Wieczorek wegen sogenannter Vorbereitung zum Hochverrat.

...IN BIELEFELD...

In Bielefeld, das nur ein Viertel soviel Einwohner hat wie Dortmund, sieht das Bild der „gereinigten Justiz“ noch übler aus. Der dortige Oberstaatsanwalt Depenbrock war schon zur Zeit Hitlers Ankläger beim Sondergericht der gleichen Stadt. Der Erste Staatsanwalt Bellwinkel war sogar Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“. Bellwinkel hat u.a. das Todesurteil gegen den Erfurter Kammermusiker Ernst Fink erwirkt. Der Grund: Fink hatte zwei Bilder des „Führers“ zerschnitten. Die Staatsanwälte Hagmann und Hans Köhne waren Ankläger in „Rassenschandesachen“ in Dortmund.

Landgerichtsdirektor Gerkinsmeyer gewann seine Erfahrung in gleicher Stellung beim faschistischen Sondergericht Posen, Landgerichtsdirektor Dr. Ru-

dolf Heinrich als Kriegsgerichtsrat beim XV. Armeekorps, Landgerichtsdirektor Huber als Landgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund, Landgerichtsdirektor Dr. Keil als Kriegsgerichtsrat, Landgerichtsdirektor Dr. Kuhlmann als Oberfeldrichter usw.

Von den Bielefelder Landgerichtsräten, Oberamtsrichtern und Amtsgerichtsräten, die ihrem „Führer“ bei Kriegs- und Sondergerichten gedient haben, sei an dieser Stelle einer erwähnt: Landgerichtsrat Dr. Regis. Er steht auf der internationalen Kriegsverbrecherliste (Nr. 40/142). Selbst das berüchtigte Gefangenenerlager Oberems und die Haftanstalt Bielefeld werden von einem ehemaligen Oberfeldrichter, Oberregierungsrat Dr. Bernd Holl, geleitet.

... IN BOCHUM ...

Auch Bochum gehört zum Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Diese Kohle- und Eisen-Stadt ist halb so groß wie Dortmund; aber es sitzen hier noch mehr ehemalige Kriegs- und Sonderrichter als in Dortmund. Auf den Posten des Leiters des Strafgefängnisses und der Untersuchungshaftanstalt wurde ein Mann geschoben, der als Erster Staatsanwalt für politische Strafsachen in der tschechisch-böhmischen Bezirksstadt Leitmeritz (Litomeřice) für die faschistischen Okkupanten tätig war, Oberregierungsrat Heinz Esser.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Hüntemann war ebenfalls in der Kriegszeit Staatsanwalt für politische Strafsachen, und zwar beim Oberlandesgericht Hamm. Sein Kollege, Oberstaatsanwalt Schäper, war Ankläger beim Sondergericht in Brünn; vier Todesurteile „wegen Feindbegünstigung“ – also wegen Begünstigung von Tschechen durch Tschechen! – erwirkte er allein am 23. Februar 1944.

Der Erste Staatsanwalt Schlaf war Ankläger beim Sondergericht Dortmund, der Landgerichtsdirektor Dr. Boes Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen, die Landgerichtsdirektoren Hähnert und Dr. Witzig Kriegsgerichtsräte. Durch Hähnerts Richtspruch wurde noch am 6. März 1945 Gerhard Wagner erschossen. Hähnert hatte ihn zwei Tage vorher „wegen Feigheit“ zum Tode verurteilt.

... IN MÜNSTER ...

Werfen wir noch einen Blick auf eine weitere Stadt des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm, auf Münster. Der dortige Landgerichtsdirektor Bödding war im Hitlerstaat Landgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld. Oberstaatsanwalt Duhme Ankläger beim gleichen Sondergericht, Oberverwaltungsgerichtsrat Hönnekes war Kriegsgerichtsrat, Sozialgerichtsrat Dr. Kieler Oberamtsrichter beim Sondergericht Oppeln und Oberstaatsanwalt Dr. Knippenberg Ankläger beim Sondergericht Dortmund.

Der Erste Staatsanwalt Niemer, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Roesler und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Wildt waren Spezialisten für politische Strafsachen; Niemer als Erster Staatsanwalt in Hamm, dem Sitz des Oberlandesgerichts, Roesler als Oberlandesgerichtsrat in Posen, Wildt als Staatsanwalt in Kassel.

Der Staatsanwalt Rosendahl hat als Ankläger beim Sondergericht in Thorn eine ganze Reihe von Todesurteilen erwirkt und der Erste Staatsanwalt Schwarze beim Sondergericht Halle. Seine Personalakten sagen u. a. aus, daß er im Kriege vom Wehrdienst „freigestellt“ war „zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben“. Schwarze wurde auch am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, ging in die SA, wurde förderndes Mitglied der SS, Rechtsberater im Sturmbann I/174, Geschäftsführer beim Kreisgericht der NSDAP, Kreisstellenleiter für Propaganda und Schulung, Kammervorsitzender des Kreisparteigerichts usw.

... UND IN HAMM

Richtungweisend und verbindlich für die Spruchpraxis der Land- und Amtsgerichte ist die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte. Das für Dortmund, Bielefeld, Bochum und Münster zuständige Oberlandesgericht ist das in Hamm.

In Hamm sitzen gleich vier Oberstaatsanwälte in Amt und Würden, die aus der faschistischen Strafjustiz hervorgegangen sind. Sie alle hätten nach den Kontrollratsgesetzen entlassen werden müssen. Oberstaatsanwalt Dr. Göke war während des Krieges Ankläger beim Sondergericht Bielefeld, die übrigen drei wüteten bei Sondergerichten hinter der „Ostfront“: Stähler in Danzig (Gdansk), Wälzholz und der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Gugler in Breslau (Wroclaw).

Bisher sind über 30 Todesurteile aufgefunden worden, die auf Antrag Stählers ausgesprochen wurden, darunter eine ganze Reihe gegen Frauen. Noch im letzten Kriegsjahr erwirkte er an einem einzigen Tag sechs Todesurteile „wegen Beihilfe zur Fahnenflucht“. Unter diesen Verurteilten befand sich eine Frau. Viele Angeklagte stempelte er wegen geringer Vergehen zu „Volksschädlingen“ und lieferte sie dem Henker aus.

Zu den leitenden Anklagevertretern in Hamm gesellen sich solche Richter des Oberlandesgerichts wie die Senatspräsidenten Laube, ehemals Staatsanwalt für politische Todesurteilssachen im Nazi-Justizministerium, und Dr. Rein, schon zur Hitlerzeit Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Dortmund. Dazu kommen Oberlandesgerichtsräte wie Boenicke, früher in der Abteilung für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium tätig, Branz und Lindemann, damals Landgerichtsräte beim Sondergericht Dortmund, Helmut John, früher Kriegsgerichtsrat der 20. Panzerdivision, Prof. Dr. Peters, in der Nazizeit Erster

Staatsanwalt, Sonderreferent für politische Strafsachen beim Generalstaatsanwalt in Köln, u. a.

Verständlich ist, daß diese leitenden Nazi-Juristen jede Gelegenheit benutzen, um ihre alten Komplizen wieder in Stellungen zu bringen, in denen sie ihren Einfluß möglichst ungehindert ausüben können. Das geschah auch im Fall des ehemaligen Oberstabsrichters Dr. Siegfried Wehdeking, Richter der 999er Strafgefangenenbrigade. Wehdeking, so heißt es in seinen Personalakten, gab sich „unendliche Mühe . . ., die Flüchtigen zu fassen“. Diesem Kriegsrichter wurde ein Posten zugeschoben, der ihm die Möglichkeit gibt, im gleichen Sinne, wenn auch im anderen Gewande, zu wirken: als Strafanstaltspfarrer im Gefängnis von Werl. Und Werl gehört ebenfalls zum Oberlandesgerichtsbezirk Hamm.

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres sind noch 16 weitere ehemalige Sonder- und Kriegsrichter im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm festgestellt worden. Ihre Namen wurden in der Dokumentation des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Bonn sanktioniert Kriegsverbrechen“ im November 1964 veröffentlicht. Bedarf es noch eines Beweises, daß es in den anderen Oberlandesgerichtsbezirken Westdeutschlands ähnlich aussieht?

EIN UNHEILVOLLER VERSTOSS

Der bürgerliche englische Journalist Sefton Delmer schätzte diese gefährliche Entwicklung bereits 1957 folgendermaßen ein:

„Von all den Verstößen gegen die alliierten Pläne, die Dr. Adenauer in den acht Jahren, die er bereits an der Macht ist, sanktioniert hat, ist nach meiner Meinung diese Wiedereinsetzung der Terrorrichter Hitlers am unheilvollsten. Denn es besteht die ständige Gefahr, daß diese Männer, die einst Steigbügelhalter gewesen sind, bereit sein werden, abermals Steigbügelhalter zu sein!“

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Wien, kam 1965 zu der Schlußfolgerung:

„Die Tatsache, daß fast zwanzig Jahre nach der Kapitulation des ‚Dritten Reiches‘ das Problem der Naziverbrechen noch immer nicht in befriedigender Weise gelöst worden ist, daß es die zwischenstaatlichen Beziehungen vergiftet und eine Bedrohung der Zukunft darstellt, rührt daher, daß die Deutsche Bundesrepublik sich weigert, die Grundsätze ihres Strafrechtes und dessen praktische Anwendung den Prinzipien anzupassen, die sowohl vom Internationalen Recht als auch durch die Jurisdiktion aller zivilisierten Länder allgemein anerkannt werden.“

Es ist unbestritten: Der Bonner Staat hielt zu jeder Zeit und in jeder Beziehung seine Hände schützend über die Mörder in den Richterroben.

Nazi-Juristen prägen die Bonner Justiz

Die folgende Liste nennt weitere Nazi-Juristen im Dienste des Bonner Staates und im Justizapparat von Westberlin

- Abbott** geb. 28. 7. 1913
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Danzig (Gdansk)
heute: Erster Staatsanwalt in Koblenz
- Adam, Otto** geb. 10. 10. 1899
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Köln
heute: Arbeitsgerichtsrat in Bonn
- Ahlborn, Alfred** geb. 20. 12. 1906
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart
- Aichinger, Rudolf** geb. 13. 9. 1904
früher: Oberfeldrichter bei der 6. Panzer-Armee
heute: Rechtsanwalt in Weißenburg
- Albani, Theodor** geb. 3. 10. 1906
früher: Oberstabsrichter
heute: Amtsgerichtsdirektor in Detmold
- Albrecht** geb. 12. 2. 1905
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Duisburg
heute: Amtsgerichtsrat in Mönchen-Gladbach
- Albrecht, Rudolf, Dr.** geb. 5. 2. 1903
früher: Oberfeldrichter, Kommandantur der rückwärtigen Gebiete 540
heute: Rechtsanwalt in München
- Alff** geb. 31. 3. 1902
früher: Oberstabsrichter
heute: Oberstaatsanwalt in Flensburg
- Althanns, Moritz, Dr.** geb. 19. 11. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Leipa (Ceska Lipa)
heute: Landgerichtsdirektor in Bamberg
- Amedick, Dr.** geb. 3. 2. 1907
früher: Landgerichtsrat in Dordmund; beteiligt an „Rassenschande“-Urteilen
heute: Landgerichtsdirektor in Paderborn
- Anger, Dr. Dr.** geb. 1. 7. 1902
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Leipzig
heute: Erster Staatsanwalt in Essen
- Ankenbrand, Otto, Dr.** geb. 19. 2. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg-Fürth
heute: Amtsgerichtsrat in Erlangen
- Arland, Friedrich** geb. 22. 8. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag (Praha)
heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg
- Axt, Otto** geb. 11. 2. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 182. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Darmstadt
- Aumüller, Gustav, Dr.** geb. 27. 10. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 5. Gebirgs-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Würzburg
- Augat** geb. 11. 8. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Landgerichtsrat in Kiel
- Arnold, Heinrich, Dr.** geb. 1. 11. 1908
früher: Oberstabsrichter bei der 174. und 209. Inf.-Division, Armeeoberkommando H. Standortkommandantur Paris, 16. und 464. Division
heute: Rechtsanwalt in Memmingen
- Arndt** geb. 22. 10. 1909
früher: Landgerichtsrat in Mainz, Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Koblenz
- Bähr, Dr.** geb. 16. 9. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Celle und Hannover
heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Baitinger, Gustav geb. 13. 9. 1908
früher: Staatsanwalt in Stuttgart, 3. November 1931 Mitglied der NSDAP, Gaustellenleiter im Gaurechtsamt der NSDAP
heute: Amtsgerichtsdirektor in Ulm

Bakenhus geb. 10. 5. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 379
heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Bandel, Robert, Dr. geb. 18. 2. 1908
früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“
heute: Oberamtsrichter in Kehl

Barbier, Erich geb. 17. 12. 1908
früher: Heeresrichter bei der 46. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Frankenthal

Baring, Eberhard geb. 23. 6. 1911
früher: Oberstabsrichter
heute: Senatspräsident beim Landesozialgericht in Celle

Bartz, Hans, Dr. geb. 1. 7. 1901
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Frankenthal
heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Bauknecht, Dr. geb. 29. 11. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Luxemburg
heute: Präsident des Justizprüfungsamtes in Mainz

Baumgartl, Anton geb. 30. 4. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Silberk, 1931 Mitbegründer der Grenzlandjugend der DNP, SS-Sturmabführer, SS-Richter in Warschau (Warszawa)
heute: Amtsgerichtsrat in Regensburg

Bäumler, Josef, Dr. geb. 7. 2. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg
heute: Amtsgerichtsdirektor in Amberg

Becker, Heinrich, Dr. geb. 15. 9. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Köln, 1944 Den Haag
heute: Landgerichtspräsident in Bonn

Becker, Rudolf, Dr. geb. 28. 10. 1903
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachts-Kommandantur Berlin
heute: Landgerichtsdirektor in Dortmund

Beer, Herbert, Dr. geb. 8. 12. 1909
früher: Amtsgerichtsrat in Pilsen (Plzn), Rechtsberater der NSDAP
heute: Amtsgerichtsrat in Arolsen

Behne, Heinrich geb. 12. 11. 1907
früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Senatspräsident beim Landesozialgericht Essen

Behr, Bernhard, Dr. geb. 7. 7. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Behrendt, Dr. geb. 4. 10. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Magdeburg
heute: Amtsgerichtsrat in Gütersloh

Beinhorn, Hans-Joachim geb. 12. 5. 1910
früher: Oberkriegsgerichtsrat der Kommandantur Berlin
heute: Oberlandesgerichtsrat in Braunschweig

Beismann, Dr. geb. 7. 9. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 166. Division Marburg
heute: Landgerichtsrat in Paderborn

Bellebaum, Dr. geb. 9. 11. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
heute: Oberstaatsanwalt in Duisburg

Bellwinkel geb. 1. 9. 1904
früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“
heute: Erster Staatsanwalt in Bielefeld

Benker, Hans geb. 11. 4. 1907
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Nürnberg
heute: Landgerichtsrat in Schweinfurt

Berger, Hugo, Dr. geb. 24. 9. 1897
früher: Kriegsgerichtsrat – Feldkommandantur 238. und 408. Division
heute: Bundesrichter des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichtes

- Bergmann, Leo** geb. 22. 7. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg
- Berlin, Fritz** geb. 31. 5. 1914
früher: Geheime Feldpolizei
heute: Amtsgerichtsrat in Bad Mergentheim
- Berner, Ludwig** geb. 1. 10. 1912
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht I Prag (Praha)
heute: Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof
- Bernzen, Alphons, Dr.** geb. 24. 7. 1910
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Staatsanwalt in Lübeck, versetzt in den Bundesdienst
- Berthold, Wolfgang, Dr.** geb. 13. 6. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin
heute: Finanzgerichtsdirektor in Hannover
- Bertram** geb. August 1907
früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium
heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium
- Bessler** geb. 2. 7. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bromberg (Bydgoszcz)
heute: Amtsgerichtsrat in Herford
- Bessler, Johann, Dr.** geb. 29. 6. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg
heute: Oberlandesgerichtsrat in Bamberg
- Beyer, Gerhard, Dr.** geb. 17. 5. 1903
früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht III Berlin
heute: Oberlandesgerichtsrat Frankfurt/Main
- Beyer, Paul, Dr.** geb. 20. 11. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 178. Inf.-Division Liegnitz (Legnica)
heute: Amtsgerichtsdirektor in Nürnberg
- Beyling, Günter** geb. 2. 6. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Linz
heute: Staatsanwalt in Hamburg
- Bilfinger, Dr.** geb. 20. 5. 1903
früher: SS-Obersturmbannführer, 1934 Gestapo-Leitstelle Stuttgart, 1937 Regierungsrat im Hauptamt der Sicherheitspolizei Heydrichs (siehe Tafel 29)
heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Mannheim
- Blanck, Walter** geb. 17. 6. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Amtsgerichtsrat in Traunstein
- Blohm, Hermann** geb. 30. 3. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hannover
heute: Staatsanwalt in Hildesheim
- Blumenhagen** 27. 8. 1907
früher: Marineoberkriegsgerichtsrat Sicherung Ostsee
heute: Landgerichtsrat in Oldenburg
- Bock, Hans, Dr.** geb. 7. 2. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof
- Bock, Werner** geb. 10. 9. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Sankt Pölten
heute: Amtsgerichtsrat in Oldenburg
- Bockhorn** geb. 6. 10. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin
heute: Amtsgerichtsrat in Kiel
- Bockisch** geb. 3. 8. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur der 1. Flak-Division
heute: Landgerichtsrat in Kiel
- Bödding** geb. 10. 10. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld
heute: Landgerichtsdirektor in Münster
- Boehr, Dr.** geb. 5. 12. 1900
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 346. Inf.-Division
heute: Landgerichtsrat in Hannover
- Boenicke** geb. 18. 8. 1907
früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III, politische Strafsachen
heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamm

Boes, Dr. geb. 13. 2. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen
heute: Landgerichtsdirektor in Bochum

Bogenrieder, Alfons, Dr. geb. 3. 10. 1900
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart
heute: Ministerialrat im Justizministerium Baden-Württemberg

Böhm, Edgar, Dr. geb. 18. 1. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Leitmeritz (Litomerice)
heute: Amtsgerichtsrat in Eschwege

Bolley, Dr. geb. 27. 3. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hagen und Dortmund
heute: Staatsanwalt in Essen

Böllinghaus, Friedrich geb. 26. 3. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat beim Luftgau II, Warschau (Warszawa)
heute: Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf

Bollmann, Alfred geb. 9. 9. 1905
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Feldgericht des Führers der Seeluftstreitkräfte West
heute: Erster Staatsanwalt in Lüneburg

Bonnekamp, Dr. geb. 25. 9. 1913
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Düsseldorf
heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Bonnemann, Josef 10. 3. 1900
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Koblenz
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor bei der Bundesdisziplinarkammer in Frankfurt/Main

Börner geb. 24. 11. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt/Main
heute: Amtsgerichtsrat in Hochheim

Bordfeld, Ferdinand, Dr. geb. 3. 2. 1908
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 306. Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Königswinter

Borgmann, Eberhard geb. 17. 3. 1911
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 399
heute: Staatsanwalt in Osnabrück

Böttger, Dr. geb. 7. 7. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Jena
heute: Amtsgerichtsrat in Nienburg

Brandstetter, Elmar, Dr. geb. 16. 4. 1908
früher: Oberfeldrichter - Oberkommando des Heeres
heute: Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof

Brandt geb. 1. 7. 1908
früher: Oberkriegsgerichtsrat
heute: Amtsgerichtsrat in Hameln

Brem, Walter geb. 13. 12. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg-Fürth
heute: Landgerichtsdirektor in Fürth

Bretzfeld, Heinz
früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe bei der Vollstreckungsabteilung der Feldgerichte des kommandierenden Generals und Befehlshabers im Luftgau III, Berlin-Charlottenburg
heute: Rechtsanwalt in Rotenburg

Brinz, Arnold geb. 19. 6. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 1019
heute: Amtsgerichtsrat in Miesbach

Brumm geb. 7. 8. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Schwerin
heute: Landgerichtsdirektor in Stade

Brunsch geb. 29. 4. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Konitz (Chojnice) und Bromberg (Bydgoszcz)
heute: Amtsgerichtsrat in Krefeld

Bruntsch geb. 3. 3. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Freiberg und Referent für Hochverratsachen im Nazi-Justizministerium
heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund

- Buchholz, Herbert** geb. 23. 11. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 156. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Trier
- Buck, Roland** geb. 18. 6. 1903
früher: Marine-Oberstabsrichter Sicherung Ostsee
heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg
- Bücklein, Georg** geb. 23. 2. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht III München
heute: Oberlandesgerichtsrat in München
- Buhl, Hans, Dr.** geb. 14. 1. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Danzig (Gdansk)
heute: Amtsgerichtsdirektor in Ansbach
- Bühler, Hanns** geb. 16. 5. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart
heute: Landgerichtsdirektor in Heilbronn
- Bujnoch, Leo, Dr.** geb. 19. 5. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Troppau (Opava)
heute: Amtsgerichtsrat in Kempten
- Bülow, Hennecke von, Dr.** geb. 23. 4. 1908
früher: Oberstabsrichter bei der 32. und 72. Inf.-Division
heute: Regierungsrat in der Strafanstalt Ziegenhain
- Büngener, Claus, Dr.** geb. 29. 4. 1901
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Freiberg
heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund
- Burchardt** geb. 9. 6. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Düsseldorf
heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf
- Bürger, Dr.** geb. 20. 9. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Linz
heute: Staatsanwalt in Wuppertal
- Buri** geb. 4. 11. 1911
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III
heute: Verwaltungsgerichtspräsident in Sigmaringen
- Busch, Dr.** geb. 19. 6. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht Dresden, Senat für Hochverrats-sachen
heute: Senatspräsident in Neustadt a. d. Weinstraße
- Bussert, Rudolf, Dr.** geb. 22. 9. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 462. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Bielefeld
- Butz, Hans** geb. 6. 1. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kulmsee, 1933 Mitglied der NSDAP, Sachbearbeiter für „Rassen- und Familienkunde“ in Kulmsee
heute: Amtsgerichtsrat in Goslar
- Carmins, Erich, Dr.** geb. 24. 8. 1906
früher: Landgerichtsrat in Krumau (Cesky Krumlow), Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“
heute: Amtsgerichtsrat in Nürnberg
- Carstensen, Otto, Dr.** geb. 11. 4. 1904
früher: Amtsgerichtsrat in Ratzeburg, 1931 NSDAP, Gauhauptstellenleiter, Leiter des Amtes für Rechtspolitik, stellv. Gau-rechtsamtsleiter, stellv. Gauführer
heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig
- Chaluppa, Johannes** geb. 29. 10. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
heute: Arbeitsgerichtsrat in Köln
- Christ, Dr.** geb. 18. 7. 1900
früher: Korpsrichter des Chefs der Militärverwaltung Frankreich
heute: Staatsanwalt in Braunschweig
- Clauditz, Rudolf** geb. 20. 1. 1899
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 461. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Hildesheim
- Claussen, Kai** geb. 1. 4. 1910
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Hamburg
- Clemens, Dr.** geb. 27. 1. 1913
früher: Oberstabsrichter
heute: Amtsgerichtsrat in Annweiler

Collani, Hans-Joachim von geb. 13. 3. 1909
früher: Marinekriegsgerichtsrat, Minen-
suchverbände Ost
heute: Landgerichtsrat in Lüneburg

Collet, Josef geb. 23. 7. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Saarbrücken
heute: Landgerichtsdirektor in Saar-
brücken

Cordier geb. 30. 7. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sonderge-
richt Kassel
heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt
(Main), Leiter der Anwaltschaft

Coenen, Hans-Wolf, Dr. geb. 5. 11. 1907
früher: Oberfeldrichter bei der 16. und
31. Inf.-Division
heute: Senatspräsident beim Landes-
sozialgericht Stuttgart

Creifelds, Karl, Dr. geb. 3. 4. 1907
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-
Justizministerium
heute: Senatsrat für Justiz in Westberlin

Cünnen geb. 12. 11. 1911
früher: Gerichtsassessor beim Sonder-
gericht Köln
heute: Staatsanwalt in Köln

Czesla geb. 1. 12. 1903
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Amtsgerichtsrat in Pünneberg

Däubler, Helmut geb. 21. 1. 1904
früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-
Justizministerium Abt. VII
heute: Senatspräsident in Stuttgart

Dassler, Gerhard, Dr. geb. 8. 11. 1905
früher: Landgerichtsrat und Ankläger
beim Sondergericht Dresden
heute: Landgerichtsrat in Karlsruhe

Damman, Marcus geb. 8. 3. 1914
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Hamburg
heute: Oberlandesgerichtsrat in Ham-
burg

Dally geb. 14. 9. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Bromberg (Bydgoszcz)
heute: Landgerichtsdirektor in Duisburg

Dallinger, Dr. geb. Juli 1908
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium
heute: Ministerialdirigent im Bundes-
justizministerium

Dede, Christian geb. 26. 8. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Weimar
heute: Landgerichtsdirektor in Hannover

Dehns, Eduard geb. 8. 8. 1908
früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe
heute: Amtsgerichtsrat in Ahrensburg

Depenbrock geb. 17. 12. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Bielefeld
heute: Oberstaatsanwalt in Bielefeld

Derks, Hermann, Dr. geb. 25. 8. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Würzburg
heute: Landgerichtsdirektor in Augsburg
und zum Ständigen Vertreter des Landge-
richtspräsidenten bestellt

Dettmar, Helmut, Dr. geb. 9. 11. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 180.
Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Cuxhaven

Dewitz, von geb. 18. 10. 1907
früher: Kriegsgerichtsrat beim Luftgau
III, Berlin
heute: Amtsgerichtsrat in Köln

Diderichs, Dr. geb. 17. 3. 1906
früher: Oberstabsrichter bei der 8. Pan-
zer-Division
heute: Staatsanwalt in Münster

Dietrich, Dr. geb. 31. 5. 1900
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kom-
mandantur Berlin
heute: Amtsgerichtsrat in Frankfurt/Main

Dinkelacker, Helmut geb. 30. 11. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Stuttgart
heute: Regierungsdirektor im Justiz-
ministerium Baden-Württemberg

Dittrich geb. 2. 8. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Breslau (Wroclaw)
heute: Amtsgerichtsrat in Gießen

Dobisch, Rudolf, Dr. geb. 4. 8. 1904
früher: Regierungsrat in Königinhof
(Dvůr Králové), Mitglied der SdP, seit 1938
SA-Hauptsturmführer
heute: Verwaltungsgewichtsrat in Münster

Doerr, Dr. geb. 3. 11. 1902
früher: Oberamtsrichter beim Sonder-
gericht Darmstadt
heute: Landgerichtsdirektor in Darm-
stadt

Döge, Hans, Dr. geb. 29. 3. 1913
früher: Oberstabsrichter – 23. Armee-
korps
heute: Regierungsdirektor beim Bundes-
disziplinarhof

Döllen, August von geb. 17. 8. 1899
früher: Kriegsgewichtsrat bei der 180.
Division Bremen
heute: Landgerichtsdirektor in Olden-
burg

Dölves, Heinrich geb. 28. 4. 1903
früher: Kriegsgewichtsrat
heute: Oberamtsrichter in Wuppertal

Doms, Wilhelm, Dr. geb. 4. 6. 1911
früher: Oberstabsrichter bei der 36.
Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Freiburg/Br.

Dorer, Karl geb. 1. 6. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Stuttgart
heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart

Dossmann, Georg, Dr. geb. 6. 12. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Straßburg (Strasbourg)
heute: Landgerichtsrat in Mannheim

Dreher, Dr. geb. April 1907
früher: Erster Staatsanwalt beim Son-
dergericht Innsbruck
heute: Ministerialdirigent im Bundes-
justizministerium

Drews, Richard, Dr. geb. 29. 3. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Dresden
heute: Landgerichtsrat in Hagen

Drinkuth, Dr. geb. 5. 1. 1897
früher: Feldkriegsgewichtsrat bei der
Kommandantur Berlin
heute: Rechtsanwalt in Bad Pyrmont

Duhme geb. 4. 3. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Bielefeld
heute: Oberstaatsanwalt in Münster

Dümmler, Ludwig geb. 4. 3. 1909
früher: Oberregierungsrat im Nazi-
Justizministerium
heute: Amtsgerichtsrat in Hassfurt

Dürwanger, Karl geb. 23. 12. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Brünn (Brno)
heute: Amtsgerichtsrat in Nürnberg

Dyckmanns, Franz geb. 13. 6. 1905
früher: Kriegsgewichtsrat bei der Kom-
mandantur Kaiserslautern
heute: Amtsgerichtsrat in Kaiserslau-
tern

Ebersberg geb. Juli 1911
früher: Erster Staatsanwalt im Nazi-
Justizministerium
heute: Ministerialrat im Bundesjustiz-
ministerium

Ebmeyer geb. 29. 12. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Bielefeld
heute: Oberamtsrichter in Bielefeld

Eckert, Herbert, Dr. geb. 15. 10. 1905
früher: Kriegsgewichtsrat bei der 432.
Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Oldenburg

Eder, Hugo, Dr. geb. 18. 4. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht München
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Ehlers, Ernst geb. 16. 10. 1909
früher: 1938 Leiter der Hauptabteilung
II/22 im Reichssicherheitshauptamt (Sicher-
heitspolizei), 1940 Leiter der Staatspolizei-
stelle in Liegnitz (Legnica), 1941 Beauftrag-
ter des Chefs der Sicherheitspolizei für Bel-
gien und Nordfrankreich
heute: Verwaltungsgewichtsrat beim
Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Geheime Staatspolizei

Staatsschutzstelle Kattowitz
Br.-Nr. IV Ss - 858/44

Bitte bei Antwort vorstehendes Geschäftszeichen
und Datum anzugeben.

(9a) Kattowitz, den
Strasse der SA. Nr. 49
Telefon Nr. 32923-7

26. Juni

1944

Staatsanwaltschaft
beim Landgericht Teschen

Empf. 30. JUNI 1944

Bearb. Dr. Amt.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt
in T e s c h e n

Betrifft: Standgerichtssache gegen Stanislaus F i g w e r, geb.
5.4.1923 in Jaworzno.

Vorgang: Dort. Aktz.: VRs. 502/43.

Gegen den Strafgefangenen Stanislaus F i g w e r schwebt
hier ein Standgerichtsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.
Er hat hier Todesstrafe zu erwarten.

Ich bitte, Figwer dem Standgericht bei der Staatspolizeileit-
stelle Kattowitz zu überstellen und ihn nach dem Konzentrationsla-
ger Auschwitz zu meiner Verfügung zu überführen. Den Tag der Über-
führung bitte ich mir mitzuteilen.

Dr. Mümmel

D.

Br. 502/43

TAFEL 17

0256

Kdo. II

Berlin, den 20. Okt. 1944.

Betr.: Hptm. Boosfeld.

An

P 2a.

Major Siegmund. Hptm. Boosfeld unmittelbar Vortrag führen

Wie GenLt. Göhrum heute in Gegenwart von Major Siegmund
vortrag, bittet er darum, den Hptm. Boosfeld, der die 4-Werbung
in Berlin auf die Beine gebracht hat und gute Verbindungen be-
sitzt, etwa noch 8 Wochen in Berlin zu belassen, bevor er seine
neue Dienststelle im Westen antritt.

Bitte um Vorlage Erlassentwurf.

I.V.

Heinrich

Bewerbung um Verwendung in der Sicherheitspolizei und im SD für die Kolonien.

Name: **H o f f m a n n**

Vorname: **Max,**

geboren am: **9.11.07** in: **Breslau**

↳ Dienstrang: **Sturmbannführer**

Pol.-Dienststellung: **Regierungsrat**

Dienststelle: **Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD**

Bei Abordnung auch Heimat-

dienststelle: **Reichssicherheitshauptamt, Amt IV.**

Wohnung (Ort, Strasse): **Berlin-Zehlendorf,
Planettastr. 4.**



Familienstand (led., verh., gesch., verw.): **verheiratet**

Kinder (Zahl, Alter): **2 K., 3 Jahre und 7 Jahre.**

Schulbildung (Abschlussprüfung):
Abitur,

Berufsausbildung (vor Eintritt in Polizei oder SD):

**Juristisches Studium, Gerichtsreferendar,
Gerichtsassessor,
Regierungsassessor,**

Polizeiliche Prüfungen: (auch Sonderausbildung)
keine besonderen Prüfungen

Sprachkenntnisse (geläufig od. schulmässig):

**schulmässig: französisch,
englisch,
russisch,**

Technische Kenntnisse (Führerschein, Zeichnen, funktechn. Kenntnisse):

Führerschein III. Klasse, (früher III b).

Sichere dienstlich, dass ich die vorstehenden Fragen wahrheitsgemäss beantwortet habe.

..... *Max Hoffmann*
(Eigenhändige Unterschrift)

Der Chef der Ordnungspolizei

Berlin, den
Sept. 1944

Sept. 1944

00253

Chief Kdo. :	Genl. Flade i. V.
Kdo. II :	Oberst Abeßer i. V.
Gr.-L. :	Oberstlt. Hühne i. V.
U. Gr. L. :	Oberstlt. Hühne
Sachb. :	Hptm. Jaster i. V.

[illegible]

Hermann Krätker **sum** 1. Stuf. u. Major d. Schp.

Zum jetzigen Dienstgrad ernannt mit Wirkung vom 1.8.1939
RGL.-Nr.: 1008

I. Personangaben:

a) Name, Vorname Kraiker, Hermann
Familienstand verh.
MSNP seit: 1.3.1933
geboren an 12.8.1911
Kinder 3
Glaubensricht. sgl.

FAMILY INFORMATION 1.3.1933

WSDAP HEIT:

NOV 1940 1.6.1940

b) Erklärung über Familienstand:
Liegt vor. (bl. Heft Bl. 37)

Liegt vor. (bl. Heft al. 37).

c) Nachweis über deutschblütige Abstammung des Offiziers und seiner Ehefrau ist erbracht

4) Pronteinatz (auch Luftkriegergebiet):

Osteinsatz - 2 J. 9 Mon. -
Ungarn (seit 31.7.1944)

~~1) Wenden Sie die folgenden Diagonalen:~~

e) Verwendung: Als Lt. und Orlt.: 1937/39 Zentr., Adj., u. Lu.-Zechh. in Bochum.
Als Bfm.: 1. J. Mon. Adj. u. Pers.-Zechh. i. Bochum u. Ausr. Komp., 10 Mon. Komp.
Fhr. Ausbilder - Natl. Becklinghausen, 1 J. 5 Mon. 1938 Komp. Fhr., Pol. Bat.
316 (Gefesselsz), 1 J. 2 Mon. Aufsch. 2. Natl. Schum., 1 Pol.-Bat., 156 (Ostsch.
2 Mon. Taktiklehrgang Gefesselszule 1. 2 Mon. Parl.-Fhr., 1 Pol.-Bat., 156 (Ostsch.
f) Politisches (ggf. Belastung und Bewährung): Ab 31. 7. 44 Bstl. - Fhr.

c) Zustimmung der Parteikanzlei:

(Weltkriege und jetziger Krieg):

Kriegsauszeichnungen (weitere):
 K.K.L. (1941) St. J. Kl. (1943) Ordensalle (1943)
Leistungsbew. (1944) Leistungsbew. (1944) Leistungsbew.
Leistungsbew. (1944) Leistungsbew. (1944) Leistungsbew.
Leistungsbew. (1944) Leistungsbew. (1944) Leistungsbew.

Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers

中國時報

4. September 1936.
 III D - Kr -
 Braunes Haus
 Der Chef
 des Ordnungsfeldes
 2195/7435/36

1212

-7 SEP 1936

5. 17. 92 a P. 62.

An den

Reichsführer SS
u. Chef der deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin NW 7.

Unter den Linden 74.

Beitrag: Gesuch des Feldzeiela Willi Papenkort, 3. Kom.
Redt. Bat. 1, Tilast um Rückkehrführung in die
Schützengraben und Zulassung zu der Offiziers-

In der Anlage überbringe ich Ihnen ein Geuch der Feldwebels Wil i Papenkort um Rücküberführung in die Schutzpolizei und Zulassung zu der Offizierslaufbahn. Papenkort war vom 1. März 1930 bis zu seiner Überführung in die Wehrmacht unter der Mitgliedsnummer 206 471 Mitglied der NSDAP und unter sich gerade als Polizeileutnant auch in der Kampfreife Jugend rücktauglich für die Einweisung eingetr. Das Geuch wird von mir zunächst lehrbefreit. Ich bitte Sie, nach Überwindung der Freileistung mir und dem Herrn i. d. Beileitung.

14

1850

00014

**Der Führer
des SD-Leitabschnitts Prag**

Prag-Bubentich
Sachmüßig
Fernsprecher 77444

2. August 1940

B e u r t e i l u n g

Betr.: H-Sturmabführer Karl Hermann R a b e, geb.
11.6.1905 in Mülhausen/Th., H-Nr. 54 628

H-Sturmabführer R a b e ist seit dem 16. August 1939
beim SD-Leitabschnitt Prag tätig. Er bearbeitet hier
in Personallunion mit der Dienststelle des Befehlshabers
der Sicherheitspolizei und des SD in Böhmen und Mähren
die gesamten Personalsachen einschliesslich des BV-
Wesens völlig selbständig.

R a b e ist kompromissloser Nationalsozialist und
alter H-Führer. Er besitzt m.E. hervorragende Eignung
für eine Verwendung im Kolonialdienst in leitender
Stelle. Mir ist in charakterlicher, gesundheitslicher,
sportlicher, militärischer oder fachlicher Hinsicht
nichts bekannt, was gegen eine Verwendung des Sturmab-
führer Rabe im Kolonialdienst geltend gemacht werden
könnte.

[Signature]
H-Obersturmbannführer

5. Juni 1943.

Berlin 0007, den
Unter den Eichen 74
Inhalt: 10000
Inhalt: 10000

Der Reichsführer-SS
und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

O-Kdo. 2 (O/NV) Nr. 76 IX/43

Schnellbrief

Betr.: Einberufungen zur Feldgend. der Waffen-H.

Joh. bitte, den Oblt.d.Gend. Johannes R o s e n d a h l
gemäß Erlaß vom 11.2.1942 - O-Kdo.I RV (2) 1 Nr. 33/42 - zum
16.6.1943 zur Mob.Verwendung als Führer eines Feldgend.Trupps
der Waffen-H für H-Kraftfahr-Einsatz-Abteilung in Weimar-Buchen-
wald einberufen zu lassen.

Oblt.R. ist vor seiner Abstellung über die H.Dv.275 zu be-
lehren und darüber zu unterrichten, daß diese Vorschrift in voller
Umfänge auch für die zur Feldgend. der Waffen-H abgestellten
Angehörigen der Ordn.Pol. ausgedehnt ist, insbesondere auch hin-
sichtlich der Einstufungen der Unterführer der Ordn.Pol. in die
Waffen-H entsprechend ihrem polizeilichen Dienstgrad.

Im Auftrage
ges. P l a d e.

F.d.R.

[Signature]
Lt.d.SchF.d.Bes.

An
den Herrn Regierungspräsidenten
in K o n s t a n z.

Nachrichtlich!
An den Höheren H- und Pol.-Führer Elbe
- Inspekteur der Ordn.Pol. -
in D r e s d e n.

Ist wurde am 15. 9. 1908 in München

15. I. 1935 zum kaiserlichen Hauptzollbeamten
am in Berlin zur polnischen Zollverwaltung
übertragen. Vom am 1. 5. 1935 als
Hauptzollbeamter des Reichs zur Hauptzollstelle
in Kiel und wurde dort als solcher

zum Reich zur Hauptzollstelle Rostock, dem
Reich ist für die Jahre im Sommer
1939 infolgender Verlegung nach Berlin
vers. - Seit dem 1. 7. 1938 bin
ich Regierungsrat.

Während meine Tätigkeit in
Rostock war ich - ab 1. 11. 1937 -
gleichzeitig Leiter des V.V. des Reichs
Rostock. - Im übrigen war ich für
den Bereich in der Provinz [zum
Reich des Reichs der Reichsregierung und
des S.D.] , im Reich und [als Leiter
des Hauptzollamtes Rostock] und
in Berlin und München [als Leiter
des Hauptzollamtes Rostock] abgeordnet.
Seit bin ich Leiter
des Hauptzollamtes Berlin.

Berlin, den 1. 7. 1940

Ernst Krause
H. V. Reichsregierung.

(Sond. III) 1 KLa. 35.42(703.43)

Im Namen des Deutschen Volkes!

St r a f a n s t a n d e

S e g e n

den Gelegenheitsarbeiter Paul Israel B e r k e i m,
geboren am 10. August 1911 in Berlin, z. St. in dieser Sache
in Straftat im Buchhaus Brandenburg - Görden, ledig, Jude,
wegen Rassenschande.

Das Sondergericht III beim Landgericht Berlin hat in
der Hauptverhandlung vom 9. April 1943, an der teilgenommen
haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Böhmert
als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Herfurth,
Landgerichtsrat Schultz
als beisitzende Richter,
Staatsanwalt Dr. Berthold
als Beater der Staatsanwaltschaft,
Justizangestellter Meyer
als Urkundsbeater der Geschäftsstelle,

Für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher
wegen Rassenschande in drei Fällen zum Tode, zum dauernden
Verlust der Rechte aus den §§ 32 ff StGB und zu den Kosten
des Verfahrens verurteilt.

U r t e i l.

Der Angeklagte ist durch Urteil des Sondergerichts V bei
dem Landgericht Berlin vom 26.9.1942 wegen Rassenschande in
drei Fällen zu insgesamt 7 Jahren Zuchthaus und zum Verlust
der Rechte aus dem §§ 32 ff StGB auf 5 Jahre verurteilt worden.
Auf die vom Oberreichsanwalt eingeleitete Wiedertilgungsbeschwerde
hin hat das Reichsgericht dieses Urteil am 19.2.1943 in Strafen-
auspruch nebst der ihm insoweit zu Grunde liegenden Feststel-
lungen aufgehoben und das Verfahren in diesem Umfang zu neuer
Verhandlung und Entscheidung an das Sondergericht zurückver-
wiesen, weil nicht geklärt worden ist, ob die Voraussetzungen
der §§ 20a Abs. 2, 42 e StGB und § 1 des Gesetzes zur Aende-
rung des Reichsstrafgesetzbuchs vom 4.9.1941 gegeben sind.

(19) 2 Osa. 110/44(56/44)

Vertraulich!

U r t e i l !

Im Namen des Deutschen Volkes !
In der Strafsache
g e g e n

den Grubenlehrer Max K y a n aus Gleiwitz III, Bi-
schofsstr. 53, geboren am 20. März 1895 in Makoschau, Kra.
Kettowitz, katholisch, Reichsdeutscher, verheiratet, vorte-
straft,

z. St. in der Haftanstalt in Beuthen OS.

wegen Zerstörung der "Hitzkraft",

bet der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Kettowitz in
Beuthen OS. auf Grund der Hauptverhandlung vom 15. August
1944,

an der teilgenommen haben

Oberlandesgerichtspräsident Dr. e n d e l
als Vorsitzender,
Oberlandesgerichtsrat Dr. 2 d r a l e k,
Oberlandesgerichtsrat B u r t l a f f
als beisitzende Richter,
Staatsanwalt Dr. Z i e n i o k e X
als Beater der Staatsanwaltschaft,
Gerichtsschreiber J a n u s
als Urkundsbeater der Geschäftsstelle,
für R e c h t e r k a n n t !

Der Angeklagte hat in Kreise von Arbeits-
kameraden immer wieder durch Schmähungen der
deutschen Führung und deutscher Soldaten sowie
durch zerstörende Beleidigung militärischer
Handlungen und Kriegseingriffe wiederholten
Bedrohungen und Warnungen zum Trotz den Willen
des Deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbe-
hauptung zu lähmen gesucht.

Er wird deshalb mit dem Tode bestraft.
Die Ehrenrechte werden ihm aberkannt.

Definitiv

Der Gefr. Johann R o m a n n , 3. i. Fliegerabteilung,
geb. am 22.2.1903 in Zoppot

ist in Untersuchungshaft zu nehmen. Er ist kriegsbeschädigt, ist in Italien
im Juli 1943, in der Absicht, sich der Verpflichtung
zum Dienste in der Wehrmacht dauernd zu entziehen, seine
Tätigkeit verweigern zu haben.

Der Untersuchungsleiter

L. O. Gericht

O s t e r m a n n
Oberleutnant
La.-Stelle A (o) 101/1, Riga-Spilve

89

Riga, dem 28. April 1944

Stellungnahme

Aus den aufgeführten Gründen, scheint es angebracht, die
Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe umzuwandeln. Falls St.
die Möglichkeit dazu geboten würde, ist er bereit, seinen
Fehltritt durch Einsatz vor dem Feind wettzumachen, was er
schon vor dem Gericht betonte.

Erklärung des Soldaten Stolz

" Da ich zu Hause Familie und Kinder habe, bitte ich, mir Ge-
genheit zur Bewährung vor dem Feinde zu geben. "
"ich beabsichtige, ein Gnadengesuch einzureichen "

July 1944

Öffentliche Sitzung

Feldgericht des Kommandierenden O. U., den 24. 4. 1944
moralis und Befehlshaber
in Feldleitung XXVI
Beginn: 15. Uhr 35 Min.

R. St. L. 514 /1944

Öffentlich:

1. **Erstinstanzlich**

Thiel

als Untersuchungsleiter

2. Hauptm. Frescher

La./Bau Btl 126/IV

3. Gefr. Güsele-Johann

Fig. H. Komp. Riga-Spilve

als Zeuge

4. Lt. und Gerichtsoffizier

Hoogen

als Vertreter der Anklage

5. **Justizinspektor d. Lw.**

Uffz. Siegmund

als Untersuchungsleiter

2. Obst. Ostermann, La.-Stelle Riga-Spilve
als Vertreter

3. **Justizinspektor d. Lw.**

Feldgericht

Kommand. General
Feldleitung XXVI

R. St. L. 514/44

O. U., den 18. Juli 1944

97

Niederschrift

Über den Vollzug der Todesstrafe an dem

Kanonier Felix S t o l z , Feldstrafgefangenenabteilung 14,

Anwesend waren:

1) Hauptmann Behrends, Komp.-Führer der Ausb.u.Ers.Komp.s.b.V.1

- als leitender Offizier -

2) Kriegegerichtsrat d. Lw. Leifinghausen,

- als richterlicher Militärjustizbeamter -

Der Verurteilte starb sofort.

Der San.-Offizier stellte den Tod um 04.03 Uhr fest.

Die Leiche wurde dem Beseitigungskommando der Ausb.u.Ers.-Komp.
s.b.V.1 zwecks Beseitigung übergeben.

Leifinghausen

Kriegegerichtsrat d. Lw.

Behrends

Justizinspektor d. Lw.

- Eigenwillig, Georg** geb. 18. 8. 1909
früher: Oberfeldrichter OKH
heute: Ministerialrat im Bundesministerium für Verteidigung
- Eickhoff, Dr.** geb. 14. 2. 1907
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres
heute: Ministerialrat im Justizministerium Nordrhein-Westfalen
- Eisenberg** geb. 28. 12. 1909
früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 433. und 463. Inf.-Division Frankfurt/Oder
heute: Amtsgerichtsrat in Lippstadt
- Eisenblätter** geb. 5. 2. 1905
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim 9. AOK, 1., 87. und 173. Division
heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt/Main
- Elsenheimer** geb. Mai 1903
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg
heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium
- Enkhaus, Rudolf** geb. 14. 6. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 168. Inf.-Division
heute: Landgerichtsrat in Bückeburg
- Erbel, Otto** geb. 31. 5. 1908
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen
heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof
- Esser, Heinz** geb. 20. 1. 1904
früher: Erster Staatsanwalt in Leitmeritz (Litomerice) für politische Strafsachen
heute: Oberregierungsrat beim Strafgefängnis und bei der Untersuchungshaftanstalt Bochum
- Fäder, Bernhard** geb. 3. 4. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)
heute: Amtsgerichtsrat in Westberlin-Tempelhof und -Kreuzberg
- Fähndrich** geb. 23. 1. 1901
früher: Oberamtsrichter beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
- heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund-Hörde
- Fangmann, Arnold, Dr.** geb. 30. 3. 1901
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 570 Oberkommando des Heeres
heute: Landgerichtspräsident in Oldenburg
- Fedder, Julius, Dr.** geb. 27. 2. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg
- Felmy, Dr.** geb. 16. 10. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Thorn (Torun) und Graudenz (Grudziadz), polnische Kriegsverbrecherliste Nr. 80/192
heute: Staatsanwalt in Oldenburg
- Filter** geb. 30. 9. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat beim General der Luftwaffe in Nord-Norwegen
heute: Amtsgerichtsrat in Lübeck
- Fink, Ludwig** geb. 2. 9. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 407. Inf.-Division
heute: Erster Staatsanwalt in Kempten
- Fleischmann, Dr.** geb. 1903
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium
- Fließbach, Wilhelm, Dr.** geb. 4. 12. 1901
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando der Wehrmacht
heute: Bundesrichter beim Bundesfinanzhof
- Foge, Wilhelm, Dr.** geb. 17. 8. 1906
früher: Staatsanwalt in der Rechtsabteilung des Generalkommissariats in Minsk
heute: Erster Staatsanwalt in Kaiserslautern
- Framheim, Otto, Dr.** geb. 12. 9. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Francke, Fritz geb. 11. 8. 1911
früher: SS-Unterscharführer, Rechtsberater im SS-Sturm II/36, Amtsgerichtsrat in Danzig (Gdansk)
heute: Oberlandesgerichtsrat in Nürnberg-Fürth

Frankenberg, Johannes geb. 7. 1. 1906
früher: Landgerichtsrat in Berlin; beteiligt an „Rassenschande“-Urteilen
heute: Amtsgerichtsrat in Münnerstadt

Franz, Eugen, Dr. geb. 25. 12. 1905
früher: Oberkriegsgerichtsrat, Oberfeldrichter
heute: Landgerichtsrat in Lübeck

Fraustein, Dr. geb. 17. 7. 1901
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Posen (Poznan)
heute: Oberstaatsanwalt in Koblenz

Freyberg, von, Dr. geb. 2. 5. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dresden
heute: Staatsanwalt in Frankfurt/Main

Fricke, Andreas, Dr. geb. 10. 11. 1903
früher: Amtsgerichtsrat in Lobenstein, Ermittlungsrichter beim „Volksgerichtshof“
heute: Landgerichtsrat in Braunschweig

Friedrichs, Hans, Dr. geb. 19. 1. 1910
früher: Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Prag (Praha)
heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Fröhlich, Hans, Dr. geb. 16. 6. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Oberstaatsanwalt in München

Frühbrodt, Hermann geb. 28. 8. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 401. Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Göttingen

Full, Werner geb. 6. 3. 1914
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht München
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Fürsen geb. 13. 5. 1908
früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht Kiel
heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Fürstenhagen, Heinz-Otto, Dr. geb. 30. 4. 1905

früher: Marine-Oberstabsrichter bei der 9. Sicherungs-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Fuxius, Albert, Dr. geb. 25. 7. 1907
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 812
heute: Oberamtsrichter in Köln

Gabrysch, Dr. geb. 27. 9. 1904
früher: Staatsanwalt in Maribor, SS-Hauptsturmführer, jugoslawische Kriegsverbrecherliste: A 16-1066
heute: Landgerichtsdirektor in Hannover, im Justizministerium Niedersachsen

Ganser, Josef, Dr. geb. 17. 8. 1901
früher: Oberregierungsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Senatspräsident beim Bundespatentgericht; April 1965 pensioniert

Gärtner geb. 7. 3. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen
heute: Erster Staatsanwalt in Essen

Gatsche, Alfred geb. 1. 12. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 465. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Hanau

Gauger, Wilhelm, Dr. geb. 16. 9. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart
heute: Oberstaatsanwalt in Tübingen

Gayer, Franz, Dr. geb. 23. 3. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 15. und 260. Inf.-Division
heute: Obersozialgerichtsrat in Nürnberg

Geiger, Willi, Prof. Dr. geb. 22. 5. 1909
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg
heute: Richter beim Bundesverfassungsgericht

Geis, Walter geb. 28. 3. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat, Kommandantur der Ersatz-Truppe 2-XVII, Linz
heute: Erster Staatsanwalt in Gießen

Geppert geb. 10. 7. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Leitmeritz (Litomerice)
heute: Amtsgerichtsrat in Aachen

Gerard, Martin, Dr. geb. 11. 8. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim
heute: Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe

Geritz, Dr. geb. 19. 12. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Köln
heute: Landgerichtsdirektor in Köln

Gerlach, Dr. geb. 13. 2. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Oldenburg
heute: Erster Oberstaatsanwalt in Oldenburg

Gichtel, Hermann, Dr. geb. 12. 1. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Giese, Kurt geb. 16. 10. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 13. Luftwaffen-Felddivision
heute: Landgerichtsrat in Lübeck

Giesecke, Dr. geb. 3. 6. 1907
früher: Oberfeldrichter, LXVIII AK Griechenland
heute: Landgerichtsdirektor in Frankfurt/Main

Gille, Wolfgang, Dr. geb. 8. 11. 1901
früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 154. und 444. Inf.-Division
heute: Bundesrichter beim Bundesdisziplinarhof

Glaserapp, von geb. 11. 10. 1913
früher: Oberstabsrichter bei der Kommandantur Berlin
heute: Staatsanwalt in Detmold

Gleine, Martin geb. 8. 9. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Brünn (Brno)
heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart

Gloge, Walter, Dr. geb. 18. 8. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Brescia I. 1016
heute: Amtsgerichtsrat in Braunschweig

Glund, Bruno geb. 13. 5. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Landgerichtsdirektor in Kempten

Glunz, Dr. geb. 4. 6. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen
heute: Staatsanwalt in Essen

Göke, Dr. geb. 27. 6. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielefeld
heute: Oberstaatsanwalt in Hamm

Gonnermann, Dr. geb. 27. 9. 1905
früher: Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Kassel (Hochverratssachen)
heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt/Main

Gonnermann, Otto, Dr. geb. 15. 2. 1908
früher: 1935 Mitarbeiter der Geheimen Staatspolizei, Leiter des Polizeiverwaltungsreferates bei der Regierung in Bromberg (Bydgoszcz), 1943 Landrat in Bydgoszcz
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Darmstadt

Goose, Helmut geb. 19. 6. 1908
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Danzig (Gdansk)
heute: Amtsgerichtsrat in Gifhorn

Gosewisch geb. 17. 5. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kalisch (Kalisz)
heute: Landgerichtsdirektor in Braunschweig

Gösser geb. 14. 10. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)
heute: Oberamtsrichter in Düsseldorf

Graf, Ludwig, Dr. geb. 17. 2. 1903
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Senatspräsident beim Obersten Landesgericht in München

Gräser, Hans, Dr. geb. 10. 10. 1910
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Amtsgerichtsdirektor in Heidelberg

Greger, Hubertus geb. 4. 9. 1907
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 8. Jäger-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Kassel

Grendel, Dr. geb. 14. 12. 1902
früher: Oberlandesgerichtsrat beim „Volksgerichtshof“
heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Griffel, Anton, Dr. geb. 20. 4. 1903
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Bamberg
heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Gröger, Karl geb. 20. 4. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Erster Staatsanwalt in Memmingen

Grosch, Dr. geb. 6. 3. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Mainz
heute: Landgerichtsrat in Frankenthal

Groskopf, Herbert geb. 29. 12. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 190. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Grotewold, Heinrich geb. 28. 9. 1900
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 180., 190. und 84. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsdirektor in Soltau

Groth, Erich, Dr. geb. 12. 3. 1904
früher: Staatsanwalt für Hochverratsachen beim Oberlandesgericht Hamburg
heute: Staatsanwalt in Hamburg

Grüb, Josef, Dr. geb. 18. 5. 1902
früher: Erster Staatsanwalt für politische Strafsachen in Nürnberg

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht München

Gruhl geb. 11. 5. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel
heute: Amtsgerichtsrat in Lübeck

Grunau, Theodor, Dr. geb. 22. 12. 1902
früher: Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Celle
heute: Regierungsdirektor im Strafvollzugsamt Hamm

Grunert, Friedrich geb. 12. 10. 1912
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 4. Panzer-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Kiel

Grußdorf, Joachim geb. 31. 5. 1907
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 143. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Göttingen

Gugler, Dr. geb. 28. 8. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Hamm

Guntermann, Franz, Dr. geb. 20. 1. 1908
früher: Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen
heute: Landgerichtsrat in München

Günther, Karl geb. 4. 3. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg
heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Güntner, Hans, Dr. geb. 23. 4. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Eger (Cheb)
heute: Landesarbeitsgerichtsdirektor in Tübingen

Haase, Johannes, Dr. geb. 1. 5. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)
heute: Staatsanwalt in Hildesheim

Habben, Herbert geb. 30. 3. 1909
früher: Oberfeldrichter bei der 6. Inf.-Division Bielefeld
heute: Staatsanwalt in Hannover

Hachmeister, Karl, Dr. geb. 8. 1. 1912
früher: SS-Führer und SS-Richter
heute: Amtsgerichtsrat in Wolfsburg

Häfele, Dr. geb. 28. 11. 1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt/Main
heute: Landgerichtsdirektor in Frankfurt/Main

Haferkorn, Dr. geb. 28. 4. 1903

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Dresden
heute: Oberamtsrichter in Korbach

Hagedorn, Richard geb. 1. 2. 1906

früher: Oberstkriegsgerichtsrat bei der 83. Inf.-Division
heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Hagemann, Dr. geb. 9. 10. 1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Celle
heute: Oberstaatsanwalt in Verden

Hagemeister, Heinrich geb. 1. 2. 1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei einem Armee-Oberkommando
heute: Landgerichtsdirektor in Itzehoe

Hagenbeck, Werner, Dr. geb. 29. 3. 1903

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 606
heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Hagens, Hans von, Dr. geb. 10. 12. 1911

früher: Oberstabsrichter bei der Wehrmachts-Kommandantur Berlin und bei der 257. und 169. Inf.-Division
heute: Landgerichtsrat in Verden/Aller

Hagmann geb. 21. 6. 1907

früher: Assessor und Ankläger bei der I. Großen Strafkammer Dortmund; beteiligt an „Rassenschande“-Urteilen
heute: Staatsanwalt in Bielefeld

Haidinger, Oskar, Dr. geb. 29. 3. 1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)
heute: Senatspräsident beim Bundesgerichtshof

Haller, Walter, Dr. geb. 5. 1. 1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart
heute: Amtsgerichtsdirektor in Waiblingen

Hamackers, Dr. geb. 28. 11. 1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
heute: Staatsanwalt in Wuppertal

Hammer, Hermann, Dr. geb. 28. 8. 1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stettin (Szczecin)
heute: Oberamtsrichter in Stadthagen

Hänert, Berthold geb. 5. 8. 1901

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 14. und 174. Division
heute: Landgerichtsdirektor in Bochum

Hannemann, Erich geb. 28. 2. 1907

früher: Oberstabsrichter bei der 94. Division AOK 1
heute: Staatsanwalt in Hamburg-Wandsbek

Happe geb. 10. 10. 1899

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Prag (Praha)
heute: Oberamtsrichter in Duisburg

Harder, Herbert, Dr. geb. 28. 1. 1907

früher: Oberstabsrichter bei der 11. Division Allenstein
heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Hardrath, Günter, Dr. geb. 17. 10. 1909

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium
heute: Bundesrichter beim Bundesdisziplinarhof

Härlein, Ernst, Dr. geb. 5. 1. 1901

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 15. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Harms, Adolf geb. 2. 3. 1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Oldenburg
heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Harms, Alfred geb. 4. 9. 1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 19. Luftwaffen-Felddivision
heute: Senatspräsident in Celle

Hartinger, Josef geb. 14. 9. 1893

früher: Kriegsgerichtsrat, Höheres Kommando LX
heute: Staatssekretär im Bayrischen Justizministerium

Hartmeyer, Dr. geb. 18. 5. 1912
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen
heute: Landgerichtsdirektor in Essen

Hartke, Ernst geb. 12. 7. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Groß-Paris
heute: Oberamtsrichter in Wetter a. d. Ruhr

Heegener geb. 31. 12. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim „Volksgerichtshof“ (Hochverrat)
heute: Amtsgerichtsrat in Salzkotten

Heerhaber, Wilhelm geb. 23. 1. 1903
früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachts-Kommandantur Berlin
heute: Oberamtsrichter in Tecklenburg

Heinemann, Friedrich, Dr. geb. 9. 6. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 371. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Kassel

Heinke, Erhard geb. 13. 3. 1913
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth

Heinrichs geb. 13. 5. 1904
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Mainz
heute: Erster Staatsanwalt in Darmstadt

Henke, Alfred geb. 13. 10. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 190. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Osnabrück

Henneke, Kurt geb. 12. 7. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag (Praha)
heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht Celle

Hennig, Dr. geb. 1. 8. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Leipzig
heute: Amtsgerichtsrat in Plettenberg

Hensel, Ernst geb. 22. 12. 1911
früher: Oberstabsrichter bei der 9. Panzer-Division
heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Henseling, Dr. geb. 10. 1. 1913
früher: Amtsgerichtsrat beim Oberlandesgericht Kassel (politische Strafsachen)
heute: Landgerichtsdirektor in Kassel

Herbert, Karl geb. 28. 2. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Aachen
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Koblenz

Herder, Erwin, Dr. geb. 8. 11. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Hergt, Albert, Dr. geb. 13. 1. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt/Main
heute: Amtsgerichtsrat in Wiesbaden

Herrnreiter, Ferdinand, Dr. geb. 8. 3. 1907
früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“
heute: Landgerichtsdirektor in Augsburg

Herting, Dr. geb. 25. 7. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dessau
heute: Staatsanwalt in Koblenz

Herzog, Dr. geb. 24. 5. 1910
früher: Kriegsgerichtsrat beim Militär-Bezirk B/SW Frankreich (Südfrankreich) und Lissa (Leszno)
heute: Amtsgerichtsrat in Osnabrück

Herzog, Josef, Dr. geb. April 1903
früher: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Prag (Praha)
heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

Herzing, Wilhelm geb. 6. 1. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Würzburg
heute: Oberamtsrichter in Bad Neustadt/Saale

Hey, Hubert geb. 10. 6. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat beim Oberkommando der Wehrmacht
heute: Leitender Ministerialrat im Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Heyde, Waldemar geb. 12. 6. 1908
früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der

404. Division Dresden und der 171. Division
heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Heyer, Kurt, Dr. geb. 7. 6. 1908
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Heyne, Heinz geb. 7. 5. 1903
früher: Richter beim Sondergericht
Radom
heute: Senatsrat beim Bundespatent-
gericht

Hezel, Friedrich, Dr. geb. 12. 2. 1912
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium
heute: Oberlandesgerichtsrat in Stutt-
gart

Hildebrand geb. 4. 7. 1903
früher: Erster Staatsanwalt für politi-
sche Strafsachen in Lübeck
heute: Oberstaatsanwalt in Lübeck

Hildebrandt, Hans-Ulrich, Dr. geb. 7. 1. 1909
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Stettin (Szczecin)
heute: Amtsgerichtsrat Castrop-Rauxel

Hille geb. 4. 3. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Hannover
heute: Oberstaatsanwalt in Detmold

Hillenkamp, Ulrich geb. 5. 4. 1912
früher: Kriegsgerichtsrat beim AOK 17
heute: Rechtsanwalt in Viersen

Hillmann, Arno geb. 29. 11. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat beim Oberkom-
mando des Heeres
heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart

Hillrichs geb. 21. 5. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Oldenburg
heute: Landgerichtsrat in Osnabrück

Hirmer, Hans, Dr. geb. 31. 1. 1909
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt München
heute: Amtsgerichtsrat in München

Hirschbrich, Georg geb. 18. 9. 1902
früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Ober-
kommando des Heeres/HR
heute: Oberamtsrichter in Freising

Hodes, Fritz, Dr. geb. 6. 2. 1908
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 26. und
36. Inf.-Division, Mitarbeiter der Nazi-Zeit-
schrift für Wehrrecht
heute: Oberlandesgerichtsrat in Frank-
furt/Main

Höfer, Gerhard geb. 6. 2. 1911
früher: Kriegsgerichtsrat (Ankläger bei
der 388. Feldausbildungs-Division)
heute: Landgerichtsdirektor in West-
berlin

Höfer, Gerhard, Dr. geb. 26. 8. 1901
früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Ober-
baustab 17
heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Höffler, Dr. geb. 16. 2. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Berlin
heute: Erster Staatsanwalt in Bremen

Hoffmann, Walter geb. 3. 6. 1909
früher: Oberstabsrichter bei der 34. Di-
vision Koblenz
heute: Staatsanwalt in Mainz

Hoffrichter, Otto geb. 1. 6. 1906
früher: Oberstabsrichter bei der 246.
Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Waldshut

Höher, Dr. geb. 9. 5. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Aachen und beim „Volksgerichtshof“
heute: Staatsanwalt in Köln

Höhn, Rudolf, Dr. geb. 13. 10. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Würzburg
heute: Landgerichtsrat in Würzburg

Holl, Bernd, Dr. geb. 20. 12. 1907
früher: Oberfeldrichter
heute: Regierungsdirektor Gefangen-
lager Oberems und Haftanstalt Bielefeld

Holstein, Heinz geb. 2. 4. 1913
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt in Jena
heute: Landgerichtsrat in Stuttgart

Holtzheimer, Dr. geb. 8. 2. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Königsberg (Kaliningrad)
heute: Amtsgerichtsdirektor in Herz-
berg/Harz

Holz, Waldemar, Dr. geb. 5. 11. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bielitz (Bielsko)
heute: Amtsgerichtsdirektor in Geislingen

Holzki, Alfred geb. 27. 11. 1911
früher: Kriegsgerichtsrat der 11. und 12. Division Allenstein
heute: Amtsgerichtsrat in Kronach

Hönnekes, Dr. geb. 31. 5. 1910
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 20. Division Hamburg
heute: Obergerverwaltungsgerichtsrat in Münster

Hoof, Dr. geb. 12. 4. 1899
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Ministerialrat im Hessischen Justizministerium

Hornig, Erich geb. 29. 12. 1901
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. VI
heute: Ministerialdirigent im Justizministerium Niedersachsen

Hübener, Ulrich geb. 15. 12. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Schwerin
heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Huber geb. 7. 5. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund
heute: Landgerichtsdirektor in Bielefeld

Hubernagel geb. 8. 2. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Radom und Leitmeritz (Litomerice)
heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Hübner, Fritz geb. 21. 5. 1900
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachts-Kommandantur Berlin
heute: Landgerichtsdirektor in Westberlin

Hückstädt, Dr. geb. 31. 1. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel
heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Hülle, Werner, Dr. geb. 30. 4. 1903
früher: Oberstrichter
heute: Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg

Humbert, Dr. geb. 7. 1. 1908
früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten Frankfurt/Oder, Litzmannstadt (Lodz) und Berlin
heute: Staatsanwalt in Lübeck

Hunger, Horst geb. 4. 5. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 463. Inf.-Division
heute: Bundesrichter beim Bundessozialgericht

Hüntemann, Dr. geb. 3. 1. 1904
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Hamm
heute: Oberstaatsanwalt in Bochum

Hüpers, Dr. geb. 29. 10. 1904
früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten Hohensalza (Inowraclaw) und Beuthen (Bytom)
heute: Erster Staatsanwalt in Oldenburg

Huyke, Wilhelm, Dr. geb. 5. 9. 1900
früher: Oberstabsrichter, Fester Platz Borrisow
heute: Oberlandesgerichtsrat in Oldenburg

Imme, Arnold geb. 18. 1. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin
heute: Oberstaatsanwalt beim Kammergericht Westberlin

Indra, Rudolf, Dr. geb. 10. 3. 1901
früher: Amtsgerichtsrat in Freiwaldau (Fryvaldov), Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“
heute: Landgerichtsrat in Gießen

Itzen geb. 4. 5. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Oldenburg
heute: Amtsgerichtsrat in Wilhelmshaven

Jacobs, Werner, Dr. geb. 19. 5. 1907
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 428. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsdirektor in Karlsruhe

Jaeger, Helmut geb. 20. 6. 1901
früher: Staatsanwaltschaftsrat beim „Volksgerichtshof“
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Jagow, von geb. 14. 2. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kiel
heute: Landgerichtspräsident in Lübeck

Jahn, Günter, Dr. geb. 7. 9. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 397
heute: Amtsgerichtsdirektor in Lüneburg

Jakob, Hermann geb. 4. 10. 1906
früher: Seit 15. Juli 1932 Mitglied der SS, in der er als Oberscharführer wirkte; Rechtsberater einer SS-Standarte
heute: Landgerichtsrat in Augsburg

Jakubassa, Paul, Dr. geb. 15. 2. 1900
früher: Oberfeldrichter bei der 5. Panzer-Division und der 432. Division
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Arnberg

Jancke geb. 27. 6. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)
heute: Amtsgerichtsrat in Herford

Janischowsky, Dr. geb. 13. 8. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Oppeln (Opole)
heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Japes, Dr. geb. 10. 1. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen
heute: Oberstaatsanwalt in Siegen

Jarzina, Ludwig geb. 11. 2. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht I Berlin
heute: Amtsgerichtsdirektor in Hechingen

Jenniches, August geb. 7. 9. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Nürnberg
heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg

Jeremias, Hans-Georg, Dr. geb. 13. 2. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat, Kommando rückwärtige Dienste 584
heute: Senatspräsident in Celle

Jessenberger, Dr. geb. 13. 12. 1905
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Neustadt a. d. Weinstraße

John, Helmut geb. 7. 5. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 582
heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamm

Johnn, Felix von geb. 27. 6. 1903
früher: Marine-Oberkriegsgerichtsrat
heute: Landessozialgerichtsrat in Schleswig

Juncker geb. 3. 2. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)
heute: Amtsgerichtsrat in Diez

Jung, Hans geb. 11. 7. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Brünn (Brno)
heute: Staatsanwalt in Siegen

Jung, Herbert, Dr. geb. 22. 5. 1903
früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Kassel
heute: Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt/Main

Junghanss-Konopka, Herbert geb. 20. 6. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht I Posen (Poznan)
heute: Amtsgerichtsrat in Ballingen

Jungmann, Dr. geb. 21. 5. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Posen (Poznan)
heute: Staatsanwalt in Essen

Jürgens, Ulrich geb. 15. 7. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 174. Division Hannover
heute: Amtsgerichtsrat in Lüdenscheid

Kammer, Erich, Dr. geb. 9. 6. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht für Lothringen in Sulzbach
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Saarbrücken

Kannengießer, Heinz geb. 9. 10. 1907
früher: Marine-Oberkriegsgerichtsrat
heute: Amtsgerichtsrat in Bremerhaven

Karow, Karl geb. 13. 8. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin
heute: Erster Staatsanwalt in Hanau

- Karpen, Werner, Dr.** geb. 2. 10. 1909
früher Karpinski
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Danzig (Gdansk)
heute: Oberstaatsanwalt in Hagen
- Karrasch** geb. 16. 11. 1911
früher: Oberstabsrichter bei der 8. und 14. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Oberhausen
- Kaulbach, Günter** geb. 26. 5. 1904
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Vizepräsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe und Mitglied des 1. Senats des Obersten Rükkerstattungsgerichts in Rastatt
- Kaune, Bernhard, Dr.** geb. 12. 10. 1906
früher: Oberfeldrichter der 1. Panzer-Division
heute: Senatspräsident beim Landes-sozialgericht Stuttgart
- Kayser, Alexander** geb. 16. 4. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat beim Oberkommando der Wehrmacht – WR
heute: Senatspräsident in Celle
- Keidel, Theodor** geb. 9. 12. 1902
früher: Oberstaatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht in München I
heute: Oberlandesgerichtsrat in München
- Keil, Werner, Dr.** geb. 1. 7. 1900
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin
heute: Landesgerichtsdirektor in Bielefeld
- Keisel, Heinrich** geb. 24. 9. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Oberstaatsanwalt in München
- Keller, Otfried** geb. 28. 4. 1911
früher: Oberstabsrat bei der 26. Division Köln
heute: Landgerichtspräsident in Marburg
- Kemper, Dr.** geb. 22. 9. 1913
früher: Richter beim Sondergericht Aachen
heute: Verwaltungsgleichrichtsdirektor in Koblenz, Kammer Trier
- Keppel, Otto** geb. 1. 12. 1908
früher: Oberfeldrichter bei der 12., 32. und 218. Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Darmstadt
- Kessel** geb. 21. 8. 1908
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen
heute: Oberlandesgerichtsrat in Köln
- Kettnacker, Hans** geb. 17. 7. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 465. Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Stuttgart
- Keutgen** geb. 12. 6. 1912
früher: Richter beim Sondergericht Aachen
heute: Landgerichtsdirektor in Aachen
- Keyser, Dr.** geb. 26. 5. 1904
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Dresden
heute: Erster Staatsanwalt in Kassel
- Kieckbuch, Günther** geb. 6. 11. 1909
früher: Hauptsturmführer der Waffen-SS, Anklagevertreter und Vorsitzender bei einem SS- und Polizeigericht, Sachbearbeiter in Strafvollstreckungs- und Gnadensachen beim Hauptamt SS-Gericht
heute: Justizrat in Philippsburg
- Kieler, Herbert, Dr.** geb. 18. 1. 1905
früher: Oberamtsrichter beim Sondergericht Oppeln (Opole)
heute: Sozialgerichtsrat in Münster
- Kinnen, Peter** geb. 22. 5. 1902
früher: Oberstabsrichter bei der 102. und 526. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Solingen
- Klatz, Hans, Dr.** geb. 13. 3. 1914
früher: Landgerichtsrat für politische Strafsachen in Eger (Cheb)
heute: Landgerichtsrat in Weiden
- Klein, Karl** geb. 27. 8. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 156. Inf.-Division
heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht
- Kleinknecht, Otto** geb. 12. 6. 1901
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart
heute: Oberamtsrichter in Marbach

Kleiß, Bruno geb. 8. 2. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Oberstaatsanwalt in Oldenburg

Klemp, Max, Dr. geb. 7. 12. 1897
früher: Oberkriegsgerichtsrat, Kommandeur des Versorgungsbezirks Mitte und der Sicherungs-Division 285
heute: Landgerichtsrat in Stade

Klenner, Willibald geb. 19. 6. 1908
früher: Oberstabsrichter in Norwegen
heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Klier, Walter, Dr. geb. 17. 7. 1908
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Leitmeritz (Litomerice)
heute: Amtsgerichtsrat in Regensburg

Knackstedt, Karl geb. 11. 1. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 158. Division
heute: Landgerichtsdirektor in Braunschweig

Knippenberg, Dr. geb. 13. 4. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dortmund
heute: Oberstaatsanwalt in Münster

Knobloch, Gottfried geb. 17. 10. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt/Main

Knop, Walter geb. 17. 8. 1906
früher: Oberlandesgerichtsrat Braunschweig, seit 1926 NSDAP, Mitglied des Reichstages des „Dritten Reiches“, Oberstes Parteigericht
heute: Amtsgerichtsrat in Seesen

Knossalla, Dr. geb. 5. 8. 1902
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Landgerichtsdirektor in Wiesbaden

Kobel, Otto geb. 13. 6. 1912
früher: Oberstabsrichter bei der 156. Inf.-Division
heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Koch, Adalbert geb. 14. 10. 1910
früher: Oberstabsrichter bei der 61. und 141. Inf.-Division
heute: Rechtsanwalt in Bünde/Westfalen

Koebel, Ulrich, Dr. geb. 19. 6. 1901
früher: Amtsgerichtsrat, Senat für Hochverratsachen Stuttgart
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Stuttgart

Köhne, Hans geb. 18. 10. 1902
früher: Staatsanwalt in Dortmund; beteiligt an Willkürurteilen gegen Juden
heute: Staatsanwalt in Bielefeld

Kolb, Erich geb. 25. 12. 1902
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Kalisch (Kalisz)
heute: Regierungsdirektor; Leiter der Strafanstalt Westberlin-Tegel

Kolb, Karl, Dr. geb. 12. 1. 1903
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Kalisch (Kalisz)
heute: Staatsanwalt in Würzburg

König, Fritz geb. 27. 8. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 173. und 271. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Braunschweig

Kori, Manfred geb. 24. 1. 1906
früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht in Leoben
heute: Landgerichtsrat in Nürnberg

Kornhuber, Dr. geb. 15. 10. 1900
früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig

Kraemer, Dr. geb. 18. 9. 1901
früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“
heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Krah, Bernhard geb. 9. 7. 1912
früher: Gerichtsoffizier beim Standgericht der Artillerie Abt. 75
heute: Landgerichtsrat in Bonn

Krapp, Philipp, Dr. geb. 7. 8. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mährisch Ostrau (Moravska Ostrava)
heute: Oberlandesgerichtsrat in Bamberg

Krautwig, Carl, Dr. geb. 5. 11. 1904
früher: Oberfeldrichter bei der 20. Panzer-Division
heute: Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen

Krebs, Heinrich, Dr. geb. 6. 1. 1910
früher: Amtsgerichtsrat beim Senat für
Hochverratssachen Stuttgart
heute: Bundesrichter beim Bundessozial-
gericht

Krekel, Adolf
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Kattowitz (Katowice)
heute: Rechtsanwalt in Köln-Klettenberg

Kreß, Gustav, Dr. geb. 17. 9. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 413.
Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Schwabach

Kristl, Karl, Dr. geb. 1. 7. 1910
früher: Gerichtsassessor in der politi-
schen Strafkammer beim Landgericht Eger
(Cheb)
heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-
Fürth

Krohn, Hans-Martin geb. 18. 1. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Senatspräsident beim Oberlandes-
gericht Schleswig

Krüger, Ulrich geb. 24. 12. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Frankfurt/Main
heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt/
Main, ständiger Vertreter des Generalstaats-
anwaltes

Krüger, Walter geb. 23. 11. 1905
früher: Oberfeldrichter
heute: Amtsgerichtsdirektor in Lübeck

Kruss, Dr. geb. 12. 8. 1902
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium, Abt. III, politische Strafsachen
heute: Landgerichtsdirektor in Krefeld

Kuhlmann, Fritz, Dr. geb. 5. 11. 1905
früher: Oberfeldrichter bei der 6. Divi-
sion Bielefeld
heute: Landgerichtsdirektor in Bielefeld

Kuhn, Horst geb. 16. 1. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Königsberg (Kaliningrad)
heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt/
Main

Kühn geb. 10. 9. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Köln
heute: Landgerichtsdirektor in Köln

Kühn, Fritz, Dr. geb. 13. 3. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Nürnberg
heute: Oberstaatsanwalt in Nürnberg-
Fürth

Kuhnert geb. 4. 5. 1910
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Aachen
heute: Oberstaatsanwalt in Essen

Kuhr, Erich geb. 8. 8. 1910
früher: Oberstabsrichter bei der Grenz-
kommandantur Wedel
heute: Staatsanwalt in Gießen

Kulemann, Johannes, Dr. geb. 7. 2. 1899
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feld-
kommandantur 560
heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Kümmel, Fritz geb. 5. 6. 1908
früher: Oberstabsrichter bei der 227.
Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Mönchen-Glad-
bach

Kummer geb. 4. 8. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Hagen
heute: Amtsgerichtsrat in Bielefeld

Künnecke, Erich geb. 18. 2. 1906
früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der
190. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Lüneburg

Kurtze, Helmut geb. 7. 7. 1907
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium
heute: Landgerichtsdirektor in West-
berlin

Kurze, Paul geb. 14. 11. 1901
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-
Justizministerium, Werwolf, SA-Sturmführer
heute: Sozialgerichtsrat in Braunschweig

Küster geb. 26. 1. 1901
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Aachen
heute: Amtsgerichtsrat in Düren

Kutschmann, Dr. geb. 10. 1. 1908
früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizmini-
sterium, Abt. III, politische Strafsachen
heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Lampen, Dr. geb. 22. 12. 1905
früher: Heeresrichter bei der 82. Inf.-
Division
heute: Amtsgerichtsrat in Lingen

Lange, Hans-Ulrich geb. 27. 2. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Troppau (Opava)
heute: Bundesrichter beim Bundesdiszi-
plinarhof

Landwehr, Wilhelm geb. 1. 7. 1903
früher: Oberkriegsgerichtsrat
heute: Oberstaatsanwalt in Hannover

Last, Hans geb. 29. 4. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Ober-
feldkommandantur 670
heute: Amtsgerichtsrat in Ansbach

Laube geb. 5. 5. 1908
früher: Staatsanwalt im Nazi-Justiz-
ministerium, Abt. IV, politische Strafsachen
heute: Senatspräsident in Hamm

Laudes geb. 15. 4. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Wuppertal
heute: Amtsgerichtsrat in Solingen

Lefringhausen, Paul geb. 8. 10. 1900
früher: Kriegsgerichtsrat beim Feldluft-
gau XXVI
heute: Oberlandesgerichtsrat in Düssel-
dorf

Lehnhoff geb. 31. 7. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Danzig (Gdansk)
heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Leick, Waldemar geb. 25. 1. 1900
früher: Referent b. Gen.-Kdo. Ukraine
heute: Vizepräsident beim Oberverwal-
tungsgericht in Schleswig-Holstein

Leiterer, Richard, Dr. geb. 8. 2. 1902
früher: Leiter der Gestapo-Leitstelle
Magdeburg, SS-Obersturmführer im Sicher-
heitsdienst der Reichsleitung der NSDAP
heute: Verwaltungsgerichtsrat beim
Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Lell, Heinz Günter, Dr. geb. 1. 8. 1904
früher: Staatsanwalt beim „Volksge-
richtshof“
heute: Oberstaatsanwalt in Westberlin

Lenski, Konrad, Dr. geb. 13. 6. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat beim Reichs-
kriegsgericht und Feldkriegsgericht 6
heute: Landgerichtsdirektor in Lüneburg

Lerch, Christoph, Dr. geb. 2. 3. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 464.
Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Duderstadt

Leverenz, Bernhard, Dr. geb. 15. 2. 1909
früher: Marine-Oberstabsrichter
heute: Justizminister in Schleswig-Hol-
stein

Liebau, Dr. geb. 15. 11. 1905
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Posen (Poznan), Sachbearbeiter für
Sondergerichte im Nazi-Justizministerium
heute: Oberamtsrichter in Seesen

Liebich geb. 5. 8. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Kattowitz (Katowice)
heute: Staatsanwalt in Kaiserslautern

Lind, Helmut, Dr. geb. 1. 12. 1913
früher: Oberstabsrichter
heute: Sozialgerichtsrat in Gießen

Lindemann geb. 23. 6. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Dortmund
heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamm

Lindscheid geb. 7. 12. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Dortmund
heute: Amtsgerichtsrat in Hagen

Linsenhoff, Karl geb. 22. 9. 1901
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei dem
Panzer-Armee-Oberkommando 4
heute: Landgerichtsrat in Oldenburg

Lipps, Herbert, Dr. geb. 30. 7. 1911
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Posen (Poznan)
heute: Amtsgerichtsrat in Weiden

Littek, Richard geb. 5. 11. 1901
früher: Oberstabsrichter bei der 291.

Inf.-Division, Oberkommando des Heeres/
HR

heute: Amtsgerichtsdirektor in Hamburg

Löde, Helmut, Dr. geb. 14. 9. 1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Dessau

heute: Staatsanwalt in Hannover

Lohner, Otto, Dr. geb. 23. 7. 1912

früher: Oberstabsrichter, Sonderaufträge

heute: Rechtsanwalt in Mayen

Lohrey, Heinrich geb. 13. 9. 1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Mannheim

heute: Landgerichtsdirektor in Mannheim

Löllke, Ernst geb. 19. 7. 1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Rostock

heute: Staatsanwalt in Hamburg

Looft, Walter geb. 14. 11. 1905

früher: 1938–1940 Mitarbeiter des
„Reichskommissars“ in Wien, 1941 Mitarbei-
ter des „Reichsstatthalters“ in Poznan, 1943
Mitarbeiter der Privatkanzlei Hitlers

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor beim
Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Lörtz, Johann geb. 23. 3. 1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 344.
Inf.-Division

heute: Landgerichtsdirektor in Heidel-
berg

Lorenz, Hans-Helmut, Dr. geb. 18. 4. 1913

früher: Kriegsrichter bei der Komman-
dantur Berlin

heute: Rechtsanwalt in Hamburg-Wands-
bek

Lorenzen, Dr. geb. 14. 2. 1909

früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium, Abt. III

heute: Oberlandesgerichtsrat in Schles-
wig

Lösch, Dr. geb. 12. 2. 1905

früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger
beim Sondergericht Weimar

heute: Amtsgerichtsrat in Zeven

Lösch, Alwin geb. 12. 2. 1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 339.
Inf.-Division

heute: Amtsgerichtsdirektor in Offenbach

Löscher, Otto, Dr. geb. 15. 6. 1910

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium, Abt. III

heute: Bundesrichter beim Bundesge-
richtshof

Lüders, Dr. geb. 27. 3. 1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Braunschweig

heute: Oberlandesgerichtsrat in Braun-
schweig

Lüning geb. 18. 9. 1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Celle

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Ludolph, Dr. geb. 21. 4. 1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Son-
dergericht Danzig (Gdansk)

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Ludwig, Heinz geb. 12. 11. 1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt II Hohensalza (Inowraclaw)

heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart-Bad
Cannstadt

Luther, Dr. geb. 26. 2. 1909

früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Frankfurt/Main

heute: Landgerichtsrat in Limburg

Mahlke, Karl geb. 5. 4. 1899

früher: Feldkriegsgerichtsrat

heute: Amtsgerichtsrat in Ratzeburg

Maisenhälder, Alois, Dr. geb. 18. 8. 1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Stuttgart

heute: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart

Malessa, Johannes geb. 25. 5. 1911

früher: Oberstabsrichter bei der 76. Inf.-
Division

heute: Landessozialgerichtsrat in Schles-
wig

Manchot, Karl, Dr. geb. 25. 3. 1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
München

heute: Landgerichtsdirektor in München

Manske, Erich geb. 31. 8. 1906

früher: Amtsgerichtsrat für politische
Strafsachen im Nazi-Justizministerium

heute: Landgerichtsdirektor in Westberlin

Martens, Hans-Hermann, Dr. geb. 24. 2. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Division
z. b. V. 411
heute: Senatspräsident beim Landes-
sozialgericht Celle

Martens, Jakob geb. 7. 5. 1905
früher: 1932 NSDAP, Vorsitzender eines
NSDAP-Kreisgerichts, Ortsgruppenleiter der
NSDAP, 1938 Hilfsreferent im Nazi-Innen-
ministerium, 1940 Kriegsverwaltungsrat
beim OKH in Holland
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor beim
Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Martens, Kurt geb. 3. 4. 1910
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Kiel
heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Martin geb. 6. 2. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Jena und Weimar
heute: Amtsgerichtsdirektor in Bitburg

Marx, Gerhard, Dr. geb. 16. 12. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sonderge-
richt Aachen
heute: Amtsgerichtsdirektor in Esch-
weiler

Mäth geb. 23. 5. 1911
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Zichenau (Ciechanow)
heute: Amtsgerichtsdirektor in Kiel

Mattern, Friedrich, Dr. geb. 6. 11. 1908
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Brünn (Brno)
heute: Bundesrichter beim Bundesge-
richtshof

Matthiessen geb. 10. 12. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Posen (Poznan)
heute: Staatsanwalt in Kiel

Mayer, Josef, Dr. geb. 25. 6. 1905
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Nürnberg
heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg

Mayer, Karl Bernhard geb. 28. 5. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Darmstadt
heute: Staatsanwalt in Gießen

Meier-Branecke, Dr. geb. 4. 7. 1900
früher: Oberstkriegsgerichtsrat, Oberst-
richter
heute: Senatspräsident beim Oberlan-
desgericht Braunschweig

Meinardus, Dr. geb. 28. 5. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Koblenz
heute: Erster Staatsanwalt in Trier

Meiser, Fritz geb. 1. 1. 1914
früher: Marinehilfsrichter
heute: Regierungsdirektor im Bayrischen
Justizministerium

Mende, Gerhard geb. 20. 6. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Breslau (Wroclaw)
heute: Landgerichtsdirektor in Arnshagen

Menger, Georg, Dr. geb. 12. 8. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 413.
Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Mellrichstadt

Mellwitz, Artur geb. 19. 2. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Naumburg
heute: Bundesrichter beim Bundessozial-
gericht

Mennecke geb. 1. 1. 1901
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Zweibrücken
heute: Landgerichtsrat in Landau

Merz, Helmut, Dr. geb. 10. 9. 1911
früher: Staatsanwalt in Landau/Pfalz,
SS-Hauptsturmführer
heute: Oberlandesgerichtsrat in Neu-
stadt a. d. Weinstraße

Metten, Dr. geb. 16. 4. 1902
früher: Reichsanwalt für politische Straf-
sachen beim Reichsgericht
heute: Oberstaatsanwalt in Essen

Metz, Dr. geb. 22. 12. 1908
früher: Staatsanwalt im Nazi-Justiz-
ministerium, Abt. III, Politische Strafsachen
heute: Oberlandesgerichtsrat in Neu-
stadt a. d. Weinstraße

Meusel geb. 30. 7. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Breslau (Wroclaw)
heute: Landgerichtsdirektor in Göttingen

Meusel, Gotthold, Dr. geb. 23. 4. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat in Hirschberg/
Riesengebirge
heute: Senatspräsident beim Oberlandes-
gericht in Nürnberg

Mewes, Günther, Dr. geb. 6. 12. 1908
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 2.
und 29. Panzer-Division
heute: Landgerichtsrat in Marburg

Mey, Werner geb. 20. 12. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat, Oberstabs-
richter beim Oberkommando des Heeres
Süd
heute: Senatspräsident beim Oberlan-
desgericht in Bremen

Meyer, Friedrich geb. 17. 8. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Erfurt
heute: Oberstaatsanwalt in Münster

Meyer, Hans geb. 25. 5. 1904
früher: Feldkriegsgerichtsrat, 1932 Mit-
glied der NSDAP, Politischer Leiter
heute: Landgerichtsdirektor in Braun-
schweig

Meyer-Hentschel, Gerhard, Dr.
geb. 9. 9. 1911
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Divi-
sion 409
heute: Präsident des Oberverwaltungs-
gerichts in Koblenz und Mitglied des Verfas-
sungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz

Meynen geb. 21. 8. 1898
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Kiel
heute: Oberlandesgerichtsrat in Schles-
wig

Mezger, Hans-Robert geb. 22. 7. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 293.
Inf.-Division
heute: Bundesrichter beim Bundesge-
richtshof

Misera, Alfons, Dr. geb. 6. 12. 1900
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Berlin
heute: Obersozialgerichtsrat Augsburg

Mittelbach, Dr. geb. 19. 9. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Berlin
heute: Oberlandesgerichtsrat in Köln

Moeker, Dr. geb. 30. 10. 1908
früher: Staatsanwalt für politische Straf-
sachen in Kattowitz (Katowice)
heute: Staatsanwalt in Mönchen-Glad-
bach

Möhl, Wolfgang, Dr. geb. 23. 5. 1905
früher: Landgerichtsdirektor beim Son-
dergericht Leslau (Wloclawek)
heute: Oberstaatsanwalt beim Obersten
Landgericht in München

Mohns geb. 7. 6. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Berlin
heute: Oberstaatsanwalt in Celle

Mollenhauer geb. 14. 9. 1905
früher: Erster Staatsanwalt beim Son-
dergericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Landgerichtsrat in Hannover

Möller, Wilhelm geb. 19. 8. 1904
früher: Oberfeldrichter beim Panzer-
AOK I
heute: Oberamtsrichter in Oldenburg

Morschbach, Dr. geb. 3. 5. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Köln
heute: Oberstaatsanwalt in Mainz

Mugler, Hans, Dr. geb. 3. 11. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 320.
Inf.-Division
heute: Oberstlandesgerichtsrat in Mün-
chen

Mühlenfels, Willy von geb. 27. 9. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Mannheim und Karlsruhe
heute: Landgerichtspräsident in Baden-
Baden

Mühlhaus, Hermann, Dr. geb. 8. 3. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 264.
Inf.-Division
heute: Oberstlandesgerichtsrat in Mün-
chen

Müller, Helmut, Dr. geb. 18. 12. 1906
früher: 1939–1942 Oberregierungsrat,
zuletzt ständiger Vertreter des Polizeiprä-
sidenten in Gdansk, 1942 SS-Sturmabführer,
Polizeipräsident in Gdynia
heute: Verwaltungsgerichtsrat
beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungs-
gericht

- Müller, Kurt** geb. 19. 8. 1905
früher: Oberstabsrichter bei der 6., 196., 70., 463. und 172. Division, Kommandantur Berlin
heute: Landgerichtsdirektor in Hagen
- Müller, Robert** geb. 26. 5. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Freiburg
heute: Amtsgerichtsdirektor in Freiburg
- Müller, Walter, Dr.** geb. 21. 10. 1901
früher: Oberstkriegsgerichtsrat in Frankreich
heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart
- Münich, Alfred, Dr.** geb. 2. 9. 1906
früher: Feldkriegsgerichtsrat; seit 1933 Mitglied der NSDAP; 1937 beim „Volksgerichtshof“, an vielen Urteilen gegen Antifaschisten mitbeteiligt
heute: Senatspräsident am Oberlandesgericht in München
- Münstermann, Wolfgang, Dr.** geb. 1898
früher: Vorsitzender des Sondergerichts Berlin und Richter beim „Volksgerichtshof“
heute: Rechtsanwalt in Celle
- Münting, Dr.** geb. 4. 8. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel
heute: Oberamtsrichter in Bad Segeberg
- Munzinger, Dr.** geb. 9. 8. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim
heute: Regierungspräsident von Nordbaden
- Nagel, Hellmuth, Dr.** geb. 28. 5. 1906
früher: Oberfeldrichter bei der 62. Inf.-Division
heute: Oberlandesgerichtsrat in München
- Nappe, Dr.** geb. 26. 11. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Amtsgerichtsrat in Kiel
- Nebel, Dr.** geb. 20. 9. 1904
früher: Oberfeldrichter bei der Kommandantur Mailand
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Düsseldorf
- Neidhard, Friedrich** geb. 7. 9. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Straßburg (Strasbourg)
heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Baden-Württemberg
- Nellessen, Dr.** geb. 28. 11. 1900
früher: Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Bielitz (Bielsko)
heute: Oberstaatsanwalt in Aachen
- Neumaier, Alois, Dr.** geb. 17. 6. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München
heute: Oberlandesgerichtsrat in München
- Neuroth, Hans-Heinrich** geb. 19. 11. 1908
früher: Oberfeldrichter bei der Kommandantur Berlin
heute: Amtsgerichtsrat in Schlüchtern
- Nickels, Peter, Dr.** geb. 17. 3. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg
heute: Amtsgerichtsdirektor in Hamburg
- Nierner** geb. 30. 1. 1902
früher: Erster Staatsanwalt für politische Strafsachen in Hamm
heute: Erster Staatsanwalt in Hannover
- Niese, Hans** geb. 18. 4. 1911
früher: Kriegsrichter bei der 30. Division Lübeck
heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Krefeld
- Nieuhoff** geb. 5. 10. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hannover
heute: Amtsgerichtsrat in Hannover
- Nissen, Rudolf** geb. 19. 6. 1911
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg
- Nix, Josef** geb. 30. 4. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Division 409
heute: Landgerichtsdirektor in Mainz, ständiger Vertreter des Landgerichtspräsidenten
- Noack** geb. 12. 10. 1898
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)
heute: Amtsgerichtsrat in Schleswig

Normann, Hans-Henning von

geb. 23. 2. 1903

früher: Ministerialrat beim „Reichsmarschall“, Beauftragter für den „Vierjahresplan“, Göring; Leiter des Referats 2, u. a. „Judensachen“

heute: Bundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht

Nössler, Kuno, Dr.

geb. 27. 10. 1904

früher: Oberstabsrichter beim Zentralgericht des Heeres Berlin-Charlottenburg
heute: Oberamtsrichter in Aachen**Nürnberger, Dr.**

geb. 7. 7. 1912

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Magdeburg
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Arnshagen**Nüsslein, Franz, Dr.**

geb. 12. 10. 1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag (Prah)
heute: Generalkonsul in Barcelona**Oberländer, Alexander, Dr.**

geb. 17. 5. 1906

früher: Militärverwaltungsoberrat, Gauhauptstellenleiter Thüringen
heute: Verwaltungsgerichtsrat in Hannover**Ocker, Hermann**

geb. 17. 7. 1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 71. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Hildesheim**Oellrich, Walter, Dr.**

geb. 3. 3. 1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg**Oeser, Richard, Dr.**

geb. 15. 10. 1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Oberstaatsanwalt in München**Oesterreich**

geb. 20. 10. 1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Erster Staatsanwalt in Kassel**Ohm, Dr.**

geb. 4. 5. 1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hannover
heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle**Oldenburg**

geb. 4. 1. 1901

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Prenzlau
heute: Amtsgerichtsrat in Bielefeld**Oligmüller**

geb. 15. 5. 1912

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen
heute: Landgerichtsdirektor in Essen**Oppenheuser, Walter**

geb. 15. 12. 1904

früher: Feldkriegsgerichtsrat
heute: Landessozialgerichtsrat beim Landessozialgericht Saarland**Oppe, Dr.**

geb. 2. 9. 1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Oppeln (Opole)
heute: Erster Staatsanwalt in Duisburg**Ortmann, Hans**

geb. 10. 4. 1903

früher: Oberstabsrichter bei der 526. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Duisburg**Orzechowski, Dr.**

geb. 16. 6. 1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Oberstaatsanwalt in Köln**Otter, Dr.**

geb. 7. 1. 1903

früher: Heeresrichter bei der Standort-Kommandantur 192
heute: Oberstaatsanwalt in Celle**Ottersbach**

geb. 10. 6. 1912

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
heute: bis Frühjahr 1965 Staatsanwalt in Lüneburg**Oskierski, Wilhelm**

geb. 7. 8. 1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 428. Division z. b. V.
heute: Landgerichtsrat in Krefeld**Ostermeier, Robert, Dr.**

geb. 29. 5. 1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg-Fürth
heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth**Passauer, Hans**

geb. 25. 5. 1909

früher: Oberstabsrichter bei der 12. Division Schwerin
heute: Staatsanwalt in Itzehoe

Päth, Gerd, Dr. geb. 23. 8. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Hamburg
heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Pecher, Otto, Dr. geb. 29. 4. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Cottbus
heute: Bundesrichter beim Bundesarbeits-
gericht

Petersen, Harro, Dr. geb. 22. 4. 1912
früher: Staatsanwalt für politische
Strafsachen in Kattowitz (Katowice)
heute: Landgerichtsdirektor in Flens-
burg

Petzke, Hans, Dr. geb. 30. 7. 1901
früher: Oberkriegsgerichtsrat
heute: Oberstaatsanwalt in Nürnberg

Pfenningsdorf geb. 27. 4. 1908
früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium, Sondergerichtssachen Ostge-
biete
heute: Landgerichtsrat in Bonn

Pfleiderer geb. 2. 2. 1912
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Prag (Praž) und Brünn (Brno)
heute: Erster Staatsanwalt beim Ober-
landesgericht Celle

Philippi, Walter geb. 8. 12. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat, Oberstabs-
richter der 176. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund

Pichon geb. 5. 2. 1903
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Frankfurt/Oder
heute: Landgerichtsrat in Osnabrück

Piesker geb. 24. 5. 1904
früher: Erster Staatsanwalt beim Son-
dergericht Celle und Hannover
heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Pingel geb. 18. 5. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Kiel
heute: Staatsanwalt in Kiel

Pippert geb. 24. 5. 1904
früher: Erster Staatsanwalt beim Son-
dergericht Wien
heute: Oberstaatsanwalt in Dortmund

Plock, Gerhard, Dr. geb. 17. 2. 1913
früher: Oberstabsrichter bei der 52., 166.
Inf.-Division und der 20. Panzer-Division
Pz. AOK 3
heute: Rechtsanwalt und Notar in Dil-
lenburg

Plonner, Hermann geb. 1. 3. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Bielitz (Bielsko)
heute: Oberlandesgerichtsrat in Mün-
chen

Plönnies, Rudolf, Dr. geb. 8. 9. 1908
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Brünn (Brno)
heute: Amtsgerichtsrat in Itzehoe

Poddey, Traugott geb. 5. 10. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Halle
heute: Senatspräsident beim Landes-
sozialgericht Stuttgart

Poersch, Lothar, Dr. geb. 14. 10. 1906
früher: Oberfeldrichter bei der 24. Inf.-
Division
heute: Amtsgerichtsdirektor in Selb

Pöhlmann, Heinrich geb. 31. 8. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Saarbrücken
heute: Landgerichtsdirektor in Bayreuth

Poos, Dr. geb. 13. 1. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Celle
heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Poppelbaum, Helmut geb. 22. 10. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat beim Ober-
kommando des Heeres und bei der 6. Divi-
sion Bielefeld
heute: Landgerichtsdirektor in Lüneburg

Pöschla, Dr. geb. 25. 3. 1900
früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe
heute: Erster Staatsanwalt in Wuppertal

Preiser, Dr. geb. 23. 8. 1898
früher: Landgerichtsdirektor im Nazi-
Justizministerium, Abt. IV, Ref.-Leiter für
politische Strafsachen
heute: Oberlandesgerichtsrat in Braun-
schweig

Priedigkeit, Georg geb. 29. 3. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Schneidemühl (Pila)
heute: Arbeitsgerichtsrat in Hagen

Pröhl geb. 14. 10. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Magdeburg
heute: Landgerichtsrat in Frankfurt/
Main

Prüfer, Hans geb. 5. 11. 1903
früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger
beim Sondergericht Freiburg
heute: Oberjustizrat in Mülheim

Quack geb. 7. 7. 1910
früher: Oberstabsrichter bei der 17., 18.
und 213. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Gießen

Raab, Dr. geb. 5. 1. 1910
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Prag (Praha)
heute: Landgerichtsrat in Kleve

Raabe geb. 19. 6. 1898
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 209.
Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Uslar

Rabenau, von geb. 12. 3. 1913
früher: Oberstabsrichter bei der 3. und
17. Panzer-Division
heute: Landgerichtsrat in Düsseldorf

Raeder geb. 18. 8. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Düsseldorf
heute: Leitender Oberstaatsanwalt in
Köln

Rahn, Dietrich, Dr. geb. 14. 4. 1914
früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der
463. Inf.-Division
heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt/
Main

Ral, Dr. geb. 3. 8. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
München
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in
München

Randebrock geb. 22. 1. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Landgericht
Essen („Rassensachen“)
heute: Landgerichtsdirektor in Koblenz

Raschik, Dr. geb. 30. 3. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Mährisch-Schönberg (Sumperk)
heute: Oberlandesgerichtsrat in Frank-
furt/Main

Rathmayer, Otto geb. 15. 12. 1905
früher: Amtsgerichtsrat; Ankläger beim
„Volksgerichtshof“
heute: Landgerichtsrat in Landshut

Rathske geb. 16. 9. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Düsseldorf
heute: Staatsanwalt in Koblenz

Rausch, Dr. geb. 14. 9. 1909
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Magdeburg
heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Rebmann, Dr. geb. 13. 5. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Berlin
heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Reckmann, Hans, Dr. geb. 21. 6. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 526.
Inf.-Division
heute: Oberamtsrat in Goch

Regis, Dr. geb. 6. 1. 1904
früher: Oberlandesgerichtsrat in Jena,
Standrichter
heute: Landgerichtsrat in Bielefeld

Rehbock, Dr. geb. 2. 9. 1898
früher: Kammergerichtsrat beim Son-
dergericht Berlin
heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Reichelt, Dr. geb. 20. 1. 1904
früher: Staatsanwalt beim „Volksge-
richtshof“
heute: Erster Staatsanwalt beim Ober-
landesgericht Koblenz

Reil, Theodor geb. 20. 6. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 404.
Inf.-Division
heute: Landessozialgerichtsrat in Stutt-
gart

Rein, Dr. geb. 6. 8. 1901
früher: Oberstaatsanwalt beim Sonder-
gericht Dortmund
heute: Senatspräsident in Hamm

Reiners, Friedrich, Dr. geb. 25. 3. 1904
früher: Heeresrichter beim Zentral-Gericht des Heeres Berlin-Charlottenburg
heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Rempe, Dr. geb. 24. 4. 1902
früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III
heute: Oberlandesgerichtspräsident in Hamm

Renatus, Heinrich geb. 21. 10. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat und Oberstabsrichter bei der 464. Inf.-Division
heute: Landesozialgerichtsrat in München

Retsch, Georg geb. 2. 2. 1901
früher: Oberstabsrichter bei der 1. Panzer-Division
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Reubold, Hans, Dr. geb. 29. 9. 1900
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Landgerichtspräsident in Nürnberg-Fürth

Reusch, Dr. geb. 23. 10. 1902
früher: Oberstrichter beim Oberkommando des Heeres
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Frankfurt/Main

Reuter, Rudolf, Dr. geb. 12. 6. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag (Praha), Kriegsverbrecherliste der ČSSR: A 38-87
heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Wuppertal

Rheinen, Fritz, Dr. geb. 14. 6. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 176. Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Duisburg

Rhode, Werner geb. 1. 2. 1913
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag (Praha), Kriegsverbrecherliste der ČSSR Nr. A 38-88
heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Schleswig-Holstein

Rimelin, Renatus, Dr. geb. 12. 4. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart

heute: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart

Rittinger, Josef, Dr. geb. 10. 3. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 17. Armee, Passau
heute: Oberamtsrichter in Eichstätt

Richert geb. 18. 12. 1898
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Elbing (Elbląg)
heute: Amtsgerichtsrat in Flensburg

Rieder geb. 11. 3. 1903
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachts-Kommandantur Berlin
heute: Landgerichtspräsident in Zweibrücken (Siehe Tafel 30)

Riemann, Kurt geb. 17. 7. 1913
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Landgerichtsdirektor in Hannover

Riepenhausen, Ernst geb. 23. 8. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Leslau (Włocławek); polnische Kriegsverbrecherliste
heute: Oberlandesgerichtsrat in Bamberg

Rietmeyer, Dr. geb. 10. 1. 1909
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Köln
heute: Oberamtsrichter in Lindlar

Rochlitz, Viktor, Dr. geb. 16. 3. 1914
früher: Gerichtsassessor, Ankläger beim Sondergericht Straßburg (Strasbourg)
heute: Landgerichtsrat in Heidelberg

Rodominski, Herbert geb. 15. 11. 1912
früher: Richter beim Sondergericht Hamburg
heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg-Hamburg

Roemer geb. August 1902
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium

Roesler, Dr. geb. 18. 6. 1903
früher: Oberlandesgerichtsrat für politische Strafsachen in Posen (Poznań)
heute: Obergerverwaltungsgerichtsrat in Münster

Rogalla, Hans geb. 24. 2. 1901
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Stettin (Szczecin)
heute: Erster Staatsanwalt in Verden

Rogge geb. 15. 8. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Kiel
heute: Landgerichtsdirektor in Flens-
burg

Roggenkamp, Kurt, Dr. geb. 31. 10. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 384.
Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsdirektor in Hamburg-
Blankenese

Romatzek, Wilhelm geb. 18. 12. 1905
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Amtsgerichtsrat in Königshofen
im Grabfeld

Römer geb. 29. 3. 1914
früher: Ankläger beim Sondergericht
Wuppertal
heute: Ministerialrat im Justizministe-
rium Nordrhein-Westfalen

Ronke, Maximilian, Prof. Dr.
geb. 27. 11. 1904
früher: Oberlandesgerichtsrat beim Son-
dergericht Prag (Praha)
heute: Landgerichtsdirektor in Würz-
burg

Rosendahl geb. 7. 4. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Thorn (Torun)
heute: Staatsanwalt in Münster

Rosga, Ernst geb. 21. 3. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat, Oberfeldkom-
mandantur 548
heute: Kammergerichtsrat in Westberlin

Ross geb. 31. 5. 1908
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium
heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Rössiger geb. 9. 10. 1911
früher: Divisionsrichter
heute: Oberamtsrichter in Vlotho

Rostock, Heinrich geb. 22. 7. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409.
Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Eschwege

Rothe, Gerhard, Dr. geb. 29. 8. 1906
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht Naumburg
heute: Bundesrichter beim Bundes-
gerichtshof

**Ruepprecht, Hans-Ulrich,
Freiherr von, Dr.** geb. 9. 7. 1911
früher: Landgerichtsrat in Ravensburg,
Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“
heute: Oberlandesgerichtsrat in Stutt-
gart

Ruff, Wilhelm geb. 11. 9. 1912
früher: Oberstabsrichter bei der 9. Inf.-
Division
heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart

Saage, Dr. geb. Juli 1907
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-
Justizministerium
heute: Ministerialdirektor im Bundes-
justizministerium

Sand, Hermann geb. 1. 7. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sonder-
gericht München
heute: Oberlandesgerichtsrat in Mün-
chen

Sandrock, Dr. geb. 18. 2. 1902
früher: Landgerichtsrat und Staatsan-
walt für politische Strafsachen beim Reichs-
gericht
heute: Oberlandesgerichtsrat Frankfurt/
Main

Sauer, Valentin geb. 27. 12. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409.
Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Marburg

Sauter, Philipp geb. 6. 7. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 362.
Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Eberbach/
Karlsruhe

Schade, Hans, Dr. Dr. geb. 10. 9. 1901
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-
Justizministerium
heute: Senatspräsident beim Bundes-
patentgericht

Schäfer, Karl, Dr. geb. 11. 12. 1899
früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III
heute: Senatspräsident in Frankfurt/Main

Schafheutle, Josef, Dr. geb. März 1904
früher: Landgerichtsdirektor im Nazi-Justizministerium
heute: Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium

Schäper, Theodor geb. 6. 11. 1901
früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Brünn (Brno)
heute: Oberstaatsanwalt in Bochum

Schattenberg, Ulrich, Dr. geb. 11. 2. 1906
früher: Marine-Oberstkriegsgerichtsrat, nach eigenen Angaben an Fahrten der faschistischen Kriegsmarine nach Spanien teilgenommen, um die Faschisten mit Waffen, Munition und Lebensmitteln zu versorgen
heute: Erster Staatsanwalt in Lübeck

Schicht, Wolfgang, Dr. geb. 10. 10. 1908
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Erster Staatsanwalt in Stuttgart

Schiedt, Robert, Dr. geb. 1. 9. 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Schiffner geb. 23. 7. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Elbing (Elbląg)
heute: Staatsanwalt in Lüneburg

Schikowsky, Dr. geb. 16. 9. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Amtsgerichtsrat in Peine

Schilgen, Walter, Dr. geb. 28. 6. 1900
früher: Oberlandesgerichtsrat in politischen Strafsachen in Kattowitz (Katowice)
heute: Bundesrichter beim Bundesarbeitsgericht

Schlaefke, Wilhelm geb. 2. 3. 1902
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 12. Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Hamburg

Schlichting, Erich, Dr. geb. 12. 5. 1897
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Reichskriegsgericht und bei der Standortkommandantur in Sofia
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Schleswig

Schlinke, Kurt geb. 19. 12. 1899
früher: Amtsgerichtsrat in Zörbig, Gerichtsoffizier des Wehrmachts-Gefängnisses Torgau
heute: Amtsgerichtsrat in Hildesheim

Schauergans geb. 15. 12. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen
heute: Amtsgerichtsrat in Aachen

Scheer, Willy geb. 29. 11. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 213. Sicherungs-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Celle

Scherer, Werner, Dr.
früher: Kriegsgerichtsrat OKW
heute: Bundesrichter

Schlegelberger, Hartwig, Dr. geb. 9. 11. 1913
früher: Marine-Oberstabsrichter
heute: Innenminister in Schleswig-Holstein (Siehe Tafel 30)

Schlüter, Erich, Dr. geb. 29. 5. 1903
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres/HR
heute: Landgerichtspräsident in Ansbach

Schmidt, Kurt geb. 23. 9. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hohensalza (Inowrocław)
heute: Amtsgerichtsrat in Hoya

Schmitt, Josef, Dr. geb. 22. 8. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 672
heute: Amtsgerichtsrat in Dachau

Schmitt, Walter geb. 13. 7. 1905
früher: Armeerichter der 1. Gebirgsdivision München, der 7. und 467. Division München, der Armee-Abt. Lanz, der Kommandantur Berlin in der Heeresgruppe E XXII AK
heute: Rechtsanwalt in Landau

Schmitt-Winter, Albert geb. 23. 2. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Oberstaatsanwalt in Saarbrücken

Schmitz, Erich, Dr. geb. 25. 7. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 467.
Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in München

Schmiedeberg geb. 9. 10. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Stettin (Szczecin)
heute: Amtsgerichtsrat in Bochum

Schmole, Dr. geb. 29. 6. 1900
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Dresden
heute: Landgerichtsrat in Hannover

Schoene, Josef geb. 9. 1. 1903
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Essen
heute: Landgerichtsdirektor in Essen

Schoengarth, Dr. geb. 29. 8. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Breslau (Wrocław)
heute: Amtsgerichtsrat in Hagen

Schöllgen, Dr. geb. 10. 8. 1901
früher: Oberamtsrichter beim Sonderge-
richt Wuppertal
heute: Landgerichtsdirektor in Mönchen-
Gladbach

Scholz, Heinrich geb. 22. 9. 1904
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der
Kommandantur Königsberg XXVI AK
heute: Leitender Oberstaatsanwalt in
Hamburg

Schoppmann, Dr. geb. 17. 10. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Elbing (Elbląg)
heute: Landgerichtsdirektor in Bremen

Schorn, Joachim geb. 9. 8. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 201.
Sicherungs-Division
heute: Amtsgerichtsdirektor in Osnä-
brück

Schrader, Karl-Heinz geb. 27. 10. 1909
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Essen
heute: Oberamtsrichter in Plettenberg

Schreiber, Georg geb. 19. 3. 1898
früher: Landgerichtsdirektor in Berlin,
NSDAP seit 1. Dezember 1932, Vorsitzender
des Kreisparteigerichtes, Marine-Kriegsge-
richtsrat
heute: Amtsgerichtsrat in Kiel

Schreiber, Theodor geb. 22. 12. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 173.
Inf.-Division
heute: Landgerichtsrat in Passau

Schreitmüller, Adolf, Dr. geb. 8. 11. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Stuttgart und beim „Volksgerechts-
hof“
heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Schroiff geb. 10. 8. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Breslau (Wrocław)
heute: Erster Oberstaatsanwalt in Stade

Schubert, Franz, Dr. geb. 4. 10. 1910
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Troppau (Opava)
heute: Landgerichtsrat in Traunstein

Schubert, Johannes, Dr. geb. 18. 8. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 408.
Division
heute: Amtsgerichtsdirektor in Gifhorn

Schubert, Johannes geb. 13. 8. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Oppeln (Opole)
heute: Oberstaatsanwalt in Karlsruhe

Schubert, Wolfgang geb. 1. 8. 1908
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Kattowitz (Katowice)
heute: Amtsgerichtsrat in Friesoythe

Schultze, Otto-Wolfgang geb. 10. 1. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Essen
heute: Erster Staatsanwalt in Dortmund

Schulze, Friedrich geb. 11. 2. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Halle/Saale
heute: Amtsgerichtsrat in Gronau

Schumacher, Franz, Dr. geb. 28. 6. 1907
früher: Oberfeldrichter bei der 34. Divi-
sion Koblenz
heute: Oberstaatsanwalt in Limburg

Schuppenies, Günter, Dr. geb. 9. 6. 1908
früher: Oberstabsrichter beim Kom-
mando des Heeres, Ersatz-Truppe IX
heute: Amtsgerichtsrat in Westberlin-
Charlottenburg

Schürmann, Wolfgang geb. 18. 8. 1913
früher: Oberstabsrichter bei der 153.
Division Potsdam und der 75. Inf.-Division
heute: Staatsanwalt in Hildesheim

Schutte, Dr. geb. 22. 6. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Litzmannstadt (Lodz)
heute: Amtsgerichtsrat in Wuppertal

Schwaller, Karl von, Dr. geb. 5. 10. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Brünn (Brno)
heute: Amtsgerichtsrat in Augsburg

Schwarze, Johannes geb. 25. 10. 1902
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Halle (Saale)
heute: Erster Staatsanwalt in Münster

Schwarze, Josef geb. 20. 11. 1910
früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justiz-
ministerium
heute: Senatspräsident beim Oberlandes-
gericht in Hamm

Schwedes, Franz, Dr. geb. 4. 6. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feld-
kommandantur 520
heute: Amtsgerichtsrat in Kassel

Schweichel, Dr. geb. 23. 8. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 95.
Inf.-Division
heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Schweling, Otto geb. 4. 3. 1904
früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Luft-
waffengericht und Amtsrichter in Italien
heute: Oberstaatsanwalt beim Bundesge-
richtshof

Seibert, Claus, Dr. geb. 4. 6. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 463.
Inf.-Division
heute: Bundesrichter beim Bundesge-
richtshof

Seiffert, Werner, Dr. geb. 8. 10. 1902
früher: Kammergerichtsrat im Nazi-
Justizministerium
heute: Amtsgerichtsdirektor in Stuttgart

Seither, Karl, Dr. geb. 29. 1. 1901
früher: Erster Staatsanwalt in Regens-
burg und Beisitzer eines Standgerichtes
heute: Oberlandesgerichtsrat in Mün-
chen

Semmler geb. 10. 1. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Frankenthal
heute: Oberstaatsanwalt in Zweibrücken

Sernau geb. 2. 1. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Dortmund
heute: Staatsanwalt in Bochum

Seydewitz, von geb. 20. 6. 1908
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Petrikau
heute: Landgerichtsrat in Hannover

Siebers geb. 21. 11. 1907
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 5.
Panzer-Division Oppeln (Opole) und 177. Di-
vision Brünn (Brno)
heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Siedenburg, Walter geb. 2. 9. 1900
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Oldenburg
heute: Landgerichtsrat in Oldenburg

Sielaff, Dr. geb. 10. 6. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Mainz
heute: Amtsgerichtsrat in Ludwigshafen

Sinn, Heinrich, Dr. geb. 18. 12. 1903
früher: Oberstabsrichter bei der 329.
Inf.-Division
heute: Senatspräsident beim Oberlandes-
gericht Stuttgart

Skok, Herbert, Dr. geb. 18. 11. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Hamburg
heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Sommer geb. 12. 11. 1903
früher: Erster Staatsanwalt beim Sonder-
gericht Litzmannstadt (Lodz)
heute: Erster Staatsanwalt in Düsseldorf

Sosna geb. 2. 11. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Graz
heute: Staatsanwalt in Oldenburg

Spehr geb. 28. 2. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Düsseldorf
heute: Landgerichtsrat in Düsseldorf

Spies, Gebhard geb. 2. 6. 1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Braunschweig
heute: Landgerichtsrat in Braunschweig

Spillner, Dr. geb. 7. 9. 1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dresden
heute: Sozialgerichtsdirektor in Lübeck

Splett geb. 18. 8. 1909

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe, Luftgau Norwegen
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Köln

Splettstösser, Dr. geb. 10. 3. 1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag (Praha)
heute: Staatsanwalt in Hannover

Springorum geb. 5. 11. 1915

früher: Gerichtsassessor beim Sondergericht Thorn (Torun)
heute: Amtsgerichtsrat in Kusel

Susemihl geb. 19. 10. 1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hannover
heute: Erster Staatsanwalt in Aurich

Staat, Dr. geb. 10. 9. 1907

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Hamm
heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Arnsberg

Stähler geb. 6. 1. 1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Danzig (Gdansk)
heute: Oberstaatsanwalt in Hamm

Stangl, Walter, Dr. geb. 21. 5. 1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Eger (Cheb)
heute: Staatsanwalt in Bamberg

Stanglmair, Herrmann, Dr. geb. 29. 5. 1910

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 169. Inf.-Division
heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Stamp, Wolfgang geb. 21. 12. 1910

früher: Mitglied eines Standgerichtes
heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Stand, Hans, Dr. geb. 19. 5. 1900

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres/HR
heute: Senatspräsident Frankfurt/Main

Stanke, Georg geb. 6. 8. 1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)
heute: Amtsgerichtsrat in Baden-Baden

Steckel, Kurt geb. 17. 7. 1901

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)
heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Steffen, Erich, Dr. geb. 20. 5. 1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf
heute: Landgerichtsdirektor in Düsseldorf

Steffen, Hermann geb. 23. 10. 1902

früher: Kriegsgerichtsrat, XII. AK
heute: Amtsgerichtsdirektor in Bünde

Stein, vom geb. 9. 5. 1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Düsseldorf

Steiner, Dr. geb. 20. 10. 1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Berlin
heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Steinke, Max geb. 7. 10. 1910

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“
heute: Oberamtsrichter in Singen

Steinle, Kurt, Dr. geb. 1. 3. 1914

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht München
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Steinmayr, Hans, Dr. geb. 16. 1. 1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg
heute: Landgerichtsrat in Schweinfurt

Stephan, Heinz geb. 3. 6. 1913

früher: Oberstabsrichter bei der 408. und 28. Division Breslau
heute: Landgerichtsrat in München

Stöhr, Karl geb. 22. 2. 1905
früher: Regierungsrat in Butzbach; 1933
bis 1937 SA-Oberscharführer, Sturm 4/29,
danach SS
heute: Regierungsdirektor an der Straf-
anstalt Nürnberg

Stolting II, Hermann geb. März 1911
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Bromberg (Bydgoszcz)
heute: Rechtsanwalt in Frankfurt/Main

Stölzel geb. 2. 12. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Kassel
heute: Senatspräsident beim Oberlandes-
gericht Frankfurt/Main

Stoppel, Dr. geb. 30. 10. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat beim Luft-
gau II Warschau (Warszawa)
heute: Amtsgerichtsrat in Witten

Stransky, Maximilian, Dr. geb. 15. 9. 1910
früher: Staatsanwalt für politische Straf-
sachen in Troppau (Opava); Kriegsverbre-
cherliste der ČSSR Nr. A-6/365
heute: Landgerichtsrat in Kempten

Straube geb. 20. 4. 1900
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Dresden
heute: Erster Staatsanwalt in Marburg

Streller, Karl geb. 28. 10. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Brünn (Brno)
heute: Landgerichtsrat in Rottweil

Strödter, Dr. geb. 27. 5. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Linz
heute: Amtsgerichtsdirektor in Wetzlar

Strohbach, Rudolf, Dr. geb. 6. 1. 1913
früher: Heeresrichter bei der 391. Inf.-
Division
heute: Rechtsanwalt in Bremerhaven

Stromsky geb. 21. 12. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 210.
Inf.-Division
heute: Oberamtsrichter in Oelde

Strümpfer geb. 2. 10. 1901
früher: Oberlandesgerichtsrat beim Son-
dergericht Bielefeld
heute: Oberamtsrichter in Bielefeld

Stuhldreer, Kunibert geb. 14. 7. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Breslau (Wroclaw)
heute: Amtsgerichtsrat in Landshut

Stumpf, Hermann, Dr. geb. 9. 10. 1912
früher: Gerichtsassessor im Nazi-Justiz-
ministerium, Abt. III
heute: Senatspräsident beim Bundes-
arbeitsgericht

Stumpf, Richard geb. 4. 2. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Litzmannstadt (Lodz)
heute: Erster Staatsanwalt in Nürnberg

Suckow, Harald geb. 16. 5. 1903
früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Pan-
zer-Armee-Oberkommando 4
heute: Amtsgerichtsrat in Dillingen/Do-
nau

Szogs geb. 8. 7. 1908
früher: Oberstabsrichter bei der 3. Divi-
sion Frankfurt/Oder, Feldkommandantur
530
heute: Staatsanwalt in Hannover

Tacke geb. 27. 5. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Frankfurt/Main
heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt/
Main

Talpa, Erich, Dr. geb. 14. 1. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Troppau (Opava)
heute: Oberstaatsanwalt in Ulm

Tank, Ernst geb. 17. 4. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Eger (Cheb)
heute: Oberregierungsrat in Kiel, Straf-
gefängnis

Tennigkeit geb. 27. 6. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Königsberg (Kaliningrad)
heute: Staatsanwalt in Essen

Teufl, Dr. geb. 10. 2. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Zweibrücken
heute: Landgerichtspräsident in Koblenz

Tiedtke, Dr. geb. 3. 6. 1908
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Berlin
heute: Landgerichtsrat in Arnberg

- Tillmann** geb. 16. 4. 1905
früher: Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter beim Sondergericht Stettin (Szczecin)
heute: Staatsanwalt in Kleve
- Timmermann** geb. 6. 7. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Celle
heute: Landgerichtsdirektor in Hannover
- Thamm, Ernst** geb. 25. 3. 1904
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kiel
heute: Oberstaatsanwalt in Kiel
- Thierbach** geb. 19. 1. 1902
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Berlin
heute: Senatspräsident in Düsseldorf
- Thomashoff** geb. 7. 2. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf
heute: Landgerichtsdirektor in Düsseldorf
- Thomsen, Willy** geb. 20. 9. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel
heute: Senatspräsident in Schleswig
- Thurmayr, Alois, Dr.** geb. 22. 1. 1909
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht München
heute: Amtsgerichtsrat in Starnberg
- Töpfer, Dr.** geb. 13. 8. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Schneidemühl (Pila)
heute: Amtsgerichtsrat in Gladbeck
- Trabert, Rudolf, Dr.** geb. 21. 1. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München
heute: Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München
- Tramm, Dr.** geb. 19. 2. 1901
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium
heute: Amtsgerichtspräsident in Düsseldorf
- Traub, Kurt** geb. 26. 6. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)
heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart
- Treichel, Werner** geb. 15. 8. 1908
früher: Feldkriegsgerichtsrat
heute: Oberamtsrichter in Schwarzenbeck
- Trepte, Dr.** geb. 30. 7. 1912
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Leipzig
heute: Landgerichtsrat in Koblenz
- Troost, Sigismund, Dr.** geb. 23. 9. 1911
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Sozialgerichtsrat in Duisburg
- Tschofen, Franz** geb. 22. 10. 1910
früher: Kriegsgerichtsrat, Kommandantur Litzmannstadt (Lodz)
heute: Amtsgerichtsrat in Traunstein
- Uhlig** geb. 26. 2. 1909
früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten in Freiberg und Königsberg (Kalinin-grad)
heute: Staatsanwalt in Düsseldorf
- Uhse, Dirk** geb. 24. 6. 1907
früher: Oberstabsrichter bei der 3. Division Frankfurt/Oder
heute: Amtsgerichtsrat in Kassel
- Ullrich, Hans, Dr.** geb. 17. 9. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Weimar
heute: Landgerichtsrat in Mosbach
- Verres** geb. 26. 4. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Frankfurt/Main
heute: Erster Staatsanwalt in Wiesbaden
- Verspohl, Dr.** geb. 22. 7. 1908
früher: Oberstabsrichter bei der 12. Luftwaffen-Felddivision
heute: Landgerichtsdirektor in Münster
- Viergutz, Hans-Werner** geb. 18. 7. 1908
früher: Oberstabsrichter bei der 28. Division Breslau (Wroclaw)
heute: Erster Staatsanwalt in Ravensburg
- Viertel, Lothar** geb. 28. 5. 1910
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Fulda
- Vogel, Hans** geb. 23. 6. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg
heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Vogel, Hermann, Dr. geb. 2. 2. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg
heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Voigt, Erich, Dr. geb. 12. 11. 1902
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin und beim Oberkommando des Heeres
heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Voithenberg, Voith von, Dr. geb. 29. 8. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Bayreuth

Vollmar, Franz geb. 8. 3. 1906
früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium, Abt. III
heute: Oberamtsrichter in Sinsheim

Vollrath, Dr. geb. 10. 9. 1907
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Dresden
heute: Amtsgerichtsdirektor in Bad Salzungen

Vornbäumen, Dr. geb. 23. 6. 1903
früher: Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Kassel (politische Strafsachen)
heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt/Main

Vornweg geb. 5. 11. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld
heute: Oberamtsrichter in Meschede

Wälzholz geb. 27. 10. 1903
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)
heute: Oberstaatsanwalt in Hamm

Wagner, Hans-Hein, Dr. geb. 31. 3. 1909
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 4. und 413. Panzer-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Aachen

Wagner, Walter, Dr. geb. 31. 7. 1901
früher: Oberstaatsanwalt beim Generalstaatsanwalt Posen (Poznan)
heute: Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Wahl, Ernst geb. 29. 11. 1903
früher: Richter beim Sondergericht II Breslau (Wroclaw)

heute: Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/Main

Wallis geb. 25. 2. 1906
früher: Oberstabsrichter bei der 8. Division Oppeln (Opole)
heute: Amtsgerichtsrat in Bochum

Walter geb. 3. 3. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kalisch (Kalisz)
heute: Landgerichtsrat in Mainz

Walthers, Wolfgang geb. 7. 5. 1908
früher: Staatsanwalt in Erfurt, Hauptabteilung SS-Gericht, SS-Sturmabführer
heute: Regierungsdirektor im Justizministerium von Baden-Württemberg

Weber, Erich, Dr. geb. 9. 4. 1901
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf
heute: Landgerichtsrat in Duisburg

Weber, Kurt geb. 29. 10. 1907
früher: Richter in Frankreich, an Exekutionen im Elsaß teilgenommen
heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Weber, Walter, Dr. geb. 31. 10. 1902
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409. Inf.-Division
heute: Amtsgerichtsrat in Parsberg

Webermeier, Herbert geb. 4. 1. 1906
früher: Staatsanwalt in Wuppertal, SS-Untersturmführer im Stab II/20
heute: Staatsanwalt in Dortmund

Wedeking, Siegfried, Dr. geb. 18. 8. 1913
früher: Oberstabsrichter, u. a. bei der Strafbrigade 999
heute: Pfarrer einer Strafanstalt in Werl

Wegert, Kurt, Dr. geb. 15. 9. 1907
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 4. Panzer-Armee
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Wehner, Martin geb. 10. 11. 1906
früher: Oberstabsrichter bei der 17. Division Nürnberg
heute: Amtsgerichtsrat in München

Wehrmeister geb. 15. 10. 1902
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Stettin (Szczecin)
heute: Amtsgerichtsrat in Moers

- Weiden, von der, Dr.** geb. 21. 11. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen
heute: Amtsgerichtsrat in Aachen
- Weinelt, Wilhelm, Dr.** geb. 2. 6. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Prag (Praha)
heute: Amtsgerichtsrat in Nürnberg
- Weinerth, Kurt, Dr. Dr.** geb. 19. 2. 1902
früher: Oberkriegsgerichtsrat
heute: Verwaltungsgerichtspräsident in Neustadt a. d. Weinstraße
- Weise** geb. 15. 2. 1905
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Dresden
heute: Staatsanwalt in Duisburg
- Weissenberger, Heribert** geb. 10. 2. 1905
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bayreuth
heute: Amtsgerichtsdirektor in Forchheim
- Weitnauer, Dr.** geb. Juli 1910
früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium
heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium
- Weitzel** geb. 26. 8. 1908
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen Kassel
heute: Oberstaatsanwalt in Marburg
- Wendel, Wilhelm** geb. 26. 3. 1904
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in München
- Wendik** geb. 9. 3. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)
heute: Amtsgerichtsrat in Eschershausen
- Wenzel, Friedrich-Karl, Dr.** geb. 4. 2. 1912
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hannover und Celle
heute: Staatsanwalt in Göttingen
- Wenzel, Kurt** geb. 24. 10. 1904
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt/Oder
heute: Amtsgerichtsrat in Westerland
- Werber, Karl** geb. 18. 10. 1913
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Magdeburg
heute: Amtsgerichtsrat in Gifhorn
- Werner, Berthold, Dr.** geb. 20. 8. 1898
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 71., 182., 28. und 433. Division und Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Wien
heute: Amtsgerichtsdirektor in Siegen
- Werther, Friedrich, Dr.** geb. 13. 8. 1903
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 174. Division, Oberstabsrichter bei der Feldkommandantur
heute: Landgerichtsrat in Düsseldorf
- Westerburg, Dr.** geb. 7. 4. 1907
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielefeld
heute: Erster Staatsanwalt in Arnberg
- Wettengel, Alfred, Dr.** geb. 22. 3. 1903
früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Eger (Cheb)
heute: Amtsgerichtsrat in Heilbronn
- Wickmann** geb. 12. 12. 1901
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Aachen
heute: Oberstaatsanwalt in Aachen
- Widera** geb. 16. 2. 1905
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Breslau (Wroclaw)
heute: Staatsanwalt in Braunschweig
- Wiedemann, Viktor, Dr.** geb. 16. 10. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 379
heute: Oberstaatsanwalt in München
- Wienecke, Josef** geb. 8. 8. 1906
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Luxemburg
heute: Erster Staatsanwalt in Koblenz
- Wildt, Dr.** geb. 14. 7. 1908
früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Kassel
heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Münster
- Will, Hermann, Dr.** geb. 23. 8. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat
heute: Landgerichtsdirektor in Landshut

Willecke geb. 10. 6. 1910
früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Wien
heute: Staatsanwalt in Kassel

Willer geb. 10. 11. 1904
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Frankfurt/Main
heute: Amtsgerichtsdirektor in Frank-
furt/Main

Wilkerling, Dr. geb. 5. 9. 1900
früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-
Justizministerium
heute: Ministerialdirigent im Justizmini-
sterium Niedersachsen

Wimmer, Eberhard, Dr. geb. 27. 6. 1903
früher: Oberamtsrichter in Pulsnitz;
SS-Oberscharführer, Sturmbannschulungslei-
ter I/84
heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsge-
richt Wuppertal

Winckler, Hugo, Dr. geb. 28. 8. 1913
früher: Amtsgerichtsrat in München; SS-
Scharführer
heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Wintermann
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Oldenburg
heute: Amtsgericht in Delmenhorst

Witt, Heinz, Dr. geb. 1. 1. 1910
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Rostock
heute: Amtsgerichtsrat in Rheinberg

Witzig, Konrad, Dr. geb. 24. 4. 1901
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 106.
Inf.-Division
heute: Landgerichtsdirektor in Bochum

Wodtke geb. 22. 12. 1908
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der
30. Inf.-Division und beim Reichskriegsge-
richt Berlin
heute: Amtsgerichtsdirektor in Siegen

Wöstmann, Dr. geb. 26. 12. 1896
früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der
191. Division
heute: Landgerichtsdirektor in Hildes-
heim

Wohnsdorf, Hans geb. 28. 2. 1905
früher: Kriegsgerichtsrat bei der 214.
und 408. Inf.-Division
heute: Landgerichtsrat in Hechingen

Woldt, Heinz, Dr. geb. 3. 11. 1909
früher: Oberstabsrichter bei der 20. Inf.-
Division
heute: Oberlandesgerichtsrat in Ham-
burg

Wolff, Gustav-Adolf geb. 10. 7. 1906
früher: Kriegsgerichtsrat bei der Siche-
rungs-Division 286
heute: Landgerichtsrat in Oldenburg

Wolff, Paul, geb. 9. 12. 1905
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Oppeln (Opole)
heute: Amtsgerichtsrat in Paderborn

Wolfrum, Dr. geb. 20. 9. 1907
früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Kattowitz (Katowice)
heute: Landgerichtsdirektor in Aachen

Woll, Albert geb. 16. 8. 1906
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Mannheim
heute: Generalstaatsanwalt beim Ober-
landgericht Karlsruhe

Wollschläger geb. 8. 8. 1909
früher: Assessor beim Sondergericht
Schwerin
heute: Amtsgerichtsrat in Siegen

Wonhas, Paul, Dr. geb. 6. 9. 1906
früher: Feldkriegsgerichtsrat,
FP.-Nr. 16 688
heute: Landgerichtsdirektor in Mün-
chen

Wroblewski, Dr. geb. 28. 3. 1908
früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht Litzmannstadt (Lodz)
heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in
Lüneburg

Wünschmann, Walter, Dr. geb. 7. 1. 1912
früher: Oberstabsrichter bei der 2. Pan-
zer-Division
heute: Oberregierungsrat beim Bundes-
disziplinarhof

Wulkow geb. 1. 7. 1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Reichenberg (Liberec)
heute: Oberstaatsanwalt in Neustadt a.
d. Weinstraße

Zain, Dr. geb. 21. 2. 1904

früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt Koblenz
heute: Landgerichtsdirektor in Köln

Zaske, Dr. geb. 12. 1. 1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Elbing (Elbląg)
heute: Amtsgerichtsrat in Northeim

Zaum, Hermann, Dr. geb. 9. 8. 1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sonderge-
richt Weimar
heute: Amtsgerichtsdirektor in Dinslaken

Zbikowski, Dr. geb. 21. 3. 1902

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Koblenz
heute: Staatsanwalt in Bad Kreuznach

Zellmann, Dr. geb. 19. 4. 1905

früher: Gerichtsoffizier bei der Wehr-
macht, Kommandantur Berlin
heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in
Münster (Siehe Tafel 30)

Zienicke, Hans-Albrecht, Dr. geb. 21. 2. 1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Bielitz (Bielsko)
heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in
Düsseldorf

Zimmer, Johannes geb. 2. 12. 1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sonder-
gericht I Dresden
heute: Amtsgerichtsrat in Tübingen

Zimmerath geb. 16. 8. 1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht
Aachen
heute: Erster Staatsanwalt in Bonn

Zoller, Max geb. 21. 2. 1903

früher: Landgerichtsrat beim Sonderge-
richt München
heute: Oberlandesgerichtsrat in Mün-
chen

HITLERS GENERALSTAB KOMMANDIERT DIE BONNER ARMEE

Der preußisch-deutsche Generalstab hat seit jeher eine unheilvolle Rolle bei der Planung und Entfesselung von Aggressionskriegen des deutschen Imperialismus gespielt. Es war also nur folgerichtig, daß das reaktionäre Offizierskorps bereits vor 1933 der Hitler-Clique seine Sympathien entgegenbrachte, die Republik untergrub und die Nazi-Bewegung teilweise offen unterstützte.

Die Generalität stimmte der Errichtung der faschistischen Diktatur weitgehend zu, weil die Ziele Hitlers ihren eigenen Zielen entsprachen: Wiederaufrüstung und Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges, um Revanche für die Niederlage im ersten Weltkrieg zu nehmen.

Bereits 4 Tage nach dem Machtantritt der Faschisten, Anfang Februar 1933, ließen sich die Führer von Heer und Marine von Hitler versichern, daß seine Regierung bereit sei, die aggressiven Pläne des Generalstabes und seiner rüstungsindustriellen Auftraggeber zu erfüllen. Als Dank für diese Zusicherung stellte sich der Generalstab nach der sogenannten Röhm-Affaire im Jahre 1934 vorbehaltlos hinter Hitler.

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg erklärte: *„Sollte die Reichsregierung allein nicht imstande sein, eine völlige Beruhigung der gespannten Lage herbeizuführen, würde Hindenburg den Belagerungszustand verhängen und die Kontrolle der Staatsgeschäfte der Armee übertragen.“* (J. W. Wheeler-Bennet: *„Die Nemesis der Macht, Die deutsche Armee in der Politik 1918–45“*, 1954)

Der Generalstab unterstützte auch die aggressive Außenpolitik der Faschisten. Als Deutschland 1933 aus dem Völkerbund austrat und die Abrüstungskonferenz demonstrativ verließ, traf der Generalstab Maßnahmen, um diesen Schritt zu sichern. So hieß es in einer Weisung Blombergs vom 25. Oktober 1933:

„Die weitere Entwicklung der durch Deutschlands Austrittserklärung aus dem Völkerbund und sein Verlassen der Abrüstungskonferenz geschaffenen außenpolitischen Lage kann dazu führen, daß Sanktionsmaßnahmen gegen Deutschland zur Anwendung gelangen... Die Reichsregierung ist gewillt, jedem feindlichen Vorgehen ohne Rücksicht auf militärische Erfolgsaussicht örtlich bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.“ (IMT, Bd. XXXIV, S. 488)

GEHEIME AUFRÜSTUNG UNTER FRIEDENS- BETEUERUNGEN

In ihren Zielen und Methoden stimmten also die Rüstungsmonopole, die Hitler-Clique und der Generalstab überein. Dementsprechend übernahm es der Generalstab, die Reichswehr zu einer modern ausgerüsteten Massenarmee für die geplanten Aggressionen aufzubauen. Bereits am 4. April 1933 hatte das Reichskabinett auf Initiative des Generalstabs beschlossen, einen „Reichsverteidigungsrat“ zu bilden. Am 22. Mai 1933 fand die Gründungssitzung statt. Sie wurde vom Generalstab organisiert und von seinen Vertretern, an der Spitze der Chef des Generalstabes, Generalleutnant Adam, und der Chef der Heeres-Organisationsabteilung, der damalige Oberst Keitel, geleitet. Daß dieser sogenannte Reichsverteidigungsrat der direkten Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges diene, geht aus der Begründung hervor, die Keitel im Auftrag des Generalstabes gab. Er erklärte:

„Der Krieg (1914–1918 – d. Hrsg.) hat hinreichend gezeigt, daß die Zusammenarbeit vor dem Kriege mit den einzelnen Reichsressorts nicht eng genug war. Die Folgen sind nicht ausgeblieben... Die Nachteile des zurückliegenden Systems liegen in der Nebeneinanderarbeit der einzelnen Reichsressorts auf dem Gebiet der RV (Reichsverteidigung). Zur Vermeidung dieser Fehler ist eine Zentralstelle geschaffen, die schon in der Friedenszeit im weitesten Sinne die Fragen der RV bearbeitet.“ (IMT, Bd. XXXVI, S. 22, Dok. 177–EC)

Die Schlußfolgerung aus der Niederlage im ersten Weltkrieg bestand also für den Generalstab Hitler-Deutschlands darin, noch intensiver aufzurüsten und den gesamten Staatsapparat zielstrebig in den Dienst der Vorbereitung des Revanchekrieges zu stellen.

Während die Hitler-Regierung und ihre Diplomaten bei jeder Gelegenheit vom Frieden, von Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Abrüstung sprachen, verstärkte der Generalstab planmäßig die Aufrüstung. Die gesamte deutsche Wirtschaft wurde schon im Frieden auf die Bedürfnisse der zukünftigen Kriegsführung umgestellt. Damit erreichte der Generalstab, daß den kriegslüsternden deutschen Imperialisten die zahlenmäßig stärkste und am besten ausgerüstete Armee der kapitalistischen Welt zur Verfügung stand und die Rüstungsprofite rapide anstiegen.

DIE „BLITZKRIEGSSTRATEGIE“

Die militärisch-strategische Konzeption des Generalstabes wurde auf den „Blitzkrieg“ umgestellt. Die Grundlage dafür war die am 2. Mai 1935 von Kriegsminister Blomberg herausgegebene Weisung:

„Das Unternehmen muß nach Ausgabe des Stichwortes ‚Schulung durchführen‘ schlagartig als Überfall zur Ausführung gelangen. Zeit für die Mobilmachung der beteiligten Kräfte ist nicht vorhanden, ihre Verwendung muß in Friedenszusammensetzung und -ausrüstung erfolgen...“ (IMT, Bd. XXXIV, S. 485, Dok. 139-C)

Diese „Blitzkriegsstrategie“ wurde im zweiten Weltkrieg in die Tat umgesetzt.

Vom Generalstab stammten die strategischen Ideen und die detaillierten Pläne zur Okkupation Polens (Fall Weiß), Norwegens und Dänemarks (Fall Weserübung), Frankreichs, Hollands und Belgiens (Fall Gelb), zur militärischen Besetzung Griechenlands und Jugoslawiens (Fall Marita) und für den Überfall auf die Sowjetunion (Fall Barbarossa).

An der Ausarbeitung dieser Pläne war u. a. der damalige 1. Generalstabs-offizier und spätere Chef der Operationsabteilung des Heeres, Adolf Heusinger, maßgeblich beteiligt.

DER SS DEN WEG NACH AUSCHWITZ, LIDICE UND ORADOUR GEÖFFNET

Der deutsche Generalstab war aber nicht nur der passive Befehlsempfänger und Planentwerfer Hitlers, sondern überzeugter Verfechter und Vollstrecker der Pläne des deutschen Imperialismus zur Eroberung der Weltherrschaft und zur kolonialen Unterjochung und Ausrottung anderer Länder und Völker.

Skrupellos beteiligte sich der Generalstab bei der Organisierung und Inszenierung jener Provokationen und völkerrechtswidrigen Machenschaften, mit denen die Faschisten ihre Überfälle vorbereiteten und begannen.

Der deutsche Generalstab beteiligte sich nach Beginn der Überfälle aktiv an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und trat das Völker- und Kriegsrecht mit Füßen. Mit seiner Hilfe und vielfach unter seiner direkten Leitung wurden zahlreiche Völker ihrer nationalen Souveränität beraubt und wurde mit ihrer physischen Ausrottung begonnen.

Der deutsche Generalstab machte sich die faschistische Rassentheorie völlig zu eigen und beteiligte sich an der Ausrottung der Juden.

Mit allen Völker- und internationalem Kriegsrecht hohnsprechenden Befehlen und Anordnungen organisierte der Generalstab den Massenmord an Hunderttausenden sowjetischen Kriegsgefangenen. Aber auch zahlreiche belgische, holländische, jugoslawische, griechische, norwegische, französische, britische und amerikanische Kriegsgefangene wurden bestialisch mißhandelt und umgebracht.

Ohne die Planung, Organisation und Durchführung der faschistischen Überfälle auf die Völker Europas durch den deutschen Generalstab und sein enges Zusammenwirken mit der verbrecherischen SS hätte es nicht die millionenfachen Morde von Auschwitz, nicht die bestialischen Verbrechen von Oradour und Lidice gegeben.

IN NÜRNBERG ANGEKLAGT – HEUTE WIEDER DABEI

Nach der Niederlage Hitler-Deutschlands bekräftigten die führenden Politiker der Anti-Hitler-Koalition ihre schon während des Krieges getroffene Vereinbarung, den deutschen Militarismus auszurotten und die Grundlagen seiner Macht für immer zu zerstören. Das Potsdamer Abkommen enthält hierüber klare und eindeutige Bestimmungen.

In den Nürnberger Prozessen wurden auch die Verbrechen des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) eindeutig nachgewiesen. Das sind insbesondere:

- die Vorbereitung und Verwirklichung des zweiten Weltkrieges sowie zahlreicher Aggressionen und Überfälle auf andere Völker;

- die brutale Verletzung aller Normen des Völkerrechts und der Menschlichkeit im Verlaufe des Krieges;

- die aktive Rolle des OKW und der faschistischen Wehrmacht bei der barbarischen Unterdrückung der Völker in den besetzten Gebieten;

- die grobe Verletzung aller internationalen Abmachungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen;

- die aktive Mithilfe bei der Ausplünderung der zeitweise okkupierten Gebiete und bei der Zwangsdeportation von Millionen Arbeitssklaven;

- die enge Zusammenarbeit mit SS, SD, Gestapo und anderen verbrecherischen Organisationen.

Auf dem Boden der DDR wurde – getreu den Zielen der Anti-Hitler-Koalition und dem Potsdamer Abkommen – der deutsche Imperialismus und Militarismus, die Geißel des deutschen und anderer Völker, mit der Wurzel beseitigt. Jedem Drang nach Eroberungen, nach dem Territorium anderer Völker wurde damit der Boden entzogen. Revanchismus gilt als Verbrechen.

Kriegs- und Naziverbrecher wurden entmachtet und bestraft. In der DDR gibt es keine Fabrik, kein Werk, kein Büro und kein Stück Boden, die den Interessen der Kriegs- und Rüstungsgewinnler dienen.

Frieden, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung sind die Grundlagen der Staatsdoktrin der DDR.

Den anderen deutschen Staat, die sogenannte Bundesrepublik Deutschland –

ins Leben gerufen und entwickelt mit Hilfe der Imperialisten der Westmächte –, beherrschen Rüstungsmonopole, Militaristen und Chauvinisten. Dieser Staat ist die Fortsetzung des Hitler-Staates.

Der Nachfolger des faschistischen Generalstabes, der Führungsstab der Bundeswehr, hat in seiner „Vorwärtsstrategie“ kaltblütig einen Atombombenkrieg einkalkuliert. Die Hitler-Generale und die von ihrem Geist erfüllten Offiziere, die die westdeutsche Armee beherrschen, greifen nach nuklearen Massenvernichtungsmitteln und haben den verbrecherischen Plan ausgeheckt, einen Atomminengürtel quer durch Deutschland zu legen.

Der westdeutsche Imperialismus hat eine der stärksten Armeen des kapitalistischen Lagers aufgestellt. Der Geist dieser Armee ist der revanchelüsterne Geist der großen Konzerne, der ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Hitlers, der Hitler-Generale und Hitler-Offiziere, die die Bundeswehr erziehen und leiten und die westdeutsche Jugend vergiften.

In Westdeutschland wurde die Vergangenheit nicht bewältigt, sondern das Potsdamer Abkommen systematisch gebrochen.

„OSTERFAHRUNGEN“ WERDEN AUSGEWERTET

Unmittelbar nach der Kapitulation der Hitler-Wehrmacht nahmen die amerikanischen Besatzungsbehörden den ehemaligen Chef des Generalstabes der Nazi-Wehrmacht, Generaloberst Franz Halder, in ihren Sold. An der Spitze von 120 ehemaligen Hitler-Generalen, darunter Guderian, Manteuffel, Schwerin und andere, wertete er die militärischen Erfahrungen der Raubzüge Hitlers aus und erarbeitete bereits damals die Remilitarisierungspläne der späteren Bundesrepublik.

Hitler-General von Choltitz berichtete über das Lager Allendorf, in dem er bis 1947 tätig war: *„Hier befand sich ein Kreis von Generalen und Stabsoffizieren, die im Auftrage der Historical-Division Kriegsgeschichte schrieben... Wir hatten eigenes Kartenmaterial zur Verfügung, das durch das der amerikanischen Stäbe ergänzt wurde... Im ganzen waren in dem Lager 300 Offiziere.“* (Dietrich von Choltitz, *„Soldat unter Soldaten“*, Europa-Verlag, Konstanz-Zürich-Wien 1951, S. 283 f.)

Die faschistischen Generalstäbler benutzten ihre Tätigkeit für die USA, um ungestört eigene Pläne auszuarbeiten. Nach der Bildung des westdeutschen Separatstaates wurden die Experten dieser Generalstabsclique zu offiziellen Beratern der Bonner Regierung.

DAS GETARNTÉ KRIEGSMINISTERIUM

Als Zentralstelle zur Durchsetzung der Remilitarisierungspläne wurde das „Amt Blank“ gebildet. In diesem getarnten Kriegsministerium besetzten die Experten des faschistischen Generalstabes vom ersten Tage an die Schlüsselpositionen. Neben General Speidel gehörte vor allem der Chef der Operationsabteilung des Heeres, General Heusinger, zu den engsten und einflußreichsten Generalstäblern Adenauers. Sie scharten einen Kreis von Militärs um sich, der in der illegalen Aufrüstung allseitige Erfahrungen besaß. Darunter befanden sich

General der Panzertruppen Hans Röttiger,

General der Flieger Josef Kammhuber,

Vizeadmiral Friedrich Ruge,

Generalleutnant Max Pemsel

sowie die Hitler-Generale Harlinghausen, Freiherr von Lüttwitz, Reinhardt, Rogge, Schimpf und andere.

Diese Militaristen nahmen ohne Ausnahme an jener entscheidenden Tagung des Generalstabes teil, in der das Grundsatzdokument für die künftige Wiederaufrüstung Westdeutschlands in allen Einzelheiten festgelegt wurde. Der heutige Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, Generalleutnant Graf von Kielmansegg, berichtete darüber in einem Vortrag an der Offiziersschule Sonthofen, einer früheren Nazi-Ordensburg:

„Als die Möglichkeit eines echten deutschen militärischen Beitrages immer sichtbarer wurde, wurde es nötig, hierzu rechtzeitig und vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen eine eigene deutsche Konzeption zu finden. Es ist nicht so, wie man selbst heute immer wieder lesen kann, daß die Bundesrepublik ohne Konzeption in die Dinge hineingegangen ist.“

Schon 1950 wurde auf Adenauers Initiative die Remilitarisierung nach den Plänen der schwerbelasteten Hitler-Generäle vorangetrieben. Mit der Aufnahme Westdeutschlands in die aggressive NATO im Jahre 1955 begannen die alten Kriegsverbrecher-Generale ihre bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Pläne zum Aufbau einer millionenstarken Aggressionsarmee zu verwirklichen.

Bereits am 16. Juni 1951 schrieb die britische Zeitung „Daily Express“: *„Der deutsche Generalstab, die unbarmherzig wirkende Maschine, die 100 Jahre lang der Planentwerfer eines europäischen Krieges war, ist wieder da. Der deutsche Generalstabsmeisterplan ist nur wenigen alliierten Kreisen bekannt. Die Franzosen, mit ihrer Erinnerung an drei deutsche Invasionen in 70 Jahren, sind alarmiert.“*

FÜHRENDE POSITION IN DER NATO

Der Prozeß des Aufbaues der Bonner Wehrmacht, der jetzt im wesentlichen abgeschlossen ist, wurde in allen entscheidenden Teilen von ehemaligen Generalstäblern Hitlers vorangetrieben. Dies trifft sowohl auf die Führungsspitze der Bonner Armee, als auch auf die Kommandostellen in den unteren Einheiten und im Befehlsbereich der „Territorialen Verteidigung“ zu.

Hitlers und Adenauers Generalstäbler schufen die personellen Voraussetzungen zum Aufbau einer neuen Armee, indem sie die faschistischen Generalstäbler wieder an einen Tisch brachten. Sie organisierten und bewaffneten diese Armee. Und nicht nur das. Unter dem Deckmantel der Integration verstanden sie es, nicht die Bundeswehr der NATO, sondern die NATO der Bundeswehr einzuverleiben. Sie benutzten ihre ökonomische und militärische Stärke, auf ihre NATO-Partner Druck auszuüben, errichteten in anderen Staaten zahlreiche militärische Stützpunkte und besetzten wichtige Kommandostellen in der NATO.

Die westdeutsche Bundesrepublik hat sich neben den USA zur stärksten Militärmacht der NATO entwickelt. Immer offener fordert Bonn nunmehr die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, um die NATO-Partner in ihre militärischen Abenteuer für die Verwirklichung ihrer Revanchepläne hineinziehen zu können. Diesem Ziel dient die „Vorwärtsstrategie“, die Bonns Generalstäbler auf der NATO-Ratstagung in Ottawa 1963 durchsetzten, ebenso, wie der sich daraus ergebende Plan, an den Grenzen der DDR und der ČSSR einen Atomminen-gürtel anzulegen, der am 15. Dezember 1964 von dem Hitler-General Trettner auf der Pariser NATO-Ratstagung vorgelegt wurde.

Die „Vorwärtsstrategie“ entspricht am weitestgehenden den Zielen der Bonner Militaristen: Ihre Kernstücke sind der aggressive Aufmarsch der Truppen der Bundeswehr- und NATO-Verbände unmittelbar an den Staatsgrenzen der DDR und der ČSSR sowie die Propagierung und Vorbereitung des „verdeckten Krieges“. Entgegen den NATO-Festlegungen fordert die Bundeswehrführung die Übergabe der Kernsprengköpfe an die Kommandeure bis zur Brigade und den frühzeitigen – möglichst sofortigen – Einsatz taktischer Kernwaffen und Kernsprengminen im Kriegsfall.

Um ihre Verbündeten noch fester an sich zu ketten, greifen die Bonner Militaristen nach weiteren Kommandostellen in der NATO. Sie verfolgen dabei nicht zuletzt das Ziel, wesentlichen Einfluß auf die NATO-Strategie und die Entscheidungsbefugnis über den Einsatz von Atomwaffen zu gewinnen. Das gesamte militärische Potential der NATO soll den abenteuerlichen Plänen der extremen Kreise Westdeutschlands nutzbar gemacht werden.

Mit dem steigenden militärischen Gewicht der Bundeswehr in der NATO erhöhte sich auch die Anzahl der westdeutschen Generale und Offiziere in den NATO-Führungsstäben und -Kommandostellen. Anfang 1964 waren 21 Gene-

rale, 53 Oberste und 242 Stabsoffiziere und Hauptleute in NATO-Stäben tätig. Heute verfechten über tausend westdeutsche Militärs, unter ihnen 30 Generale, die Bonner Atomkriegskonzeption in der NATO.

HITLER-GENERALE GINGEN – HITLER-OFFIZIERE KAMEN

Die Bundeswehrführung, d. h. der Generalstab der westdeutschen Armee, wurde in den letzten Jahren „verjüngt“. Nachdem der weltweite Protest eine Reihe der „alten“ Generale zum Rücktritt zwang, traten sie in den „Ruhestand“ und beziehen hohe Staatspensionen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie darauf verzichtet hätten, die Revanchepolitik zu beeinflussen. Im Gegenteil! Sie wirken nach wie vor als Berater der Bundesregierung oder der Länder sowie als Präsidenten der größten militaristischen Verbände, z. B. Speidel, Ruge, Kammhuber, Matzky.

Die in den Ruhestand versetzten Militärs wurden durch die von ihnen ausgebildete und erzogene „neue Führung“ der Bundeswehr ersetzt. Es handelt sich auch bei ihnen durchweg um Generalstäbler und Truppenkommandeure Hitlers, die ihre Ausbildung im faschistischen Generalstab oder auf Offiziersschulen erhielten, die sich während des faschistischen Aggressionskrieges besonders auszeichneten und deshalb Karriere machten.

Von gegenwärtig 189 Generalen und Admiralen der Bundeswehr sind über die Hälfte ehemalige Generalstabsoffiziere der Hitler-Wehrmacht; auch die übrigen waren ohne Ausnahme Offiziere der faschistischen Wehrmacht. Alle Generale der Bundeswehr waren direkt oder indirekt an der Vorbereitung und Durchführung von Aggressionen beteiligt. Unter den heutigen Generalen und Admiralen der Bundeswehr befindet sich kein einziger, der gegen den Hitler-Staat gekämpft hat. Im Gegenteil. Für ihre Treuebekenntnisse wurde ein großer Teil noch in den Jahren 1944/1945 mit hohen Generalstabs- oder Kommandostellen betraut. Sechs dieser Militärs wurden wegen Kriegsverbrechen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, unter ihnen Maeder, Herzog, Rosenthal und Karpinski.

Ähnlich ist die Vergangenheit des Offizierskorps der Bundeswehr bis hinunter zu den Hauptleuten. Und schließlich erhielt die Masse der Leutnante und Oberleutnante ihre Ausbildung nach 1955 an den von Hitler-Offizieren geleiteten Offiziersschulen.

Alle westdeutschen Generale waren Hitler-Offiziere – kein einziger der Generale der Nationalen Volksarmee der DDR war Hitler-Offizier. Im Gegenteil: Die Mehrzahl von ihnen kämpfte aktiv gegen den Faschismus und bewies ihre Treue zur Arbeiterklasse im Kampf zur Verteidigung der spanischen Republik, in den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern.

Heinz Trettner – ein Kriegsverbrecher an der Spitze der Bundeswehr

Nach den Generalen Heusinger und Foertsch steht mit dem ehemaligen Hitler-General Heinz Trettner erneut ein überführter Kriegsverbrecher an der Spitze der Bonner Bundeswehr.

Trettner ist einer jener rücksichtslosen Durchhalteoffiziere und Lieblinge Hitlers, die vor keinem Verbrechen zurückschreckten und dafür hoch dekoriert wurden. Seine Karriere – Trettner stieg im Verlauf von nur sieben Jahren vom Hauptmann bis zum Generalleutnant auf – ist nur mit der einiger SS-Günstlinge Himmlers zu vergleichen.

DER MÖRDER VON GUERNICA

Trettner gehörte zu den ersten Freiwilligen der faschistischen „Legion Condor“, die Hitler unter Bruch des Völkerrechts General Franco zur Unterstützung des Militärputsches gegen die junge spanische Republik schickte. Zunächst kam er als Adjutant in den Stab des Befehlshabers der „Legion Condor“, Generalmajor Sperrle. Ab März 1937 war er Staffelf kapitän in der Kampfgruppe 88, die am 31. März bzw. 26. April 1937 die friedlichen baskischen Landstädte Durango und Guernica bombardierten. Diese barbarischen Angriffe waren der Beginn des faschistischen Luftterrors gegen die Zivilbevölkerung, der später gegen Warschau, Rotterdam und Coventry fortgeführt wurde. Das Ergebnis dieses Luftterrors waren rauchende Trümmer und ermordete Zivilisten – in Durango 248, darunter 14 Nonnen und ein Priester, in Guernica 1654 Tote und 889 Verwundete.

Über die Vernichtung des bekannten Wallfahrtsortes Guernica berichtete Mathieu Corman in seinem Buch „Salud Camerada – cinq mois sur le front d’Espagne“ (Edition Tribord, Paris 1937). Corman besuchte mit den Korrespondenten Steer („Times“) und Holmes („Reuter“) diese Stadt und klagte am Schluß seines Berichtes an: *„Die tiefhängenden Wolken haben die Farbe all des Blutes angenommen, die ewig gegen Mola, Franco, Göring und all die anderen zeugen wird. Gegen die, die dieses fürchterliche Massaker befahlen haben, gegen diejenigen, die es ausgeführt haben, gegen diejenigen, die es von ferne guthießen!“*

DER ZERSTÖRER VON ROTTERDAM

Anfang 1938 setzte Trettner seine Generalstabsausbildung an der Luftkriegsakademie Gatow fort und wurde 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 7. Flieger-

(Fallschirmjäger-)Division. Das war jene Elitedivision Görings, die zur Lösung von Spezialaufgaben innerhalb der Blitzkriegsstrategie der Faschisten bestimmt war. Trettner arbeitete dafür die Pläne aus.

Der erste Großeinsatz erfolgte am 10. Mai 1940 beim völkerrechtswidrigen Überfall auf die Niederlande, Belgien und Luxemburg unter dem Befehl des Generals Student und seines Stabschefs, Major i. G. Trettner. (Siehe Tafel 33)

Am Nachmittag des 13. Mai forderte der Stab des Luftlandekorps für den nächsten Tag einen Angriff starker Bomberverbände auf Rotterdam. Der Verbindungsoffizier des Kampfgeschwaders 54 erhielt am Abend des gleichen Tages vom Stab Trettners eine Karte mit den Zielen, die durch „*Bombenteppiche vernichtet werden sollten*“. (Siehe Tafel 34)

Nachdem die Bombardierung Rotterdams angekündigt worden war, entschloß sich der Stadtkommandant, im Interesse der schutzlosen Bevölkerung und der historischen Bauwerke der alten Stadt Kapitulationsverhandlungen aufzunehmen. Sie begannen am 14. Mai 1940, 10.30 Uhr. Für die Dauer dieser Verhandlungen war Waffenruhe vereinbart worden. Trettner war über diese Vorgänge genauestens informiert, da sein Kommandeur, General Student, an den Kapitulationsverhandlungen teilnahm. Ungeachtet dessen begann um 15.00 Uhr „planmäßig“, wie mit Trettner vereinbart und abgesprochen, die Bombardierung Rotterdams. „*Mitten in diese Waffenruhe hinein schlug der deutsche Bombenangriff wie ein gewaltiges, vernichtendes Gewitter.*“ (Rudolf Böhmler „Fallschirmjäger“, Bad Nauheim 1961)

874 Menschen wurden getötet, über 2000 verwundet, über 78 000 obdachlos; 24 978 Wohnungen, 1329 Werkstätten, 2320 Läden, 31 Fabriken, 10 Krankenanstalten, 24 Kirchen, 62 Schulen und Hunderte andere öffentliche und private Gebäude lagen in Trümmer.

Damit ließ Trettner erstmalig in großem Ausmaß praktizieren, was er selbst als Angehöriger der „Legion Condor“ in Spanien geübt hatte. Er bestand seine Bewährungsprobe und wurde, da er „*den Einsatz der Truppe mustergültig vorbereitete, im persönlichen Einsatz bei der abgesetzten Truppe die Führungsunterlagen beschaffte, und die Verbindung aufrechterhielt*“, von Hitler auf Vorschlag Görings mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.

Nunmehr plante und organisierte Trettner weitere Einsätze der Fallschirmjäger. So gegen Großbritannien, Kreta, Malta, die Sowjetunion und, nach dem Sturz der Mussolini-Regierung, gegen Rom, Monte Rotondo und Gran Sasso.

DER TOTENGRÄBER VON FLORENZ

Am 22. Januar 1944 landeten die Alliierten bei Anzio-Nettuno südlich von Rom. Dorthin wurde die von Trettner im November 1943 aufgestellte und be-

fehlige 4. Fallschirmjäger-Division verlegt. Nach ihrer Niederlage hinterließen die faschistischen Truppen auf Befehl Trettners eine tote Zone zerstörter Dörfer und Städte, darunter Frosinone, Itri, Fondi, Velletri, Gaeta, Tivoli, Capua und Littoria. Horst Zabel aus Dessau, ehemaliger Angehöriger der 4. Fallschirmjäger-Division erklärte:

„Der Rückzug vollzog sich von Ardea aus über Albano, Rom, Bracciano, Orvieto, Montepulciano, Perugia, Florenz, Futa-Paß, Bologna und Castel St. Pietro ... Beim Rückzug durch Rom wurde diese Stadt wegen Partisanentätigkeit 48 Stunden zur Plünderung freigegeben ... Auf dem weiteren Rückzugsweg wurden alle strategisch wichtigen und für die Versorgung der Bevölkerung bedeutsamen Objekte, z. B. Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw., in einer Tiefe von 20 km zur Hauptkampflinie gesprengt. Desweiteren mußte die Zivilbevölkerung in einer Tiefe von 5 km ohne wesentliche Mitnahme von Nahrungsmitteln das Gebiet verlassen und sich auf größere Städte zurückziehen ... In Ausübung dieser Befehle kam es im Bereich der 4. Fallschirmjägerdivision, deren Kommandeur Generalmajor Trettner war, zu vielen Verbrechen.“

Mitte Juli 1944 übernahm die 4. Fallschirmjäger-Division den Abschnitt Florenz. Über diese Zeit vermerkte der konservative Florentiner Rechtsanwalt Gastano Casoni in seinem Tagebuch:

„Sonabend, 22. Juli: Die deutschen Streitkräfte in Florenz bestehen jetzt aus Linientruppen, d. h. aus Fallschirmjägern und Sprengkommandos. Die Fallschirmjäger haben einen noch schlimmeren Ruf als die SS. Sie betragen sich in der Tat wie Menschen, die drauf und dran sind, das Feld zu räumen, und nun soviel Beute wie möglich mitgehen lassen wollen, eine große Spur von Zerstörung und Trauer hinterlassend.“

Obwohl Florenz von Hitler selbst zur „Offenen Stadt“ erklärt worden war, begannen Ende Juli unter dem Oberbefehl Trettners umfangreiche Sprengvorbereitungen und Zerstörungsmaßnahmen. Wohnviertel mit einer Bevölkerung von 50 000 Menschen mußten innerhalb von 24 Stunden geräumt werden.

In der Nacht vom 3. zum 4. August 1944 wurden 5 Brücken und viele der schönsten Bauwerke, darunter das Machiavelli-Haus, die Türme von Girolami-Gheradini und Parte Guelfa, das Accianiuoli-Palais sowie weltberühmte Kirchen gesprengt. Das Vernichtungswerk ging nach der Räumung der Stadt weiter. Der ehemalige Angehörige der 4. Fallschirmjäger-Division, Leutelt aus Wernigerode, berichtete, *„daß auf den Höhen nördlich von Florenz Artillerieeinheiten der 4. Fallschirmjäger-Division in Stellung gegangen waren und wiederholt Feuerüberfälle auf Florenz durchführten“*.

Charakteristisch für das Wüten der Fallschirmjäger Trettners in der Umgebung von Florenz sind die Massaker in der kleinen Stadt Fiesole. Von den 2000 Einwohnern ließ Trettner etwa 500 zusammentreiben und zu Schanz-

arbeiten in der „Gotenlinie“ deportieren. Viele Einwohner wurden ermordet. Pasquale Pucci beispielsweise wurde nur deshalb erschossen, weil er ein englisches Wörterbuch besaß. Ein ähnliches Verbrechen geschah an drei Carabinieri, die ihr Quartier verlassen hatten, um nicht zu Repressalien gegen die eigene Bevölkerung herangezogen zu werden. Obwohl sie den italienischen Behörden unterstanden, wurden sie in der Nacht zum 12. August 1944 auf Befehl des Divisionsstabes Trettners erschossen.

Die Verbrechen in und um Florenz wurden im Herbst 1944 im Raum Bologna gemeinsam mit SS- und Polizeiverbänden bei „Säuberungsaktionen“ gegen Partisanen fortgesetzt.

Trettner war inzwischen mit dem Eichenlaub dekoriert und zum Generalleutnant befördert worden. Am 1. Mai 1945 bot das Oberkommando der deutschen Heeresgruppe Italien die Kapitulation an. Doch Trettner, der faschistische Durchhaltegeneral, opferte noch vier Tage lang deutsche Soldaten, italienische Zivilisten und Angehörige der alliierten Streitkräfte seinen Befehlen.

ER GREIFT NACH ATOMWAFFEN

Dieser Kriegsverbrecher steht heute an der Spitze der westdeutschen Bundeswehr, deren Grundkonzeption die „Vorwärtsstrategie“ ist. Um sie durchzusetzen, greift Trettner nach Atomwaffen, sei es in Form einer NATO-Atommacht oder eines Atomminengürtels. Diesen verbrecherischen Plan legte Trettner Mitte Dezember 1964 der NATO-Ratstagung in Paris vor. „UPI“ berichtete am 18. Dezember 1964:

„Aus militärischen Kreisen wurde bekannt, die atomaren Minen sollten... einen ‚atomaren Frühalarm‘ auslösen. Sie würden so in das von der NATO gebilligte Konzept der Vorwärtsstrategie passen.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb am 22. Dezember 1964:

„Der Plan ist nicht allein von dem Generalinspekteur der Bundeswehr entworfen worden. Man kann gleichwohl von einem Trettner-Plan sprechen, weil der Generalinspekteur verantwortlich zeichnet.“

Und der „Vorwärts“ erklärte am 23. Dezember 1964:

„Offenbar ist dieser Vorschlag in dem Bestreben geboren worden, eine neue Version für das Streben der Bundeswehrführung nach atomarer Verfügungsgewalt zu entwickeln.“

Atomwaffen in den Händen eines so skrupellosen und kriegswütigen Hitler-Generals, dessen militärische Karriere bewies, daß ihm Völker- und Menschenrecht nicht gelten, – das ist nicht nur eine Gefahr für den Frieden in Deutschland und in Europa, das ist eine Weltgefahr.

Johann Adolf von Kielmansegg – ein nazistischer Aggressionsoffizier befehligt NATO-Verbände

Nach dem Kriegsverbrecher Speidel steht heute mit General Johann Adolf von Kielmansegg ein Offizier an der Spitze der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, der sich an den Hitler-Überfällen führend beteiligte.

Kielmansegg ging durch die Schule des faschistischen Generalstabes. Als 3. Generalstabsoffizier (Ic) – Abwehr – der 1. Panzer-Division nahm er am Überfall auf Polen, als 2. Generalstabsoffizier (Ib) – Nachschub – der gleichen Division gegen Frankreich teil. Später wurde er 1. Generalstabsoffizier (Ia) – Operation – der 6. bzw. 1. Panzer-Division, kam in die Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres unter Kriegsverbrecher Heusinger und übernahm schließlich als Oberst das Panzergrenadierregiment 111.

Über den ersten Teil seiner Karriere schrieb Kielmansegg mehrere Abhandlungen, von denen sein im Jahre 1941 im Verlag „Die Wehrmacht“ herausgegebenes Buch „Panzer zwischen Warschau und Atlantik“ eine umfassende Charakteristik seiner faschistischen Gesinnung ist. (Siehe Tafel 32)

FANATISCHER „BLITZKRIEGER“

Auf den ersten Seiten seines Machwerkes offenbart er, daß er *„dreizehn Jahre hindurch nichts anderes getan hatte, als das Kriegshandwerk zu lernen und die Erscheinungsformen des Krieges theoretisch zu studieren“*. Nun brannte er darauf, daß es endlich losginge: *„Wir hielten den Atem an, als wir des Führers letztes Angebot an Polen hörten... Und wir wären keine deutschen Soldaten gewesen, wenn wir nicht gewünscht hätten, daß Polen nicht annähme.“*

Dann war es soweit:

„Ich zünde mir eine Zigarette an – wenn sie verlischt, wird Krieg sein. Noch zwei Minuten, und der Krieg beginnt. Sonderbares und erregendes Gefühl, einen geschichtlichen Augenblick, dessen Tragweite gar nicht abzusehen ist, so bewußt, so unmittelbar zu erleben! 4.45 Uhr!... Der Krieg hat begonnen!... Aber dieser Krieg würde ja auch anders werden als der Weltkrieg. Nur nicht im Ausgang, daran gab es keinen Zweifel, auch sonst.“

Nach der Okkupation Polens bedauerte Kielmansegg, daß vor den weiteren Aggressionen eine Kampfpause eingelegt wurde: *„Wir hätten am liebsten gleich ‚weitergesiegt‘...“*

Als neun Monate später die faschistische Kriegsmaschine im Westen in Bewegung gesetzt wurde, frohlockte er: *„Deutsches soldatisches Können und Or-*

ganisation hatten es wirklich dahin gebracht, daß nur auf den berühmten Knopf gedrückt zu werden brauchte, und es ging los."

Nachdem die faschistischen Aggressionsarmeen am Nordkap, am Kanal und an der Biskaya standen, brannte er darauf, unbedingt bei der „Erringung des Endsieges“ dabeizusein.

„Wir können melden, daß wir den Auftrag, den die Geschichte, Deutschland und der Führer uns gestellt haben, durchführten bis zum letzten, und wir können melden, daß wir bereit sind, genau so den Auftrag durchzuführen, der als einziger noch zwischen uns und der Freiheit steht, die Vernichtung Englands."

„ÜBER GRÄBER VORWÄRTS!“

Tod und Vernichtung, brennende Städte und Dörfer markierten den Weg der in Polen eingefallenen Armeen. Das Vernichtungswerk war so gründlich, *„daß man auch bei schnellem Durchfahren glaubt, versengt zu werden."* Hand in Hand damit begann der Terror der faschistischen Okkupanten gegen die Zivilbevölkerung. *„In diesem Dorf Polichno führten wir übrigens zum erstenmal ein Verfahren zur unmittelbaren Sicherung der Nachtruhe durch, was dann später zur Regel wurde und sich sehr bewährt hat. Sämtliche Dorfbewohner, die zurückgeblieben waren, wurden in einem großen Hof zusammengetrieben und für die Nacht eingesperrt..."*

Kielmansegg räkelte sich im Amtssessel des früheren polnischen Staatspräsidenten und triumphierte:

„Ich saß auf dem Stuhl des Oberhauptes eines Staates, den wir nicht nur einfach militärisch besiegt hatten, sondern der durch unseren Sieg ausgelöscht war aus der Geschichte, entgegen deren Sinn er, künstlich ins Leben gerufen, zwanzig Jahre lang versucht hatte, zu existieren..."

Als es gegen Luxemburg, Belgien, die Niederlande und Frankreich „endlich losging“, jubelte er über die Bombardierung von Sedan:

„Vier Stunden dauerte dieses großartige, überwältigende Schauspiel... Ein wunderbares Bild entwickelt sich vor unseren Augen. An dem brennenden Avancon vorbei, auf dem noch das Feuer der deutschen Artillerie liegt, walzen die Panzer jeden Widerstand vor sich nieder..."

Kielmanseggs Devise lautete: *„Über Gräber vorwärts!"* In diesem Augenblick können wir uns mit berechtigtem Stolz und in tiefer Freude sagen, daß wir im Begriff sind, dieses Wort in einem wunderbaren Sinn wahrzumachen." Im Siegestaumel des faschistischen Aggressors triumphierte Kielmansegg nach der Kapitulation des „Erbfeindes Frankreich": *„Keine zehn Jahre war es her, daß noch die Trikolore auf dem Ehrenbreitstein flatterte. Daß es seit dem Tag,*

wo sie dort niederging, nur zehn Jahre weniger zehn Tage sein würden, wo Frankreich zerschmettert und besiegt den Waffenstillstand des Jahres 1940 im Walde von Compiègne unterzeichnen würde, das ahnte allerdings keiner von uns an diesem 11. Mai."

VOM RASSENWAHN GETRIEBEN

Rassenwahn und Herrenmenschentum ziehen sich wie ein roter Faden durch das Machwerk des Grafen Kielmansegg. So schrieb er im „Stürmer“-Jargon auf Seite 61 über eine polnische Ortschaft: *„Die Häuser starrten vor Schmutz, die Luft war kaum zu atmen. Erklärlich wurde das, wenn man die fast durchweg jüdischen Einwohner sah.“*

In Frankreich, meinte er, herrsche *„eine Atmosphäre der Verwahrlosung und der Verkommenheit“*. Es mache den *„Eindruck eines stehengebliebenen Volkes“* und sei ein *„leeres Land“*. Deshalb: *„Raum ohne Volk – Frankreich ... Volk ohne Raum – Deutschland.“*

Das Rezept zur Änderung dieses Zustandes gab Kielmansegg auf den Seiten 246/247, als er die Besetzung der französischen Stadt Belfort beschrieb: *„Am Nachmittag endlich ist das Hotel de Ballon ... selbst in unserer Hand und wird damit nach 22 Jahren und diesmal unwiderruflich wieder zum deutschen ‚Belchen‘.“*

ALS „OSTERFAHRENER PANZERSPEZIALIST“ IM GENERALSTAB

Als 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 6. Panzer-Division der Heeresgruppe Nord brach Kielmansegg in die Sowjetunion ein. Sein Ziel war die rasche Eroberung von Leningrad. Nach dem Scheitern dieses Planes entwarf er den Divisionsbefehl Nr. 50 vom 18. September 1941, in dem es demagogisch heißt: *„Das Schicksal Petersburgs ist besiegelt und nur noch eine Frage der Zeit.“* Die Lösung sei: *„Für Führer und Vaterland alles daran zu setzen, bis die endgültige Entscheidung errungen und Deutschlands Zukunft gesichert ist.“*

Anfang 1944 wurde Kielmansegg auf Grund seiner „Osterfahrten“ als 2. Generalstabsoffizier in die Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres geholt, deren Chef der Kriegsverbrecher Heusinger war. Dort wertete er die „Lagemeldungen“ aus, stellte sie zu Gesamtberichten zusammen und gab sie *„als Anleitung zum Handeln“* an die Heeresgruppen heraus.

In einigen von Kielmansegg unterzeichneten „Geheimen Kommandosachen“ (Siehe auch Tafel 31) heißt es:

„Stand 3. 4. 44, 12.00 Uhr

I. Frankreich

... 80 Einwohner erschossen, 20 festgenommen ... Mehrere Lager und Häuser zerstört, 24 Terroristen erschossen, 107 festgenommen.“ (DOCUMENT NO. NOKW – 1557 CONT'D, S. 17)

„Stand 4. 4. 44, 12.00 Uhr

I. Frankreich

Fortsetzung Säuberungsunternehmen Department Dordogne, mehrere Lager und Häuser zerstört, 19 Terroristen erschossen, Beute an Kfz. und Waffen.“ (DOCUMENT NO. NOKW – 1557 CONT'D, S. 19)

„Stand 12. 7. 44, 06.00 Uhr ...

b) Serbien:

Im Banat Sühneerschießungen von 40 Kommunisten.“ (DOCUMENT NO. NOKW – 1557 CONT'D, S. 34)

„I. Frankreich, Stand 13. 7. 44, 06.00 Uhr ...

A.O.K. 1: 18 Terroristen erschossen, umfangreiche Beute ...

A.O.K. 19: ... 15 Terroristen erschossen ...

Mil. Befh. F.: 156 Terroristen erschossen.“ (DOCUMENT NO. NOKW – 1557 CONT'D, S. 37/38)

SEIN ERSTES GEBOT: „VORWÄRTSSTRATEGIE“

Unter Heusinger und Speidel war Kielmansegg einer der ersten militärischen Berater Adenauers und maßgeblich am Aufbau der Bonner Aggressionsarmee beteiligt. Für ihn ist die „Vorwärtsstrategie“ ebenso wie das Atommachtstreben erstes Gebot. Bereits am 6. Januar 1955 schrieb er in einem Leitartikel der „Welt“: „Wer die Verteidigung der Bundesrepublik bejaht, muß fordern, daß diese an der Zonengrenze, und zwar operativ wirksam beginnt.“

Heute befiehlt dieser faschistische Aggressionsoffizier über alle NATO-Landstreitkräfte zwischen Hamburg und den Alpen. Neben westdeutschen, niederländischen, belgischen, britischen, amerikanischen und kanadischen Soldaten sind es Angehörige des großen französischen Volkes, das vor 25 Jahren durch den Chauvinisten und Rassenfanatiker Kielmansegg in gemeinster Weise beleidigt und entwürdigt wurde.

Oberlandesgericht Stuttgart.

I. Strafsenat.

Häftl
Hochverratssache!

Im Namen des Deutschen Volkes!

U r t e i l .

In der Strafsache gegen

1.) den am 23. September 1923 in Widor-Dyutis (Lothr.) geborenen, in Heidelberg, Bahnhofstr. 9 wohnhaften, ledigen Koch Désiré H. m. b. u. r. g. e. r.

2.) den am 26. Juni 1908 in Spiesen/Seckebiet geborenen, in Heidelberg, Dreikönigstr. 15 wohnhaften, verheirateten Kraftfahrer Heinrich Hermann F e h r e n t z,

3.) den am 21. Juli 1920 in Straßburg i. L. geborenen, in Heidelberg, Hauptstraße 120 wohnhaften, ledigen Metzgergesellen Édouard Arthur C l a u s s,

4.) den am 1. Januar 1920 in Straßburg i. L. geborenen, in Heidelberg, Hauptstraße 120 wohnhaften, ledigen Metzger Paul Robert K o e h l,

5.) den am 6. November 1897 in Heidelberg geborenen, selbst, Ziegelhausriedenstr. 23 wohnhaften, verheirateten Hilfsarbeiter Johann G. n. z.,

6.) dessen Ehefrau, die am 11. April 1901 in Ziegelhausen Krs. Heidelberg geborene, in Heidelberg, Ziegelhausriedenstr. 23 wohnhafte Hausfrau Marie G. n. z. geb. Worle,

7.) den am 4. Mai 1921 in Straßburg i. L. geborenen, in Heidelberg, Hauptstraße 105 wohnhaften, ledigen Konditor Andreas E r t z,

sämtliche bisher in Untersuchungshaft im Gerichtesgarnis Heidelberg,

wegen Vorbereitung zum Hochverrat u. s. w.,

hat der I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart in der Sitzung vom 26. Oktober 1943 in Heidelberg, an welcher teilgenommen haben:

als Richter:

Senatspräsident Dr. Kiefer,

Oberlandesgerichtsrat Dr. Slob,

Oberlandesgerichtsrat Dr. Stuber,

als Beamter der Strafsenatschreiberei:

X Amtsgewalt Dr. Krebs,

noch mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

I. Es werden verurteilt:

die Angeklagten Hamburger, Fehrentz, Clauss, Koehl und Johann Ganz je wegen fortgesetzten verbotenen Abhörens ausländischer Sender in Verbindung mit fortgesetzter Verbreitung von staatsfeindlichen Nachrichten solcher Sender, die angeklagten Hamburger, Fehrentz, Clauss und Koehl zugleich auch wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Kraftsetzung, der Angeklagte Ertz wegen teils versuchten, teils vollendeten Verbreitens Abhörens ausländischer Sender,

die Angeklagte Marie Ganz wegen versuchten Abhörens ausländischer Sender und versuchten Verbreitens von Nachrichten solcher Sender, und zwar

Fehrentz

zum Tode,

Johann Ganz zu der

Zuchthausstrafe von vier Jahren,

Hamburger und Clauss je zu der

Zuchthausstrafe von drei Jahren,

Koehl zu der

Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

So. Kls. 193/43

Im Namen des deutschen Volkes!

U r t e i l

Strafsache gegen

1. den am 10. Februar 1900 in Buchweiler geborenen, in Sufflenheim wohnhaften, verheirateten Angestellten beim Reichsluftschutzbund

Karl Z i l l e r und

2. den am 18. November 1905 in Straßburg geborenen, in Bischweiler wohnhaften, verheirateten Angestellten

Robert E c k e r t

wegen hochverräterischer Umtriebe, Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Beschimpfung des Reichs und Abhörens nicht-deutscher Sender.

Das Sondergericht beim Landgericht Straßburg (Elsaß) hat in der Sitzung vom 26. November 1943, an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtspräsident Dr. Huber,

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Zander,

Landgerichtsrat Meidhard, X

als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Lager,

als Beamt der Staatsanwaltschaft,

Justizassistent Gilch,

als Urkundebeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Karl Ziller hat in den Jahren 1942 und 1943 in großem Umfange anonyme Hatzschriften verbreitet, in denen er die Einführung der Wehrpflicht in Elsaß bekämpfte und die elsaßische Bevölkerung aufzuforderte, sich gegen die deutsche Führung im Elsaß zusammenzuschließen, ihr Widerstand zu leisten und für die Befreiung durch Frankreich zu arbeiten. Zur Unterstützung seiner Bestrebungen hat er sich auch an die englischen Konsulate in der Schweiz gewandt. Robert Eckert hat im Jahre 1942 einen Aufruf gegen die Einführung der Wehrpflicht in Elsaß verfaßt und diesen an Ziller weitergegeben.

Die Angeklagten werden hierwegen zum Tode und zum dauernden Verlust der Ehrenrechte verurteilt.

Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Oberstaatsanwalt
beim Landgericht
Straßburg (Elsaß)

Straßburg, den 20. Januar 1944.

So. Kls. 193/43

an den Herrn Reichsminister der Justiz

in Berlin W 8
Wilhelmstrasse 16

Strafsache gegen Karl ZILLER, wegen landesverräterischer Feindbegünstigung und Wehrkraftersetzung.

zu meinem Gnadenbericht vom 3. Dezember 1943 -

Der Herr Chef der Zivilverwaltung im Elsaß hat mit Erlasse vom 5. Januar 1944 einen Gnadenbeweis abgelehnt.

Die vom Sondergericht Straßburg mit Urteil vom 26. November 1943 gegen ZILLER ausgesprochene Todesstrafe wurde am 15. Januar 1944 um 5 Uhr 10 Min. 50 Sek. ohne Zwischenfall vollstreckt.

Die Leiche wurde der Anatomie Freiburg i. Br. zu Forschungszwecken überlassen.

5786 439

Lager.

See folder on 3 Page 1943

Ich bin am 2. Juli 1913 in Sta. August-
had kann Platz und Dorf des Me. u. gästet
franz. Dörfer und seine Hf. sein Anna Maria
gr. Ophelia. Mein Vater ist im Dorf 1916
und Weston

Nach meinem ständigen Thier im des Kaiser.
und: Nach meiner Befassung an der Universität
in Berlin zu bringen und Königsberg lagte ich
im Herbst 1837 meine erste große Arbeit nieder
prinzipiellem über Beobachtung der geistigen Thätigkeit.
Im Jahr 1838 hat ich das P.h. bei mir in
Juni 1838 fertiggestellt.

TAFEL 28

4/54
 Pol. i. C. (o) 1. 1. 1254/40
 Reichsminister des Innern
 Reichskanzlei
 Berlin, 13. April 1940
 RP 3272/40

Vorschlag zur Ernennung

des
Regierungsrats Dr. B i l l i n g s e f u m
Oberregierungsrat

der Erfolgsbeobachtungsgruppe A 2 über der ihr entsprechenden Landesbeobachtungsgruppe

„Der Stellvertreter des Führers hat Fängen dürfen gegen die Trennung nicht erhoben.“

Unter: 1 mitgewichene Urkunde

Berlin,
 den 29. Februar 1980
 I.V.

derm Gesteinsmassen und Gies der Prädialkanäle
des Süßwassers und Frischwassers

Berlin 88

一、二、三、四、五、六、七、八、九、十、十一、十二、十三、十四、十五、十六、十七、十八、十九、二十、二十一、二十二、二十三、二十四、二十五、二十六、二十七、二十八、二十九、三十、三十一、三十二、三十三、三十四、三十五、三十六、三十七、三十八、三十九、四十、四十一、四十二、四十三、四十四、四十五、四十六、四十七、四十八、四十九、五十、五十一、五十二、五十三、五十四、五十五、五十六、五十七、五十八、五十九、六十、六十一、六十二、六十三、六十四、六十五、六十六、六十七、六十八、六十九、七十、七十一、七十二、七十三、七十四、七十五、七十六、七十七、七十八、七十九、八十、八十一、八十二、八十三、八十四、八十五、八十六、八十七、八十八、八十九、九十、九十一、九十二、九十三、九十四、九十五、九十六、九十七、九十八、九十九、一百。

Shawnee Natl Acad. 3400 / 01. 3400 / 01.

Das Namen des Deutschen Volkes

dem eben genannten B. mittel.

Die Untersuchungsreihe ist unter dem Leitmotiv mit mehr faktorieller Untersuchung auszuwerten.

1

Der Führer und Reichskanzler
an Herrn Dr. Gumbel

Präsidentenkanzlei Berlin, den 15. März 1940

1. Die unter oberschwedischer Verwaltung stehenden
 Kreise mit der schwedischen Staatsangehörigkeit
 des Vaters und des Geburtsortes auszuweisen;
 2. die Kreise mit der schwedischen Staatsangehörigkeit an
 die entsprechende Behörde zu übermitteln.

2. 研究の動機

by Dr. M. S. S. S.

154 Dr. Guirne in den Richter- aber (unbekannt)	13.12.1929	13.12.29 bis 3.3. 1932 Gerichtsreferendar im Bezirk des Oberlan- desgerichts Stuttgart. Vom 1.4.33 - 5.1.34 Rechtsanwalt in Tübin- gen, Vom 8.1.34 bis 30.4.34 Gerichtsassessor beim Oberamt Balingen. Am 2.5.34 beim Württ. Politischen Landespo- lizeiamt (Staatspoli- zeistelle) in Stutt- gart einberufen. Am 23.7.34 zum Regie- rungsassessor ernannt. Am 1.6.36 zum Regie- rungsrat ernannt. Am 1.4.37 endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspolizei übernom- men. Am 5.11.37 zum Hauptamt Sicherheitspolizei - SVI - versetzt.	13.12.1929	13.12.29 bis 3.3. 1932 Gerichtsreferendar im Bezirk des Oberlan- desgerichts Stuttgart. Vom 1.4.33 - 5.1.34 Rechtsanwalt in Tübin- gen, Vom 8.1.34 bis 30.4.34 Gerichtsassessor beim Oberamt Balingen. Am 2.5.34 beim Württ. Politischen Landespo- lizeiamt (Staatspoli- zeistelle) in Stutt- gart einberufen. Am 23.7.34 zum Regie- rungsassessor ernannt. Am 1.6.36 zum Regie- rungsrat ernannt. Am 1.4.37 endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspolizei übernom- men. Am 5.11.37 zum Hauptamt Sicherheitspolizei - SVI - versetzt.
--	-------------------	--	-------------------	--

[illegible]

Gericht der Wehrmachtkommandantur

Berlin

A.Z. B/S 14. P/u

An den

Vorstand des Zuchthauses

Brandenburg - Görden

Berlin NW 40, den 30.5.1944
Lehrter Str. 59

9. Juni 1944

Am Montag, den 12. Juni 1944 um 13.00 Uhr werden in der dortigen Anstalt die Todesurteile gegen

- 1.) den ehem. Gefreiten Alfred H a s e,
geb. 13.7.1923 in Berlin-Weissensee, evangl.
- 2.) den ehem. Kanonier Friedrich M a l l a s c h i t z,
geb. 6.3.1921 in Blumau, Krs. Wiener-Neustadt
- 3.) den ehem. Obergefreiten Helmuth R o s e,
geb. 25.3.1921 in Oberhausen
- 4.) den ehem. Schützen Günther B a r s,
geb. 27.11.1921 in Brieg/Breslau, evangl.
- 5.) den ehem. Obertruppführer Wilhelm K l a p p r o t h,
geb. 24.6.1916 in Soest/Westfalen, evangl.
- 6.) den ehem. Scharführer Jgnatz W a l l n e r,
geb. 18.7.1897 in Fischening/Steiermark, r.kath.

mit dem Fallbeil vollstreckt.

Der Scharfrichter R 8 t g e r ist mit der Hinrichtung beauftragt.

Die Bekanntgabe an die Verurteilten erfolgt dort am gleichen Tage um 11.00 Uhr.

Mit der Leitung der Vollstreckung ist Oberleutnant Dr. Z e l l z a n n und Zuziehung des Feldjustizinspektors K i l h o f beauftragt.

Die Verurteilten befinden sich im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis Berlin-Tegel, Seidelstr. 39.

Das Polizeipräsidium Berlin - Überführungsstelle - ist ersucht, die Verurteilten am 12. Juni 1944 vormittags nach dort zu überführen.

Um Annahme wird ersucht.

Es wird gebeten, den dortigen Anstaltsarzt zur Vollstreckung zur Verfügung zu stellen.



Oberkriegsgerichtsrat.

Befehl der Kriegsmarine

Berlin

J III 181/44

(1) Berlin-Charlottenburg, den 12.6.1944

Mitteilungsnummer 4
22.8.1924

An
den Vorstand
des Zuchthauses Brandenburg-Görden.

Am 19. Juni 1944 um 13.00 Uhr wird in der dortigen Anstalt das Todesurteil gegen den Mitrosen IV Horst H e n z e, geboren am 22.8.1924 in Berlin, Religion gottgläubig, mit Fallbeil vollstreckt.

Der Scharfrichter R 8 t g e r aus Berlin ist mit der Hinrichtung beauftragt worden. Die Bekanntgabe an den Verurteilten erfolgt dort am gleichen Tage um 11 Uhr.

Mit der Leitung der Vollstreckung ist Mar. Stabsrichter Dr. S c h l e e l b e r g e r unter Zuziehung des Urkundsbeamten Marinejustizinspektors K o t h e l f e r beauftragt.

Der Verurteilte befindet sich im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis Berlin, Zweigstelle Tegel, Seidelstr. 39.

Das Polizeipräsidium Berlin Überführungsstelle ist ersucht, den Verurteilten am 19. Juni 1944 vormittags nach dort zu überführen. Um Annahme wird ersucht.

Es wird gebeten, den dortigen Anstaltsarzt zur Vollstreckung zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage



Marine-Gelehrter.

no 3.4.44. Gerlach

... An 58 italienischen Offizieren wurde Führerbefehl Nr. 1 durchgeführt... für das Divisionenkommando, der auch Generalstabschef war."

PANZER
zwischen
WARSCHAU
und
ATLANTIK

VON

GRAF KIELMANSEGG

Major i. R. Kommandeur eines Panzer-Regiments

1941

VERLAG „DIE WEHRMACHT“ BERLIN

Es war uns allen klar, Deutschland machte sich bereit, den polnischen Übermut zu brechen, der bereits über die Grenze griff. Wir hielten den Atem an, als wir des Führers letztes Angebot an Polen hörten, eine Straße und eine Eisenbahnlinie! Und wir wären keine deutschen Soldaten gewesen, wenn wir nicht gewünscht hätten, daß Polen nicht annähme.

Ich saß auf dem Stuhl des Oberhauptes eines Staates, den wir nicht nur einfach militärisch besiegt hatten, sondern der durch unseren Sieg ausgelöscht war aus der Geschichte, entgegen deren Sinn er, künstlich ins Leben gerufen, zwanzig Jahre lang versucht hatte, zu existieren — obwohl die Geschichte bereits vor einhundertfünfzig Jahren ihr verdammendes Urteil über ihn gesprochen hatte.

Der Wehrmachtbericht über den Feldzug in Polen hatte mit den Worten geschlossen: „Das deutsche Volk kann wieder mit Stolz auf seine Wehrmacht blicken. Sie aber sieht mit sieghaftem Vertrauen ihren weiteren Aufgaben entgegen.“

Das taten wir, weiß der Himmel! Voll Vertrauen und voll Ungeduld. Wir hätten am liebsten gleich „weitergesiegt“, aber daß das nicht möglich war, wurde einem ja bei der geringsten Überlegung klar.

Eines aber fällt mir vor allem auf. Dieses blühende Frankreich ist ein leeres Land. Ist die Besiedlung schon nicht sehr dicht, so bemerkt auch der landwirtschaftliche Laie die vielen brachliegenden Felder, und zwar nicht brachliegend im Sinne einer Dreifelderwirtschaft. Nein, das, was man hier immer wieder sieht, sind Äcker, die seit vielen Jahren keinen Pflug gespürt und kein Getreidekorn mehr aufgenommen haben. Diese Beobachtung, die ich hier zum erstenmal machte, bestätigte sich mir dann eigentlich überall in Frankreich, im Grade ihres Ausmaßes nur wenig abgestuft. In dieser Gegend sind sehr viele Weiden, und der nicht beackerte Boden ist wenigstens auf diese Weise ausgenutzt, trotzdem aber springt auch hier schon die allerdings durch den Menschenmangel erzwungene „Großzügigkeit“ in der Ausnutzung der Erde deutlich in die Augen. In anderen Teilen des Landes ist dies noch mehr der Fall. Diese Tatsache ist mir an sich nichts Neues, man hat davon gehört und darüber gelesen. Aber dies ist wirkungsvollster Anschauungsunterricht und lebendigste Verdeutlichung der Begriffe: „Raum ohne Volk“ — Frankreich — und „Volk ohne Raum“ — Deutschland.

Ein wunderbares Bild entwickelt sich vor unseren Augen. An dem brennenden Avancön vorbei, auf dem noch das Feuer der deutschen Artillerie liegt, walzen die Panzer jeden Widerstand vor sich nieder; über zweihundert sind es, auf engem Raum, dort, wo sie auf den Wegen fahren, den Kreideboden der Champagne zu dichten Staubwolken aufwirbelnd.

Wir können melden, daß wir den Auftrag, den die Geschichte, Deutschland und der Führer uns gestellt haben, durchführten bis zum letzten, und wir können melden, daß wir bereit sind, genau so den Auftrag durchzuführen, der als einziger noch zwischen uns und der Freiheit steht, die Vernichtung Englands.

Keine Anerkennung aber kann uns stolzer machen als die des Führers, als er am 19. Juli in seiner großen Rede vor dem Reichstage sagte: „In diesem Kriege hat sich die deutsche Panzerwaffe in die Weltgeschichte eingeführt.“ Ein Teil dieser Panzerwaffe war die Division, die unter dem Zeichen deutschen Heldentums, unter dem Eichenblatt, kämpfte und siegte, in Polen und in Frankreich, an der Warthe und an der Weichsel, bei Sedan und in Flandern, an der Aisne und an der Marne, an der Grenze der Schweiz und bei Belfort,

meine Division.

Hitlers treueste Generale schufen die Bundeswehr

Heusinger VOM CHEFPLANER HITLERS ZUM CHEFPLANER
Adolf ADENAUERS

Als Fahnenjunker trat Heusinger 1915 in das Kaiserliche Heer ein und nahm am Krieg gegen Frankreich teil. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er in die Reichswehr übernommen und erwarb als Oberleutnant in den Lehrgängen für „Führergehilfen“ der illegalen Kriegsakademie die Spezialkenntnisse für seine spätere Tätigkeit im Generalstab. 1929 kam er in das Reichswehrministerium. Im „Führungsstab der Heeresleitung“, Tarnbezeichnung des verbotenen Generalstabes, half er mit, den deutschen Imperialisten wieder eine schlagkräftige Armee in die Hände zu geben.

Mit der Machtergreifung der Hitler-Faschisten begann Heusingers Karriere. Von 1935 bis 1937 sammelte er als Generalstabschef der 11. Division „Erfahrungen in der Truppenführung“ und wurde danach zum 1. Generalstabsoffizier der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres berufen. Von nun an plante und bestimmte er alle militärischen Operationen der faschistischen Wehrmacht mit und erwarb sich das besondere Vertrauen Hitlers. 1940 wurde er Chef der Operationsabteilung des Generalstabes des Oberkommandos des Heeres und 1943 stellvertretender Chef des Generalstabes des Heeres.

Während seiner Tätigkeit im Generalstab des Heeres entstanden – größtenteils bereits im Frieden – unter aktiver Mitwirkung Heusingers u. a. die Aggressionspläne gegen die Tschechoslowakei, Polen, Norwegen und Dänemark, gegen Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich, gegen Griechenland und Jugoslawien, Afrika, Sowjetunion, Ägypten, Italien, Ungarn, Rumänien, England, Schweiz, Portugal und Spanien.

Auf Grund dieser Überfallpläne wurden unter Heusingers Leitung in vielen „Geheimen Kommandosachen“ die verschiedenen Angriffsoperationen des faschistischen Heeres bis ins einzelne festgelegt.

So wurden zum Beispiel in der „Geheimen Kommandosache“ Nr. 4402/39 der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres vom 7. Oktober 1939 Vorbereitungen zum Einfall in Holland und Belgien getroffen. In dem von Heusinger unterzeichneten Dokument heißt es:

„Gleichzeitig hat Heeresgruppe B entsprechend besonderer Anweisung alle Vorbereitungen zu sofortigem Einrücken in holländisches und belgisches Gebiet zu treffen, falls die politische Lage es erfordert. Den Befehl zum Einrücken gibt OKH. Bis dahin ist jede Grenzverletzung holländischen oder belgischen Gebiets peinlichst zu vermeiden.“

Die Praktiken der faschistischen Kriegführung unterstützte Heusinger auch

bei der Vorbereitung des Überfalls auf Jugoslawien, der den Decknamen „Marita“ trug. In einer „Geheimen Kommandosache“ vom 27. März 1941 über eine Lagebesprechung zu Jugoslawien, an der Heusinger teilnahm, heißt es:

„Führer ist entschlossen, ohne mögliche Loyalitätserklärungen... alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen... Es kommt darauf an, daß so schnell wie möglich gehandelt wird... Politisch ist es besonders wichtig, daß der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird... In diesem Zusammenhang muß der Beginn der Barbarossa-Unternehmung bis zu 4 Wochen verschoben werden.“ (H. A. Jacobsen, „1939–1945, Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten“, S. 202)

Heusinger plante aber nicht nur die Überfälle der Faschisten, sondern leitete unmittelbar auch den Einsatz der faschistischen Wehrmacht gegen unschuldige Frauen, Kinder und Greise in den überfallenen Ländern im Rahmen der „Bandenbekämpfung“ und bei der Anwendung der „Taktik der verbrannten Erde“.

So ließ die Operationsabteilung des Heeres, deren Chef Heusinger war, als „Vergeltung“ für einen am 28. August 1942 erfolgten Angriff sowjetischer Partisanen gegen die Eisenbahnstation Slawnoje und die dort stationierte Garnison der faschistischen Polizei und Gestapo über 100 Geiseln, darunter Frauen, Greise, Kinder und Jugendliche, ermorden. In dem Telegramm Nr. 11 027/42 ss der Operationsabteilung des Heeres an das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte heißt es:

„Der Führer fordert Vergeltungsmaßnahmen mit Anwendung schärfster Abschreckungsmaßnahmen wegen des Überfalls der Partisanen auf Slawnoje. Über die getroffenen Maßnahmen ist zu berichten.“

Heusinger, Mitwisser des Sprengstoff-Attentats auf Hitler, wurde nicht etwa wie alle anderen auch nur entfernt Beteiligten erschossen oder dem Henker ausgeliefert, sondern nach seiner kurzen Haft von Hitler persönlich empfangen und rehabilitiert. Über eine von Heusinger während seiner Haftzeit verfaßte „Denkschrift“ äußerte Hitler:

„Ich habe Ihre Denkschrift aus der Haft studiert. Ich danke Ihnen dafür.“ (A. Heusinger, „Befehl im Widerstreit“, S. 236)

In dieser Denkschrift für den „Endsieg“ empfahl Heusinger, als neues Kampffutter die 15- und 16jährigen sowie alle älteren Jahrgänge bis zu 60 Jahren einzuziehen. Ende September 1944 wurde Heusinger „rehabilitiert“ – Mitte Oktober 1944 befahl Hitler die Aufstellung des Volkssturmes.

Während seiner „Gefangenschaft“ war Heusinger ständiger Ratgeber der kriegshistorischen Abteilung der US-Armee, wertete „Erfahrungen“ aus und bereitete sich so für zukünftige Aufgaben vor.

Nach seiner Entlassung wurde aus dem Günstling Hitlers der Günstling Adenauers. Zusammen mit Speidel wurde Heusinger dessen Berater in militärischen Fragen. So wie einst Heusinger für Hitler unentbehrlich war, wurde er es nunmehr auch für Adenauer.

1950 wurde er offizieller Berater der Bundesregierung für „Sicherheitsfragen“ und „Angestellter“ der „Dienststelle Blank“, dem illegalen Kriegsmuseum. Hier plante er den Aufbau der neuen Wehrmacht und nahm an allen wichtigen Beratungen teil. 1952 wurde Heusinger Chef der Militärabteilung im „Amt Blank“.

„Die harten Jahre im ‚Amt Blank‘ – Jahre selbstloser, umstrittener, ungewisser Warte- und Vorbereitungsarbeit –, die an alle Beteiligten große Anforderungen stellten –, wurden schließlich, nachdem die Deutschland-Verträge eine neue Form der Sicherheitspolitik auf nationaler Basis innerhalb der NATO ermöglichen, 1955 belohnt durch den Neuaufbau deutscher Streitkräfte, an dem Heusinger und Speidel führenden Anteil nahmen.“ („Das neue Journal“, 26. Februar 1958)

Im November 1955 übernahm Heusinger den Ständigen Vorsitz im Militärischen Führungsrat der Bundeswehr und wurde am 1. März 1957 ihr erster Generalinspekteur. Vom 1. April 1961 bis 29. März 1964 war dieser ehemalige stellvertretende Heeres-Generalstabschef Hitlers Vorsitzender des „Ständigen Militärausschusses der NATO“ in Washington und damit praktisch deren Generalstabschef. Damit hatten die westdeutschen Imperialisten drei Jahre lang eine der wichtigsten Stellen der NATO besetzt, in der Heusinger entscheidenden Einfluß auf die strategische Konzeption der NATO ausübte, den Griff der Bonner Hitler-Generale nach Atomwaffen vorbereitete und in steigendem Maße westdeutsche Generale auf einflußreiche NATO-Posten lancieren half.

Wie der Kriegsverbrecher Speidel trat auch sein Komplize Heusinger nach seiner Pensionierung nicht in den Ruhestand. Die führende Partei der westdeutschen Monopole, die CDU/CSU, machte ihn zu ihrem militärischen Berater. In dieser Position erarbeitet Heusinger heute unter Adenauer, Erhard und Barzel wieder die Pläne zur totalen Militarisation, wie er es sogar während seiner „Haftzeit“ für Hitler tat. Verwirklichung der atomaren „Vorwärtsstrategie“, Drängen nach Atomwaffen, Massenmobilisierung und Notstandsgesetze sind untrennbar mit seinem Wirken verbunden. Der Kriegsverbrecher Heusinger war und ist der militärische Exponent und einer der Hauptverfechter der aggressiven, volksfeindlichen Politik des Bonner Staates.

Speidel KRIEGSVERBRECHER UND MILITÄRBERATER
Hans, Dr. DER BONNER REGIERUNG

Speidel steht seit 1914 im Dienste des deutschen Militarismus. Nach dem ersten Weltkrieg trat er zur Reichswehr über, wurde als „Führergehilfe“ (Generalstabsoffizier) ausgebildet und 1930 als Hauptmann in das Frankreich-Referat der 3. Abteilung des illegalen Generalstabes übernommen. Mit der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 kam Speidel als Gehilfe des Militärattachés zur deutschen Botschaft nach Paris und organisierte dort die Spionage gegen Frankreich. Anschließend wurde er Leiter der Abteilung „Fremde Heere West“ im Generalstab des Heeres, in der er die militärischen Unterlagen für den Überfall auf die westeuropäischen Länder beschaffte, auswertete und die entsprechenden Pläne mit ausarbeitete.

An der Vorbereitung und Durchführung des Überfalls auf Frankreich war Speidel als 1. Generalstabsoffizier des IX. Armee-Korps bzw. der Heeresgruppe B unmittelbar beteiligt. Am 14. Juni 1940 wurde er Chef des Generalstabes beim Militärbefehlshaber in Paris und am 1. August 1940 Chef des Generalstabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich. Als solcher ist er mit-schuldig an der Errichtung des grausamen Terrorregimes in Frankreich und an zahlreichen Verbrechen an der französischen Zivilbevölkerung. Die Ergebnisse dieser verbrecherischen Tätigkeit faßte Speidel in seinen Meldungen über „Stimmung und innere Sicherheit“ zusammen, in denen er über die barbarischen „Sühnemaßnahmen“ unter seiner Aufsicht gegen die französische Zivilbevölkerung berichtete. So heißt es in seinem am 28. Februar 1942 verfaßten Lagebericht an den Kriegsverbrecher Keitel:

„Folgende Sühnemaßnahmen wurden in der Berichtszeit befohlen: 100 Kommunisten und Juden wurden nach Compiègne zwecks Deportation nach dem Osten überführt.“

In Rouen wurden umfangreiche Razzien auf Kommunisten und Juden durchgeführt, die zu zahlreichen Verhaftungen führten. Im Zusammenhang mit dem Maßnahmen... wurde für das gesamte besetzte Gebiet die Überführung von 1000 Kommunisten und Juden in deutsche Haft angeordnet. Diese sind zur Deportation nach dem Osten bereitgestellt.“

Im März 1942 kam Speidel zunächst als Chef des Generalstabes des V. Armee-Korps und später als Chef des Generalstabes der 8. Armee nach der Sowjetunion. Dort setzte er seine Verbrechen in großem Ausmaß fort. Er gehörte mit zu den Hauptplanern und Vollstreckern der „Taktik der verbrannten Erde“, die in seinem Bereich in der grausamsten Weise verwirklicht wurde. Ganze Landschaften wurden in tote Zonen verwandelt.

Im April 1944 tauchte der inzwischen zum Generalleutnant beförderte und für seine Verbrechen in der Sowjetunion mit dem Ritterkreuz dekorierte Spei-

del wieder in Frankreich auf. Diesmal als Chef des Generalstabes der von Rommel geführten Heeresgruppe B. Hier wollte er seine beim Rückzug der geschlagenen Hitler-Armeen in der Sowjetunion gesammelten „Erfahrungen“ erneut praktizieren. So gab er im August 1944 ohne Skrupel den Befehl weiter und billigte ihn ausdrücklich, wonach Paris in ein Trümmerfeld verwandelt werden sollte.

Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 wurde Generalfeldmarschall Rommel von den Nazis zum Selbstmord getrieben. Sein Stabschef und Vertrauter Speidel blieb ungeschoren, weil er, um seinen eigenen Kopf zu retten, zu den Denunzianten Rommels bei der Gestapo gehörte.

Nach 1945 ließ sich Speidel in Süddeutschland als „Geschichtsforscher“ nieder, bis Adenauer ihn und seinen Komplizen Heusinger im Jahre 1950 zu seinen militärischen Beratern ernannte.

Speidel wurde westdeutscher „Sachverständiger“ bei den Verhandlungen über einen „Sicherheitsbeitrag Westdeutschlands“ und Chefdelegierter bei den EVG-Verhandlungen. Nach dem Scheitern dieses Projekts durch das Veto der französischen Nationalversammlung war Speidel einer der Hauptverfechter der Aufnahme Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Pakt und einer der militärischen Verhandlungsführer.

Nachdem Westdeutschland Mitglied der NATO geworden war und das Kriegsministerium offiziell gebildet wurde, wurde Speidel Leiter der „Abteilung Streitkräfte“. Bereits dort und unmittelbar danach als Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte setzte Speidel alles daran, die Konzeption des wiedererstandenen faschistischen Generalstabes und dessen Einflußmöglichkeiten in der NATO durchzusetzen und zu erweitern.

Aus dem Anlaß der Pensionierung Speidels am 31. März 1964 bestätigte das Militaristenorgan „Wehrkunde“ in Heft 4/1964:

„Ihm ist es zu danken, daß sich die Verteidigungsvorstellungen bei SHAPE im Laufe der Jahre entscheidend wandelten, um schließlich zur Formung der Vorwärtsstrategie zu führen, die das Gesamtgebiet der Bundesrepublik in das Konzept einer nachhaltigen Verteidigung einbezieht.“

Die Pensionierung bedeutete für Speidel jedoch nicht die Versetzung in den Ruhestand. Nachdem Speidel die atomare „Vorwärtsstrategie“ bei der NATO durchgesetzt hat, ist er nunmehr „Sonderberater der Bundesregierung in NATO-Fragen“ und einer der Hauptdrahtzieher bei dem Griff der Bonner Militaristen nach Atomwaffen, zur Durchsetzung der totalen Kriegsvorbereitung und der Errichtung der Notstandsdictatur. Sein Einfluß ist nicht kleiner, sondern größer geworden.

Gefolgsleute Hitlers bis fünf Minuten nach zwölf

Maizière VERTRAUENSPERSON IM FÜHRERBUNKER
Ulrich de

heute: Inspekteur des Bonner Heeres, Generalleutnant

Ulrich de Maizière ist ein Offizier, der durch die Schule des faschistischen Generalstabs ging. Nachdem er als Regimentsadjutant am Überfall auf Polen teilgenommen hatte, kam er zur Generalstabsausbildung an die Kriegsschule Dresden. Danach wurde er 1. Ordonnanz-Offizier im Stab der Heeresgruppe C und beim Einfall in die Sowjetunion 2. Generalstabsoffizier (Ib) der 18. Infanterie-Division (mot).

Seine ersten „Osterfahrten“ wertete de Maizière in den Jahren 1942/1943 als Referent in der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres unter Leitung des späteren Bundeswehr-Generals Müller-Hillebrand aus. Ab 1. Mai 1943 begann er, als 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 10. Panzergrenadierdivision den sich abzeichnenden Zusammenbruch der Heeresgruppe Süd in der Ukraine und in Rumänien aufhalten zu helfen.

De Maizière genoß das besondere Vertrauen von Hitler und der faschistischen Wehrmachtsführung. Er wurde noch im Februar 1945 in den „Führerbunker“ geholt. Dort berichtete er als Oberst i. G. und 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres regelmäßig vor Hitler über die Lage und sorgte für die Arbeitsfähigkeit dieses eingeschlossenen „Befehlsstandes“ von Hitler, Bormann und Goebbels.

So berichtete er am Abend des 23. März 1945:

„Es ist jetzt schon so, daß weite Teile, soweit die Anlage oben noch nicht wieder instand gesetzt ist, unten arbeiten. Zum Beispiel General Krebs, der Chef der Operationsabteilung, arbeitet an sich unten. Für den Apparat, der jetzt da ist, geht es also, auch wenn die Gebäude über der Erde zerstört sind.“ (H. Heiber, *„Lagebesprechungen im Führerhauptquartier“*, Deutscher Taschenbuchverlag, 1964)

Als die Zerschlagung der letzten Widerstandsnester in Berlin durch die Sowjetarmee ihrem Ende entgegenging, wurde de Maizière zu Hitler-Nachfolger Dönitz geschickt, der sich in Schleswig-Holstein befand. Dort sollte er als 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Einsatzabteilung Heer die Operationsabteilung des Generalstabes in Gang halten und das Intrigenspiel des Kriegsverbrechers Dönitz auf Separatabsprachen mit den Alliierten unterstützen.

Nach der totalen Niederlage des Faschismus und seiner Kriegsmaschine gehörte de Maizière mit zu den ersten Hitler-Offizieren, die die Kriegsverbrecher Heusinger und Speidel zum Aufbau einer neuen Aggressionsarmee in das „Amt Blank“, das illegale Kriegsministerium, holten. Dort ist de Maizière von An-

fang an einer der eifrigsten Verfechter der Bonner „Vorwärtsstrategie“, der Atombewaffnung und der Notstandsgesetze.

In der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau“, Heft 3/1964, schrieb er, „daß die in Verwirklichung stehende ‚Vorwärtsverteidigung‘ vorwiegend einem ständigen deutschen Drängen zu verdanken sei . . . Die Forderung, auf Planung und Auslösung des A-Waffeneinsatzes Einfluß zu erhalten, ist ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Richtung (die Verwirklichung der Vorwärtsstrategie – d. Hrsg.) . . .“

Panitzki DER LUFTKRIEGSEXPERTE

Werner

heute: *Chef der Bonner Luftwaffe, Generalleutnant*

Panitzki gehörte zu den Operationsspezialisten der Nazi-Luftwaffe und war einer der Vertrauten des Kriegsverbrechers Göring. Nach dem Besuch der Luftkriegsakademie wurde er 1. Generalstabsoffizier der Luftflotte 1 unter dem Kriegsverbrecher Kesselring. Als Staffelkapitän im „Edelweißgeschwader“ nahm Panitzki an den Raubzügen gegen Norwegen, Frankreich und an den Terrorangriffe gegen England teil.

1942/1943 plante Panitzki als 1. Generalstabsoffizier die Einsätze der Luftflotte 3 und ist damit mitverantwortlich für die barbarische Bombardierung britischer Städte. Ab Herbst 1944 holte Göring Panitzki als 1. Generalstabsoffizier der Operationsabteilung in seinen Generalstab.

In amerikanischer Kriegsgefangenschaft, einem „Speziallager für höhere Offiziere“, befaßte er sich mit der Auswertung „kriegsgeschichtlicher Erfahrungen“ und arbeitete an Plänen für die Remilitarisierung Westdeutschlands.

1952 wurde er von der Adenauer-Regierung in das „Amt Blank“ berufen. Als Leiter der Planungsgruppe der Luftwaffe sowie als Mitglied des Bonner militärischen Führungsstabes baute er den neuen westdeutschen Luftwaffenstab auf. 1957 war Panitzki unter Kriegsverbrecher General Heusinger Chef des Stabes im Führungsstab der Bundeswehr. Heute ist er als Inspekteur der Bonner Luftwaffe einer der gefährlichsten Scharfmacher in der Bundeswehrführung, die seit Jahren nach Atomwaffen greift.

Im September 1964 forderte Panitzki erneut weitreichende Atomraketen für die Bundeswehr, denn *„ohne eine an Zahl und Reichweite ausreichende Rakete könne die (west-)deutsche Luftwaffe auf die Dauer nicht die ihr von der NATO gestellte Aufgabe erfüllen“*. („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. 9. 1964)

Zenker MIT HITLER GEGEN NORWEGEN, DÄNEMARK UND
Karl-Adolf HOLLAND

heute: Inspekteur der Bonner Kriegsmarine, Vizeadmiral.

Karl-Adolf Zenker ist der dritte Admiral in den Generationen der Zenker, die im Dienste des deutschen Imperialismus standen, dessen militärische Raubzüge planten und an ihrer Durchführung entscheidenden Anteil hatten. Der Großvater war kaiserlicher Admiral und Flaggoftizier; der Vater Chef der Marineleitung der Reichswehr und damit Vorgänger des Kriegsverbrechers Raeder.

Von 1939 bis 1941 war Karl-Adolf Zenker 3. Admiralstabsoftizier im Stab der Marine-Gruppenkommandos West bzw. Nord und arbeitete dort an den Plänen für die Überfälle auf Dänemark, Norwegen und die Niederlande, insbesondere für die Minenkriegsführung in der Nordsee, mit. Nach verschiedenen Bordkommandos kam Zenker im Januar 1944 als Referent in die Operationsabteilung der Seekriegsleitung und war dort einer der treuesten Gefolgsleute Hitlers, Raeders und Dönitz'.

Im Juli 1951 wurde Zenker im „Amt Blank“ Marine-Referent bzw. Kommissarischer Leiter der Marineabteilung und hat in dieser Position die Pläne zum Aufbau der Bonner Kriegsmarine ausgearbeitet und durchgeführt. Diese Planung ist unmittelbar auf eine Aggression im Ostseeraum ausgerichtet. Bereits im Jahre 1954 schrieb Zenker: *„Ist auch die Ostsee ein Randmeer, so führt sie doch weit in den Raum eines möglichen Gegners hinein und bildet für ihn eine offene Flanke, an der er verletzlich bleibt.“* („Bulletin der Bundesregierung“, 11. Februar 1954)

Nicht nur in der Zielsetzung, sondern auch in seinem Geist ist Zenker der alte faschistische Aggressionsoftizier geblieben. Das bewies er bei der ersten Rekrutenverpflichtung der Bundesmarine am 16. Januar 1956 in Wilhelmshaven, als er die Kriegsverbrecher Dönitz und Raeder zu Vorbildern für die Bonner Marine erklärte. Zenker sagte:

„Jeder von uns alten Marineleuten, die unter der Führung der beiden Großadmirale Dienst getan haben, weiß, daß ... kein Makel an der Person unserer ehemaligen Oberbefehlshaber ist ... Es hat sich für mich und alle meine Mitarbeiter in Bonn zuerst und ausschließlich die Frage erhoben, ob wir unsere Arbeit aufnehmen dürfen, solange unsere ehemaligen Oberbefehlshaber in Haft gehalten werden. Nur unter dem deutschen Gesichtspunkt der lebensnotwendigen Aufgabe der Verteidigung der gemeinsamen Freiheit kann man vertreten, daß wir uns über das Schicksal unserer alten Kameraden hinweggesetzt haben ... In der Kenntnis des Charakters unserer alten Oberbefehlshaber, die immer die Pflichterfüllung und die Aufgabe vor die Person gestellt haben, war

ich mir sicher, daß auch sie diese Haltung billigen würden. Ich habe die Freude gehabt, daß Großadmiral Raeder mir diese Einstellung nach seiner Freilassung bestätigt hat.“ („Leinen los“, Nr. 2, Februar 1956, S. 228)

Zenker verherrlicht damit nicht nur die Kriegsverbrecher Raeder und Dönitz, sondern holte sich von seinem Vorbild Raeder faktisch nachträglich die Erlaubnis zum Eintritt in die Bundeswehr – von jenem Raeder, der anlässlich einer Gedenkfeier für Hindenburg und Ludendorff in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ erklärte:

„Das deutsche Volk hat den aus dem Geiste des deutschen Frontsoldaten geborenen Nationalsozialismus zu seiner Weltanschauung gemacht und folgt den Symbolen seiner Wiedergeburt mit ebenso heißer Liebe wie fanatischer Leidenschaft. Es hat den Nationalsozialismus erlebt und nicht, wie so viele hilflose Kritiker draußen glauben, erlitten. Darum die klare und schonungslose Kampf-ansage an den Bolschewismus und an das internationale Judentum, deren völkervernichtendes Treiben wir zur Genüge am eigenen Volkskörper zu spüren bekommen haben.“ („Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln, Heft 6, vom 20. Juni 1958)

Und in gleicher Richtung hetzte Dönitz am 12. Mai 1944:

„Was wäre aus unserer Heimat heute, wenn der Führer uns nicht im Nationalsozialismus geeint hätte! Zerrissen in Parteien, durchsetzt von dem auflösenden Gift des Judentums und diesem zugänglich, da die Abwehr unserer jetzigen kompromißlosen Weltanschauung fehlte, wären wir längst der Belastung dieses Krieges erlegen und der erbarmungslosen Vernichtung unserer Gegner ausgesetzt worden.“ (A. a. O.)

Maeder ABGEURTEILTER KRIEGSVERBRECHER
Hellmuth

heute: Leiter des Truppenamtes des Heeres, Generalmajor

Hellmuth Maeder, Hitler-General und Kommandeur der Elite-Division „Großdeutschland“, wurde als Kriegsverbrecher abgeurteilt. Als Ordonnanz-Offizier der 34. Infanterie-Division beteiligte er sich am Überfall auf Polen und als Bataillons-, Regiments- und Divisionskommandeur an dem auf die Sowjetunion. Unter seinem Kommando standen litauische SS-Freiwilligenverbände. Als „Kampfkommandant von Schaulen“ wurde er von Hitler mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert und zum Generalmajor befördert. Dann versuchte er als Kommandeur der Panzergrenadierdivision „Großdeutschland“, die Tage des Faschismus zu verlängern.

Maeder ist für unzählige Verbrechen der von ihm befehligten Einheiten verantwortlich und wurde dafür zu 25 Jahren Haft verurteilt. Als Bataillonskom-

mandeur in der 297. Infanterie-Division nahm er in den Jahren 1942/1943 an Greueltaten gegen sowjetische Bürger teil. Ende Oktober 1941 raubten die Soldaten seines Bataillons den Bewohnern des Dorfes Wwedenko, Rayon Tschuguew, Hab und Gut. Später verschleppten Angehörige des Bataillons Maeder etwa 20 sowjetische Einwohner nach Deutschland. Im November 1941 wurde die Bürgerin Tarussina bestialisch geschlagen und schließlich ermordet, da sie sich gegen eine Vergewaltigung wehrte. Der Bürger Michnew wurde mißhandelt, weil er versucht hatte, Widerstand gegen die Plünderungen zu leisten.

Maeders Soldaten verhafteten auch den Bewohner des Dorfes Wwedenko, Pastuchow. Er wurde verdächtigt, der Kommunistischen Partei anzugehören. 13 Tage hielt man ihn in einem kalten Raum gefangen und mißhandelte ihn. Am 14. Tag setzte man ihn auf einen glühendheißen Ofen. Dann führten die Faschisten ihn, an den Händen gefesselt, durchs Dorf. Auch im Dorf Gawri-lowka des Tschuguewer Rayons wurden die Einwohner von den Angehörigen des Bataillons Maeder geplündert.

Dieser Kriegsverbrecher wurde nach seiner vorzeitigen Übergabe an die westdeutschen Behörden in die Bundeswehr eingestellt und leitet seit 1960 eine der wichtigsten Befehlsstellen des Bonner Heeres.

Übelhack VERBRANNT NORWEGENS ERDE

Friedrich

heute: Befehlshaber der ausschließlich unter westdeutschem Befehl stehenden „Territorialarmee“, Generalleutnant

Als Generalstabsoffizier der faschistischen Gebirgstruppe war Friedrich Übelhack an fast allen Aggressionen der Wehrmacht, angefangen vom Überfall auf Polen bis zum Einfall in die Sowjetunion, führend beteiligt.

Am 10. Dezember 1941 kam er als 1. Generalstabsoffizier (Ia) zum XXXV. (Gebirgs-)Armee-Korps nach Nordfinnland und wurde später Ia der 20. (Gebirgs-)Armee bzw. beim „Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen“. Dort plante er nach dem Ausscheiden Finnlands aus dem faschistischen Block besonders die „Absetzungsbewegungen Birke“ und „Nordlicht“. Das war der von langer Hand vorbereitete Rückzug aus Nordfinnland und Nordnorwegen und bedeutete für diese Gebiete barbarische Zerstörung.

Am 21. Oktober 1944 wurden u. a. das Nickelwerk und die Siedlung Kolosjoki sowie die Stadt Rovaniemi völlig zerstört und auch in Petsamo „die erforderlichen Zerstörungen durchgeführt“. Der ehemalige Befehlshaber der 20. Armee, der abgeurteilte Kriegsverbrecher Rendulic, berichtete, daß seine Soldaten und Offiziere aus dem Gebiet nördlich des Lyngenfjords die Bevöl-

kerung (etwa 40 000 Menschen) nach Süden evakuierten und dort den Organen des faschistischen Reichskommissars Terboven übergaben. Im „freigemachten Gebiet“ wurden alle Unterkünfte und Verkehrseinrichtungen, die Straßen, Brücken, Schiffe und Hafeneinrichtungen sowie ganze Städte, wie Hammerfest, völlig zerstört.

Nach diesen Zerstörungen wurde Übelhack noch am 1. Januar 1945 zum Oberst i. G. befördert und zum 1. Generalstabsoffizier des Wehrmachtsbefehlshabers in Norwegen ernannt. Zu dessen Aufgaben gehörte auch die Unterdrückung der norwegischen Widerstandsbewegung.

Seit dem 1. Mai 1956 ist Übelhack in der Bundeswehr und bekleidet seit dem 1. April 1964 eine Schlüsselstellung bei der totalen Militarisierung Westdeutschlands.

Er gehört ebenso wie der Kriegsverbrecher Trettner zur Clique ehemaliger Generalstäbler, die schon im zweiten Weltkrieg Planer des Todes und der „verbrannten Erde“ waren.

Gerlach PREIST DIE FASCHISTISCHE DIKTATUR Heinrich

heute: Befehlshaber der Bonner Flotte, Vizeadmiral

Vor Beginn des faschistischen Raubkrieges war Heinrich Gerlach Mitarbeiter im Stab des Oberkommandos der Kriegsmarine unter der Leitung des Kriegsverbrechers Raeder. Als 2. Admiralstabsoffizier im Stab des Führers der Torpedoboote bzw. der Zerstörer war Gerlach danach an der Vorbereitung und Durchführung der Marineoperationen bei den Überfällen auf Polen, Dänemark, Norwegen und Frankreich beteiligt. Während der Operation „Weserübung“, Überfall auf die nordischen Staaten, tat er sich besonders bei der faschistischen Besetzung Narviks hervor.

Danach wurde Gerlach 1. Admiralstabsoffizier der Operationsabteilung der Seekriegsleitung und arbeitete dort vom Juni 1941 bis Dezember 1943 in entscheidender Position die Pläne zur weiteren Seekriegsführung der Faschisten aus. Nach verschiedenen Flottenkommandos wurde Gerlach als Kapitän zur See zu Kriegsverbrecher Dönitz geholt und noch im Mai 1945 zum Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ernannt.

Im Mai 1951 veröffentlichte Gerlach unter dem Titel „Über die ethischen Grundlagen einer neuen Wehrmacht“ eine Denkschrift, in der er das faschistische Führerprinzip verherrlicht und seine nazistische Gesinnung offen kundgibt. Er schreibt: „Alle Gewalt geht vom Volke aus – das bedeutet in der Praxis nicht etwa, daß die einzelnen Bürger in den öffentlichen Dingen einen unmittelbaren Einfluß ausüben. Die Masse der kleinen Leute ist überhaupt nicht

fähig, sich ein eigenes Urteil zu bilden und selbständig zu handeln. Sie will regiert werden."

Und das sind Gerlachs „Lehren“:

„Wie aber soll nun dieses neue Deutschland aussehen, für das es sich lohnt, zu leben und zu sterben? Selbstverständlich muß und soll das neue Gebäude auf den Fundamenten der Vergangenheit errichtet werden, ein Grundsatz, der nirgends so sehr zu betonen ist wie gerade beim Neuaufbau einer Wehrmacht... Wenn wir aus diesen Erfahrungen Nutzen ziehen wollen, ist es zunächst einmal notwendig, den Nationalsozialismus und das ganze Geschehen um das dritte Reich als ein Stück unserer deutschen Geschichte anzuerkennen. Ich mache gar keinen Hehl daraus, daß für mich nicht alles, was aus der Zeit des dritten Reiches herrührt, darum verwerflicher Irrtum ist..."

Und das sind seine „Schlußfolgerungen“:

„Bei allen Fehlern, die gemacht wurden, war doch vieles so vorbildlich, so sehr den Bedingungen der Zeit wie dem Charakter des Volkes angemessen, daß man es mit als gute Zukunft nehmen kann. Alle diese Mängel haben meines Erachtens ihre entscheidende Ursache darin, daß Adolf Hitler sich leider nicht auf die alte Führungsschicht unseres Volkes stützte... Man stelle sich einmal vor: Die ersten tausend Anhänger eines Parteiführers vom Format eines Hitlers überwiegend aus den Kreisen des guten alten Bürgertums, der Kirche, des Offizierskorps! Ich bin überzeugt, mit einer solchen ‚Partei‘ und diesen ‚Alten Kämpfern‘ hätte unsere Geschichte einen völlig anderen Verlauf genommen."

Dieser Faschist befiehlt heute über die Bonner Flotte.

Thilo WÜTETE AUF DEM BALKAN

Karl-Wilh.

heute: Kommandeur der 1. Gebirgs-Division, Generalmajor

Der Hitler-Oberst und ehemalige Chef der Operationsabteilung beim Führungsstab Süd, Karl-Wilhelm Thilo, wütete besonders grausam auf dem Balkan. Der Weg seiner Einheit war von Brutalität und Terror, von massenhaften Erschießungen einheimischer und völlig unschuldiger Zivilisten gekennzeichnet.

Im April 1943 traf die 1. Gebirgs-Division von Bulgarien kommend in Jugoslawien ein. Bereits am 8. April erging der Befehl über die „Sühnemaßnahmen gegen Aufständische“ an alle Einheiten der Division. Dieser Befehl ist unterzeichnet vom Divisionskommandeur, Generalleutnant Stettner, und dem 1. Generalstabsoffizier Thilo.

Im Befehl heißt es:

„1. Wer

- a) bei Kampfhandlungen mit der Waffe in der Hand
- b) als Helfer von Aufständischen oder
- c) bei Sabotageakten

betroffen wird, ist grundsätzlich an Ort und Stelle zu erschießen oder zu erhängen.

Führer, pol. Kommissare und Kuriere sind Div./Ic zuzuführen und werden nach Vernehmung erschossen ...

5. b) Sühnequoten:

Für einen getöteten Deutschen oder Bulgaren fallen 50 Sühnegefangene.

Für einen verwundeten Deutschen oder Bulgaren fallen 25 Sühnegefangene.

Für eine getötete, sonst geschützte Person fallen 10 Sühnegefangene.

Für eine verwundete, sonst geschützte Person fallen 5 Sühnegefangene.

Für jeden Anschlag gegen geschützte Objekte fallen je nach Schwere des Falles bis zu 1000 Sühnegefangene ...“ (Nürnberger Prozesse, Fall VII, Bd. 4, Dok. NOKW-978)

Über Geisel-Erschießungen und das Niederbrennen ganzer Ortschaften geben die von Thilo abgezeichneten Berichte der „Marschgruppe Salminger“ Aufschluß. (Siehe Tafel 31, Nürnberger Prozesse, Fall VII, Bd. 4, Dok. NOKW-1032)

Thilo zeichnete darüber hinaus auch für die Erschießung italienischer Offiziere verantwortlich, wie es aus einem seiner Berichte an das XXII. Armee-korps vom 9. Oktober 1943 eindeutig hervorgeht. (Siehe Tafeln 31, Nürnberger Prozesse, Fall VII, Bd. 6, S. 1901)

Thilo kennt auch heute keine Skrupel und rühmt sich seiner Verbrechen:

„Die Verschärfung des Partisanenkrieges macht es dringend erforderlich, in das Wespennest Montenegro hineinzustoßen und die Kernverbände des wachsenden kommunistischen Volksheeres in den Wurzeln zu vernichten. Die Regimenter der Edelweiß-Division durchziehen das westlich Niv gelegene Kopanik-Gebirge, um ihre Ausgangsräume für die Operation ‚Schwarz‘, das Ibartal bei Novi Pazar und Mitrovica zu erreichen. Wo es vereinzelt zu Zusammenstößen mit Aufständischen kommt, wird der Widerstand nach Jägerart im schnellen Zupacken gebrochen.“ (Hubert Lanz, „Gebirgsjäger – Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945“, 1954, S. 245)

Trautloft DER KINDERMÖRDER VON GETAFE

Johannes

heute: Kommandierender General der Luftwaffen-Gruppe Süd, Generalleutnant

Johannes Trautloft gehörte zu den ersten sechs Jagdfliegern, die Hitler im Juli 1936 zur Unterstützung der Franco-Faschisten und zur Erprobung seiner

neuen Mordwaffen nach Spanien schickte. Als „Freiwilliger“ der „Legion Condor“ ließ er seine Maschinengewehrsalven auf wehrlose spanische Kinder, Frauen und Greise niederhageln oder flog Jagdschutz für faschistische Bombengeschwader. Von den Flugplätzen Tablada und Sevilla stiegen damals die Maschinen auf, die mit ihren Bomben die Stadt Badajoz in Trümmer legten. Über einen dieser Einsätze, den Trautloft am 15. September 1936 über der Talavera-Front flog, schrieb er in seinem Buch „Als Jagdflieger in Spanien“ im Landsknechts-Jargon:

„Wir dürfen kämpfen, und das genügt, das befriedigt uns vollauf. Hier scheint's, sind uralte Instinkte, die lange verschüttet gewesen, die Instinkte des Jägers plötzlich wieder durchgebrochen. Wir haben zurückgefunden zu den Anfängen der Menschlichkeit, eine Verheißung, daß die Zeit unserer weißen Rasse noch lange nicht um ist. Wie spießig ist das Gezeter, wir seien in die Barbarei zurückgefallen.“ (S. 91)

Den barbarischen Angriff auf das Dörfchen Olalla in der Provinz Toledo verherrlicht er mit den Worten:

„Im Tiefflug jagen wir unsere MG-Garben in den Feind, sehen, wie Lastkraftwagen, jäh des Führers beraubt, seitwärts sausen und sich überschlagen. Menschen kriechen hervor, viele torkeln, fallen, bleiben liegen... Wohl nichts vermag den Soldaten tiefer zu befriedigen, als der Anblick einer kopflosen, panischen Flucht des Feindes... Vor dem Rückflug nach Cáceres trinken wir noch etliche ‚Helle‘, mit ziemlichem Schwung fliegen wir dann nach Hause.“ (S. 75 f.)

Auch am Angriff auf Getafe am 30. Oktober 1936, bei dem Hunderte Spanier getötet wurden, war Trautloft beteiligt. Zwei Drittel der Ortschaft wurden völlig zerstört, darunter das Krankenhaus und die Schule. Unter den wehrlosen Opfern dieses Bombardements befanden sich 63 Kinder. Sie wurden von den Trümmern ihrer getroffenen Schule erschlagen oder auf dem Schulhof zerfetzt. Dieses Verbrechen ist als „Kindermord von Getafe“ in der Welt gebrandmarkt worden.

Kindermörder Trautloft aber schrieb voller Begeisterung in sein Tagebuch: *„Die Arbeit, die hier geleistet wurde, ist gewaltig.“*

Einen weiteren Beweis dafür, daß Trautloft ein Erzfaschist ist, lieferte er auf Seite 215 seines Machwerkes:

„20. Januar – Reichsgründungsfeier. Um 10 Uhr traten wir an. Der Kommandeur hält eine längere Ansprache, umreißt klar die Ereignisse seit der Machtübernahme und erinnert daran, daß wir auch hier unsere Pflicht zu erfüllen haben. Anschließend hören wir im großen Saal des Schlosses die Führerrede, hören die Heilrufe, die sie auslöst, und fallen kräftig ein: ‚Deutschland, Deutschland über alles...‘“

Als sein Einsatz in Spanien beendet war, stellt er bedauernd fest:

„Der Abschied vom Kriege fällt mir doch schwer', brummele ich vor mich hin. Wie seltsam! Ich soll heimwärtsfliegen, als ob der Krieg hier nicht weiterginge, als ob er zu Ende sei. Der Soldat in mir bäumt sich auf, ein bitteres Gefühl steigt hoch. Nur mit Mühe zwingen ich es nieder.“ (S. 243)

Zur Belohnung dieser unmenschlichen Verbrechen erhielt Trautloft von Göring das Spanienkreuz in Gold und wurde Lehrer und Lehrgangsleiter an der faschistischen Jagdfliegerschule in Bad Aibling. Als Staffelkapitän nahm er am Überfall auf Polen und als Gruppenkommandeur im Jagdgeschwader 51 an der Aggression gegen Frankreich teil. Von 1940 bis 1943 war er Major und Kommandeur des Jagdgeschwaders 54. Für seine Einsätze beim Überfall auf die Sowjetunion erhielt er bereits am 27. Juli 1941 von Hitler das Ritterkreuz. Inspizient Ost der Jagdflieger, Inspizient der Tagjagdverbände, Kommandeur der 4. Flieger-(Schul-)Division waren Stationen der weiteren Karriere Trautlofts, der inzwischen zum Oberst befördert worden war.

Nach 1945 widmete sich dieser Mörder dem Aufbau neuer militaristischer Organisationen. Als einer der Organisatoren der ersten internen Tagung der Traditionsgemeinschaft der „Legion Condor“ erklärte er 1956 auf der Burg Klopp in Bingen: *„Das Wirken der ‚Legion Condor‘ in Spanien muß der bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen.“*

Wichmann IM „REICHSKOMMISSARIAT OSTLAND“ BEWÄHRT

Heinz

heute: Oberster Personalchef der Bundeswehr, Ministerialdirektor

Heinz Wichmann war lange Zeit nicht nur der höchste Chef der Bundeswehrverwaltung in Schleswig-Holstein, dem Eldorado der Nazi- und Kriegsverbrecher, sondern als aktiver Hitler-Faschist enger Vertrauter des jetzigen Bonner Kriegsministers von Hassel. Das „Taschenbuch für Wehrfragen 1960/1961“ verschweigt bewußt wichtige Tatsachen und enthält lediglich folgende Angaben über seinen Werdegang vor 1945:

„1931 bis 1934 Richter und Staatsanwalt. Seit 1939 im Außendienst des Reichswirtschaftsministeriums (Wehrwirtschaft) in Hamburg und Kiel. 1942 als Oberregierungsrat stellv. Leiter des Landwirtschaftsamtes Schleswig-Holstein. Von 1942 bis Kriegsende Angehöriger der Wehrmacht, verwundet, zuletzt Leutnant und stellv. Batterieführer.“

Tatsache aber ist, wie aus dem Vorschlag zur Ernennung zum Oberregierungsrat am 21. April 1942 hervorgeht, daß Wichmann am 2. November 1933 der NSDAP beitrug (Mitglieds-Nr. 2 726 400) und dem NSRB als Zellenobmann angehörte. Am 1. August 1940 ging er als Persönlicher Referent des Reichskommissars in das „Reichskommissariat Ostland“ nach Riga.

Zu den Aufgaben des „Reichskommissariats Ostland“ gehörte u. a. die Durchführung von Repressalien gegen die Bevölkerung, die Ausarbeitung von geheimen „Richtlinien für die Behandlung von Juden im Gebiet des Reichskommissars Ostland“ in enger Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei.

Am 20. November 1941 berichtete der „Generalkommissar in Riga“, Abt. IIa, dem „Reichskommissar Ostland“: *„Das flache Land im ganzen Generalkommissariat Lettland ist judenfrei.“* (Siehe Tafel 35, Lettisches Zentralarchiv Riga, Bestand „Reichskommissar Ostland“)

Der damalige Persönliche Referent, Heinz Wichmann, hatte nicht nur genaue Kenntnis von den in diesem Gebiet begangenen Verbrechen, sondern war als enger Mitarbeiter des „Reichskommissars“ Lohse an der Vorbereitung und Durchführung der Judenvernichtung und anderer Verbrechen unmittelbar beteiligt. Was Dr. Globke als Bürokrat des Todes in Gesetzen, Verordnungen und Kommentaren niederlegte, praktizierte Wichmann während seines Einsatzes im „Reichskommissariat Ostland“. (Siehe Tafel 35, Lettisches Zentralarchiv Riga, Bestand „Reichskommissar Ostland“)

Bonns Generale waren Hitlers Generale

Die folgende Liste nennt weitere Generale der Bundeswehr.

Die meisten von ihnen bekleideten im faschistischen Generalstab einflußreiche Stellungen oder waren als Kommandeure von „Elite“-Verbänden führend an den Aggressionen des deutschen Imperialismus beteiligt. In Bonn bereiten sie auf entscheidenden Posten neue Aggressionen vor. Der faschistische Generalstab ist in Bonn wieder voll in Aktion.

Aldinger, Hermann

früher: Als Oberleutnant und Kommandeur der ersten schweren Flakbatterie der faschistischen „Legion Condor“ an der Niederschlagung des Befreiungskampfes des spanischen Volkes und an der Ermordung wehrloser Frauen und Kinder beteiligt. Zuletzt Oberst und Kommandeur eines Flakregiments

heute: Generalmajor, General der Kampfverbände und Inspizient der fliegenden Verbände im Luftwaffenamt

Baer, Bern von

früher: Oberst i. G., Chef des Generalstabes des Fallschirmpanzerkorps „Hermann Göring“. Nachdem er für seinen rücksichtslosen Einsatz im Januar 1944 von seinem „Führer“ mit dem Ritterkreuz dekoriert wurde, erhielt er noch im Februar 1945 das Eichenlaub

heute: Generalmajor, Stellv. Kommandierender General des III. Korps

Baudissin, Wolf Graf von

früher: Major i. G., 3. Generalstabsoffizier (Ic) des „Deutschen Afrikakorps“
heute: Generalleutnant, Stellv. Chef des Stabes und Leiter der Abt. Planung und Führung des NATO-Hauptquartiers Europa (SHAPE)

Bennecke, Jürgen

früher: Oberst i. G., Chef des Stabes beim Befehlshaber der operativen Zone „Adriatisches Küstenland“

heute: Generalmajor, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr

Berger, Oskar Alfred

früher: Oberst i. G., Chef des Generalstabes des XXIV. Panzerkorps, abgeurteilter Kriegsverbrecher

heute: Brigadegeneral, Chef des Stabes und Stellv. Amtschef des Truppenamtes des Heeres

Biesterfeld, Horst

früher: Fregattenkapitän, Abteilungs-
chef in der Amtsgruppe Technisches Nach-
richtenwesen des Oberkommandos der Ma-
rine

heute: Flottillenadmiral, Leiter einer
Unterabteilung des Führungsstabes der
Bundeswehr

Burchardt, Heinz

früher: Oberstleutnant, Adjutant beim
Chef des Heeresnachrichtenwesens im Ober-
kommando des Heeres

heute: Brigadegeneral

Butler, Peter von

früher: Oberst i. G., Gruppenleiter in
der Operationsabteilung des Generalstabes
des Heeres im OKH

heute: Generalmajor, Kommandeur der
12. Panzerdivision

Carganico, Walter

früher: Major i. G., 1. Generalstabsoffi-
zier (Ia) des LXXXVI. Armeekorps

heute: Brigadegeneral, Inspizient der
Panzertruppe im Truppenamt des Heeres

Drews, Werner

früher: Oberstleutnant i. G., Chef des
Stabes eines Panzerkorps

heute: Generalmajor, Kommandeur der
2. Panzerdivision

Eckert, Dietmar

früher: Abwehroffizier einer Infanterie-
division der Heeresgruppe Nord bzw. Kur-
land, abgeurteilter Kriegsverbrecher

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der
Heeresoffiziersschule II

Enneccerus, Walter

früher: Oberstleutnant, Gruppenkom-
mandeur im Sturzkampfgeschwader 2

heute: Brigadegeneral, Chef des Stabes
des Luftwaffenamtes

Erhardt, Wolfgang

früher: Korvettenkapitän, 1. Offizier des
Hilfskreuzers „Michel“, Leiter der Marine-
stützpunkte in Malaya und des Stützpunk-
tes Singapore

heute: Flottillenadmiral, Kommandeur
der Schulschiffe

Ferber, Ernst

früher: Oberst i. G., Gruppenleiter (Chef-
Gruppe) in der Organisationsabteilung des

Oberkommandos des Heeres. Noch kurz vor
dem Zusammenbruch von Hitler zum Oberst
befördert

heute: Generalmajor, Direktor der Pla-
nungsgruppe der Standing-Group der NATO
und Chef des Stabes

Freiwald, Kurt

früher: Kapitän z. S., Adjutant des Ober-
befehlshabers der Marine (Kriegsverbrecher
Raeder)

heute: Flottillenadmiral, Kommandeur
der Flottenbasis

Freyer, Joachim

früher: Oberst i. G., im Stab des Gene-
ralinspektors der Panzertruppen (Gude-
rian). Als Chef des Generalstabes des XI.
Armeekorps 1944 von Hitler mit dem Rit-
terkreuz ausgezeichnet

heute: Generalmajor, Inspizient der
technischen Truppe im Truppenamt des
Heeres

Freytag, Bernd Baron von Loringhoven

früher: Major i. G., Adjutant des letz-
ten Generalstabschefs des Heeres, General
Krebs

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der
Panzergrenadierbrigade 19

Gartmayr, Georg

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffi-
zier (Ia) der 6. Gebirgsdivision

heute: Generalmajor, Stellv. Leiter der
Abt. Luft- und Sonderoperationen des
NATO-Hauptquartiers Europa (SHAPE)

Gerber, Kurt

früher: Oberstleutnant i. G., 1. General-
stabsoffizier (Ia) des LVIII. Armeekorps

heute: Generalmajor, Kommandeur der
10. Panzergrenadierdivision

Gieser, Kurt

früher: Oberst, Kommandeur der „Volks-
werferbrigade 17“

heute: Brigadegeneral, Stellv. Komman-
deur der 1. Luftlandedivision

Guderian, Heinz

früher: Oberstleutnant i. G., 1. General-
stabsoffizier der 116. Panzerdivision

heute: Brigadegeneral, Kommandeur
der Panzerbrigade 14

Haag, Werner

früher: Oberst, Adjutant der 8. Armee

heute: Generalmajor, Kommandeur der 6. Panzergrenadierdivision

Härtel, Johannes

früher: Oberst i. G., Stabsoffizier beim Chef des Transportwesens im Oberkommando des Heeres

heute: Generalmajor, Kommandeur der 4. Panzergrenadierdivision

Heck, Walter

früher: Korvettenkapitän, Referent im Marine-Pressamt des Oberkommandos der Marine, Lehrer der Marineschule Mürvik

heute: Stellv. Chef der Abt. Logistik im NATO-Hauptquartier Europa (SHAPE), Flottillenadmiral

Hempel, Adolf, Dr.

früher: Major i. G., Quartiermeister eines Flakkorps

heute: Generalmajor, Kommandeur der 3. Luftwaffendivision

Henning, Werner

früher: Abteilungschef im Oberkommando der Luftwaffe

heute: Brigadegeneral, Chef des Materialamtes der Bundeswehr

Hepp, Leo

früher: Oberst i. G., Chef des Stabes beim Chef des Heeresnachrichtenwesens im Oberkommando des Heeres

heute: Generalleutnant, Kommandierender General des II. Korps

Herzog, Karl

früher: Oberst, Kommandeur der Pioniersturmbrigade Herzog, wegen Beteiligung an der Ermordung polnischer Bürger in Warschau als Kriegsverbrecher verurteilt. Buchstäblich in letzter Minute noch zum Oberst befördert

heute: Generalmajor, Stellv. Kommandierender General des II. Korps

Heß, Wilhelm

früher: Oberst i. G., Oberquartiermeister der 20. Gebirgsarmee in Finnland und Skandinavien

heute: Generalmajor, Befehlshaber im Wehrbereich VI

Hetz, Karl

früher: Korvettenkapitän, 2. Admiralsstabsoffizier beim Führer der Zerstörer

heute: Konteradmiral, Chef des Stabes und Stellv. Inspekteur der Marine

Hinkelbein, Claus

früher: Oberstleutnant, Chef des Generalstabes des Feldluftgaukommandos XIV

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Schule für Innere Führung der Bundeswehr

Hobe, Cord von

früher: Oberst i. G., Führer der 79. Volksgrenadier- und der 212. Division im SS-Armee Korps Simon. Für seine absolute „Führertreue“ kurz vor dem Zusammenbruch mit dem Ritterkreuz dekoriert und am 1. Mai 1945 zum Oberst befördert

heute: Generalleutnant, Stellv. Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Ostsee (BAL-TAP)

Hoffmann, Werner-Eugen

früher: Oberstleutnant i. G., Oberquartiermeister der Luftflotte Italien, später „Luftflotte Reich“

heute: Generalleutnant, Kommandierender General der Luftwaffengruppe Nord

Hozzel, Paul Werner

früher: Oberstleutnant, Kommandeur des Sturzkampfgeschwaders 1

heute: Brigadegeneral, Chef des Stabes der Luftwaffengruppe Süd

Jeschonnek, Gert

früher: Korvettenkapitän, Admiralsstabsoffizier der Operationsabteilung der Seekriegsleitung im Oberkommando der Marine, Konteradmiral

heute: Flottillenadmiral, Stellv. Befehlshaber des NATO-Kommandos Ostsee

Jordan, Paul

früher: Oberstleutnant i. G., Chef des Generalstabes des V. Armee Korps

heute: Generalmajor, General der Kampftruppen im Truppenamt des Heeres

Karpinski, Peter

früher: Major i. G., abgeurteilter Kriegsverbrecher

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Panzerbrigade 24

Keilig, Friedrich Wolfgang

früher: Major i. G., 4. Generalstabsoffizier (Id) der Heeresgruppe F (Südost), 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 6. Panzerdivision

heute: Brigadegeneral, Leiter der Unterabteilung VIII (Militärische Planung) im Führungsstab der Bundeswehr, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes

Kemnade, Friedrich

früher: Korvettenkapitän, Referent in der Seekriegsleitung des Oberkommandos der Marine. Erhielt von Hitler am 27. Mai 1943 das Eichenlaub

heute: Flottillenadmiral, Leiter der Abteilung Marine an der Führungsakademie der Bundeswehr

Klemm, Helmut

früher: Fregattenkapitän, Referent im Oberkommando der Marine

heute: Flottillenadmiral, Kommandeur der Logistikscheule der Bundeswehr

Kleyser, Paul

früher: Oberst i. G., Generalstabsoffizier der Operationsabteilung Heer im Wehrmachtsführungsstab. Seine Beförderung zum Oberst erfolgte noch am 20. April 1945

heute: Brigadegeneral, Leiter der Abteilung Heer an der Führungsakademie der Bundeswehr

Köstlin, Wolfgang

früher: Major i. G., Generalstabsoffizier der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres, Mitarbeiter von Heusinger und Kielmansegg

heute: Brigadegeneral, Leiter der Unterabteilung Innere Führung im Führungsstab der Bundeswehr

Krantz, Hans-Ulrich

früher: Oberst i. G., Chef des Stabes der Inspektion für das Erziehungs- und Bildungswesen im Generalstab des Heeres

heute: Generalmajor, Stellv. Kommandierender General des I. Korps

Kühlein, Conrad

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 4. Armee

heute: Brigadegeneral

Kuhlmey, Kurt

früher: Oberst, Kommodore des Schlachtgeschwaders 3

heute: Generalmajor, Kommandeur der 5. Luftwaffendivision

Kuhnke, Günther

früher: Korvettenkapitän, Chef der 33. U-Boot-Flottille

heute: Flottillenadmiral, Stellv. Befehlshaber der Flotte

Looschen, Hans

früher: Fregattenkapitän, Verbandsingenieur im Stab des Führers der U-Boot-Ausbildung

heute: Flottillenadmiral, Kommandeur des Kommandos Schiffstechnik

Lorch, Anton

früher: Oberst, Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 144

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Kampftruppenschule I

Lueder, Hans-Georg

früher: Oberst, Referent und Verbindungsoffizier beim Inspekteur der Panzertruppen im Oberkommando des Heeres. Adjutant der 6. Armee. Noch kurz vor dem Zusammenbruch zum Oberst befördert

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Heeresoffiziersschule I in Hannover-Wiesbaden

Mahlke, Helmuth

früher: Oberstleutnant i. G., Kommandeur eines Stuka-Geschwaders

heute: Flottillenadmiral, Kommandeur der Seeluftstreitkräfte

Meier-Welcker, Hans, Dr.

früher: Oberstleutnant i. G., Chef des Generalstabes des XXXI. Armeekorps

heute: Brigadegeneral

Meyer-Detring, Wilhelm

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Operationsabteilung Heer im Wehrmachtsführungsstab des Oberkommandos der Wehrmacht

heute: Generalleutnant, Kommandierender General des I. Korps

Möller-Döling, Joachim

früher: Oberst i. G., Chef des Generalstabes des LXXII. Armeekorps, Oberquartiermeister der Heeresgruppe A

heute: Brigadegeneral im Truppenamt des Heeres

Moll, Josef

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffizier der Heeresgruppe C. Zum Oberst befördert noch am 20. April 1945

heute: Generalmajor, Stellv. Inspekteur des Heeres

Neuss, Helmut

früher: Fregattenkapitän, Admiralstabs-offizier der Operationsabteilung der Seekriegsleitung

heute: Flottillenadmiral, Westdeutscher Bevollmächtigter im NATO-Bereich Nord-Europa (AFNORTH)

Obermaier, Albrecht

früher: Korvettenkapitän, Führungsstabsoffizier in der Marine-Operationsabteilung des Wehrmachtsführungsstabes

heute: Flottillenadmiral, Kommandeur des Zentralen Marinekommandos

Pape, Günther

früher: Generalmajor, Kommandeur der Panzerdivision „Feldherrnhalle“. Für seinen rücksichtslosen Einsatz in der Sowjetunion von Hitler mit dem Eichenlaub dekoriert und noch am 1. Dezember 1944 zum Generalmajor befördert

heute: Generalmajor, Befehlshaber im Wehrbereich III

Philipp, Ernst

früher: Oberst, Panzeroffizier im Stab der 8. Armee bzw. der Heeresgruppe Süd. Vom „Führer“ erhielt er am 30. September 1944 das Eichenlaub; noch am 1. April 1945 zum Oberst befördert

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Kampftruppenschule II

Plato, Anton-Detlef von

früher: Oberst i. G., Chef des Generalstabes des IV. Panzerkorps

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der 1. Panzergrenadierdivision

Poser, Günter

früher: Kapitänleutnant, Kommandant des U-Bootes 202

heute: Flottillenadmiral, Unterabteilungsleiter im Führungsstab der Bundeswehr

Prilipp, Wilhelm

früher: Oberstleutnant, Gruppenleiter Ib beim General der Artillerie im Oberkommando des Heeres

heute: Brigadegeneral, Artillerie-Kommandeur des III. Korps

Reidel, Herbert

früher: Oberstleutnant i. G., Stellv. Gruppenleiter für Führungsvorschriften der Panzertruppen in der Ausbildungsabteilung des Generalstabes des Heeres

heute: Generalmajor, Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision

Reischauer, Peter

früher: Korvettenkapitän, Referent in der Seekriegsleitung des Oberkommandos der Kriegsmarine

heute: Flottillenadmiral, Stellv. Leiter der Abteilung Logistik im NATO-Abschnittskommando Europa-Nord

Rösing, Hans-Rudolf

früher: Kapitän z. S., Führer der U-Boote West

heute: Konteradmiral und Befehlshaber im Wehrbereich I

Rosenthal, Wilfried von

früher: Oberst i. G., Chef des Generalstabes des X. Armeekorps, das der 18. Armee (Kriegsverbrecher Foertsch) in Lettland und Kurland unterstand. Abgeurteilter Kriegsverbrecher

heute: Brigadegeneral, Stellv. Stabschef für Operation der NATO-Armeegruppe Mitte (CENTAG)

Sieber, Peter Wilhelm

früher: Oberstleutnant i. G., Unterabteilungsleiter im Oberkommando der Luftwaffe

heute: Brigadegeneral, Stellv. Befehlshaber des Kommandos der Territorialen Verteidigung

Sonnek, Hubert

früher: Oberstleutnant i. G., 1. Generalstabsoffizier des XXXIX. Gebirgskorps

heute: Brigadegeneral, Kommandeur der 1. Luftlandedivision

Schäfer, Heinrich

früher: Oberstleutnant i. G., Generalstabsoffizier (Ia) der Heeresgruppe Süd

heute: Brigadegeneral, Inspizient für Erziehung und Bildung im Truppenamt des Heeres

Schlichting, Friedrich Carl

früher: Major i. G., Freiwilliger der „Legion Condor“, Gruppenkommandeur im Kampfgeschwader 27, bei Terrorangriffen gegen England 1940 abgeschossen

heute: Generalmajor, Stellv. Inspekteur der Luftwaffe

Schnez, Albert

früher: Oberst i. G., General des Transportwesens der Heeresgruppe Süd (Italien).

Am 20. April 1945 noch zum Oberst befördert. Wird in Kesselrings Nachkriegspublikation „Soldat bis zum letzten Tag“ besonders lobend erwähnt
 heute: Generalleutnant, Kommandierender General des III. Korps

Schultze, Hellmut

früher: Oberst i. G., Chef des Generalstabes des XI. Armeekorps
 heute: Generalmajor, Stellv. Stabschef für Aufklärung der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte (AFCENT)

Steinhoff, Johannes

früher: Oberst, Kommodore des Jagdgeschwaders 77. Für seine Teilnahme an der verbrecherischen Luftkriegsführung von Hitler mit den höchsten faschistischen Orden dekoriert
 heute: Generalmajor, Chef des Stabes und Stellv. Befehlshaber der NATO-Luftstreitkräfte Europa-Mitte

Tempelhoff, Hans-Georg von

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffizier der Heeresgruppe B, Kommandeur der 28. Jägerdivision
 heute: Generalmajor, Kommandeur der 3. Panzerdivision

Vangerow, Kurt von

früher: Major i. G., Gruppenleiter im Stab des Generals der Artillerie im Oberkommando des Heeres
 heute: Brigadegeneral, Artillerie-Kommandeur des II. Korps

Varnbüler, Ulrich Freiherr von und zu Hemmingen

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 2. Panzerarmee
 heute: Brigadegeneral

Wätjen, Rudolf

früher: Oberstleutnant, Gruppenleiter in der Inspektion der Panzertruppe im Oberkommando des Heeres
 heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Panzerbrigade 21

Wagenknecht, Willi

früher: Oberstleutnant, Abteilungschef im Personalamt des Reichsluftfahrtministeriums
 heute: Brigadegeneral, Kommandeur der Offiziersschule der Luftwaffe

Wessel, Gerhard

früher: Oberstleutnant i. G., OKH Generalstab des Heeres, Gruppenleiter I der Abteilung „Fremde Heere Ost“. Leitender Abwehroffizier der faschistischen Wehrmacht
 heute: Generalmajor, westdeutscher Vertreter des Generals Gehlen beim Militärausschuß der NATO in Washington

Wilcke, Henning

früher: Oberstleutnant i. G., 1. Generalstabsoffizier des Fliegerführers Atlantik, Lehrgangsleiter an der Luftkriegsakademie Berlin
 heute: Generalmajor, Befehlshaber im Wehrbereich II

Zawadzki, Wolf von

früher: Oberst i. G., 1. Generalstabsoffizier beim Chef der Militärmission in Bulgarien. Mitverantwortlich für die Unterdrückung des bulgarischen Volkes, wirkte maßgeblich mit an der Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte
 heute: Brigadegeneral, Chef des Stabes der NATO-Landstreitkräfte Jütland/Schleswig-Holstein

DIPLOMATEN RIBBENTROPS IM AUSWÄRTIGEN DIENST BONNS

Zur Führungsclique des faschistischen Deutschlands, die sich in höchstem Maße der Verbrechen gegen den Frieden, das Völkerrecht und die Menschlichkeit schuldig machte, gehörten auch die Diplomaten des Auswärtigen Amtes unter Leitung von „Reichsaußenminister“ Joachim von Ribbentrop.

Ribbentrop wurde in Nürnberg vom Internationalen Militärtribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet. Acht weitere prominente Ribbentrop-Diplomaten – hauptsächlich Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, wie Weizsäcker, Woermann, Ritter, Keppler u. a. – wurden 1948/1949 im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt und abgeurteilt. (Es handelt sich um einen der 12 Nachfolgeprozesse des Nürnberger Prozesses.)

Die übrigen führenden Mitarbeiter Ribbentrops, die 1945 größtenteils Zuflucht in den von den Westmächten besetzten Gebieten Deutschlands gesucht hatten, blieben im Bonner Staat nicht nur unbehelligt, sondern nahmen dort im Auswärtigen Amt wieder entscheidende Funktionen ein.

Der Wilhelmstraßen-Prozeß deckte die verbrecherische Rolle des Auswärtigen Amtes auf und wies die maßgebliche Beteiligung seiner Beamten an Verbrechen der vielfältigsten Art nach. Neben dem Reichssicherheitshauptamt und der Wehrmacht mit dem OKW als Führungsorgan war das Auswärtige Amt jene Einrichtung, durch die die wichtigsten Aggressionen und Verbrechen des Nazi-Reiches geplant und vorbereitet wurden. Es war ein entscheidendes Instrument imperialistischer Eroberungspolitik. Seine Beamten wirkten als Schlüsselfiguren bei der Ausarbeitung und Durchsetzung der aggressiven Pläne. Es ist kein Fall bekannt geworden, in dem das Auswärtige Amt oder auch nur Gruppen von Beamten Verbrechen verhindert hätten.

Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg definierte als verbrecherische Aggressionen die Überfälle auf Österreich am 12. März 1938, auf die Tschechoslowakei am 1. Oktober 1938 und 15. März 1939, auf Polen am 1. September 1939, Großbritannien und Frankreich am 3. September 1939, Dänemark und Norwegen am 9. April 1940, Belgien, Niederlande und Luxemburg am 10. Mai 1940, Jugoslawien und Griechenland am 6. April 1941, die UdSSR am 22. Juni 1941, die USA am 11. Dezember 1941. (Nürnberger Prozeß, Fall XI, Bd. 241, S. 27 624)

An einer Stelle des Urteils im Wilhelmstraßen-Prozeß heißt es:

„Wir halten jeden, der Angriffskriege und Einfälle plant, vorbereitet, beginnt und durchführt, und jeden, der wissentlich, bewußt und schuldhaft an solchen Handlungen teilnimmt, für einen Völkerrechtsverbrecher, der für seine Handlungen vor Gericht gestellt, verurteilt und bestraft werden muß.“ (Nürnberger Prozeß, Fall XI, Bd. 241, S. 27 622)

Diese Charakteristik trifft für nahezu alle Diplomaten des Auswärtigen Amtes Ribbentrops zu. Denn beinahe jeder Mitarbeiter war an der Vorbereitung und Verwirklichung der Aggressionspläne beteiligt. Besonders folgenswer war die Aktivität der Nazi-Diplomaten bei der Inszenierung des zweiten Weltkrieges. Hauptsächlich im Amt Ribbentrop wurden die Erpressungs- und Fälschungsmanöver ausgeheckt, mit denen der faschistische Überfall auf Polen eingeleitet wurde. Dazu gehörte vor allem die Maxime, nach außen hin die Parolen vom „Selbstbestimmungsrecht“ und von der „völkischen Gemeinschaft“ zu vertreten, in Wirklichkeit aber nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei den Überfall auf Polen vorzubereiten und so den zweiten Weltkrieg auszulösen. Ähnlich verhielt es sich mit allen anderen Überfällen und Aggressionen, die ohne das Wirken der Völkerrechtsverbrecher aus der Wilhelmstraße undenkbar gewesen wären.

Darüber hinaus führten das Auswärtige Amt, seine Botschaften und Abteilungen spezielle Handlungen zur Ausweitung des zweiten Weltkrieges aus. Es gab Versuche, den Kreis der kriegführenden Staaten zu erweitern und die wenigen neutralen Staaten in den Krieg zu ziehen. Die Hitler-Diplomaten mischten sich in die Neutralität dieser Staaten ein und versuchten, sie für die Kriegsführung Hitler-Deutschlands zu mißbrauchen.

SIE WEITEN DEN KRIEG AUS...

Charakteristisch dafür war z. B. die Planung und direkte Vorbereitung der Eroberung des Vorderen Orients. Die Pläne zum militärischen Einmarsch in dieses Gebiet wurden vom Auswärtigen Amt Ende 1941/Anfang 1942 forciert. Damals hielt die faschistische Wehrmacht ganz Europa besetzt. Die nazistische Führung gab sich noch der Illusion hin, die Sowjetunion niederwerfen zu können. Zu diesem Zeitpunkt wurden zwei Sonderstäbe gebildet: Der vom OKW organisierte „Sonderstab F“ unter Leitung des Generals Felmy, der in Griechenland militärische Kader auf den Wüstenkrieg in Vorderasien vorbereitete, und der „Sonderstab von Grobba“ beim Auswärtigen Amt. Ihm oblag die politische und organisatorische Vorbereitung der Besetzung dieser Gebiete. Er wählte die vorgesehenen „Herrscher“ dieser Staaten aus, schuf Kontakte zu „geeigneten Kreisen“ und organisierte eine 5. Kolonne.

Über die Aufgaben dieses „Stabes“ unter Leitung des Gesandten von Grobba heißt es in einer geheimen Notiz vom 6. November 1941 aus dem Ribbentrop-Amt:

„Seine Aufgabe ist die politische Vorbereitung des deutschen Vormarsches in den arabischen Raum und nach erfolgtem Einmarsch die Durchführung der deutschen Politik an Ort und Stelle nach den vom Auswärtigen Amt gegebenen Weisungen.“ (Dok.-Zentrum der staatl. Archivverwaltung der DDR, Nr. 368 142)

Noch deutlicher wurden diese Aufgaben in einer Aufzeichnung des damaligen Unterstaatssekretärs Woermann vom 6. November 1941 genannt:

„Dabei werden die dauernde Ausschaltung Englands aus dem vorderasiatischen Raum und die dauernde Sicherung deutschen Einflusses auf die dortigen Erdölvorkommen die Hauptziele sein.“ Und an anderer Stelle: *„Die Frage der Auswahl der Herrscher und der sonstigen Führerpersönlichkeiten wird dabei eine besondere Rolle spielen.“*

Der „Sonderstab von Grobba“ war also das Instrument des Auswärtigen Amtes, mit dessen Hilfe das englisch-französische Kolonialregime in den arabischen Staaten in ein zweifelsohne noch brutaleres, faschistisches Regime verwandelt werden sollte.

In einem Dokument sind u. a. die „politischen Mitarbeiter“ dieses Stabes verzeichnet:

„Der Stab des Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für die arabischen Länder (Gesandter Dr. Grobba).

a) Politische Mitarbeiter:

Gesandtschaftsrat Dr. Granow, z. Zt. Verbindungsmann zum Stab Felmy in Athen (war mit mir in Bagdad, spricht arabisch); Leg.-Schr. Mirow, z. Zt. beim Sonderversand 280 in Laurion (Griechenland), (war in Jerusalem); Vizekonsul Dr. Seydel, z. Zt. beim Konsulat in Tetuan, (war mit mir in Bagdad, spricht arabisch) . . .“ Und an anderer Stelle steht der Name Kurt Munzel.

Alle hier Genannten spielten und spielen eine maßgebliche Rolle im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik: Dr. Granow war bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1963 Sonderbotschafter bei den Außenministern Brentano und Schröder. Der damalige Legationssekretär Mirow war bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und den arabischen Staaten Legationsrat I. Klasse an der westdeutschen Botschaft in Bagdad, und Dr. Seydel Legationsrat I. Klasse in der Westabteilung des Auswärtigen Amtes (Nordafrika). Dr. Munzel war als Botschafter der Bundesrepublik in Kongo (Leopoldville) und dann im Libanon tätig (ebenfalls bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen).

...UND TEILEN DIE WELT AUF

Ähnliche Pläne wie die zur Besetzung der arabischen Staaten wurden vom faschistischen Auswärtigen Amt zusammen mit dem „Reichskolonialbund“ unter Leitung Ritter von Epps und teilweise mit dem OKW auch zur kolonialen Neu- aufteilung Afrikas und Asiens entwickelt. So existierte ein Plan, wonach außer den ehemaligen deutschen Kolonien auch Französisch- und Belgisch-Kongo, Uganda, Nigeria, Kenia und Sansibar zu deutschen Kolonien werden sollten. („Von Ribbentrop bis Adenauer“, Berlin 1961)

Gemeinsam mit Beamten des Auswärtigen Amtes legte der „Gauleiter z.b.V.“ (!) Korswand Anfang Juni 1940 in einer Denkschrift nieder, daß zwei deutsche Hauptkolonialgebiete geschaffen werden müßten: in Zentralafrika und im Fernen Osten. In dieser Denkschrift heißt es u. a.:

„Marokko wird spanisch, Spanien kommt dann so – außer Fernando Po, Rio Muni-Gebiet etc. – zu einem größeren zusammenhängenden Kolonialbesitz, vom spanisch gewordenen Gibraltar bis zum Rio de Oro-Gebiet. Algier nebst einem Teil des Sahara-Gebiets verbleibt (außer den französischen Kolonien in Indien, der Südsee, in West-Indien und Südamerika) den Franzosen. Frankreich hat dafür aber (außer Korsika und Savoyen in Europa) Tunis und Djibuti an Italien abzutreten, desgl. Senegambien, den französischen Kongo sowie alle bisher französischen Kolonien der Guineaküste sowie die Maskaren an Deutschland und seine Schutzstaaten.

England verliert, abgesehen von Gibraltar (an Spanien) die Inseln Cypern, Malta, Kreta und Perim (an Italien) sämtlichen afrikanischen Kolonialbesitz. Es gibt ab:

- a) Den nördlichen Teil des ehemaligen englischen Sudan, Britisch-Somali-Land und evtl. auch noch Aden an Italien.*
- b) Das Gebiet der ehemals südafrikanischen Union an einen zukünftig vom England absolut unabhängigen Burenstaat.*
- c) Den gesamten Rest – das wären also Gambia, Sierra Leone, Goldküste, Nigeria, den südlichen Teil des Sudans, selbstverständlich die Deutschland geraubten ehemals deutschen Kolonien, Kenia, Uganda nebst den vorgelagerten Inseln Zansibar und Pemba, Syschellen und Ameranten, an Deutschland und seine Schutzstaaten.*

Ägypten mit der Suezkanalzone wird, als an sich selbständiger Staat, in der gleichen Weise unter italienischen Schutz gestellt, wie es bisher unter englischem Schutz gestanden hat . . .

Auch ein Stück des ehemals belgischen Kongo, und zwar der östlich an Deutsch-Ostafrika und Nord-Rhodesien anstoßende Teil mit dem Katanga-Kupfergebiet müßte, abgesehen aus den später näher zu erörternden wirt-

schaftlichen Gründen, auch schon aus anderen Erwägungen heraus zur deutschen Hauptkolonie kommen . . .

Dadurch, daß Holland wohl gleichfalls zu den Staaten gehören wird, die zukünftig in irgendeiner Form unter deutschen Schutz gestellt werden, ergibt sich, daß im Raum derjenigen Asien und Australien vorgelagerten Inseln, die früher entweder zu Deutschland oder zu den Niederlanden gehört hatten, sich ein neues zweites sehr wertvolles Hauptkolonialgebiet zu unserer und unserer Schutzstaaten Verlügung darbietet, das man vielleicht zusammenfassend mit dem Sammelnamen des ‚kolonialen Inselbesitzes‘ bezeichnen könnte.“ (Dok.-Zentrum der staatl. Archivverwaltung der DDR, Nr. 368 510)

Verschiedene Abteilungen des Auswärtigen Amtes waren auch federführend an der Schaffung eines sogenannten Kolonialministeriums beteiligt. Das Auswärtige Amt und seine Beamten zeigten also eine bemerkenswerte Initiative, den zweiten Weltkrieg auszuweiten, weitere Völker in den Krieg hineinzuziehen und Programme zu entwickeln, wie die Welt unter der Führung des deutschen Imperialismus aufzuteilen sei.

AN DER „ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE“ MITGEWIRKT

Auch an der Ermordung von Millionen Juden waren die Diplomaten der Wilhelmstraße maßgeblich beteiligt. Über ihre Mitverantwortung an diesen Verbrechen wird im Urteil des Wilhelmstraßen-Prozesses gesagt:

„Es gibt für niemand eine Entschuldigung oder Rechtfertigung, der an den Maßnahmen bewußt und zustimmend teilgenommen hat, aus denen diese abstoßenden und schauderhaften Verbrechen im einzelnen bestanden, und es ist gleichgültig, ob er sie veranlaßt oder ausgeführt hat, oder nur Beihilfe geleistet oder sie der Welt gegenüber gerechtfertigt oder den Tätern Hilfe und Unterstützung gewährt hat.“ (Nürnberger Prozeß, Fall XI, Bd. 242, S. 27 827)

Das Auswärtige Amt unter Ribbentrop spielte bei der Organisation, Planung und Verschleierung dieser Verbrechen eine verhängnisvolle Rolle. In der „Anfangsperiode“ der Judenverfolgung, etwa 1938 bis 1940, als es hauptsächlich um die Enteignung, Ausweisung und Beseitigung der in Deutschland lebenden Juden ging, prüfte das Auswärtige Amt mit der Gestapo und dem SD, zu welchem „geeigneten Zeitpunkt“ auch die in Deutschland lebenden Juden ausländischer Staatsangehörigkeit verfolgt werden könnten. Ferner hatte das Auswärtige Amt die Aufgabe, den Antisemitismus im Ausland zu fördern und die Greueltaten der Faschisten zu verschleiern. Damit sollten die Wahrheit über den Terror gegen die Juden verschwiegen und der wachsende Haß gegen den Faschismus eingedämmt werden.

Typisch für die Arbeit des Auswärtigen Amtes in dieser Zeit sind vor allem

zwei Dokumente. Das eine ist das Memorandum Wiehls, des damaligen Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, vom 25. Januar 1939. Es beschäftigte sich mit den Enteignungsmaßnahmen gegen die Juden und wurde allen Gesandtschaften und Konsulaten zugestellt. Das andere Dokument ist die Denkschrift des Legationsrates Schumburg vom „Sonderreferat Deutschland“, ebenfalls vom 25. Januar 1939. Sie heißt „Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938“ und wurde gleichfalls allen diplomatischen Vertretungen des faschistischen Deutschlands übermittelt. Das Auswärtige Amt setzte sich in der Schumburg-Denkschrift für eine solch „radikale Lösung der Judenfrage“ ein, daß sie selbst dem Reichssicherheitshauptamt „verfrüht“ erschien. (Siehe Tafel 37)

DIE VORBEREITUNG DER WANNSEE-KONFERENZ

Neben dem Reichssicherheitshauptamt wirkte das Auswärtige Amt auch entscheidend bei der Planung und Verwirklichung der „Endlösung der Judenfrage“ mit. Es spielte schon bei der Vorbereitung der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 eine maßgebliche Rolle.

Ende 1941 entwarf die Deutschland-Abteilung in einer Notiz die *„Vorstellungen des Auswärtigen Amtes zur totalen Lösung der Judenfrage“* für eine Konferenz mit Heydrich. Am 4. Dezember 1941 entwickelte der Leiter des Sonderreferats „Deutschland“, Luther, das bekannte 8-Punkte-Programm, das auf der Wannsee-Konferenz eine Rolle spielte. In diesem Programm wurde u. a. gefordert, die Juden der verschiedensten Nationalität aus Deutschland sowie aus den verschiedensten europäischen Ländern abzuschieben und zu vernichten. Punkt 6 dieses Programms lautete: *„Durchführung dieser Maßnahmen wie bisher im guten Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt.“* (Dok.-Zentrum der staatl. Archivverwaltung der DDR, Nr. 42 550)

Wenig später, am 23. Dezember 1941, entstand in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes – ebenfalls zur Vorbereitung der Wannsee-Konferenz – ein Gutachten. Es schlug u. a. den Weg des zweiseitigen Abkommens mit jenen Staaten vor, aus denen die Juden deportiert werden sollten. Dieser Weg wurde auch beschritten. Heydrich, der als Chef der Sipo und des SD auf der Wannsee-Konferenz das Programm der „Endlösung“ darlegte, wies auf die neuen Aufgaben der Diplomaten der Wilhelmstraße hin:

„Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kamen ungefähr 11 Millionen Juden in Betracht, von denen nur 131 800 in dem ursprünglichen Reichsgebiet lebten, 43 700 in Österreich und 74 200 in dem Protektorat Böhmen und Mähren.“

Unter richtiger Leitung sollten im Zuge der Endlösung die Juden in geeig-

netter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen, und zwar in großen Arbeitskolonnen und unter Trennung der Geschlechter. Es werde zweifellos ein Großteil von ihnen durch natürliche Verminderung ausfallen; die Überlebenden müßten entsprechend behandelt werden, da sie bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen seien.

Weiterhin sei beabsichtigt, daß das Auswärtige Amt sich mit den zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD wegen der Behandlung der Endlösung in den deutschbesetzten und beeinflussten europäischen Gebieten in Verbindung setzen sollte. Heydrich erwähnte weiterhin, daß das Problem in der Slowakei und in Kroatien keine großen Schwierigkeiten mehr bereite, Rumänien habe ebenfalls einen Judenbeauftragten eingesetzt, zur Regelung der Frage in Ungarn sei es jedoch erforderlich, in Zeitkürze einen Berater für Judenfragen der ungarischen Regierung aufzuoktroyieren. Heydrich erörterte dann das Problem der Judenfrage in Italien und Frankreich." (Nürnberger Prozeß, Fall XI, Bd. 242, S. 27 842)

Die Diplomaten des Auswärtigen Amtes hatten also die Aufgabe, die Zustimmung der „verbündeten“ bzw. der Vasallenstaaten dazu zu erzwingen – z. B. Ungarns, Rumäniens, der Slowakei –, daß die SS-Kommandos Eichmanns die in diesen Staaten lebenden Juden deportieren und liquidieren konnten. Ähnlich hatte das Auswärtige Amt in den besetzten Gebieten vorzugehen. Die Diplomaten Ribbentrops sollten die Voraussetzungen schaffen, daß die Gestapo die „Endlösung der Judenfrage“ in den verschiedenen europäischen Staaten in Angriff nehmen konnte. Ohne die Tätigkeit der Diplomaten Ribbentrops wäre das verbrecherische Wüten der SS-Deportations- und Vernichtungskommandos in diesem Ausmaße unmöglich gewesen.

Und wenn die Nazi-Diplomaten bei der „Endlösung“ nach außen hin oft nicht so augenfällig in Erscheinung traten wie die Kommandos Eichmanns, dann nicht, weil sie etwa weniger Verantwortung trugen, sondern weil ihnen im Rahmen der Arbeitsteilung mit der Gestapo einfach andere Aufgaben zufielen.

MIT EICHMANN HAND IN HAND

In der Praxis sah die Zusammenarbeit zwischen Gestapo und Diplomaten oft so aus, daß Eichmann und die Gestapo vor Deportationen das „Einverständnis“ des Auswärtigen Amtes einholten. So schrieb Eichmann am 9. März 1942 an das Auswärtige Amt, daß die Absicht bestände, 1000 französische und staatenlose Juden, die 1941 in Frankreich verhaftet worden waren, nach Auschwitz zu transportieren. Er fragte, ob es dagegen Bedenken gäbe. Am 11. März schrieb das Reichssicherheitshauptamt erneut an das Ribbentrop-Amt, daß weitere 5000 französische Juden mit diesem Transport nach Auschwitz gebracht werden

sollten. Sowohl die Botschaft in Paris als auch das Auswärtige Amt hatten, wie aus dem Antwortschreiben vom 20. März hervorgeht, „nicht die geringsten Bedenken“.

Viele Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hatten bei der „Endlösung“ fest umrissene Aufgaben. Dr. Ernst-Günther Mohr z. B. war als einer der engsten Mitarbeiter des Gesandten Bene an den Vernichtungsaktionen gegen die in Holland lebenden Juden beteiligt. (Mohr ist heute Botschafter der Bundesrepublik in Argentinien.)

In Ungarn hatte es die Regierung bis 1944 verstanden, die Deportation der Juden zu verhindern. Daraufhin setzte der Gesandte Veessenmayr im Auftrage des Auswärtigen Amtes – er hatte in einem Sonderbericht entsprechende Vorschläge gemacht – im März 1944 eine neue ungarische Regierung ein. Sie gab den deutschen Forderungen nach. Die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes und des Reichssicherheitshauptamtes war dann außerordentlich eng. Gruppenführer Winkelmann, der Beauftragte Himmlers für die Liquidierung der ungarischen Juden, wurde Veessenmayr unterstellt. Und Eichmann, der die Zwangsdeportationen von Budapest aus zum Teil selbst leitete, setzte sich dafür ein, daß der damalige Konsultssekretär I. Klasse, Hezinger – er war zeitweise an der deutschen Botschaft in Budapest tätig –, nicht anderweitig versetzt wurde. Hezinger sei für die Deportationsaufgaben „unentbehrlich“. Von den etwa 400 000 ungarischen Juden wurden in wenigen Monaten etwa 200 000 ermordet. An dieser Stelle sei vermerkt, daß auch Hezinger in den diplomatischen Dienst Bonns eintrat. 1957 war er z. B. Konsultssekretär im Auswärtigen Amt.

In vielen Fällen verhinderten die Ribbentrop-Diplomaten, daß sich Juden vor dem Terror retteten. Ende 1943 besetzte Hitlers Wehrmacht das bis dahin den Italienern unterstellte Gebiet Frankreichs. Eichmann erfuhr, daß sich 15 000 Juden in den Bergen des Fürstentums Monaco versteckt hielten. Daraufhin erteilte das Auswärtige Amt seinem Konsul von Monaco am 23. September 1943 den Auftrag, diese Juden unbedingt ausfindig zu machen und der Sicherheitspolizei Zutritt zu diesem Gebiet zu verschaffen.

Als es im September 1943 einer größeren Gruppe griechischer Juden aus Saloniki gelang, die italienische Demarkationslinie zu überschreiten, tat auch hier das Auswärtige Amt alles, um sie der SS auszuliefern.

Es ist eine grobe Verfälschung der historischen Wahrheit, wenn einige Diplomaten des Auswärtigen Amtes nach dem Kriege behaupteten, die Judenverfolgung sei ausschließlich Sache des Sonderreferats „Deutschland“ unter Luther, später unter Rademacher, und der sogenannten „SA-Gesandten“ gewesen – so wurden die als SA-Führer in den diplomatischen Dienst übernommenen Gesandten Killinger (Bukarest), Ludin (Preßburg), Kasche (Kroatien) und Beckerle (Sofia) bezeichnet. Mit der „Endlösung der Juden-

frage" waren fast alle Abteilungen und Diplomaten des Amtes Ribbentrop betraut:

im Auswärtigen Amt die Abteilung „Deutschland“ unter Luther, später unter Rademacher (sie entwickelte sich nach der Wannsee-Konferenz aus dem Sonderreferat „Deutschland“);

die Gruppe Inland II unter Wagner und von Thadden;

die Informationsstelle XIV („Antijüdische Aktion“), die von Schleier geleitet wurde, mit Granow und später mit Hezinger als Generalsekretär, und zu der auch Mitarbeiter der Handels-, Kultur- und Rundfunkpolitischen sowie der Presseabteilung gehörten;

die Länderreferenten im Büro Ribbentrops (z. B. Dr. Strack, vorher Dr. Schwarzmann für Frankreich) und die Länderreferate der Politischen Abteilung (z. B. Dr. Heinburg, später Dr. Werkmeister für Südosteuropa, Dr. Grundherr für Skandinavien usw.) Alle hier Genannten stellten ihre Erfahrungen nach 1945 in den Dienst des Bonner Auswärtigen Amtes: Dr. Strack ist noch heute als Vortragender Legationsrat I. Klasse tätig, Dr. Schwarzmann leitet die „Außenstelle Berlin“. Sowohl Heinburg, Grundherr als auch Werkmeister waren jahrelang in führenden Positionen des Bonner Auswärtigen Amtes eingesetzt – Werkmeister bis vor kurzem als Botschafter in Schweden – obwohl die DDR seit vielen Jahren dokumentarisches Beweismaterial über sie veröffentlicht hat. Seitdem sie aus Altersgründen ausgeschieden sind, beziehen sie hohe Pensionen.

Ferner seien die Gesandten, ihre Vertreter, das leitende Gesandtschaftspersonal, die Volkstums- bzw. Judenreferenten genannt, die der Gruppe Inland II unterstanden, die Polizei-Attachés (die teilweise, z. B. in Bukarest, gleichzeitig Judenreferenten waren) sowie die Kulturreferenten, die eng mit den Judenreferenten zusammenarbeiteten und sie in deren Abwesenheit vertraten.

Darüber hinaus wurden den einzelnen Abteilungen und Mitarbeitern die verschiedensten Aufgaben bei der „Endlösung“ übertragen. Beispielsweise bereiteten die Gruppe Inland II, die Informationsstelle XIV und die Kulturpolitische Abteilung die berüchtigte Konferenz von Krummhübel vor. Sie wurde am 3. und 4. April 1944 vom Reichssicherheitshauptamt und vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit allen Judenreferenten der Botschaften durchgeführt. Es sprachen Legationsrat von Thadden (Gruppe Inland II) und SS-Hauptsturmführer Dr. Ballensiefen vom Reichssicherheitshauptamt über den „Stand der antijüdischen Exekutivmaßnahmen“. Das dritte Hauptreferat hielt der Leiter der Kulturpolitischen Abteilung, Gesandter und SS-Brigadeführer Dr. Six. Teilnehmer waren u. a. auch die Vertreter der Handelspolitischen, der Rundfunkpolitischen, der Kulturpolitischen und der Presseabteilung.

Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes erarbeitete für die Wannsee-Konferenz nicht nur ein Gutachten über die „besten“ Möglichkeiten für die „Endlösung“, sondern griff auch in anderen Fällen ein. Als z. B. eine Zeitlang

die routinemäßigen Mitteilungen über den „Tod“ holländischer Juden in deutschen Konzentrationslagern in auffälliger Zahl nach Holland geschickt wurden und Schweden als Schutzmacht Hollands protestierte sowie auf eine Prüfung drängte, befaßte sich die Rechtsabteilung mit diesem „Fall“ und suchte „Auswege“. Sie wurden schließlich darin gefunden, daß man auf Vorschlag der Rechtsabteilung gar keine Mitteilungen mehr abschickte. Daraufhin hörten die schwedischen Proteste auch auf.

Ähnlich war es mit der Handels- bzw. Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Hier befaßte man sich ständig mit der Regelung der Vermögensfragen der deportierten und hingerichteten ausländischen Juden.

INTRIGENSPIEL UM 7 000 JÜDISCHE KINDER

Schließlich gab es wichtige Probleme, die den jeweiligen Abteilungen zumindest bekannt waren oder gemeinsam gelöst wurden. Das war in einem abscheulichen Intrigenspiel mit dem Leben von 7 000 rumänischen Judenkindern der Fall.

Auf ein englisches Angebot hin – und mit Zustimmung der Rumänen – sollten die Kinder die Erlaubnis zur Auswanderung erhalten. Um dieses Angebot zu vereiteln und trotzdem propagandistisch für sich zu nutzen, arbeiteten über viele Wochen hinweg die Gruppe Inland II, die Politische, Kulturpolitische, Rundfunkpolitische, Presse- und Rechtsabteilung auf das engste zusammen. Ihr Ziel war, eine geeignete provokatorische Antwort zu finden. Gemeinsam mit von Thadden, Wagner, Killinger und Eichmann waren an diesem Vorgang beteiligt: Heinburg als Länderreferent der Politischen Abteilung, Henke und von Erdmannsdorf als Verantwortliche der Politischen Abteilung, Albrecht von der Rechtsabteilung, von Mirbach als Persönlicher Referent des Staatssekretärs von Steengracht, Rühle von der Rundfunkpolitischen Abteilung und Sonnleithner vom Büro Ribbentrops. (Von Mirbach ist seit Jahren Sonderbotschafter des Bundesaußenministers Schröder und soll in naher Zukunft als Botschafter in Indien eingesetzt werden!) Es handelte sich um jenen Vorgang, von dem im Urteil des Wilhelmstraßen-Prozesses gesagt wird:

„... das Auswärtige Amt und sein Staatssekretär hatten hier endlich einmal Gelegenheit, zum Guten und nicht zum Bösen zu raten; hier hätte darauf hingewiesen werden können, daß es zur Verbesserung der außenpolitischen Beziehungen Deutschlands und zur Wiederherstellung seines Ansehens in der Welt beitragen würde, wenn man duldete, daß wenigstens Kinder vor der Vernichtung bewahrt würden. Doch alle vom Außenamt unternommenen Schritte, alle seine Ratschläge hatten das Ziel, die Bemühungen angesehener neutraler und feindlicher Länder zunichte zu machen, die die Kindlein zu sich kommen

lassen wollten; das Werk der guten Samariter sollte vereitelt, ihr Angebot in nationalsozialistische Propaganda verdreht werden." (Nürnberger Prozeß, Fall XI, Bd. 243, S. 27 893)

TODESLISTEN AUSGEFERTIGT

Eine Kette weiterer Verbrechen begingen Ribbentrop-Diplomaten bei der Ausübung der Gewaltherrschaft über die verschiedensten Völker Europas, besonders in den zeitweilig okkupierten Gebieten. Im System des Terrors hatten das Auswärtige Amt, seine Organe und Beamten festumrissene Aufgaben. Vor allem oblag es ihnen, jede patriotische, demokratische Regung, jeden Widerstand gegen die faschistische Gewaltherrschaft zu unterdrücken. Auch dabei arbeiteten die sogenannten „Bevollmächtigten des Reiches“, die „Vertreter des Auswärtigen Amtes“ (die sogenannten VAA) bei den verschiedensten „Behörden“ (z. B. bei der „Regierung des Generalgouvernements“) mit den Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, den Kommandos der Gestapo und den Militärbefehlshabern eng zusammen.

Ein bestimmter Personenkreis im Auswärtigen Amt wurde regelmäßig über die Massenmorde der berüchtigten SD-Einsatzkommandos informiert. Die Listen mit den Namen Tausender, die verhaftet, in Konzentrationslager geworfen oder ermordet wurden, fertigten meist Gestapo, SD und die faschistischen Diplomaten gemeinsam aus. Schließlich wurden die Diplomaten auch über die „Ergebnisse“ solcher Aktionen genau informiert. Dutzende von Mordlisten gingen durch ihre Hände und wurden an das Büro Ribbentrop und die zuständigen Länderreferate weitergeleitet. (Siehe Tafel 36)

GESTAPO-TERROR WAR IHNEN ZU MILD

Vielfach gehörten die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zu den Scharfmachern. So schrieb der damalige Konsul in Algerien, Auer (bis 1964 westdeutscher Botschafter in Ceylon), als „persönliche Stellungnahme“ Ende 1942 an die Wilhelmstraße:

„Der militärische Sieg über Frankreich mußte noch vervollständigt werden in moralischer Niederwerfung der Franzosen im besetzten Gebiet. Erst durch solche Zwangsmaßnahmen würde der deutschfeindlichen Einstellung . . . die Angst zugesellt werden, der Besiegtenstandpunkt bei den französischen Behörden erzwungen werden und damit erst der notwendige Respekt gegenüber Forderungen und Anweisungen der deutschen Behörden . . . erreicht werden.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 134)

Zu dem Zeitpunkt, da der Zusammenbruch Hitlerdeutschlands für jeden sichtbar wurde und die Völker in den befreiten Gebieten Verräter vor ordentliche Gerichte stellten, bemühten sich die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes unter Albrecht und die Politische Abteilung (einschließlich der Länderreferate), noch in deutscher Haft befindliche Patrioten aus den okkupierten Ländern hinrichten zu lassen. Durch diese Repressalien sollten Gerichtsverfahren gegen profaschistische Kollaborateure und Kriegsverbrecher verhindert werden.

Am 22. Dezember 1944 forderte die Abteilung Pol II in einem von Steengracht unterzeichneten Schnellbrief an das Reichssicherheitshauptamt und andere faschistische Stellen, Verfahren gegen gaullistische Häftlinge, „*die mit schwerer Strafe enden müßten*“, einzuleiten und Begnadigungen, die bei einigen Todesurteilen gegen französische Patrioten ausgesprochen worden waren, rückgängig zu machen. (Siehe Tafel 38)

„ZWECKDIENLICH“ UND „VERTRAUENSVOLL“

Von den weiteren Formen und Methoden, zu denen sich – wie es in einer Aufzeichnung der Abteilung „Deutschland“ vom 8. August 1940 heißt – „eine zweckdienliche, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit“ zwischen den Diplomaten des Ribbentrop-Amtes, der Gestapo und dem SD abwickelte, können nur einige wesentliche genannt werden:

Ganze Kompanien von SS-Offizieren wurden zeitweise mit „Spezialaufträgen“ – meist für die Spionage- und Sabotagetätigkeit und zum Aufbau der 5. Kolonne – in den außenpolitischen Apparat „eingebaut“. In einer Geheimen Reichssache des Amtes VI des Reichssicherheitshauptamtes vom 6. August 1943 an das Auswärtige Amt heißt es, daß die „Entwicklung“ den „verstärkten Einbau von Mitarbeitern“ des RSHA bei den diplomatischen Vertretungen vor allem in den „heute noch neutralen Ländern“ erfordert. Weiter wurde im einzelnen festgelegt, unter welchen diplomatischen Tarnbezeichnungen die SD-Leute an den verschiedenen Auslandsvertretungen – z. B. in Bern, Genf, Mailand – wirken sollten. Unter anderen waren SS-Sturmbannführer Elling für die Botschaft am Vatikan und SS-Sturmbannführer Dr. Haas für den Quirinal vorgesehen.

SS-Offiziere wurden als „Wissenschaftliche Hilfsarbeiter“ (als „WHA“) in den Diplomatischen Dienst übernommen. Ein großer Teil von ihnen erhielt nach Erfüllung ihrer Spezialaufträge ständige Aufgaben und damit meist auch die geläufigen diplomatischen Rangbezeichnungen. Meist wurden die SS-Offiziere entsprechend ihrer „Verdienste“ Legationssekretäre oder Legationsräte.

Viele Ribbentrop-Diplomaten gaben dem SD bzw. der Gestapo direkt Be-

richte. Täglich erreichten die Poststelle in der Wilhelmstraße Briefe der verschiedensten Diplomaten für den „Chef der Sipo und des SD“, z. B. vom damaligen Konsul in Apenrade (Dänemark) Lanwer. (Siehe Tafel 41) Heute ist Lanwer Referatsleiter in der Abteilung Entwicklungspolitik des Bonner Auswärtigen Amtes.

Bei zahlreichen diplomatischen Vertretungen wurden sogenannte Polizei-Attachés eingerichtet. Es handelte sich um besonders „erprobte“ Beauftragte des Reichssicherheitshauptamtes, die sowohl Himmler als auch dem Missionschef bzw. dem Auswärtigen Amt unterstellt waren. Es existieren noch ganze Listen von SS-Offizieren, die als Polizei-Attachés tätig waren, und in denen u. a. solche berüchtigten Judenmörder wie SS-Sturmbannführer Adolf Hoffmann sowie die SS-Hauptsturmführer Dannecker, Wisliceny und Richter als „Diplomaten“ erscheinen.

Bei vielen Aktionen kam es über den Rahmen einer engen Zusammenarbeit hinaus zu institutionellen, organisatorischen Verflechtungen. So übernahm der Leiter des Amtes VII im Reichssicherheitshauptamt, SS-Brigadeführer Dr. Six, im Jahre 1943 im Range eines Gesandten die Leitung der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt. Sie war – wie bereits oben angeführt – 1944 federführend an der Konferenz von Krummhübel beteiligt.

RÜCKSICHTSLOSE PLÜNDERER

Auch bei der Ausplünderung der unterdrückten Völker und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern spielten die Diplomaten Ribbentrops eine entscheidende Rolle. Sie schufen mit die Voraussetzungen für diese Verbrechen, leiteten entsprechende Maßnahmen ein oder förderten sie zumindest.

Der „Handelspolitische Ausschuß“ (HPA), die zentrale und leitende interministerielle Instanz der Nazis zur systematischen Ausplünderung der Völker – darunter in den letzten zwei Kriegsjahren auch des „verbündeten“ Italien – wurde von Nazi-Diplomaten geleitet: vom Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wiehl, und seinem Vertreter Clodius. An den Sitzungen dieses HPA nahmen zeitweise auch solche Ribbentrop-Diplomaten teil wie Eberl (heute Botschafter Bonns in Uruguay), Schlitter (heute Botschafter Bonns in Griechenland, bis dahin Beauftragter für Vertragsverhandlungen in der Abteilung Handelspolitik des westdeutschen Auswärtigen Amtes), Juncker (heute Botschafter Bonns in Südafrika) und Schwarzmann (heute Leiter der „Außenstelle Westberlin“ des Bonner Auswärtigen Amtes). (Siehe Tafel 39)

Die Leitung der Delegation für Wirtschaftsfragen bei der deutschen Waffenstillstandskommission, die eine besondere Rolle bei der Ausplünderung Frankreichs spielte, lag in den Händen des Beauftragten des Auswärtigen Amtes,

Hans-Richard Hemmen, und anderer Nazi-Diplomaten. Zahlreiche Nazi-Diplomaten arbeiteten darüber hinaus in direktem Auftrag deutscher Monopole, um ihnen einen möglichst großen Teil der Raubbeute zu sichern. So versuchte beispielsweise über längere Zeit hinweg Legationssekretär Lüders von der Handelspolitischen Abteilung, die Anlagen des Shell-Konzerns in Holland zum Eigentum der IG-Farben zu machen. Lüders ist heute Botschaftsrat an der westdeutschen Botschaft in Indien.

So weist eine Fülle dokumentarischen Materials eindeutig nach, daß die Diplomaten der Wilhelmstraße bei der Planung, Vorbereitung und Verwirklichung der imperialistischen Macht- und Eroberungspolitik eine unheilvolle Rolle spielten. Der Rechtfertigungsversuch, nur die von der SS und der SA beauftragten Diplomaten der „Deutschlandabteilung“ des Auswärtigen Amtes und die „SA-Gesandten“ hätten die „Schmutzarbeit“ gemacht, hält der Wirklichkeit in keinem Falle stand. Fast alle Abteilungen, Auslandsvertretungen und Diplomaten der Wilhelmstraße sind entweder direkt als Urheber oder zumindest als Begünstiger der Verbrechen des Hitler-Regimes verantwortlich.

Erschwerend fällt ins Gewicht, daß die Diplomaten Ribbentrops – in krassem Gegensatz zu ihren abgesprochenen, zurechtgezimmerten Aussagen vor dem Nürnberger Gerichtshof – zu den bestinformierten Beamten des faschistischen Systems zählten. Sie waren durchaus in der Lage, die ganze Tragweite ihres verbrecherischen Wirkens zu überblicken, so wie das auch im Wilhelmstraßen-Prozeß festgestellt wurde. Sie sind *„erfahren in der Auswertung des politischen Geschehens und in der Ermittlung der Beweggründe für die Maßnahmen von Parteien, Beamten und ganzen Völkern; sie sind Meister in der Kunst, zwischen den Zeilen anscheinend harmloser, in gemäßigter Sprache gehaltener Schriftstücke zu lesen und aus ihnen die durch den Wortlaut verschleierte wirkliche Bedeutung zu erkennen.“* (Nürnberger Prozeß, Bd. 242, S. 27 829)

Die Ribbentrop-Diplomaten wurden so in vollem Umfang der ihnen zugedachten Rolle gerecht. Sie machten das Amt in der Wilhelmstraße zu einem Instrument der faschistischen Führung, das jederzeit bereit war, verbrecherische Programme und Aktionen zu planen und durchzuführen, und das darüber hinaus zur besseren Verwirklichung der Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus neue Wege suchte und fand.

Die Stützen der aggressiven Bonner Außenpolitik

Entgegen der einmütigen Forderung der Völker und der Urteile von Nürnberg wurden die Nazi- und Kriegsverbrecher, zu denen die Diplomaten der Wilhelmstraße gehörten, in Westdeutschland nicht zur Verantwortung gezogen. Mehr noch – in dem Maße, in dem Imperialismus und Militarismus wiedererstarkten

und ihre Politik darauf ausrichteten, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und einen neuen Angriffskrieg vorzubereiten, wurden die ehemaligen Nazi-Diplomaten wieder im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik verwendet. Sie übernahmen nach und nach die entscheidenden außenpolitischen Funktionen. So ist es zu dem gefährlichen und zugleich grotesken Zustand gekommen, daß ehemalige Nazi-Diplomaten als Vertreter der Bundesrepublik in solchen Ländern agieren, deren Eroberung, Unterdrückung und Ausplünderung sie einst mitplanten und verwirklichten.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde kein einziger Nazi-Diplomat in den Dienst des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR aufgenommen. Diese Institution wird von konsequenten Antifaschisten und Demokraten geleitet. Mehrfach warnte die DDR vor der Wiederverwendung von Ribbentrop-Diplomaten im außenpolitischen Dienst der Bonner Regierung. Im März 1959 legte der Ausschuß für Deutsche Einheit Tatsachenmaterial über die faschistische Vergangenheit von über 80 führenden westdeutschen Diplomaten vor. Im September 1961 wies das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in der Dokumentation „Von Ribbentrop bis Adenauer“ die Wiederverwendung von über 180 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Dienst Bonns nach und belegte diese ungeheuerliche Tatsache mit einer Fülle dokumentarischen Materials.

520 NAZI-DIPLOMATEN IM AUSWÄRTIGEN AMT

Doch anstatt die Mitschuldigen an den Naziverbrechen aus dem Staatsdienst zu entfernen und gerecht zu bestrafen, wurden die „Experten“ des Kriegsverbrechers Ribbentrop immer zielstrebig in die entscheidenden Funktionen der Bonner außenpolitischen Institutionen geschoben. In dem bisher erschlossenen Archivgut befinden sich Unterlagen über die Tätigkeit von mindestens 520 ehemaligen Nazi-Diplomaten, die wieder führende Positionen im Bonner Auswärtigen Amt innehaben. In den Spitzenfunktionen, als Abteilungs- oder Referatsleiter bzw. als deren Vertreter, sind mehr als 30 ehemalige Ribbentrop-Diplomaten oder andere führende Nazis tätig.

Zu ihnen gehört der heutige Staatssekretär Lahr, der sich besonders in der Organisation von Kriegs- und Rüstungsgeschäften „bewährte“. Zu ihnen gehört der bisherige Staatssekretär im Bundespräsidialamt und jetzige Botschafter in Rom, Dr. Hans Herwarth von Bittenfeld. Als Diplomat Ribbentrops bis 1941, beteiligte er sich dann als Ausbilder und Aufsichtsoffizier der Wlassow-Armee an den Raubzügen in der Sowjetunion und den Greueltaten gegen sowjetische Armeeangehörige. Nach 1945 zunächst Regierungsdirektor in der Bayerischen Staatskanzlei, gehörte er ab 1950 als Ministerialdirigent im Bonner AA

zu jenen Drahtziehern, die die Besetzung der leitenden Posten dieses Amtes mit Nazi-Diplomaten organisierten.

Unter den leitenden Diplomaten des Bonner Auswärtigen Amtes befindet sich z. B. von Mirbach, Sonderbotschafter bei Bundesaußenminister Schröder. Er war der persönliche Referent des im Wilhelmstraßen-Prozeß verurteilten Staatssekretärs von Steengracht und ist für zahllose Verbrechen mitverantwortlich. Sein Vorgänger – als „Botschafter z. b. V.“ des Bundesministers – war Granow, unter Ribbentrop die rechte Hand des Gesandten von Grobba bei der Vorbereitung der Aggression gegen die arabischen Staaten und zeitweise auch Generalsekretär der Informationsstelle XIV („Antijüdische Aktion“). 1964 ging er in den Ruhestand.

STAATSSEKRETÄR LAHR – DER NS-„WIRTSCHAFTSEXPERTE“

Einer der einflußreichsten Leute im Bonner Auswärtigen Amt ist der ehemalige SA-Rottenführer und heutige Staatssekretär Rolf Lahr. Lahr, seit April 1933 auch Mitglied der Nazi-Partei, spielte von 1934 bis Kriegsende als Regierungsrat im faschistischen Reichswirtschaftsministerium (Abt. V, Referat 7, Italien, Türkei) eine unrühmliche Rolle bei der Ausbeutung solcher sogenannter verbündeter Staaten, wie Ungarn und Italien, für die NS-Kriegsproduktion. Zusammen mit der Handelspolitischen Abteilung des Ribbentrop-Amtes zwang er beispielsweise 1941/1942 unter räuberischen Zahlungsbedingungen die Ungarische Regierung zu kriegswichtigen Bauxitlieferungen an das Nazi-Reich (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 67916). Später gehörte er zu dem Gremium von Nazi-Experten, die für den Fall der geplanten Unterwerfung und Kolonisierung der arabischen Staaten die wirtschaftliche Ausplünderung des Irak mit vorbereiteten. So erwarb Lahr jene „Erfahrungen“, die ihn heute zum Exponenten der neokolonialistischen „Entwicklungspolitik“ Bonns machen.

GESTAPO-MITARBEITER LEITEN DIE OSTABTEILUNG

Franz Krapf, der Leiter der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes, gehörte zu den Ribbentrop-Diplomaten, die besonders eng mit dem SD zusammenarbeiteten. Er war SS-Untersturmführer. In einem Aktenvermerk eines SD-Beauftragten über den Ausbau der sogenannten Reichsbahnwerbezentrale und deren „Niederlassung“ in Japan – eine Tarnbezeichnung für die Zentrale des SD zur Spionage und zur Durchführung von „Sonderaufgaben“ in Japan – heißt es über Krapf:

„Der Unterzeichnete wurde am 24. 3. 1941 zu einer Besprechung zwischen SS-Stubaf. Finke, SS-O'Stuf. Winter, Leiter der Reichsbahnwerbezentrale, und Dr. Jörn Leo, Leiter der Niederlassung der Reichsbahnwerbezentrale in Tokyo, hinzugezogen . . . Es ist beabsichtigt, daß Dr. Leo mit der Zusammenfassung des Nachrichtennetzes in Japan beauftragt wird . . . Mit folgenden Personen wird Dr. Leo in Verbindung treten: SS-Untersturmführer Franz Krapf, Attaché an der Deutschen Botschaft in Japan. K. wurde als ehrenamtlicher Mitarbeiter der ehemaligen Zentralabteilung III/1 seinerzeit SS-Stubaf. von Vietingshoff-Scheel namhaft gemacht, bisher jedoch nicht zur Mitarbeit herangezogen. Da sich beim hiesigen Referat keine Personalakten befanden, wurde der Referent VI C 3 erst jetzt auf ihn aufmerksam. Krapf wird von hier aus brieflich über die Kurierpost verständigt werden.“

Zu den Diplomaten, die die „Versetzung“ Krapfs nach Tokio in die Wege leiteten, gehörte der damalige Legationssekretär und Verantwortliche für die nazistische Ostasienpropaganda in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes (P VIII), Hilmar Baßler. Er schrieb am 27. April 1940 an Krapf: „Sehr verehrter, lieber Herr Krapf! In zwei Zeilen will ich Ihnen nur mitteilen, daß unser Plan mit Ihnen nach Tokio geglückt zu sein scheint. Mir wurde es gestern telefonisch von Kempe, zunächst privat, als Absicht der Personalabteilung mitgeteilt. Meinen allerherzlichsten Glückwunsch! Lassen Sie diese Angelegenheit aber unter uns bleiben! Botschafter Ott hat von mir Kenntnis erhalten. Heil Hitler! Ihr gez. Baßler.“

Heute ist Baßler ebenfalls eine Schlüsselfigur in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes und als Stellvertretender Leiter des Ostasienreferates einer der engsten Mitarbeiter Krapfs. Vor 1945 gehörte er wie Krapf zum Kreis der Vertrauten des SD und des Amtes IV (Gestapo) im Reichssicherheitshauptamt. Mit zahlreichen Anfragen und Aufträgen wandte sich die Gestapo an ihn. Das geschah auch im Dezember 1940. Das Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, B 4a, brauchte damals seine Meinung für Unternehmen in China. In anderen Fällen „vermittelte“ Baßler den Kontakt zum Reichssicherheitshauptamt:

„Ref. P VIII

Baßler

Notiz!

Berlin, den 3. August 1943

Wegen Frl. Lee kann zur Zeit kein Bescheid gegeben werden, da wegen der allgemeinen Luftschutzmaßnahmen Akten und Unterlagen irgendwo herum-schwirren. Der Sachbearbeiter dafür ist Polizeihauptmann Kettenhofer im Reichssicherheitshauptamt, Berlin-Steglitz, Wrangelstraße 6/7. Es empfiehlt sich, daß Sie sich direkt an ihn, unter dem Stichwort ‚Schutzhaftsache Lee‘, wenden. Hiermit Herrn von Studnitz.“

BASSLER SEHNT SICH NACH DEM „ENDSIEG“

Baßler gehörte auch zu jenen Fanatikern, die den Überfall auf die UdSSR begeistert begrüßten. Selbst als sich die militärische Niederlage Hitler-Deutschlands bereits abzeichnete, faselte er noch von der „Entschlossenheit“, vom „Durchstehen“ usw. Am 9. Oktober 1941 schrieb er in einem Brief an den Grafen von Mirbach, den damaligen Presseattaché an der Deutschen Botschaft in Japan:

„Ende dieser Woche werde ich eine Frontreise nach Rußland machen, worüber ich mich besonders freue. Hier in der Heimat haben unsere gewaltigen militärischen Erfolge besonders nachhaltig gewirkt, und ich kann nur sagen, daß die Geschlossenheit und Einheitlichkeit in der Auffassung über den weiteren Verlauf des Krieges wie die Gewißheit über den Endsieg noch nie so deutlich und klar wie gerade jetzt war.“

An seinen ehemaligen engsten Mitarbeiter Breuer, heute Botschaftsrat an der Bonner Botschaft in Madrid, der inzwischen – ebenfalls auf Betreiben Baßlers – als Mitarbeiter Mirbachs nach Tokio versetzt worden war, schrieb er am 25. November 1942:

„Die Stimmung ist bei uns absolut entschlossen. Jeder Mensch weiß, daß der Endkampf hart werden wird, daß wir ihn aber unbedingt durchstehen müssen, koste es, was es wolle. Die innere Situation Deutschlands wird von den Alliierten, besonders Amerikanern, völlig falsch beurteilt. Ein innerer Zusammenbruch ist ganz undenkbar.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 58 320)

In diesem Brief bestätigt Baßler an anderer Stelle, daß er genau wußte, was es mit der sogenannten „Reichsbahnwerbezentrale“ in Wirklichkeit auf sich hatte: *„Die Filme habe ich selbst nicht gesehen, hoffe aber, daß sie Ihnen Freude bereiten werden. Einige sind von der Reichsbahnwerbezentrale.“* (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 58 320)

WIEDER DIE GLEICHE SIPPSCHAFT

Eine weitere Schlüsselfunktion in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes wird von einem jener Diplomaten besetzt, der einst im Auftrage des Reichssicherheitshauptamtes seinen Dienst in der Wilhelmstraße aufnahm: Hans Schirmer, heute Leiter des Referates „Naher Osten“, Vortragender Legationsrat I. Klasse, früher SS-Obersturmführer Schirmer begann seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt im Jahre 1939, und zwar, wie fast alle mit Sonderauftrag eingestellten SS-Offiziere als sogenannter WHA („Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“). Als „Diplomat“ und SS-Obersturmführer war er dann im Auftrage

des Reichssicherheitshauptamtes in Kroatien tätig und wurde für seine „Verdienste“ mit dem Ritterkreuz dekoriert. (Siehe Tafel 39)

Schirmer wurde dann, wie bei SS-„Diplomaten“ üblich, für ständig als Legationsrat ins Ribbentrop-Amt übernommen. In der Rundfunkpolitischen Abteilung (Ru VII – Naher Osten) gehörte er zu jenem Personenkreis, der den „arabischen Raum“ politisch und ideologisch auf die gewaltsame Kolonisierung durch das Hitler-Regime vorzubereiten hatte.

Mit dem Legationsrat I. Klasse, Dr. Bock, und dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse, Krafft von Dellmensingen (Referat „Polen, ČSSR, Jugoslawien, Ungarn“ usw.), gehören weitere ehemalige aktive Nazi-Diplomaten zu den führenden, die „Ostpolitik“ Westdeutschlands bestimmenden Kadern und zu den Vertrauten Krapfs.

Bereits am Beispiel dieser Abteilung wird deutlich, daß die ehemaligen Nazi-Diplomaten die bestimmende Kraft im Bonner Auswärtigen Amt darstellen. Selbst die früheren Beziehungen zwischen den einzelnen Beamten, vor allem der SS- und SD-Beauftragten im Ribbentrop-Amt, blieben teilweise unverändert.

Sie besetzen Bonns Auslandsvertretungen

Noch deutlicher wird der bestimmende Einfluß der Ribbentrop-Diplomaten, wenn man die Besetzung der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik untersucht. Nicht weniger als 60 Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter (und der ihnen gleichgestellten Leiter einiger diplomatischer Missionen bei zwischenstaatlichen Vereinigungen) sind ehemalige Nazi-Diplomaten.

15 der 25 Auslandsvertretungen der Bundesrepublik in Asien werden von Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschaftern geleitet, die sich im Dienst des Hitler-Regimes bewährten, darunter Dr. Luitpold Werz, heute Botschafter in Indonesien, Ferring, heute Botschafter in Südkorea, Dr. Böhling, heute Botschafter in Malaysia, Dr. Munzel, bisher Botschafter im Libanon und der ehemalige SS-Untersturmführer Dr. Schmidt-Horix, bisher Botschafter im Irak. Bei der westdeutschen Botschaft in Indien sind neben dem Botschaftsrat Lüders auch die Leiter der wichtigsten General-Konsulate – Dr. Heinrich Köhler in Bombay und Elgar von Randow in Kalkutta – ehemalige Ribbentrop-Diplomaten.

Von den 21 Auslandsvertretungen in Lateinamerika werden 16 von ehemaligen Nazi-Diplomaten als Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter geleitet. Darunter befindet sich ein solch eingefleischter Antisemit wie der Botschafter in Argentinien, Dr. Ernst-Günther Mohr, und der Botschafter in Peru, Dr. Northe. 1940 denunzierte Northe die Schwiegertochter eines deutschen

Diplomaten wegen „antinazistischer“ Äußerungen in einer schriftlichen Notiz an den dortigen NSDAP-Ortsgruppenleiter Wobser, der heute ebenfalls als Diplomat im Dienste Bonns steht. Der jetzige Bonner Botschafter in Brasilien, Dr. Seelos, betrieb 1939 als Konsul in Lemberg Spionage zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Dabei wirkte er mit dem damaligen Leiter des Geheimdienst-Referates im Auswärtigen Amt, Heyden-Rynsch, eng zusammen. Der heutige Botschafter Bonns in Chile, Dr. von Nostiz, war eine Zeitlang Vertreter von Heyden-Rynsch im Ribbentrop-Amt. Der ehemalige SS-Obersturmführer Dr. Georg Vogel ist Botschafter in Venezuela.

In Afrika sind – nach bisherigen Feststellungen – 10 ehemalige Nazi-Diplomaten tätig. Selbst seine Repräsentanten bei zwischen- bzw. überstaatlichen Organisationen wählte Bonn aus dem Kreis der ehemaligen Ribbentrop-Diplomaten, z. B. Sigismund von Braun bei der UNO, Dr. Rupprecht von Keller beim UNO-Europa-Büro, Dr. Grewe (vor 1945 aktiver „Ost-Forscher“) und Dr. Sahn bei der NATO.

Zieht man außer den Botschaftern auch das leitende Botschaftspersonal in Betracht – die stellvertretenden Leiter der Botschaften, die wichtigsten Attachés, die Ersten Botschaftssekretäre –, so ergibt sich, daß über 40 weitere Auslandsvertretungen der westdeutschen Bundesrepublik mit ehemaligen NS-Diplomaten an leitender Stelle besetzt sind. Insgesamt bleibt von den annähernd 120 Auslandsvertretungen Westdeutschlands kaum ein Dutzend, das nicht unter dem bestimmenden Einfluß von Nazi-Diplomaten steht.

Mohr, E.- NAZI-PROPAGANDIST UND SPION
Günther, Dr.

heute: Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Argentinien

Während seiner Tätigkeit als Legationssekretär im Bereich der Gesandtschaft Peking war er einer der „politischen Leiter“ der NSDAP-Ortsgruppe Peping. Hier wirkte er außerordentlich aktiv als Nazi-Propagandist und bei der Verbreitung antijüdischer Machwerke. Einige Jahre später, als Gesandtschaftsrat in Den Haag (Holland), beteiligte er sich mit seinem Vorgesetzten, dem Gesandten Bene, an den Judendeportationen. Bei einer Aktion wurden 600 Juden in Konzentrationslager verschleppt. Nur wenige von ihnen überlebten. (Siehe Tafel 40)

Mohr leistete auch Spiongearbeit, besonders zu jener Zeit (1943), als er beim Konsulat in Tanger tätig war. Es handelt sich hier um die von Spanien besetzte „neutrale“ Tanger-Zone, die nach der Vertreibung der Faschisten aus Nordafrika zum Zentrum der faschistischen Spionage- und Sabotagetätigkeit im westlichen Mittelmeerraum wurde. (Siehe Tafel 40)

Bei alledem verwundert es nicht, daß Mohr zu jenen Durchhaltepropagandisten gehörte, die noch wenige Wochen vor der Niederlage des Faschismus von „Abwehrerfolgen“, vorgesehener „Gegenwehr großen Stils“ usw. faselten. Mohr war zu jener Zeit zum Leiter des Sonderreferates Pol. I M im Auswärtigen Amt avanciert, war mit der Attaché-Abteilung des OKW für den Einsatz von Militärattachés verantwortlich und verfaßte für sie auch die „Sprachregelungen“ zur militärischen Lage.

Nazi-Diplomatschwarzmann VERTRAUENSPERSON RIBBENTROPS

Hans, Dr.

heute: Leiter der „Berliner Außenstelle“ des Bonner Auswärtigen Amtes

Schwarzmann war bis 1942 als Legationssekretär im Büro Ribbentrop tätig. Er wirkte als Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und dem berüchtigten Nazi-Botschafter in Paris, Abetz. In dieser Eigenschaft war er an Repressalien und Geislerschießungen beteiligt, die damals die Faschisten in Frankreich inszenierten.

Schwarzmann, der eng mit dem Reichssicherheitshauptamt zusammenwirkte, hatte seine Hände auch bei der Vorbereitung von Maßnahmen zur Deportation und Liquidierung in Frankreich lebender Juden im Spiel. In einem Arbeits-exemplar über einen Vorgang, der von „Dr. Schwarzmann, Büro RAM“ (Reichsaußenminister Ribbentrop) geführt wurde, wird geschrieben:

„3. In der Frage der Gründung eines zentralen Judenamtes für Frankreich hat Darlan Bereitschaft gezeigt, die französische Regierung Trägerin einer solchen Einrichtung sein zu lassen, jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Einstellung Marschall Petains zur Judenfrage große Schwankungen zeige . . . Trotz dieser Einstellung Petains, die kein sehr aktives Wirken eines von seiten der französischen Regierung gegründeten zentralen Judenamtes erwarten läßt, ist es empfehlenswert, die Gründung durch die französische Regierung vornehmen zu lassen. Das zentrale Judenamt erhält dadurch eine gesetzlich gültige Grundlage, und es kann durch deutschen Einfluß im besetzten Gebiet derart aktiviert werden, daß das unbesetzte Gebiet gezwungen ist, sich den getroffenen Maßnahmen anzuschließen.“ (Nürnberger Prozeß, Bd. 323, S. 139)

Auch im Handelspolitischen Ausschuß des Auswärtigen Amtes spielte Schwarzmann als „Fachmann für französische Fragen“ bei der Ausplünderung Frankreichs eine aktive Rolle. Das beweist u. a. ein Sitzungsprotokoll vom 29. Juli 1941:

„WHA 806

Streng vertraulich!

Im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit Privaten soll der Handelspoli-

tische Ausschuß nicht erwähnt und auf seine Entscheidungen nicht Bezug genommen werden.

Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses am 29. Juli 1941

Nr. 26

Anwesend:

Auswärtiges Amt:

Ministerialdirektor Wiehl
Votr. Legationsrat Dumont
Votr. Legationsrat Sabath
Legationssekr. Schwarzmann

Beauftragter für den Vier-
jahresplan:

Min. Dir. Gramsch

Oberkommando der Wehrmacht

Wehrmachtshaushalt:

Min. Dir. Tischbein
Oberstintendant Teichert

Oberkommando der Wehrmacht

Wi-Rü-Amt:

Generalmajor Becker

Oberkommando der Wehrmacht

Wehrmachtsverwaltung:

Regierungsrat Grams

Reichswirtschaftsministerium:

Min. Rat Schultze-Schlutius
Reg. Rat Dr. Joerges

In dieser Sitzung, an der auch Vertreter der Reichsbank und des Finanzministeriums teilnahmen, ging es u. a. um den Raub des in Frankreich liegenden polnischen Goldes.

Nüßlein GÜNSTLING VON BORMANN UND HEYDRICH
Franz, Dr.

heute: Generalkonsul in Barcelona

Nüßlein war einer der Nazi-Blutjuristen, die sich wegen ihrer Brutalität bei der Aburteilung tschechoslowakischer Patrioten der ganz besonderen Gunst des SD-Chefs Heydrich und des Nazi-„Reichsleiters“ Bormann erfreute. Nach der Okkupation der ČSR sorgte er als Staatsanwalt erst in Brno, dann in Prag für zahlreiche Todesurteile gegen tschechoslowakische Bürger. Deshalb gehörte er schnell zu jenen faschistischen Blutjuristen, zu denen Heydrich als Stellvertretender „Reichsprotektor“ besonderes Vertrauen hatte. Heydrich lobte sein „Verständnis für die Notwendigkeit einer entschlossenen Bekämpfung“ aufrechter tschechoslowakischer Bürger. Unter Hinweis darauf sorgte Bormann durch persönliches Eingreifen vom „Führerhauptquartier“ aus für die „bevorzugte

Beförderung" Nüßleins zum Oberstaatsanwalt („Von Ribbentrop bis Adenauer“, Berlin 1961).

Insgesamt kommt der Mord an über 900 tschechoslowakischen Patrioten auf sein Konto. Darunter befand sich auch der Fall einer widerrechtlich zum Tode verurteilten hochschwangeren Frau, deren Begnadigung er verhinderte.

In der ČSR zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er 1955 als nicht-amnestierter Kriegsverbrecher der Bundesregierung übergeben. Seine „alten Freunde“, die inzwischen wieder die Personalpolitik im Bonner AA bestimmten, sorgten für eine glänzende Karriere des Bormann-Heydrich-Günstlings: Er wurde als „Spätheimkehrer“ behandelt und war vor seiner Berufung nach Spanien Referatsleiter in der Personalabteilung des Bundesaußenministeriums!

Melchers SPEZIALIST FÜR 5. KOLONNEN

Wilhelm

heute: Bis Ende 1964 Botschafter in Griechenland, seitdem „Berater“ und Pensionär

Melchers war einer jener Ribbentrop-Diplomaten, die sich vor allem mit der „Ab- und Einsetzung“ von Regierungen in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens beschäftigten. Als Leiter der Abteilung Pol VII („Vorderer Orient“) befaßte er sich mit Plänen, die neutrale Regierung Afghanistans – dort existierte eine deutsche Gesandtschaft – zu stürzen und eine profaschistische Regierung einzusetzen:

„Durchdruck

Geheime Reichssache!

Aufzeichnung

1. Unternehmen Afghanistan.

Geplant ist, die derzeitige englandhörige Regierung Mohamed Haschim Khan zu stürzen und Amanullah wieder einzusetzen.

Zweck:

Gewinnung einer Basis für Operationen jeder Art gegen Indien, Bindung englischer Streitkräfte, Unterstützung der Aufstandsbewegung in Waziristan.

Durchführung:

Ghulam Siddi Khan, der frühere Außenminister und engste Vertraute Amanullahs, entwickelt im Einvernehmen mit dem König folgenden Plan . . .

2. Unternehmen Tibet.

Geplant ist, den SS-Hauptsturmführer Dr. Schäfer, der bereits dreimal in Tibet war und erst im Juli d. Js. von seiner letzten Forschungsreise zurückgekommen ist, mit einer kleinen Truppe von etwa 30 Mann und einer Waf-tenausrüstung für 1000 bis 2000 Mann nach Tibet zu entsenden. Dort soll er

mit Hilfe seiner Verbindungen . . ." (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 179)

Als Vertrauensperson des Reichssicherheitshauptamtes wirkte Melchers an der Bildung 5. Kolonnen und half, die militärische Besetzung und politische Kolonisierung der arabischen Staaten vorzubereiten. In einem Dokument vom 16. September 1943 heißt es: „Gestern besuchten mich nacheinander SS-Hauptsturmführer Schuback vom Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes und Korvettenkapitän Schüler von Abwehr I. Beide Herren unterhielten sich mit mir über die Lage in Iran. Es ergab sich aus den Unterhaltungen, daß in Iran drei deutsche Aktionszentren gebildet wurden . . ." (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 138)

In einem anderen Schreiben avisiert Melchers 3 faschistische Agenten beim Generalkonsulat in Istanbul:

„Durchdruck als Konzept

Berlin, den 2. Juni 1943

— schrift 1b (KZ)

—: LR. Melchers

Geheime Reichssache

Pol VII 1033 gRE.

Abschriftlich dem Deutschen Generalkonsulat in Istanbul mit Kurier!
zur Kenntnis übersandt.

Es handelt sich um 3 in Berlin lebende iranische Nationalisten, die für OKW, Abwehr II, tätig sind. Die Brüder Ghaschghai sind, wie Herr Hauptmann Leverkuehn mitteilt, dem Generalkonsulat bereits bekannt.

Im Auftrag

gez. Ref. Melchers" (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 138)

(Der in diesem Schreiben genannte Leverkuehn zog nach Errichtung der Bundesrepublik als Abgeordneter der CDU in den Bundestag ein.)

Melchers war auch – zusammen mit dem „Sonderstab von Grobba“ und dem „Sonderstab F“ – einer der Initiatoren bei der Aufstellung des „Deutschen Orientkorps“, jener von General Felmy auf die Eroberung des „arabischen Raumes“ vorbereiteten Sondereinheit. (Siehe Tafel 41)

Wie Melchers über die Araber dachte, geht aus seiner Notiz für Woermann hervor. Darin beurteilt Melchers am 16. November 1942 die Lage in den arabischen Staaten:

„Nicht genügend herausgebracht ist die politische Urteilslosigkeit der primitiven arabischen Masse, die als Bewohnerin einer sehr armen Wüstenheimat wie kaum ein anderes Volk neben vielen guten die uns abstoßenden Charaktereigenschaften der Verschlagenheit, der Habgier, des Hanges nach Reichtum und Schätzen (Tausend und eine Nacht) und der Sucht nach persönlichem Vorteil besitzt, weil Reichtum hier mehr als anderswo Macht bedeutet. In dieser Masse ist nicht viel Platz für eine blühende Vaterlandsliebe. Die Begriffe Patriotismus und Nationalismus sind europäische Importware. Es ist daher für

führend, zu behaupten, die arabischen Stämme seien von der Hoffnung auf eine Einigung aller arabischen Gebiete beseelt." (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 124)

Nachfolger von Melchers als westdeutscher Botschafter in Griechenland wurde ein anderer Ribbentrop-Diplomat – Dr. Oskar Schlitter.

**Schlitter MITORGANISATOR DER AGGRESSION GEGEN
Oskar, Dr. DÄNEMARK**

heute: Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Griechenland

Wenige Tage vor dem heimtückischen Überfall der Faschisten auf Dänemark führte Staatssekretär v. Weizsäcker mit sieben besonders ausgewählten und „vertrauenswürdigen“ Offizieren und Diplomaten eine streng geheime Besprechung durch. Es ging an diesem 6. April 1940 um die letzten Vorarbeiten für die auf den 9. April 1940 festgesetzte Aggression gegen das neutrale Dänemark. Und neben Staatssekretär Gaus, Generalmajor Himer, Oberstleutnant i. G. Pohlmann, Oberstleutnant Boehme (vom OKW) sowie zwei anderen Beamten des Wilhelmstraßen-Amtes gehörte auch der damalige Legationssekretär Schlitter zu diesem eng begrenzten, sorgfältig überprüften Teilnehmerkreis. Als er wenig später nach Kopenhagen fuhr, hatte er nicht nur die Uniform General Himers – der inzwischen als „Oberregierungsrat“ in Kopenhagen weilte – im Kuriergepäck, sondern vor allem die Geheimaufträge der Naziführung zur Vorbereitung der Aggression.

Schlitter, seit 1934 auch Mitglied der Nazi-Partei, enttäuschte das Vertrauen seiner faschistischen Vorgesetzten nicht. General Himer äußerte sich, daß *„das Unternehmen in jeder Hinsicht vorbildlich vorbereitet war. Die Geheimhaltung als Grundbedingung des Erfolges wurde vollkommen gewährleistet, die Kenntnis von dem Unternehmen war auf einen Personenkreis beschränkt, der unbedingt eingeweiht werden mußte.“* (Nürnb. Proz., Fall XI, Bd. 379, S.225–36)

So wie bei diesem Völkerrechtsverbrechen „bewährte“ sich der dann schnell zum Legationsrat beförderte Schlitter auch weiterhin. Als Mitarbeiter der Abt. Pol II arbeitete er eng mit Schwarzmann und Abetz zusammen, vor allem bei der Verschärfung des faschistischen Terrors in Frankreich, bei Geislerschießungen usw. (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 113, 147)

Schlitter war es auch, der zusammen mit dem Nazi-Gesandten in Sofia, Beckerle, dafür sorgte, daß der damalige französische Gesandte in Bulgarien, „Blondel, der mit einer Jüdin verheiratet“ war, entfernt und „durch eine zuverlässige deutschfreundliche Persönlichkeit“ ersetzt wurde (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 61 133, 115)

Später, als Mitarbeiter der Handelspolitischen Abteilung des Ribbentrop-Amtes (für Italien), betrieb er – besonders auch im Rahmen des schon genannten „Handelspolitischen Ausschusses“ – aktiv die wirtschaftliche Ausplünderung des „verbündeten“ Italien.

Gerade das war offensichtlich für die Bonner Regierung Grund genug Schlitter vor seiner Berufung nach Griechenland jahrelang als leitenden „Beauftragten für Vertragsverhandlungen“ und Ministerialdirigenten in der Handelspolitischen Abteilung des Bundesaußenministeriums einzusetzen.

Ferring GOEBBELS-PRAHLHANS ÜBELSTER SORTE
Franz, Dr.

heute: *Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Südkorea*

Zu den gelehrigen Schülern des Kriegsverbrechers und „Reichspropagandaministers“ gehörten die Mitarbeiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Ribbentrop-Amtes. Einer der großsprecherischsten von ihnen war der damalige Legationssekretär Ferring. Er war seit 1941 als Ostasien-Referent in der Rundfunkpolitischen Abteilung tätig. Auf primitivste Art und Weise bemühte er sich, seinen Herrn und Lehrmeister zu überbieten, die ostasiatischen Völker gegen die Alliierten zu hetzen und das faschistische Mordregime zu verherrlichen. Einige Auszüge aus den von ihm verfaßten Rundfunkreden, die größtenteils in den Akten des faschistischen Auswärtigen Amtes erhalten blieben, zeugen, wes Geistes Kind Ferring ist.

In einer Rede vom 8. Januar 1941 erklärte er:

„Es scheint bei den Plutokraten und Imperialisten Britanniens durch die unaußhörlichen Schläge der deutschen Luftwaffe und Kriegsmarine eine Gedächtnisschwäche eingetreten zu sein, sonst könnten sie nicht dummdreist behaupten, sie wollten die Arbeiter befreien, in einem Moment, da einerseits die indischen Arbeiter die meisten Streiks durchführen, um sich von dem englischen Imperialismus zu befreien, und andererseits soziale Ideen und die Hochschätzung des Arbeiters gerade in Deutschland und Italien sehr gepflegt werden und die Arbeiter hier im wahrsten Sinne des Wortes von der imperialistischen Unterdrückung befreit worden sind.“

Und am 6. Februar 1941 verkündete Ferring u. a.

„Die schottischen Berge als letzte Zuflucht für die Engländer. Für die britische Plutokratie und ihr Weltreich hat die letzte Stunde geschlagen.“

Jedem, der die Rede des Führers zum 8. Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung gehört hat, wird es klar sein, was das Jahr 1941 für die Briten bringen wird. Mögen die Briten in großsprecherischen Propagandareden, die einmal für das indische, das andere Mal für das amerikanische Volk gehalten werden



14e JAARGANG - No 4

onze Luchtmacht

Tweemaandelijks orgaan van de Koninklijke Vereniging
„ONZE LUCHTMACHT“ onder redactie van F. J. Meuwenaar
Redactie-adres: Prinses Marijkelaan 21', Zaai, telefoon 8464
Administratie-adres: Goudruisotstraat 150, 's-Gravenhage, Telef. 224167
Advertentie representative for Great Britain: The Carlton Berry Co. Ltd.
Grand Buildings, Trafalgar Square, London W.C. 2
Abonnementenprijs voor niet-leden der Vereniging fl. 6.00 per jaar.
Prijs van losse nummers: fl. 1.00
Overnemen van artikelen enz., zonder toestemming der red., is verboden

VAKTIJDSCHRIFT VOOR DE LUCHTMACHT
Opgericht 17 september 1948

Geheime Kommandssache!
Chef = Sache!

LL. = Korps
la Nr 38/40 g.Kdos. Chefsache
Nur für Kommandeure!
Dieser Befehl ist beim Einsatz
als „geheim“ zu behandeln!

Befehl für den Einsatz des LL. = Korps im Fall
„Festung“

stempel
Generalstab der Luftwaffe
1. Abt. Nr. 5683/40 g.K.
Chef = Sache v. 5.4.1940

- 1.) Absicht.
Festung Holland soll handstreichartig – unter Umgebung der
Grebbe-Linie – aus der Rückfront genommen werden.
- 2.) Auftrag.
LL. = Korps (Fl.Div. 7 u. 22. Div.) wird hierzu zunächst im Raum
Moerdijk - Dordrecht - Rotterdam - Haag eingesetzt, mit dem
Auftrag:
 - a) die Brücken bei Moerdijk (hier Schwerpunkt), u. Rotterdam
für nachfolgende schnelle Truppen des Heeres, die über Til-
burg - Breda vorgeführt werden, offen zu halten (Fl. Div. 7).
 - b) die Hauptstadt Haag zu besetzen und die dort befindliche
Krone, Regierung und Wehrmachtleitung sofort auszuschal-
ten (22. Div.).
- 3.) Feindlage.
s. Anlage 1.
- 4.) Beurteilung der Lage und allgemeine Absichten für die Kampf-
führung.
s. Anlage 2.

11.) Gefechtsstand LL. = Korps (zogl. Fl.Div. 7) zunächst Flugplatz
Waalhaven

7 Anlagen.

gez. Student
F.d.R. *)
Trettnner.
Major d.G.

Anlage 3.

zu Ia Nr. 38/40 g. Kdos.

53 Ausfertigungen

52. Ausfertigung.

Einzelaufträge für Fl. Div. 7.

- 1.) Gruppe Süd (verst. Fallsch. Jäg. Regt. 1) - Führer Oberst Bräuer

I./Fallsch. Jäg. 1

II./Fallsch. ..

14./Fallsch. ..

Fallsch. Nachr. Zug 7 (Teile)

1./Pi. 22

Div. Geschützbatt. 7

1. Zug Div. Flakbatt. 7 u. FS.-San. Halbkomp.

setzt sich - nach vorherigem Bombenangriff - handstreichartig in den Besitz der beiden Brücken bei Moerdijk, beseitigt sofort alle vorhandenen Sprengvorrichtungen u. nimmt diese Brücken fest in die Hand. Brücken müssen unbedingt gehalten werden, bis vorderste Teile des Heeres eintreffen.

Gleichzeitig ist eine besondere K...

bei D...

Anlage 4.

zu Ia Nr 38/40 g. Kdos.

53 Ausfertigungen

52. Ausfertigung.

Sperrzone für eigenen Bombenwurf.

Zum Schutze der eigenen Erdtruppen werden folgende Gebiete für eigenen Bombenwurf gesperrt:

- 1.) Ab $x + 45$ Min. bis $x + 150$ Min. (Einsatz der Fallsch. Truppen)
Landeplätze Katwijk, Ypenburg, Kijkduin, Waalhaven u. Brückenstellen bei Rotterdam u. Dordrecht in einem Umkreis von 3 km (ab Platzmitte bzw. Brückenmitte).
Brücken bei Moerdijk bis zu einer Entfernung von 5 km von beiden Brückenenden.

- 2.) Ab $x + 150$ Min. (Einsatz u. Marschbewegung der Div.'n). Raum
Katwijk aan Zee (einschl.) - Oegstgeest (einschl.) - Leiden (ausschl.) - Benthuisen (einschl.) - Moerkapelle (ausschl.) - Nieuwerkerk (ausschl.) - Kinderdijk (ausschl.) - Noord Maas (einschl.) - Merwede bis Eisenbahnbrücke (einschl.) - Hooge Zwaluwe (einschl.) - Zevenbergschenhoek (einschl.) - Klundert (ausschl.) - in gerader Linie nach Nordwesten bis Maassluis (ausschl.) - Monster (ausschl.).

Angriffe gegen Feindkräfte innerhalb dieser Sperrzone werden nur auf besondere Anforderung u. unter Verantwortung des LL.-Korps durchgeführt.

gez. Student.

F.d.R.

Trettner

Major d. G.

behälter zu bergen u. sicherzustellen, um eine baldige erneute Einsatzbereitschaft gewährleisten zu können.

gez. Student

F.d.R.

Trettner

Major d.G.

Generalkommissar in Riga
Abteilung II a.

An den
Herrn Reichskommissar
für das Ostland

in R i g a .

Betrifft: Monatlicher Bericht über Einrichtung von Ghettos
in jüdischen Arbeitslagern, Arbeitsseinsatz und
Behandlung der Juden.

Bezug: Dörtigen Schreiben vom 18.8.1941 lila 438/41 geheim.

Mit Ablauf des Monats November sind in der vorläufi-
gen Lösung des Judenproblems in Lettland gute Fortschritte zu
verzeichnen.

Die Gebiete Mitau, Valmiera und Riga - Land sind end-
gültig judenfrei.

In den übrigen Gebieten sind Ghettos eingerichtet
worden und zwar in Riga, Libau und Dünaburg. Gehörigsten
bei der Einrichtung eines Ghettos bestehen nur in Libau. Durch
starke Zerstörung der Stadt ist es nicht möglich, ein Ghetto
innerhalb oder am Rande der Stadt einzurichten. In Libau hat
auch kein eigentliches Judenviertel bestanden, sodass eine
Umsiedlung der nichtjüdischen Bevölkerung aus 574 Wohnungen
vorgenommen werden musste. Diese Ausnahme kann aber wegen
der grossen Wohnungsnot kaum durchgeführt werden. Der Gebiets-
kommissar in Libau führt mit der Marine Verhandlungen wegen einer
einige Kilometer ausserhalb Libaus leertestehenden Kasernen.
Diese Kasernen würden Raum bieten, um die 3890 in Libau leben-
den Juden aufzunehmen.

Das flache Land im ganzen Generalkommissariat
Lettland ist judenfrei.

Riga, 20. November 1941.

Tagebuch Nr. 44

Der Reichskommissar
für das Ostland
Att. I HA.

Riga, den 17. September 1941.

An zumeistliche Herren Hauptabteilungs- und
Abteilungsleiter sowie
alle Gefolgschaftsmitglieder.

Betrifft: Vorläufige Geschäftsordnung.

Vorlage der Eingänge:

- 1) Ministerialdirektor Brandt, -Spezial nach k-
sondere ergebener Weisung zuerst dem personal-
schen Referenten des Reichskommissars, Referent-
rat Zimmermann-

Trennung

19.11.41. 325

Auf der Rückreise von dem Berliner Staatsakt trafen
der finnische Ausseminister Eksellens w i t t i m a g und
der Chef des Protokolls im finnischen Ausseministerium,
Minister H a k a r a i m a in Begleitung des Deutschen
Gesandten in Finnland, Minister von Blocher und Legationsse-
kretär Dr. S a c h s vom Auswärtigen Amt in Berlin zu einem
kurzen Zwischenaufenthalt in Riga ein. Zu Ehren der Gäste
hatten der Reichskommissar für das Ostland und Frau Lohse
einen Empfang veranstaltet, an dem von deutscher Seite Ge-
neral Brauer, der Generalkommissar in Riga, Staatsrat
Dr. Frechaler, Ministerialdirektor Fründt, Presseschef Dr.
Zimmermann und der persönliche Referent des Reichskommissars
H. Rat Wichmann teilnahmen.

40.4

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Kommandostabs
Nr. 20
11.12.1942
D II 1369 0
eing. 14.12.1942
Bel. (Tat) Gsp. 3. Pmg

DER MILITÄRBEFEHLSHABER IN FRANKREICH
KOMMANDOSTAB ABT. Ic

Der Verbindungsoffizier
an den Deutschen Botschaft
Nr. 7/43

PARIS, DEN 11.12.42

DEUTSCHE BOTSCHAFT PARIS
33100 • 12.12.1943

Anl: Akz. 110743
Herrn Legationssekretär von Hostitz

Durch Urteil des Feldkriegsgerichts der Feldkommandantur 748
von 22.12.42 wurden wegen Freischärieri, Feindbegünstigung u.s.
verurteilt:

- a) der Kupferschmied Edward Hervé zum Tode
- b) der Mechaniker Pierre Loupoin zum Tode
- c) der Mechaniker Maurice Bourrier zum Tode
- d) der Schmeisser Albert Leschmasse zum Tode
- e) der Arbeiter Joseph Roussin zum Tode
- f) der Kandeliengehilfe Pierre Chalopin zum Tode
- g) der Eisenbahnarbeiter Jean Jaffré zum Tode
- h) der Eisenbahner Maurice Leost zum Tode
- i) der Arbeiter Yves Litoux zum Tode
- k) der Steinbruchpächter Ernest Moreux zum Tode
- l) der Steinbrucharbeiter Louis Moreux zum Tode
- m) der Arbeiter Joseph Veillant zum Tode
- n) der Arbeiter Victor Fortin zum Tode
- o) der Tapezierer Albert Jérand zum Tode
- p) der Schlosser René Nirel zum Tode
- q) der Elektriker Henri Roussard zum Tode
- r) der Geschichtsführer Yves Deniel zum Tode
- s) der Eisenbahnarbeiter Pierre Lévellier zum Tode
- t) der Eisenbahnarbeiter Georges Michéaux zum Tode
- u) der Eisenbahnarbeiter René Mabillet zum Tode
- v) der Eisenbahnarbeiter Albert Verlin zum Tode
- w) der Heizungsgescheur Albert Deniel zum Tode
- x) der Eisenbahner Luc Joffré zum Tode
- y) der Heizer Jean Érna zum Tode
- z) der Drechsler Jean Tollard zum Tode

179187

a) der Metallendreher Henry Duro zum Tode
b) der Eisenbahnarbeiter Jean Dubois wurde freigesprochen.
Die Todesurteile wurden am 20.12.42 vollstreckt.

Das Urteil gegen Pierre Chalopin und Jean Dubois wurde aufgegeben.
Durch Urteil des Feldkriegsgerichts der Feldkommandantur 748 von
26.12.42 wurde der Landwirt und Holzhauer Roger Michel wegen unter-
stützten Weizenverkaufs zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am
21.12.42 vollstreckt.

Rechtschreib

Der Befehlshaber
der Sicherheitspolizei und des SD
in Bereich des Militärattachés
in Frankfurt

Nr. IV B 44 - 245.4.Ra.

Paris, den 31. August 1943

Geheim!
DEUTSCHE BOTSCHAFT PARIS
F. 13.12.1943

Anl: Akz.

Deutsche Botschaft
z.Hd.v.Herrn Gesandtschaftsrat Dr. GOSSMANN

Paris

Betr.: "Attention II" (hier: Finanz-Inspektor
Baugarten).

Vorg.: Fernmündliche Unterredung zwischen Gesandtschaftsrat
Dr. Gossmann und 4-Stabst. Hagen, vom 19.8.1943.

Anl.: 1 Ohne.

Seitens der Deutschen Botschaft wurde um eine schriftliche
Stellungnahme über die Gründe gebeten, die zu der Festnahme des
Finanz-Inspektors Wilfrid Baugarten Veranlassung
gegeben haben.

Grundsätzlich darf ich dazu feststellen, daß die Liste
"Attention II" unter Mitwirkung der deutschen Botschaft (Gesandter
Schleier und Gesandter Dr. v. Rohde) zusammengestellt worden ist.
Bei der Abstimmung wurde jede der für eine Festnahme in Betracht
kommenden Personen durchgesprochen und in jedem Falle alle für
und gegen eine Inhaftierung sprechenden Momente erörtert.

Auswärtiges Amt

Prot. S. 2410 H. 180.

Berlin, den 20. Juni 1939.

Geheim

Im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit Privaten soll der Handelspolitische Austausch nicht erwähnt und auf seine Entscheidungen nicht Bezug genommen werden.

Sitzung

des Handelspolitischen Ausschusses
vom 14. Februar 1944.

Nr. 7

Anwesende:

Auswärtiges Amt

Ministerialdirektor Wiehl
Ministerialdirektor Clodius
Stv. Ministerialdirigent VLR. Ripken
Generaldirektor (vorübergehend)
Generaldirektor
Gesandter Martinus
Gesandtschaftsleiter Eberl
Legationsrat Schlitter
Legationssekretär Pomperlian

Hauptteilungsleiter Kirchfeld
Min. Dirigent Schulze-Schlutius
Reichsbankrat Tüngeler

Ministerialdirektor Wolter
Ministerialdirigent Scheffold

Ministerialdirigent Litter
Ministerialrat Schorer
Ministerialrat Breyhan

Ministerialdirektor Beur
Oberregierungsrat Billing
Ministerialdirektor Gremisch

Vierjahresplan
Oberkommando der Wehrmacht
-Sonderstab HWK-
-We Wirtschaft-

Reichsministerium für
Ausstattung u. Kriegsproduktion

Reichsbankdirektorium

Reichsforstamt

Reichskommissar für die
Preisbildung

Friedenleitstelle Südost

Oberst von Mauch
Oberstleutnant Radtke
Major Roth

Dr. von Zeborn
Reichsbankdirektor Heinel

Ministerialrat Warbec

Dr. von Hagenow

Herr Bendick

Direktor Michler

Sehr verehrter Herr Cirkowski!

Einer Verbindung mit Herrn Zwicki entsprechend bedauere ich mich, Ihnen noch eine Liste von Angehörigen des Auswärtigen Amtes, deren Auszeichnung aus Anlass des Staatsbesuchs Seiner Majestätlichen Hoheit des Prinzregenten in Frage kommt, in der Anlage zu überreichen.

Für solchen es dankbar begrüßen, wenn diesen Wünschen entsprechen werden könnte.

Indem ich Ihnen für Ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit aufrichtigen Dank sage, bin ich mit den besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Lsg. Ministerialrat Dr. Anton Cirkowski.

Ministerialrat
Ministerialrat
Ministerialrat

Reichsbankdirektor Heinel.

Stv. Ministerialrat Hans Schirmer

Hittorkeus

(Zusatz) 64/5

1-25

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT.

Peking, den 14. Dezember 1934.

Nr. 1092.

Aktz. 6415/8290/34.

5 Durchschläge.

Inhalt: Betätigung der Mitglieder der Gesandtschaft in der Ortsgruppe Peking der N.S.D.A.P.

Dem Auswärtigen Amt beehre ich mich zu melden, daß die folgenden Mitglieder der Gesandtschaft als "politische Leiter" in der Ortsgruppe Peking der N.S.D.A.P. tätig und als solche von dem Landesgruppenleiter für China bestätigt worden sind:

Gesandtschaftsrat Dr. Lautenschlager
(Stellvertretender Ortsgruppenleiter),
Legationssekretär Dr. Junker
(Leiter der Wirtschaftsstelle),
Attaché Dr. Mohr
(Leiter der Pressestelle),
Konsulatssekretär Janssen
(Kassenwart),
Konsulatssekretär Hürter
(Zellenobmann)
Konsulatssekretär Hobser ist Mitglied des
Uschla.

gez. Trautmann.

An das

Auswärtige Amt,

Berlin.

Dokument 10. 49 - 2505
CONFID

(Seite 2 des Originals)

U.S.G.F. 158

Berlin, den 26. Februar 1934.

Gesandtschaftsrat Herr Tief steht in Absprache mit dem Gesandten Herrn aus dem Haag an und teilt im Anschluß an dessen befristete Mitteilung über die Lage in den Niederlanden folgendes mit:

Der Anlaß zur Abschließung der 400 Juden aus Amsterdam nach Deutschland sei nicht nur die Absicht der deutschen Regierung, sondern auch die Tatsache, dass eine deutsche Patrouille im westdeutschen Jagdrevier mit Giftstoffen bespritzt worden sei.

deutsches Generalkonsulat
10. Feb 1934 Vm

No. 84/43

Betrifft: Amerikanisches Memorandum
über die Donauraumfrage.2 Durchschläge
Anlage

Meine Reichsstadt

Rusmädiges Am.

10. Feb 1934

Eing. 15. 2. 34.

Pol. 1. (Schreib. d. Eing.)

In der Anlage beehre ich mich, Fotokopie eines von Agenten der Abwehr aus dem Hause eines diplomatischen Mitglieds der hiesigen Amerikanischen Gesandtschaft beschafften Memorandums, betr. die Regelung der Donauraumfrage, vorzulegen.

Nachere Angaben darüber, ob es sich um ein offizielles Memorandum handelt oder von der Verfasser ist, konnten nicht erlangt werden.

I. v.

den, sagen, was sie wollen, die letzte Stunde für Britannien hat geschlagen."

In einer Rede vom 1. Februar 1941 machte Ferring Hitler zum „populärsten und machtvollsten Menschen der Welt“!

Und am 10. Februar 1941 erklärte Ferring u. a.:

„Als Antwort auf die epochemachende Rede des großen Führers des deutschen Volkes, Adolf Hitler, fühlte sich auch Churchill als Hauptsündiger des mit Kriegsverbrechen befleckten Regimes der Engländer veranlaßt, eine Gegenrede zu halten. Vergleicht man einerseits die großen staatsmännischen Aufgaben, die Adolf Hitler sich stellte, mit dem ängstlichen Gestottere Churchills, so kann man nicht umhin, etwa an einen Ringkampf in den Straßen Bombays zu denken, nach welchem der Geschlagene mit einer fürchterlichen Schimpfkanonade den verlorenen Kampf noch zu retten versucht. Churchill hat Angst. Er hat ausgesprochene Angst; denn der Verlauf des Krieges hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß weder propagandistische Rednerkünste noch unverschämte Lügen den Untergang Britanniens aufhalten können.“

Die neue Zeit mit ihrem revolutionären Drang überwältigt die satten und alt gewordenen Plutokratien, die immer noch glauben, die Entwicklung aufhalten zu können. Die neuen Ideen der Wirtschaft und Technik finden ihren Ausdruck in dem Aufstieg des deutschen Reiches unter Adolf Hitler.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA 48 007)

Grewe „OSTFORSCHER“ UND „NEUORDNUNGSTHEORETIKER“

Prof.

Stelle: Botschafter der Bundesrepublik bei der NATO, Paris

Zu den Leuten, die das Gesicht des Bonner Auswärtigen Amtes wesentlich mitbestimmen und -bestimmen, gehört Prof. Dr. Wilhelm Grewe. Vor 1945 gehörte Grewe zu den wichtigsten intellektuellen Urhebern und Vertretern der faschistischen Aggressions- und Gewaltpolitik. Als ständiger Mitarbeiter zahlreicher prominenter Nazi-Zeitschriften verherrlichte er hemmungslos die Völkerrechtsbrüche und Kriegsverbrechen der Nazis.

So schrieb er in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ (Bd. 103):

„Der Kampf geht jetzt nur noch darum, ob wir in ein ‚amerikanisches Jahrhundert‘ eintreten, in dem den Vereinigten Staaten die Lenkung der Welt zufällt – oder ob sich die von den Mächten des Dreier-Paktes verkörperte Neuordnung der Welt durchsetzt.“

Und 1940 forderte Grewe in der „Zeitschrift für Politik“ (S. 233):

„Zerstörung aller Pariser Kirchen, Paläste, Theater, Hospitäler, Akademien, Konservatorien, Gerichtsgebäude, Hallen, Triumphbögen, Kolonaden, der

Börse, der Bank, des Stadthauses und der Brücken als Folgerung ‚realistischer Denkens‘.“

Die systematische und rücksichtslose Verletzung aller Regeln des Völkerrechts „begründete“ Grewe im September 1941 in den „Monatsschriften für Auswärtige Politik“:

„Dieser Krieg läßt sich in der Tat nicht mehr in die Kategorien des auf den nationalen Staatenkrieg zugeschnittenen überlieferten Kriegs- und Neutralitätsrechts einordnen.“

Und den verbrecherischen Überfall auf die UdSSR feierte er in der gleichen Zeitschrift (Jahrg. 1941, S. 749) mit folgenden Worten:

„Niemand wird behaupten wollen, daß die Entscheidung des 22. Juni nicht aus sehr realen Erwägungen erwachsen sei. Nach aller geschichtlichen Erfahrung pflegen große weltgeschichtliche Missionen, die nicht im Stadium der Utopie und der unverbindlichen Planung steckenbleiben, in solcher Weise ihren Anfang zu nehmen.“

Obwohl Grewes intellektuelle Urheberschaft an den Kriegs- und Nazverbrechen des Hitler-Reiches durch die DDR mehrfach enthüllt wurde (zuletzt 1959 und 1961), gehört er nach wie vor zu den profiliertesten Vertretern des Bonner Auswärtigen Amtes: Seit 1951 im Auswärtigen Dienst, leitete er von 1953 bis 1955 die Rechtsabteilung, dann die Politische Abteilung des Bonner AA. Anschließend, ab 1958, war er westdeutscher Botschafter in den USA, und seit 1964 ist er schließlich Vertreter Bonn bei der NATO in Paris. Können Ziele und Personalpolitik eines Amtes deutlicher entlarvt werden, als durch die Verwendung eines solchen Mannes in solchen Schlüsselfunktionen?

Etzdorf KOMPLICE DER WAFFEN-SS

Hasso von

heute: Bis vor kurzem Botschafter in Großbritannien, jetzt im Ruhestand

Hasso von Etzdorf war von Kriegsbeginn (September 1939) bis 1945 „Vertreter des Auswärtigen Amtes“ (VAA) beim Oberkommando des Heeres. Über diese Verbindungsleute stellte der Gerichtshof im Wilhelmstraßen-Prozess fest:

„Die Aufgaben eines Verbindungsmannes zwischen zwei so wichtigen Respektionsstellen wie das AA und der Generalstab sind allgemein wohlbekannt. Zu diesen Aufgaben gehört die Pflicht, sich über die Ziele, Pläne und Arbeiten der Dienststelle zu unterrichten, der er zugeteilt ist, seinen Vorgesetzten in allen einschlägigen Fragen zu informieren und zu beraten, in seinem Auftrag mit den Amtsstellen, denen er zugeteilt ist, zu verhandeln, etwa auftauchende Schwierigkeiten zu bereinigen und in allen Punkten nach den von seinem Chef festgelegten Richtlinien zu handeln. Dies sind nicht die Aufgaben eines Leutnants.“

jugen
Intellig
Als
v. Etzd
dorf ka
v. Weiz
union,
slawien
In k
hof, er
berger
des Au
zur Ein
Überfa
Von
mando
Im Au
setzten
„Gehe
„De
VAA's
Rittma
AOK'
der V
die T
der „C
jedoch
ausge
menar
trial, d
In
befehl
„H
Abetz
Kuns
Fühl
wohü
NG
Ein
„Fa
Kt

jungen oder eines Boten, sie erfordern ein hohes Maß an Scharfblick, Fleiß, Intelligenz . . . und Gewandtheit.“ (Nürnberger Prozeß, Bd. 244, S. 28 038)

Als Major, SA-Obersturmbannführer und Vortragender Legationsrat war v. Etzdorf über alle Angriffspläne informiert und in sie einbezogen. Von Etdorf kannte z. B. früher als der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Weizsäcker, den Fall „Barbarossa“, den Plan für den Überfall auf die Sowjetunion, und das „Unternehmen Marita“, den Plan für den Überfall auf Jugoslawien.

In krassem Gegensatz zu seinen Erklärungen vor dem Nürnberger Gerichtshof, er habe keinen Einfluß auf Befehlserlasse und Anweisungen gehabt (Nürnberger Prozeß, Bd. 95, S. 677–681) erwirkte er in zahlreichen Fällen Erlasse des Auswärtigen Amtes oder Befehle des OKH – beispielsweise einen Befehl zur Einsetzung von Vertretern des Auswärtigen Amtes bei den Armeen, die am Überfall auf Jugoslawien und an der Besetzung des Landes beteiligt waren.

Von Etdorf war auch mitverantwortlich für die Tätigkeit des Sonderkommandos der Waffen-SS unter Leitung des SS-Sturmbannführers von Künsberg. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes raubte von Künsberg in den zeitweilig besetzten West- und Ostgebieten Archivgut und Kunstschatze. Er schrieb in einer „Geheimen Kommandosache“ vom 7. Juli 1941:

„Deshalb habe ich sofort nach Kenntnis der Schwierigkeiten, die einzelnen VAA's durch den genannten OKH-Befehl entstanden, den VAA beim OKH, Rittmeister v. Etdorf, gebeten, den Erlaß eines Befehls zu erwirken, in dem die AOK's darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitsgebiete und Zuständigkeiten der VAA's und der ‚Gruppe Künsberg‘ voneinander unabhängig sind, sowie daß die Tätigkeit der VAA's durch den genannten OKH-Befehl, der die Tätigkeit der ‚Gruppe Künsberg‘ regelt, nicht eingeschränkt wird. Darüber hinaus ist es jedoch im Interesse der von den VAA's und der ‚Gruppe Künsberg‘ gemeinsam ausgeübten Tätigkeit für das Auswärtige Amt notwendig, eine engere Zusammenarbeit zu schaffen, um zu gewährleisten, daß alles erreichbare Feindmaterial, das für das Amt von Interesse ist, erfaßt wird . . .“

In einer Notiz vom 26. August 1940, die von v. Etdorf als VAA beim Oberbefehlshaber des Heeres gestempelt und abgezeichnet wurde, wird geschrieben:

„Handsch.

Kunstschatze

Abetz hat Weisung vom R.A.M. fortzufahren, d. h. jüdischen und öffentlichen Kunstbesitz weiterhin . . . zu erfassen. (Abtransport werde nur nach vorheriger Fühlungnahme mit OKH erfolgen.) Lammers Erlaß betreffe nicht Frankreich, wofür Abetz ausdr. Auftrag Führers habe.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, NG – 090)

Ein weiteres Dokument besagt:

„Für Protokoll von Künsberg (Sonderempfang Gruppe Künsberg)

Kunstschatze im Schloß Chambon sind sichergestellt. Umfang 410 Kisten,

139 sonstige Gemälde, 67 Ballen Tapisserien, 216 Stück Möbel. Verbringung der Gegenstände nach Berlin nur auf Grund einer schriftlichen Verfügung der Militärverwaltung in Frankreich möglich. Entsprechenden Antrag habe ich gestellt. Er wird beschleunigt behandelt. Für Abtransport sind unsere LKW geeignet. Bitte Fachunternehmen dort für Ausführung vorsehen. Nitsch" (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, NG - 3662)

Der Nazi-Diplomat v. Etzdorf ging im Mai 1965 in den Ruhestand, aber nur um seinen Platz einem anderen Mitarbeiter Ribbentrops freizumachen. Der Nazi-Diplomat Blankenhorn, seit 1. Dezember 1936 Mitglied der NSDAP, bis 1943 an Auslandsvertretungen des faschistischen AA in Athen, Washington und Bern, dann als Legationsrat in der Politischen Abteilung Ribbentrops tätig, wurde Bonns Botschafter in Großbritannien. Ein weiteres Beispiel dafür, daß Bonn ohne Nazi-Diplomaten nicht mehr auskommt.

Ribbentrop - Diplomaten im Auswärtigen Dienst

Die folgende Liste nennt weitere Diplomaten Ribbentrops, die heute entscheidende Funktionen des Bonner Auswärtigen Amtes und seiner Auslandsvertretungen besetzen.

Albers, Karl, Dr.

vor 1945: Attaché beim berüchtigten Nazi-Mörder Frank, dem damaligen „Generalgouverneur“ für Polen in Krakau (1940), seit 1943 im Büro Ribbentrops tätig. 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 1 764 477)
nach 1945: Botschafter in Nicaragua (1964)

Allardt, Helmut, Dr.

vor 1945: Als Nazi-Diplomat in Ankara tätig (bis 1943), später im faschistischen Auswärtigen Amt
nach 1945: Botschafter in Spanien (1964)

Altendorf, Johann

vor 1945: Legationssekretär an der Nazi-Botschaft in Tokio; Mitglied der NSDAP seit 1935 (Nr. 3 604 855)
nach 1945: Als Legationsrat I. Klasse und Wirtschaftsreferent an der Botschaft in Südafrika

Almsick, Wilhelm Helmuth von, Dr.

vor 1945: Referent beim „Amt des Reichsstatthalters im Sudetengau“, 1943 bei einem Beschaffungskommando in Warschau
nach 1945: Botschafter in der Dominikanischen Republik (1964)

Altenburg, Günter, Dr.

vor 1945: Ministerialdirigent und Leiter der Informationsabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1941), danach bis 1944 Gesandter und „Bevollmächtigter des Reiches“ in Griechenland. Mitglied der NSDAP seit 1935
nach 1945: Generalsekretär der „Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer“

Andres, Hans, Dr.

vor 1945: Als Legationsrat im faschistischen Auswärtigen Amt. Mitglied der NSDAP seit 1940 (Nr. 7 555 940)
nach 1945: Als Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt

Arnim, Bernd von

vor 1945: Vertreter der IG-Farben in Athen und Bukarest
nach 1945: Wirtschaftsreferent der Bonner Botschaft in Wien

Auer, Theodor, Dr.

vor 1945: Von 1939 bis Kriegsausbruch als Gesandtschaftsrat bei der faschistischen Botschaft in Paris, danach in Nordafrika arbeitete eng mit dem faschistischen Spionageapparat zusammen. Mitglied der NSDAP seit 1934 (Nr. 3 398 113)

nach 1945: Bis 1964 Botschafter in Ceylon, dann aus Altersgründen in den Ruhestand getreten

Aurich

vor 1945: Mitarbeiter der Kulturpolitischen Abteilung im faschistischen Auswärtigen Amt

nach 1945: Kanzler in Apenrade

Bargen, Werner von, Dr.

vor 1945: Während der faschistischen Okkupation als Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Belgien, 1944 Leiter des Referats Pol II im faschistischen Auswärtigen Amt. Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2 579 492)

nach 1945: Bonner Botschafter in Bagdad, 1963 aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Benzing, Hans, Dr.

vor 1945: Reg.-Rat in der Personalabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes

nach 1945: Kulturreferent am Generalkonsulat in Istanbul (1963)

Betz, Eugen

vor 1945: Bis 1945 Vizekonsul in Shanghai. Mitglied der NSDAP seit 1938

nach 1945: Generalkonsul in Chicago (1964)

Beye, Ludwig, Dr.

vor 1945: Im faschistischen Auswärtigen Amt als Referatsleiter in der Handels-Politischen Abteilung (1942); 1944 beim Leiter der Handelspolitischen Abteilung mit „Sonderaufträgen“ tätig. Mitglied der NSDAP seit 1935 (Nr. 2 531 036)

nach 1945: Bonner Botschafter in Libyen (1964)

Bidder, Hans, Dr.

vor 1945: Bis 1945 in China in verschiedenen Dienststellen der Nazi-Botschaft. Mitglied der NSDAP seit 1941

nach 1945: Bonner Botschafter in Bangkok, danach aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Bismarck, Otto, Fürst von

vor 1945: Gesandter des „Dritten Reiches“ in Rom (1940), danach im faschistischen Auswärtigen Amt bis 1944 als Ministerialdirigent in der Informationsabteilung tätig. Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: Seit 1963 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der W E U

Herwarth von Bittenfeld, Hans, Dr.

vor 1945: Bis zum faschistischen Überfall auf die UdSSR bei der Botschaft in Moskau als Gesandtschaftsrat, danach in den besetzten Ostgebieten eingesetzt und beteiligt am Aufbau der berüchtigten Wlassow-Armee

nach 1945: Bonner Botschafter in London und seit 1963 Staatssekretär im Bundespräsidialamt, jetzt Botschafter in Rom

Blankenhagen, von

vor 1945: Konsultssekretär in der Personalabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes

nach 1945: Kanzler der Bonner Handelsvertretung in Helsinki (1963)

Blankenhorn, Herbert

vor 1945: Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der faschistischen Gesandtschaft in Bern (1943), danach im Auswärtigen Amt Referatsleiter in der Politischen Abteilung. Mitglied der NSDAP seit 1936 (Nr. 6 977 147)

nach 1945: Botschafter in Rom, seit April 1965 in Großbritannien

Bock, Günther, Dr.

vor 1945: Botschaftsrat bei der Dienststelle des „Reichsbevollmächtigten“ in Italien (1944). Mitglied der NSDAP seit 1937

nach 1945: Legationsrat I. Klasse und Stellvertretender Referatsleiter in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes

Böhling, Horst, Dr.

vor 1945: Von 1939 bis 1945 bei verschiedenen Dienststellen der faschistischen Botschaft in China

nach 1945: Jetzt Botschafter in Malaysia

Böhme, Kurt

vor 1945: Bis Kriegsausbruch beim faschistischen Konsulat in Boston

nach 1945: Jetzt Vizekonsul in Kanada

Boltze, Erich, Dr.

vor 1945: Als Gesandter I. Klasse in Japan (1943 bis 1945). Mitglied der NSDAP seit 1938 (Nr. 6 017 842)

nach 1945: Botschafter in Kambodscha; aus Altersgründen in Ruhestand versetzt

Bormann, Hans-Heinrich, Dr.

vor 1945: „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ und Legationsrat in der Presseabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes
nach 1945: Konsul I. Klasse in Bergen/Norwegen (1964)

Bottler, Richard, Dr.

vor 1945: Von 1942 bis 1945 Legationsrat in der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes. Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Botschafter in Rangun (1964)

Boll, Emil

vor 1945: Konsul in Russe/Bulgarien von 1943 bis 1944. Mitglied der NSDAP seit 1934
nach 1945: Legationsrat in der Handelspolitischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes

Braun, Otto

vor 1945: Leiter der Bukarester Zweigstelle der sogenannten „Reichsbahnwerbezentrale für den deutschen Reiseverkehr“ (Tarnbezeichnung für spezielle SD-Dienststellen im Ausland) von 1935 bis 1939
nach 1945: Konsul in Livorno/Italien

Braun, Sigismund, Freiherr von

vor 1945: Vizekonsul in Addis Abeba
nach 1945: Jetziger Beobachter der Bonner Regierung bei den Vereinten Nationen in New York

Breer, Franz, Dr.

vor 1945: Bis zum faschistischen Überfall auf die UdSSR Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Moskau
nach 1945: Generalkonsul in San Francisco (1963)

Briest, Eckhardt

vor 1945: Bis 1944 im faschistischen Auswärtigen Amt als Legationssekretär in der Informationsstelle III
nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in Paraguay

Broich-Oppert, Georg von, Dr.

vor 1945: In der Zeit der Annexion Österreichs als Legationssekretär bei der faschistischen Botschaft, danach bis 1945 leitende Stellung bei IG-Farben

nach 1945: Botschafter in Ankara; aus Altersgründen in den Ruhestand getreten

Brunhoff, Kurt

vor 1945: Bis 1944 Gesandtschaftsrat in Budapest. Mitglied der NSDAP seit 1934 (Nr. 2 870 296)
nach 1945: Bonner Generalkonsul in Sydney

Bünger, Karl, Dr.

vor 1945: Mit Privatdienstvertrag bei der faschistischen Botschaft in Shanghai „zur Übernahme besonderer Aufgaben auf dem Gebiet der Propaganda“ tätig, dafür 1943 mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ausgezeichnet
nach 1945: Generalkonsul in Hongkong (1964)

Clausen

vor 1945: Konsultssekretär in Kowno (1939), danach im faschistischen Auswärtigen Amt im Büro des Botschafters Ritter (Verbindung zum OKW) tätig
nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in der Südafrikanischen Union (1962)

Curtius, Klaus

vor 1945: Im faschistischen Auswärtigen Amt in der Wirtschaftspolitischen Abteilung tätig
nach 1945: Jetziger Bonner Generalkonsul in New York

Dellmensing, Leopold Krafft von, Dr.

vor 1945: Im faschistischen Auswärtigen Amt als Legationssekretär in der Protokollabteilung zuständig für Angelegenheiten der „Vertretung fremder Länder in den besetzten Gebieten“
nach 1945: Jetziger Referatsleiter in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes, Vortragender Legationsrat I. Klasse

Denzer, Otto, Dr.

vor 1945: Bis zum Kriegsende in der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes
nach 1945: Konsul in Edmonto/Kanada

Deter, Heinz

vor 1945: Bis Kriegsende in China am faschistischen Generalkonsulat in Tientsin tätig
nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Colombo (1962)

Deubner, Otfried, Dr.

vor 1945: „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ im faschistischen Auswärtigen Amt (1943)
nach 1945: 2. Sekretär der Bonner Botschaft in Karachi (1964)

Dietmar, Helmuth, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsende in Lissabon als Gesandtschaftsrat I. Klasse eingesetzt. Mitglied der NSDAP seit 1939 (Nr. 7 054 879)
nach 1945: Generalkonsul in Bombay. Aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Dittmann, Herbert, Dr.

vor 1945: Im faschistischen Auswärtigen Amt als Legationsrat I. Klasse (1942); Generalkonsul in Izmir (1943). Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 4 789 472)
nach 1945: Jetziger Botschafter in Tokio

Döhring, Karl, Dr.

vor 1945: Mitglied der Altherrenschaft „Hohenfier“. SS-Obersturmführer; beteiligt an den Überfällen auf Griechenland und die UdSSR
nach 1945: Jetziger Botschafter in Kamerun

Duchow, Willi

vor 1945: Bis zum Überfall auf Polen an der faschistischen Botschaft in Polen tätig, danach an der Gesandtschaft in Kopenhagen
nach 1945: Kanzler der Botschaft Bonn im Sudan

Dumke, Horst

vor 1945: Angehöriger der SS seit 1933; beteiligt an den Überfällen auf Polen, Frankreich, Jugoslawien und die UdSSR. Mitglied der NSDAP seit 1937
nach 1945: Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt, z. Z. Leiter der Abteilung II im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eberl, Otto, Dr.

vor 1945: Leiter des Referats IVc der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1943/44)
nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in Uruguay

Engelen, Gerhard

vor 1945: Von der Vorbereitung des faschistischen Überfalls auf Norwegen bis Kriegsende Kanzler am Konsulat Bergen
nach 1945: Wieder am Konsulat in Bergen tätig

Erlewein, Josef

vor 1945: Bis zum Überfall auf die UdSSR Vizekonsul in Wladiwostok, danach bis Kriegsende an der faschistischen Botschaft in Nanking
nach 1945: Konsul I. Klasse in Lille/Frankreich (1964)

Fabian, Georg

vor 1945: Bis zum Überfall auf die UdSSR Konsultssekretär in Kowno
nach 1945: Botschaftssekretär in Beirut (1964)

Federer, Georg, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsausbruch Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in London, danach Gesandtschaftsrat an der Gesandtschaft in Bern
nach 1945: Zuletzt Bonner Botschafter in Kairo

Feine, Gerhard, Dr.

vor 1945: Nach der Okkupation Jugoslawiens Vertreter des faschistischen Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Serbien. 1944 in Budapest enge Zusammenarbeit mit der Gestapo
nach 1945: Bis zum Ausscheiden aus Altersgründen Botschafter in Dänemark

Felchner, Friedrich

vor 1945: An der Botschaft in Sofia tätig (1944); wurde 1948 in Bulgarien wegen Teilnahme an faschistischen Verbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Mitarbeiter in der Personal- und Verwaltungsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1961)

Ferring, Franz

vor 1945: In der Rundfunkpolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes von 1942 bis 1943 tätig, verantwortlicher Referent für faschistische Propaganda in Ostasien
nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in Seoul/Korea

Fischer, Martin

vor 1945: Im Jahre 1943 Generalkonsul in Shanghai. Mitglied der NSDAP seit 1935 (Nr. 2 552 786)

nach 1945: Als Botschafter im Bonner Auswärtigen Amt

Frank, Eugen

vor 1945: Konsul des faschistischen Auswärtigen Amtes (1940)

nach 1945: Vertreter des westdeutschen Beobachters bei den Vereinten Nationen in New York und als Botschaftsrat I. Klasse tätig (1962)

Frank, Gottlob

vor 1945: Beim faschistischen Konsulat in Bozen (1940)

nach 1945: Bonner Botschaftskanzler in Ankara (1962)

Friedensburg, Ferdinand, Dr.

vor 1945: Im Jahre 1944 bewarb er sich unter Berufung auf seine positive Einstellung zum Hitlerstaat um Aufnahme in den faschistischen Justizdienst. NSKK-Scharführer

nach 1945: Bonner Botschafter in Madagaskar (1962)

Gaerte, Felix, Dr.

vor 1945: Angehöriger des SS-Sturms 1/80. Während des Krieges SS-Untersturmführer im Reichssicherheitshauptamt. Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 4 910 278)

nach 1945: Konsul I. Klasse in Bombay (1962)

Galinsky, Wolfgang

vor 1945: Von 1943 bis 1944 Legationssekretär in Tokio

nach 1945: Generalkonsul in Osaka/Japan (1964)

Gawlik

vor 1945: Hat als Oberinspektor bei der „Dienststelle des Reichsprotektors Böhmen-Mähren“ an der Unterdrückung der CSR mitgewirkt (1943)

nach 1945: Legationsrat I. Klasse und Referatsleiter in der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Graevenitz, Kurt Fritz von, Dr.

vor 1945: Bei der Dienststelle des „Sonderbevollmächtigten“ des faschistischen Auswärtigen Amtes „für den Südosten“ in Athen

(1941); zuletzt Generalkonsul in Iskenderum/Türkei. Mitglied der NSDAP seit 1942 (Nr. 8 735 191)

nach 1945: Botschafter in Mexiko (1963)

Groepper, Horst

vor 1945: An der Botschaft in Moskau (1941). Nach dem Überfall auf die UdSSR bis Kriegsende Leiter der Gruppe II in der Protokoll-Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes. Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: Jetziger Botschafter in Moskau

Grolmann, Wilhelm von, Dr.

vor 1945: Als Legationsrat an der faschistischen Gesandtschaft in Stockholm ab 1940 tätig. Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: Bonner Generalkonsul in Istanbul. Inzwischen verstorben

Gregor, Werner, Dr.

vor 1945: Nazi-Generalkonsul in Toulouse (1943). Mitglied der NSDAP seit 1936 (Nr. 3 726 551)

nach 1945: Bonner Botschafter in Tunesien (1961). Aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Haeften, Gerrit von

vor 1945: Nazi-Generalkonsul in Basel (1943). Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 3 918 543)

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1963); jetzt Ministerialdirektor a. D. und Vorsitzender der Europäischen Konferenz für Fernmeldeverbindungen durch Satelliten

Gehner, Heinz

vor 1945: Hat als Konsulatspraktikant in Krakau an der Vorbereitung des Überfalls auf Polen mitgewirkt

nach 1945: Konsulatssekretär I. Klasse in Linz (1962)

Geier, Hans-Joachim

vor 1945: Bis zum Ausbruch des Krieges mit den USA Konsulatssekretär in New York

nach 1945: Botschaftskanzler in Montevideo (1962)

Gellbach, Horst-Heinrich, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im faschistischen Staatsapparat; Mitglied der NSDAP seit 1942 (Nr. 8 284 777)

nach 1945: Botschaftsrat in Stockholm (1964)

Geuther, Fritz

vor 1945: Als Konsultssekretär 1939 in Bratislava

nach 1945: In der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1960)

Giffels, Hubert

vor 1945: Wirkte 1939/40 als Konsultssekretär I. Klasse am Konsulat in Bergen an der Vorbereitung des faschistischen Überfalls auf Norwegen mit

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Lyon (1962).

Gnodtke, Günther, Dr.

vor 1945: Hat seit 1937 im faschistischen Staatsapparat an der Durchführung der faschistischen Rassengesetze mitgewirkt. Angehöriger der SA seit 1933

nach 1945: Jetziger Botschafter in Nigeria

Grade, Hans

vor 1945: War 1939 an der faschistischen Botschaft in Rom tätig. Angehöriger der SS seit 1937 (Nr. 310 959)

nach 1945: Vizekonsul in Kanada (1964)

Graeff, Friedrich, Dr.

vor 1945: Wirtschaftsleiter der „Landesgruppe Italien“ der NSDAP; Generalkonsul in Toulouse (1944). Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 3 391 375)

nach 1945: Ab 1959 bis zum Ausscheiden aus Altersgründen Generalkonsul in Genua

Hallstein, Walter, Prof. Dr.

vor 1945: Dozent und aktiver Nazi an den Universitäten Rostock und Frankfurt/Main. Teilnehmer an den Rechtsverhandlungen zwischen Hitler-Deutschland und dem faschistischen Italien

nach 1945: Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Hannig, Th., Dr.

vor 1945: Ortsgruppenleiter der NSDAP in Shanghai (1935)

nach 1945: Pressereferent am Bonner Generalkonsulat Istanbul (1962)

Hardenberg, Bernhard Heinrich Ernst Günther Graf von

vor 1945: Als Legationssekretär 1939 in Kowno, danach an der Gesandtschaft in

Bukarest und bis Kriegsende im faschistischen Auswärtigen Amt tätig. Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2 587 251)

nach 1945: Jetziger Botschafter in Costa Rica

Hardenberg, Hans Karl Graf von, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium (1941). Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 4 377 465), SA-Rottenführer

nach 1945: Konsul in Genf (1962)

Hauthal, Horst von, Dr.

vor 1945: Seit 1940 im faschistischen Auswärtigen Dienst. Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 5 062 619)

nach 1945: Erster Sekretär der Bonner Botschaft in Kairo (1964)

Hecker, Gottfried von, Dr.

vor 1945: Ab 1943 in der Personalabteilung und später in der Rechtsabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes

nach 1945: Legationsrat I. Klasse in der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes

Hellenthal, Walter, Dr.

vor 1945: Vertreter des faschistischen Auswärtigen Amtes beim Armeeoberkommando 6 (1941); Legationsrat I. Klasse und Generalkonsul in Monaco (1943); Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: Bonner Botschafter in Libanon. Wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt

Henschel, Reinhard

vor 1945: An der faschistischen Gesandtschaft in Ankara 1943/44. Mitglied der NSDAP seit 1937

nach 1945: Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt (1963)

Hensel, Herbert, Dr.

vor 1945: Als Generalkonsul 1943 in Aarhus tätig. Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 3 286 190)

nach 1945: Legationsrat I. Klasse und Stellvertretender Leiter eines Referats in der Westabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Hess, Walter, Dr.

vor 1945: Legationsrat und Leiter der Wirtschaftsabteilung der faschistischen Gesandtschaft in Sofia von 1943 bis 1944

nach 1945: Jetziger Botschafter in Marokko

Heyde, Wilhelm Günther Hermann Detlef von

vor 1945: Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Washington (1941). Mitglied der NSDAP seit 1934
nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt

Hezinger, Adolf

vor 1945: War 1942 nach Ausweisung aus dem Iran im Büro des Gesandten Ettel (Vorbereitung der Aggression gegen die arabischen Länder) tätig; wurde mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet. 1944 im faschistischen Auswärtigen Amt in der Informationsabteilung (Inf. XIV – „Antijüdische Aktion“), Teilnehmer an der berüchtigten Krummhübel-Konferenz
nach 1945: Wurde 1957 als Konsultssekretär in das Bonner Auswärtige Amt übernommen

Hilger, Gustav

vor 1945: Nach dem widerrechtlichen Überfall auf die UdSSR in der Politischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes, Leiter des Referats 13 („Rußland-Gremium“). 1944 im Büro Ribbentrop, Verbindungsmann zum berüchtigten General Wlassow
nach 1945: Von 1953 bis zur Versetzung in den Ruhestand „Berater für Ostfragen“ im Bonner Auswärtigen Amt

Hirsch, Karl, Dr.

vor 1945: War 1943 beim „Reichsstatthalter“ in Wien, Abt. 2, tätig
nach 1945: Konsul in Izmir/Türkei

Hirschberg, Erich

vor 1945: Bis zum Überfall auf Dänemark bei der faschistischen Gesandtschaft in Kopenhagen Konsultssekretär
nach 1945: Kanzler am Bonner Generalkonsulat in San Francisco (1962)

Hirschfeld, Hans Richard

vor 1945: War seit 1941 Legationsrat in der Abteilung Deutschland des faschistischen Auswärtigen Amtes (Verbindungsmann zu den Führungsorganen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen). Mitglied der NSDAP seit 1936 (Nr. 3 715 319)
nach 1945: Bonner Botschafter in Island (1964)

Hochmuth

vor 1945: Konsultssekretär an der faschistischen Botschaft in Rom (1933)
nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft beim Vatikan (1962)

Hoffmann, Christoph

vor 1945: In der Dienststelle des Botschafters Prüfer „Arabisches Nachrichtenbüro“ tätig (1945)
nach 1945: Kanzler I. Klasse am Bonner Generalkonsulat in Wellington (1958)

Holleben, Werner, Dr.

vor 1945: Referent in der Kulturpolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes
nach 1945: Botschaftsrat in Luxemburg (1964)

Holten, Carl von

vor 1945: Vizekonsul am faschistischen Generalkonsulat in Kattowitz
nach 1945: Jetziger Botschafter in Oslo

Hoops, Walter Dietrich, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Peking (1943). Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Konsul in Vancouver/Kanada

Jericho

vor 1945: Am Nazi-Konsulat in Mozambique
nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Porto-Alegre/Brasilien (1962)

John, Herbert

vor 1945: Konsultssekretär in Polen und Belgien
nach 1945: Kanzler am Bonner Generalkonsulat in Valparaiso/Chile (1962)

Junker, Werner, Dr.

vor 1945: Presseleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in China, später beim „Sonderbevollmächtigten“ des Auswärtigen Amtes „für den Südosten“ in Belgrad tätig (1944/45). Mitglied der NSDAP seit 1935
nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in der Südafrikanischen Union

Karstien, Hans, Dr.

vor 1945: „Wissenschaftlicher Mitarbeiter“ und Reg.-Rat im faschistischen Auswärtigen Amt; Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 1 596 620)
nach 1945: Vortragender Legationsrat am Bonner Auswärtigen Amt, Leiter des Referats Chiffrier- und Fernmeldewesen

Kassler, Rolf, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Kopenhagen (1944)
nach 1945: Botschaftsrat I. Klasse im Bonner diplomatischen Dienst

Keller, Rupprecht, Dr.

vor 1945: Hat viele Jahre im faschistischen Auswärtigen Amt bei Unterstaatssekretär Woermann, einem der Vertrauten Ribbentrops, gearbeitet. War 1933 Funktioniär der SA. Mitglied der NSDAP (Nr. 8 012 248)
nach 1945: Westdeutscher Beobachter beim Europäischen Büro der Vereinten Nationen in Genf

Klaiber, Manfred, Dr.

vor 1945: Im Auftrage des faschistischen Auswärtigen Amtes von 1943 bis 1945 in Belgrad und Wien tätig
nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in Paris

Kempff, Günther

vor 1945: In der Protokollabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes
nach 1945: Bonner Generalkonsul in Helsinki (1964)

Knoop, Theodor von

vor 1945: In der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1944)
nach 1945: Leiter der Wirtschaftsabteilung des Bonner Generalkonsulats in San Francisco. Aus dem Dienst wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden

Köhler, Heinrich, Dr.

vor 1945: Leiter eines Referats der Kulturpolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1945)
nach 1945: Bonner Generalkonsul in Bombay (1964)

Krajewicz, Helmut

vor 1945: Konsultssekretär an den faschistischen Vertretungen in London und Den Haag
nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Paris (1963)

Krapf, Franz

vor 1945: Seit 1940 bis Kriegsende Legationssekretär und Mitarbeiter der „Niederlassung der Reichsbahnwerbezentrale“ (Auslandsdienststelle des SD) an der faschistischen Botschaft in Tokio; Mitarbeiter der

Abteilung III des Reichssicherheitshauptamtes; Mitglied der NSDAP seit 1936, SS-Untersturmführer

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes.

Krause-Wichmann, Georg, Dr.

vor 1945: An der faschistischen Gesandtschaft in Sofia (1944). Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 1 547 946)
nach 1945: Generalkonsul in Genua (1964)

Krebs, Herbert, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsausbruch beim faschistischen Konsulat in Brasilien
nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft in Australien (1963)

Krebs, Kurt, Dr.

vor 1945: Als Mitarbeiter des faschistischen „Sonderbeauftragten für Wirtschaftsfragen“ in Rumänien an dessen wirtschaftlicher Ausplünderung beteiligt
nach 1945: Landwirtschaftsreferent an der Bonner Botschaft in Paris (1963)

Kroll, Hans, Dr.

vor 1945: Bis 1943 Botschaftsrat in Ankara (hat von dort mit Gruppe Inland II des faschistischen Auswärtigen Amtes über die Verfügung von Juden türkischer Nationalität verhandelt), danach Generalkonsul I. Klasse in Barcelona
nach 1945: Bonner Botschafter in Belgrad, Tokio und Moskau. Aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Krumdieck, Oskar

vor 1945: Konsul am faschistischen Konsulat in Peru
nach 1945: Konsul am westdeutschen Konsulat in Peru

Kuhle, Herbert, Dr.

vor 1945: „Wissenschaftlicher Mitarbeiter“ in der Rechtsabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1943/44)
nach 1945: Bonner Konsul in Kansas City/USA (1964)

Kutscher, Ernst, Dr.

vor 1945: Im Jahre 1944 im faschistischen Auswärtigen Amt in der Informationsstelle XIV („Antijüdische Aktion“); Teilnehmer an der Krummhübel-Konferenz; Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Botschaftsrat an der Bonner Botschaft in Paris (1962)

Lane, Alexander, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter von Goebbels im faschistischen Reichspropagandaministerium, dann bis Kriegsende Rundfunkattaché in Sofia

nach 1945: Legationsrat I. Klasse und Referatsleiter im Bonner Auswärtigen Amt, Personalabteilung (1962)

Lanwer, Ewald, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsende faschistischer Konsul in Apenrade/Dänemark, u. a. verantwortlich für die Werbung „volksdeutscher Freiwilliger“ zur Waffen-SS und für die Bspitzelung dänischer Patrioten. Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Amt Referatsleiter in der Abteilung für „Entwicklungspolitik“ (1963)

Lehr, Bruno

vor 1945: Mitarbeiter Görings im faschistischen Reichsluftfahrtministerium; Angehöriger der SS; Mitglied der NSDAP seit 1941 (Nr. 8 739 967)

nach 1945: Zweiter Sekretär der Bonner Botschaft in Tokio (1963)

Lerchenfeld, Johannes Graf von, Dr.

vor 1945: Ein Vertrauensmann der IG-Farben in Berlin, Paris und Sofia

Nach 1945: Wirtschaftsreferent an der Bonner Botschaft in Rom (1962)

Linneborn, Kuno

vor 1945: Während des Krieges an der faschistischen Gesandtschaft in Helsinki, danach am Konsulat in Apenrade

nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Amt als Regierungsamtmann (1957)

Luedde-Neurath, Kurt

vor 1945: Während des Krieges Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Tokio; SA-Sturmführer; Mitglied der NSDAP seit 1938 (Nr. 4 745 122)

nach 1945: Vortragender Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt (1963)

Lüders, Karl-Heinz

vor 1945: Mitarbeiter des SD; 1942 bis 1944 als „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ in der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes. 1943 durch den SD in Ankara und Istanbul eingesetzt

nach 1945: Botschaftsrat in Indien (1964)

Lüdinghausen, Wolff Freiherr von

vor 1945: Nach der gewaltsamen Okkupation als Vorstandsmitglied der „Böhmischen Escompte Bank“ in Prag an der Ausplünderung der ČSR beteiligt. Hauptmann der Reserve

nach 1945: Wahlkonsul in Paraguay (1962)

Mackeben, Wilhelm

vor 1945: Legationsrat in der Politischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes; zeitweilig z. B. V. beim Botschafter Ritter

nach 1945: Bonner Botschafter in Lima bis zum Ausscheiden aus Altersgründen

Maenß, Hans Ivar

vor 1945: Mitarbeiter im faschistischen Auswärtigen Amt (1944)

nach 1945: Stellvertretender Referatsleiter im Bonner Auswärtigen Amt (1964)

Mair, Kurt Alex

vor 1945: Leiter des Seehaus-Abhörsdienstes in der Kulturpolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1941)

nach 1945: Kanzler des Bonner Konsulats in Concepcion/Chile (1962)

Maltzan, Vollrath Freiherr von, Dr.

vor 1945: In der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes zuständig für „Wirtschafts- und Finanzfragen der besetzten Westgebiete“, (1940), danach mit „Sonderauftrag“ in Shanghai eingesetzt

nach 1945: Bonner Botschafter in Paris (aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden)

Mangold, Hans Joachim, Dr.

vor 1945: Als Kriegsverwaltungsassessor des faschistischen Besatzungsregimes in Paris; Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2 307 799)

nach 1945: Bonner Botschafter in Damaskus (1964)

Marchtaler, Hans Ulrich, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der faschistischen Botschaft in Tokio (1944)

nach 1945: Bonner Botschafter in Stockholm (1961); inzwischen in den Ruhestand getreten

Merfels, Josef

vor 1945: Konsul beim faschistischen „Reichsbevollmächtigten“ in Dänemark

(1945); Landesgruppenleiter der NSDAP in Albanien; Mitglied der NSDAP seit 1934 (Nr. 3 398 422)
 nach 1945: Konsul I. Klasse in Bordeaux (1963). Aus Altersgründen in den Ruhestand getreten

Metzger, Werner

vor 1945: Konsultssekretär in Madrid (1944)
 nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Ecuador (1957)

Mirbach, Dietrich Freiherr von

vor 1945: Von 1943 bis 1944 Persönlicher Referent des Staatssekretärs Steengracht im faschistischen Auswärtigen Amt. Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2731 405)
 nach 1945: Botschafter z. b. V. im Bonner Auswärtigen Amt

Mirow, Eduard

vor 1945: Verbindungsmann des „Stabes des Bevollmächtigten für die arabischen Länder“ (Stab von Grobba) zum Sonderstab General Felmy (1942); im Jahre 1945 Vizekonsul des faschistischen Auswärtigen Amtes in Zürich. Mitglied der NSDAP seit 1931 (Nr. 549 764)
 nach 1945: Zuletzt Legationsrat I. Klasse an der Bonner Botschaft in Bagdad

Mohr, Ernst Günther, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Den Haag (mitverantwortlich für die Einleitung der Judendeportationen) in den Jahren von 1939 bis 1941, danach Konsul in Tanger und Mitarbeiter des faschistischen Spionagedienstes; im faschistischen Auswärtigen Amt Verbindungsreferent zum OKW (1945); Pressewart der NSDAP Ortsgruppe Peking; Mitglied der NSDAP seit 1935 (Nr. 3 500 174)
 nach 1945: Bonner Botschafter in Buenos Aires (1965)

Mohrmann, Anton, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der faschistischen Gesandtschaft in Sofia (1944)
 nach 1945: Bonner Botschafter in Columbien (1962). Aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Moltmann, Gerhard, Dr.

vor 1945: In den Jahren von 1943 bis 1944 an der faschistischen Gesandtschaft in Bern. Mitglied der NSDAP (Nr. 7 005 175)
 nach 1945: Bonner Botschafter in Afghanistan (1964)

Moulin-Eckart, Karl Max Graf von

vor 1945: In der Politischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes Leiter des Referats Pol III (1938), Mitglied der NSDAP seit 1933
 nach 1945: Bonner Konsul in Montpelier/Frankreich

Mumm von Schwarzenstein, Bernd Eugen, Dr.

vor 1945: Legationssekretär im faschistischen Auswärtigen Amt
 nach 1945: Leiter der Bonner Handelsvertretung in Warschau (1965).

Muschke, Kurt

vor 1945: Kanzler an der faschistischen Botschaft in Sofia (1942)
 nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Neapel

Nostiz-Drczewicki, Gottfried von

vor 1945: Von 1938 bis 1940 im faschistischen Auswärtigen Amt Stellvertreter des Leiters der Abt. Pol IM (Verbindungsstelle zum Spionagedienst des OKW), danach Legationsrat am Konsulat in Genf
 nach 1945: Bonner Botschafter in Chile

Nostitz, Siegfried von

vor 1945: Als Gesandtschaftsrat an der faschistischen Botschaft in Sofia (1944); Mitglied der NSDAP seit 1933
 nach 1945: Generalkonsul in San Francisco (1964)

Nüßlein, Franz, Dr.

vor 1945: Hat als Oberstaatsanwalt in Prag an faschistischen Blut- und Terrorurteilen mitgewirkt (1942). Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 4 628 997)
 nach 1945: Generalkonsul in Barcelona (1964)

Obermayer, Adolf Max, Dr.

vor 1945: Faschistischer Presse-Attaché in Sofia (1940)
 nach 1945: z. Zt. Botschaftsrat in Den Haag

Oehlandt, Herwarth

vor 1945: Faschistischer Konsultssekretär in Maastricht/Holland (1939)
 nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Amt 1960 Regierungsamtman

Overbeck, Karl Kuno

vor 1945: Faschistischer Legationsrat in Budapest; Mitglied der SA

nach 1945: Ministerialdirigent im Bonner Auswärtigen Amt (1963)

Pamperrien, Rudolf, Dr.

vor 1945: Im faschistischen Auswärtigen Amt, 1942 Leiter eines Referats der Handelspolitischen Abteilung
nach 1945: Botschafter in Ecuador (1957). Aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt

Pappenheim, Georg Graf von

vor 1945: Im faschistischen Auswärtigen Amt 1944 in der Politischen Abteilung, Referat Pol I M (Verbindungsstelle zum Spionagedienst des OKW)
nach 1945: Botschafter in Ecuador (1964)

Panhorst, Karl, Dr.

vor 1945: Sekretär des Ausschusses für die „Aktion Ibero- und Mittelamerika“, Vertrauensmann der IG-Farben (1939)
nach 1945: Bonner Botschafter in Guatemala (1962)

Paulig, Richard

vor 1945: Gesandtschaftsrat in der Politischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes, u. a. mitverantwortlich für die Ausraubung Kroatiens (1944)
nach 1945: Vortragender Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt (1961)

Pfeiffer, Arnold

vor 1945: Faschistischer Konsulatssekretär in Kowno (1939), danach in Budapest
nach 1945: Kanzler I. Klasse in Bombay, danach im Bonner Auswärtigen Amt

Pfeiffer, Peter, Dr.

vor 1945: Faschistischer Generalkonsul I. Klasse in Tirana (1943). Mitglied der NSDAP seit 1940 (Nr. 8 128 180)
nach 1945: Als Inspekteur der Auslandsvertretungen des Bonner Auswärtigen Amtes eingesetzt (1958). Inzwischen verstorben

Pfisterer, Friedrich, Dr.

vor 1945: In der Wirtschaftspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes
nach 1945: Erster Sekretär der Bonner Botschaft in Brüssel 1964

Pirch, Georg von, Dr.

vor 1945: Seit 1939 Mitarbeiter im faschistischen Auswärtigen Amt. Mitglied des Stahlhelms seit 1932, 1934 SS-Anwärter
nach 1945: Referent im Bonner Auswärtigen Amt (1964)

Przybill, Willi

vor 1945: Seit 1936 faschistischer Konsulatssekretär in Bratislava
nach 1945: Kanzler beim Bonner Konsulat in Graz (1957)

Puttkamer, Ellinor von, Dr.

vor 1945: Mitarbeiterin im faschistischen Auswärtigen Amt
nach 1945: Vortragende Legationsrätin I. Klasse in der Abteilung 3 des Bonner Auswärtigen Amtes (1963)

Quiring, Franz, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat beim faschistischen Generalkonsulat in Genf (1939). Mitglied der NSDAP seit 1933
nach 1945: Bonner Gesandter in Kabul (1954)

Rabes, Rudolf, Dr.

vor 1945: Bis Ausbruch des Krieges Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Rio de Janeiro
nach 1945: Konsul I. Klasse in Curitiba/Brasilien (1964)

Ramelow, Thomas

vor 1945: Vizekonsul im faschistischen Auswärtigen Amt (1942)
nach 1945: Konsul I. Klasse in Concepcion/Chile (1964)

Randow, Elgar von

vor 1945: Bis Kriegsende Gesandtschaftsrat in China. War mit der Zentralen Leitung der faschistischen Propaganda-, Nachrichten- und Spionagetätigkeit beauftragt; erhielt dafür das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern. Mitglied der NSDAP seit 1925 (Nr. 5 189)
nach 1945: Generalkonsul Bonns in Kalkutta

Reichert, Hans-Joachim Ritter von

vor 1945: Gesandtschaftsrat beim faschistischen „Bevollmächtigten des Reiches“ für Italien
nach 1945: Bonner Botschafter in Honduras (1964)

Reichhold, Walter, Dr.

vor 1945: „Wissenschaftlicher Mitarbeiter“ in der Personalabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (Sprachdienst), das sich in starkem Maße mit Spionage befaßte (1943). Im Jahre 1944 bei der Botschaft in Madrid beauftragt, eine Nebenstelle des Sprachdienstes einzurichten
nach 1945: Botschafter in Ghana (1964)

Rensinghoff, Wilhelm

vor 1945: Bei Kriegsausbruch als Mitarbeiter der faschistischen Gesandtschaft übernommen, Agent des faschistischen Geheimdienstes. Ortsgruppenleiter der NSDAP in Port Said
nach 1945: Leiter des westdeutschen Wahlkonsulats in Puerto Mont/Chile

Richter, Herbert, Dr.

vor 1945: Bis zum Kriegsende faschistischer Generalkonsul in Tetuan
nach 1945: Botschafter Bonns in Algerien (1964)

Richthofen, Oswald Freiherr von

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der NS-Gesandtschaft in Budapest 1944. Mitglied der NSDAP seit 1932 (Nr. 1 440 443)
nach 1945: Bonner Botschafter in Khartum/Sudan (1964)

Ringelmann, Max, Dr.

vor 1945: Während der faschistischen Besetzung Jugoslawiens Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Belgrad (1943). Mitglied der NSDAP seit 1934
nach 1945: Generalkonsul in Salisbury (1964)

Röhreke, Heinrich, Dr.

vor 1945: Im Jahre 1944 Leiter des Nazi-Konsulats in Hankau/China. Trat im Juli 1945 für die getarnte Fortführung der NSDAP im Rahmen des „Deutschen Amtes in China“ ein. Mitglied der NSDAP seit 1937 und Mitglied der SA
nach 1945: Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt

Rom, Horst von, Dr.

vor 1945: Im faschistischen Reichsjustizdienst beschäftigt
nach 1945: Bonner Konsul in Atlanta/USA (1964)

Ruoff, Herbert

vor 1945: „Wissenschaftlicher Mitarbeiter“ im faschistischen Auswärtigen Amt, hat in Zusammenarbeit mit dem SD beim Austausch deutscher Zivilinternierter im Ausland gewirkt
nach 1945: Stellvertreter des Bonner Botschafters in Australien (1962)

Rutkowski, Arthur

vor 1945: Vor dem Krieg bei der faschistischen Gesandtschaft in Belgrad
nach 1945: Wirtschaftsreferent in Wien (1960)

Sachs, Hans Georg, Dr.

vor 1945: Legationssekretär im faschistischen Auswärtigen Amt (1941)
nach 1945: Ministerialdirektor im Bonner Auswärtigen Amt. Leiter der Abteilung 8

Sautter, Theodor, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im faschistischen Reichsarbeitsministerium (1939). Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 5 373 580); Mitglied der SS seit 1933
nach 1945: Legationsrat bei der Bonner Botschaft in Italien (1957)

Schaffarczyk, Herbert, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter im faschistischen Auswärtigen Amt (1939)
nach 1945: Bonner Botschafter in Lissabon (1964)

Schatton, Willi

vor 1945: Bereitete an der faschistischen Botschaft in Warschau den Überfall auf Polen mit vor
nach 1945: Regierungsobersekretär im Bonner Auswärtigen Amt (1956)

Scherpenberg, Albert Hilger van, Dr.

vor 1945: Vom Jahre 1935 bis 1945 im faschistischen Auswärtigen Amt. Leiter des Referats 6 der Handelspolitischen Abteilung. Verantwortlich für die kriegswirtschaftliche Ausplünderung Dänemarks und Norwegens
nach 1945: Bonner Botschafter am Vatikan (1964)

Scheske, Ulrich, Dr.

vor 1945: Regierungsreferendar im faschistischen Staatsapparat (1942). Mitglied der SS seit 1933 (Nr. 216 977)
nach 1945: Legationsrat I. Klasse in der

Abteilung West 2 des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Schilling, Karl, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im faschistischen Auswärtigen Amt; Mitglied der SA seit 1937

nach 1945: Zweiter Botschaftssekretär in Tokio (1963)

Schirmer, Hans, Dr.

vor 1945: Im Jahre 1939 SS-Obersturmführer im Reichssicherheitsdienst, danach im Auswärtigen Amt. 1940 bis 1942 Stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, einer der Hauptverantwortlichen für den Auf- und Ausbau des Geheimsendernetzes des faschistischen Spionagedienstes

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse in der Ost-Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Schlitter, Oskar

vor 1945: Im Jahre 1944 Referent in der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes; aktiv an der Ausplünderung Norditaliens beteiligt. Mitglied der NSDAP seit 1934 (Nr. 3 591 227)

nach 1945: Botschafter in Athen (1965)

Schmidt, Rolf

vor 1945: Konsultssekretär am faschistischen Generalkonsulat in Antwerpen (1940)

nach 1945: Kanzler im Generalkonsulat in Salisbury (1962)

Schott, Wilhelm

vor 1945: Legationssekretär beim NS-Generalkonsulat in Zürich (1941). Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 1 890 109) und Mitglied der SA.

nach 1945: Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt (1960)

Schubert, Konrad von

vor 1945: Legationsrat I. Klasse im faschistischen Auswärtigen Amt. Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 3 281 493)

nach 1945: Westdeutscher Botschafter in Äthiopien (1964)

Schütt Nikolaus

vor 1945: NS-Konsul in Potosi/Bolivien (1939)

nach 1945: Bonner Konsul in Sucre/Bolivien (1964)

Schütt

vor 1945: Konsultssekretär bei der faschistischen Gesandtschaft in Oslo

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Bangkok (1962)

Schweinitz, Hans Ulrich von, Dr.

vor 1945: NS-Vizekonsul in Iskenderum/Türkei (1943). Mitglied der NSDAP seit 1933

nach 1945: Bonner Botschafter in Thailand (1964)

Schwörbel, Herbert, Dr.

vor 1945: Von 1942 bis 1945 Presseattaché beim „Reichsbevollmächtigten“ in Griechenland

nach 1945: Bonner Botschafter in Ceylon (1964)

Seelos, Gebhardt, Dr.

vor 1945: Bereitete als Konsul in Lemberg den Überfall auf Polen mit vor und gab Spionageberichte an das faschistische Auswärtige Amt; danach als Gesandtschaftsrat nach Kopenhagen versetzt

nach 1945: Botschafter in Brasilien (1964)

Seydel, Hans, Dr.

vor 1945: Vizekonsul in Tetuan (1942), bereitete als Mitarbeiter des „Stabes von Grobba“ die militärische Besetzung der arabischen Staaten mit vor

nach 1945: In der Abteilung West II des Bonner Auswärtigen Amtes (1963)

Simonis, Susanne, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsende NSDAP-Funktionärin an den faschistischen Botschaften in Tokio und Nanking

nach 1945: Legationsrätin in der Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Siegfried, Herbert, Dr.

vor 1945: Vortragender Legationsrat und Generalkonsul in Genf (1944). Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 4 009 260)

nach 1945: Bonner Botschafter in Brüssel (1964)

Solms-Braunfels, Prinz Alexander zu

vor 1945: An der faschistischen Botschaft in Bukarest 1941 als Legationssekretär. Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 4 255 672)

nach 1945: Botschafter in Salvador (1964)

Sonnenhol, Gustav-Adolf, Dr.

vor 1945: Im Jahre 1944 Vizekonsul in Genf. Mitglied der NSDAP seit 1931 (Nr. 545 961) und Mitglied der SA seit 1930; außerdem Untersturmführer der SS
 nach 1945: Stellvertretender Leiter der Bonner Vertretung bei der OECD in Paris (1962), Botschaftsrat I. Klasse

Spaeth, Joseph

vor 1945: Bereitede den faschistischen Überfall auf Polen als Mitarbeiter am Generalkonsulat in Kattowitz mit vor
 nach 1945: Kanzler des Bonner Konsulats in Zagreb (1962)

Stahlberg, Gerhard, Dr.

vor 1945: Legationsrat im faschistischen Auswärtigen Amt (1942); war in der Rechtsabteilung maßgeblich an der Durchsetzung der faschistischen Rassengesetze und Ausarbeitung von Rechtfertigungen für die faschistische Raub- und Terrorpolitik beteiligt
 nach 1945: Generalkonsul in Montreal (1964)

Starke, Gotthold, Dr.

vor 1945: Leiter des Referats P 5 (UdSSR und Polen) in der Presseabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1945)
 nach 1945: Stellvertretender Leiter des Referats „Deutsche Ostfragen“ im Bonner Auswärtigen Amt. Vortragender Legationsrat I. Klasse

Stechow, Johann Karl von

vor 1945: Legationsrat in der Politischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes (1944)
 nach 1945: Bonner Botschafter in Manila/Philippinen (1964)

Steinbach, Hans-Joachim

vor 1945: Konsultssekretär am faschistischen Generalkonsulat in Bern (1944)
 nach 1945: Bonner Botschafter in Rwanda (1964)

Stelzer, Gerhard, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat I. Klasse in Bukarest (1941). Mitglied der NSDAP seit 1936
 nach 1945: Leiter des Generalkonsulats in Antwerpen (1961). Aus Altersgründen inzwischen im Ruhestand

Steuer, Theo

vor 1945: War Mitarbeiter des Kriegsverbrechers Abetz an der faschistischen Botschaft in Paris 1940
 nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Cordoba/Argentinien (1962)

Stolzmann, Paulus von

vor 1945: Leiter der Verbindungsstelle des zum persönlichen Stab Rippentrops gehörenden „Beauftragten für das Informationswesen“ (1944). Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 3 286 389)
 nach 1945: Bonner Botschafter in Luxemburg (1964)

Strack, Hans, Dr.

vor 1945: In der Politischen Abteilung Leiter des Referats Pol II (1943). Mitverantwortlich für Nazi- und Kriegsverbrechen in Frankreich (Judendeportationen, Geiselschließungen). 1943 Konsul in Klausenburg/Ungarn. Mitglied der NSDAP seit 1936 (Nr. 3 752 096). NSKK-Sturmführer
 nach 1945: Botschafter in Santiago de Chile (1964). Aus Altersgründen inzwischen im Ruhestand

Strachwitz, Rudolf Graf

vor 1945: Seit 1939 Gesandtschaftsrat I. Klasse in den faschistischen Botschaften in Paris, Budapest und Barcelona. Mitglied der NSDAP seit 1936 (Nr. 3 771 577)
 nach 1945: Bonner Botschafter beim Vatikan (1961). Inzwischen aus Altersgründen im Ruhestand

Strecker, Hermann

vor 1945: Konsultssekretär und Mitarbeiter im „Rußlandkomitee“ Ribbentrops (1941). Mitglied der NSDAP
 nach 1945: Regierungssamtmann in der Handelspolitischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1960)

Struch, Friedrich

vor 1945: An der faschistischen Botschaft in Rom (1939)
 nach 1945: Konsul I. Klasse in Windhuk/Südwestafrica (1964)

Tancré, Hans, Dr.

vor 1945: SS-Scharführer, 1939 NS-Konsultssekretär in Sofia
 nach 1945: Konsul zur Wiederverwendung (1961)

Tannstein, Kurt, Dr.

vor 1945: Legationssekretär an der faschistischen Botschaft am Vatikan (1941).

Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2 948 420)
nach 1945: Bonner Botschafter in
Tunesien (1964)

Templin, Paul Heinz

vor 1945: Bereitede den Überfall auf
Polen als Mitarbeiter des faschistischen
Generalkonsulats in Kattowitz mit vor
nach 1945: Regierungsamtmann in der
Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen
Amtes (1959)

Theusner, Hans-Joachim, Dr.

vor 1945: Förderndes Mitglied der SS
nach 1945: Konsul I. Klasse in Edin-
burgh/Großbritannien

Thomsen, Henning, Dr.

vor 1945: NS-Gesandtschaftsrat in
Dublin (1943). SS-Rottenführer und NSDAP-
Anwärter (1938)
nach 1945: Vortragender Legationsrat
I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt, Leiter
des Referats Außenhandelsförderung (1962)

Tichy, Alois, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat im faschi-
stischen Auswärtigen Amt (1945). Mitglied
der NSDAP seit 1937
nach 1945: In der Politischen Abtei-
lung des Bonner Auswärtigen Amtes

**Trützscher, Heinz,
Freiherr von Falkenstein, Dr.**

vor 1945: War 1944 im faschistischen
Auswärtigen Amt Stellvertreter des Refe-
ratsleiters Pol XII. Danach Konsul in Genf.
Mitglied der NSDAP (Nr. 8 183 952)
nach 1945: Botschafter in Irland (1964)

**Ungern-Sternberg, Reinhold, Freiherr von,
Dr.**

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Helsinki
(1944). Mitglied der NSDAP seit 1933
(Nr. 2 594 983); SA-Sturm 33
nach 1945: Bis 1964 Bonner Botschaf-
ter im Iran

Velhagen, Adolf, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Ungarn
(1943)
nach 1945: Vortragender Legationsrat
I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt (1964)
bis zum Ausscheiden aus Altersgründen

Venediger, Günther, Dr.

vor 1945: War 1937 bei der Gestapo
tätig (Staatspolizei-Leitstelle Berlin). Mit-

glied der SA seit 1933 und Mitglied der
NSDAP

nach 1945: Mitarbeiter im Bonner
Auswärtigen Amt

Vetter, Wilhelm

vor 1945: NS-Konsulatssekretär in
Russe/Bulgarien (1944)
nach 1945: Zweiter Sekretär an der
Bonner Botschaft in Bagdad (1963)

Vogel, Georg, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in der
Rechtsabteilung des faschistischen Auswä-
rtigen Amtes (1944). Mitglied der NSDAP
seit 1937 und SS-Obersturmführer
nach 1945: Bonner Botschafter in Vene-
zuela (1964)

Waldheim, Gottfried von

vor 1945: NS-Gesandtschaftsrat in Spa-
nien (1945)
nach 1945: Generalkonsul in Val-
paraiso (1964)

Walther, Gebhard von, Dr.

vor 1945: Botschaftsrat an der faschi-
stischen Botschaft in Ankara (1943). Im
Jahre 1939 Anwärter der NSDAP
nach 1945: Botschafter in Ankara
(1964)

Weber, Walter, Dr.

vor 1945: Von 1943 bis 1944 in der
Politischen Abteilung des Auswärtigen Am-
tes, Leiter des Referats Pol I. Mitglied der
NSDAP seit 1937
nach 1945: Vor Federer 1964 Bonner
Botschafter in der VAR

Wehrstedt, Friedrich-Wilhelm, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im faschisti-
schen Staatsapparat 1938. Mitglied der
NSDAP seit 1933 (Nr. 2 151 075)
nach 1945: Inspekteur des Bonner
Auswärtigen Amtes für diplomatische und
konsularische Vertretungen im Ausland
(1964)

Weiz, Gerhard, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Buenos
Aires (1944). Bewarb sich um Aufnahme in
die SS und 1934 für den Dienst in der Ge-
stapo. Mitglied der SA seit 1933
nach 1945: Generalkonsul in Sao Paulo/
Brasilien (1964)

Welck, Wolfgang, Freiherr von

vor 1945: Legationsrat I. Klasse im Büro des Botschafters Ritter (Verbindungsstelle zum OKW) im Jahre 1943. Mitglied der NSDAP seit 1935 (Nr. 2 549 805)
nach 1945: Bonner Botschafter in der Schweiz (1964)

Wendland, Jork Alexander, Freiherr von

vor 1945: NS-Legationssekretär in Batavia (1941). Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2 948 710)
nach 1945: Bonner Botschafter in Mauritien und Senegal (1964)

Werkmeister, Karl, Dr.

vor 1945: Von 1940 bis 1944 Gesandtschaftsrat I. Klasse in Ungarn
nach 1945: Bonner Botschafter in Schweden (1963). Inzwischen aus Altersgründen im Ruhestand

Werthern, Charlotte Margot von

vor 1945: In der Informationsstelle des faschistischen Auswärtigen Amtes (1944)
nach 1945: Pressereferentin der Bonner Botschaft in Dakar/Senegal (1962)

Wickert, Erwin, Dr.

vor 1945: Von 1940 bis 1941 Leiter der Rundfunkabteilung der faschistischen Botschaft in China, anschließend in Japan
nach 1945: Referatsleiter in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Wobser, Herbert

vor 1945: Von 1938 bis 1941 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Peking. Von 1941 bis Kriegsende in Shanghai als Konsultssekretär. Mitglied der NSDAP seit 1934 (Nr. 2 873 664)
nach 1945: Amtsrat in der Handelspolitischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1961)

Wollenweber, Karl-Gustav, Dr.

vor 1945: Während des Krieges Mitarbeiter in der Personalabteilung und Rechtsabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes. Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 3 020 707)
nach 1945: Bonner Botschafter in Malta

Wolschke, Waldemar

vor 1945: Vor Eintritt in das faschistische Auswärtige Amt als Polizeinspektor tätig. 1945 Konsultssekretär in Lissabon

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Liverpool (1962)

Wussow, Fritz

vor 1945: Leiter des faschistischen Konsulats in Orsova/Rumänien 1940. Mitglied der NSDAP seit 1934
nach 1945: Konsul I. Klasse in Melbourne (1963)

Wüstenberg, Paul, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im faschistischen Staatsapparat 1941. Mitglied der NSDAP seit 1937 (Nr. 5 723 204)
nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Dienst in Santiago de Chile 1957

Zapp, Karl-August, Dr.

vor 1945: War 1940 als Legationsrat beim „Reichskommissar für die besetzten Niederländischen Gebiete“ an der Verwirklichung der faschistischen Okkupationspolitik beteiligt; Gesandtschaftsrat in Ankara (1944). Mitglied der NSDAP seit 1933 (Nr. 2 717 559)
nach 1945: Bonner Botschafter in Algerien (1964)

Zimmermann, Karl, Dr.

vor 1945: Konsultssekretär im faschistischen Auswärtigen Amt (1940)
nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft in Lissabon (1962)

Zimmermann, Walter, Dr.

vor 1945: Nach 1942 in der Rundfunkpolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes. Mitglied der NSDAP seit 1934
nach 1945: Bonner Botschafter in Peru (1961). Aus Altersgründen inzwischen im Ruhestand

Zinser, Christian, Dr.

vor 1945: NS-Botschaftsrat in der Mandchurei 1942. An der faschistischen Botschaft in Nanking 1944. Mitglied der NSDAP seit 1927 (Nr. 66 421); Mitglied der SA seit 1928, Sturmbannführer
nach 1945: Konsul I. Klasse in Porto/Portugal (1964)

Zintel, Ludwig

vor 1945: Konsultssekretär am faschistischen Konsulat in Szeged/Ungarn (1939)
nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft in Tripolis (1963)

DIE VERFECHTER DER WESTDEUTSCHEN REVANCHEPOLITIK

Der deutsche Imperialismus fand sich nach dem ersten Weltkrieg mit dem durch seine Schuld verkleinerten Deutschland nicht ab. Sein Ziel war die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und – von dieser Position ausgehend – die Eroberung der Weltherrschaft. Seine Forderung, die bestehenden Grenzen zu verändern, und sein Schrei nach Revanche für die Niederlage bildeten wesentliche Bestandteile der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

Um das deutsche Volk und die deutschen Minderheiten in anderen Staaten revanchistisch zu beeinflussen und in die Wühlarbeit gegen die Nachbarvölker einzubeziehen, wurde ein System staatlicher, kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen geschaffen. Solche Institutionen waren u. a. der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), das „Deutsche Auslandinstitut“ Stuttgart, die „Deutsche Akademie“ München sowie viele Dutzend Vereinigungen der „Heimattreuen“, wie die „Baltische Arbeitsgemeinschaft“, der „Sudetendeutsche Heimatbund“, die „Vereinigung der Heimattreuen Ost- und Westpreußen“ usw. Ihre Ziele bestanden ausschließlich darin, ständig den Gedanken an die „Ostmission“ Deutschlands wachzuhalten und die Notwendigkeit von Grenzveränderungen zu propagieren, um Millionen Deutsche für einen neuen Krieg reifzumachen. Die Nachbarvölker wurden systematisch als minderwertig diffamiert.

FÜHRER DER DEUTSCHEN MINDERHEITEN – UNTERDRÜCKER UND PEINIGER DER GASTVÖLKER

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur erlebten diese Vereinigungen und Gemeinschaften eine wahre Hochkonjunktur. Ihre Tätigkeit wurde zentralisiert und einheitlich auf die Vorbereitung eines Aggressionskrieges ausgerichtet. Gleichzeitig entstanden mit staatlicher Unterstützung neue Organisationen wie der extrem faschistische „Bund Deutscher Osten“, dessen damaliger „Reichsleiter“, Theodor Oberländer, nach 1945 „Vertriebenenminister“ in Westdeutschland wurde. Die Führer dieser Organisationen leiteten als aktive Funktionäre der Nazi-Partei die Wühltätigkeit gegen Deutschlands Nachbarvölker zur Vorbereitung des Aggressionskrieges. Nach dem Überfall waren sie Initiatoren und zuverlässige Werkzeuge der faschistischen Ausrottungspolitik.

Zahlreiche Angehörige der in den Nachbarstaaten Deutschlands lebenden deutschen Minderheiten wurden durch diese Organisationen zu staatsfeindlicher Tätigkeit gegen ihre Gastvölker ausgenutzt. Ihre Aufgabe war es, Spionage zu treiben, die Verteidigungsfähigkeit des Gastvolkes zu untergraben und Anlässe für einen militärischen Überfall Hitler-Deutschlands zu provozieren. Sie stellten Listen „deutschfeindlich gesinnter“ Personen auf, teilten die Bevölkerung in „rassisch wertvolle“ und „rassisch minderwertige“ Teile und schufen damit eine Voraussetzung für die systematische Dezimierung und Ausrottung der Bevölkerung nach dem Überfall durch die faschistische Wehrmacht.

Dokumente des faschistischen Auswärtigen Amtes und der SS zeigen, wie die Angehörigen der „Deutschen Vereinigung“, einer faschistischen Organisation der deutschen Minderheit im polnischen Warthe-Gebiet, dazu benutzt wurden, durch Terrorakte einen Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen zu schaffen. (Siehe Tafel 42, Schreiben vom 20. und 25. August 1939, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Auswärtiges Amt Nr. 61 150). Selbst vor der Zerstörung von Kirchen, Schulen und Schwesternheimen schreckten die Revanchisten nicht zurück. Der Führer der in den Dokumenten genannten „Deutschen Vereinigung“ war der SS-Oberführer und Henker Tausender Bürger von Bydgoszcz Hans Kohnert. Er ist heute Sprecher der Landsmannschaft „Westpreußen“ und führender Revanchistenfunktionär in Westdeutschland.

Während der Besetzung der europäischen Länder durch das Hitler-Regime spielten die faschistisch verhetzten Teile der deutschen Minderheiten die Rolle der Unterdrücker, Ausbeuter und Henker der Gastvölker, die in ihnen vielfach ihre schlimmsten Peiniger erleben mußten.

IN DER DDR: FÜR REVANCHISMUS KEINE BASIS

Im Potsdamer Abkommen wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und Aussiedlungsmaßnahmen getroffen. Das Ziel war, ein für allemal die imperialistische Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten, diese Länder für die ungeheuren Verluste im Kriege zu entschädigen und stabile Grenzen zu schaffen, die nie wieder als Zange des deutschen Imperialismus gegen andere Länder ausgenutzt werden können.

Große Teile der deutschen Minderheiten wurden nach Deutschland in die vier Besatzungszonen der Großmächte ausgesiedelt.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde alles unternommen, um den von Hitler schmähslich betrogenen Umsiedlern ihr schweres Los zu erleichtern, ihnen eine neue Existenz und eine gesicherte Perspektive zu geben. Beispielsweise erhielten die ausgesiedelten Bauern Junkerland und

gründeten mit Staatshilfe Neubauernhöfe. Ihnen wurde offen gesagt und geduldig erklärt, wer am Verlust ihrer Heimat die Schuld trägt, daß der deutsche Imperialismus durch seine Kriegs- und Vernichtungspolitik die ehemaligen Ostgebiete für immer verspielt hat. Die Umsiedler fanden in der DDR eine neue Heimat und wurden gleichberechtigte Bürger des deutschen Friedensstaates. Es gibt keine einzige revanchistische Organisation oder Zeitung. Im Gegenteil, die Regierung der DDR erkannte in offiziellen Verträgen die bestehenden Grenzen an. Zu den Nachbarvölkern im Osten und Südosten Europas wurden erstmals in der deutschen Geschichte dauerhafte freundschaftliche und friedliche Beziehungen hergestellt.

IN WESTDEUTSCHLAND: NEUE NAMEN – ALTE ZIELE

Der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus dagegen drängt zum dritten Male in diesem Jahrhundert auf eine Veränderung der Grenzen. Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf die „Grenzen von 1937“, erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden mißbraucht, um diese revanchistische Politik propagieren und durchführen zu helfen.

Die westdeutsche Regierung hat es jahrelang bewußt unterlassen, die Umsiedler zügig und systematisch in das gesellschaftliche Leben einzugliedern und ihnen in der neuen Heimat einen festen Platz mit einer gesicherten Perspektive zu geben. Jahrelang lebten die Umsiedler in Barackenlagern und Notwohnungen. Auch heute, da sich die Masse der Umsiedler in Westdeutschland eingelebt hat, wird in ihnen unablässig die Illusion genährt, sie könnten eines Tages wieder in ihre ehemaligen Wohngebiete zurückkehren, die heute fremdes Staatsgebiet sind.

Von der westdeutschen Regierung gefördert, wurden nach 1945 die alten Revanchistenverbände erneut gebildet. Sie begannen sofort mit ihrer unheilvollen Tätigkeit. Weil sich die alten faschistischen Revanchistenorganisationen jedoch zu sehr kompromittiert hatten, wurden zumindest die Namen geändert. So wurde aus der „Deutschen Akademie“ das „Goethe-Institut“, München, aus dem „Deutschen Auslandsinstitut“ das „Institut für Auslandsbeziehungen“, Stuttgart, aus den Heimatbünden wurden „Landsmannschaften“, und aus der faschistischen „Bund Deutscher Osten“ wurde der „Bund der Vertriebenen“. Zwei Dokumente aus dem Jahre 1938 und 1959 beweisen, daß sich die Ziele nicht geändert haben. (Siehe Tafel 43, „Das Deutschtum im Sudetenraum“, Gebietskarte des „Bundes Deutscher Osten“, Landesgruppe Schlesien, aus dem Jahre 1938, und „Sudetendeutscher Turnerbrief“)

127 ZENTRALE REVANCHISTENORGANISATIONEN

Die Umsiedlerorganisationen, die heute in Westdeutschland bestehen, gehören zu jenem System staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen, das zur Verwirklichung der revanchistischen Politik aufgebaut wurde. Es soll alle ehemaligen Umsiedler und darüber hinaus möglichst die ganze westdeutsche Bevölkerung für die Politik der Grenzrevision, der „Rückeroberung“ verlorener Gebiete und für die Vorbereitung einer neuen Aggression gewinnen. Dieses System ist im wesentlichen nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert:

1. Organisation des Revanchismus durch Bundesregierung und Länderregierungen. Die wichtigsten staatlichen Behörden sind vor allem das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ (BMVt) mit dem „Bundesausgleichsamt“, dem „Beirat“ beim Minister und den sogenannten Flüchtlingslagern sowie das „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“ (BMG) mit seinen ungezählten, oft getarnten Organisationen („Kuratorium unteilbares Deutschland“, „Forschungsbeirat“, usw.).

Die Abteilung I im BMG ist für die Durchsetzung und Förderung des Revanchismus besonders verantwortlich. Ihre Aufgaben lauten nach offizieller Darstellung: *„Angelegenheiten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der deutschen Ostgebiete, Förderung des gesamtdeutschen Gedankens, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands (dabei ist die Einheit in den Grenzen von 1937 gemeint – d. Hrsg.)“* („Die Bundesrepublik“, Teilausgabe „Bund“, 1962/63, S. 266)

Im BMVt zeichnen die Referate I/3, II/2 und II/3 für folgende Aufgaben verantwortlich: *„Referat I/3: Beiräte, Verbände, Organisationen. Referat II/2: ... Fragen der Wiedervereinigung und der Integration. Referat II/3: Kulturelle Angelegenheiten (§ 96 BVFG), Ostkunde.“* (Ebenda, S. 264)

In den Vertretungen der Bundesländer in Bonn, wie auch in den Länderregierungen selbst, bestehen Dienststellen mit gleichen Arbeitsgebieten oder „Vertriebenenministerien“.

2. Organisation nach den ehemaligen Wohngebieten der Umsiedler in über 30 Landsmannschaften mit ihren Gliederungen und Interessengemeinschaften.

3. Organisation nach Berufs- und Fachgruppen, z. B. „Bauernverband der Vertriebenen e. V.“.

4. Organisation in Vereinen, die die theoretischen Grundlagen für die revanchistische Propaganda erarbeiten, z. B. „Nordostdeutscher Kulturrat e. V.“.

5. Organisation nach religiösen und caritativen Gesichtspunkten, z. B. „Katholische Arbeitsstelle für Heimatvertriebene“.

6. Organisation in Jugendorganisationen, z. B. „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO), „Aktion Katholischer Landsmannschaftlicher Jugend“ im „Bund der Katholischen Jugend“.

7. Organisierung in Gruppen und Arbeitskreisen der westdeutschen Parteien, z. B. „Union der Vertriebenen“ in der CDU/CSU, „Exil-CDU“.

8. Organisierung in extrem rechtsradikalen Verbänden halbfaschistischen Charakters, z. B. „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), die gleichzeitig versucht, die Einheitsfront aller ultrarechten Kräfte in den verschiedenen „Vertriebenenorganisationen“ aufzubauen, und „Rat der Ostdeutschen Landesvertretungen“, der sich in seiner Wühlarbeit vor allem auf polnische und sowjetische Gebiete konzentriert.

9. In den westdeutschen Parlamenten gibt es mehrere Ausschüsse, die sich mit der Förderung des Revanchismus beschäftigen. Allein im Bundestag sind es 5 Ausschüsse, z. B. der „Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen“.

10. Um die revanchistische Tätigkeit der verschiedenen Organisationen zu koordinieren, wurden drei Dachorganisationen geschaffen:

- a) „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV);
- b) „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ mit den „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands“ (VLM);
- c) „Arbeitsgemeinschaft der West- und Überseevertriebenen“.

Der BdV hat die Aufgabe, die revanchistischen Aktionen gegen die östlichen und südöstlichen Nachbarn Deutschlands auszuarbeiten und zu koordinieren. Ihm sind 20 Landsmannschaften angeschlossen. Er verfügt in allen Bundesländern und völkerrechtswidrig auch in dem besonderen Gebiet Westberlin über insgesamt 11 Landesverbände. Der „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ und die VLM konzentrieren sich mit ihren angeschlossenen 5 Landsmannschaften auf die Wühlarbeit und Hetze gegen die DDR.

Gegenwärtig gibt es in Westdeutschland mindestens 127 zentrale Revanchistenorganisationen. Sie werden von der Bundesregierung unterstützt und gefördert und vertreten die territorialen Ansprüche des westdeutschen Imperialismus in verschiedenen Formen. In dieser Zahl sind die militaristischen, terroristischen und antisemitischen Organisationen sowie die neonazistischen Parteien nicht enthalten.

VOM STAAT FINANZIERT

Die Revanchistenorganisationen erhalten von der Bonner Regierung nicht nur jegliche ideelle und moralische, sondern auch großzügige finanzielle Hilfe. Der Gesamtetat des „Vertriebenenministeriums“ stieg von 30 Millionen DM im Jahre 1955 auf 244 Millionen DM im Jahre 1963. Im Haushaltsjahr 1964 er-

höhten sich allein die Zuschüsse für „Intensivierung der kulturellen Breitenarbeit“ der Revanchistenorganisationen um 250 000 DM gegenüber 1963.

Außerdem erhalten die Verbände von den Landesregierungen große Zuwendungen, wie das Beispiel des sozialdemokratisch regierten Bundeslandes Hessen zeigt. Dort wurden allein im Jahre 1964 für die „Heimatpolitik“ 2,8 Millionen DM zur Verfügung gestellt, die sich aus folgenden Positionen zusammensetzen:

„Im einzelnen stehen jetzt an Landesmitteln für die Förderung der Vertriebenenarbeit in Hessen folgende Summen zur Verfügung:

1 150 000 Mark für zusätzliche Betreuungsmaßnahmen,

275 000 Mark zur Förderung von Veranstaltungen der landsmannschaftlichen Gruppen und zur Stärkung des gesamtdeutschen Bewußtseins,

370 000 Mark für ostdeutsche Fragen innerhalb der Erwachsenenbildung,

460 000 Mark für das ostkundliche Kolleg,

550 000 Mark zur Förderung ost- und mitteldeutscher Patenschaften“.

(Das „Ostpreußenblatt“, 27. Juni 1964)

1945 Kriegsverbrecher – 1965 Revanchistenführer

An der Spitze der westdeutschen Revanchistenverbände und -Ministerien stehen Personen, die sich schwerer Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit schuldig machten.

Als hohe SS-Offiziere und Führer der 5. Kolonne waren sie an der Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges sowie an Verbrechen gegen Kriegsgefangene und die Zivilbevölkerung der von den Faschisten überfallenen Staaten beteiligt. Der Sprecher und damit höchste Funktionär der heutigen Landsmannschaft „Oberschlesien“ in Westdeutschland, Ulitz, war der Führer des „Deutschen Volksbundes für polnisch Oberschlesien“, einer faschistischen Organisation der deutschen Minderheit in Polen. Ulitz und sein „Volksbund“ beteiligten sich an der Vorbereitung des Überfalls auf den Sender Gleiwitz. Die Faschisten benutzten diese Provokation als Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen und damit für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Der bereits genannte heutige Sprecher der Landsmannschaft „Westpreußen“, Kohnert, ist als Führer der faschistischen „Deutschen Vereinigung“ für die Ermordung Tausender polnischer Bürger in Bydgoszcz verantwortlich.

Als Beamte der faschistischen Besatzungsbehörden sind Revanchistenführer mitverantwortlich für die Ausplünderung, Unterdrückung und Ausrottung der überfallenen Völker, wie beispielsweise der heutige Ministerialrat und Referent im „Vertriebenenministerium“, Dr. Werner Essen. Als Abteilungsleiter im fa-

schistischen Reichskommissariat Ostland entschied er darüber, wer in den von den Faschisten besetzten Baltischen Sowjetrepubliken und der belorussischen SSR als „rassisch minderwertig“ galt. Für die Betroffenen bedeutete das meist den Marsch in ein Konzentrationslager und in den Tod.

Als Beamte der faschistischen Behörden in Deutschland waren sie an der Verfolgung von Antifaschisten und jüdischen Bürgern beteiligt. So bemühte sich der ehemalige NS-Bürgermeister von Ribnitz, heute Staatssekretär im Niedersächsischen „Flüchtlingsministerium“, Dr. Walter Wegener, 1936 mit allen Mitteln ein Pogrom gegen die in der Stadt ansässigen jüdischen Bürger zu organisieren. Er lieferte u. a. den Bürger Michelsen der Gestapo aus.

Die Skala der Revanchistenführer in Westdeutschland reicht vom Nazi-Agenten über den faschistischen General bis zum fanatischen Nazi-Ideologen, vom Landrat bis zum Gestapo-Henker. Sie haben ihre Gesinnung keineswegs geändert. Ihr Kampf, den sie wieder im Interesse der Kriegs- und Eroberungsziele der Rüstungsmonopole führen, richtet sich gegen jede Verständigung, gegen alle Tendenzen einer realen Ostpolitik und gegen jegliche Entspannung.

Seebohm, Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) und Minister der Erhard-Regierung erklärte: *„Wir sind an vorderster Front die Vorkämpfer für ein Abschütteln des bolschewistischen Kolonialismus über Osteuropa.“* („Der Spiegel“, Hamburg, 17. Mai 1961) Das hätte er wörtlich auch unter Hitler erklären können.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern der „Schlesischen Landsmannschaft“, Rumbaur, forderte größere Aktivität gegen jeden Versuch einer internationalen Entspannung: *„Wir wollen nicht versäumen, aus der sich anbahnenden Entwicklung unsere Schlüsse zu ziehen. Sie können nur lauten: ... kein Nachgeben, keine Weichheit, kein Leisetreten.“* („Der Schlesier“, Recklinghausen, 7. November 1963)

Und im „Sudetendeutschen Turnerbrief“, Jahrgang 8, vom 1. August 1957, konnte man lesen: *„Wie gewisse Zeitungen heute Richtungen pflegen, die bemüht sind, die Wahrheit zu unterdrücken, beweisen Veröffentlichungen in der ‚Frankfurter Rundschau‘ oder in der ‚Stuttgarter Zeitung‘, die sich ausgerechnet den Sudetendeutschen Tag ausgesucht haben, um an Lidice zu erinnern. Diese Selbstbefleckung widert an... Wissen sie schließlich nicht, daß in Lidice nur Komplizen bezahlter Kreaturen bestraft wurden, die geholfen haben, Mörder zu verbergen?“* (Siehe auch Tafel 43, „Sudetendeutscher Turnerbrief“, Jahrgang 7, vom 1. April 1956, „Zwischen Verniggerung und Bolschewisierung“. Herausgeber dieses Blattes ist der ehemalige SA-Führer und heutige Sprecher des „Sudetendeutschen Turnerbundes“, Welwarski.)

Lemmer NAZISPITZEL UND GOEBBELS-JOURNALIST

Ernst

heute: Minister für „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“

Ernst Lemmer bewährte sich ebenso wie seine Amtsvorgänger schon während der Zeit des Faschismus als zuverlässiger Diener des deutschen Imperialismus und Revanchismus. (Vgl. auch „Ernst Lemmer – Goebbels-Journalist, Nazi-Spitzel, Revancheminister“, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1964)

Am 24. März 1933 stimmte Lemmer als Reichstagsabgeordneter der „Deutschen Demokratischen Partei“ (später „Deutsche Staatspartei“) dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zu. Auch in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des „Gewerkschaftsrings“ unterstützte er die Hitler-Diktatur. Er schaltete diese Gewerkschaft mit der faschistischen Deutschen Arbeitsfront gleich. In einer Stellungnahme des Gewerkschaftsrings vom 14. März 1933 gab Lemmer folgende Loyalitätserklärung ab:

„Die freiheitlich-nationalen Gewerkschaften sind deshalb gewillt, auch der jetzigen Regierung, die mit der verantwortlichen Staatsmacht das Schicksal des ganzen deutschen Volkes zu gestalten hat, ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium)

Ein Höhepunkt der Gleichschaltung war die Anweisung Lemmers an alle Mitglieder des Gewerkschaftsrings, an der von den Faschisten zu einer chauvinistischen Machtdemonstration mißbrauchten 1. Mai-Kundgebung vollzählig teilzunehmen. In einer der Presse übergebenen Erklärung schreibt Lemmer, während Tausende Antifaschisten bereits in Zuchthäusern und KZ gequält wurden: *„Der Vorstand des Gewerkschaftsrings richtet an seine Verbände und Untergliederungen im Lande die Aufforderung, daß alle Mitglieder der freiheitlich-nationalen Arbeiter-und-Angestellten-Verbände am Tage der deutschen Arbeit (1. Mai) an den Veranstaltungen im Bekenntnis zum sozialen und nationalen Staat sich beteiligen!“*

Folgerichtig wurde Lemmer, der Hitler unterstützte, später zu einem Vertrauensmann der Nazis. Als Auslandsjournalist getarnt, denunzierte er demokratische Kollegen wie den Vertreter der „Berliner Börsenzeitung“, Schwerdtfeger. Über diesen Fall gab Prof. Herbert Melzig am 3. März 1964 in der Berliner Zeitschrift „Wochenpost“ eine Erklärung ab. Prof. Melzig war bis zu seiner Emigration im Jahre 1938 aushilfsweise bei der Presseabteilung der Reichsregierung bzw. der Abteilung IV des Propagandaministeriums als Übersetzer für orientalische Sprachen tätig. In der Erklärung heißt es:

„Aus der damaligen Zeit ist mir auch bekannt, daß Lemmer den Nazis Denunziantendienste leistete. Lemmer gehörte zu den Spitzeln, die den Berliner Journalisten Schwerdtfeger denunzierten. Dieser hatte einer ausländischen Presseagentur von einer auf der sogenannten Reichspressekonferenz von Goebbels

an die Presse vertraulich gegebenen Weisung Kenntnis gegeben, die das künftige barbarische Vorgehen der Nazis gegen die Juden betraf. Schwerdtfeger wollte dem Ausland ein Warnzeichen geben. Lemmer denunzierte Schwerdtfeger nicht direkt bei der Gestapo, sondern beim Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, der dann die Verhaftung Schwerdtfegers veranlaßte. Er erhielt lebenslängliche Haft . . .“.

Solche Denunziationen waren für Lemmer die beste Empfehlung, als er mit seiner Spionagetätigkeit beim Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes (Auslandsspionage) unter Leitung des in Nürnberg verurteilten SS-Brigadeführers Walter Schellenberg begann.

Seit 1934 arbeitete Lemmer als Auslandskorrespondent für mehrere ausländische Zeitungen, darunter „Neue Züricher Zeitung“, „Pester Lloyd“, Berner „Bund“ und „L Independance Belge“.

Im direkten Auftrag des Goebbels-Ministeriums schrieb Lemmer Artikel, die die Judenverfolgungen verniedlichen, rechtfertigen und im Ausland propagandistisch vorbereiten sollten.

In einem 1936 in der Schweiz durchgeführten Prozeß gegen einen jüdischen Bürger kam die barbarische Behandlung der Juden in Deutschland zur Sprache. Dies löste im Ausland helle Empörung gegen die Judenpolitik der Nazis aus.

Das Goebbels-Ministerium versuchte, diese Bewegung abzufangen, und beauftragte Lemmer, einen entsprechenden Artikel zu schreiben. Am 4. November 1936 erschien von Lemmer im Berner „Bund“ ein Artikel, in dem den Juden die Schuld an ihrer unmenschlichen Behandlung und Vernichtung in Deutschland gegeben wurde. Am 2. November 1936 schickte Lemmer den Artikel an Regierungsrat Diewerge, der in der Abteilung VII des Goebbels-Ministeriums „Judenreferent“ für Frankreich, Belgien, Schweiz, Palästina und Ägypten war. In diesem Brief heißt es:

„Ich nehme an, daß die endgültige Formulierung unseren Bedürfnissen entspricht, gleichzeitig aber so gehalten ist, daß sie in dem von mir bedienten liberalen Schweizer Blatt wirklich aufgenommen wird . . .“

Heil Hitler

Ihr ergebener E. Lemmer“

(Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Propaganda-Ministerium)

In einem Schreiben vom 5. November 1936 berichtete Diewerge an Goebbels, daß Lemmer den Auftrag erfüllt habe. Zugleich veranlaßte Diewerge den Nachdruck des betreffenden Artikels in der Nazi-Presse, der als Beweis für die Billigung der faschistischen Rassenpolitik durch das Ausland dienen sollte. Der Artikel fand auch den ungeteilten Beifall der deutschen Gesandtschaft in Bern, die am 13. November 1936 an Diewerge schrieb:

„Der von Ihnen lancierte Artikel im Berner ‚Bund‘ hat bisher außerordentlich gut gewirkt.“ (Ebenda)

Nach der faschistischen Besetzung Belgiens raubten die Nazis die einflußreiche Brüsseler Zeitung „Le Soir“ und unterstellten sie der deutschen Militärverwaltung. Lemmer wurde auf Betreiben des Auswärtigen Amtes und in Übereinstimmung mit dem Goebbels-Ministerium unter der Bezeichnung „Berliner Korrespondent“ als offiziöser Verbreiter der Nazi-Propaganda auch für den „Le Soir“ eingesetzt. Über den Charakter dieser Zeitung nach der faschistischen Besetzung gibt folgende Meldung Auskunft:

„... eines der infamsten Blätter der Goebbels-Propaganda, hergestellt von gekauften Subjekten, fabriziert von Verrätern ihres eigenen Landes. Der Ton des Blattes war sklavisch prohitlerisch, skrupellos antienglisch und antiamerikanisch und in der Domäne des Antisemitismus vollkommen auf den Jargon des ignoblen Streicher eingestellt ...“ („Telegraf“, Westberlin, 4. Januar 1947)

In einem ADN-Interview erklärte der heutige stellvertretende Chefredakteur des Brüsseler „Le Soir“, Desire Denuit:

„Nicht einmal Goebbels hätte unter den damals gegebenen Bedingungen die Nazi-Propaganda in Belgien so gut zu betreiben vermocht wie Lemmer! ... Sie (die Nazis – d. Hrsg.) hatten in dem gerissenen Lemmer einen Mann, der in der entsprechenden gefälligen Form schreiben konnte, dessen Korrespondenz aber gerade deswegen um so gefährlichere Vergiftungsmittel waren. Lemmer hat Hitlers Spiel gespielt.“ (ADN, 7. März 1964)

In mehr als 2000 Artikeln und Berichten für die ausländischen Zeitungen verherrlichte Lemmer die „Genialität“ Hitlers, die faschistische Justiz, die Überfälle auf die ČSR und Polen und die Ausrottungs- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus.

Einige Artikel aus Lemmers Feder im „Pester Lloyd“ mögen zur Illustration genügen. Dort heißt es über den faschistischen Raubkrieg:

„Mit beinahe atemloser Spannung folgt man der Darstellung der einzelnen Phasen des bisherigen Krieges, der nach der Niederwerfung Polens, nach der von Hitler als einzigartige Tat der deutschen Kriegsgeschichte bezeichneten Besetzung des von den französisch-englischen Kriegsausweitungsplänen bedrohten skandinavischen Raumes schließlich auf den Schlachtfeldern Westeuropas einen unvorstellbaren, von der Welt in diesem Tempo und Ausmaß gewiß nicht erwarteten Triumph der deutschen Waffen auslöste.“ („Pester Lloyd“, Budapest, 19. Juli 1940)

„Die deutschen Angriffsoperationen haben in den letzten Tagen von allen Seiten am westlichen Wolga-Ufer so bedeutsame Fortschritte gemacht, daß die Lage der sowjetischen Verteidigung immer schwieriger, vielleicht schon hoffnungslos geworden ist. Mit der Einnahme wichtiger Höhenzüge im Süden und Norden von Stalingrad ist vermutlich die Entscheidung schon gefallen ...“ (Ebenda, 4. September 1942)

Über den berüchtigten Präsidenten des Volksgerichtshofes und die Terror-

urteile, namentlich gegen die Beteiligten am Attentat gegen Hitler, schreibt Lemmer:

„Beide Persönlichkeiten (Thierack und Freisler – d. Hrsg.) repräsentieren die moderne Rechtsanschauung des Nationalsozialismus... Die Persönlichkeiten, die auf die leitenden Stellen berufen sind, stehen in dem Ruf, als Männer von großer Rechtserfahrung die erweiterte Aufgabe der Justiz des Reiches tatkräftig erfüllen zu können.“ (Ebenda, 25. August 1942)

„Der Attentatsversuch vom 20. Juli hat mit dem Urteilsspruch der Richter des Volksgerichtshofes eine schnelle Sühne gefunden... Wenn sich der Gerichtshof zu dieser drastischen Form der Exekution entschloß, so offenbar deshalb, weil die Verbrechen der Angeklagten als besonders schimpflich beurteilt werden...“ (Ebenda, 10. August 1944)

Zu Hitlers 50. Geburtstag heißt es in Lemmers Artikel:

„Adolf Hitler – Zum 50. Geburtstag am 20. April

Berlin, im April 1939

(E.L.) Adolf Hitler ist in einem knappen Jahrzehnt für das Begreifen der Welt eine geschichtliche Gestalt geworden... Instinkt und Klugheit bestimmen den Weg des Politikers. Hitler schafft das Großdeutsche Reich, sichert seine totale Einheit im Innern und stärkt in beispielloser Weise die Macht nach außen...“ (Ebenda, 20. April 1939)

Eng verbunden mit der Denunziation demokratischer Kollegen war die Tätigkeit Lemmers im „Verein der Auslandspresse“ in Berlin zur Gleichschaltung der ausländischen Journalisten. Darüber gibt ein Geheimschreiben des faschistischen Auswärtigen Amtes, Ref. P. Z. Aufschluß. (Siehe Tafel 45, Schreiben vom 29. Januar 1941, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA, Nr. 60 526)

Wie hoch die faschistischen Behörden die Tätigkeit Lemmers einschätzten, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

Während von den faschistischen Machthabern das Abhören ausländischer Sender generell verboten war und Hunderte von Todesurteilen allein aus diesem Grunde verhängt worden sind, erhielt Lemmer eine entsprechende Genehmigung des Goebbels-Ministeriums.

Als Vertrauensmann des faschistischen Außenministers Ribbentrop begleitete Lemmer im Jahre 1942 den japanischen Botschafter in Berlin, Oshima, auf dessen Reise durch Südosteuropa. Ziel dieser Reise war die stärkere Einbeziehung der Satellitenstaaten Deutschlands in die angeschlagene faschistische Kriegspolitik. Lemmer hatte die Aufgabe, diese Reise zu überwachen und vertrauliche Berichte an Nazi-Dienststellen zu geben. Goebbels schreibt darüber in seinem Tagebuch:

„23. April 1942 (Donnerstag): Der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer, der jetzt als Auslandsjournalist in Berlin sitzt, hat mit Oshima

eine Südostreise angetreten. Er gibt uns darüber einen ausführlichen Bericht, dem man entnehmen kann, daß sich Oshima außerordentlich tatkräftig für die Achsenpolitik eingesetzt hat." („Goebbels-Tagebücher", Atlantis-Verlag, Zürich 1948, S. 170)

Lemmer wurde vom Ostministerium, vom Auswärtigen Amt und vom Propagandaministerium in jene besetzten Länder entsandt, in denen die Okkupanten besonders grausam wüteten. Entgegen seinen Behauptungen, daß er „in Ungnade gefallen" sei, erschien er noch 1944 der Nazi-Führung als der geeignete Mann, um in besonderem Auftrage nach Riga zu fahren und die zunehmende Empörung des Auslandes über die faschistischen Verbrechen zu beschwichtigen und die Ausrottungspolitik zu verherrlichen. (Siehe Tafel 44, Schreiben Lemmers vom 25. April 1944 an das Polizei-Präsidium Berlin, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 26 106; Schreiben vom 13. April 1944, Lettisches Zentralarchiv Riga, „Reichskommissariat Ostland"; Schreiben vom 24. April 1944, ebenda; Schreiben vom 26. April 1944, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, ebenda)

Krüger EIN BLUTRICHTER HITLERS
Hans, Dr.

heute: CDU-Bundestagsabgeordneter, Rechtsanwalt, Vorgänger Lemmers im Amt des „Vertriebenenministers"

Der Vorgänger Lemmers als Minister für „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte", war Dr. Hans Krüger. Er hatte sich im Auftrage der CDU als langjähriger BdV-Präsident mit der Durchsetzung des Revanchismus befaßt. Über den Einfluß, den dieser Mann hatte, schreibt die „Rheinische Post" (CDU): *„Kaum eine Regierungserklärung wurde in den letzten Jahren von Bonn konzipiert, für die nicht der erste und bisher einzige BdV-Präsident Krüger im Kanzleramt, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit, vorgesprochen und Wünsche geäußert hätte, die dann mehr – oder minder deutlichen Niederschlag fanden."* („Rheinische Post", Düsseldorf, 18. November 1963)

Schon nach dreimonatiger Amtszeit mußte Erhard seinen „Vertriebenenminister" jedoch auf Grund von Enthüllungen der DDR über die Nazi-Vergangenheit Krügers und seine Tätigkeit als Sonderrichter in Chojnice (Polen) entlassen. (Vgl. „Bonner Revanchistenallianz gegen Entspannung und Abrüstung", Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1963)

Schon im Jahre 1923 hatte sich Krüger zu Hitler bekannt und nach eigenen Angaben im Lebenslauf am 9. November 1923 am Hitler-Putsch gegen die Weimarer Republik teilgenommen. Sofort nach der Machtergreifung des Faschismus wurde er Mitglied der NSDAP und ihrer Gliederungen, z. B. des NS-Rechtswahrerbundes, des NS-Studentenbundes und des Reichskolonialbundes

sowie des VDA. Besonders aktiv beteiligte sich Krüger in der extrem faschistischen Oberländer-Organisation „Bund Deutscher Osten“.

Unmittelbar nach dem faschistischen Überfall auf Polen wurde Krüger NSDAP-Ortsgruppenleiter und Richter im okkupierten Chojnice (Konitz). Am 5. November 1940 wurde Krüger zum Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Konitz ernannt. Der polnische Bürger Pabich sagte in einer offiziellen Vernehmung aus, daß bereits in den ersten Wochen von Krügers Amtstätigkeit „rund 2000 Polen aus Chojnice umgebracht wurden, die bis zu ihrer Ermordung in Krügers Amtsgerichtsgefängnis eingekerkert waren“. Krüger war „der Schreck des Gefängnisses“, bezeugten die Überlebenden von Chojnice. In den Zeugenaussagen heißt es weiter: *„Nach jeder Visite durch Krüger im Gefängnis wurden die Inhaftierten sortiert und ein Teil von ihnen zur Hinrichtungsstätte in das ‚Tal des Todes‘ gefahren, wo sie ermordet wurden.“* (Ebenda)

Im Jahre 1942 wurde er als „Stellvertreter in erster Linie“ an das neugebildete Sondergericht in Chojnice berufen. Dort entwickelte er sich zu einem Spezialisten bei der Durchsetzung der faschistischen Ausrottungspolitik, der 6 Millionen polnische Bürger zum Opfer fielen. Vom Sondergericht wurden selbst für geringfügige Vergehen hohe Zuchthaus- und Todesstrafen verhängt. Nur solche „absolut zuverlässigen“ Richter wie Krüger wurden als Sonderrichter berufen.

Der polnische Staatsbürger Marian Bakowski erklärte vor dem polnischen Kreisstaatsanwalt:

„Hans Krüger war einer derjenigen, die Urteile am Sondergericht fällten. Aus meiner Dolmetscherzeit kann ich mich genau an 5 Todesurteile gegen polnische Bürger erinnern, darunter gegen den polnischen Fähnrich Jeka.“

Diese Mitteilung über Krügers Tätigkeit am Sondergericht wurde von dem Zeugen Michel Znajdek ergänzt:

„Hans Krüger erfreute sich keines guten Rufes. Man sagte von ihm, daß er bei der Urteilstellung besonders scharf ist. Selbst deutsche Justizbeamte des Gerichtes Konitz, wie der Büroangestellte Plünner, der Oberinspektor Lange, der Justiz-Oberinspektor Pfeiffer und der Justizinspektor Lehmann, sagten, daß Krüger den Polen gegenüber besonders feindlich eingestellt ist. Sie selbst fürchteten ihn auch.“

Der Blut- und Sonderrichter Krüger wurde erst auf Grund des durch die exakten Enthüllungen der DDR und Volkspolens ausgelösten Proteststurmes in der ganzen Welt als Minister abgelöst, obwohl seine politische Laufbahn als Nazi-Okkupations-Richter bereits bei seiner Ernennung bekannt war. Schon am 25. November 1963 bot der Generalstaatsanwalt der DDR dem westdeutschen Bundeskanzler Erhard die Einsicht in Originalakten an, die einen seiner Minister als belasteten Nazi entlarvten.

Nach wie vor sitzt Krüger jedoch in der CDU-Fraktion des westdeutschen

Bundestages (seit 1957!), tritt als Berater der Revanchistenverbände auf und betreibt unbehelligt seine Rechtsanwaltspraxis.

Oberländer HENKER VON LWOW

Theodor

heute: CDU-Bundestagsabgeordneter, einer der einflußreichsten Revanchepolitiker, von 1953 bis 1960 – vor Krüger und Lemmer – „Vertriebenenminister“, bis 1965 Vorsitzender des Landesverbandes „Oder-Neiße“ der CDU

Theodor Oberländer war von 1953 bis 1960 „Vertriebenenminister“. Obwohl die Bundesregierung spätestens seit dem Sommer 1959 wußte, daß sich Oberländer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hat, blieb er im Amt.

In einem öffentlichen Prozeß vor dem Obersten Gericht der DDR im Jahre 1960 wurde Oberländer wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Oberländer mußte trotz heftigen Widerstandes der Bundesregierung und der Revanchistenorganisationen 4 Tage nach dem Urteil als Minister entlassen werden. (Vgl. „Die Wahrheit über Oberländer“, Ausschuß für deutsche Einheit, Berlin 1960)

Am 9. November 1923 nahm Oberländer – wie der Blutrichter und sein Nachfolger im „Vertriebenenministerium“, Krüger – am Hitler-Putsch gegen die Weimarer Republik teil. Die große Stunde Oberländers kam mit der faschistischen Machtergreifung. Er erklomm in rascher Folge die höchsten Parteiämter. Am 1. März 1933 wurde er Direktor des „Instituts für osteuropäische Wirtschaft“ in Königsberg und 1934, mit 29 Jahren, Professor. Er war Gau-Amtsleiter im Gaustab Ostpreußen, zunächst Landesgruppenleiter und schließlich auf persönlichen Wunsch des Kriegsverbrechers Heß Leiter des berüchtigten „Bundes Deutscher Osten“ (BDO), ferner SA-Hauptsturmführer und Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des VDA.

In seiner Tätigkeit als „Reichsleiter“ des BDO war Oberländer an führender Stelle an der theoretischen und praktischen Vorbereitung der Aggression gegen die östlichen Nachbarn Deutschlands beteiligt. Dabei widmete er sich besonders den deutschen Minderheiten im Ausland, denen er folgende Aufgabe stellte:

„Der Deutsche war rassistisch überlegen... Jede deutsche Volksgruppe kann draußen... ein drittes Reich im kleinen sein und... das Judentum bekämpfen.“ („Kampfblatt für Erzieher“, 1939)

Das Ergebnis dieses „Volkstumskampfes“ sollte die Ausrottung der slawischen Völker sein:

„Der Volkstumskampf ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln... Ein Kampf, der sich auf Generationen hinzieht mit dem einzigen Ziel: Ausrottung!“ („Der Neue Weg“, 1936)

Als die Kriegsvorbereitungen in ihr entscheidendes Stadium traten, wurde Oberländer als Spionage-Offizier in die Abteilung II der „Abwehr“ beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW) geholt. Diese Abteilung war die Spionage- und Diversionszentrale des deutschen Faschismus. Sie warb ihre Agenten vor allem unter den deutschen Minderheiten im Ausland.

Ab Mai 1939 stellte Oberländer seine Erfahrungen in den Dienst der Abwehrstelle des Wehrkreises VII in Breslau (Wroclaw). Mit Unterbrechungen blieb er dort bis zum 18. August 1939. Oberländer gehörte zum Kreis der Initiatoren und Organisatoren des fingierten Überfalls auf den Sender Gleiwitz, der den Faschisten als Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen diente.

Nach der faschistischen Okkupation Polens stellte sich Oberländer an die Spitze der Ausrottungsfanatiker und forderte die restlose Vertreibung und Vernichtung des polnischen Volkes:

„Die Eindeutschung in den Ostgebieten muß in jedem Falle eine restlose sein. Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen... aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf... Aus diesem Grunde ist neben vielen anderen eine Assimilierung des Polentums abzulehnen.“ („Neues Bauerntum“, April/Mai 1940)

Vor dem Überfall auf die Sowjetunion begann Oberländer mit der Aufstellung, Ausbildung und politischen Führung einer speziellen Sabotage- und Diversionseinheit für Sondereinsätze der Abteilung „Abwehr II“. Diese Sondereinheit war das Bataillon „Nachtigall“. Es bestand aus ukrainischen Nationalisten und Faschisten sowie aus asozialen und kriminellen Elementen. Die Gruppe war für „Sonderaufgaben“ – Sabotage, Diversion, Mordanschläge und Massenhinrichtungen in der Ukraine – vorgesehen. Sie sollte als erste Einheit in die Sowjetunion einfallen.

Damit begann der fürchterlichste Abschnitt in Oberländers Laufbahn als „Ostexperte“ und „Abwehr“-Offizier. Das Bataillon „Nachtigall“ erreichte als erste Einheit der faschistischen Wehrmacht am 30. Juni 1941 die sowjetische Stadt Lwow und blieb dort bis zum 7. Juli 1941. Die Zahl der in den ersten sechs Tagen der faschistischen Besetzung durch das Bataillon „Nachtigall“ ermordeten Frauen, Kinder und Greise wird auf 3000 bis 5000 geschätzt. In Lwow begann Oberländer, seinen alten Plan zur Vernichtung der polnischen und sowjetischen Intelligenz zu verwirklichen. Unter den 3000 bis 5000 ermordeten Menschen befanden sich auch 34 hervorragende Vertreter des Geisteslebens. Ihre Namen waren vom „Institut für Deutsche Ostarbeit“ in Krakau (Krakow) zusammen mit

Oberländer bereits vor der Aggression gegen die Sowjetunion auf die Todesliste gesetzt worden.

Doch nicht nur in Lwow beging die Einheit „Nachtigall“ Massaker unter der sowjetischen Bevölkerung. Das von Oberländer geführte Bataillon richtete auch in den Städten Solotschew, Tarnopol, Prokurow, Shitomir und Winnica furchtbare Blutbäder unter der Zivilbevölkerung an.

Nach kurzem Zwischenspiel als Leiter der Abteilung „Abwehr II“ beim Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd übernahm Oberländer im Herbst 1941 die Aufgabe, eine Sondereinheit zur Niederhaltung der sowjetischen Bevölkerung im okkupierten Gebiet und zur Bekämpfung der Partisanenbewegung aufzubauen. In diese Einheit preßte Oberländer kriegsgefangene Angehörige der kaukasischen Völker. Für diese Kriegsgefangenen gab es nur die eine Wahl: Hungertod im faschistischen Lager oder Eintritt in das Bataillon (später Regiment) „Bergmann“.

Die unter Oberländers Befehl stehende Sondertruppe „Bergmann“ war von der Wehrmachtsführung zu Diversionsakten im sowjetischen Hinterland vorgesehen. In den Jahren 1942/1943 war sie jedoch hauptsächlich an Vernichtungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung und die Partisanenbewegung beteiligt. Alle diese Aktionen wurden „mit äußerster Härte“ durchgeführt. Die Einsatzbefehle unterschrieb Oberländer. Wer sich von den Angehörigen dieses Regiments an den Verbrechen nicht beteiligen wollte, wurde erschossen. So war es auch, als ein Teil des Regiments begann, sich zur Wehr zu setzen. Oberländer ließ sieben Angehörige der Einheit vor ein Kriegsgericht stellen und erschießen. Nach kurzem Einsatz auf dem Balkan zeichnete sich das von Oberländer organisierte und politisch geformte Regiment im Jahre 1944 bei der grausamen Niederschlagung des „Warschauer Aufstandes“ aus.

Gegen Ende des Krieges wurde Oberländer noch zum Major befördert und zum Leiter des Schulungslagers „Ostprop.-Abt. z. b. V.“ in Dabendorf bei Berlin berufen. In diesem Lager wurde die Armee des Verräter-Generals Wlassow ideologisch ausgerichtet. Vor den anrückenden sowjetischen Truppen floh Oberländer in die Tschechoslowakei, wo er in eine SS-Kriegsberichterstatter-Standarte eintrat. Am 23. April 1945 begab er sich dann in amerikanische Gefangenschaft.

Oberländer lebt heute nicht nur unbehelligt in Westdeutschland, sondern ist nach wie vor Abgeordneter der CDU im Bundestag und hat großen Einfluß auf die Politik der westdeutschen Revanchistenorganisationen, obwohl sogar die Bonner Justiz in einem vergeblichen Reinwaschungsversuch die Mordtaten des von ihm geführten Bataillons „Nachtigall“ in Lwow bestätigen mußte.

Die Einsetzung der schwerbelasteten Nazi- und Kriegsverbrecher Oberländer, Krüger und Lemmer als Minister ist bezeichnend für den Geist und die Aufgaben des Bonner „Vertriebenenministeriums“.

Seebohm
Hans Chr.
heute.

Seeböhm ARISIERUNGSGEWINNLER

Hans Chr.

heute: Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und Bundesminister für Verkehr

Hans Christoph Seeböhm versäumt keine Gelegenheit, die Abtrennung der Sudetengebiete von der ČSSR zu fordern. Er ist selbst niemals Sudetendeutscher, geschweige tschechischer Staatsbürger gewesen. Er ist weder in der ČSSR geboren, noch war er dort sesshaft oder längere Zeit tätig.

Wenn Seeböhm vom „Recht auf die Sudetendeutsche Heimat“ spricht, meint er Kohle und Profit – meint er den vom tschechoslowakischen Volk enteigneten ehemaligen Monopolbesitz seiner Familie:

– die ehemaligen „Britannia-Kohlenwerke A.G.“ in Kralovske-Porice und die „Vereinigten Kohlenwerke A.G.“ in Ervenice.

Doch Seeböhm beschränkte sich keineswegs auf die Ausbeutung tschechoslowakischer Staatsbürger und Bodenschätze, er beteiligte sich zu eigenem Nutzen an der faschistischen Arisierungspolitik in der ČSR. 1940 – ein Jahr nach der faschistischen Annexion der ČSR – wurde Seeböhm zum Direktor der „Hohenlohe Werke A.G.“ befördert. Was steckt hinter dieser Karriere? Im Aufsichtsrat des Hohenlohe-Konzerns saßen seit Jahrzehnten drei Angehörige der Familie Petschek, einer jüdischen Industriellen-Familie. Sie wurden die Opfer des Arisierungsgewinnlers Seeböhm. Auf seine Intervention hin wurde die Gesamtgesellschaft, an der die Familie Petschek sehr stark beteiligt war, ab Juni 1939 unter eine sogenannte Zwangsverwaltung gestellt. Ein Teil wurde sofort den „Reichswerken Hermann Göring“ übergeben. Zum Direktor der neuen Gesellschaft, die ab 1941 als „Hohenlohe Werke“ wieder im „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“ erschien, machten die Nazis ihren Mann, Dr. Hans Christoph Seeböhm.

Gleichzeitig „entjudete“ Seeböhm die oben genannten Gesellschaften seines Familienbesitzes, indem er die in diesen Betrieben enthaltenen jüdischen Kapitalanteile kurzerhand enteignen ließ. Drei der von Seeböhm entfernten leitenden Angestellten wurden später von den Faschisten umgebracht.

Alle in der Tschechoslowakei geraubten Betriebe vereinigte der Arisierungsgewinnler Seeböhm am 28. Februar 1941 in der „Egerländer Bergbau-Aktiengesellschaft“, zu deren stellvertretendem Vorsitzenden er sich selbst ernannte.

Der nachstehende Auszug aus dem Handbuch der Aktiengesellschaften beweist, daß Seeböhm im Zuge der Arisierung nicht nur das Familienvermögen vermehrte, sondern nach Entfernung der Petscheks sich und seiner Familie die entscheidenden Positionen in dem „entjudeten“ Konzern zuschanzte:

„Egerländer Bergbau-A.G. – Sitz der Verwaltung: Königswert bei Falkenau (Egertal)

Gegründet: 28. Februar 1941 ...

Gründer: Direktor Dr. Fritz Rittstieg in Berlin als Veräußerungstreuhänder der „Britannia-Kohlenwerke A.G.“ in Königswerth und der Vereinigten „Britannia-Kohlenwerke A.G.“, Seestadt; Generaldirektor Kurt Seeböhm, Königswerth; Dr. Ing. Hans-Christoph Seeböhm, Graupen; Admiral a. D. Hans Seeböhm, Berlin; Direktor Siegmund Schauburger, Karlsbad.

Vorstand: Gen.-Dir. Kurt Seeböhm, Königswerth.

Aufsichtsrat: Rechtsanwalt Heinrich Ansmann, Berlin, Vorsitzender; Berg-Assessor Dr. Ing. Hans-Christoph Seeböhm, Dortmund, stellv. Vorsitzender; ...“

(„Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften“, 1942)

Seeböhms revanchistische Hetze heute in Westdeutschland soll die Voraussetzungen schaffen, seine „Arisierungs“-Gewinne, die er in der faschistisch okkupierten ČSR erzielte, wieder in seinen Besitz zu bringen. Doch Seeböhms Ziele sind weiter gesteckt. Er will, nach der Herstellung des „Großdeutschen Reiches“ in den Grenzen von 1939, die reichen Vorkommen an spaltbarem Material in der ČSSR in das Potential der westdeutschen Atomrüstung eingliedern.

„Eine der wichtigsten – wenn nicht die wichtigste – der bisher auf dem europäischen Festland erschlossenen Fundstätten spaltbarer Rohstoffe zur Gewinnung der Atomenergie befinden sich im Sudetengebiet, d. h. in jenem Teil der Länder Böhmen und Mähren-Schlesien, der bis zum Jahre 1945/46 von Deutschen bewohnt war. Diese Tatsache allein könnte bereits die Aufforderung an die deutsche Öffentlichkeit rechtfertigen, sich mit dem Problem dieses Landstrichs, seiner Menschen und Beziehungen zur Umwelt zu beschäftigen.“ („Mitteleuropäische Quellen und Dokumente“, München, Bd. 2, S. 4)

Über die Pläne der westdeutschen Revanchisten sagte am 9. Oktober 1960 Seeböhm auf einem Treffen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Aschaffenburg:

„... Die ČSR, Polen und die Sowjetunion sollen sich ja nicht der Hoffnungen hingeben, daß wir das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben haben. Es geht um die Befreiung aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Europa. Das muß jedoch bald geschehen...“ („Strauß und seine Ultras“, Materialien des Ausschusses für Deutsche Einheit, Berlin 1961)

Der Bundesminister und Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ Seeböhm, will mit Hilfe des durch die Annexion tschechoslowakischer Gebiete vergrößerten Atom-Potentials des westdeutschen Imperialismus bis zum Ural marschieren.

Wegener
Hans, Dr.
heute:

Kohnert
Hans, Dr.
heute:

Wegener GESTAPO-ZUTREIBER

Walter, Dr.

heute: Staatssekretär im Niedersächsischen „Flüchtlingsministerium“, Vorsitzender der „Landsmannschaft Mecklenburg“, Vorsitzender der „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands“, Mitglied des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindetages sowie Mitglied des gemischten Personalausschusses der „Niedersächsischen Spitzenverbände“

In der Nazi-Partei war Wegener zunächst Block- und Zellenleiter und vom März 1934 bis Januar 1943 Kreiswirtschaftsberater. Mit der faschistischen Machtübernahme wurde Wegener Bürgermeister von Stavenhagen und am 12. Dezember 1934 Bürgermeister von Ribnitz. Wegener war Initiator des Terrors gegen Antifaschisten und jüdische Bürger in der Stadt Ribnitz. Dokumente, wie die über den Fall „Michelsen“, kennzeichnen Wegener als fanatischen Parteigänger Hitlers und als Zutreiber der Gestapo. (Siehe Tafel 47, Schreiben vom 8. April 1936 und 3. September 1936 sowie Notiz vom 28. September 1936, Landeshauptarchiv Schwerin, MdI Nr. 829)

Nach „erfolgreicher“ Tätigkeit in Ribnitz wurde Wegener 1944 NS-Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Rostock-Land.

Kohnert HENKER VON BYDGOSZCZ

Hans, Dr.

heute: Sprecher der „Landsmannschaft Westpreußen“ und Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Fleischwarenfabriken

Im Jahre 1935 wurde Kohnert Vorsitzender der faschistischen Organisation der deutschen Minderheit im polnischen Warthe-Gebiet, „Deutsche Vereinigung“. Seine Hauptmethoden zur Unterminierung des polnischen Staates waren neben der intensiven Spionagetätigkeit die faschistische Erziehung und militärische Ausbildung der Jugend sowie die Einbeziehung möglichst vieler Bürger der deutschen Minderheit in das Netz der 5. Kolonne. Enge Beziehungen pflegte Kohnert mit Oberländer und der obersten SS-Führung, von der er auch das Geld für seine Wühltätigkeit erhielt.

Im Jahre 1938 begann Kohnert mit dem Aufbau der SS in diesen Gebieten Polens. Die Organisation existierte unter der Bezeichnung „Selbstschutz“ und wurde beim Überfall auf Polen gegen die polnische Armee und Bevölkerung eingesetzt. Der von Kohnert kommandierte „Selbstschutz“ ist für die Ermordung tausender Bürger von Bydgoszcz (Bromberg) verantwortlich. An jenem verhängnisvollen 3. September 1939 ereignete sich in dieser Stadt, dem Sitz der Untergrundorganisation Kohnerts, folgendes:

In den Morgenstunden eröffneten Kohnerts SS-Banden, die ihre Stunde gekommen sahen, aus Häusern und von Dächern ein heftiges Feuer auf die sich in das Landesinnere zurückziehenden polnischen Truppen. Der polnische Stadtkommandant erließ daraufhin den Befehl, die Stadt von den SS-Banditen zu säubern. Etwa 260 Meuchelmörder aus der faschistischen 5. Kolonne wurden aufgespürt und von der polnischen Armee hingerichtet. Diese von dem Faschisten Kohnert provozierten Ereignisse nahmen die SS und die Gestapo zum Vorwand, nach der Okkupation Polens allein in Bydgoszcz 10 500 Menschen – darunter ganze Schul- und Gymnasialklassen – zu ermorden. Weitere 13 000 kamen bei der Deportation um.

Für diese „Verdienste“ wurde Kohnert 1939 zum SS-Oberführer befördert und als Landesbauernführer im damaligen Gau Netze-Wartheland eingesetzt. Hitler dekorierte ihn mit dem „Goldenen Ehrenzeichen der NSDAP“.

Ulitz ORGANISIERTE DAS VERBRECHEN VON GLEIWITZ

Otto

heute: Sprecher der „Landsmannschaft Oberschlesien“

Seit 1921 war Ulitz Leiter des „Deutschen Volksbundes für polnisch Oberschlesien“. Die große Stunde dieses „Volksbundes“ kam mit der Machtergreifung Hitlers. Von Ulitz extrem faschistisch orientiert, begannen die Schlägerkolonnen des „Volksbundes“, besonders im Jahre 1939, immer häufiger, blutige Zusammenstöße zu provozieren. Eine Welle faschistischer Provokationen ging durch das polnische Land. Das Ziel war, die politische Situation bis zum äußersten anzuspannen, um einen geeigneten Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen zu schaffen.

Ulitz war mit seiner als „Volksbund“ getarnten 5. Kolonne zur Vorbereitung und Durchführung des fingierten Anschlages auf den Sender Gleiwitz eingesetzt. In mehreren Besprechungen mit der obersten SS-Führung übernahm Ulitz für den Anschlag folgende Aufgaben: Er hatte die vom faschistischen Sicherheitsdienst ausgesuchten Leute, die sich unter Führung des SD-Mannes Naujocks nach Gleiwitz begaben, zu beraten und ihnen genaue Ortskenntnisse zu vermitteln. Ferner half er einen polnisch sprechenden zuverlässigen „Volksdeutschen“ auszuwählen, der Naujocks zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Verbrecher hielt nach dem fingierten „Überfall“ in polnischer Sprache eine Hetzrede im Gleiwitzer Sender.

Am 31. August 1939 rollte das Unternehmen gegen den Sender Gleiwitz ab. Am nächsten Tag begann der militärische Überfall auf Polen und der zweite Weltkrieg.

Ulitz wurde für seine vielfältigen Verdienste bei der Vorbereitung der

ethoten,
Zko von
heute:

Aggression zum Ministerialrat und Abteilungsleiter der Regierung in Kattowitz (Kattowice) ernannt und erhielt am 18. Oktober 1939 das „Goldene Ehrenzeichen der NSDAP“.

Richthofen, EIN EHRLOSER DENUNZIANTE

Bolko von

heute: „Bundeswissenschaftsberater“ und Mitglied im Vorstand der „Landsmannschaft Schlesien“

Richthofen gehörte zu den antisemitischen und revanchistischen Professoren Hitlers. In seinen pseudowissenschaftlichen Schriften versuchte er, die antisemitische Barbarei der Nazis und den Herrschaftsanspruch des deutschen Imperialismus, besonders gegenüber Osteuropa, zu begründen. Dazu einige Titel aus seiner Bibliographie: „Rasse und Volkstum in der bolschewistischen Wissenschaft“, „Ursprung der Ostjuden und Chasaren“, „Judentum und bolschewistische Kulturpolitik“.

Seine politische Laufbahn begann Richthofen in den reaktionären Freikorps und der „Schwarzen Reichswehr“. Später führte ihn seine erzreaktionäre Einstellung in den faschistischen „Bund Deutscher Osten“.

Als Leiter der „Berufsvereinigung deutscher Vorgeschichtsforscher“ denunzierte er den Wissenschaftler Prof. Wirth, der eine zur faschistischen Rassentheorie abweichende Meinung geäußert hatte und freundschaftlich mit jüdischen Bürgern verkehrte. Es gibt Dokumente in großer Zahl, die ein bezeichnendes Licht auf den „Wissenschaftler“ Richthofen werfen, einen fanatischen Verfechter der barbarischen Rassentheorie und -praxis des Faschismus. In einem Brief vom 24. Januar 1934 schreibt er an Prof. Günther in Jena:

„Ich verstehe nicht, weshalb man Wirth aus menschlichen und taktischen Gründen schonen soll... Ihre Anregung einer Erklärung möglichst der Gesamtheit der völkischen Hochschullehrer gegen Wirth erscheint mir außerordentlich wertvoll, nur sollte sie nicht in milden, sondern meines Dafürhaltens in schneidend scharfen Worten gehalten sein.“ (Siehe auch Tafel 46, Schreiben vom 14. Februar 1934 und 16. Januar 1934, Landeshauptarchiv Schwerin, Ministerium für Unterricht, Nr. 1267)

Prof. Wirth war nicht das einzige Opfer des Denunzianten Richthofen. Auch die Wissenschaftler Gesemann und Winkler wurden von ihm als „juden- und bolschewistenfreundlich“ den Nazi-Behörden gemeldet.

Während des zweiten Weltkrieges arbeitete Richthofen als Referent und „Sonderbeauftragter“ beim Oberkommando des Heeres (OKH), Abteilung „Fremde Heere Ost“, im Spionageapparat des damaligen Generals und heutigen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen. In einem

Brief an die Universität Leipzig schrieb Richthofen am 16. Oktober 1944: *„Meine Arbeitskraft habe ich inzwischen in der Hauptsache von hier aus der Wehrmacht und der Partei zu Schulungsvorträgen über den Bolschewismus zur Verfügung gestellt, um damit den Durchhaltewillen stärken zu helfen.“* (Universitätsarchiv Leipzig)

Als Durchhaltefanatiker rühmte sich Richthofen auch in einem Artikel der *„Leipziger Neueste Nachrichten“*. Dort heißt es u. a.:

„Die wissenden und verantwortungsbewußten Europäer kennen gegen die Hölle des Bolschewismus und seine plutokratischen Handlanger nur das kämpferische Durchhalten bis zum Letzten. Allein dadurch können unser Volk, Europa und die Welt gerettet werden.“ (*„Leipziger Neueste Nachrichten“*, 15. November 1944)

Richthofen ist heute der führende Ideologe der *„Schlesischen Landsmannschaft“*. Darüber hinaus ist er einer der Organisatoren und Förderer der rechtsradikalen und halbfaschistischen *„Aktion Oder-Neiße“* (AKON).

Illing SS-TERRORIST

Paul

heute: Bundesgeschäftsführer der *„Sudetendeutschen Landsmannschaft“* (SL), Sekretär der *„Bundesversammlung“* der SL, Mitglied des *„Beirates“* beim Lemmer-Ministerium

Schon am 1. März 1923 trat Illing in Wien der NSDAP bei und wurde dort Blockleiter. Zur gleichen Zeit wurde er Mitglied der SA. Im Auftrage der Nazi-Partei ging er in die ČSR, um an der faschistischen Beeinflussung der deutschen Minderheit und der Wühlarbeit gegen den tschechoslowakischen Staat teilzunehmen. Illing organisierte dort den *„Volkssport“*, eine faschistische Terrororganisation, die nach den Prinzipien der SS organisiert und gegen die tschechoslowakische Bevölkerung eingesetzt wurde. Als stellvertretender Landesführer dieser Organisation, die unter Leitung des späteren Nazi-Gauleiters und Kriegsverbrechers Hans Krebs stand, war er für die Provokationen verantwortlich, die seine Organisation inszenierte. In der bürgerlichen ČSR wurde er deshalb wegen staatsfeindlicher Tätigkeit zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Jahre 1938 holte ihn Himmler nach Deutschland. Von hier aus sollte Illing die Okkupation der ČSR vorbereiten helfen. Er wurde als SS-Sturmabführer und als Leiter zweier Abteilungen im Stab des SS-Oberabschnittes *„Elbe“* eingesetzt. Schon ein Jahr danach wurde er zum SS-Obersturmbannführer befördert. Über seine weitere Arbeit in der SS schreibt Illing in seinem Lebenslauf:

„Am 15. 3. 1939 wurde ich dem Reichsführer SS beim Einmarsch nach Prag

als Führer und Dolmetsch zugeteilt. Anschließend baute ich als Leiter der SS-Annahmestelle des SS-Oberabschnittes „Elbe“ und als Standortführer von Prag die Schutzstaffel im nördlichen Protektorat auf. Vom Dezember 1939 an führte ich ehrenamtlich die 103. SS-Standarte in Aussig und bin seit Juni 1940 ehrenamtlicher Gau-Organisationsleiter in Reichenberg.“ (Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag, Reichsstatthalter Sudetenland)

Illing wurde dann in einem der größten Kreise des Sudetengebietes, in Leitmeritz (Litomerice), zum Landrat berufen. Die Nazi-Partei verzichtete jedoch nicht auf ihn. Vom „Stellvertreter des Führers“ wurde er zur NSDAP-Gauleitung Reichenberg berufen, wo er als Stabsleiter arbeitete. Für seine aktive Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Annexion der ČSR und der Organisierung des SS-Terrors gegen die tschechische Bevölkerung erhielt Illing u. a. den „Totenkopfring“ und den „Ehrendegen des Reichsführers SS“, das „Goldene Ehrenzeichen der NSDAP“ und das Kriegsverdienstkreuz.

Neuwirth ARISIERUNGSSPEZIALIST Hans, Dr.

heute: Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“, des Vorstandes der Adenauer-CDU, Vorsitzender des Rechtsausschusses und Mitglied des Presseausschusses und der „Bundesversammlung“ der SL, Geschäftsführer der „Union der Vertriebenen“ in der CDU und Sekretär des „Collegium Carolinum“, eines Zentrums der imperialistischen Ostforschung; hauptamtlich ist er im Auswärtigen Amt der Bonner Regierung tätig

Seit 1935 war Neuwirth Abgeordneter der sudetendeutschen Nazi-Partei, seit 1936 Mitglied der Hauptleitung und Mitglied des Rechtsamtes. Der Kriegsverbrecher Henlein bezeichnete Neuwirth als den „politischen Rechtsanwalt“ seiner Partei. Die Gauleitung Reichenberg der NSDAP charakterisierte ihn wie folgt: „Da er vertraglich die Verpflichtung zur Führung von politischen Prozessen übernommen hatte, wurde ihm vom VDA ein fixes Gehalt von RM 1000,- gezahlt. In Nikolsburg habe er scharf gegen die Verjudung gerade des dortigen Bezirks Stellung genommen.“ (Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag, Gauleitung Reichenberg.)

Nach der Annexion des Sudetengebietes durch die Hitlerfaschisten beschäftigte sich Neuwirth mit Plänen der Vernichtung des tschechischen Volkes. Seine Vorschläge zur faschistischen Ausrottungspolitik legte er in einem Memorandum vom 15. Oktober 1938 unter dem Titel „Bemerkungen zur tschechoslowakischen Frage“ dem Auswärtigen Amt Ribbentrops vor. Dort heißt es:

„Vordringlich ist die Klärung der Hauptfrage: was soll mit dem Reststaate

geschehen? Zwei Möglichkeiten erscheinen gegeben: A) Man überläßt die Tschechen sich selbst, riegelt den Reststaat wirtschaftlich ab, übersteigert in Ausmaß und Tempo die wirtschaftlichen und sozialen Schrumpfungerscheinungen, befördert dadurch die Verselbständigungsbestrebungen der Slowaken und Ukrainer bis zur staatspolitischen Separation und nimmt endlich nicht zu vermeidende Unruhen auch sozialer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten zum Anlaß, um aus dem Titel der für das Reich unvermeidlichen Ordnungsherstellung rein machtmäßig die historischen Länder zu übernehmen und unter der direkte Hoheitsverwaltung des Reiches zu stellen. Nach der machtmäßigen Einverleibung der Gebiete der historischen Länder müßte jedenfalls eine reine obrigkeitliche Verwaltung eingerichtet werden, die ohne schärfste Anwendung polizeilicher Pressionsmittel mit dem Ziel persekutiver Verdrängung nicht auskommen könnten. Diese Politik ist grundsätzlich möglich, muß jedoch mit allen Konsequenzen und gegebenenfalls erbarmungslos gewollt werden . . ." (Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag, AA, Nr. D 497 783–497 798)

Nach der faschistischen Okkupation auch der restlichen Gebiete der ČSR wurde Neuwirth von dem berüchtigten Kriegsverbrecher Heydrich beauftragt, den jüdischen Petschek-Konzern zu liquidieren. Die vom SD gemeinsam mit Neuwirth vollzogene Arisierung dieses Konzerns führte zur Ermordung von 12 Angestellten. Die „arisierten“ Petschek-Unternehmen wurden zum Teil dem faschistischen „Hermann-Göring-Konzern“ einverleibt. Dabei hatte sich Neuwirth als ein besonders geeigneter Fachmann für den Raub jüdischen Vermögens erwiesen und wurde mit der „Reorganisation“ eines weiteren Zweigunternehmens des Petschek-Konzerns, der „Montan- und Industrialwerke AG“ im Falkenauer Gebiet, beauftragt. Nachdem Neuwirth alle jüdischen Teilhaber verdrängt und der Gestapo übergeben hatte, trat er als Mitglied in den Vorstand des „arisierten“ Unternehmens ein.

Zoglmann DEM „FÜHRER“ VERSCHWOREN

Siegfried

heute: Leitender Funktionär der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bonner Bundestag

Seit 1928 war Zoglmann in der faschistischen Jugendbewegung und seit 1931 als Redakteur und Chefredakteur faschistischer Jugendzeitungen, wie „Jungdeutsches Volk“, „Die Fanfare“ und „Deutscher Ostraum“, tätig. 1935 wurde er Bannführer. Kriegsverbrecher Schirach ernannte ihn zum Leiter der Verbindungsstelle im Presse- und Propaganda-Amt beim Reichsjugendführer. Nach der Okkupation der ČSR wurde Zoglmann als Hauptbannführer und später als Gebietsführer Chef der Befehlsstelle Böhmen und Mähren der HJ und Abteil-

lungsleiter beim Kriegsverbrecher K. H. Frank, dem „Reichsprotektor“ im faschistisch besetzten Prag.

In dieser Eigenschaft nahm er an allen internen und „militärisch überwachten“ Veranstaltungen teil. Zu diesem Kreis hatten u. a. Zutritt: „Reichsprotektor“ K. H. Frank, Oberbannführer Zoglmann, SS-Oberführer Stahlecker, führende Mitglieder der Nazi-Kreisleitung, zu der auch das heutige Vorstandsmitglied des „Witikobundes“ und ehemaliger Kreisleiter der NSDAP in Prag, Konstantin Höss, gehörte.

Die von Zoglmann selbst oder zusammen mit anderen Nazi-Größen herausgegebenen Schriften zur „politischen Bildung“ der HJ weisen ihn als einen fanatischen Anhänger des faschistischen Systems aus. In seinem Buch „Jugend erlebt Deutschland“ schrieb er u. a.: *„Deutschland lebt in den marschierenden Kolonnen der SA und im Gleichschritt der jungen Wehrmacht.“* Und an anderer Stelle: *„Ein Glaube ist es, der sie eint. Ein Wille, der sie beseelt. Eine Fahne, hinter der sie marschieren. Ein Führer, dem sie sich verschworen.“*

In einem Brief an den Kriegsverbrecher Frank vom 20. Januar 1940 bat Zoglmann um die Aufnahme in die SS mit einem seiner Position entsprechenden Dienstgrad. Er bezog sich dabei auf eine Unterredung mit Himmler, die er am 12. Januar 1940 in Berlin hatte. Zoglmann erhielt als Auszeichnung für seine Mitwirkung an der Okkupation der ČSR das „Goldene Ehrenzeichen der HJ“. Seit 1943 gehörte Zoglmann der Waffen-SS an.

Karmasin HENKER DES SLOWAKISCHEN VOLKES

Franz

heute: Geschäftsführer des „Witikobundes“, der faschistischen Propagandazentrale der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Mitglied im „Sudetendeutschen Rat“ und Mitglied der „Bundesversammlung“ der von Minister Seeböhm geführten „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Unter den schwerbelasteten Nazi- und Kriegsverbrechern, die die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ durchsetzen, ragt Karmasin mit seinen grauenhaften Verbrechen gegen das slowakische Volk besonders hervor. Im Jahre 1926 ging er als Funktionär des extremnationalistischen „Deutschen Kulturbundes“ in die Slowakei, um die dort lebenden deutschen Minderheiten nationalistisch zu beeinflussen und sie in die staatsfeindliche Tätigkeit gegen die ČSR einzubeziehen. Seit dieser Zeit war er auch mit dem Kriegsverbrecher Henlein befreundet, der ihn am 15. Oktober 1937 zu seinem Stellvertreter in der sudetendeutschen Nazi-Partei und zum Beauftragten für die Slowakei ernannte.

Nachdem die deutschen Faschisten die ČSR okkupiert hatten, gaben sie der

Slowakei unter der Herrschaft des Faschisten Tiso eine formale Selbständigkeit, um den Widerstandswillen des tschechoslowakischen Volkes zu spalten. Dieser formal selbständige slowakische Staat war aber nur ein nazistisches Protektorat. Als NS-Volksgruppenführer und Staatssekretär in der Tiso-Regierung hatte Karmasin die Aufgabe, die slowakischen Faschisten zu kontrollieren und darüber zu wachen, daß sie den Befehlen Hitlers nachkamen.

Nach der Lostrennung der Slowakei von den tschechischen Gebieten organisierte Karmasin den SS-, SA- und Polizeiterror. Unter den ersten Opfern befanden sich 700 Angehörige der deutschen Minderheit, die, als asoziale Elemente abgestempelt, in die Vernichtungslager der SS transportiert wurden. In seinem Brief vom 28. Juli 1942 an Himmler schrieb Karmasin:

„Reichsführer!

Abermals sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Reichsführer, für die neuerliche großzügige Hilleleistung, die Sie uns durch die Ermöglichung der Aussiedlung asozialer Elemente gewährt haben, den herzlichsten Dank auszusprechen. Die Aktion, die von seiten der Volksdeutschen Mittelstelle Pg. Lackmann und vom meinem Amte Dr. Toth durchführte, hatte einen vollen Erfolg... Heil Hitler! Ihr Karmasin.“ (Archiv des tschechoslowakischen Justizministeriums)

Zur Durchführung solcher Aktionen und zur Ausrottung der slowakischen Bevölkerung schuf Karmasin die berüchtigte „Freiwillige Schutzstaffel“ (FS), eine Terrororganisation, die sich in Aufbau, Aufgaben, Geist und Führung in nichts von der SS Himmlers unterschied. Um die Vernichtungspolitik vorzubereiten und die Bevölkerung in „rassisch Minderwertige“ und „rassisch Wertvolle“ einteilen zu können, forderte Karmasin den Chef des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Gruppenführer Pancke, von Himmler an. Im Bericht des SS-Gruppenführers vom 18. Juni 1940 heißt es über das Ergebnis dieses Einsatzes in der Slowakei:

„Die Juden in der Slowakei erfreuen sich heute noch unbeschränkter Freiheit... Lediglich von der Volksgruppe, insbesondere der FS (Freiwillige Schutzstaffel) sind in den Städten, in denen sich eine größere Anzahl Deutscher befindet, durch Terrormaßnahmen Juden vertrieben worden oder ausgewandert. Nach Entfernung der Juden und Zigeuner, außerdem nach Ausschaltung der Magyare und Magyaronen – schätzungsweise 500 000 Menschen – kann meiner Ansicht nach dieses Land wieder voll dem Deutschtum zurückgewonnen werden...“ (Archiv des tschechoslowakischen Justizministeriums)

Nach dem Besuch des SS-Gruppenführers Pancke sah Karmasin die Zeit gekommen, das Versprechen zu erfüllen, das er und die slowakischen Faschisten Durcansky und Mach im Winter 1938/1939 bei einer Unterredung mit Göring gegeben hatten: das jüdische Problem auf gleiche Art und Weise wie in Deutschland zu lösen. (IMT, Bd. III, S. 171) Die „Freiwillige Schutzstaffel“ Karmasins hatte sich in antisemitischen Exzessen bereits bestens bewährt. Sie konnte jetzt

zur Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager in großem Maßstab eingesetzt werden:

„Freiwillige Schutzstaffel

FS.-Sturmbann 1

Preßburg, d. 28. Mai 1942

An das Innenministerium, Abt. XIV

z. H. Dr. Vasko

Unser Zeichen A/St

Preßburg

Abt. IV-AZ. 12 a

In der Anlage überreiche ich Ihnen die Namenslisten der FS-Angehörigen, welche in der Zeit vom 7.-23. Mai d. J. als Polizeihilfsdienst bei der Sicherstellung jüdischen Eigentums Verwendung fanden. Ersuche, für dieselben die Vergütung des Lohnentganges erwirken zu wollen.

Heil Hitler – Nastraz

Der Adjutant d. Sturmbannes Asvany“

(Zentrales Staatsarchiv Prag, Deutsche Partei)

Von den im Auftrag Karmasins deportierten slowakischen Juden wurden 60 000 ermordet. Damit auch wirklich alle Juden in die Vernichtungslager deportiert werden konnten, drang Karmasin noch im Sommer 1944 darauf, alle Juden genauestens zu registrieren:

„Der Führer d. Deutschen Volksgruppe
in der Slowakei

Dringend!!

Preßburg am 2. 6. 1944

Herrn

Minister Alexander Mach

Preßburg

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich gestatte mir, Dich auf folgendes aufmerksam zu machen: Zur Durchführung der Verordnung über die pflichtgemäße Anmeldung und die Ausstellung von Bürgerlegitimationen werden Anmeldeformulare vorbereitet. In diesen Anmeldeformularen fehlt ausnahmsweise die Rubrik Religion, so daß die ganzen Juden die Möglichkeit haben, sich zu tarnen. Ich hielte es für dringend notwendig, nicht nur diese Rubrik einzuführen, sondern tunlichst auch die Frage zu stellen, zu welcher Religion sie sich vor dem Jahre 1938 bekannten, damit jeglicher Zweifel behoben wird.

Heil Hitler! Nastraz!

Karmasin“

(Archiv des tschechoslowakischen Justizministeriums)

Der Lohn für die Unterdrückung und Ausrottung des tschechoslowakischen Volkes für Karmasin war u. a. seine Beförderung zum SA-Brigadeführer und SS-Hauptsturmführer.

Himmler, Frank und Henlein entzogen sich durch Selbstmord dem Gericht der Völker. Der Vollstrecker ihrer Politik in der Slowakei, Karmasin, verbarg sich nach 1945 zunächst unter dem Namen Dibak in Österreich und ging später nach Westdeutschland. Obwohl er auf der Kriegsverbrecherliste der ČSSR steht, kann Karmasin in Westdeutschland seinen richtigen Namen wieder tragen, ohne Gefahr zu laufen, festgenommen und wegen seiner Verbrechen verurteilt zu werden. Und nicht nur das. Karmasin ist heute einer der einflussreichsten Männer in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ um Seeböhm und Jaksch.

Hitlers 5. Kolonne - Bonner Revanchistenführer

Ammerling, Rudolf

vor 1945: SS-Führer beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Prag

nach 1945: Bezirksgeschäftsführer der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) Oberfranken, Kreisobmann der SL in Bayreuth und Mitglied des „Witikobundes“

Asbach, Hans-Adolf

vor 1945: NSDAP-Mitglied seit 1933, NSDAP-Gauwaller der Deutschen Arbeitsfront in Stettin; Kreishauptmann im besetzten Polen

nach 1945: Bis 1957 Sozialminister in Schleswig-Holstein, Funktionär des BHE in Schleswig-Holstein, Mitglied des Parteipräsidiums GB/BHE, war lange Zeit Vorsitzender der „Pommerschen Landsmannschaft“

Aschenbrenner, Viktor, Dr.

vor 1945: Mitglied der Henlein-Partei, Sekretär des „Deutschen Kulturverbandes“ und 1937 Leiter der „Sudetendeutschen Stelle“, beides Spionage-Tarnorganisationen. Im Hitler-Krieg Gauleiter der faschistischen Organisation „Kraft durch Freude“

nach 1945: Regierungsrat der Hessischen Landesregierung, Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Vorsitzender des „Kulturausschusses“

Babenzien, Friedrich

vor 1945: NSDAP-Mitglied seit 1932, Redakteur des Mitteilungsblattes der NSDAP „Westhavelländische Tageszeitung“, NS-Kreispressewart

nach 1945: Funktionär der „Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg“

Bartl, Ernst

vor 1945: Funktionär der NSDAP-Kreisleitung Eger, zweiter NS-Bürgermeister von Eger

nach 1945: Herausgeber des Blattes „Der Egerländer“, im Führungsstab „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Turner“

Becher, Walter, Dr.

vor 1945: Nazistischer Journalist in Prag, wirkte an der „Entjudung“ des Sudetengebietes mit, PK-Kriegsberichterstatte

nach 1945: Langjähriger Vorsitzender des „Witikobundes“, Herausgeber der revanchistischen „Ost- und West-Informationen und Kommentare für Deutschland“, Generalsekretär des „Sudetendeutschen Rates“, Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Bierschenk, Theodor

vor 1945: Mitautor einer Liste polnischer Journalisten aus Lodz, die Anfang November 1939 von der Gestapo ermordet wurden

nach 1945: Leiter der „Heimatauskunftsstelle Polen II“ in Niedersachsen und Pressereferent der Landsmannschaft „Weichsel-Warthe“

Bornemann, Felix

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP im Znaim, seit 1938 Mitglied des faschistischen Reichstages

nach 1945: „Heimatkreisbetreuer“ aller ehemaligen Umsiedler aus dem Kreis Znaim in Westdeutschland

Böhm, Franz, Dr.

vor 1945: Sekretär Henleins, Vorsitzender

Auswärtiges Amt
Pol. V 2230/15
Eing. 2. AUG 1939

Auswärtiges Amt
Pol. V 2208/15
Eing. 21. AUG 1939

Telegraphische Befehle, Repet. a. Eing.

Warschau, den 20. August 1939 14.25 Uhr 1939

Ankunft: " " " 15.40 "

Nr. 170 v. 20.8. Im Anschluß an Telegr. v. 18. Nr. 167

Pol. V 9699 Ra

Generalkonsulat Thorn drängt:

Ortsgruppenleiter Diekmann Straßburg meldet, daß Volksdeutscher Erich Brueschke, Briesen ihn und Volksdeutschen Pfarrer Engel, Wittenburg, zur Teilnahme an bevorstehenden provokatorischen Sprengungen aufgefordert habe. Brueschke, der von Stapo Danzig ausgebildet sein will, hat angeblich von dort Auftrag in kommandierender Woche nach Stichwort des Senders Danzig Sprengungen in Briesen und Wittenburg auszuführen. In Wittenburg soll Kirche, Pfarrhaus, Schwefelsteinhaus oder Molkerei in Betracht kommen. Sprengmittel sollen mit polnischen Kraftwagen von Danzig geliefert werden. Schluß des Telegramms aus Thorn.

Kühnlich

1/1 ab 6.8.39 Danzig
2/1 ab 6.8.39 Danzig
3/1 ab 6.8.39 Danzig
4/1 ab 6.8.39 Danzig
5/1 ab 6.8.39 Danzig
6/1 ab 6.8.39 Danzig
7/1 ab 6.8.39 Danzig
8/1 ab 6.8.39 Danzig
9/1 ab 6.8.39 Danzig
10/1 ab 6.8.39 Danzig
11/1 ab 6.8.39 Danzig
12/1 ab 6.8.39 Danzig
13/1 ab 6.8.39 Danzig
14/1 ab 6.8.39 Danzig
15/1 ab 6.8.39 Danzig
16/1 ab 6.8.39 Danzig
17/1 ab 6.8.39 Danzig
18/1 ab 6.8.39 Danzig
19/1 ab 6.8.39 Danzig
20/1 ab 6.8.39 Danzig
21/1 ab 6.8.39 Danzig
22/1 ab 6.8.39 Danzig
23/1 ab 6.8.39 Danzig
24/1 ab 6.8.39 Danzig
25/1 ab 6.8.39 Danzig
26/1 ab 6.8.39 Danzig
27/1 ab 6.8.39 Danzig
28/1 ab 6.8.39 Danzig
29/1 ab 6.8.39 Danzig
30/1 ab 6.8.39 Danzig
31/1 ab 6.8.39 Danzig
32/1 ab 6.8.39 Danzig
33/1 ab 6.8.39 Danzig
34/1 ab 6.8.39 Danzig
35/1 ab 6.8.39 Danzig
36/1 ab 6.8.39 Danzig
37/1 ab 6.8.39 Danzig
38/1 ab 6.8.39 Danzig
39/1 ab 6.8.39 Danzig
40/1 ab 6.8.39 Danzig
41/1 ab 6.8.39 Danzig
42/1 ab 6.8.39 Danzig
43/1 ab 6.8.39 Danzig
44/1 ab 6.8.39 Danzig
45/1 ab 6.8.39 Danzig
46/1 ab 6.8.39 Danzig
47/1 ab 6.8.39 Danzig
48/1 ab 6.8.39 Danzig
49/1 ab 6.8.39 Danzig
50/1 ab 6.8.39 Danzig
51/1 ab 6.8.39 Danzig
52/1 ab 6.8.39 Danzig
53/1 ab 6.8.39 Danzig
54/1 ab 6.8.39 Danzig
55/1 ab 6.8.39 Danzig
56/1 ab 6.8.39 Danzig
57/1 ab 6.8.39 Danzig
58/1 ab 6.8.39 Danzig
59/1 ab 6.8.39 Danzig
60/1 ab 6.8.39 Danzig
61/1 ab 6.8.39 Danzig
62/1 ab 6.8.39 Danzig
63/1 ab 6.8.39 Danzig
64/1 ab 6.8.39 Danzig
65/1 ab 6.8.39 Danzig
66/1 ab 6.8.39 Danzig
67/1 ab 6.8.39 Danzig
68/1 ab 6.8.39 Danzig
69/1 ab 6.8.39 Danzig
70/1 ab 6.8.39 Danzig
71/1 ab 6.8.39 Danzig
72/1 ab 6.8.39 Danzig
73/1 ab 6.8.39 Danzig
74/1 ab 6.8.39 Danzig
75/1 ab 6.8.39 Danzig
76/1 ab 6.8.39 Danzig
77/1 ab 6.8.39 Danzig
78/1 ab 6.8.39 Danzig
79/1 ab 6.8.39 Danzig
80/1 ab 6.8.39 Danzig
81/1 ab 6.8.39 Danzig
82/1 ab 6.8.39 Danzig
83/1 ab 6.8.39 Danzig
84/1 ab 6.8.39 Danzig
85/1 ab 6.8.39 Danzig
86/1 ab 6.8.39 Danzig
87/1 ab 6.8.39 Danzig
88/1 ab 6.8.39 Danzig
89/1 ab 6.8.39 Danzig
90/1 ab 6.8.39 Danzig
91/1 ab 6.8.39 Danzig
92/1 ab 6.8.39 Danzig
93/1 ab 6.8.39 Danzig
94/1 ab 6.8.39 Danzig
95/1 ab 6.8.39 Danzig
96/1 ab 6.8.39 Danzig
97/1 ab 6.8.39 Danzig
98/1 ab 6.8.39 Danzig
99/1 ab 6.8.39 Danzig
100/1 ab 6.8.39 Danzig

Der Reichsführer - SS
und
Chief der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin 500 11 am 25. August 1939
Dienstadtstraße 1
Telefon 110 10

Auswärtiges Amt
Pol. V 110/15

Geheime Reichssache!

20.8.1939 14.25 Uhr

Ankunft: " " " 15.40 "

Nr. 170 v. 20.8. Im Anschluß an Telegr. v. 18. Nr. 167

Pol. V 9699 Ra

Generalkonsulat Thorn drängt:

Ortsgruppenleiter Diekmann Straßburg meldet, daß Volksdeutscher Erich Brueschke, Briesen ihn und Volksdeutschen Pfarrer Engel, Wittenburg, zur Teilnahme an bevorstehenden provokatorischen Sprengungen aufgefordert habe. Brueschke, der von Stapo Danzig ausgebildet sein will, hat angeblich von dort Auftrag in kommandierender Woche nach Stichwort des Senders Danzig Sprengungen in Briesen und Wittenburg auszuführen. In Wittenburg soll Kirche, Pfarrhaus, Schwefelsteinhaus oder Molkerei in Betracht kommen. Sprengmittel sollen mit polnischen Kraftwagen von Danzig geliefert werden. Schluß des Telegramms aus Thorn.

Kühnlich

1/1 ab 6.8.39 Danzig
2/1 ab 6.8.39 Danzig
3/1 ab 6.8.39 Danzig
4/1 ab 6.8.39 Danzig
5/1 ab 6.8.39 Danzig
6/1 ab 6.8.39 Danzig
7/1 ab 6.8.39 Danzig
8/1 ab 6.8.39 Danzig
9/1 ab 6.8.39 Danzig
10/1 ab 6.8.39 Danzig
11/1 ab 6.8.39 Danzig
12/1 ab 6.8.39 Danzig
13/1 ab 6.8.39 Danzig
14/1 ab 6.8.39 Danzig
15/1 ab 6.8.39 Danzig
16/1 ab 6.8.39 Danzig
17/1 ab 6.8.39 Danzig
18/1 ab 6.8.39 Danzig
19/1 ab 6.8.39 Danzig
20/1 ab 6.8.39 Danzig
21/1 ab 6.8.39 Danzig
22/1 ab 6.8.39 Danzig
23/1 ab 6.8.39 Danzig
24/1 ab 6.8.39 Danzig
25/1 ab 6.8.39 Danzig
26/1 ab 6.8.39 Danzig
27/1 ab 6.8.39 Danzig
28/1 ab 6.8.39 Danzig
29/1 ab 6.8.39 Danzig
30/1 ab 6.8.39 Danzig
31/1 ab 6.8.39 Danzig
32/1 ab 6.8.39 Danzig
33/1 ab 6.8.39 Danzig
34/1 ab 6.8.39 Danzig
35/1 ab 6.8.39 Danzig
36/1 ab 6.8.39 Danzig
37/1 ab 6.8.39 Danzig
38/1 ab 6.8.39 Danzig
39/1 ab 6.8.39 Danzig
40/1 ab 6.8.39 Danzig
41/1 ab 6.8.39 Danzig
42/1 ab 6.8.39 Danzig
43/1 ab 6.8.39 Danzig
44/1 ab 6.8.39 Danzig
45/1 ab 6.8.39 Danzig
46/1 ab 6.8.39 Danzig
47/1 ab 6.8.39 Danzig
48/1 ab 6.8.39 Danzig
49/1 ab 6.8.39 Danzig
50/1 ab 6.8.39 Danzig
51/1 ab 6.8.39 Danzig
52/1 ab 6.8.39 Danzig
53/1 ab 6.8.39 Danzig
54/1 ab 6.8.39 Danzig
55/1 ab 6.8.39 Danzig
56/1 ab 6.8.39 Danzig
57/1 ab 6.8.39 Danzig
58/1 ab 6.8.39 Danzig
59/1 ab 6.8.39 Danzig
60/1 ab 6.8.39 Danzig
61/1 ab 6.8.39 Danzig
62/1 ab 6.8.39 Danzig
63/1 ab 6.8.39 Danzig
64/1 ab 6.8.39 Danzig
65/1 ab 6.8.39 Danzig
66/1 ab 6.8.39 Danzig
67/1 ab 6.8.39 Danzig
68/1 ab 6.8.39 Danzig
69/1 ab 6.8.39 Danzig
70/1 ab 6.8.39 Danzig
71/1 ab 6.8.39 Danzig
72/1 ab 6.8.39 Danzig
73/1 ab 6.8.39 Danzig
74/1 ab 6.8.39 Danzig
75/1 ab 6.8.39 Danzig
76/1 ab 6.8.39 Danzig
77/1 ab 6.8.39 Danzig
78/1 ab 6.8.39 Danzig
79/1 ab 6.8.39 Danzig
80/1 ab 6.8.39 Danzig
81/1 ab 6.8.39 Danzig
82/1 ab 6.8.39 Danzig
83/1 ab 6.8.39 Danzig
84/1 ab 6.8.39 Danzig
85/1 ab 6.8.39 Danzig
86/1 ab 6.8.39 Danzig
87/1 ab 6.8.39 Danzig
88/1 ab 6.8.39 Danzig
89/1 ab 6.8.39 Danzig
90/1 ab 6.8.39 Danzig
91/1 ab 6.8.39 Danzig
92/1 ab 6.8.39 Danzig
93/1 ab 6.8.39 Danzig
94/1 ab 6.8.39 Danzig
95/1 ab 6.8.39 Danzig
96/1 ab 6.8.39 Danzig
97/1 ab 6.8.39 Danzig
98/1 ab 6.8.39 Danzig
99/1 ab 6.8.39 Danzig
100/1 ab 6.8.39 Danzig

Zwischen Vernichtung und Völschewisierung

Als ich die heutige Nummer der „Turnerjugend“ erblickte, auf deren Titelseite mich das Bild des Niggers Armstrong beunruhigend anstarrte, glaubte ich einer Sinnestäuschung zu unterliegen. Wären darunter nicht im Werdsein die vier roten Jährlinge F und in gotischer Fraktur die Buchstaben „Turnerjugend“ wie zum Hohn gestanden, so hätte ich an eine amerikanische Reklameschrift oder einen albernen Festnachtscherz glauben können.

Und liest man dann noch die Innenseiten, einschließlich der pflaumenweißen Beirachung von Karl Wilhelm Schulte und betrachtet man die widerlichen Bilder, dann meint man ein ganz übles, instinktives Erzeugnis amerikahöriger Fans vor sich zu haben und nicht unser deutsches Erziehungsorgan der Turnerjugend, das wir bislang mit so viel Freude und Stolz regelmäßig in die Hand nahmen!

Es ist entsetzlich!

Das Ganze ist so furchtbar, daß man nach Worten ringen muß, um es in seinem ganzen Ausmaß richtig zu fassen. Ist uns denn der letzte Rest an Stolz, an Eigenständigkeit, an Kulturempfinden verlorengegangen?

Sind wir denn noch wert, Deutsche, Europäer, Abendländer, die Erben Goethes, Schillers, Mozarts, Beethovens und Bachs genannt zu werden?

Vergessen denn die „Herausgeber“ und „Schriftleiter“ solcher Zeitschriftennummern, daß sie damit einen Damm einreißen können, einen Damm, den die Turnerjugend als eine der wenigen Aufrechten innerhalb der deutschen Jugend noch hielt? Diesen Damm empfand ich als den Schutzwall vor der Ueberfremdung, vor den Fluten Afrikas wie Athens!

3.30 bis 3.5 Millionen Deutsche unter tschechoslowakischer Herrschaft!



Bund Deutscher Osten Landesgruppe Schlesien, Breslau

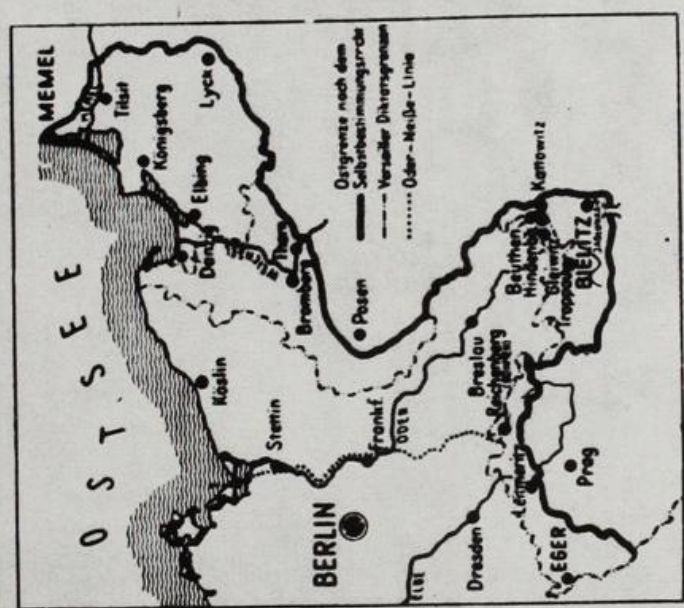
2A 39304
Putschgefahr! Wachen am Maße

Quadrat

SUDETENDEUTSCHER

Turnerbrief

1. Jahrgang 1. Hornungs (Februar) 1959 1. Folge



Auf die erste Seite der ersten Folge des zehnten Jahrganges unseres Turnerbriefes stellen wir die Karte Ostgrenze nach dem Selbstbestimmungsrecht.

PRETER
AUSWÄRTIGEN AMTS
REICHSKOMMISSAR
DAS OSTLAND

5.491/44

Entsendung eines Korrespondenten
der "Neuen Züricher Zeitung".

Durchdrucke -

Riga, den 24. April 1944
Rosenberg-Ring 12

Das Auswärtige Amt hat mir folgendes mitteilt:

"Es könnte nunmehr geordnet werden, dass hiesiger Vertreter der Züricher Zeitung Ernst Lemmer am Donnerstag, den 27. nach Riga für Interview H 6 abfliegt."

Lemmer hat jetzt mehrere Tage für ein auch sonstiges Programm zur Verfügung."

Lemmer ist erfahrener Journalist guten Formats, erscheint geeignet, alle fürs Ausland wirksamen Themen aus dem dortigen Raum zu behandeln. Er ist Reichsdeutscher und auch vertrauenswürdig genug, informativ über dortige politische Entwicklung ins Bild gesetzt zu werden. Solche Informationen könnten ihm mittelbar behilflich sein, die Berichte für seine grosse und angesehene Zeitung entsprechend dortiger Orientierung wirksam abzugeben. Es ist Herrn Lemmer gesagt worden, dass er mit diesem ersten Einsatz vielleicht den Vorrang erhält, über die weitere Entwicklung dortiger Dinge im Zusammenhang mit einer späteren neuen Reise berichten zu können. Herr Lemmer wird daher pflichtlicher Betretung empfohlen.

Rückreisetermin bitte ich im Benehmen mit ihm von dort aus festzulegen und Kosten für Rückflug dort zu übernehmen.

Interview-Bericht H 6, U l u o t s und D a n g e r a k i s und vielleicht sonstige an Ort und Stelle am besten gleich abzufragen. Die Berichte Lemmers für seine Zeitung bitte ich geprüft dem Chef vom Dienst Presseabteilung zwecks sofortiger Weiterleitung an hiesige Vertretung der Zeitung durchzugeben.

Ges. Braun von Stamm"

Indem ich diese Weisung des Auswärtigen Amts, die, wie ich erfahre, in Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Propaganda und dem Reichsostministerium erfolgt, hiermit weitergebe, wäre ich dankbar, wenn das Notwendige für die Reise Lemmers und die Gewährung der Interviews bei den auch dort gewinnbringenden Personen veranlasst würde.

Zwei weitere Durchdrucke sind beigelegt.

skommis
ar
as Ostland

ERNST LEMMER
KORRESPONDENT DER ZÜRCHER ZEITUNG
BREMSENSTRASSE 10
D-1000 BERLIN

An das
Polizeipräsidium II
Berlin

Magazinstr.

Ich bitte, aufgrund der mir vom Auswärtigen Amt erteilten Anweisung, um Zulassungsverlängerung des beigefügten Dienstpasses.

Auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes habe ich eine Dienstreise nach Riga und Kurland zu unternehmen. Es handelt sich um die Ausfertigung eines mir erteilten journalistischen Sonderauftrages. Die Abreise ist vorgesehen mit dem Flugzeug für den 27.4.44. Rückreise bis spätestens 10. Mai.

Falls telefonische Rückfrage dortseits gemacht, steht das Auswärtige Amt zur Auskunft zur Verfügung! Entweder die Presseabteilung, Legationsrat Dr. Staudacher, oder die Abteilung H IV.

Heil Hitler!
Lemmer

Auswärtiges Amt
H IV, Lemmer

Berlin 15. April 1944
Am Kurland 8

Für den Schriftleiter des Auswärtigen Amtes war an Reisen in das Ausland H IV, der Leiter der Reichsregierung anlegenden Dienststelle, die die Voraussetzungen für die Benutzung des Dienstpasses weiterhin vorliegen, wird geprüft, den anliegenden Dienstpass bis zum 26. Juli 44 zu verlängern.

Polizeipräsident, Poststelle
Lemmer

Am
Polizeipräsident, Poststelle
Berlin

Ref. P.Z. (GenKsl. Reinhardt) Berlin, den 29. Januar 1941

Geheim

Zu den Wahlen im Verein der australischen Presse

Bei dem Bericht über die Vorgeschichte der Wahl führt Lemmer ausser den bekannten Tatsachen noch folgendes aus:
Oechener sei gestern nachmittag (24.1.)/Abend 8 Uhr abgerufen worden, zu kandidieren, um keinen Konflikt heraufzubeschwören. Es habe dabei wieder "so einen ziemlichen Krach" zwischen Oechener und Sigrid Schultz (Chicago Tribune) auf der einen Seite und zwischen Enderis (New York Times) und Lochner auf der anderen Seite gegeben. Interessant sei, dass die Entscheidung eigentlich erst in der Botschaft fiel. Für Senatra, so meint Lemmer, haben sie nur den Posten des zweiten Vorsitzenden retten können, da eine derart schlechte Stimmung geherrscht habe. Von verschiedenen Seiten habe man ihnen geraten, einen Neutralen zu nehmen, da sich Italien ja im Kriege befinde. Lemmer spricht sich besonders lobend über den grossen Korpsgeist und die grosse Disziplin der Italiener unter Senatra's Führung aus; man müsse ihre Kampfbereitschaft rühnen.

Ruhlos sei dagegen das Verhalten der Japaner gewesen, da nicht ein einziger von diesen erschienen war, trotzdem er (Lemmer) einige Tage vorher noch alles mit dem vierten Botschaftssekretär besprochen habe. Das stimme genau mit der Parole überein, so meint Lemmer ironisch, das sich Oechener vor allen Dingen auf die Japaner verlassen habe, die versicherten, sie würden ihn wählen. Lemmer meint hierzu, dass da irgend etwas faul sei und er die Sache im Auge behalten werde.

Zum Schluss spricht Lemmer sein Bedauern darüber aus, dass der neue Botschafter Oshima noch nicht da sei, man könnte sonst gleich das Nötige veranlassen.

1.) Hn. L.R. Radtke

2.) Sardin an Ref. P.Z.

VERTRETER
DES AUSWÄRTIGEN AMTS
BEIM REICHSKOMMISSAR
FÜR DAS OSTLAND

Br. 403/44.

Str.: Interview-Beise des
reichsdeutschen Korrespondenten
der Neuen Züricher Zeitung,
Lemmer.

Unter Bezugnahme auf das gestrige Telefonat teile ich ergebenst mit, dass der reichsdeutsche Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung auf Anordnung des Auswärtigen Amts und im Einvernehmen mit der Presseabteilung des Reichsostministeriums am 19. ds. Mts. hierher und nach Hoval für 3 Tage kommen soll, um von Herrn Landesdirektor W. S. e. und möglichst auch von // -Gruppenführer B. a. n. e. r. s. k. i. s. ein Interview über den Bolschewismus zu erhalten.

Falls die Reise dispositionen eingehalten werden können, soll Herr Lemmer am 19. mit dem Flugzeug hier eintreffen und am 19. nach Hoval weiterfliegen.

Winkelshöfer

den
ern Reichskommissar
r das Ostland
zu von
ern Pressechef
immermann
L. G. S.

Der Leiter der Herausarbeitung deutscher
Königsberg Pr., den 14.2.1984
Vorzeichensforscher.
Theaterplatz 5 B.

Tagobuoh-Nr.:

46-1196-454-4

Line 2073 301.

Sehr verehrter Herr Minister!

Angesichts der Bedeutung des Falles Hermann Wirth für den Nationalsozialismus gestatte ich mir, Ihnen als Nationalsozialist einige Ihnen vielleicht noch unbekannte und seines Darfhaltens antreibende Unterlagen über die Beurteilung von Herrn Professor Hermann Wirth zu überreichen.

**Mit Heil Hitler
ganz ergebenst**

ಮುಖ್ಯಮಂತ್ರಿಗಳು

Herrn
Minister Engel,
Schwerin i. Mecklenburg,
Regierung.

20.

1) Kyanit
2) Hornblende
3) Epidot
4) Quarz
5) Feldspat
6) Glimmer
7) Muskovit
8) Biotit
9) Hornblende
10) Epidot
11) Quarz
12) Feldspat
13) Glimmer
14) Muskovit
15) Biotit
16) Hornblende
17) Epidot
18) Quarz
19) Feldspat
20) Glimmer
21) Muskovit
22) Biotit
23) Hornblende
24) Epidot
25) Quarz
26) Feldspat
27) Glimmer
28) Muskovit
29) Biotit
30) Hornblende
31) Epidot
32) Quarz
33) Feldspat
34) Glimmer
35) Muskovit
36) Biotit
37) Hornblende
38) Epidot
39) Quarz
40) Feldspat
41) Glimmer
42) Muskovit
43) Biotit
44) Hornblende
45) Epidot
46) Quarz
47) Feldspat
48) Glimmer
49) Muskovit
50) Biotit
51) Hornblende
52) Epidot
53) Quarz
54) Feldspat
55) Glimmer
56) Muskovit
57) Biotit
58) Hornblende
59) Epidot
60) Quarz
61) Feldspat
62) Glimmer
63) Muskovit
64) Biotit
65) Hornblende
66) Epidot
67) Quarz
68) Feldspat
69) Glimmer
70) Muskovit
71) Biotit
72) Hornblende
73) Epidot
74) Quarz
75) Feldspat
76) Glimmer
77) Muskovit
78) Biotit
79) Hornblende
80) Epidot
81) Quarz
82) Feldspat
83) Glimmer
84) Muskovit
85) Biotit
86) Hornblende
87) Epidot
88) Quarz
89) Feldspat
90) Glimmer
91) Muskovit
92) Biotit
93) Hornblende
94) Epidot
95) Quarz
96) Feldspat
97) Glimmer
98) Muskovit
99) Biotit
100) Hornblende
101) Epidot
102) Quarz
103) Feldspat
104) Glimmer
105) Muskovit
106) Biotit
107) Hornblende
108) Epidot
109) Quarz
110) Feldspat
111) Glimmer
112) Muskovit
113) Biotit
114) Hornblende
115) Epidot
116) Quarz
117) Feldspat
118) Glimmer
119) Muskovit
120) Biotit
121) Hornblende
122) Epidot
123) Quarz
124) Feldspat
125) Glimmer
126) Muskovit
127) Biotit
128) Hornblende
129) Epidot
130) Quarz
131) Feldspat
132) Glimmer
133) Muskovit
134) Biotit
135) Hornblende
136) Epidot
137) Quarz
138) Feldspat
139) Glimmer
140) Muskovit
141) Biotit
142) Hornblende
143) Epidot
144) Quarz
145) Feldspat
146) Glimmer
147) Muskovit
148) Biotit
149) Hornblende
150) Epidot
151) Quarz
152) Feldspat
153) Glimmer
154) Muskovit
155) Biotit
156) Hornblende
157) Epidot
158) Quarz
159) Feldspat
160) Glimmer
161) Muskovit
162) Biotit
163) Hornblende
164) Epidot
165) Quarz
166) Feldspat
167) Glimmer
168) Muskovit
169) Biotit
170) Hornblende
171) Epidot
172) Quarz
173) Feldspat
174) Glimmer
175) Muskovit
176) Biotit
177) Hornblende
178) Epidot
179) Quarz
180) Feldspat
181) Glimmer
182) Muskovit
183) Biotit
184) Hornblende
185) Epidot
186) Quarz
187) Feldspat
188) Glimmer
189) Muskovit
190) Biotit
191) Hornblende
192) Epidot
193) Quarz
194) Feldspat
195) Glimmer
196) Muskovit
197) Biotit
198) Hornblende
199) Epidot
200) Quarz
201) Feldspat
202) Glimmer
203) Muskovit
204) Biotit
205) Hornblende
206) Epidot
207) Quarz
208) Feldspat
209) Glimmer
210) Muskovit
211) Biotit
212) Hornblende
213) Epidot
214) Quarz
215) Feldspat
216) Glimmer
217) Muskovit
218) Biotit
219) Hornblende
220) Epidot
221) Quarz
222) Feldspat
223) Glimmer
224) Muskovit
225) Biotit
226) Hornblende
227) Epidot
228) Quarz
229) Feldspat
230) Glimmer
231) Muskovit
232) Biotit
233) Hornblende
234) Epidot
235) Quarz
236) Feldspat
237) Glimmer
238) Muskovit
239) Biotit
240) Hornblende
241) Epidot
242) Quarz
243) Feldspat
244) Glimmer
245) Muskovit
246) Biotit
247) Hornblende
248) Epidot
249) Quarz
250) Feldspat
251) Glimmer
252) Muskovit
253) Biotit
254) Hornblende
255) Epidot
256) Quarz
257) Feldspat
258) Glimmer
259) Muskovit
260) Biotit
261) Hornblende
262) Epidot
263) Quarz
264) Feldspat
265) Glimmer
266) Muskovit
267) Biotit
268) Hornblende
269) Epidot
270) Quarz
271) Feldspat
272) Glimmer
273) Muskovit
274) Biotit
275) Hornblende
276) Epidot
277) Quarz
278) Feldspat
279) Glimmer
280) Muskovit
281) Biotit
282) Hornblende
283) Epidot
284) Quarz
285) Feldspat
286) Glimmer
287) Muskovit
288) Biotit
289) Hornblende
290) Epidot
291) Quarz
292) Feldspat
293) Glimmer
294) Muskovit
295) Biotit
296) Hornblende
297) Epidot
298) Quarz
299) Feldspat
300) Glimmer
301) Muskovit
302) Biotit
303) Hornblende
304) Epidot
305) Quarz
306) Feldspat
307) Glimmer
308) Muskovit
309) Biotit
310) Hornblende
311) Epidot
312) Quarz
313) Feldspat
314) Glimmer
315) Muskovit
316) Biotit
317) Hornblende
318) Epidot
319) Quarz
320) Feldspat
321) Glimmer
322) Muskovit
323) Biotit
324) Hornblende
325) Epidot
326) Quarz
327) Feldspat
328) Glimmer
329) Muskovit
330) Biotit
331) Hornblende
332) Epidot
333) Quarz
334) Feldspat
335) Glimmer
336) Muskovit
337) Biotit
338) Hornblende
339) Epidot
340) Quarz
341) Feldspat
342) Glimmer
343) Muskovit
344) Biotit
345) Hornblende
346) Epidot
347) Quarz
348) Feldspat
349) Glimmer
350) Muskovit
351) Biotit
352) Hornblende
353) Epidot
354) Quarz
355) Feldspat
356) Glimmer
357) Muskovit
358) Biotit
359) Hornblende
360) Epidot
361) Quarz
362) Feldspat
363) Glimmer
364) Muskovit
365) Biotit
366) Hornblende
367) Epidot
368) Quarz
369) Feldspat
370) Glimmer
371) Muskovit
372) Biotit
373) Hornblende
374) Epidot
375) Quarz
376) Feldspat
377) Glimmer
378) Muskovit
379) Biotit
380) Hornblende
381) Epidot
382) Quarz
383) Feldspat
384) Glimmer
385) Muskovit
386) Biotit
387) Hornblende
388) Epidot
389) Quarz
390) Feldspat
391) Glimmer
392) Muskovit
393) Biotit
394) Hornblende
395) Epidot
396) Quarz
397) Feldspat
398) Glimmer
399) Muskovit
400) Biotit
401) Hornblende
402) Epidot
403) Quarz
404) Feldspat
405) Glimmer
406) Muskovit
407) Biotit
408) Hornblende
409) Epidot
410) Quarz
411) Feldspat
412) Glimmer
413) Muskovit
414) Biotit
415) Hornblende
416) Epidot
417) Quarz
418) Feldspat
419) Glimmer
420) Muskovit
421) Biotit
422) Hornblende
423) Epidot
424) Quarz
425) Feldspat
426) Glimmer
427) Muskovit
428) Biotit
429) Hornblende
430) Epidot
431) Quarz
432) Feldspat
433) Glimmer
434) Muskovit
435) Biotit
436) Hornblende
437) Epidot
438) Quarz
439) Feldspat
440) Glimmer
441) Muskovit
442) Biotit
443) Hornblende
444) Epidot
445) Quarz
446) Feldspat
447) Glimmer
448) Muskovit
449) Biotit
450) Hornblende
451) Epidot
452) Quarz
453) Feldspat
454) Glimmer
455) Muskovit
456) Biotit
457) Hornblende
458) Epidot
459) Quarz
460) Feldspat
461) Glimmer
462) Muskovit
463) Biotit
464) Hornblende
465) Epidot
466) Quarz
467) Feldspat
468) Glimmer
469) Muskovit
470) Biotit
471) Hornblende
472) Epidot
473) Quarz
474) Feldspat
475) Glimmer
476) Muskovit
477) Biotit
478) Hornblende
479) Epidot
480) Quarz
481) Feldspat
482) Glimmer
483) Muskovit
484) Biotit
485) Hornblende
486) Epidot
487) Quarz
488) Feldspat
489) Glimmer
490) Muskovit
49

TAFEL 46

Berufsvereinigung deutscher
Vorgesichtsforscher.,
Königsberg Pr., den 16.1.1934.
Theaterplatz 5b.

Abgchri ft!

Sehr verehrter Herr Minister! Ich habe

Im Anschluß an unsere Besprechung über den Fall Wirth möchte ich zur Unterrichtung des Herrn Ministers und der Ihrigen Ihnen noch folgendes mittheilen:

Herr Prof. Wirth hat inzwischen in den Hamburger Nachrichten vom 12. 1. 1934 einen Aufsatz erscheinen lassen, der u. a. scharfe unschöne Ausfälle gegen Pg. Prof. Neckel enthält. Herr Wirth preist sich dort als alter Marburger Nationalsozialist von 1924. Soweit mir bekannt ist, gehört Prof. H. Wirth noch jetzt wohl der nationalsozialistischen Partei nicht an. Daß er am Beginn des vorigen Jahres noch kein Mitarbeiter war, glaube ich mit voller Bestimmtheit zu wissen. Im Jahre 1929 ereigneten sich die Vorgänge, von denen ich Ihnen schon mündlich Kenntnis gab. Herr Wirth wurde damals von Herrn Schilder-Hamburg unterstützt, den er inzwischen selbst (wohl im Rostocker Anzeiger) als „jüdischen Ölmagnat“ bezeichnete. Herr Wirth wendete sich damals mit Hilfe von Herrn Schilder an den Vertreter der jüdischen Hochfinanz, Herrn Warburg, um weitere Unterstützung und ersuchte Herrn Schilder, Herrn Warburg auf die „schöne und wertvolle“ Beschreibung hinzuweisen, die Wirths Freund Mühlstein in der Frankfurter Zeitung gerade in diesen Tagen hatte erscheinen lassen. Es ist das die Beschreibung, die den Wert der Wirth'schen Arbeiten im Kampf gegen die völkische Bewegung und Jugendzerstörung besonders unterstreicht. Daß Herr Wirth sich nach diesen Vorgängen als alter Nationalsozialist von 1924 empfiehet, entspricht der gesamten Eigenart seiner Persönlichkeit. Ein Auszug aus der Mühlstein'schen Beschreibung enthält einen von mir diesen Zeilen in Abschrift beigefügter guter Zeitungsausschnitt von H. Urenek. Näheres hat auch in der Zeitschrift „Der Hammer“ 1932, Pg. E. Witte berichtet. Eine Abschrift der damals von Pg. A. Rosenberg an Prof. Witte gesandten Zeilen lege ich ebenfalls diesem Erlaß bei. Ich habe sie 3.2. in meiner Eigenschaft als Dozent an der damaligen nationalsozialistischen Volkshochschule vom Leiter der Fachgruppe für deutsche Vorgesessene im Kampfband für deutsche Kulturtätigkeit und Verwertung bei der Arbeit gegen Prof. Wirth erhalten.

Über die Beziehungen von Herrn Prof. Wirth zu Freimaurerkreisen im Jahre 1932 könnte Pg. S. A.-Truppführer Prof. Wieggers Berlin-Charlottenburg, Sybelstr. 10, einige Angaben zur Verfügung stellen.

Sehr begrüßt habe ich, daß nach unserer Besprechung am 11. auch im Volkschen Beobachter ein ausführlicher Bericht von Pg. Steche gegen Prof. Wirth's Auswertung der sogenannten Ura-Linda-Chronik erschienen. Auch dort ist unterstrichen, daß With kritikos deutschesindliche Seiten der sogenannten Ura-Linda-Chronik als wahr ansieht und dementsprechend verzerrt. Herr With stellt es in seinem Hanburer oben erwähnten Aufsatz wieder einmal so dar, als ob er sich im Kampf gegen die Liberalisten der Wissenschaft befindet. Das ist erneut eine bewusste Unwahrheit. Herr With weiß genau, daß ihm führend besonders kämpferische nationalsozialistischen Regenerbestehen

Mit Heil Hitler und deutschem Gruß
Ihr ergebenster

er ergebenster
gez. B. Prhr. v. Richthofen.

Herrn
Ministerialrat Sunkel
Berlin.

Alcivipalpar

0130 0160

Liberalisten der Wissenschaft befindet sich ist erneut eine Verschiebung der Wahrheits. Herr Wirth weiß, genau, das ihn führend besonders Amerische Nationalsozialisten gegenüberstehen.

Herrn Ministerialrat Sunkel
H e r r n
Ministerialrat Sunkel
H e r r n

Mit Heil Hitler und deutschem Gruß
Ihr ergebener
G e s . B . F h r . V . N i c h t h o f e n .

3. September 1936 .

an die
Minister

An die

Mecklenburgische Politische Polizei ,

Schwerin 1/Meckl.

Schelfstraße .

Dr. H. Wes.

8. April 1936 .

An den

Gaunantaleiter für Kommunalpolitik
Hg. C r u l l ,

Schwerin 1/Meckl.

Adolf Hitlerhaus .

Wetter Parteigenosse C r u l l !

Vor einigen Tagen ging in Ribnitz das Gerücht , dass der frühere Stadtrat Michelsen auf dem Flugplatz Putnitz Beschäftigung gefunden habe . Ich habe mich sofort um eine Bestätigung bemüht und festgestellt , dass Michelsen tatsächlich als Angestellter bei der Kommandantur des Flugplatzes beschäftigt ist .

Es liegt deswegen meines Erachtens in vordringlichen Interesse der Parteistellen , wenn Michelsen aus diesen Betätigungsbetriebe wieder entfernt wird . Die hiesige Parteileitung und ich halten ihn nicht für politisch so zuverlässig , dass er in dem Betriebe beschäftigt werden könnte . Ich bitte um Ihre Stellungnahme in dieser Angelegenheit .

Heil Hitler !
Der Bürgermeister .

4. April 1936.
2. April 36.

In dem letzten politischen Monatsbericht habe ich abseits die Angelegenheit M i c h e l s e n nicht mit aufgeführt , da ich sie in einem besonderen Bericht mitteilen wollte .

Der frühere Stadtrat M i c h e l s e n hat sich wieder ein besonderes Stück geleistet . Wie der Politischen Polizei bekannt ist , ist von den Partiestellen und von mir wiederholt darauf hingewiesen worden , dass eine Beschäftigung des Michelsen in einem Werbetriebe im höchsten Grade unerwünscht ist . Michelsen ist , nachdem sein Antrag , bei dem Aero-Sportwerken unterzukommen , abgelehnt worden ist , seit einiger Zeit auf dem Fliegerhorst Putnitz

Ich bitte die Politische Polizei , sich in dieser Sache nochmals einzuschalten , damit auf alle Fälle die Einstellung des Michelsen in Putnitz aufrecht erhalten bleibt .

Der Gaunantaleiter für Kommunalpolitik und der Kreisleiter des Kreises Rostock-Land haben Abschrift dieses Schreibens erhalten .

Heil Hitler !
Der Bürgermeister .

Nach 1 Monat .

R. 28.9.36.

Aug 2. November
R. 4/11.36
W. J.

1.) Michelsen ist in Putnitz entlassen.
2.) Zu den Akten .

R. 16.1.1937.

A 3216/39

Preparation: 11.55 H.

11291 Nov. 1828

Die Ausdrücke Amt
polizeiliche Abteilung
Herrn Vorstands
L. O. e. n. z.

Benlysta

Der te Kirchlich. Ausseent beschäffte Dr.

Abteil. Eugen Gerstenmaier, geb. 26. August 1906, soll rasche Abkehr der Propaganda der Westmächte von einer informationellen Basis in die normalordentlichen Linie unternehmen. Dr. Gerstenmaier ist noch nicht aus Wildbaden entlassen, ist aber wahrscheinlich und bedarf für Auslandsreisen eines D-Visas durch das Auslandskonsulat. Die Westmächte haben keine D-Visa ausgestellt, Herr Dr. Gerstenmaier eine Bescheinigung auszustellen, die Dringlichkeit seiner Reise beweist.

Ich bemerke noch, dass Dr. Gesterharter Angehöriger
der SA Reichsbanner 1/29 ist.

Heckel.

Water 1/23/9

Staatssekretär Dr. Studart
im Reichsanifestum des Innern

Berlin, den 11. Dezember 1939

960

Der Direktor des Instituts für Volkswirtschaft in der Universität Berlin und sein wissenschaftliches Personal werden von mir laufend zur Bearbeitung staatspolitisch wichtiger Aufgaben herangezogen, die in Zusammenarbeit mit der Kaiseranstellung im Briefe stehen.

Ich bitte daher, bei der Festsetzung des Personal- und Sachverhalts des Instituts für Wirtschaftsinformatik an der Universität Berlin für das Rechnungsjahr 1940/41 die Grundsätze anzuwenden, die für ähnliche Institute und Institute gelten.

Quaker.

B291 49M +102

Berlin, den 23. September 1939.

das Schreiben vom 22. September
3 - 1 3216/33 -

Heute

Auf das nebenbedeichnete Schreiben wird zur Vor-
lage bei dem zuständigen Wehrmachtstando besätigt,
daß die Reise des im Kirchlichen Außenamt tätigen
Dr. Eugen Gerstmaier, geb. 25. August 1906, in die
nordeuropäischen Länder im Einvernehmen mit dem Aus-
wärtigen Amt erfolgt und im außenpolitischen Interesse
liegt.

In Auftrag

errn OX Grogkopf
Steinzel.
verl. Grogkopf.

Stempel:

d. Bitte um Vollziehung.

Die Reise erfolgt im Einver-
nehmen mit Herrn Senator von Swar-

der des Gaugerichts der NSDAP Gauleitung Reichenberg
nach 1945: Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Böhmert, Kurt

vor 1945: NS-Amtsgerichtsrat, Leiter des Kreisgerichts der NSDAP Jüterbog-Luckenwalde
nach 1945: Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der „Heimatkreisbetreuer“ der „Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg“

Böse, Ossi

vor 1945: Jugendführer der „Sudetendeutschen Jugend“, Gefolgsmann Henleins
nach 1945: Bundesjugendführer der „Deutschen Jugend des Ostens“

Brand, Walter, Dr.

vor 1945: Leiter der Kanzlei Henleins, Vorstandsmitglied des faschistischen „Kameradschaftsbundes“, Generalreferent für den Vierjahrplan Görings im Sudetenland, SA-Sturmführer
nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, Referent für rechtliche Grundsatzenfragen im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“

Brehm, Fritz

vor 1945: SS-Obersturmbannführer und hauptamtlicher SS-Führer beim „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“, Träger des „Totenkopfringes“ und des „Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP“
nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Breuer, Emil

vor 1945: Ortsgruppenleiter der NSDAP in Reichenberg, Mitorganisator des „Sudetendeutschen Freikorps“ der Henlein-SS, 1941 im Direktorium der Sparkasse in Lwow, Kriegsverdienstkreuz
nach 1945: Von einem Gericht der ČSR verurteilt. Bundeswirtschaftsreferent im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Christ, Hans, Dr.

vor 1945: Bannführer der HJ in Ungarn
nach 1945: Ideologe der „Deutschen Jugend des Ostens“

David, Herbert, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter Henleins; seit 1938 Mitglied des faschistischen Reichstages; NS-Oberlandesgerichtspräsident in Leitmeritz und verantwortlich für das dortige Sondergericht, SS-Oberführer
nach 1945: Mitglied im Landesverband der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ Niedersachsen

Delphendahl, Heinrich

vor 1945: Schriftleiter der Nazi-Presse, NS-Bürgermeister von Gotha und Rudolstadt, Politischer Leiter in Thüringen, Beisitzer des Kreisgerichts der NSDAP in Gotha
nach 1945: Vorsitzender der „Bundeslandsmannschaft Thüringen“

Domabyl, Josef

vor 1945: Mitglied der NSDAP-Leitung im okkupierten Prag, führende Funktion in der Protektoratsverwaltung
nach 1945: Regierungsdirektor bei der Landesregierung Schleswig-Holstein, Referent für Finanzen im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Eggert, Oskar, Dr.

vor 1945: Verfasser von „Blut- und Bodenschriften“ über Mecklenburg und Pommern, Heeresstudienrat bei der faschistischen Wehrmacht
nach 1945: Mitbegründer und Vorsitzender der „Pommerschen Landsmannschaft“, Mitglied des Beirates beim Lemmer-Ministerium

Essen, Werner, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter im faschistischen Reichsinnenministerium, zusammen mit Globke an der Ausarbeitung und Durchführung der Rassengesetze beteiligt. Ab 1941 Ministerialrat im faschistischen Reichskommissariat „Ostland“. Dort Abteilungsleiter und maßgebender „Germanisierungsspezialist“
nach 1945: Ministerialrat und Referatsleiter im Referat I/5 des „Vertriebenenministeriums“ und Mitglied im „J.-G.-Herder-Forschungsrat“, einem Zentrum der imperialistischen Ostforschung

Fiedler, Eduard

vor 1945: NS-Oberbürgermeister in Komotau
nach 1945: BHE-„Vertriebenenminister“ in Baden-Württemberg, Präsidiumsmitglied des „Witikobundes“

Foltinek, Lothar

vor 1945: Redakteur des NS-Organs „Die Zeit“
 nach 1945: Chefredakteur der „Sudetendeutschen Zeitung“, Mitglied im Bundesausschuß für Presse und Information der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Föder Kurt

vor 1945: Verwaltungsoberinspektor in Klingenthal und Chef der Ortspolizei; lieferte Antifaschisten in die Konzentrationslager; nach dem Überfall auf Polen Distriktgouverneur, Mitglied der NSDAP seit 1932
 nach 1945: Regierungsoberinspektor im Referat III/4 des „Vertriebenenministeriums“

Frank, Ernst

vor 1945: Kreishauptamtsleiter der NSDAP in Karlsbad; Bruder des Kriegsverbrechers K.H. Frank; Herausgeber faschistischer Zeitungen und Broschüren in der ČSR
 nach 1945: Schriftleiter der Zeitung „Wegweiser für Heimatvertriebene“ und des „Sudetendeutschen Turnerbriefes“, Mitglied des „Witikobundes“

Franke, Gotthard

vor 1945: Landrat und Politischer Leiter der NSDAP in Groß-Kunetitz und Frywald
 nach 1945: Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen, stellvertretender Bundesvorsitzender GB/BHE, Präsidiumsmitglied des „Witikobundes“

Gaksch, Franz

vor 1945: NSDAP-Verwaltungsführer im Umsiedlerkommando Graz der SS-Organisation „Volksdeutsche Mittelstelle“
 nach 1945: Verwaltungschef des Landtages Bayern, Vorsitzender der „Union der Vertriebenen“ in der CDU

Gille, Alfred, Dr.

vor 1945: NS-Bürgermeister in Lötzen, Mitglied der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen, Beisitzer am „Volksgerichtshof“
 nach 1945: Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Ostpreußen“, Landesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“ in Schleswig-Holstein, stellvertretender Vorsitzender der neonazistischen „Gesamtdeutschen Partei“

Goldschmidt, Georg, Dr.

vor 1945: NS-Führer der 5. Kolonne in Ungarn und Hauptschriftleiter mehrerer Nazi-Zeitungen, Antisemit und Rassenhetzer
 nach 1945: Stellvertretender Referent II/5 des „Vertriebenenministeriums“

Gödel, Johannes, Dr.

vor 1945: Seit 1933 Angehöriger der SS, 1941 SS-Untersturmführer im Sicherheitsdienst
 nach 1945: Regierungsdirektor im Niedersächsischen „Vertriebenenministerium“, Leiter der Zentralgruppe. Vorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“, Gruppe Hannover

Götz, Hermann, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter des faschistischen Geheimdienstes in der ČSR, dafür mit der „Gedenkmedaille zum 1. Oktober 1938“ ausgezeichnet
 nach 1945: Bundestagsabgeordneter der CDU, Mitglied im „Sudetendeutschen Rat“, Mitarbeiter des Gehlen-Geheimdienstes

Graebe, Horst

vor 1945: Aktive Betätigung in der faschistischen 5. Kolonne in Polen „Deutsche Vereinigung“, NS-Amtsgerichtsrat im okkupierten Wrzesnia
 nach 1945: Ministerialrat und Leiter des Referates I/1 des „Vertriebenenministeriums“

Groeben, Karl von der

vor 1945: Seit 1932 Mitglied der NSDAP und politischer Leiter, von 1936 bis 1943 NS-Landrat in Insterburg, 1943 in die faschistische Verwaltung in Lomscha versetzt
 nach 1945: Vorsitzender der Landesgruppe Rheinland-Pfalz der „Landsmannschaft Westpreußen“

Guthsmuths, Willi, Dr.

vor 1945: SA-Hauptsturmführer, SS-Sturmbannführer, Verwaltungsdirektor der Sudetendeutschen Bergbau A. G. in Brüx
 nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, Staatssekretär im Bayerischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Hacker, Gustav

vor 1945: Gründer des „Bundes der deutschen Landjugend“ in der ČSR. Führt als Spitzenfunktionär der SdP den „Bund der Landwirte“ der Henlein-Partei zu. Vom Kriegsverbrecher Frank im Landwirtschafts-

ministerium im okkupierten Prag eingesetzt

nach 1945: Hessischer Landwirtschaftsminister, Vorstandsmitglied des „Bauernverbandes der Vertriebenen“, Präsidiumsmitglied des „Witikobundes“

Hamm, Franz

vor 1945: Gehörte zu den Führern der 5. Kolonne in Jugoslawien, politischer Beauftragter der Volksgruppenführung für den südslawischen Staat, leitete die Fraktion der NSDAP im ungarischen Parlament
nach 1945: Referatsleiter im Referat II/3 im „Vertriebenenministerium“

Hanely, Ernst von

vor 1945: Schriftleiter an der faschistischen Zeitung „Die Zeit“
nach 1945: Verlagsleiter der „Sudetendeutschen Zeitung“

Hergl, Walter, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer bei der Sicherheitspolizei in Prag
nach 1945: Regierungsdirektor, Leiter des Ministerbüros und der Pressestelle im Bayrischen Arbeitsministerium (dieses Ministerium ist für die Förderung des Revanchismus in Bayern verantwortlich)

Höller, Franz

vor 1945: Gaupropagandaleiter der NSDAP im Sudetenland, seit 1933 Mitglied der SS
nach 1945: Chefredakteur des Hessischen BdV-Organ „Wegweiser für Heimatvertriebene“

Höss, Konstantin

vor 1945: NSDAP-Kreisleiter in Prag, Führer der faschistischen „Karpatendeutschen Partei“, Führer im „Sudetendeutschen Freikorps“ der Henlein-SS
nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, Geschäftsführer des „Verbandes heimatvertriebener Verleger e. V.“ – Dachorganisation für 350 revanchistische Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 2 Millionen

Jahn, Hans-Edgar, Dr.

vor 1945: HJ- und NSDAP-Führer, NS-Führungsoffizier
nach 1945: Vorstandsmitglied der „Pommerschen Landsmannschaft“, Herausgeber militaristischer Schriften, Präsident

der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise“ – einer antikommunistischen Hetzorganisation

Jahn, Rudolf, Dr.

vor 1945: NS-Gauführer und Gauhauptstellenleiter im Sudetenland
nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, Schriftleiter der „Blätter deutscher Gildenschaften“

Jaschek, Felix, Dr.

vor 1945: Propagandist der Henlein-Partei, ab 1938 Geheimagent des faschistischen Nachrichtendienstes in der ČSR, mitbeteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der Okkupation der ČSR
nach 1945: Rechtsanwalt in Bremen, Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Keil, Theo

vor 1945: SA-Sturmbannführer, Leiter des NS-Gaumtes für Erziehung der Gauleitung Reichenberg, Hauptleitungsmitglied des „Deutschen Kulturverbandes“ – einer 5. Kolonne in der ČSR; Hauptleitungsmitglied des „Bundes der Deutschen“
nach 1945: Herausgeber des „Sudetendeutschen Erzieherbriefes“, führend in der Ostkunde tätig

Kiesewetter, Anton

vor 1945: Schatzmeister und Finanzsachverständiger der Henlein-Partei, Direktor der „Kreditanstalten der Deutschen“ in Reichenberg, maßgeblich an der Ausplünderung der ČSR beteiligt
nach 1945: Wirtschaftssachverständiger und Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Pensionär nach dem 131er Gesetz zur Versorgung von Nazi-Aktivisten und NS-Verbrechern

Köllner, Fritz, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter Henleins, Organisationsleiter der sudetendeutschen Nazi-Partei, SA-Brigadeführer, 1938 Führer der Gruppe „Schlesien“ des „Sudetendeutschen Freikorps“ der Henlein-SS. Als sogenannter Rechtstrehänder der Arbeit für das okkupierte Sudetengebiet verantwortlich für Deportationen von Arbeitssklaven an die faschistische Rüstungsindustrie, Träger des „Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP“
nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates V/35 im Bayrischen Arbeitsministerium

Kraft, Waldemar

vor 1945: Führender Funktionär in der 5. Kolonne in Polen, „Deutsche Volksgruppe“, Präsident der Landwirtschaftskammer Posen, Geschäftsführer der Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung
nach 1945: Bundesminister, CDU-Ostexperte, Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion

Kraus, Silverius

vor 1945: NS-Amtsgerichtsrat beim Oberlandesgericht Kattowitz, NSDAP-Blockleiter, Schulungsleiter und NS-Hauptstellenleiter für Lehrwesen
nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates II/1 des „Vertriebenenministeriums“

Krautwig, Karl-Ludwig

vor 1945: Faschistischer Oberkriegsgerichtsrat
nach 1945: Staatssekretär im „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“

Lange, Heinz, Dr.

vor 1945: HJ-Gebietsführer im Sudetenland
nach 1945: Vorsitzender des „Witikobundes“, FDP-Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Leukert, Edmund

vor 1945: Mitglied der Henlein-Partei, Abteilungsleiter in der Gauwirtschaftskammer Sudetenland
nach 1945: CDU/CSU-Vorsitzender des „Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene“ in Bayern

Maier, Erich

vor 1945: Redaktionschef des NS-Organs „Die Zeit“
nach 1945: Chefredakteur des „Vertriebenenanzeigers“ und des „Deutschen Anzeigers“, Herausgeber der militaristischen Monatsschrift „Wehr und Heimat“

Maurach, Bruno, Dr.

vor 1945: Seit 1931 Mitglied der NSDAP, seit 1933 Angehöriger der SS; Oberregierungsrat und Leiter der Gruppe Presse im Goebbels-Ministerium
nach 1945: Oberregierungsrat, stellvertretender Referatsleiter des Referates III/5 des „Vertriebenenministeriums“

Metzner, Rudolf, Dr.

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Dux, Leiter der faschistischen Spionage gegen die ČSR, Gaubevollmächtigter für Schulung in der „Deutschen Arbeitsfront“
nach 1945: Präsidiumsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Mitarbeiter im Gehlen-Geheimdienst

Mühlen, Heinrich von zur, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Auswärtigen Amt, enger Mitarbeiter des berühmten Geopolitikers Karl Haushofer
nach 1945: Mitarbeiter im Referat II/3 des „Vertriebenenministeriums“

Müller-Wurll, Heinz

vor 1945: SS-Offizier im Sicherheitsdienst des SS-Oberabschnittes Nord
nach 1945: Landesgruppenvorsitzender der „Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg“

Nehring, Walter

vor 1945: Faschistischer Panzergeneral; gab beim Überfall auf die Sowjetunion den Befehl, keine Gefangenen zu machen; für barbarische Kriegsführung von Hitler hochdekoriert
nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender der „Landsmannschaft Westpreußen“, Vorsitzender des „Rhein-Ruhr-Klubs“

Niffka, Georg

vor 1945: Referent in der Regierung des faschistischen Generalgouvernements in Polen
nach 1945: Aktives Mitglied der Landsmannschaft „Oberschlesien“, der Hetzorganisation „Kuratorium unteilbares Deutschland“ und der neonazistischen „Gesamtdutschen Partei“

Nippe, Eugen

vor 1945: Major in der Gestapo in Lodz
nach 1945: Geschäftsführer der Landsmannschaft „Weichsel-Warthe“

Ohmann, Franz, Dr.

vor 1945: Mitglied der sudetendeutschen Nazi-Partei und des „Freiwilligen Schutzdienstes“, einer SS-Organisation Henleins; Mitarbeiter der Gestapo-Leitstelle Prag, dort zur Verfolgung von Antifaschisten und jüdischen Bürgern eingesetzt
nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“ und der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Otto, Egbert

vor 1945: NS-Landesbauernführer, Mitglied des faschistischen Reichstages, Mitglied des „Reichsbauernrates“, Leiter der Hauptabteilung II im Verwaltungsamt des Reichsnährstandes, enger Mitarbeiter des Kriegsverbrechers Darré

nach 1945: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Landsmannschaft Ostpreußen“

Otto, Hans-Werner, Dr.

vor 1945: Seit 1932 Mitglied der NSDAP und Kreisamtsleiter, faschistischer Landrat in Österreich und in den besetzten Ostgebieten

nach 1945: Ministerialdirektor und Amtschef im „Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene“ in Schleswig-Holstein

Pfluger, Karl, Dr.

vor 1945: Mitglied der SdP, NSDAP und SS, Mitarbeiter des faschistischen Geheimdienstes; an Vorbereitung und Durchführung der Okkupation der CSR beteiligt

nach 1945: Stadtsyndikus in Regensburg, Mitglied der Bundesversammlung und des Präsidiums der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Plette, Hans, Dr.

vor 1945: Mitglied der SA und der NSDAP; als Hauptmann im Zivildienst in den besetzten „Ostgebieten“ tätig

nach 1945: Funktionär der „Bundeslandsmannschaft Thüringen“

Polzer, Robert, Dr.

vor 1945: Als Angehöriger der sudetendeutschen Nazi-Partei und SA die Annexion des Sudetenlandes durch die deutschen Faschisten mit vorbereitet und durchgeführt; erhielt dafür einen gutbezahlten Posten in der Reichsfinanzverwaltung

nach 1945: Ministerialrat und Leiter des Referates I/2 des „Vertriebenenministeriums“, Stellvertreter von Graebe (Vgl. Graebe, Horst)

Pozorny, Reinhard

vor 1945: Führendes Mitglied des tschechenfeindlichen „Deutschen Kulturverbandes“, Kulturfachmann in der NSDAP-Gauleitung Reichenberg, Stadtdirektor in Pilsen

nach 1945: Redakteur der „Sudetendeutschen Zeitung“, führendes Mitglied des „Kulturausschusses der Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Preißler, Walter, Dr.

vor 1945: Mitglied der NSDAP, Rechtsberater der „Deutschen Arbeitsfront“

nach 1945: Staatssekretär im Hessischen Innenministerium, Mitglied des GB/BHE und des „Witikobundes“, Präsidialmitglied des BdV

Puchta, Adolf

vor 1945: SS-Sturmbannführer im SD, leitender Mitarbeiter der Gestapo im Sudetenland, Leiter eines SD-Einsatzkommandos in Norwegen

nach 1945: Führendes Mitglied des „Witikobundes“, Referent im Landesamt für Verfassungsschutz Bayern

Samulski, Robert, Dr.

vor 1945: NS-Rasse- und Sippenforscher in Schlesien

nach 1945: Führender Funktionär der „Landsmannschaft Schlesien“ in Nordrhein-Westfalen

Sandner, Rudolf

vor 1945: SA-Standartenführer, Hauptleitungsmitglied der Henlein-Partei, Gauleitungsführer für Presse

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, Bundesorganisationsleiter des BHE

Schellhaus, Erich

vor 1945: NS-Bürgermeister von Salzbrunn

nach 1945: Präsidiumsmitglied des BdV, Sprecher der „Landsmannschaft Schlesien“, Minister in Niedersachsen

Schlünder, Ernst, Dr.

vor 1945: Obergebietsführer der HJ, Hauptamtschef in der Reichsjugendführung

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, Oberregierungsrat und Persönlicher Referent des Hessischen Staatsministers Franke

Schubert, Leo

vor 1945: Eines der ersten Mitglieder der Nazi-Partei (Mitglieds-Nr. 87); bis 1945 Mitglied des faschistischen Reichstages, SS-Standartenführer; für Verdienste bei der Vorbereitung der Annexion des Sudetenlandes erhielt er u. a. den „Ehrendegen des Reichsführers SS“ und das „Goldene Ehrenzeichen der NSDAP“

nach 1945: Landesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Nordrhein-Westfalen

Schulpig, Hans

vor 1945: Seit 1929 Mitglied der NSDAP, seit 1931 der SS. Zuletzt SS-Standartenführer im SS-Personal-Hauptamt, Träger des „Totenkopfringes“ und des „Ehrendegens des Reichsführers der SS“

nach 1945: Leitartikler des Zentralorgans der „Schlesischen Landsmannschaft“: „Der Schlesier“

Schwarz, Sepp

vor 1945: NS-Gauschrifttumsbeauftragter im Sudetenland

nach 1945: Staatssekretär in Baden-Württemberg

Sebekovsky, Wilhelm

vor 1945: Mitbegründer der Henlein-Partei, SA-Brigadeführer, Regierungspräsident in Karlsbad, Beisitzer am „Volksgerichtshof“

nach 1945: Gründungsmitglied und Funktionär des „Witikobundes“, Mitglied in der Redaktion „Blätter deutscher Gildenschaften“

Seiboth, Frank (früher Franz)

vor 1945: SS-Hauptsturmführer, Gauhauptstellenleiter, Gauschulungsleiter, HJ-Gebietsführer im Sudetenland

nach 1945: Mitglied des Bundesvorstandes der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Vorsitzender der neonazistischen „Gesamtdeutschen Partei“

Senteck, Rudolf

vor 1945: Oberregierungsrat, SS-Unterscharführer, 1939 versetzt zum Stab des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes

vor 1945: Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung IV im „Vertriebenenministerium“

Smagon, Albert

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Tschechisch-Teschen. Gesandtschaftsrat in Bratislava, SS-Obersturmbannführer

nach 1945: Verlagsleiter des „Ost-West-Kuriers“, Präsidiumsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und des „Witikobundes“

Springorum, Walter

vor 1945: Regierungspräsident in Kattowitz; arbeitete eng mit dem Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz zusammen

nach 1945: Aktives Mitglied der „Landsmannschaft Pommern“ und Aufsichtsratsmitglied des Hoesch-Konzerns

Stain, Walter

vor 1945: Leiter der HJ im Sudetenland, Mitglied des „Sudetendeutschen Freikorps“ der Henlein-SS

nach 1945: Viele Jahre Arbeitsminister in Bayern, Vorstandsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Spitzenfunktionär des „Witikobundes“

Staffen, Rudolf

vor 1945: Sonderbevollmächtigter der Gestapo in Prag, engster Mitarbeiter Henleins

nach 1945: Referent im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Steinbichl, Wolfgang, Dr.

vor 1945: Stellvertretender Pressechef im faschistischen Auswärtigen Amt

nach 1945: Redakteur des „Wegweiser für Vertriebene“, Präsidiumsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Sting, Heinz

vor 1945: 1927 Bezirks- und Ortsgruppenleiter der NSDAP. 1933 leitender Beamter im preußischen Justizministerium und als Bürgermeister von Nordhausen verantwortlich für antisemitische Exzesse; ab 1939 Regierungsdirektor im Staatsministerium Braunschweig

nach 1945: Leiter der Unterabteilung I/c beim Regierungspräsidenten in Hannover. Regierungsdirektor. Vorsitzender der „Landsmannschaft Provinz Sachsen und Anhalt“, Vorstandsmitglied der „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands“ (VLM) und Vorsitzender der VLM-Landesgruppe Niedersachsen

Studentkowski, Konrad, Dr.

vor 1945: NSDAP-Gauhauptstellenleiter der Gau-Propagandaleitung Thüringen; höchste Auszeichnungen der NSDAP-Gauleitung Thüringen

nach 1945: Vorstandsmitglied und Kulturreferent der „Landsmannschaft Thüringen“

Thedieck, Franz

vor 1945: Oberregierungsrat in Köln, Reichsverteidigungsreferent, faschistischer Sonderbeauftragter, Ehrennadel des VDA (Volksbund für das Deutschtum im Ausland), Medaille für besondere Verdienste beim Überfall auf Österreich, Generalreferent bei Hitlers Militärverwaltung in Brüssel

nach 1945: Wegen Fragebogenfä-

schung 1946 von den Engländern zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, von 1949 bis 1963 Staatssekretär im „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“

Tins, Benno, Dr.

vor 1945: NSDAP-Kreisleiter in Asch, maßgeblich an Judenverfolgungen im Sudetenland beteiligt

nach 1945: Verleger des „Sudetendeutschen Turnerbriefes“, Herausgeber des „Ascher Rundbriefes“, Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, „Heimatkreisbetreuer“ von Asch

Trischler, Josef, Dr.

vor 1945: Führer der 5. Kolonne in Jugoslawien und Ungarn; Führer eines Sonderkommandos („Ordnungsgruppe“ zur Terrorisierung und Vernichtung der Bevölkerung)

nach 1945: Sprecher der „Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien“, Präsidiumsmitglied der BdV

Ventzki, Werner

vor 1945: Gauamtsleiter der NSV, Oberbürgermeister von Lodz, Träger des „Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP“, verantwortlich für Deportationen von 55 000 jüdischen Bürgern aus Lodz

nach 1945: Referatsleiter und Oberregierungsrat im „Vertriebenenministerium“

Welwarski, Wilhelm, Dr.

vor 1945: Hoher SA-Führer und Stabsführer unter Henlein, NS-Gaurnführer im Sudetenland

nach 1945: Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Turner und Turnerinnen“

Wenzel, Rudolf

vor 1945: Persönlicher Referent des Kriegsverbrechers Henlein, seit 1935 Hauptleiter der faschistischen SdP, 1938 SS-Sturmabführer und Mitglied des faschistischen Reichstages. Für Verdienste bei der Unterdrückung des tschechoslowakischen Volkes wurde er 1940 Landrat im okkupierten Tepitz-Schönau, erhielt den „Totenkopfring“ sowie den „Ehrendegen des Reichsführers SS“

nach 1945: Mitarbeiter im Bundespresseausschuß der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Wietersheim, Hans-Joachim von, Dr.

vor 1945: Von 1932 bis 1935 hauptamtlich Persönlicher Referent des berüchtigten Chefs der Berliner SA, Ernst. Zuletzt SA-Sturmabführer, nach 1935 Mitarbeiter im IG-Farben-Konzern

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates I/4 des „Vertriebenenministeriums“

Willinger, Karl

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP und Landrat in Waldenburg

nach 1945: Abgeordneter der „Schlesischen Landesversammlung“

Wohak, Heinz, Dr.

vor 1945: SS-Sturmabführer, von Himmler mit dem „Totenkopfring“ ausgezeichnet

nach 1945: Aktives Mitglied des „Witkobundes“, Redakteur des „Handelsblattes“

Wolfrum, Gerhard, Dr.

vor 1945: 1930 SA-Hauptsturmführer, im 2. Weltkrieg SS-Obersturmführer im Sonderkommando R der SS-Behörde „Volksdeutsche Mittelstelle“, Publizist in den „Schulungsbriefen“ des BDO

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates II/5 des „Vertriebenenministeriums“

Wolff, Ludwig

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Lodz und SS-Obersturmführer

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender der Landsmannschaft „Weichsel-Warthe“

Zawadill, Walter, Dr.

vor 1945: Organisator der 5. Kolonne in der CSR, Gaugeschäftsführer der Spionageorganisation „Verband der Auslandsdeutschen“, Hauptstellenleiter im Gaugrenzamt, Abwehrbeauftragter der NSDAP

nach 1945: Mitbegründer des „Witkobundes“, führend im juristischen Ausschuß der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“. Mitarbeiter des Gehlen-Geheimdienstes

Zippelius, Friedrich, Dr.

vor 1945: Regierungspräsident und SS-Brigadeführer, gehörte der Gauleitung Liberec an, enge Beziehungen zu Henlein

nach 1945: Funktionär im westdeutschen Revanchistenverband, Regierungspräsident z. b. V., Düsseldorf

GEISTIGE VÄTER DES VÖLKERMORDS VERGIFTEN WIEDER DIE ÖFFENTLICHKEIT

Die Verbrechen des Faschismus waren nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil sich ein Teil der deutschen Wissenschaftler und Erzieher zu Handlangern und Dienern der Monopolgewaltigen und ihres Hitler-Regimes erniedrigte. Diese Vertreter einer schändlich vergewaltigten und mißbrauchten Wissenschaft in den Universitäten und Laboratorien, in den Instituten und Klassenzimmern schufen die theoretischen Grundlagen für den faschistischen Terror, für die Rassenlehre, für die Vernichtung ganzer Völkergruppen, für die Eroberungskriege und die bedingungslose Unterordnung unter den „Führerstaat“. Darüber hinaus beteiligten sie sich maßgeblich an der Verwirklichung ihrer eigenen mörderischen Theorien. Vor allem belogen und betrogen sie – gemeinsam mit Nazi-Journalisten, -Buch- und -Filmautoren – die deutsche Jugend und erzogen diese zu willfährigen Werkzeugen des Faschismus getreu der Forderung Hitlers: Die Jugendlichen müssen „flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“ sein.

Die ideellen Stützen des Faschismus trugen damit einen großen Teil der Verantwortung für das Völkermorden, das über 50 Millionen Menschen das Leben kostete.

DIE ANBETUNG DES „FÜHRERTUMS“

Die Faschisten und ihre Auftraggeber mußten bereits vor der Machtergreifung Hitlers, besonders aber danach, Theorien schaffen, die das Hitler-Regime rechtfertigten. Eifrig war ein ganzer Stab von Pseudowissenschaftlern damit beschäftigt, Unrecht, Terror, Willkür und schließlich Mord und Völkermord in „Recht“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Ordnung“, „Führertum“, „wertes und unwertes Volkstum“ usw. umzumünzen. Dieser „Rechtsauffassung“ entstammen die Morddirektiven für die faschistischen Blutgerichte, die 80 000 Menschen zum Tode verurteilten, sowie für die SS, den SD und die Gestapo. Dieser „Rechtsauffassung“ entstammt auch das faschistische „Recht“ für die fabrikmäßige Massenvernichtung ganzer Volksteile.

Skrupellos mißachteten die faschistischen Gelehrten die elementarsten Rechte des Volkes. Sie verherrlichten das „Führerprinzip“, das Prinzip der Willkür, der Diktatur. Prof. Ernst Huber schrieb 1937:

„Die völkische Einheit und Ganzheit aber verlangt, daß alle politische Gewalt in der Hand des einen Führers vereinigt ist. Der oberste Wille des Führers erscheint im Gesetz. Aber auch in allen Einzelverordnungen der Verwaltungen und in allen Entscheidungen der Gerichte tritt uns der Wille des Führers entgegen. Alles politische Leben im Volk wird vom einheitlichen und umfassenden Führerwillen bestimmt.“ (Prof. Ernst Huber, *„Verfassung“*, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, 1937)

Die „unbedingte Gefolgschaft“ führte die deutsche Jugend zur fast willenslosen Unterordnung unter jede Befehlsgewalt, ganz gleich, welchen Inhalt sie hatte und in welcher Form sie sich äußerte. Die Ausschaltung des eigenen Denkens und der eigenen Verantwortung „wissenschaftlich“ zu begründen, gehörte zu den folgenschwersten Verbrechen der geistigen Väter des Faschismus.

DER TERROR WIRD „BEGRÜNDET“

Die Nazi-Staatsrechtler begründeten den Polizei- und Gestapo-Terror:

„Die Beschränkung auf die Gefahrenabwehr wird allmählich gesprengt werden durch die Erstreckung des polizeilichen Aufgabenkreises auf alle die Eingliederung eines einzelnen in eine Gemeinschaft durch Zwang erforderlichen Handlungen.“ (Prof. Theodor Maunz, *„Deutsches Recht“*, 1935, S. 397)

Sie forderten Bluturteile gegen Antifaschisten:

„Es bedarf kraftvoller Führerpersönlichkeiten, die nicht Masseninstinkten folgen und Massensuggestionen unterliegen, sondern aus ihrer urwüchsigen Eigenart, in der sich die Art des Volkstums spiegelt, und aus ihrem Gewissen, das beim rechten Manne nur Ausdruck des Volksgewissens sein kann, Recht sprechen.“ (Prof. Erik Wolf, *„Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie“*, Heft 3, 1935)

Sie rechtfertigten die Unmenschlichkeit und arbeiteten die staatsrechtlichen Grundlagen des faschistischen Besatzungsregimes in den unterjochten Ländern aus:

„Hier werden tiefgreifende Maßnahmen erwartet, z. T. sind sie schon in Kraft getreten: Zwangsunfruchtbarmachung, Entmannung erbkranker Triebtäter, Entziehung des Staatsbürgerrechts, Sicherheitsverwahrung (Konzentrationslager – d. Hrsg.)“ (Ebenda).

Ein anderer „Gelehrter“ schrieb:

„Wir müssen in den betreffenden Gebieten eine bewußt negative Bevölkerungspolitik betreiben . . . Man sollte die Einrichtung von Abtreibungsinstituten durchaus fördern. Die freiwillige Sterilisierung ist gleichfalls zu propagieren. Die Säuglingssterblichkeit darf nicht bekämpft werden. Auch Aufklärung der Mütter über Säuglingsfürsorge und Kinderkrankheiten darf nicht erfolgen.“ (Prof. Konrad Meyer, zitiert nach *„Neue Zeit“*, Moskau, Nr. 4/1960)

SIE FORDERN AUSROTTUNG „MINDERWERTIGER RASSEN“

6 Millionen jüdischen Menschen aus fast allen Ländern Europas brachte der Faschismus den Tod. Das polnische Volk verlor durch die faschistische Ausrottungspolitik 6 Millionen Bürger. Weitere Millionen wurden in der Sowjetunion erschossen, erschlagen, erhängt. 1939 lebten noch etwa 233 000 Juden in Deutschland. Fast alle kamen bis 1945 in den Vernichtungslagern der Nazis ums Leben.

Barbaren im Gewande der Wissenschaft begründeten die faschistische Rassenlehre. Sie zimmerten eine Theorie zusammen, die die „Überlegenheit der arischen Rasse“ lehrte, die die Ausrottung „minderwertiger Rassen“ wie „Juden und Slawen“ als „Recht und Notwendigkeit“ darstellten. Sie forderten die physische Vernichtung ganzer Völkergruppen und erzogen die deutsche Jugend in diesem Geiste zum Massenmord:

„Die überragende Führerrolle nordischer Völker, Stämme und Einzelmenschen in der Geschichte ist unbestritten . . . Unter diesem Gesichtswinkel sehen wir erst die ganze Größe der Zeit, die uns die Tore aufstößt zu einem Reich mit weiten Führungsaufgaben und Führungsmöglichkeiten.“ So schrieb ein Prof. Karl-Valentin Müller (*„Das junge Deutschland“*, 1941)

ANTIKOMMUNISMUS ALS „GESCHICHTLICHE AUFGABE“

Diese barbarische Politik wie das gesamte aggressive Programm des Hitler-Regimes wurden als „geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes“ deklariert:

„Der Nationalsozialismus hat in seiner auf dem Rassenprinzip aufgebauten Weltanschauung in der jüdisch-marxistischen Lehre den Bolschewismus als seinen grundsätzlichen Gegner erkannt, der von Rußland aus die Weltrevolution auf militärische oder ideologische Weise zu betreiben versucht und als erbittertster Feind aller deutschen und europäischen Kultur angesehen werden muß.“ (Prof. Herbert Ludat, *„Polens Stellung in Ost-Europa, in Geschichte und Gegenwart“*, 1939)

Und in einem anderen Machwerk: *„In dem weltweiten Ringen, welches das deutsche Volk, vereint mit dem geistesverwandten faschistischen Italien, um eine neue gerechte Ordnung des europäischen Raumes . . . führt, in diesem Kampfe bildet das gewaltige Machtgefüge des Großdeutschen Reiches den festgeschmiedeten Kern. Dem Reiche aber wird in der künftigen Gemeinschaft der Völker unseres Erdteiles eine führende Stellung zukommen, so wie es jetzt schon in weiten Gebieten die Verantwortung übernommen hat.“* (Prof. Ulrich Scheuner, *„Deutsches Recht“*, 22. und 29. August 1942)

Von diesen Haßtiraden führte ein gerader Weg in die Konzentrationslager

nach Auschwitz, Maidanek und Theresienstadt, in die Massengräber der Ukraine und der anderen vom Faschismus überfallenen Länder.

Gewissenlose Professoren und Ärzte, wie die Mediziner Kurt Blome, Reichs-
amtsleiter der NSDAP, Werner Heyde-Sawade, Werner Catel, Siegfried Ruff,
Herta Oberhäuser u. a., tragen auch die volle Verantwortung für die Euthanasie-
Morde und die verbrecherischen Versuche an KZ-Häftlingen. Über 100 000 hilf-
lose Menschen wurden von ihnen als „lebensunwert“ erklärt und ermordet.
Selbst Kinder verschonten die Barbaren nicht. Bemerkungen, wie „Mongolen-
falte“ über den Augenwinkeln oder „schlechtmodellerte Ohren“, genügten schon,
um sie als „rassisch wertlose Geschöpfe“ umzubringen.

DER KRIEG – FÜR SIE „DER VATER ALLER DINGE“

An den theoretischen und praktischen Grundlagen zur Vorbereitung des zwei-
ten Weltkrieges zu arbeiten und die Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik
gegen die überfallenen Völker mit durchzuführen, war die Hauptaufgabe der
faschistischen Wissenschaft und ihrer Vertreter. Die Nazi-Ideologen lehrten:

*„Der Krieg ist das vornehmste Mittel zur Schaffung objektiver historischer
Tatbestände...“ (Prof. Pascual Jordan, „Physikalisches Denken in der neuen
Zeit“, 1935)*

Und weiter: *„Wir sind nicht gewillt, in der Verknüpfung wissenschaftlicher
und militärischer Macht einen Mißbrauch zu sehen, nachdem militärische Macht
ihre zwingende, aufbauende Kraft im Schaffen eines neuen Europas erwiesen
hat.“ (Prof. Pascual Jordan, „Die Physik und das Geheimnis des organischen
Lebens“, Braunschweig 1941)*

„Der Krieg als der Vater aller Dinge“ – das war das Programm dieser Ver-
fechter der Hitler-Diktatur. Mit ihren Irrlehren halfen sie, das öffentliche Leben
im faschistischen Deutschland zu militarisieren, die Aggressionssucht des deut-
schen Imperialismus „theoretisch“ zu begründen und die Jugend für die Er-
oberungszüge des Faschismus reif zu machen:

*„Die führende Rolle in der (national)-sozialistischen Erziehung des deutschen
Volkes kommt jedoch der SA und dem Arbeitsdienst zu... Die Schule ist immer
noch mit liberalen Erziehungszielen belastet. Im Gegensatz dazu erwachsen die
SA und der Arbeitsdienst direkt aus dem Kampf der deutschen Jugend und
jener Generation, die um eine Volkseinheit rang.“ (Prof. Theodor Wilhelm,
„Soziale Erziehung in Deutschland“, in: „Internationale Zeitschrift für Erzie-
hung“, 1935)*

SIE HANDELN NACH IHREN THEORIEN

Vor allem nach dem militärischen Überall auf Deutschlands Nachbarvölker setzte ein Teil dieser Wissenschaftler die verbrecherischen Theorien als Beamte und Berater faschistischer Dienststellen in die Tat um. In Sondereinheiten und Sonderstäben der Wehrmacht, der SS, der Spionagedienste, der faschistischen Besatzungsbehörden oder in den Nazi-Ministerien beteiligten sie sich aktiv an der Unterdrückung, Ausplünderung und Ausrottung fremder Völker.

Der Volkswirtschaftler Prof. Otto Schiller arbeitete die „Neue Agrarordnung“, den Plan des Rosenberg-Ministeriums zur Vernichtung der sozialistischen Landwirtschaft in der Sowjetunion, aus;

der Völkerrechtler Prof. Hermann Raschhofer wurde juristischer Berater bei der Ausrottungspolitik des Kriegsverbrechers K. H. Frank;

der Ostforscher Prof. Bolko von Richthofen war als Sonderführer und Spionageoffizier verantwortlich für faschistische Verbrechen in Nowgorod und Staraja Russa in der Sowjetunion.

Die Aufzählung könnte beliebig verlängert werden. Diese Pseudowissenschaftler sind nicht nur der ideellen Kriegsvorbereitung schuldig zu sprechen, sondern sie zeichnen auch für Verbrechen während des faschistischen Krieges verantwortlich.

DAS BRAUNE GIFT DER GOEBBELS-PRESSE

Während die Nazi-Wissenschaftler die theoretischen Grundlagen des Faschismus schufen und den Terror rechtfertigten, verbreiteten die Zeitungen, Bücher und Filme das nazistische Gift unter der Bevölkerung. In Hunderttausenden Artikeln, Tausenden Büchern und Dutzenden Filmen wurden der sklavische Gehorsam, der Rassenhaß, der Antikommunismus, die Kriegsverherrlichung und die Durchhaltepolitik „volksverständlich“ propagiert.

Der Journalist Helmut Sündermann, ehemaliger SS-Obersturmbannführer, schrieb noch am 22. Dezember 1944 im „Völkischen Beobachter“: *„Nur eine Weltlösung der Judenfrage kann der Menschheit die innere Ruhe wiedergeben . . . Verbannt die Juden aus dem Kreise der Nationen, und es wird Friede sein.“* (Heute ist Sündermann Leiter des militaristischen Druffel-Verlages und Teilhaber des neofaschistischen Verlages „Nation Europa“.)

Schriftsteller, wie Hans Grimm mit seinem Buch „Volk ohne Raum“, wie Erich Dwinger, Werner Beumelburg, Kurt Ziesel, Rudolf Krämer-Badoni, und Autoren wie Felix von Eckardt, der u. a. zu den Nazi-Filmen „Weiße Sklaven“, „Kopf hoch, Johannes“ und „Menschen im Sturm“ die Drehbücher schrieb (alle

Eckardt-Filme wurden von den alliierten Behörden verboten), vergifteten die Hirne der deutschen Bevölkerung, vor allem der Jugend. Sie machten das deutsche Volk zu einem willfährigen Werkzeug des Faschismus.

WO DAS GEISTESLEBEN ERNEUERT WURDE

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus bestand eine der wichtigsten Aufgaben darin, das geistige Leben zu reinigen, die theoretischen Wegbereiter und ideellen Helfer des Hitler-Regimes aus ihren Positionen zu entfernen und das deutsche Volk im Geiste des Humanismus, der Demokratie und des Friedens zu erziehen. Das Potsdamer Abkommen bestimmte daher in seinen „Politischen Grundsätzen“, Abschnitt 7:

„Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

Auf dem Gebiet der DDR wurde diese Voraussetzung für eine Erneuerung des Geisteslebens geschaffen und mit aller Konsequenz vor allem das gesamte Bildungswesen entnazifiziert und demokratisiert. Allein aus dem Schuldienst wurden 1945/1946 von 37 000 Lehrern 22 600 ehemalige Mitglieder der NSDAP entlassen. An ihre Stelle traten Gelehrte und Lehrer, die sich ganz in den Dienst des Menschen stellten und die auch in der Nacht des Faschismus den Namen und die Ehre der deutschen Wissenschaft verteidigt hatten. Solche Wissenschaftler, wie der Chemiker Prof. Dr. Correns, der heutige Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, oder der Mediziner Prof. Dr. Brugsch waren und sind Vorbilder der in der DDR heranwachsenden akademischen Generationen.

DIE ALTEN IDEOLOGEN IN BONNER DIENSTEN

Im Widerspruch zu den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition prägen die gleichen Leute, die bereits zu den theoretischen Stützen des Faschismus zählten, das geistige Gesicht des Bonner Staates. Sie alle sitzen wieder in Amt und Würden, beherrschen die Bildung und Erziehung der Jugend und den Apparat der Massenbeeinflussung.

Alle oben genannten und zitierten Nazi-Professoren, -Journalisten und -Autoren dürfen wiederum die westdeutsche Jugend in diesem Geiste erziehen, dürfen die Zeitungen und Bücher mit den gleichen Ideen füllen. Sie haben sich nicht gewandelt. Sie brauchten sich nicht zu ändern, weil der Bonner Staat der Rüstungsmonopole eine Politik betreibt, die wiederum Revanchismus, Antikommunismus, nationale Überheblichkeit und Kriegsvorbereitung bedeutet.

Darum sind die schuldbeladenen Professoren Hitlers und teilweise schon die von ihnen erzogenen Nachwuchswissenschaftler gerade die richtigen für die wissenschaftlichen Beratergremien der Bundesregierung. Dort arbeiten sie die revanchistischen Pläne des Bonner Staates auf eine gewaltsame Wiederherstellung des faschistischen Reiches in den Grenzen von 1937 und 1939 aus und begründen sie. Ein solches Gremium ist beispielsweise der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“. Er soll alle Probleme lösen, die sich bei der geplanten Annexion der DDR durch den westdeutschen Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet ergeben. Zu seinen führenden Mitgliedern gehören die Professoren Seraphim, Stadtmüller und Thalheim.

Hans-Jürgen Seraphim war während des Faschismus Leiter des Osteuropa-Instituts Breslau, eines Zentrums der Vorbereitung der Aggression gegen die Völker Osteuropas. Dort arbeitete er eng mit der faschistischen Spionage zusammen. Professor Stadtmüller zählte im Faschismus als Direktor des Südosteuropa-Instituts in Leipzig und als Mitarbeiter am „Institut für deutsche Ostarbeit“ in Krakau (Krakow) unter der Leitung des Kriegsverbrechers H. Frank zu den Nazi-Experten für Südosteuropa. Thalheim, heute Professor in Westberlin und darum völkerrechtswidrig Mitglied des westdeutschen Forschungsbeirates, war während des Faschismus Mitarbeiter des SD und seit 1936 Obmann der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ an der Leipziger Handels-Hochschule, die die „Lebensraum- und Großraum-Theorien“ des Faschismus „wissenschaftlich“ begründete.

An der Spitze des „Arbeitskreises für Ost-West-Fragen“ beim Bonner Auswärtigen Amt steht Prof. Erich Kordt. Diesem Arbeitskreis obliegt die Ausarbeitung und scheinwissenschaftliche Verbrämung der Revanche-Politik der Bundesregierung gegen die östlichen und südöstlichen Völker Europas und gegen die Sowjetunion. Arbeitskreisleiter Kordt war während der Nazi-Zeit SS-Obersturmbannführer und Vertrauensmann Himmlers im Auswärtigen Amt. Von 1938 bis 1940 leitete er dort als Chef das Ministerbüro des Kriegsverbrechers Ribbentrop. Er war maßgeblich an der Annexion der ČSR beteiligt.

Die weit über 100 heute in Westdeutschland existierenden neonazistischen und militaristischen Verlage werden fast ausschließlich von alten belasteten Faschisten geleitet. Sie überschütten den westdeutschen Zeitungs- und Büchermarkt mit einer Flut nazistischer und militaristischer Literatur, deren Grundtenor die Rechtfertigung des Hitler-Krieges und die Verherrlichung des Nazi-Regimes ist. Jährlich werden 20 Millionen Groschenhefte, die Hitlers Schlachten des zweiten Weltkrieges in glühenden Farben schildern, an die westdeutsche Jugend verkauft. Die Autoren sind zumeist ehemalige Mitglieder der Propaganda-Kompanien Goebbels'.

Durch die Wiederverwendung der belasteten faschistischen Wissenschaftler,

Pädagogen, Journalisten und Autoren sind die westdeutschen Universitäten, das Erziehungswesen, die Massenmedien und große Teile der Literatur wieder zu Heimstätten eines gefährlichen Neonazismus geworden. Die Verantwortung dafür trägt allein die westdeutsche Regierung.

Sie prägen das geistige Gesicht des Bonner Staates

Gerstenmaier NAZI-PROPAGANDIST IN GEHEIMER MISSION

Eugen, Dr.

heute: Präsident des westdeutschen Bundestages, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, Mitglied des Präsidiums der CDU, Präsident der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Mitglied des Europarates

Schon lange vor der Errichtung der faschistischen Diktatur bekannte sich Gerstenmaier zur Nazi-Bewegung. Als Hitler im Jahre 1923 gegen die Weimarer Republik putschte, trat Gerstenmaier in die SA ein. Seit 1931 war er „Amtsleiter“ in der Reichsführung der „Deutschen Studentenschaft“ im „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“. Gerstenmaier war einer der exponierten Verfechter des „Führergedankens“ und des Nazismus in der evangelischen Kirche.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur erhoben sich im Ausland, nicht zuletzt unter der christlichen Bevölkerung, immer machtvoller die Stimmen des Protestes gegen die Vernichtungs- und Unterdrückungspolitik der Nazi-Führung. Der Theologe Gerstenmaier wurde in dieser Zeit zu einem wertvollen Propagandisten des Hitler-Regimes. Er reiste, oft getarnt, in die skandinavischen und vor allem in die südosteuropäischen Länder. Dokumente aus der damaligen Zeit beweisen eindeutig, daß der Auftraggeber das faschistische Auswärtige Amt war und die Reisen der Nazi-Propaganda dienten. (Siehe Tafel 848, Schreiben vom 22. und 23. September 1939, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA, Nr. 48 050/1)

Als nach dem Überfall auf die Sowjetunion der Widerstandskampf der Völker auf dem Balkan immer stärker wurde, fuhr Gerstenmaier im Auftrage des faschistischen Auswärtigen Amtes in diese Gebiete, um mit Hilfe der Orthodoxen Kirche die Volksbewegung zu spalten und zu zerschlagen. In einem Bericht über diese Reise, die vom 2. bis zum 22. September 1941 dauerte, schreibt Gerstenmaier:

„Im Einvernehmen mit Herrn Gesandten Benzler schlage ich vor, möglichst rasch eine geeignete kirchliche Führung wieder herzustellen. Da der z. Zt. die Patriarchatsgeschäfte ohne Mandat verwaltende Metropolit Jossif mir als absolut deutschfeindlich dargestellt wurde . . ., halte ich es . . . (für) geboten, mit

Bischof Nikolai von Zica einen Versuch zu machen . . . und ihn für die antibolschewistische Propaganda und zur Unterstützung der Regierung Naditsch einzusetzen." (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, AA Nr. 31)

Am Schluß dieses Berichtes heißt es: „Größere propagandistische Aktionen scheinen mir bei einer Überprüfung der Gesamtlage zunächst wieder in Bulgarien notwendig zu werden. Die antibolschewistische Propaganda muß dort intensiver durchgeführt werden, und zwar erneut über den bis in das letzte Dorf reichenden Apparat der orthodoxen Kirche. Die Ansätze und Vorbereitungen dafür habe ich, soweit mir das in der kurzen Zeit noch möglich war, geschaffen.“ (Ebenda)

Eine andere Seite der Tätigkeit Gerstenmaiers war die Abfassung von faschistischen Propagandaschriften vor allem gegen Frankreich. So beteiligte er sich an der Schriftenreihe „Frankreich gegen die Zivilisation“ unter einem Pseudonym. Das Heft Nr. 12 dieser Reihe schrieb Gerstenmaier unter dem Titel „Frankreichs Protestantismus im Kriege“. Über diese Broschüre schreibt der Leiter des Kirchlichen Außenamtes, Bischof Heckel:

„Aus amtlichen Rücksichten ist die Broschüre pseudonym erschienen . . . Auch in dieser Schrift beweist sich ebenso wie in seiner übrigen Arbeit das klare Urteil und der charaktervolle entschlossene Einsatz Gerstenmaiers für das Reich.“ (Spandauer Volksblatt, Westberlin, 20. November 1964)

Zu der Tätigkeit Gerstenmaiers für die Nazi-Führung gehört auch die Denunziation antifaschistischer Geistlicher, wie die des als Pionier der ökumenischen Bewegung bekannten Professors Siegmund Schultze.

In dem Bericht über seine Skandinavienreise aus dem Jahre 1939 an das faschistische Auswärtige Amt schreibt Gerstenmaier: „Als eine Störung dieser zweifellos deutschfreundlich angelegten Arbeit muß die in Aussicht genommene, etwa dreimonatige Tätigkeit von Prof. Siegmund Schultze in Zürich betrachtet werden. Prof. S. Schultze ist für das kommende Jahr im Besitz der Olaus-Petri-Stiftung und hat in dieser Eigenschaft etwa drei Monate in Upsala zu tun . . . Bei der negativen Haltung des jetzigen Stipendiaten der O.-P.-Stiftung muß mit einer Erschwerung jeder sinnvollen deutschen Arbeit in Skandinavien gerechnet werden. Ich glaube darum . . . die vertrauliche Bitte aussprechen zu sollen, von seiten des Reiches das zu veranlassen, was geschehen kann, um Prof. S. Schultze die Einreise in Schweden, ohne daß es auffällt, unmöglich zu machen . . .“ (Spandauer Volksblatt, Westberlin, 20. November 1964)

Das Auswärtige Amt reagierte prompt. Am 30. November 1939 wies es die deutschen Vertretungen in Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Bern und Zürich sowie in Genf an, Prof. S. Schultze in Zürich keinen Aus- oder Durchreisevermerk zu erteilen.

Am 10. August 1942 wurde Dr. habil. Eugen Gerstenmaier als Konsistorial-

rat in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen. Für die Dauer des Krieges wurde er u. k. gestellt.

Globke INTELLEKTUELLER JUDENMÖRDER

Hans-
Maria, Dr.

heute: Bis Juli 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt; auf Grund der durch die DDR veröffentlichten Dokumente und Beweismaterialien im Prozeß 1962 gegen Globke vor dem Obersten Gericht der DDR mußte er von dieser Funktion zurückgezogen werden, dennoch bezieht er eine hohe staatliche Pension und tritt als Sachverständiger und Entlastungszeuge in Prozessen gegen Kriegs- und Naziverbrecher auf

Vom ersten bis zum letzten Tage der NS-Herrschaft war Globke Beamter des Reichsinnenministeriums. In dieser Eigenschaft verfaßte er eine große Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, die zur Errichtung der nazistischen Diktatur führten, die die Ächtung und Aussonderung der jüdischen Bürger beinhalteten, und solche, die die „Germanisierung“ oder Ausrottung der unterjochten Bevölkerung bezweckten.

Am 24. März 1933 beschloß der Reichstag das Ermächtigungsgesetz, das der Hitler-Regierung unbeschränkte Diktaturvollmachten einräumte. In Ergänzung dazu bereitete das Preußische Innenministerium das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Land“ vor. Verfasser dieses Diktaturgesetzes war Regierungsrat Globke. Aus seiner Feder stammten außerdem das Gesetz über die Auflösung des preußischen Staatsrates vom 10. Juli 1933 und das preußische Provinzialratsgesetz vom 17. Juni 1933, die alle parlamentarischen Körperschaften Preußens gleichschalteten.

Als zuständiger Mitarbeiter im Reichsinnenministerium hat Globke fast das gesamte Gesetzes- und Verordnungswerk für die Verfolgung der Juden mitverfaßt.

Er gehört mit zu den Verfassern der Nürnberger Rassengesetze, die im Eichmann-Prozeß als die „Grundgesetze für die Endlösung der Judenfrage“ bezeichnet wurden.

Er ist derjenige, der die zwangsweise Kenntlichmachung der Juden mit den zusätzlichen Vornamen „Sara“ und „Israel“ erdachte und durch Gesetz einführte.

Im Juli 1940 beauftragte Frick seinen damaligen Referenten für die besetzten Westgebiete, Dr. Globke, Bedingungen für einen Diktatfrieden für Frankreich auszuarbeiten. Darin forderte er u. a. den Raub weiterer französischer Gebiete, die Deportation aller Juden und Zigeuner in die Vernichtungslager.

Globke war an der Ausarbeitung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 beteiligt. Diese Verordnung schuf die gesetzliche Grundlage für die rücksichtslose Verfolgung und Vernichtung aller jüdischen Menschen.

Innerhalb des Reichsinnenministeriums arbeitete Globke das nazistische Staatsangehörigkeitsrecht aus, das den Okkupationsbehörden die Richtlinien für die „Germanisierung“ oder Ausrottung ganzer Volksgruppen lieferte. Er veranlaßte, daß die Masse der Bürger der okkupierten Staaten zu „Schutzangehörigen“ oder „Protektoratsangehörigen“ degradiert wurde. Für Polen erfolgte dies durch die von Globke ausgearbeitete „Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten“. Ähnliche Gesetze erarbeitete Globke für die Tschechoslowakei, Litauen, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Jugoslawien.

Für seine Verdienste um die Durchsetzung der Ziele des Nazi-Staates wurde Globke mehrfach befördert und er erhielt hohe Orden und Auszeichnungen.

In der Bundesrepublik konnte dieser Mann zum ranghöchsten und mächtigsten Beamten avancieren. Als graue Eminenz im Bundeskanzleramt hatte er seine Hand immer und überall dort im Spiele, wo gegen die demokratischen Freiheitsrechte vorgegangen wurde. Er lancierte mit Hilfe des 131er Gesetzes belastete Nazi-Beamte – seine Gesinnungsfreunde von einst – in höchste Positionen des Bonner Staates.

Eckardt AUTOR FASCHISTISCHER HETZFILME

Felix von

heute: „Bevollmächtigter der Bundesregierung“ in Westberlin

Unmittelbar nach Hitlers Machtantritt im Jahre 1933 wurde Felix von Eckardt Drehbuchautor für Spielfilme. Bis 1945 schrieb er 19 Drehbücher oder war ihr Mitautor. Im Jahre 1936 wurde der antisowjetische Film „Weiße Sklaven“ (Panzerkreuzer Sewastopol) aufgeführt. Über die Tendenz und den Charakter dieses Streifens, dessen Mitautor von Eckardt war, gibt folgende Rezension Auskunft:

„Da krachen Schüsse, in der rasenden Garbe des Maschinengewehrs, das verhetzte Matrosen auf der Schanze in Stellung gebracht haben, brechen unbewaffnete Offiziere und wehrlose Frauen zusammen. Blitzschnell tegt der Mordterror der roten Revolte über Stadt und Hafen, brutal und hemmungslos alles dahinschlachtend, was nur irgendwie verdächtig erscheint... Ein Film, der durch seine packende Gestaltung bis zum letzten Meter fesselt und der manchen Unbelehrbaren im In- und besonders im Ausland die Augen über die bolschewistische Weltpest öffnen dürfte.“ („Potsdamer Tageszeitung“, 16./17. Januar 1937)

Als der Überfall auf die Sowjetunion unmittelbar bevorstand, erschien der Film „Kopf hoch, Johannes“. Er verherrlichte die faschistische Jugenderziehung und sollte Deutschlands Jugend für den Kampf gegen die Sowjetunion reif machen. Mitautor des Drehbuches war wiederum Felix von Eckardt. Bezeichnend für die Zielstellung dieses Filmes ist folgender Dialog:

„Eine neue Zeit ist gekommen, für uns alle! Jeder muß bereit sein, einzustehen für Führer und Reich: Wenn einer von uns fallen sollt, der andere steht für zwei, denn jedem Kämpfer gibt ein Gott den Kameraden bei.“ („Goebbels-Journalisten in Bonner Diensten“, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1962)

Ebenfalls im Jahre 1941 erschien der Film „Menschen im Sturm“. Er behandelte das „Schicksal“ der deutschen Minderheit in Jugoslawien und rechtfertigte den militärischen Überfall Hitler-Deutschlands als „Befreiung der Volksdeutschen“. Zwei Stellen aus dem Textbuch mögen die Absicht von Autor – u. a. Felix von Eckardt – und Produzent verdeutlichen:

„Serben, das sind ja keine Menschen. Diese Hunde! . . . Die Serben werden noch alle Deutschen wegschleppen. Sie werden noch alle umbringen. Warum? Danach fragen sie nicht, die Hunde! . . . Den Schmied haben sie auch schon erschossen . . .“ („Goebbels-Journalisten in Bonner Diensten“, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1962) An anderer Stelle wird gefordert: *„Wir müssen in Europa alle Grenzen einreißen!“* (Ebenda)

Im Jahre 1942 erhielt Eckardt vom Goebbels-Ministerium für den Film „Die Entlassung“, der die reaktionäre Politik Bismarcks verherrlichte und Hitler de facto als Vollstrecker des Bismarckschen Erbes feierte, das Prädikat „Film der Nation.“ Im Jahre 1961 wurde dieser faschistische Streifen in Bonn wieder aufgeführt.

Nach 1945 verboten die alliierten Behörden zunächst alle Filme von Eckardt. Die Karriere dieses Mannes konnte jedoch nicht unterbrochen werden. Nachdem er kurze Zeit als Chefredakteur des „Weser-Kurier“ tätig war, ernannte ihn Adenauer 1952 zum Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung im Range eines Staatssekretärs. 1955/1956 war er westdeutscher Beobachter bei der UNO, kehrte aber bald wieder ins Presse- und Informationsamt zurück. 1962 erhielt Felix von Eckardt die höchste westdeutsche Auszeichnung: Das große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Nach dem Kanzlerwechsel im Jahre 1963 entsandte Erhardt ihn in die Frontstadt Westberlin. Er versprach sich von diesem Nazi eine straffere Anleitung der illegal in Westberlin etablierten Bundesbehörden und eine bessere Überwachung des Westberliner Senats, um damit die Grundlagen für verstärkte Provokationen gegen die DDR zu schaffen.

Maunz LEGALISIERTE DEN GESTAPO-TERROR

Theodor

heute: *Lehrt seit 1952 öffentliches Recht an der Universität München, ist Mitglied im Vorstand des Instituts für Politik und öffentliches Recht; von 1957 bis 1964 Kultusminister in Bayern*

Während der Nazizeit war Maunz Professor für öffentliches Recht in Freiburg/Br. In dieser Zeit entwickelte er sich zu einem führenden Vertreter des faschistischen Verwaltungs- und Polizeirechtes. Im Jahre 1934 legte er ein Bekenntnis zum NS-Staat und zur faschistischen Rechtsauffassung ab. Er schrieb, *„daß das neue Staatsdenken mit einem solchen Anspruch auf Ausschließlichkeit auftritt, daß es nicht sagt, das jeweilige Staatsdenken sei für die Ermessensentscheidung maßgebend, sondern nur das nationalsozialistische Staatsdenken.“* („*Neue Grundlagen des Verwaltungsrechts*“, Hamburg 1934)

Weiter heißt es: *„Nicht der Staat setzt die Gesamtheit des Rechtes, sondern die völkische Lebensordnung wächst aus Blut und Boden hervor.“* (Ebenda.)

Im Jahre 1937 legte er dar: *„Der Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verwaltung geht aber weiterhin von einem völlig neuen Gesetzesbegriff aus. Gesetz ist geformter Plan des Führers und damit Ausdruck der völkischen Lebensordnung. Der geformte Plan des Führers ist oberstes Rechtsgebot.“* („*Verwaltung*“, 1937)

Maunz war einer jener führenden faschistischen Verwaltungsrechtler, die den „Rassegedanken“ auf diesem Gebiet durchsetzten. Im Oktober 1936 fand in Berlin die Tagung des NS-Rechtswahrerbundes zum Thema „Das Judentum in der Rechtswissenschaft“ statt. Maunz hielt dort eines der Hauptreferate mit dem Titel: „Das Judentum im Verwaltungsrecht“. In einer Pressemeldung über diesen Vortrag heißt es:

„Prof. Dr. Maunz . . . erläuterte . . . vor allem die verhängnisvolle Neigung jüdischer Verwaltungsrechtler zur liberalistischen Rechtsstaatsdoktrin . . . Die inhaltliche Entleerung der Verwaltungsrechtswissenschaft zeigte M. im einzelnen an den Lehren der bekanntesten jüdischen Theoretiker auf.“ („*Deutsche Juristenzeitung*“, 1936, Sp. 1230)

Besonders widmete sich Maunz der rechtlichen Stellung der faschistischen Polizei und Gestapo. 1935 schrieb er: *„Die Beschränkung auf die Gefahrenabwehr wird allmählich gesprengt werden durch die Erstreckung des polizeilichen Aufgabenkreises auf alle die Eingliederung eines einzelnen in eine Gemeinschaft durch Zwang erforderlichen Handlungen.“* („*Deutsches Recht*“, 1935, S. 397)

Zur Gestapo heißt es bei Maunz: *„Eine gesetzliche Aufzählung der Mittel, die der politischen Polizei für ihre vorbeugende Tätigkeit zur Verfügung stehen, ist nicht erfolgt. Neben dem Auftrag, alle staatsgefährlichen Bestrebungen*

zu bekämpfen und ihnen zuvor zu kommen, bedarf es keiner besonderen Ermächtigung, alle zu diesem Zweck erforderlichen Mittel anzuwenden . . . für die politische Polizei des nationalsozialistischen Staates hat es keinen Sinn, in der bisherigen Weise Auftrag und Ermächtigung zu trennen.“ („Verwaltung“, 1937, S. 253/54)

Im Jahre 1943 ließ sich Maunz über die „Schutzhaft“ in den Konzentrationslagern aus: „Die geheime Staatspolizei hat ihrem Wesen nach die Aufgabe, alle staatsgefährdenden Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen. Eines der Kampfmittel ist der Entzug der Freiheit . . . Gerichte können die Schutzhaftbefehle, ihre Erfordernisse und Wirkungen, ihren Inhalt und ihre Rechtmäßigkeit nicht zum Gegenstand ihrer Prüfung machen.“ („Gestalt und Recht der Polizei“, 1943)

Weiter heißt es über die Rolle der Polizei: „Die deutsche Polizei ist nicht unvorbereitet in den Krieg eingetreten. Der Krieg und seine Erfordernisse haben vieles klar hervortreten lassen, was in der Vorkriegszeit an polizeilicher Arbeit geleistet werden mußte und geleistet worden ist . . . Die Polizei ist nach der Machtergreifung zu einem überragenden Bestandteil des deutschen Staates aufgestiegen.“ (Ebenda)

Mit seinen staats- und verwaltungsrechtlichen Arbeiten gehörte Maunz zu den maßgeblichen Stützen des faschistischen Systems in Deutschland. Nach 1945 hatte und hat er in Westdeutschland, vor allem in Bayern, größten Einfluß auf die Erziehung der jungen Generation.

Am 9. Juli 1964 unterbreitete die Friedrich-Schiller-Universität Jena der Öffentlichkeit exaktes Beweismaterial über die faschistische Vergangenheit von Maunz. Nur einen Tag später mußte er seinen Rücktritt beantragen, zumal auch der Widerstand westdeutscher Friedenskräfte immer stärker geworden war.

Pölnitz DIE BRAUNE MAGNIFIZENZ

Götz von

heute: Im November 1964 berief die Bayrische Landesregierung den in Erlangen tätigen Historiker und Schriftsteller Prof. Dr. Götz Freiherr von Pölnitz zum Gründungsrektor der neuzugründenden Regensburger Universität

Im Jahre 1938 veröffentlichte Prof. v. Pölnitz die pseudobiographische Arbeit „Emir – das tapfere Leben des Freiherrn von Biberstein“. Dieses Buch, daß das Leben eines fanatischen Faschisten und SA-Schlägers im Stile eines Wild-West-Romans schildert, ist voll von Begriffen wie „unvermischte Rasse“, „ostjüdisches Gewimmel“, „Erhaltung der deutschen Art“. Den Hitler-Putsch gegen die Weimarer Republik nannte von Pölnitz einen „rechtsetzenden Akt“ usw. Über die Weimarer Republik schrieb er in diesem Buch, daß „die junge Republik . . . von

Ra
Görg
he

zugewanderten Juden und ‚volksbeauftragten‘ Kriegsdienstverweigerern“ re-
giert werde.

In einem Aufsatz aus dem Jahre 1940 für den NS-„Schulungsbrief“ rechtfertigte Pölnitz den Überfall Hitlerdeutschlands auf den „Erbfeind“ Frankreich damit, daß die eroberten Gebiete *„mit dem Recht des Blutes von den alten Franken auf die Deutschen“* übergegangen seien. Am Ende dieses Artikels heißt es: *„Das deutsche Volk steigt zu neuer Macht und Größe empor. Die uralte Sehnsucht der gesamtgermanischen Idee nähert sich im Großdeutschen Reich ihrer Erfüllung.“* („Der Schulungsbrief – das zentrale Monatsblatt der NSDAP“, 1940)

1942 erschien ein Festband zur Geschichte der Münchner Universität. In dieser Schrift verherrlichte Pölnitz – wie zwei Jahre zuvor in seinem „Emir . . .“ – den faschistischen Putsch von 1923:

„Dem Rufe des Führers versagte sich die Münchner Studentenschaft nicht, trat, dem Appell Hermann Görings folgend, in die Sturmabteilungen ein und nahm, seinem hinreißenden Beispiele nacheifernd, heißen Anteil an der nationalsozialistischen Erhebung von 1923. Erst brutale Gewalt konnte sie von ihrem stolzen und freiheitlichen Widerstande abbringen.“ („Denkmale und Dokumente zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität Ingolstadt – Landshut – München“, 1942)

Die Unterordnung der Wissenschaft und ihrer Institutionen unter die Ziele des Faschismus feierte von Pölnitz mit den Worten:

„Als eine in der Weltanschauung gefestigte, durch Forschung erprobte und mit der unübersehbar fortwirkenden Leistung der aus der Lehre hervorgegangenen Armee ihrer Schüler wahrhaft bewährte Kraft steht sie (die Münchner alma mater – d. Hrsg.) aufrecht, streitbar und treu wie vor Jahrhunderten im Kampf für Führer, Volk und Reich, um ein neues und besseres Europa.“ (Ebenda)

Dieser Parteigänger Hitlers, der Antisemit und Franzosenhasser von Pölnitz, erscheint der CSU-Führung unter NS-Führungsoffizier Strauß als der geeignete Mann, an der neuen „Ost-Universität“ Regensburg im Dienste der revanchistischen Bonner Politik gegen die östlichen Nachbarvölker zu wirken.

Rauch AKTIV IN HITLERS 5. KOLONNE

Georg von

heute: Mitglied des „Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“ – dieser Ausschuß entscheidet über die Lehrbefähigung aller Lehrer für Oberschulen und Gymnasien dieses Bundeslandes; von Rauch ist ferner Direktor des Seminars für osteuropäische Geschichte und ordentlicher Professor an der Christian-Albrechts-Universität, Kiel, Mitglied

des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, des „Baltischen Forschungsinstitutes“ in Bonn, des „Ostkollegs“ der „Bundeszentrale für politische Bildung“ und der „Baltischen Historischen Kommission“

Georg von Rauch stammt aus einer deutsch-baltischen Adelsfamilie. Von 1936 bis 1939 war er Dozent am philosophisch-theologischen Luther-Institut an der Universität Dorpat. Er gehörte dort zu den „Ostforschern“, die als faschistische 5. Kolonne wirkten. Von Rauch arbeitete an den Zeitungen „Jomsburg“ und „Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung“ mit. Sie wurden von der „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ herausgegeben – einem Zentrum des Kampfes gegen die östlichen Nachbarvölker Deutschlands. In den letzten Kriegsjahren stand die Forschungsgemeinschaft unter direkter Leitung des Reichssicherheitshauptamtes. Mit Artikeln, wie „Eine Polemik zur Judenfrage in Kurland“ (in: „Jomsburg“, 1941) und „Zur Judenfrage in Rußland“ (in: „Deutsche Post aus dem Osten“, Nr. 11, 1941), unterstützte und rechtfertigte von Rauch die Judenvernichtung der deutschen Faschisten.

Von 1943 bis 1945 war er Dozent an der „Reichsuniversität“ in Posen. Sie war von dem als Kriegsverbrecher gehängten „Generalgouverneur“ der okkupierten polnischen Gebiete, Frank, gegründet worden. Dort arbeitete von Rauch aktiv in der „Reichsstiftung für die deutsche Ostforschung“ mit und setzte seine ganze Kraft zur Rechtfertigung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Völker der Sowjetunion ein. In diesem Sinne schrieb er auch sein Buch „Die Universität Dorpat und das Eindringen der frühen Aufklärung in Livland 1690 bis 1710“. Darin beschwört er mit „historischen“ Argumenten eine russische Gefahr und den „kulturvernichtenden Charakter der russischen Nachbarschaft“.

In seinem Lebenslauf aus dem Jahre 1942 schrieb von Rauch: *„Nachdem ich in den Jahren 1928/29 im Reich an Versammlungen der NSDAP teilgenommen hatte, schloß ich mich 1933 der nationalsozialistischen Bewegung in Estland an und habe mich am Aufbau der Ortsgruppe Dorpat beteiligt. Ich gehörte zur Kreisleitung Dorpat und war zeitweilig – noch ehe die Bewegung legal arbeiten konnte – stellvertretender Kreisleiter in Dorpat... Als Parteianwärter habe ich mich 1939 am Aufbau der Parteiorganisation in Posen beteiligt und bin Presseamtsleiter einer Posener Ortsgruppe. Außerdem bin ich Mitglied des NS-Dozentenbundes und des NS-Altherrenbundes...“* (Universität Posen, Reichsuniversität)

Wilhelm EIN RASSENHETZER

Theodor

heute: Mit Georg von Rauch gehört er zu den Mitgliedern des „Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“;

Ordinarius und Direktor des Instituts für Pädagogik an der Kieler Universität

Ebenso wie Rauch trat Wilhelm in der Zeit des Faschismus als Antisemit und Rassenhetzer auf. So forderte er 1944, *„Judentum und Freimaurerei gänzlich aus dem nationalen Leben auszusperrern . . . Die grundlegende Bedeutung dieser Tatsache für das europäische Geistesleben liegt auf der Hand. Sie wird noch dadurch unterstrichen, daß sich, je länger der Krieg dauert, um so unheimlicher der innere Zusammenhang zwischen dem jüdischen Weltbild und der vom Bolschewismus angestrebten Weltordnung offenbart.“* (*„Die kulturelle Kraft Europas im Kriege“*, 1944)

Der SA-Mann und Aktivist der NSDAP Wilhelm wurde 1934 als Redakteur der *„Internationalen Zeitschrift für Erziehung“* eingesetzt, nachdem der Kölner Professor Friedrich Schneider wegen seiner demokratischen Gesinnung aus der Redaktion entfernt worden war. Wilhelm wurde vom neuen Herausgeber dieser Zeitschrift, Alfred Baeumler, in die Redaktion berufen.

Baeumler war an der Berliner Universität Professor für politische Bildung und gleichzeitig „Reichsamtseleiter“ beim „Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP“. Er war der Initiator der faschistischen Bücherverbrennung. Wilhelm rechtfertigte das Vertrauen, das „Reichsamtseleiter“ Baeumler in ihn setzte, und trat als radikaler Verfechter der faschistischen Erziehungsziele in der Zeitschrift auf. Im Jahre 1935 erklärte er in einem Artikel:

„Die führende Rolle in der (national-)sozialistischen Erziehung des deutschen Volkes kommt jedoch der SA und dem Arbeitsdienst zu . . . Die Schule ist immer noch mit liberalen Erziehungszielen belastet. Im Gegensatz dazu erwachsen die SA und der Arbeitsdienst direkt aus dem Kampf der deutschen Jugend und jener Generation, die um eine Volkseinheit rang.“ (*„Internationale Zeitschrift für Erziehung“*, 1935)

Mit Artikeln wie *„Ziele und Ergebnisse der nationalsozialistischen Erziehung“* (1939) und *„Rasse als Grundbegriff der Erziehungswissenschaft“* beeinflusste er die faschistische und antisemitische Erziehung in den Schulen.

Redecker ANTISEMIT IM TALAR

Martin

heute: Mit Georg von Rauch und Theodor Wilhelm ist er der dritte Nazi-Ideologe im „Wissenschaftlichen Prüfungsamt für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“; ferner Ordentlicher Professor und Prodekan der Theologischen Fakultät, Direktor des Theologischen Seminars und Direktor des Sozialethischen Instituts an der Kieler Universität

Der in Bielefeld geborene Redecker zeichnete sich während der Nazi-Zeit als Antisemit im Talar des Priesters aus. Besonders bekannt wurde er durch seine Predigten im Goebbelsschen Rundfunk, in denen er beispielsweise 1939 verkündete:

„Was im Weltjudentum und im Materialismus an satanischer Kraft der Zersetzung sich zusammenballt, sehen wir allzu deutlich.“ („Rundfunkpredigten an der Universitätskirche Kiel“, 1939)

Auch solche Schriften wie „Germanische Religion und der Religionsunterricht in der Schule“ (1935) zeigen die geistige Haltung des „Theologen“ Redecker als einen Ideologen des Hitler-Regimes. Mit den Professoren von Rauch und Wilhelm übt er heute einen bestimmenden Einfluß auf den Lehrernachwuchs und damit auf das Bildungswesen Schleswig-Holsteins aus.

Buntru SS-FÜHRER UND TSCHECHENFEIND

Altred

heute: *Professor an der Technischen Hochschule Aachen für Gewässerkunde, gewerblichen Wasserbau und Hydraulik*

Buntru war bis 1945 Rektor der von den Nazis usurpierten Karls-Universität und der Technischen Hochschule in Prag. Nachdem die deutschen Okkupanten die tschechischen Universitäten geschlossen hatten, waren die Karls-Universität und die Technische Hochschule die wichtigsten faschistischen Bildungseinrichtungen in der besetzten ČSR.

Seit 1928 war Buntru an der Technischen Hochschule in Prag tätig. Dort wurde er zu einem Vertrauten des Führers der faschistischen 5. Kolonne in der ČSR, Konrad Henlein. Buntru wurde von Henlein als einer von wenigen in alle strategischen Zielstellungen und taktischen Varianten der faschistischen Bewegung eingeweiht. Als die Vorbereitungen der Annexion des Sudetengebietes beendet waren, wurde Buntru ins „Reich“ gerufen. Für seine Verdienste bei der Unterminierung der ČSR wurde er zum Rektor der Technischen Hochschule Aachen ernannt. Himmler übernahm ihn als Untersturmführer in die SS.

Nach der Okkupation der restlichen Teile der ČSR konnte man auf Buntru, den „Tschechenspezialisten“, nicht verzichten. 1940 wurde er Rektor der deutschen Technischen Hochschule Prag und 1942 Rektor der faschistischen Karls-Universität. Seine wichtigste Aufgabe bestand darin, diese beiden Institutionen völlig zu „germanisieren“ und die Voraussetzungen zur Liquidierung der tschechischen Intelligenz zu schaffen. Daß Buntru der geeignete Mann für diese Aufgaben war, zeigen nachstehende Beurteilungen:

Der „Reichsdozentenbundführer“, SS-Brigadeführer Dr. Schultze, schrieb

1939: „Buntru ist mir im übrigen seit langer Zeit und als äußerst aktiver Nationalsozialist gut bekannt.“ (Zentrales Staatsarchiv der ČSSR Prag)

In einem Schreiben vom 16. Oktober 1939 heißt es: „Buntru genießt sowohl das Vertrauen von Konrad Henlein als auch von Reichsdozentenbundführer SS-Brigadeführer Dr. Schultze.“ (Ebenda)

Im Jahre 1942 begannen die faschistischen Okkupanten in Prag mit dem Aufbau der sogenannten Reinhard-Heydrich-Stiftung. Über den Charakter dieser Stiftung sagte der SS-Hauptsturmführer und Professor an der faschistischen Karls-Universität in Prag, Dr. Bayer, in einem Rundfunkvortrag: „In ihren Grundzügen ist die neue Reichsstiftung ein Werk des gefallenen SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich . . . Obergruppenführer Reinhard Heydrich hat der Reichsstiftung Aufgaben vor allem in den Ländern Böhmen und Mähren gewiesen . . .“ (Ebenda)

Diese vom berüchtigten SD-Chef Heydrich konzipierte Einrichtung sollte an der „Germanisierung des böhmisch-mährischen Raumes“ mitarbeiten und die Tschechoslowakei als Staat für immer auslöschen. Leiter dieser Stiftung wurde der inzwischen zum SS-Standartenführer emporgestiegene Buntru. (Der oben zitierte Hauptsturmführer Bayer war der persönliche Beauftragte des Kriegsverbrechers Frank für den Aufbau der Stiftung. Nach 1945 arbeitete Bayer als Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg.)

Die tschechenfeindliche und antisemitische Haltung Buntrus geht auch aus folgenden Dokumenten hervor. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD schrieb am 22. Juni 1942 an den SS-Gruppenführer Frank: „ . . . Ich bin der Ansicht, daß das Kuratorium (der „Reinhard-Heydrich-Stiftung“ – d. Hrsg.) selbstverständlich ausschließlich mit Vertretern deutscher Dienststellen besetzt werden muß. Nichtdeutsche wissenschaftliche Einrichtungen sind auf die Dauer für Prag nicht tragbar . . . Weiter bin ich ebenfalls der Ansicht wie SS-Standartenführer Buntru, daß die Tschechen grundsätzlich aus den Vorständen aller Institute zu verschwinden haben . . .“ (Ebenda)

Am 3. Oktober 1939 schrieb Buntru an den „Reichsdozentenbundführer“: „Ich habe mich seit jeher zu einer grundsätzlich ablehnenden Einstellung zu dem Judentum bekannt.“ (Ebenda)

Den Einfluß, den dieser Antisemit und Tschechenfeind im faschistisch okkupierten Prag hatte, zeigen auch seine Ämter als „Gaudozentenbundführer“ und „Ehrensensator“ der Karls-Universität, die er außer den beiden Rektorenämtern und dem Vorsitz der „Reinhard-Heydrich-Stiftung“ bekleidete. Für seine Verdienste bei der Unterdrückung des tschechoslowakischen Volkes und bei der Verwirklichung der „Germanisierungspolitik“ machte Buntru eine glänzende SS-Karriere. Im Jahre 1938 wurde er als Untersturmführer in die SS übernommen, sieben Jahre später war er SS-Oberführer im berüchtigten SD-Leitabschnitt Prag. Dieser Leitabschnitt führte u. a. 1939 die Exekution aller Führer

der tschechischen Studentenschaft und die Einweisung von 1 200 tschechischen Studenten in die KZ durch.

Gehlen VERHERRLICHT DEN MARSCH INS MASSENGRAB

Arnold

heute: Ordinarius für Soziologie an der Technischen Hochschule Aachen

Im Jahre 1934 wurde der zum Ordentlichen Professor ernannte Gehlen „Amtsleiter“ der faschistischen Dozentenschaft an der Leipziger Universität. In seiner Antrittsvorlesung verherrlichte er die *„nationalsozialistische Bewegung, die diesem Volke neue Auftriebe des Lebens und neue Ordnungen seines Daseins gegeben hat“*. („Der Staat und die Philosophie“, Leipzig, 1935)

Das von Gehlen entwickelte philosophische System vom „Elan vital“ – der Leidenschaft, das Leben aufs Spiel zu setzen – eignete sich vorzüglich zur Vorbereitung der deutschen Jugend auf den Marsch in die Massengräber des zweiten Weltkrieges. In diesem Sinne forderte er die Soldaten der Hitlerwehrmacht 1940 auf, tapfer zu kämpfen und ihr Leben zu wagen:

„Die Tapferkeit ist die erste der germanischen Tugenden, die Gefahr ist Lokung, und die anderen Tugenden, zumal Treue und Selbstbeherrschung sind nach ihr ausgerichtet.“ („Der Mensch. Seine Natur und Stellung in der Welt“, Berlin 1940)

Das Eroberungsziel des deutschen Imperialismus, für das die Soldaten tapfer kämpfen und mit Leidenschaft sterben sollten („Elan vital“) formulierte Gehlen im Jahre 1935 in seiner Schrift „Deutschtum und Christentum bei Fichte“. Dort forderte er eine neue „Weltepoche . . . unter Führung der Deutschen“.

Gehlen's Hauptwerk „Der Mensch“, in dem er sein menschenverachtendes philosophisches System von „Elan vital“ in der Nazi-Zeit darlegte, erschien 1950, 1955 und 1958 in nur unwesentlich veränderten Neuauflagen im Bonner Staat.

Mehnert RIBBENTROPS PROPAGANDASPEZIALIST

Klaus

heute: Ordinarius und Institutsdirektor des Instituts für politische Wissenschaft an der Technischen Hochschule Aachen; Mitglied des „Beirates für Entwicklungshilfe“ beim „Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit“

Mehnert gehörte schon vor der Machtergreifung des Faschismus zu den anerkannten „Osteuropaexperten“. Er war von 1931 bis 1933 Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und Schriftleiter der Zeitschrift „Osteuropa“. Bis zum Ende des Jahres 1933 arbeitete Mehnert eng mit

dem Goebbels-Ministerium und dem faschistischen Auswärtigen Amt zusammen.

Da Mehnert in einigen taktischen Fragen des Kampfes gegen den Sozialismus und vor allem gegen die Sowjetunion andere Auffassungen hatte, fiel er zeitweilig bei den faschistischen Machthabern in Ungnade. Doch bald wieder wurde er zu einem wertvollen Propagandisten des faschistischen Deutschlands. In einem Schreiben des faschistischen Auswärtigen Amtes vom 19. Februar 1942 heißt es: „Klaus Mehnert . . . ging im Zusammenhang mit den gegen ihn gerichteten Vorwürfen ins Ausland. Dort hat er in hohem Maße für uns gearbeitet.“ (*Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Botschaft China, Nr. 2072*)

Mehnert arbeitete als Korrespondent für extrem faschistische Blätter wie „Angriff“ und „Braune Post“. Im Jahre 1941 wurde er an die Botschaft Shanghai in die Informations- und Propaganda-Abteilung berufen. Auch die Gestapo wußte seine Arbeit für den deutschen Faschismus zu würdigen. Legationssekretär Baßler schrieb am 19. Februar 1942: „Wie ich von der Abteilung Inf. hörte, sind von der Geheimen Staatspolizei gegen seine Betätigung bei unserer Mission keine Bedenken erhoben worden.“ (Ebenda)

Mehnert entwickelte sich mehr und mehr zu einem Vertrauensmann des faschistischen Auswärtigen Amtes im Fernen Osten. „Da der Zweck der Tätigkeit von Klaus Mehnert bei der Informationsabteilung darauf gerichtet war, der englischen und amerikanischen Propaganda entgegenzuarbeiten und für den deutschen Standpunkt zu werben, kann jetzt . . . eine so hochqualifizierte Kraft wie Klaus Mehnert zweckmäßiger eingesetzt werden.“ (Ebenda)

Als der kühne antifaschistische Kundschafter, der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Richard Sorge, in Japan verhaftet wurde, suchte die oberste Nazi-Führung einen zuverlässigen Nationalsozialisten für diesen Korrespondentenposten – er hieß Klaus Mehnert. Im April 1942 wurde er im Einverständnis mit dem „Reichspressechef“ und der besonderen Fürsprache des Auswärtigen Amtes zum Ostasienkorrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ ernannt und blieb gleichzeitig faschistischer Propagandaspezialist in der Shanghaier Vertretung des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes.

Für seine Verdienste als Vertrauensmann des faschistischen Auswärtigen Amtes und als Goebbels-Journalist wurde Mehnert noch am 5. März 1945 „auf Vorschlag des Reichsaußenministers“ mit dem Kriegsverdienstkreuz dekoriert.

Mehnert nutzte seine im Sold der Nazi-Führung gesammelten Erfahrungen besonders zur Unterstützung der neokolonialistischen Politik des westdeutschen Imperialismus in den jungen Nationalstaaten Asiens.

Raschhofer DIE RECHTE HAND DES KRIEGSVERBRECHERS FRANK
Hermann

heute: Stellvertretender Vorstand des Instituts für Völkerrecht und internationale Beziehungen der Universität Würzburg und Mitglied des Bremischen Staatsgerichtshofes; Leiter des „Rechts- und Staatswissenschaftlichen Arbeitskreises“ im Collegium Carolinum – einem Zentrum der imperialistischen Ostforschung und eine Einrichtung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Raschhofer war einer der engsten Mitarbeiter des „Staatsministers für Böhmen und Mähren und Reichsprotektors“ K. H. Frank. Vielfältige Veröffentlichungen über Fragen des Nationalitätenrechts und der nationalen Minderheiten, vor allem in der ČSR und in Osteuropa, mit denen Raschhofer seit Ende der zwanziger Jahre in Erscheinung trat, galten als beste Empfehlung für diese Tätigkeit. Damals wurde er zu einem der wichtigsten Propagandisten des Faschismus in Österreich und der Henlein-Bewegung im Sudetenland. Nach 1939 wurde er auf persönlichen Wunsch Franks an die Karls-Universität berufen und dort 1940 als Direktor des Instituts für Völkerrecht und Reichsrecht eingesetzt.

Raschhofer bemühte sich, in seiner Arbeit für Frank die völkerrechtlichen Grundlagen zur Vernichtung des tschechoslowakischen Staates und seiner endgültigen Einverleibung in das faschistische Deutschland zu schaffen. Auch für die Regierung des Satellitenstaates Slowakei verfaßte er völkerrechtliche Arbeiten, u. a. für „Staatspräsident“ Tiso.

Im August 1941 erhielt Raschhofer von seinem Duzfreund Frank folgende Beurteilung, die als Begründung für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes geschrieben wurde: *„Raschhofer zeichnet sich als Völker- und Staatsrechtler durch eine umfangreiche publizistische Tätigkeit aus und hat wertvolle Beiträge nicht nur zur Auseinandersetzung mit der Feindpropaganda, sondern auch zur Bekämpfung der tschechoslowakischen Staats- und Geschichtsauffassung geliefert.“* (Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag)

In den Jahren 1942/43 gehörte Raschhofer der berüchtigten Einheit „Bergmann“ an, die unter Führung Oberländers stand, mit dem Raschhofer seit längerer Zeit bekannt war. (Über Oberländer siehe Kapitel: Die Verfechter der westdeutschen Revanchepolitik). Diese Sondertruppe wurde zu Diversionsakten im sowjetischen Hinterland und zu Massenhinrichtungen der sowjetischen Zivilbevölkerung eingesetzt.

1943 erhielt Raschhofer von Rosenberg den Auftrag, ein Studienmaterial über die bisherige Ostpolitik der faschistischen Besatzungsbehörden auszuarbeiten. In diesem Material ging Raschhofer davon aus, daß die Vergrößerung des „deutschen Lebensraumes“ gesichert werden mußte. Um den Widerstand der unterjochten Völker abzufangen, empfahl Raschhofer demagogischere Methoden in der Besatzungspolitik.

Anschließend wurde er von Frank zurückberufen, um eine Propagandakampagne anlässlich des 5. Jahrestages des Münchner Abkommens vorzubereiten. Die beiden nachfolgenden Dokumente zeigen, welche Bedeutung Raschhofer für die Spitzen des faschistischen Besatzungsregimes, den Reichsminister für die okkupierten Ostgebiete und Kriegsverbrecher Rosenberg und den Henker des tschechoslowakischen Volkes, K. H. Frank, hatte:

„An Herrn

1. April 1943

Professor Raschhofer

Prag XII

Schwerinstraße 9

Lieber Raschhofer!

Anbei übersende ich Dir einen Durchschlag meines Briefes an Reichsminister Rosenberg zur Kenntnisnahme. Ich hoffe, daß wir Erfolg haben.

Im Kaiserhof zeigte mir Herr Hübel eine von Dir ausgearbeitete gedankliche Disposition über Fragen der Behandlung fremden Volkstums in Europa, die auf zwei Schreibmaschinenseiten niedergelegt war. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du für mich persönlich eine Abschrift davon so rasch als möglich nach Prag senden würdest.

Heil Hitler!

Dein (Signum von Frank)“

(Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag)

„SS-Gruppenführer

St. S. 136/43

1. April 1943

1.) An Herrn

Reichsminister Rosenberg

Berlin W 35

Kurfürstenstraße 134

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Ihr Ministerium hat für den bei der hies. Deutschen Karls-Universität tätigen Professor Dr. Raschhofer einen Antrag auf Bewilligung von Arbeitsurlaub zur Bearbeitung rechtlicher Grundfragen der zwischenvölkischen Ordnung des besetzten Ostens eingereicht. Professor Raschhofer, der zu meinen langjährigen Mitarbeitern zählt, hat mir anlässlich seines Urlaubs die Ideen seiner Arbeit entwickelt. Die Arbeit wird unter anderem die nationalitätenrechtlichen Erfahrungen aus den böhmischen Ländern, für die Raschhofer auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit als Experte gilt, verwerten und berührt durch die Problemstellung und die in Vorschlag gebrachte Lösung Fragen meines Arbeitsbereiches. Ich nehme deshalb die Gelegenheit wahr, um Ihnen, sehr verehrter Herr Reichsminister, mein besonderes Interesse an dem Zustandekommen des Arbeitsurlaubes zum Ausdruck zu bringen

und Sie zu bitten, sich der Angelegenheit im Sinne einer raschen Entscheidung anzunehmen.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

(Signum von Frank)"

(Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag)

1944 fuhr Raschhofer im Auftrag der berüchtigten Einsatzgruppe H des SD in die Slowakei, um Propagandamaterial für die Niederschlagung des Volksaufstandes vom 29. August 1944 zu erarbeiten. Um eine Ausbreitung des Volksaufstandes auf die anderen Gebiete der ČSR zu verhindern, gab Raschhofer die Empfehlung, der Slowakei eine formale Selbständigkeit zu geben und die pro-deutschen und antisowjetischen Elemente zu stärken.

Während SS-Gruppenführer und „Reichsprotektor“ Frank nach der Zerschlagung des Faschismus vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt wurde, entging Raschhofer seiner gerechten Bestrafung. Ihm wurde in Westdeutschland die Möglichkeit gegeben, als Hochschullehrer zu wirken und getreu seiner Vergangenheit die juristische Begründung für das neue Eroberungsprogramm gegen unsere östlichen Nachbarvölker zu erarbeiten.

Raschhofer hat einen großen Einfluß auf die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“. Die Führung dieser Revanchistenorganisation um den Bundesminister Seeborn und den Bundestagsabgeordneten und Präsidenten des „Bundes der Vertriebenen“ Wenzel Jaksch fordert die Annexion tschechoslowakischen Staatsgebietes und ein „Großdeutsches Reich“ in den Grenzen von 1939. Grundlage dieser Forderung sind nicht zuletzt die Irrlehren Raschhofers.

v. d. Heydte TRIEB DEUTSCHE SOLDATEN IN DEN TOD
Friedr. Aug.

heute: Ordentlicher Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Würzburg

Bekannt wurde von der Heydte als Initiator der Polizeiaktion gegen den „Spiegel“. Am 1. Oktober 1962 erstattete der Strauß-Intimus von der Heydte „private“ Strafanzeige gegen das westdeutsche Nachrichtenmagazin wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“. Damit gab er den unmittelbaren Anstoß für die vom Bonner Kriegsministerium unter Leitung Strauß' durchgeführte „Nacht- und Nebelaktion“ gegen diese Zeitschrift. Als Belohnung wurde von der Heydte am 22. Oktober 1962 als erster Reserveoffizier der Bundeswehr zum Brigadegeneral befördert. Im Mai 1965 mußte selbst der westdeutsche Bundesgerichtshof die völlige Haltlosigkeit der Anzeige von der Heydtes feststellen.

Ein politischer Denunziant war von der Heydte schon während der Nazi-

Zeit. Durch sein radikales faschistisches Auftreten machte er sich bei den Nazi-Behörden bemerkbar und spekulierte auf eine große Karriere. Er unterschrieb beispielsweise 1936 einen Brief an den Studienassessor Pülke und drohte ihm „andere Maßnahmen“ für den Fall an, daß nicht in den nächsten Tagen das Zentralorgan der SS „Das Schwarze Korps“ im Katholischen Studentenheim in Münster ausgelegt würde.

Im Jahre 1937 meldete sich von der Heydte freiwillig zur faschistischen Wehrmacht. Als Leutnant nahm er am Überfall auf Frankreich teil. Für seine barbarische Kriegsführung als Kommandeur einer Fallschirmjägereinheit erhielt er 1941 von Göring das Ritterkreuz und für seine Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, besonders vor Leningrad, das „Deutsche Kreuz in Gold.“

Im Jahre 1944 kam für den inzwischen zum Oberstleutnant beförderten von der Heydte die große Stunde. Während der faschistischen Ardennenoffensive leitete von der Heydte den Sprungeinsatz der Fallschirmtruppen. Bei diesen Einsätzen kamen noch kurz vor Ende des Krieges Tausende deutscher Soldaten ums Leben. Selbst der eingefleischte Militarist und heutige Leiter der „Kameradschaft Frankfurt“ des „Bundes ehemaliger Fallschirmjäger“, K. H. Wilhelms, bestätigte die militärische Sinnlosigkeit der Ardennenoffensive und die barbarische Truppenführung von der Heydtes: *„Obwohl er schon vorher klar erkennen mußte, daß dieser Einsatz eine Katastrophe werde, führte er den Befehl ohne Rücksicht durch . . .“* („Frankfurter Neue Presse“, 21. September 1954)

Von der Heydte, der deutsche Soldaten rücksichtslos in den Tod jagte, brachte sich selbst in Sicherheit und wurde von Hitler mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert. Obwohl es von der Heydte mehrfach geleugnet hat, geht aus den im Bayrischen Justizministerium liegenden Dokumenten eindeutig hervor, daß er eifriges und aktives Mitglied der SS war.

Seraphim EIN SCHREIBTISCHMÖRDER

Peter Heinz

heute: Studienleiter an der „Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie des Industriebezirkes Bochum“; führender Volkswirtschaftler in der „Schlesischen Landmannschaft“

Seraphim stammt aus einer Familie, die sich seit Generationen mit der „wissenschaftlichen“ Begründung der Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus beschäftigt.

1937 wurde er in Königsberg Dozent und Stellvertretender Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft. Dieses Institut unterstand nominell der Königsberger Universität, betrieb in Wirklichkeit jedoch Spionage- und Wühltätigkeit in den osteuropäischen Nachbarstaaten. 1941 rief man Seraphim an die

Universität Greifswald. 1943 wurde er geschäftsführender Direktor des auf seine Initiative gegründeten „Oder-Donau-Instituts“. Das Institut hatte die Aufgabe, genaue Unterlagen über die Wirtschaft Südeuropas in Form „vertraulicher Berichte“ zur besseren Versorgung der faschistischen Wehrmacht zu beschaffen.

Mit einer großen Anzahl von Aufsätzen und Büchern unterstützte Seraphim die faschistische Rassentheorie. 1938 veröffentlichte er ein groß aufgemachtes antisemitisches Werk: „Das Judentum im osteuropäischen Raum“. In diesem Buch nimmt er zur gesamten jüdischen Bevölkerung im osteuropäischen Teil der Sowjetunion, in Polen, Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien und in der ČSR Stellung. Statistiken gaben darüber Auskunft, wie sich die jüdische Bevölkerung altersmäßig, sozial und beruflich zusammensetzte. In umfangreichem Kartenmaterial wurde der genaue „Standort“ der Juden festgestellt. Seraphim lieferte damit detaillierte Unterlagen zur „Endlösung der Judenfrage“. Mit diesem Buch hatte er sich als Experte für „jüdische Probleme“ qualifiziert und hielt als einer der ersten am neugegründeten „Institut für deutsche Ostarbeit“ in Krakau einen Vortrag über „Die Juden in Polen“. Er beeinflusste wesentlich den Charakter dieses Instituts, dessen Präsident der Kriegsverbrecher Hans Frank war. Als 1941 das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ von Alfred Rosenberg als Außenstelle der „Hohen Schule der NSDAP“ in Frankfurt/M. gegründet wurde, trug Seraphim als Korrespondierendes Mitglied dieses Instituts auf einer Arbeitstagung (26. bis 28. März 1941) seine Thesen zur Judenfrage vor. Hier prägte er den Begriff „jüdischer Volkstod“ und bot drei Thesen zur Durchsetzung seiner Theorie an:

1. Die Dissimilierung ohne räumliche Ausgliederung aus dem Gastvolk.
2. Die Ghettoisierung in einem Teil Europas.
3. Ihre Entfernung aus Europa durch eine planmäßige Umsiedlungsaktion.

Bei der Begründung seiner Thesen ging Seraphim von der wirtschaftlichen Überlegung aus, daß *„in Osteuropa . . . der Jude durch Rechtsprechung und Verwaltungsmaßnahmen in dem Tempo in den Städten durch Nichtjuden zu ersetzen sei, als qualifizierte Nichtjuden für diesen Einsatz zur Verfügung stehen.“* („Weltkampf“, 1941, 1/2, S. 44 f.)

Alle diese Pläne gingen von der Überlegung aus, die Juden zu beseitigen und leisteten ihrer physischen Vernichtung Vorschub.

1941 arbeitete Seraphim als Oberkriegsverwaltungsrat der Rüstungsinspektion Ukraine an der „Endlösung der Judenfrage“ mit. Zur gleichen Zeit war er Chefredakteur der Zeitschrift „Weltkampf“, dem zentralen Organ des Antisemitismus in Deutschland.

Seraphim gehört wie Globke zu jenen Schreibtischmördern, die in Bonn straffrei ausgehen. Bis heute hat er sich noch nicht von seinen antisemitischen Theorien und Praktiken distanziert. In seiner Funktion als Studienleiter hat er maßgeblichen Einfluß auf die Erziehung der künftigen Beamten des Bonner Staates.

Höhn SS-FÜHRER UND KRONJURIST HIMMLERS

Reinhard

heute: Geschäftsführender Präsident der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft“, Bad Harzburg, mit einem Jahresgehalt von 64 000 DM; außerdem ist er Geschäftsführender Präsident der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V.“

Während der Zeit des Faschismus war Höhn einer der engsten Mitarbeiter des „Reichsführers SS“ und Hauptkriegsverbrechers Himmler für staatsrechtliche Fragen.

Im Oktober 1935 wurde Höhn Direktor des Instituts für Staatsforschung der Universität Berlin und gleichzeitig bis 1938 Abteilungsleiter 2 der Hauptabteilung II des SD-Hauptamtes im berüchtigten Reichssicherheitshauptamt. In dieser Stellung zeichnete er für die totale Bespitzelung aller Berichte des öffentlichen Lebens in Hitlerdeutschland verantwortlich.

Über die Aufgaben des Instituts für Staatsforschung schreibt Höhn am 7. Juni 1939: „Mein Institut hat von maßgebenden Staats- und Parteistellen die Aufgabe erhalten, die praktische Rechtsgestaltung im NS-Staat von der wissenschaftlichen Seite näher zu unterstützen.“ (Universitätsarchiv Berlin)

Die Erarbeitung staatsrechtlicher Grundlagen für das Okkupationsregime in den faschistisch besetzten Gebieten gehörte ebenfalls zum Aufgabenbereich dieses Instituts. Das geht aus einer Beurteilung Höhns über seinen Mitarbeiter Hofmann hervor, der vor dem Überfall auf die Sowjetunion ein „umfangreiches Gutachten über Organisation und Aufbau Probleme der Verwaltung der UdSSR“ ausgearbeitet hatte. Dort heißt es: „Er (Hofmann – d. Hrsg.) konnte ausgezeichnete Lösungen der Wege und Probleme entwickeln, mit denen die deutsche Militär- und Zivilverwaltung nach der militärischen Besetzung zu rechnen hätte.“ (Universitätsarchiv Berlin)

Seit 1939 arbeitete dieses Institut fast ausschließlich für Himmler. In einem Schreiben der Reichsführung-SS heißt es: „Der Direktor des Instituts für Staatsforschung an der Universität Berlin und sein wissenschaftliches Personal sind zur Dienstleistung im Rahmen der wissenschaftlichen Aufgaben des Institutes für den Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei während des Krieges beordert worden.“ (Ebenda)

Aus einem Arbeitsbericht Höhns vom 22. Juni 1940 geht die große Bedeutung dieses Instituts für den faschistischen Terrorapparat hervor:

„Auf Grund dieser Beorderung bearbeitet das Institut seit dem 1. September 1939 eine Reihe vom Reichsminister des Innern und vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD übertragener Aufgaben. Bisher sind zur Erledigung gelangt:

- 1 Entwurf eines Gesetzes mit ausführlicher Begründung,
- 3 Entwürfe von Verordnungen mit ausführlicher Begründung,

6 ausführliche Untersuchungen über den Aufbau der Staatsorganisation fremder Staaten,

20 Berichte aus dem Arbeitsbereich des Chefs der Sicherheitspolizei auf dessen Anforderung,

16 Berichte aus dem Aufgabenbereich des Reichsführers SS,

12 eingehende Berichte zu Einzelfragen der Kriegsverwaltung." (Ebenda)

Höhn war auch für den Initiator, Autor und Kommentator der Judengesetze, Stuckart, unentbehrlich. (Siehe Tafel 48, Schreiben vom 11. Dezember 1939, Universitätsarchiv Berlin)

In ungezählten Veröffentlichungen trat Höhn als faschistischer Staats- und Verwaltungsrechtler auf. So schrieb er über das Wesen des NS-Staates: „Es wird nicht mehr regiert, es wird geführt . . . In unserem Staat als Organ des Führers wird befohlen und gehorcht . . . Parlamentsbeschlüsse und Abstimmungen sind überholt, es werden Entscheidungen gefaßt und ausgeführt.“ („Die Wandlung im staatsrechtlichen Denken“, Hamburg, 1934)

Noch 1944 legte er seine Ansicht über den Eid auf den Führer dar:

„Im Schwur auf den Führer kommt nicht nur der Gedanke zum Ausdruck, daß der Soldat ähnlich wie in der Monarchie einen Herrn besitzt, sondern die Verpflichtung auf die nationalsozialistische Idee, als deren Exponent der Führer dem Soldaten entgegentritt. Als politischer Willensträger seines Volkes schwört der Soldat dem Führer, militärisch diese Weltanschauung zu verteidigen . . . Der Eid auf den Führer verpflichtet nicht nur zu Lebzeiten des Führers, sondern über dessen Tod hinaus zu Treue und Gehorsam gegenüber der nationalsozialistischen Idee und damit gegenüber dem neuen von der Bewegung gestellten Führer.“ („Das Reich“, Berlin, 1. Oktober 1944)

Höhn war Vorsitzender des Ausschusses für Polizeirecht an der von dem Kriegsverbrecher H. Frank gegründeten Akademie für Deutsches Recht. Für seine „Verdienste“ machte Höhn auch als SS-Mann Karriere: Er war SS-Brigadeführer, Träger des „Ehrendegens des Reichsführers SS“ und wurde 1945 zum Generalleutnant der Waffen-SS ernannt.

Neofaschismus in Millionenaufgabe

Bei der ideologischen Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung gewinnen die neonazistischen und militaristischen Zeitschriften, Zeitungen, Bücher und Filme sowie die Sendungen des Rundfunks und Fernsehens immer größere Bedeutung. Wenn der Hitlersche Blutjurist und heutige Bonner Innenminister Höcherl erklärt, der Einfluß der neofaschistischen Propaganda sei zurückgegangen, so ist das eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.

Der gefährliche Einfluß dieser Publikationsmittel läßt sich nicht allein an den

Höhen der Auflagen einiger Verlage messen. Er ist vor allem in den Blättern solcher Monopole der „öffentlichen Meinungsbildung“ wie des Springer-Konzerns, in den Programmen von Funk und Fernsehen sowie in der westdeutschen Filmproduktion deutlich sichtbar. Die westdeutschen Massenmedien haben sich die Theorien der Neonazisten längst zu eigen gemacht. Tagtäglich ist die westdeutsche Bevölkerung dieser Flut des Chauvinismus und Revanchismus ausgesetzt.

Die nachfolgenden Beispiele sind nur eine kleine Auswahl aus der Zahl von weit über 100 militaristischen, faschistischen und revanchistischen Verlagen Westdeutschlands.

Einige Verlage und Zeitschriften haben sich auf die Erhaltung und Verbreitung militaristischen und faschistischen Gedankengutes spezialisiert.

VERHERRLICHT HITLERS RAUBZÜGE

Im G. Braun-Verlag, Karlsruhe, erscheint die Zeitschrift „Alte Kameraden“. Sie ist das Zentralorgan von etwa 50 militaristischen Traditionsverbänden und neben der „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ eines der meistgelesenen militaristischen Blätter in Westdeutschland. Verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift ist der Oberst der Nazi-Wehrmacht, Rudolf Böhmler. Das SS-Organ „Der Freiwillige“ bescheinigt ihm: *„Rudolf Böhmler . . . ist uns als Freund und Verteidiger der Rechte der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS seit langem wohlvertraut.“* („Der Freiwillige“, 11/1963)

Die seit 13 Jahren erscheinende Zeitschrift mit ihrem Beiblatt „Der Deutsche Fallschirmjäger“ stellt die Vernichtungsfeldzüge der faschistischen Wehrmacht und die Überfälle auf friedliche Völker als Beispiele soldatischer Zucht und Tugend dar, und er empfiehlt sie der Bundeswehr als Vorbild.

„Kriegserlebnisse“ dieser Art bilden den größten Teil des Verlagsprogrammes, z. B.: Egon Denzel, „Angriff am Wolchow“ (Heft 1/60); E. A. Wichers, „Der Iwan kam über den Ilmensee“ (Heft 6/60); Werner Haupt, „Die Uhren zeigten 3 Uhr 05. Die Heeresgruppe Nord am 22. Juni 1941“ (Heft 6/61); G. Teschner, „Vormarsch nach Bessarabien“ (Heft 11 und 12/61).

DAS ZENTRALORGAN DER MILITARISTEN

Die „Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ (NZ) ist die größte militaristische und neonazistische Wochenzeitung in Westdeutschland. Herausgeber und Verleger ist der Neofaschist und Inhaber der „Deutschen Soldaten-Zeitung Verlags GmbH“, Gerhard Frey. Gedruckt wird dieses Blatt in der Druckerei von

Johann Evangelist Kapfinger, dem Intimus und Skandalkomplicen des gestürzten Kriegsministers Strauß. Die Zeitung ist zu einem Zentralorgan aller ultrarechten neonazistischen Kräfte in Westdeutschland geworden und diffamiert jede Regung für eine realistische Politik. So forderte der SS-Mann und Fallschirmjäger-Offizier der Nazi-Wehrmacht, von der Heydte, hohe Zuchthausstrafen für „Verzichtspolitiker“, womit jene Kräfte gemeint sind, die normale Beziehungen mit den Nachbarvölkern im Osten und Südosten Europas anstreben.

Mit besonderem Eifer setzt sich dieses Blatt für eine Generalamnestie für die Nazi- und Kriegsverbrecher ein. Der Hauptkriegsverbrecher und ehemalige „Stellvertreter des Führers“, Hess, wird als „Gefangener des Friedens“ bezeichnet. Unter der Schlagzeile „Die Justiz ist keine Hure“ wird in Nr. 5/64 der Freispruch des SS-Sturmbannführers Erich Deppner, der u. a. 65 sowjetische Kriegsgefangene ermorden ließ, als eine „Wende in den Kriegsverbrecherprozessen“ gefeiert.

Die NZ gibt zwei Beiblätter mit spezieller revanchistischer Zielstellung heraus: „Schlesische Rundschau“ und „Der Sudetendeutsche“. Neben dem immer stärker werdenden Einfluß, den dieses Blatt auf die Revanchistenorganisationen ausübt, ist auch ihr Leserkreis in der Bundeswehr angestiegen.

SPRACHROHR DER SS

In Osnabrück erscheint seit 1955 das Zentralorgan der HIAG, „Der Freiwillige“, im gleichnamigen Verlag. Die HIAG ist die Organisation der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS. Führenden Einfluß auf die HIAG und ihr Sprachrohr haben die SS-Generäle Felix Steiner, Kurt Meyer, Paul Hausser und Herbert O. Gille.

„Der Freiwillige“ sieht seine vordringlichste Aufgabe darin, die Waffen-SS zu rehabilitieren und ihre Verbrechen gegen die Völker Europas zu rechtfertigen. Das Blatt feiert die Waffen-SS als „Elite-Truppe“ des deutschen Faschismus und als Vorkämpfer einer antikommunistischen Vereinigung Europas unter der Herrschaft des deutschen Imperialismus: *„In den soldatischen Gedenktateln Europas wird der Name der Waffen-SS nicht ausgelöscht werden.“* („Der Freiwillige“, Nr. 11/63)

Neben der Rehabilitierung der Waffen-SS, die in der Bundesrepublik praktisch vollzogen ist, sieht „Der Freiwillige“ seine Aufgabe im Kampf gegen die „alten Feinde“, die Widerstandskämpfer ganz Europas: *„Aber wenn man unsere Unruhe, unser Unbehagen über die doch noch zweifellos unvollendete Demokratie damit beantwortet, daß man die Aussprache unter uns als staatsgefährdend betrachtet, wenn man unseren Ehrendienst vor dem Ansturm kommunisti-*

scher Partisanenorganisationen als staatsgefährdend erklärt, dann ist die Gerechtigkeit und Freiheit der Demokratie aufs Spiel gesetzt, und Gott möge denen gnädig sein, die sich nicht gescheut haben, uns der VVN und FIR (Organisationen der Widerstandskämpfer – d. Hrsg.) zum Fraße hinzuwerfen.“ („Der Freiwillige“, Nr. 8/63)

Die Henker von Lidice, Oradour, Malmedy und des Warschauer Ghettos in der Uniform der Waffen-SS bezeichnen sich als Vorkämpfer für Demokratie und Freiheit und nennen die Bundesrepublik „ihren“ Staat. Bekannte Schriftsteller und Publizisten in Westdeutschland, wie Blöcker, Böll, Geissler, Gross und Kuby, sind Ziele der wütenden Hetze. Das Schaffen dieser Schriftsteller wurde als „fortschreitende literarische Verwahrlosung“ bezeichnet. Weiter schreibt „Der Freiwillige“: *„Die Übereinstimmung von wirklichem Geist und wirklichen echten Führungsprinzipien einer Demokratie ist verlorengegangen. In solchen Zeiten gewinnen die Ratten an Macht und Raum.“* („Der Freiwillige“, Nr. 9/61)

KRIEGSVERBRECHER ALS AUTOREN

Das Programm des Schild-Verlages wird zum größten Teil durch die Herausgabe von Büchern über die Waffen-SS und die faschistische Wehrmacht bestimmt. So erschienen in diesem Verlag, dessen Eigentümer der ehemalige NSDAP-Kreisleiter Damerau ist, u. a. folgende Bücher:

von dem von den Alliierten zum Tode verurteilten und später begnadigten SS-General Kurt Meyer das Buch „Grenadiere“;

von SS-Hauptsturmführer und Gaupresseamtsleiter in Wien, Kernmayr, 1961 das Buch über den Raubzug des deutschen Faschismus in der Ukraine, „Das goldene Feld“;

von dem Panzerinspizienten der Bundeswehr, Oskar Munzel, das aus dem Nachlaß des faschistischen Generals Guderian geschriebene Buch „Panzer marsch“;

von dem SS-Untersturmführer Greil 1958 „Die Wahrheit über Malmedy“ und 1959 „Die Lüge von Marzobotto“. Beide Bücher dienten der Rechtfertigung der furchtbaren Blutbäder, die die Waffen-SS in diesen Orten angerichtet hatte.

Während Kriegsverbrecher rehabilitiert werden, diffamiert man die einsichtigen Kräfte und die Helden des Widerstandskampfes innerhalb der faschistischen Wehrmacht als Verräter. So erschien von Peter Straßner das Machwerk: „Verräter – ‚Nationalkomitee Freies Deutschland‘ – Keimzelle der ‚DDR‘“.

Seit 1953 erscheint im Schild-Verlag der „Deutsche Soldatenkalender“, der sich vor allem an die Mitglieder der etwa 600 militaristischen Traditionsverbände und an die Soldaten und Reservisten der Bundeswehr wendet. Die Bei-

träge und „Geleitworte“ dieses Kalenders werden fast ausschließlich von Generälen der faschistischen Wehrmacht geschrieben. So zeichnet für das „Geleitwort“ der Ausgabe von 1963 der Hitlernachfolger und Hauptkriegsverbrecher Dönitz verantwortlich.

NAZI-IDEOLOGIE FÜR DIE JUGEND

Unter den westdeutschen Verlagen, die militaristisches und faschistisches Gedankengut besonders für die Jugend in Form von Groschenheften in großer Zahl und hoher Auflage verlegen, sei hier nur der Pabel-Verlag in Rastatt/Baden genannt. Mit 20 verschiedenen Serien und einer monatlichen Auflage von mehreren Millionen Exemplaren ist er der größte Groschenheftproduzent in Westdeutschland.

Seit 1957 erscheinen die berühmten „Landser“-Heftserien:

„Der Landser“, der seit 1957 zunächst 14tägig, aber seit Oktober 1958 wöchentlich erscheint. Im März 1964 erreichte die Serie Heftnummer 310.

„Der Landser-Großband“, der später „Landser-Sonderband“ genannt wurde. Von dieser Reihe gab es im März 1964 schon 136 Hefte.

„Der Landser – Ritterkreuzträger erzählen“, erscheint seit Sommer 1959 monatlich und zählte bis zum März 1964 137 Hefte.

In den letzten Jahren erschienen im Pabel-Verlag außerdem Bücher, in denen der Krieg und der faschistische Militärapparat gepriesen werden. Autoren sind u. a. der Nazi-Offizier Günther Fraschka sowie der Österreichische Faschistenführer und Kulturreferent des Reichspropagandaamtes, Graf Bossi-Fedrigotti.

REVANCHEFORDERUNGEN ALS VERLAGSPROGRAMM

Um die Gebietsansprüche der Bundesregierung und der „Landsmannschaften“ zu propagieren, wurden besondere Verlage geschaffen. Die Forderung nach Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches“ bestimmt den Inhalt ihres Verlagsprogramms. Solche Verlage sind u. a. der Heimreiter-Verlag und der Klinger-Verlag.

Der Leiter des Frankfurter Heimreiter-Verlages ist Ernst Frank, ein Bruder des als Hauptkriegsverbrecher verurteilten faschistischen „Reichsprotectors“ von „Böhmen und Mähren“.

Ernst Frank war maßgeblich an der Vorbereitung der Annexion des Sudetengebietes beteiligt und erhielt dafür 1938 die „Sudetenmedaille“. Nach der Annexion war er NS-Hauptschriftleiter und Kreishauptamtsleiter der Nazi-Partei. Ernst Frank entwickelte den Heimreiter-Verlag zum Sprachrohr der Propaganda-Zentrale der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, „Witikobund“.

In diesem Verlag erscheinen u. a. die „Beiträge des Witikobundes zu den Fragen der Zeit“. Autoren sind solche belastete Nazis wie der NSDAP-Gauhauptstellenleiter der Gauleitung Reichenberg, Seiboth, der heute unter dem Tarnmantel des Selbstbestimmungsrechts seine revanchistischen Gebietsforderungen stellt. Einen Teil des Verlagsprogramms nehmen auch solche revanchistischen Zeitungen ein wie der „Sudetendeutsche Turnerbrief“, für dessen Inhalt der SA-Führer Welwarski verantwortlich zeichnet. Hergestellt wird dieses Blatt in der Druckerei des ehemaligen Nazi-Kreisleiters und Antisemiten Tins.

Als Buch-Autoren treten vor allem der SA-Sturmabführer und NS-Schriftsteller Rudolf Jahn (er veröffentlichte u. a. 1938 ein Buch über den Kriegsverbrecher Konrad Henlein) und Ernst Frank auf. Frank veröffentlichte u. a.: „Heimat ohne Vaterland“, einen Gegenwartsroman; „Leidenschaftliches Egerland“; „Grenzen der Freiheit“, Gedichte und Szenen.

VON NAZISTEN GELEITET

Zu den führenden Männern des in München ansässigen Klinger-Verlages gehören die Aktivisten der Sudetendeutschen Nazi-Partei und später der NSDAP, Karl Jungschaffer und Erich Maier. Vor 1945 waren beide in der Verlagsleitung bzw. Redaktion des Gauorgans der NSDAP-Gauleitung Reichenberg, „Die Zeit“, tätig. In diesem Blatt schrieb Maier in einer Artikelserie: *„So besudelten Juden im Hintergrund die Ehre des deutschen Soldaten, so brachten sie es zustande, die Stimmung in der Heimat zu erschüttern und so die Voraussetzung für den Zusammenbruch zu schaffen.“* („Die Zeit“, 1939)

Daß Maier seine Gesinnung nicht geändert hat, zeigt ein Artikel in der vom Klinger-Verlag herausgegebenen Revanchistenzeitschrift „Vertriebenen-Anzeiger“. Unter der Überschrift „Wie lange noch ‚Kriegsverbrecher‘-Prozesse?“ forderte er am 1. September 1959 eine Generalamnestie für alle Nazi- und Kriegsverbrecher.

Zu den Verlagsobjekten des Klinger-Verlages gehört auch die mit Bundesmitteln subventionierte Zeitschrift „Wehr und Heimat“. Der faschistische Überfall auf Polen wird in dieser Zeitung, die vor allem für die Jugend herausgegeben wird, wie folgt beschrieben: *„Am 1. September 1939: Die Gewehre waren losgegangen, der Feldzug gegen Polen und damit der zweite Weltkrieg hatte begonnen . . . Es sei hier noch vermerkt, daß von einem deutschen ‚Überfall‘ auf Polen nicht gesprochen werden kann . . . Führung und Truppe der Wehrmacht hatten in diesem Feldzug ihr Bestes geleistet, um ihn zu einem frühen, siegreichen Abschluß zu bringen.“* („Wehr und Heimat“, Nr. 9/1959)

Die Gefährlichkeit dieser neonazistischen Beeinflussung ist nicht zu übersehen; die Auswirkungen im Denken der westdeutschen Bevölkerung sind

heute schon erschreckend. Bereits 1958 warnte der SPD-Abgeordnete, Ulrich Lohmar, in einer Bundestagssitzung:

„Dieser aggressive Nationalismus ist aus sich heraus . . . allein nicht zu erklären. Damit eng verbunden ist eine abendländische Kreuzzugsideologie . . .“ (Heinz Brüdigam, „Der Schoß ist fruchtbar noch“, Röderberg-Verlag)

Der Bonner Staat aber forciert diese Ideologie, weil sie seinen aggressiven Plänen dient.

Braune Professoren und NS-Ideologen in Westdeutschland

Abel, Wilhelm

vor 1945: Lehrtätigkeit an der Universität Königsberg. Während des Krieges leitender Mitarbeiter im „Einsatzstab Rosenberg“, dort vor allem in Frankreich an Kriegsverbrechen beteiligt.

Steht auf der Kriegsverbrecherliste der Vereinten Nationen unter Nr. Frankreich A. – 16/182

nach 1945: Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen

Aubin, Hermann

vor 1945: Professor für mittelalterliche und neuere deutsche Geschichte und für Geschichte Osteuropas. Universitätsprofessor in Bonn, Gießen und Breslau. Gehörte zu den ideologischen Wegbereitern Hitlers, vertrat die Ostexpansion des deutschen Imperialismus; Mitarbeit im Vorstand der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft – dem Zentrum des Kampfes gegen die östlichen Nachbarvölker Deutschlands

nach 1945: Honorarprofessor in Freiburg/Br., Langjähriger Präsident des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, einem Zentrum des westdeutschen Revanchismus.

Aubin ist der Nestor der imperialistischen deutschen Ostforschung

Berber, Friedrich

vor 1945: Juristischer Berater des Kriegsverbrechers Ribbentrop, führender faschistischer Völkerrechtler.

1936–44 stellvertretender Direktor des Instituts für auswärtige Politik, Hamburg. Seit 1936 Mitglied der von Frank gegründeten extrem faschistischen Akademie für Deutsches Recht. Umfangreiche publizistische Tätigkeit zur Konzipierung und Rechtfertigung der faschistischen Außenpolitik

nach 1945: Seit 1954 o. Professor für Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechts-

philosophie und Vorstandsmitglied des Instituts für Völkerrecht der Universität München

Boehm, Max Hildebert

vor 1945: Seit 1933 förderndes Mitglied der SS. Begründer der faschistischen „Volkstumssoziologie“ und „Grenzlandkunde“, führender Ideologe der faschistischen 5. Kolonne. Seit 1933 Lehrstuhlleiter an den Universitäten Berlin und Jena

nach 1945: Leiter der „Ostdeutschen Akademie“, Lüneburg, – einem ideologischen Zentrum des Revanchismus. Präsident des revanchistischen „Nordostdeutschen Kulturwerkes“

Bosch, Werner

vor 1945: 1942–43 in der Wirtschaftsinspektion der faschistischen Heeresgruppe Mitte, beteiligt an der ökonomischen Ausplünderung sowjetischer Gebiete, von 1943 bis 1945 im Planungsamt des Kriegsverbrechers und Rüstungsministers Speer als Hauptabteilungsleiter für die Deportation der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete als Zwangsarbeiter nach Deutschland und den Einsatz von Kriegsgefangenen in der faschistischen Rüstungsindustrie verantwortlich.

Seit 1934 Mitglied der SS, zuletzt SS-Untersturmführer

nach 1945: apl. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz, Mitglied im Forschungsbeirat des Mende-Ministeriums

Groß, Hermann

vor 1945: 1939–45 Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Zweigstelle Wien des Giftgas-Konzerns IG-Farben. Erkundete die wirtschaftliche Ausplünderung der Staaten Südosteuropas

Seit 1933 Mitglied der SA, seit 1936 Mitglied der faschistischen Deutschen Akademie
 nach 1945: Osteuropa-Experte auf wirtschaftlichem Gebiet, apl. Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaft an der Universität Kiel

Grundmann, Günther

vor 1945: Als führender faschistischer Kunsthistoriker beteiligt am Raub polnischer Kunstgegenstände während des 2. Weltkrieges, trat mit antisemitischen Schriften hervor
 nach 1945: Präsident des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, führender westdeutscher Kunsthistoriker. 1959 Großes Bundesverdienstkreuz

Jankuhn, Herbert

vor 1945: Faschistischer Professor für Ur- und Frühgeschichte in Rostock, SS-Obersturmbannführer im persönlichen Stab des „Reichsführer SS“ Himmler. Träger des „Totenkopfringes“ der SS
 nach 1945: o. Professor in Göttingen, Mitglied im „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat“

Jordan, Pascual

vor 1945: Professor für theoretische Physik in Rostock und Berlin, Kriegspropagandist, fanatischer Ideologe des faschistischen Systems
 nach 1945: Seit 1947 an der Universität Hamburg, 1957–61 Mitglied der CDU-Fraktion im Bundestag, Verfechter eines Atomkrieges

Keyser, Erich

vor 1945: Historiker und Staatsarchivar in Danzig. Vertrauensmann der illegalen „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“, bereitete die Okkupation Danzigs und polnischer Gebiete durch den deutschen Faschismus mit vor
 nach 1945: Direktor des „Johann-Gottfried-Herder-Instituts“

Kordt, Erich

vor 1945: 1938–40 Leiter des Ministerbüros des Kriegsverbrechers und faschistischen Außenministers v. Ribbentrop. Maßgeblich an der Vorbereitung der Okkupation der ČSR beteiligt. Vertrauensmann Himmlers im AA, SS-Obersturmbannführer
 nach 1945: Professor für Geschichte der Diplomatie und Völkerrecht an der Universität Köln, Vorsitzender des Ausschusses für Ost-West-Fragen beim Bonner AA, Lei-

ter des Ministerbüros beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen

Lemberg, Eugen

vor 1945: Führender NS-Pädagoge und „Grenzland-Spezialist“ im sudetendeutschen Gebiet

Mitarbeit an verschiedenen Zeitschriften der sudetendeutschen Nazipartei. Mitglied des sudetendeutschen Freikorps – der Henlein-SS, Leiter der faschistischen Lehrerbildungsanstalt in Reichenberg

nach 1945: In Westdeutschland führend auf dem Gebiet der revanchistischen Beeinflussung der Jugend im Schulunterricht tätig, zeitweilig Präsident des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“. Mitherausgeber und Autor der Zeitschrift „Ostkunde im Unterricht“

Maurach, Reinhart

vor 1945: Faschistischer Strafrechtler und Direktor des Instituts für osteuropäisches Recht an der Universität Königsberg. Abteilungsleiter im Osteuropa-Institut Breslau, NS-Amtsgerichtsrat, trat mit antisemitischen Schriften hervor

nach 1945: o. Professor und Vorstand des Instituts für Straf- und Strafprozeßrecht sowie für osteuropäisches Recht an der Universität München, Mitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“

Meissner, Boris

vor 1945: Beteiligt am „Volkstumskampf“ zur Unterminierung des estnischen Staates, Kreisamtsleiter der illegalen faschistischen Bewegung in Estland, aktives Mitglied der SA, nahm an einem Sonderlehrgang an der Führerschule der obersten SA-Führung in Dresden teil. Im 2. Weltkrieg Sonderführer faschistischer estnischer Verbände, für Mittäterschaft an Verbrechen dieser Mordbrennereinheiten mit der „Tapferkeitsmedaille für Ostvölker in Silber“ dekoriert, Durchhaltefanatiker

nach 1945: Zeitweilig in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes, Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der „Bundeszentrale für politische Bildung“, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen beim Bonner AA, Direktoriumsmitglied des „Bundes-Instituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie)“, führendes Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Osteuropa-Kunde, o. Professor für Ostrecht an der Universität Köln

Mikorey, Maximilian

vor 1945: Dozent für Psychiatrie an der Universität München, Mitglied der faschistischen Akademie für Deutsches Recht, Experte für faschistische Kriminal- und Gerichtspsychologie, fanatischer Antisemit und Rassenhetzer

nach 1945: o. Professor für Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie an der Universität München, Oberarzt der Münchner Nervenlinik

Müller, Karl Valentin

vor 1945: Professor an der TH Dresden, seit 1940 an der faschistischen deutschen Universität Prag, nazistischer Soziologe, Antisemit und Rassentheoretiker, rechtfertigte die faschistische Vernichtungspolitik gegen „rassisch minderwertige“ Völker und Volksteile

nach 1945: 1946 Institutsdirektor in Hannover, 1952 Lehrbeauftragter an der Philosophischen Theologischen Hochschule Bamberg, seit 1955 o. Professor und Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialanthropologie an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg

Pfeffer, Karl-Heinz

vor 1945: Lehrstuhlleiter am „Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut“ in Berlin – eine wissenschaftlich getarnte Spionage- und Propaganda-Zentrale, die unter Leitung des Kriegsverbrechers und SS-Brigadeführers Six stand. Pfeffer war dort Spezialist für Großbritannien. Er trat mit einer Vielzahl antienglischer und antisemitischer Schriften hervor. Blockleiter der NSDAP

nach 1945: 1946 Mitarbeiter der Akademie für Raumforschung. 1952 Weltwirtschaftsarchiv, Hamburg, 1962 Professor für „Soziologie der Entwicklungsländer“ an der Universität Münster

Ruff, Siegfried

vor 1945: Leiter des „Instituts für Flugmedizin der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt“, Berlin. An medizinischen Experimenten mit Häftlingen des KZ Dachau für fasch. Luftwaffe beteiligt, bei denen 70–80 Menschen getötet wurden

nach 1945: 1952 Leiter des „Instituts für Flugmedizin der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt“ in Bad Godesberg, seit 1954 außerplanmäßiger Professor für Luftfahrtmedizin und Physiologie an der Universität Bonn

Schier, Bruno

vor 1945: Experte für faschistische Volkskunde im Stab des „Reichsbauernführers“, Kriegsverbrechers Darré, im Amt des Judenmörders und Kriegsverbrechers Rosenberg und beim Reichsdozentenführer, Professor für Volkskunde an der Universität Leipzig, Geheimaufträge auf volkskundlichem Gebiet für Kriegsverbrecher K. H. Frank, trat dabei als Rassenhetzer auf, denunzierte Prof. Gesemann, Prag, als „judenfreundlich“

nach 1945: 1949 Universität Marburg, Gründungsmitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, seit 1952 Universität Münster, Direktor des volkskundlichen Seminars

Schwidetzky-Roesing, Ilse

vor 1945: 1939–45 Dozentin an der Universität Breslau. Extrem faschistische Rassentheoretikerin, Mitherausgeberin der „Zeitschrift für Rassenkunde und vergleichende Forschung am Menschen“

nach 1945: seit 1950 Mitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, seit 1949 Professor in Mainz, seit 1960 Direktor des Anthropologischen Instituts der Universität Mainz, seit 1953 Mitglied der Akademie für Bevölkerungswissenschaft

Schwinge, Erich

vor 1945: Seit 1938 Dekan der Juristischen Fakultät in Marburg. 1940 o. Professor in Wien, faschistischer Militärstrafrechtler, rechtfertigte die blutigen Unrechtsurteile der faschistischen Kriegsgerichte, Kommentator faschistischer Militärstrafgesetze

nach 1945: Seit 1945 o. Professor für Straf- und Strafprozeßrecht, Militär- und Kriegsvölkerrecht, 1954–55 Rektor der Universität Marburg, Experte für westdeutsches Militärstrafrecht. Verteidiger des SS-Mörders Simon (Dieser ließ im April 1945 drei Bürger von Bretthelm/Westdeutschland ermorden). Mitarbeiter an der „Neuen Zeitschrift für Wehrrecht“

Taubert, Eberhard, Dr.

vor 1945: Ministerialrat im Propagandaministerium, dienstlicher Vorgesetzter der berüchtigten „Anti-Komintern“, verantwortlich für die gesamte faschistische Propaganda in den okkupierten Ostgebieten. Initiator eines in Form und Ausmaß bis dahin unbekannten Verleumdungsfeldzuges gegen alle antifaschistischen Kräfte. Seit 1938 Richter am 1. Senat des berüchtigten

Volksgesundheitshofes, schickte in dieser Eigenschaft am 27. November 1942 den Antifaschisten Dr. Helmut Klotz und am 11. Januar 1943 den französischen Antifaschisten Marcel Gerbohay auf das Schafott.

nach 1945: Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des „Volksbundes für Frieden und Freiheit e. V.“ – einer vom „Gesamtdeutschen“ Ministerium finanzierten antikommunistischen Hetzorganisation. Arbeitet im Auftrage des Bonner Kriegsministeriums und der NATO an Problemen der psychologischen Kriegsführung. Enge Verbindung zu internationalen Faschistenkreisen wie dem „Anti-Komintern-Dienst“ in Bad Godesberg

Verschuer, Otmar, Freiherr von

vor 1945: Seit 1933 Professor für Rassenhygiene und Erbbiologie, von 1933–45 Herausgeber der Zeitschrift „Der Erbarzt“. Von 1935–42 Professor und Direktor des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt/Main. 1937 Mitglied der Forschungsabteilung für Vererbungslehre und Rassenkunde des extrem faschistischen „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland“. 1942–45 Direktor des berüchtigten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik
nach 1945: Seit 1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur, Mainz. Seit 1951 o. Professor und Direktor des Instituts für Humangenetik der Universität Münster

Wagner, Alfonds

vor 1945: Seit 1938 Wehrwirtschaftsführer, in Polen an Kriegsverbrechen beteiligt. Unter Nr. 10/158 auf der Kriegsverbrecherliste der Volksrepublik Polen registriert

nach 1945: Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart, Mitglied mehrerer Aufsichtsräte westdeutscher Monopole (Siehe auch S. 53)

Weltz, Georg August

vor 1945: Fasch. Luftwaffenmediziner, Leiter des Instituts für Luftfahrtmedizin an der Universität München, zusammen mit Ruff an medizinischen Experimenten mit Häftlingen des KZ Dachau für die faschistische Luftwaffe tätig, wobei 70–80 Menschen getötet wurden

nach 1945: Seit 1952 außerplanmäßiger Professor an der Universität München

Wirsing, Giselher

vor 1945: Mitarbeiter des SD, SS-Sturmbannführer, einflussreicher antisemitischer Nazi-Journalist, Mitglied des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ (von Hauptkriegsverbrecher Alfred Rosenberg gegründet). Herausgeber der NS-Zeitung „Tat“ (ab 1939 in „Das XX. Jahrhundert“ unbenannt)

nach 1945: 1948 gründete er die westdeutsche Wochenzeitschrift „Christ und Welt“, seit 1954 deren Chefredakteur

Namensverzeichnis

Die Ziffern hinter den Namen nennen die jeweiligen Seiten und die Ziffern hinter dem Buchstaben „T“ die Nummern der betreffenden Dokumententafeln.

A

Abbott 126
 Abel, Wilhelm, Prof. 318
 Abeßer T. 19
 Abetz 223, 227
 Abs, Hermann 34
 Achter, Wilhelm 45
 Adam, Otto 126
 Adam, Wilhelm 166
 Adenauer, Konrad 42, 104, 116, 125, 170, 183, 185, 296
 Ahlborn, Alfred 126
 Ahlhorn, Hermann 75
 Aichinger, Rudolf 126
 Albani, Theodor 126
 Albers, Karl, Dr. 232
 Albert, Werner 45
 Albrecht 212, 214
 Albrecht, Benno 76
 Albrecht, Rudolf, Dr. 126
 Aldinger, Hermann 196
 Alff 126
 Allardt, Helmut, Dr. 232
 Almsick, Wilhelm Helmuth von, Dr. 232
 Altenburg, Günter, Dr. 232
 Altendorf, Johann 232
 Althanns, Moritz, Dr. 126
 Altmann, Johannes 90
 Altmeyer, Josef 75
 Ambros, Otto 13, 15, 21, 30, T. 8
 Amedick, Dr. 126
 Ammerling, Rudolf 276
 Anthor, Paul 76
 Anderhub, Jakob T. 5
 Andreas, Christoph 45
 Andres, Hans, Dr. 232
 Anger, Dr. Dr. 26, 100
 Angermeier, Franziska 114
 Ankenbrand, Otto, Dr. 126
 Ansmann, Heinrich 266
 Anton, Max 91
 Appen, Hermann von 76
 Arland, Friedrich 126
 Armstrong, Luis T. 43
 Arndt 126
 Arnim, Bernd von 232
 Arnold, Heinrich, Dr. 126
 Asbach, Hans-Adolf 276
 Aschenbrenner, Viktor, Dr. 276
 Aubin, Hermann, Prof. 318
 Auer, Judith 98
 Auer, Theodor, Dr. 213, 232
 Auerswald, Heinz, Dr. 75

Augat 126
 Aumüller, Gustav, Dr. 126
 Aurich 233
 Axt, Otto 126

B

Babendreyer, Dr. 110
 Babenzien, Friedrich 276
 Badoglio 75
 Baer, Bern von 196
 Baeumler, Alfred 301
 Bähr, Dr. 126
 Baitinger, Gustav 127
 Bakenhus 127
 Bakowski, Marian 261
 Balke, Siegfried 28, 30
 Ballensiefen, Dr. 211
 Bandel, Robert, Dr. 127
 Bangerskis T. 44, 45
 Banneck, Max 76
 Barbier, Erich 127
 Barga, Werner von, Dr. 233
 Baring, Eberhard 127
 Barth, Horst, Dr. 58
 Barthmann, Fritz, Dr. 76
 Bartl, Ernst 276
 Bartsch, Helmut 57
 Bartz, Hans, Dr. 127
 Bärwolf, Walter T. 7
 Barz, Heinz 76
 Barzel, Rainer, Dr. 183
 Bästlein, Bernhard 98
 Bafjler, Hilmar 219 f., 305
 Baudissin, Wolf Graf von 196
 Bauer, Lorenz 76
 Bauknecht, Dr. 127
 Baumgartl, Anton 127
 Bäuml, Josef, Dr. 127
 Bayer, Dr. 303
 Becher, Walter, Dr. 276
 Beck, Friedrich 76
 Becker 224
 Becker, Heinrich, Dr. 127
 Becker, Rudolf, Dr. 122, 127
 Beckerle 210, 227
 Beek, von T. 5
 Beer, Herbert, Dr. 127
 Beger, Eduard 112 f.
 Behne, Heinrich 127
 Behr, Bernhard, Dr. 127
 Behrendt, Dr. 127
 Beinhorn, Hans-Joachim 127
 Beismann, Dr. 127

- Bellebaum, Dr. 127
 Bellwinkel 122, 127
 Bene 210, 222
 Benecke, Adolf 76
 Bennecke, Jürgen 196
 Bennig, Bernhard 45
 Benker, Hans 127
 Benkmann, Adolf 76
 Benzing, Hans, Dr. 233
 Benzler, 292
 Berber, Friedrich, Prof. 318
 Berg, Fritz 27
 Bergemann, Günter 45
 Berger, Gottlob 76
 Berger, Heinz 76
 Berger, Hugo, Dr. 127
 Berger, Oskar Alfred 196
 Bergmann, Leo 128
 Bergner, Richard T. 7
 Berkheim, Paul 106, 107
 Berlin, Fritz 128
 Berner, Ludwig 128
 Berning, Alfred 45
 Bernzen, Alphons, Dr. 128
 Berthold, Wolfgang, Dr. 106, 107, 128
 Bertram 128
 Besekow, Arno 76
 Bessler 128
 Bessler, Johann, Dr. 128
 Best, Werner, Dr. 57 ff, 67, 88, T. 42
 Betz, Eugen 233
 Beumelburg, Werner 289
 Beye, Ludwig, Dr. 239
 Beyer, Gerhard, Dr. 128
 Beyer, Paul, Dr. 128
 Beyling, Günter 128
 Bezner, Rudolf 76
 Biberstein, Ernst 62
 Bidder, Hans, Dr. 233
 Biedenkopf, Wilhelm 45
 Bierschenk, Theodor 276
 Biesterfeld, Horst 197
 Bilfinger, Rudolf, Dr. 69 f., 128
 Birr, Franz 91
 Birrenbach, Kurt 45
 Bismarck, Otto Fürst von 233
 Bittenfeld, Hans-Herwarth von, Dr. 217, 233
 Blanck, Walter 128
 Blank, Theodor 170, 183, 186 ff.
 Blankenbach, Johann 76
 Blankenhagen, von 233
 Blankenhorn, Herbert 233
 Blessing, Karl 40 f.
 Blings, Josef 76
 Blöcker 315
 Blohm, Hermann 128
 Blomberg, Werner von 165 f.
 Blome, Kurt, Dr. 288
 Blumenhagen 128
 Blümlein, Georg 76
 Bock, Günther, Dr. 221, 233
 Bock, Hans, Dr. 128
 Bock, Werner 128
 Bockhorn 128
 Bockisch 128
 Boeddecker, Werner 77
 Bödding 123, 128
 Boden, Hans C. 45
 Boeder, Erich 46
 Bogenrieder, Alfons, Dr. 129
 Böhling, Horst, Dr. 221, 233
 Böhm, Edgar, Dr. 129
 Böhm, Franz, Dr. 276
 Boehm, Max Hildebert, Prof. 318
 Böhme T. 20
 Böhme, Kurt 227, 233
 Böhmert, Kurt 277
 Böhmeler, Rudolf 313
 Boehr, Dr. 128
 Boldt, Berthold 77
 Boll, Emil 234
 Böll, Heinrich 315
 Bolley, Dr. 129
 Böllinghaus, Friedrich 129
 Bollmann, Alfred 129
 Boltze, Erich, Dr. 233
 Boenicke 124, 129
 Bonnemann, Josef 129
 Bonnekamp, Dr. 129
 Boosfeld, Walter 91, T. 17
 Bordfeld, Ferdinand, Dr. 129
 Borgmann, Eberhard 129
 Borgwardt T. 5
 Bormann, Hans-Heinrich, Dr. 234
 Bormann, Martin 186, 224 f.
 Bornemann, Felix 276
 Börner 129
 Borrmann, Ernst 77
 Boes, Dr. 123, 129
 Bosch, Werner, Prof. 318
 Böse, Ossi 277
 Bossi-Fedrigotti, Graf 316
 Böttger, Dr. 129
 Bottler, Richard, Dr. 234
 Boysen, Karl 77
 Brand, Joel 71
 Brand, Walter, Dr. 277
 Brandstetter, Elmar, Dr. 129
 Brandt 129
 Braschwitz, Rudolf, Dr. 77
 Braun 124
 Braun, Otto 234
 Braun, Sigismund Freiherr von 222, 234
 Braun von Stumm T. 44
 Braunschmidt, Walter 77
 Breer, Franz, Dr. 234
 Brehm, Fritz 277
 Breier, Johannes 100
 Brem, Walter 129
 Brennig, Richard 119
 Brentano 205
 Bretzfeld, Heinz 129

Breuer 220
 Breuer, Emil 277
 Briest, Eckhardt 234
 Brinz, Arnold 129
 Broich-Oppert, Georg von, Dr. 234
 Brüdigam, Heinz 318
 Brugsch, Theodor, Prof. Dr. Dr. 290
 Brumm 129
 Brunhoff, Kurt 234
 Brunke, Franz 77
 Brunsch 129
 Bruntsch 130
 Brueschke, Erich T. 42
 Bucher 58
 Buchholz, Herbert 130
 Buck, Roland 130
 Bücklein, Georg 130
 Budenop, Franz 77
 Buhl, Hans, Dr. 130
 Bühler, Hanns 130
 Bujnoch, Leo, Dr. 130
 Bülow, Hennecke von, Dr. 130
 Büngener, Claus, Dr. 130
 Bünger, Karl, Dr. 234
 Buntru, Alfred, Prof. 302 f.
 Burböck, Wilhelm T. 8
 Burchardt 130
 Burchardt, Heinz 197
 Bürger, Dr. 130
 Buri 130
 Burkhardt, Martin 91
 Burmeister, Günter 57
 Busch, Dr. 130
 Busch, Friedrich 77
 Bussert, Rudolf, Dr. 130
 Bütetisch, Heinrich 13, 31 f., T. 8
 Butler, Peter, von 197
 Butschek, Paul 119
 Butz, Hans 130

C

Carganico, Walter 197
 Carmins, Erich, Dr. 130
 Carstensen, Otto, Dr. 130
 Catel, Werner, Dr. 288
 Chaluppa, Johannes 130
 Choltitz, Dietrich von 169
 Christ, Dr. 130
 Christ, Hans, Dr. 277
 Christ, Oskar 77
 Christensen, Snog 67
 Christmann, Kurt, Dr. 77
 Ciecielska, Bronslawa 118
 Clauditz, Rudolf 130
 Clausen 234
 Claussen, Kai 130
 Claussen, Wilhelm 46
 Clemens, Dr. 131
 Clodius 215
 Cloy, John Mc. 69

Collani, Hans-Joachim von 131
 Collet, Josef 131
 Coenen, Hans-Wolf, Dr. 131
 Coppi, Hans 98
 Coppi, Hilde 98
 Cordier 131
 Cornely, Fritz 77
 Correns, Erich, Prof. Dr. Dr. 290
 Creifelds, Karl, Dr. 131
 Crull T. 47
 Cünnen 131
 Curtius, Klaus 234
 Czesla 131

D

Dahlgrün, Hans-Georg 46
 Dahlgrün, Rolf 46
 Dallinger, Dr. 131
 Daluege, Kurt 64, 84
 Dally 107, 108, 131
 Damerau 315
 Damm, Christian 67
 Damman, Marcus 131
 Dannecker 215
 Dassler, Gerhard, Dr. 131
 Däubler, Helmut 131
 David, Herbert, Dr. 277
 Debring, Johannes 77
 Dede, Christian 131
 Degethoff, Heinrich T. 7
 Dehns, Eduard 131
 Deißler, Georg 77
 Dellmensingen, Leopold Krafft von, Dr. 221, 234
 Delmer, Sefton 125
 Delphendahl, Heinrich 277
 Denuit, Desire 258
 Denzel, Egon 313
 Denzer, Otto, Dr. 234
 Depenbrock 122, 131
 Deppner, Erich 77, 314
 Derks, Hermann, Dr. 131
 Dern, Friedrich 58
 Deter, Heinz 234
 Dettmar, Helmut, Dr. 131
 Deubner, Otfried, Dr. 234
 Dewitz, von 131
 Dibak 276
 Diderichs, Dr. 131
 Diekmann T. 42
 Dietmar, Helmuth, Dr. 235
 Dietrich, Dr. 131
 Dietz, Wilhelm 78
 Diewerge 257
 Dinckelacker, Helmut 132
 Dittmann, Herbert, Dr. 235
 Dittrich 132
 Dobisch, Rudolf, Dr. 132
 Doerr, Dr. 132
 Döge, Hans, Dr. 132

Döhring, Karl, Dr. 235
 Döllén, August von 132
 Dölves, Heinrich 132
 Domabyl, Josef 277
 Doms, Wilhelm, Dr. 132
 Dönitz, Karl 186, 188 f., 191, 316
 Dorer, Karl 132
 Dörge, Friedrich 46
 Dossmann, Georg, Dr. 132
 Drahomir 115
 Dreher, Dr. 108 f., 132
 Drescher, Heinz 77 ff.
 Drews, Richard, Dr. 132
 Drews, Werner 197
 Drinkuth, Dr. 132
 Duchow, Willi 235
 Dudek, Waldemar 78
 Duhme 123, 132
 Dumke, Horst 235
 Dümmler, Ludwig 132
 Dumont 224
 Durcansky 274
 Durek, Josef 91
 Dürrfeld, Walter 33, 37, T. 8
 Dürwanger, Karl 132
 Dusenschön, Willi 78
 Dwinger, Erich 289
 Dyckmanns, Franz 132

E

Ebel, Rudolf 91
 Eberl, Otto, Dr. 215, 235
 Ebersberg 132
 Ebmeyer 132
 Eckardt, Felix von 289, 295 f.
 Eckert, Dietmar 197
 Eckert, Herbert, Dr. 116, 132
 Eckert, Robert 116 T. 26
 Eder, Hugo, Dr. 132
 Eder, Josef 78
 Eggart, Karl 78
 Eggert, Oskar, Dr. 277
 Egle, Karl 78
 Ehlers, Ernst 132
 Eichmann, Adolf 22, 70 f., 74, 209, 210, 212, 294
 Eickhoff, Dr. 133
 Eigenwillig, Georg 133
 Eisele, Hans, Dr. 75
 Eisenberg 133
 Eisenblätter 133
 Eisfeld, Kurt 46, T. 8
 Elling 214
 Elsenheimer 133
 Enderis T. 45
 Endress, Alfred 78
 Engel, Pfarrer T. 42
 Engelen, Gerhard 235
 Engell, Minister T. 46
 Enkhaus, Rudolf 133

Enneccerus, Walter 197
 Entress 33
 Entrich, Walter 57
 Epp, Ritter von 206
 Erbel, Otto 133
 Erdmann, Kurt 78
 Erdmannsdorf, von 212
 Erhard, Ludwig, Prof. Dr. 183, 260
 Erhardt, Wolfgang 197
 Erlewein, Josef 235
 Espey, Oswald 78
 Essen, Werner, Dr. 254, 277
 Esser, Heinz 123, 133
 Etzdorf, Hasso von 230 ff.
 Eweler, Heinrich, Dr. 78
 Eyhmüller, Karl 46
 Eymann, Karl T. 8

F

Fabian, Georg 235
 Fäder, Bernhard 133
 Fähndrich 122, 133
 Fähnrich, Kurt 78
 Fahr, Otto 46
 Fangmann, Arnold, Dr. 133
 Faust, Max 46, T. 8
 Favorke, Rolf 78
 Fedder, Julius, Dr. 133
 Federer, Georg, Dr. 235
 Fehrentz, Heinrich 113
 Feine, Gerhard, Dr. 235
 Felchner, Friedrich 235
 Felmy, Dr. 109, 110, 133, 204, 205, 226
 Ferber, Ernst 197
 Fermer, Andreas 78
 Ferring, Franz 221, 228, 235
 Feussner, Konrad 91
 Fiedler, Eduard 277
 Fieler, Karl 78
 Fieseler, Gerhard 46
 Figwer, Stanislaus T. 17
 Filter 133
 Fink, Ernst 122
 Fink, Ludwig 133
 Finke 219
 Finnberg, Emil 57
 Fischer, Ernst Rudolf 13, 46
 Fischer, Martin 236
 Fischer-Dieskau, Joachim 47
 Flade T. 19, 20
 Fleischmann, Dr. 133
 Fleschütz, Eugen 78
 Flick, Friedrich 13 ff., 27, 35 ff., 38, 44
 Fließbach, Wilhelm, Dr. 133
 Flöter T. 8
 Förder, Kurt 278
 Foge, Wilhelm, Dr. 133
 Foltinek, Lothar 278
 Foertsch, Friedrich 173
 Framheim, Otto, Dr. 133

- Francke, Fritz 133
 Franco, Francesco 75, 173
 Frank, Ernst 278, 316
 Frank, Eugen 236
 Frank, Gottlob 236
 Frank, Hans 310
 Frank, Johannes 79
 Frank, K.H. 273, 276, 289, 303, 306, 307, 308
 Frank-Fahle, Guenther 47
 Franke, Gotthard 278
 Fränkel, Wolfgang 103
 Frankenberg, Johannes 134
 Franz, Eugen, Dr. 134
 Fraschke, Günther 316
 Fraustein, Dr. 134
 Frees, Friedrich 79
 Freisler, Roland, Dr. 98, 259
 Freiwald, Kurt 197
 Fremercy, Gustav 47
 Frentzel, Felix 13
 Freudenberg, Richard 47
 Frey, Gerhard 313
 Freyberg, von, Dr. 134
 Freyberg, Wolfgang 79
 Freyer, Joachim 197
 Freytag von Loringhoven, Bernd Baron von 197
 Frick 294
 Fricke, Andreas, Dr. 134
 Friedensburg, Ferdinand, Dr. 236
 Friedrich, Otto A. 27
 Friedrichs, Hans, Dr. 134
 Friesseke, Hans 47
 Fröhlich, Hans, Dr. 134
 Frohn 65
 Frommhagen, Erich T. 8
 Frömmeler, Walter T. 7
 Frühbrodt, Hermann 132
 Frydag, Karl 47
 Fuchs, Robert 97
 Fučík, Julius 98
 Full, Werner 134
 Furck, Herbert 79
 Furmann, Vinzent 117, 118
 Fürsen 134
 Fürstenhagen, Heinz-Otto, Dr. 134
 Fuxius, Albert, Dr. 134
- G**
- Gabriel, Kurt 91
 Gabrysch, Dr. 134
 Gaerte, Felix, Dr. 236
 Gajewski, Fritz 47
 Gaksch, Franz 278
 Galinsky, Wolfgang 236
 Ganser, Josef, Dr. 110, 111, 134, T. 24
 Gartmayr, Georg 197
 Gärtner 134
 Gatsche, Alfred 134
 Gattineau, Heinrich 47
 Gauger, Wilhelm, Dr. 134
 Gaus 227
 Gawlik 236
 Gayer, Franz, Dr. 134
 Gehlen, Arnold, Prof. 304
 Gehlen, Reinhard 269
 Gehner, Heinz 236
 Gehrman, Kurt 91
 Geier, Hans-Joachim 236
 Geigenmüller, Otto, Dr. 79
 Geiger, Willi, Prof. Dr. 134
 Geis, Walter 135
 Geissler 315
 Geißler, Kurt 79
 Gellbach, Horst-Heinrich, Dr. 236
 Gemmeker, Albert Konrad 79
 Geppert 135
 Gerard, Martin, Dr. 135
 Gerber, Kurt 197
 Geritz, Dr. 135
 Gerlach, Dr. 135
 Gerlach, Heinrich 191, 192
 Gerloff, Walter 79
 Gerstenmaier, Eugen, Dr. 122, 292 f., T. 48
 Gesemann, Prof. 269
 Geuther, Fritz 237
 Gichtel, Hermann, Dr. 135
 Giese, Kurt 135
 Giesecke, Dr. 135
 Gieser, Kurt 197
 Giffels, Hubert 237
 Gille, Alfred, Dr. 278
 Gille, Herbert O. 314
 Gille, Wolfgang, Dr. 135
 Glasenapp, von 135
 Gleine, Martin 135
 Globke, Hans-Maria, Dr. 14, 39 f., 44, 57, 58, 104, 106, 117, 196, 294 f., 310
 Gloge, Walter, Dr. 135
 Glücks, Richard T. 8
 Glund, Bruno 135
 Glunz, Dr. 135
 Gnodtke, Günther, Dr. 237
 Goebbels, Josef, Dr. 17, 186, 237, 260
 Gödel, Johannes, Dr. 278
 Göhrum T. 17
 Göke, Dr. 124, 135
 Goldschmidt, Georg, Dr. 278
 Goele T. 10
 Gonnermann, Dr. 135
 Gonnermann, Otto, Dr. 135
 Gontard, Christoph 78
 Goose, Helmut 135
 Göring, Hermann, 15, 30, 35, 39, 41, 173, 187, 195, 274, 299, 309
 Görtz, Heinrich, Dr. 79
 Gosewisch 135
 Gösler 135
 Götsche, Ernst 91
 Götz, Hermann, Dr. 278
 Gräbe, Hermann 60

Graebe, Horst 278
 Gräbner, Georg 48
 Grade, Hans 237
 Graeff, Friedrich, Dr. 237
 Graetz, Erich 19, 48
 Graevenitz, Kurt Fritz von, Dr. 236
 Graf, Ludwig, Dr. 136
 Grams 224
 Gramsch 224
 Grandke, Fritz 79
 Granow, Dr. 205, 211, 218
 Gräser, Hans, Dr. 136
 Grasnitz, Dr. 104, 136
 Graurock, Wilhelm 91
 Greger, Hubertus 136
 Gregor, Werner, Dr. 236
 Greil 315
 Grendel, Dr. 136
 Grewe, Dr. 222
 Griffel, Anton, Dr. 136
 Grimm, Hans, 289
 Grobba, von, Dr. 204, 205, 218, 226
 Grobben, Jakob 79
 Grobel T. 5
 Groeben, Karl von der 278
 Gröger, Karl 136
 Grolmann, Wilhelm von, Dr. 236
 Groepper, Horst 236
 Grosch, Dr. 136
 Groskopf, Herbert 136
 Gross 315
 Groß, Gerhard 91
 Groß, Hermann, Prof. 318
 Grote, Willi 79
 Grotewold, Heinrich 136
 Groth, Erich, Dr. 136
 Grüb, Josef, Dr. 136
 Gruhl 136
 Grunau, Theodor, Dr. 136
 Grundherr, Dr. 211
 Grundmann, Günther, Prof. 319
 Grunert, Friedrich 136
 Grufsdorf, Joachim 136
 Guderian, Heinz, junior 197
 Guderian, Heinz, senior 169
 Güdler, Kurt 79
 Gugler, Dr. 124, 136
 Guntermann, Franz, Dr. 136
 Günther, Prof. 269
 Günther, Johannes 91
 Günther, Karl 136
 Güntner, Hans, Dr. 136
 Gustke, Walter 79
 Gutfreund, Reisl 117
 Guthsmuths, Willi, Dr. 278
 Güttinger, Wilhelm 79

H

Haag, Werner 197
 Haak, Wilhelm 91

Haas, Dr. 214
 Haasche, Erich 80
 Haase, Johannes, Dr. 136
 Habbén, Herbert 136
 Hachmeister, Karl, Dr. 136
 Hacker, Gustav 278
 Häfele, Dr. 137
 Haeften, Gerrit von 236
 Haferkorn, Dr. 137
 Haensch, Walter, Dr. 62
 Hagedorn, Richard 137
 Hagemann, Dr. 137
 Hagemeister, Heinrich 137
 Hagenbeck, Werner, Dr. 137
 Hagens, Hans von, Dr. 137
 Hagmann 122, 137
 Hahn, Ludwig, Dr. 80
 Haidinger, Oskar, Dr. 137
 Halder, Franz 169
 Haller, Walter, Dr. 137
 Hallstein, Walter, Prof. Dr. 237
 Hamackers, Dr. 137
 Hamann, Heinrich 80
 Hamm, Franz 279
 Hammer, Hermann, Dr. 137
 Handy, Thomas 69
 Haneklau, Alfred 80
 Hanely, Ernst von 279
 Hänert, Berthold 123, 137
 Hanneken T. 11
 Hannemann, Erich 137
 Hanner, August 80
 Hannig, Th. Dr. 237
 Hanser T. 5
 Happe 137
 Hardenberg, Hans Karl, Graf von, Dr. 237
 Hardenberg, Heinrich Ernst Günther, Graf von 237
 Harder, Herbert, Dr. 137
 Hardrath, Günter, Dr. 137
 Härlein, Ernst, Dr. 137
 Harlinghausen, Martin 170
 Harms, Adolf 137
 Harms, Alfred 137
 Härtel, Johannes 198
 Hartinger, Josef 137
 Hartke, Ernst 138
 Hartl, Albert 58
 Hartmann, Willi 91
 Hartmeyer, Dr. 138
 Hassel, Kai-Uwe 195
 Haupt, Werner 313
 Hauser 108
 Hausser, Paul 43, 314
 Hauthal, Horst von, Dr. 237
 Haver, Kurt 48
 Haxler, Franz 80
 Hayn, Wilhelm 91
 Heck, Walter 198
 Heckel, Bischof 293, T. 48
 Hecker, Gottfried von, Dr. 237

- Heegener 138
 Heerhaber, Wilhelm 138
 Heidebroek T. 8
 Heider, von T. 5
 Heineburg, Dr. 211, 212
 Heinemann, Friedrich, Dr. 138
 Heinke, Erhard 138
 Heinrich, Erich 138
 Heinrich, Rudolf 123
 Heinrichs 138
 Heißmeyer, August 80
 Helbing, Willi 91
 Hellenthal, Walter, Dr. 237
 Hellersen, Heinrich 80
 Hellwig, Günter 80
 Hemmen, Hans-Richard 216
 Hempel, Adolf, Dr. 198
 Henlein, Konrad 271, 273, 276, 302, 303
 Henning, Werner 198
 Hepp, Leo 198
 Henke 212
 Henke, Alfred 138
 Henneke, Kurt 138
 Henning, Dr. 138
 Henschel, Reinhard 237
 Hensel, Ernst 138
 Hensel, Herbert, Dr. 237
 Henseling, Dr. 138
 Herbert, Karl 138
 Herden, August 92
 Herder, Erwin, Dr. 138
 Hergl, Walter, Dr. 279
 Hergt, Albert, Dr. 138
 Hermann, Günther 80, T. 21
 Hermann, Lieselotte 96
 Herrmann, Gustav 80
 Herrnreiter, Ferdinand, Dr. 138
 Hersmann, Werner, Dr. 80
 Herting, Dr. 138
 Herz, Hermann 80
 Herzing, Wilhelm 138
 Herzog, Dr. 138
 Herzog, Josef, Dr. 138
 Herzog, Karl 172, 198
 Hess, Walter, Dr. 237
 Heß, Rudolf 314
 Heß, Wilhelm 198
 Hettlage, Karl-Maria 43 f.
 Hetz, Karl 198
 Heublein, Adolf 92
 Heusinger, Adolf 167, 170, 173, 177, 179, 180, 181, 182, 183, 185, 187
 Hey, Hubert 138
 Heyde, Erich von der 13
 Heyde, Waldemar 138
 Heyde, Werner, Dr. 288
 Heyde, Wilhelm Günther Hermann Detlef von 238
 Heyden-Rynsch, Freiherr von 222 T. 42
 Heydrich, Reinhard 63 f., 208, 224, 225, 272, 303
 Heydte, Friedrich August von der, Prof. 308 f., 314
 Heyer, Kurt, Dr. 139
 Heyne, Hans 48
 Heyne, Heinz 139
 Hezel, Friedrich, Dr. 139
 Hezinger, Adolf 238, 210, 211
 Hierl, Josef 80
 Hild, Hermann 92
 Hildebrand 139
 Hildebrandt, Hans-Ulrich, Dr. 139
 Hilger, Gustav 238
 Hilke, Heinz 119
 Hill T. 10
 Hille 139
 Hillenkamp, Ulrich 139
 Hillmann, Arno 139
 Hillrichs 139
 Himer 227
 Himmeler, Heinrich 13, 20, 21, 31, 35, 40, 56, 59, 63, 66, 72 ff., 81, 104, 173, 270, 273, 274, 276, 302, 311
 Hindenburg, Paul von 12, 35, 165, 189, T. 1
 Hinkelbein, Claus 198
 Hinsel, Paul 48
 Hinz, Fritz 48
 Hirmer, Hans, Dr. 139
 Hirsch, Karl, Dr. 238
 Hirschberg, Erich 238
 Hirschbrich, Georg
 Hirschfeld, Hans Richard 238
 Hitler, Adolf 11 ff., 15, 19, 27, 35, 39, 41, 59, 75, 96, 97, 98, 99, 100, 104, 105, 113, 116, 122, 124, 165, 173, 175, 182, 183, 186, 189, 192, 258, 259. T. 14
 Hitz T. 13
 Hobe, Cord von 198
 Höcherl, Hermann 104, 312
 Hochgräbe, Hans-Joachim 81
 Hochmuth 238
 Hödel, Ludwig 81
 Hodes, Fritz, Dr. 139
 Höfer, Gerhard, Dr. 139
 Hoffelder, Johann 81
 Höffler, Dr. 139
 Hoffmann, Adolf 215
 Hoffmann, Christoph 238
 Hoffmann, Max, Dr. 81, T. 18
 Hoffmann, Walter 139
 Hoffmann, Werner-Eugen 198
 Hoffrichter, Otto 139
 Höfling, Wilfried 81
 Hofmann 311
 Höher, Dr. 139
 Höhn, Reinhard, Prof. 311 f.
 Höhn, Rudolf, Dr. 139
 Holl, Bernd, Dr. 123, 139
 Holleben, Werner, Dr. 238
 Holling 65
 Höller, Franz 279
 Holstein, Heinz 139

Holten, Carl von 238
 Holtz, Wolfgang 48
 Holtzheimer, Dr. 139
 Holz, Waldemar, Dr. 140
 Holzbrecher, Helmut 81
 Holzhäuser, Walter 92
 Holzki, Alfred 140
 Hönneckes, Dr. 123, 140
 Honsel, Fritz 48
 Hoof, Dr. 140
 Hoogen, Matthias 104, 111 f., T. 23
 Hoops, Walter Dietrich, Dr. 238
 Hopf, Volkmar 48
 Hörath, Siegfried 81
 Horn, Rudolf, Dr. 81
 Hornig, Erich 140
 Horowitz, Jakob 117
 Höss, Konstantin 273, 279
 Höß, Rudolf 23, 31 f., T. 8
 Höttil, Wilhelm Georg, Dr. 81
 Hozzel, Paul Werner 198
 Hübener, Ulrich 140
 Huber 123
 Huber 140
 Huber, Ernst, Prof. 285, 286
 Hubernagel 140
 Hübner, Fritz 140
 Hucko, Wilhelm 81
 Hückstädt, Dr. 140
 Hudy, Wilhelm 81
 Huhn, Kurt 92
 Hühne T. 19
 Hülle, Werner, Dr. 140
 Humbert, Dr. 140
 Hunger, Horst 140
 Hunsche, Otto, Dr. 71 f.
 Hüntemann, Dr. 123, 140
 Hüpers, Dr. 112, 113, 140
 Huppenkothen, Walter 81
 Huyke, Wilhelm, Dr. 140

I

Idel, Wolfgang 97
 Illgner, Max 13, T. 5, 14
 Illing, Paul 270
 Imme, Arnold 140
 Indra, Rudolf, Dr. 140
 Itzen 140

J

Jackson, Robert H. 24
 Jacob, Franz 98
 Jacobs, Werner, Dr. 140
 Jäger, Wilhelm, Dr. 18 f.
 Jähne, Friedrich 48
 Jaeger, Helmut 140
 Jagow, von 141
 Jahn, Günter, Dr. 141
 Jahn, Hans-Edgar, Dr. 279

Jahn, Rudolf 317
 Jahn, Rudolf, Dr. 279
 Jakob, Hermann 141
 Jaksch, Wenzel 276, 308
 Jakubassa, Paul, Dr. 141
 Jancke 141
 Janischowsky, Dr. 141
 Jankuhn, Herbert, Prof. 319
 Japes, Dr. 141
 Jarzina, Ludwig 141
 Jaschek, Felix, Dr. 279
 Jaugschaffer, Karl 317
 Jeka 261
 Jenniches, August 141
 Jeremias, Hans-Georg, Dr. 141
 Jericho 238
 Jeschonnek, Gert 198
 Jessenberger, Dr. 141
 John, Helmut 124, 141
 John, Herbert 238
 Johanningmeier, Wilhelm 92
 Johnn, Felix von 141
 Jordan, Pascual, Prof. 288, 319
 Jordan, Paul 198
 Joerges, Dr. 224
 Jost T. 42
 Jost, Heinz 69
 Juncker 141
 Jung, Hans 141
 Jung, Herbert, Dr. 141
 Junghanss-Konopka, Herbert 141
 Jungmann, Dr. 141
 Jungnickel, Helmut 92
 Junker, Werner, Dr. 215, 238
 Jürgens, Ulrich 141
 Just-Dahlmann, Barbara, Dr. 105
 Jüttner, Hans 81

K

Kaletsch, Konrad 49
 Kaltenbrunner, Ernst 64, 81
 Kammer, Erich, Dr. 141
 Kammer, Heribert 82
 Kammhuber, Josef 170, 172
 Kamptz, Imanuel von 92
 Kania, Josef 92
 Kannengießer, Heinz 141
 Kanter, Ernst, Dr. 102, 103
 Kapfinger, Johann Evangelist 314
 Karmasin, Franz 273 ff
 Karow, Karl 141
 Karpen, Werner, Dr. 142
 Karpinski, Peter 172, 198
 Karrasch 142
 Karstien, Hans, Dr. 238
 Kaufmann, Heinz 82
 Kaufmann, Karl 82
 Kaul, F. K., Prof. Dr. 101
 Kaulbach, Günter 142
 Kaune, Bernhard, Dr. 142

- Kasche 210
 Kassler, Rolf, Dr. 239
 Kayser, Alexander 142
 Kehrer, Walter 82
 Keidel, Theodor 142
 Keil, Theo 279
 Keil, Werner, Dr. 123, 142
 Keilig, Friedrich Wolfgang 198
 Keisel, Heinrich 142
 Keitel, Wilhelm 166, 184
 Keller, Otfried 142
 Keller, Rupprecht von, Dr. 222, 239
 Kemnade, Friedrich 199
 Kempe, von 219
 Kemper, Dr. 142
 Kempff, Günther 239
 Kempner, Robert, Dr. 66, 70
 Keppel, Otto 142
 Keppler 203
 Kernmayr, Erich 315
 Kessel 142
 Kesselring, Albert 187
 Kettenhofer 219
 Kettacker, Hans 142
 Keunecke, Dr. 82
 Keutgen 142
 Keyser, Dr. 142
 Keyser, Erich, Prof. 319
 Keyserlingk, Wedig Freiherr von 49
 Kieckbuch, Günther 142
 Kiehn, Fritz 49
 Kiehne, Helmut 82
 Kiehne, Karl 82
 Kieler, Herbert, Dr. 123, 142
 Kielmansegg, Johann-Adolf Graf von 170, 177, 178, 179, 180
 Kiesewetter, Anton 279
 Killinger 210, 212
 Kinnen, Peter 142
 Kirdorf, Emil 11
 Kirsch, Georg 92
 Klaiber, Manfred, Dr. 239
 Klatz, Hans, Dr. 142
 Klein, Johannes 82
 Klein, Karl 142
 Kleinknecht, Otto 142
 Kleist von Bormstedt, Artur 92
 Kleiß, Bruno 143
 Kleyser, Paul 199
 Klier, Walter, Dr. 143
 Klemm, Helmut 199
 Klemp, Max, Dr. 143
 Klenner, Willibald 143
 Knackstedt, Karl 143
 Knappe, Walter T. 7
 Kniehahn, Werner 49
 Knieriem, August von 49
 Knippenberg, Dr. 23, 143
 Knobloch, Gottfried 143
 Knoop, Theodor von 239
 Knop, Walter 143
 Knossalla, Dr. 143
 Knott, Karl 49
 Kobel, Otto 143
 Koebel, Ulrich, Dr. 143
 Koch, Adalbert 143
 Kocks, Herbert 82
 Koding, Dr. 122
 Köhler, Heinrich, Dr. 221, 239
 Köhne, Hans 122, 143
 Kohnert, Hans, Dr. 250, 254, 267 f.
 Kohlhaue T. 10
 Kohlmoorgen, Hans-Joachim 92
 Kolb, Erich 143
 Kolb, Karl, Dr. 143
 Köllner, Fritz, Dr. 279
 Köllner, Fritz 82
 König, Fritz 143
 Konitzki, Gerhard 82
 Koppe, Wilhelm 82
 Kordt, Erich, Prof. 319
 Kordts, Helmut 82
 Kori, Manfred 143
 Kornhuber, Dr. 143
 Korswand 206
 Kosching, Maximilian 82
 Koslowski, Franz 109, 110
 Koslowski, Stanislaw 112, 113
 Köstlin, Wolfgang 199
 Kötting T. 2
 Kraft, Waldemar 280
 Krah, Bernhard 143
 Kraiker, Hermann 83, T. 19
 Kraiker, Hermann 82
 Krajewicz, Helmut 239
 Kramer, Otto 92
 Kraemer, Dr. 143
 Krämer-Badoni, Rudolf 289
 Krantz, Hans-Ulrich 199
 Krapf, Franz 218, 219, 221, 239
 Krapp, Philipp, Dr. 143
 Krauch, Carl 13, 15
 Kraus, Franz T. 8
 Kraus, Silverius S. 280
 Krause-Wichmann, Georg, Dr. 239
 Krautwig, Karl-Ludwig 280
 Krautwig, Carl, Dr. 143
 Krebs 186
 Krebs, Hans 270
 Krebs, Heinrich, Dr. 113, 114, 144, T. 35
 Krebs, Herbert, Dr. 239
 Krebs, Kurt, Dr. 239
 Kreibich, Emil 49
 Krekel, Adolf 144
 Kref, Gustav, Dr. 144
 Kristl, Karl, Dr. 144
 Krohn, Hans-Martin 144
 Kroll, Hans, Dr. 239
 Krüger, Bernhard 83
 Krüger, Hans, Dr. 260 ff.
 Krüger, Kurt 13
 Krüger, Ulrich 144

Krüger, Walter 144
 Krumdieck, Oskar 239
 Krumey, Hermann 70 f.
 Krumholz, Kurt 92
 Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 14,
 18, 27, 36 f., 39
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 15,
 36, T. 2
 Kruss, Dr. 144
 Kuby, Erich 315
 Kuckhoff, Adam 98
 Kuczynski, Jürgen, Prof. 32
 Kugler, Hans 49, T. 5
 Kuhle, Herbert, Dr. 239
 Kühlein, Conrad 199
 Kuhlmann, Fritz, Dr. 144
 Kuhlmei, Kurt 199
 Kuhn, Horst 144
 Kühn 144
 Kühn, Fritz, Dr. 144
 Kuhnert 144
 Kuhnke, Günther 199
 Kuhr, Erich 144
 Kulemann, Johannes, Dr. 123, 144
 Kümmel, Fritz 144
 Kummer 144
 Künnecke, Erich 144
 Kurtze, Helmut 144
 Kurze, Paul 144
 Kusnezow, Peter T. 6
 Küster 144
 Kutscher, Ernst, Dr. 239
 Kutschmann, Dr. 144
 Küttner 35

L

Lackmann 274
 Lahr, Rolf 217, 218
 Lammerding, Heinz 72 f.
 Lampen, Dr. 145
 Landwehr, Ludwig 110, 113
 Landwehr, Wilhelm 145
 Lane, Alexander, Dr. 240
 Lange, Hans-Ulrich 145
 Lange, Heinz, Dr. 280
 Lanwer, Ewald, Dr. 215, 240
 Laube 124, 145
 Laudes 145
 Laufs, Hans, Dr. 58
 Last, Hans 145
 Lautz, Julius von 49
 Lefringhausen, Paul 112, 145
 Lehnhoff 145
 Lehr, Bruno 240
 Leick, Waldemar 145
 Leiterer, Richard, Dr. 145
 Lell, Heinz Günter, Dr. 145
 Lemberg, Eugen 319
 Lemmer, Ernst 256 ff, T. 44, 45
 Lenski, Konrad, Dr. 145

Leo, Jörn, Dr. 219
 Lerch, Christoph, Dr. 145
 Lerchenfeld, Johannes Graf von, Dr. 240
 Leukert, Edmund 280
 Leverenz, Bernhard, Dr. 145
 Leverkuehn 226
 Liebau, Dr. 114, 115, 145
 Liebich 145
 Lind, Helmut, Dr. 145
 Lindemann 124, 145
 Lindner, Kurt 83
 Lindscheid 145
 Linneborn, Kuno 240
 Linsenhoff, Karl 145
 Lipps, Herbert, Dr. 145
 Lischka, Kurt 83
 Littek, Richard 145
 Lochner T. 45
 Löde, Helmut, Dr. 146
 Lohmar, Ulrich 318
 Lohner, Otto, Dr. 146
 Lohrey, Heinrich 146
 Lohse, Hinrich 196
 Löllke, Ernst 146
 Looft, Walter 146
 Looschen, Hans 199
 Lorch, Anton 199
 Lorenz, Hans-Helmut, Dr. 146
 Lorenz, Werner 83
 Lorenz 107, 108
 Lorenzen, Dr. 146
 Lörtz, Johann 146
 Lösch, Alwin 146
 Lösch, Dr. 146
 Löscher, Otto, Dr. 146
 Loesdau 104
 Loew, Gottfried 49
 Lübke, Heinrich 37 ff, 106, T. 9, 10, 13
 Ludat, Herbert, Prof. 287
 Ludendorff, Erich 189
 Luedde-Neurath, Kurt 240
 Lueder, Hans-Georg 199
 Lüders, Dr. 146
 Lüders, Karl-Heinz 216, 221, 240
 Ludin 210
 Lüdinghausen, Wolff Freiherr von 240
 Ludolph, Dr. 146
 Ludwig, Heinz 146
 Ludwig, Wilhelm, Dr. 83
 Lünig 146
 Lütgering, Hans 83
 Luther 208, 210, 211
 Luther, Dr. 146
 Lüttwitz, Smilo Freiherr von 170

M

Maarzyk, Drahomir 115
 Mach, Alexander 274, 275
 Mach, Erich T. 8
 Mackeben, Wilhelm 240

- Mäe T. 44, 45
 Maeder, Hellmuth 172, 189, 190
 Maenß, Hans Ivar 240
 Mahle, Hermann 50
 Mahlke, Helmuth 199
 Mahlke, Karl 146
 Maier, Erich 280, 317
 Mair, Kurt Alex 240
 Maisenhälder, Alois, Dr. 146
 Maiziere, Ulrich de 186
 Malaisé, Gerhart E. von 50
 Malessa, Johannes 146
 Maltzan, Vollrath Freiherr von, Dr. 13, 50, 240
 Mamaj, Nina T. 6
 Manchot, Karl, Dr. 146
 Mann, Wilhelm Rudolf 13, T. 5
 Mansfeld 19
 Manske, Erich 146
 Manteuffel, Hasso von 169
 Marbach, Hubert 83
 Marchtaler, Hans Ulrich, Dr. 240
 Martens, Hans-Hermann, Dr. 147
 Martens, Jakob 147
 Martens, Kurt 147
 Martin 147
 Marx, Gerhard, Dr. 147
 Mäth 141
 Mattern, Friedrich, Dr. 147
 Matthiessen 147
 Matzky, Gerhard 172
 Maunz, Theodor, Prof. 286, 297 f.
 Maurach, Bruno, Dr. 280
 Maurach, Reinhart, Prof. 319
 Maurer, Karl 83
 Mayer, Josef, Dr. 147
 Mayer, Karl Bernhard 147
 Meer, Fritz ter 50
 Mehl, Gerhard 92
 Mehnert, Klaus, Prof. 304
 Meier, Paulus 83
 Meier-Branecke, Dr. 147
 Meier-Welcker, Hans, Dr. 199
 Meinardus, Dr. 147
 Meiser, Fritz 147
 Meissner, Boris, Prof. 319
 Melchers 225, 226, 227
 Mellwitz, Artur 147
 Melzig, Herbert, Prof. S. 256, 257
 Mende, Gerhard 147
 Mengele, Josef, Dr. 75, 83
 Menger, Georg, Dr. 147
 Menke, Josef, Dr. 83
 Menne, Wilhelm Alexander 27
 Mennecke 147
 Menzel, Hubert 92
 Merek, Karl 50
 Merfels, Josef 240
 Merker, Otto 50
 Merveldt, Gisbert Graf von 83
 Merz, Helmut, Dr. 147
 Messer, Hermann 84
 Messerschmitt, Willy 50
 Methfessel, Fritz 84
 Metschullat, Herbert 84
 Metten, Dr. 147
 Metz, Dr. 147
 Metzger, Werner 241
 Metzner, Rudolf, Dr. 280
 Meusel 147
 Meusel, Gotthold, Dr. 115, 148
 Mewes, Günther, Dr. 148
 Mey, Werner 148
 Meyer, Friedrich 148
 Meyer, Hans 148
 Meyer, Konrad, Prof. 286
 Meyer, Kurt 314, 315
 Meyer-Detring, Wilhelm 199
 Meyer-Hentschel, Gerhard, Dr. 148
 Meynen 148
 Mezger, Hans-Robert 148
 Michelsen 267, T. 47
 Michon, Helene 118
 Michon, Roman 118
 Miethe, Erhard 84
 Mikorey, Maximilian, Prof. 320
 Milch, Erhard 40
 Mirbach, Dietrich Freiherr von 212, 216, 218, 220, 241
 Mirow, Eduard 205, 241
 Misera, Alfons, Dr. 148
 Mittelbach, Dr. 148
 Moecker, Dr. 148
 Möhl, Wolfgang, Dr. 148
 Möhlenbeck, Wilhelm 50
 Mohns 148
 Mohr, Ernst Günther, Dr. 210, 221 ff., 241
 Mohrmann, Anton, Dr. 241
 Mola 173
 Moldrzyk, Miroslaus 115
 Moll, Josef 199
 Mollenhauser 148
 Möller, Wilhelm 148
 Möller-Döling, Joachim 199
 Moltmann, Gerhard, Dr. 241
 Moennikes 61
 Morschbach, Dr. 148
 Moulin-Eckart, Karl Max Graf von 241
 Mugler, Hans, Dr. 148
 Mühlen, Heinrich von zur, Dr. 280
 Mühlenfels, Willy von 148
 Mühlestein T. 46
 Mühlhaus, Hermann, Dr. 148
 Müller, Balduin 84
 Müller, Edwin 149
 Müller, Edwin, Dr. 149
 Müller, Eugen 84
 Müller, Heinrich 63
 Müller, Helmut, Dr. 148
 Müller, Karl Valentin, Prof. 287, 320
 Müller, Kurt 149
 Müller, Paul T. 5

Müller, Robert 149
 Müller, Walter, Dr. 149
 Müller-Hillebrand, Burkhardt 186
 Müller-Wurll, Heinz 280
 Mumm von Schwarzenstein, Bernd Eugen,
 Dr. 241
 München, Alfred, Dr. 149
 Munk, Kaj 67
 Münstermann, Wolfgang, Dr. 149
 Müntinga, Dr. 149
 Munzel, Oskar 315
 Munzel, Dr. 205, 221
 Munzinger, Dr. 149
 Murr, Gustav T. 8
 Muschke, Kurt 241
 Mussolini, Benito 75

N

Naditsch 292
 Nagel, Hellmuth, Dr. 149
 Nägele, Friedrich 84
 Nallinger, Fritz 50
 Nappe, Dr. 149
 Naujocks, Alfred Helmut 63, 268
 Nawrot, Hans 92
 Nebel, Dr. 149
 Neckel, Prof. T. 46
 Neef, Fritz 51
 Neher, Konstantin 84
 Nehring, Walter 280
 Neidhard, Friedrich 115, 116, 149, T. 26
 Nellessen, Dr. 149
 Neumaier, Alois, Dr. 149
 Neuroth, Hans-Heinrich 149
 Neuss, Helmut 200
 Neuwirth, Hans, Dr. 271
 Nickels, Peter, Dr. 149
 Niemer 124, 149
 Niese, Hans 122, 149
 Niesling, Kurt, Dr. 57
 Nieuhoff 149
 Niffka, Georg 280
 Nippe, Eugen 280
 Nissen, Rudolf 149
 Nix, Josef 149
 Noack 149
 Noack, Egon 84
 Normann, Hans-Henning von 150
 Northe, Heinrich, Dr. 221
 Noske, Gustav Adolf 58
 Nössler, Kuno, Dr. 150
 Nostiz, Siegfried von 241
 Nostiz-Drzewicki, Gottfried von 222, 241
 Nottbeck 119
 Nürnberger, Dr. 150
 Nüßlein, Franz, Dr. 150, 224 f., 241

O

Oberhäuser, Herta, Dr. 288
 Oberländer, Alexander, Dr. 150
 Oberländer, Theodor 249, 262, 267, 306
 Obermaier, Albrecht 200
 Obermayer, Adolf Max, Dr. 241
 Obstfelder, Kurt 84
 Ochs, Josef, Dr. 84
 Ocker, Hermann 150
 Odewald, Walter 84
 Oechsner T. 45
 Oehl, Gerhard 84
 Oehlandt, Herwarth 241
 Oehme, Adolf 51
 Oellrich, Walter, Dr. 150
 Oesterreich 150
 Ohm, Dr. 150
 Ohmann, Franz, Dr. 280
 Olbrich, Ehrhard 84
 Oldenburg 150
 Oligmüller 150
 Opitz, Paul 84
 Oppe, Dr. 150
 Oppenheuser, Walter 150
 Ortmann, Hans 150
 Orzechowski, Dr. 150
 Oeser, Richard, Dr. 150
 Oshima 259, T. 45
 Oskierski, Wilhelm 150
 Oster, Heinrich T. 5
 Ostermann 111, T. 23
 Ostermeier, Robert, Dr. 150
 Osthues, Willy 58
 Ott 219
 Ott, Adolf 62
 Otter, Dr. 150
 Ottersbach, Arnold, Dr. 85, 102, 116 ff, 150,
 T. 27
 Otto, Egbert 281
 Otto, Hans-Werner, Dr. 281
 Otto, Wilhelm 17, T. 5
 Overbeck, Karl Kuno 241

P

Pabich 261
 Päth, Gerd, Dr. 151
 Paetzold, Erich 93
 Pamperrien, Rudolf, Dr. 242
 Pancke 274
 Panhorst, Karl, Dr. 242
 Panitzki, Werner 187
 Pape, Günther 200
 Papenkort, Willi 85, T. 19
 Pappenheim, Georg Graf von 242
 Passauer, Hans 150
 Paulat, Bodo 85
 Paulie, Reinhold 93
 Paulig, Richard 242
 Paulsen, Hans Constantin 28
 Pecher, Otto, Dr. 151

Peiper, Joachim 85
 Pemsel, Max 170
 Peters, Prof. Dr. 124
 Petersen, Harro, Dr. 151
 Petzke, Hans, Dr. 151
 Pfanhauer T. 7
 Pfeffer, Karl-Heinz 320
 Pfeiffer, Arnold 242
 Pfeiffer, Peter, Dr. 242
 Pfennigsdorf 151
 Pfisterer, Friedrich, Dr. 242
 Pfleiderer 151
 Pfluger, Karl, Dr. 281
 Philipp, Ernst 200
 Philippi, Walter 122, 151
 Pichon 151
 Pierburg, Alfred 51
 Piesker 151
 Pingel 151
 Pippert 122, 151
 Pirch, Georg von, Dr. 242
 Plato, Anton-Detlef von 200
 Plette, Hans, Dr. 281
 Plock, Gerhard, Dr. 151
 Plönies, Rudolf, Dr. 151
 Plonner, Hermann 151
 Poddey, Traugott 151
 Poersch, Lothar, Dr. 151
 Poethke, Herbert 85
 Pohl, Oswald 44
 Pohle, Wolfgang 51
 Pohlmann 227
 Pöhlmann, Heinrich 151
 Polaczek 117
 Pölnitz, Götz von, Prof. 298
 Polzer, Robert, Dr. 281
 Poos, Dr. 151
 Poppelbaum, Helmut 151
 Pöschla, Dr. 151
 Poser, Günter 200
 Pötke, Karl 85
 Pozorny, Reinhard 281
 Preckel, Erich 85
 Preiser, Dr. 151
 Preißler, Walter, Dr. 281
 Prentzel, Felix-Alexander 51
 Preusker, Victor-Emanuel 51
 Friedigkeit, Georg 152
 Priller, Franz 85
 Prilipp, Wilhelm 200
 Pröhl 152
 Prüfer, Hans 152
 Pruss, Hans 85
 Przybill, Willi 242
 Puchta, Adolf 85, 281
 Pülke 309
 Puttkamer, Ellinor von, Dr. 242

Q

Quack 152
 Quiring, Franz, Dr. 242

R

Raab, Dr. 152
 Raabe 152
 Rabe, Karl-Hermann 85, T. 20
 Rabenau, von 152
 Rabes, Rudolf, Dr. 242
 Rademacher 210, 211
 Raeder 152
 Raeder, Erich 188, 189, 191
 Rahn, Dietrich, Dr. 152
 Ral, Dr. 152
 Ramelow, Thomas 242
 Randebrock 152
 Randow, Elgar von 221, 242
 Rapp, Albert, Dr. 86
 Raschhofer, Hermann, Prof. 306 ff
 Raschik, Dr. 152
 Rath, Karl 85
 Rathmayer, Otto 152
 Rathske 152
 Rauch, Georg von, Prof. 299 ff., 301, 302
 Rausch, Dr. 152
 Rebmann, Dr. 152
 Reckmann, Hans, Dr. 152
 Redecker, Martin, Prof. 301
 Regis, Dr. 123, 152
 Rehbock, Dr. 152
 Rehfeld 22
 Reichelt, Dr. 152
 Reichert, Hans-Joachim Ritter von 242
 Reichhold, Walter, Dr. 243
 Reidel, Herbert 200
 Reil, Theodor 152
 Rein, Dr. 124, 152
 Reiners, Friedrich, Dr. 153
 Reinhard, Hellmuth 86, 170
 Reischauer, Peter 200
 Reithinger, Anton, Dr. 13
 Reitlinger, Gerald 62
 Remer, Willi 93
 Remold, Josef 86
 Rempe, Dr. 153
 Renatus, Heinrich 153
 Rendulio, Lothar 190
 Rensinghoff, Wilhelm 243
 Retsch, Georg 153
 Reubold, Hans, Dr. 153
 Reuleaux, Otto 51
 Reusch, Dr. 153
 Reuter, Franz 51
 Reuter, Rudolf, Dr. 153
 Rheindorf, Konrad 86
 Rheinen, Fritz, Dr. 153
 Rhode, Werner 120, 153
 Ribbentrop, Joachim von 203, 207, 223, 259, 271, 291
 Richert 153
 Richter, Herbert, Dr. 215, 243
 Richthofen, Bolko Freiherr von, Prof. Dr. 269 ff., 289, T. 46
 Richthofen, Oswald Freiherr von 243

Rieber, Hellmut 116
 Riedel, Fritz 86
 Rieder 153
 Riemann, Kurt 153
 Rienecker, Waldemar 51
 Riepenhausen, Ernst 153
 Riese, Werner 86
 Rietmeyer, Dr. 153
 Rimelin, Renatus, Dr. 153
 Ringelmann, Max, Dr. 243
 Risek T. 10
 Ritter 203
 Rittinger, Josef, Dr. 153
 Rittstieg, Fritz, Dr. 266
 Rochlitz, Viktor, Dr. 153
 Rodak, Eduard 118
 Rodominski, Herbert 153
 Roemer 153
 Roesler, Dr. 124, 153
 Rogalla, Hans 154
 Rogge 154, 170
 Roggenkamp, Kurt, Dr. 154
 Röhl, Friedrich 86
 Rohlf, Willi 86
 Röhreke, Heinrich, Dr. 243
 Rom, Horst von, Dr. 243
 Romatzek, Wilhelm 154
 Rommel, Erwin 185
 Römer 34, 154
 Ronke, Maximilian, Prof. Dr. 154
 Rösch, Heinrich 86
 Roßbach, Hermann 93
 Rosenberg, Alfred 307, 310
 Rosendahl 124, 154
 Rosendahl, Johannes 86, T. 20
 Rosenthal, Wilfried von 172, 200
 Rosga, Ernst 154
 Rösing, Hans-Rudolf 200
 Ross 154
 Rössiger 154
 Rössler T. 10
 Rostock, Heinrich 154
 Roszak, Jan 112, 113
 Rothe, Gerhard, Dr. 154
 Rottach, Josef 86
 Röttiger, Hans 170
 Ruepprecht, Hans-Ulrich Freiherr v., Dr. 154
 Ruff, Siegfried, Prof. 320
 Ruff, Wilhelm 154
 Ruge, Friedrich 170, 172
 Rühle 212
 Rumbaur, Waldemar 225
 Ruoff, Herbert 243
 Rutkowski, Arthur 243
 Rutz, Horst 86

S

Saage, Dr. 154
 Sabath 224
 Sachs, Hans Georg, Dr. 243

Saefkow, Anton 98
 Sahm, Dr. 222
 Samuel, Hermann 93
 Samulski, Robert, Dr. 281
 Sand, Hermann 154
 Sandberger, Martin, Dr. 62, 86
 Sander, Hermann 51, T. 10
 Sandner, Rudolf 281
 Sandrock, Dr. 154
 Santo, Camill T. 8
 Sauckel 105
 Sauckel, Fritz 18
 Sauer, Valentin 154
 Saur, Karl-Otto 52
 Sauter, Philipp 154
 Sautter, Theodor, Dr. 243
 Schacht, Hjalmar 12, 41
 Schade, Hans, Dr. Dr. 154
 Schäfer, Dr. 225
 Schäfer, Eugen 86
 Schäfer, Heinrich 200
 Schäfer, Johannes Robert 87
 Schäfer, Karl, Dr. 155
 Schaefer, Oswald, Dr. 87
 Schaffarczyk, Herbert, Dr. 243
 Schafheutle, Josef, Dr. 95, 96, 102, 103, 106, 155
 Schäper, Theodor 123, 155
 Scharf, Walter 87
 Schatton, Willi 243
 Schattenberg, Ulrich, Dr. 155
 Schattburg, Wolfgang 87
 Schauburger, Siegmund 266
 Schauergans 155
 Scheer, Willy 155
 Scheffler, Herbert 87
 Schellenberg, Walter 257
 Schellhaus, Erich 281
 Scherer, Werner, Dr. 155
 Scherpenberg, Albert Hilger von, Dr. 243
 Scheske, Ulrich, Dr. 243
 Scheuner, Ulrich, Prof. 287
 Schicht, Wolfgang, Dr. 155
 Schiedt, Robert, Dr. 155
 Schier, Bruno, Prof. 320
 Schiffner 155
 Schikowsky, Dr. 155
 Schild, Karl 93
 Schilgen, Walter, Dr. 155
 Schiller, Otto, Prof. 289
 Schilling, Karl, Dr. 244
 Schimkat, Hellmut 93
 Schimpf, Richard 170
 Schindhelm, Hans Gerhard 87
 Schindler T. 46
 Schirach, Baldur von 272
 Schirmer, Hans, Dr. 220, 221, 244
 Schirner, Karl 52
 Schlaf 123
 Schlaefke, Wilhelm 155
 Schlegelberger, Hartwig, Dr. 155

- Schleier 211
 Schlempp 37 f.
 Schlesinger, Adolf 97
 Schlichting, Erich, Dr. 155
 Schlichting, Friedrich Carl 200
 Schlieffe, Waldemar 87
 Schlinke, Kurt 155
 Schlitter, Oskar 215, 227, 228, 244
 Schloemp, Georg 87
 Schlör, K. H. 87
 Schlünder, Ernst, Dr. 281
 Schlüter, Erich, Dr. 155
 Schmelter, Fritz 52
 Schmiedeberg 156
 Schmid, Richard, Dr. 119
 Schmid-Lossberg, Heinz 52
 Schmidle, Adolf 87
 Schmidt, Kurt 155
 Schmidt, Robert Hans 52
 Schmidt, Rolf 244
 Schmidt-Horix, Dr. 221
 Schmidtke T. 10
 Schmitt, Josef, Dr. 155
 Schmitt, Walter 155
 Schmitt-Winter, Albert 155
 Schmitz, Erich, Dr. 156
 Schmitz, Hermann 13, T. 5, 14
 Schmole, Dr. 156
 Schneider, Christian 13, 52
 Schneider, Friedrich 301
 Schneider, Josef 57
 Schnez, Albert 200
 Schnitzler, Georg von 16, T. 5
 Schöllgen, Dr. 156
 Schoene, Josef 156
 Schoengarth, Dr. 156
 Scholz, Heinrich 156
 Scholz, Herbert 87
 Scholz, William 52
 Schoppmann, Dr. 156
 Schorn, Joachim 156
 Schott, Wilhelm 244
 Schrader, Karl-Heinz 156
 Schreiber, Georg 156
 Schreiber, Theodor 156
 Schreitmüller, Adolf, Dr. 156
 Schroiff 156
 Schröder 205, 212, 218
 Schuback 226
 Schubert 62
 Schubert, Franz, Dr. 156
 Schubert, Johannes, Dr. 156
 Schubert, Konrad von 244
 Schubert, Leo 281
 Schubert, Wolfgang 156
 Schüle, Erwin 120, 121
 Schuler, Anton 87
 Schüler 226
 Schüler, Walter 87
 Schulpig, Hans 282
 Schulz, Erwin 88
 Schulz, Karl 93
 Schulze, Albert 88
 Schulze, Friedrich 156
 Schulze-Fielitz, Günter 52
 Schultz, Sigrid T. 45
 Schultze, Dr. 302
 Schultze, Hellmut 201
 Schultze, Otto-Wolfgang 122, 156
 Schultze, Siegmund 293
 Schultze-Schlutius 224
 Schumacher, Franz, Dr. 156
 Schumann, Georg 98
 Schumburg 208
 Schuppenies, Günter, Dr. 156
 Schürmann, Wolfgang 157
 Schütt, Nikolaus 244
 Schutte, Dr. 157
 Schwaller, Karl von, Dr. 157
 Schwarz, Sepp 282
 Schwarze, Johannes 124, 157
 Schwarze, Josef 124, 157
 Schwarzmänn 211, 215, 223, 224, 227
 Schwedes, Franz, Dr. 157
 Schweichel, Dr. 157
 Schweinitz, Hans-Ulrich von, Dr. 244
 Schweling, Otto 157
 Schwerdt, Otto 88
 Schwerdtfeger 256
 Schwerin, Gerhard von 169
 Schwidetzky-Roesing, Inge, Prof. 320
 Schwinge, Erich, Prof. 320
 Schwörbel, Herbert, Dr. 244
 Sebekovsky, Wilhelm 282
 Seebohm, Hans 266
 Seebohm, Hans-Christoph 30, 255, 265 f.,
 273, 276, 308
 Seebohm, Kurt 266
 Seelenbinder, Werner 98
 Seelos, Gebhardt, Dr. 222, 244
 Seibert, Claus, Dr. 157
 Seibert, Willi 62, 88
 Seiboth, Frank 282, 317
 Seiffert, Werner, Dr. 157
 Seither, Karl, Dr. 157
 Semmler 157
 Senteck, Rudolf 282
 Seraphim, Hans-Jürgen 292
 Seraphim, Peter Heinz, Prof. 309 f.
 Sernau 157
 Settels, Franz 88
 Seydel, Hans, Dr. 205, 244
 Seydewitz, von 157
 Sieber, Peter Wilhelm 200
 Siebers 157
 Siedenburger, Walter 157
 Siegfried, Herbert, Dr. 244
 Siegmund T. 17
 Siekmann T. 20
 Sielaff, Dr. 157
 Siemers, Otto 88
 Simonis, Susanne, Dr. 244

Sinn, Heinrich, Dr. 157
 Sinnhuber, Fritz 88
 Six, Dr. 211, 215
 Six, Franz, Prof. Dr. 68 f.
 Skok, Herbert, Dr. 157
 Skorzeny, Otto 74
 Smagon, Albert 282
 Smeets, Wilhelm 88
 Sohl, Hans-Günther 28
 Solms-Braunfels, Prinz Alexander zu 244
 Sommer 157
 Sommer, Ferdinand 93
 Sonnek, Hubert 200
 Sonnenhol, Gustav-Adolf, Dr. 245
 Sonnleithner 212
 Sorge, Richard 305
 Sosna 157
 Spaeth, Josef 245
 Speer, Albert 37 f., 43 f.
 Spehr 157
 Speidel, Hans, Dr. 170, 172, 180, 183, 184,
 185, 186
 Sperber, Paul 93
 Sperrle, Hugo 173
 Spies, Gebhard 158
 Spillner, Dr. 158
 Spindler, Joachim von 52
 Splett 158
 Splettstösser, Dr. 158
 Springer, Axel 83, 313
 Springorum 158
 Springorum, Kurt 52
 Springorum, Walter 282
 Staake, Hermann 88
 Staat, Dr. 158
 Stadie, Paul 88
 Stadtmüller, Georg, Prof. 291
 Staffen, Rudolf 282
 Stahlberg, Gerhard, Dr. 245
 Stahlecker 273
 Stähler 124, 158
 Stain, Walter 282
 Stamp, Wolfgang 158
 Stand, Hans, Dr. 158
 Stangl, Walter, Dr. 158
 Stanglmair, Hermann, Dr. 158
 Stanke, Georg 158
 Starke, Gotthold, Dr. 245
 Staudacher, Dr. T. 44
 Stechow, Johann Karl von 245
 Steckel, Kurt 158
 Steeger, Christian 89
 Steengracht, von 212, 214, 218
 Steffen, Erich, Dr. 158
 Steffen, Hermann 158
 Steimle, Eugen Karl, Dr. 62, 88
 Stein, vom 158
 Steinbach T. 10
 Steinbach, Hans-Joachim 245
 Steinbichl, Wolfgang, Dr. 282
 Steiner, Dr. 158

Steiner, Felix-Martin 88
 Steiner, Felix 314
 Steinhoff, Johannes 201
 Steinke, Max 158
 Steinle, Kurt, Dr. 158
 Steinmayr, Hans, Dr. 158
 Stelzer, Gerhard, Dr. 245
 Stephan, Heinz 158
 Stettner, Ritter von Grabenhofen 192
 Steuer, Theo 245
 Stieler, Adam 89
 Sting, Heinz 282
 Stöhr, Karl 159
 Stolting II, Hermann 159
 Stolz, Felix 111
 Stölzel 159
 Stolzmann, Paulus von 245
 Stoppel, Dr. 159
 Stothfang, Dr. 105
 Strachwitz, Rudolf Graf 245
 Strack, Hans, Dr. 211, 245
 Stransky, Maximilian, Dr. 159
 Straßner, Peter 315
 Stratmann, Johannes 88
 Straube 159
 Strauß, Franz-Josef 299, 308, 314
 Streckenbach, Bruno 58, 67 f.
 Strecker, Hermann, 245
 Streller, Karl 159
 Strödter, Dr. 159
 Strohbach, Rudolf, Dr. 159
 Stromsky 159
 Struch, Friedrich 245
 Strümpfer 159
 Stubbe, Erwin 93
 Stuckard 22
 Stuckart T. 48
 Student, Kurt 174
 Studentkowski, Konrad, Dr. 282
 Studnitz, von 219
 Stuhldreer, Kunibert 159
 Stumpf, Hermann, Dr. 159
 Stumpf, Richard 159
 Suckow, Harald 159
 Sündermann, Helmut 289
 Sunkel, Ministerialrat T. 46
 Susemihl 158
 Szogs 159

T

Tacke 159
 Talpa, Erich, Dr. 159
 Tancre, Hans, Dr. 245
 Tangemann, Heinz 89
 Tank, Ernst 159
 Tannstein, Kurt, Dr. 245
 Taubert, Eberhard, Dr. 320
 Teichert 224
 Tempelhoff, Hans-Georg von 201
 Templin, Paul Heinz 246

Tennigkeit 159
 Ter-Nedden, Wilhelm 53
 Terbowen 191
 Terrée, Werner 89
 Teschner, G. 313
 Teufl, Dr. 159
 Tezlaff, Otto 89
 Thadden, von 211, 212
 Thalau, Karl 53
 Thalheim, Karl, Prof. 291
 Thamm, Ernst 160
 Thedieck, Franz 282
 Theusner, Hans-Joachim, Dr. 246
 Thiedemann, Richard 53
 Thierack 99, 259
 Thierbach 160
 Thilo, Karl-Wilhelm 192, 193
 Thomas, Georg 13, 15, 41
 Thomashoff 160
 Thomsen, Henning, Dr. 246
 Thomsen, Willy 160
 Thümmeler, Johann, Dr. 57, 72, T. 17
 Thurmayr, Alois, Dr. 160
 Thyssen, Fritz 12, 26, T. 1
 Tichy, Alois, Dr. 246
 Tiedtke, Dr. 159
 Tillmann 160
 Timmermann 160
 Tins, Benno, Dr. 283, 317
 Tischbein 224
 Tischendorf, Willi T. 7
 Tiso 274, 306
 Togotzes, Werner 93
 Töpfer, Dr. 160
 Toth, Dr. 274
 Toyka, Rudolf, Dr. 104
 Trabert, Rudolf, Dr. 160
 Tramm, Dr. 160
 Trattner, Heinz 171, 173, 174, 175, 176, 191
 Traub, Kurt 160
 Trautloft, Johannes 193, 194, 195
 Treichel, Werner 160
 Trepte, Dr. 160
 Trimborn, Kurt 89
 Trischler, Josef, Dr. 282
 Troost, Sigismund, Dr. 160
 Trützschler, Heinz Freiherr von Falkenstein,
 Dr. 246
 Tschofen, Franz 160
 Tüngeler, Johannes 53
 Tyburec, Josef 120

U

Übelhack, Friedrich 190, 191
 Uhden, Johannes 93
 Uhl T. 5
 Uhlenbroock, Kurt, Dr. 57
 Uhlig 160
 Uhse, Dirk 160
 Ulitz, Otto, Dr. 254, 268

Ullrich, Hans, Dr. 160
 Ulrich, Fritz 89
 Uluots T. 44
 Unger, Walter 89
 Ungern-Sternberg, Reinhold Freiherr von,
 Dr. 246
 Urbanek, H. T. 46

V

Vangerow, Kurt von 201
 Varnbüler, Ulrich Freiherr von und zu Hem-
 mingen 201
 Vasko, Dr. 275
 Veesenmayr 210
 Velhagen, Adolf, Dr. 246
 Venediger, Günther, Dr. 246
 Ventzki, Werner 282
 Verres 160
 Verschuer, Otmar Freiherr von, Prof. 321
 Verspohl, Dr. 160
 Vetter, Wilhelm 246
 Vialon, Friedrich Karl 42 f., T. 15, 16
 Viergutz, Hans-Werner 160
 Viertel, Lothar 160
 Vietigshoff-Scheel, von 219
 Vitz, Ernst-Helmut 53
 Vogel, Georg, Dr. 222, 246
 Vogel, Hermann, Dr. 161
 Vogel, Hans 160
 Voigt, Erich, Dr. 161
 Voigt, Kurt T. 7
 Voith, Hanns 53
 Voithenberg, Voith von, Dr. 161
 Volkmann, Heinz 89
 Vollmar, Franz 161
 Vollmer T. 10
 Vollrath, Dr. 161
 Vornbäumen, Dr. 161
 Vornweg 161
 Voss, Ludwig 89

W

Wachtendong, Walter 89
 Wagenknecht, Willi 201
 Wagner 211, 212
 Wagner, Alfonds 53, 321
 Wagner, Hans-Hein, Dr. 161
 Wagner, Walter, Dr. 161
 Wagner, Wilhelm 89
 Wahl, Ernst 161
 Waibel, Hermann T. 5
 Walczynski 111
 Waldbillig, Hermann 89
 Waldheim, Gottfried von 246
 Waldschmidt, Herbert 53
 Wallis 161
 Walter 161
 Walther, Gebhard von, Dr. 246
 Walther, Wolfgang 161

- Wälzholz 124, 161
 Warburg T. 46
 Wassenberg, Hans 93
 Wätjen, Rudolf 201
 Weber, Erich, Dr. 161
 Weber, Fritz 89
 Weber, Kurt 161
 Weber, Walter, Dr. 161
 Weber, Walter, Dr. 246
 Webermeier, Herbert 161
 Wedeking, Siegfried, Dr. 125, 161
 Wegener, Walter, Dr. 255, 267, T. 47
 Wegert, Kurt, Dr. 161
 Wehner, Bernhard, Dr. 90
 Wehner, Martin 161
 Wehrmeister 161
 Wehrstedt, Friedrich-Wilhelm, Dr. 246
 Weiden, von der, Dr. 162
 Weigold, Hermann 89
 Weinelt, Wilhelm, Dr. 162
 Weinerth, Kurt, Dr. 162
 Weinreich, Hermann 89
 Weise 162
 Weissenberger, Heribert 162
 Weitnauer, Dr. 162
 Weitzel 162
 Weiz, Gerhard, Dr. 246
 Weizsäcker, von 203, 227
 Welck, Wolfgang Freiherr von 247
 Weltz, Georg August, Prof. 321
 Welwarski, Wilhelm, Dr. 255, 283, 317
 Wendel, Wilhelm 162
 Wendik 162
 Wendland, Jork Alexander Freiherr von 247
 Wendler, Richard, Dr. 58
 Wenzel, Erich 90
 Wenzel, Friedrich-Karl, Dr. 162
 Wenzel, Kurt 162
 Wenzel, Rudolf 283
 Werber, Karl 162
 Werkmeister, Karl, Dr. 211, 247
 Werner, Berthold, Dr. 162
 Werner, Hans-Ulrich 93
 Werner, William 53
 Werther, Friedrich, Dr. 162
 Werthern, Charlotte Margot von 247
 Werz, Luitpold, Dr. 221
 Wessel, Gerhard 201
 Westenburg, Dr. 162
 Westrick, Ludger 39 f., T. 11
 Wettengel, Alfred, Dr. 162
 Weydenhammer, Rudolf 53
 Wichers, E. A. 313
 Wichmann, Heinz 195, 196
 Wicke, Oswin 90
 Wickert, Erwin, Dr. 247
 Wickmann 162
 Widera 162
 Wiebens, Wilhelm 87, 90
 Wiczorek, Wilhelm 122
 Wiedemann, Viktor, Dr. 162
 Wiegers, Prof. T. 46
 Wiehl 208, 215, 224
 Wieland, Walter 53
 Wienecke, Josef 162
 Wietersheim, Hans-Joachim von, Dr. 283
 Wilcke, Henning 201
 Wildt, Dr. 124, 162
 Will, Hermann, Dr. 162
 Willer 163
 Willecke 163
 Willhausen, Hans 54
 Wilhelm, Georg 90
 Wilhelm, Theodor, Prof. 288, 300 f. 302
 Wilhelms, K. H. 309
 Willinger, Karl 283
 Wilkerling, Dr. 103, 163
 Wimmer, Eberhard, Dr. 163
 Windecker T. 44, 45
 Winckhler, Hugo, Dr. 163
 Winkelmann 210
 Winkelmann, Otto 64, 74
 Winkler, Prof. 269
 Winkler, Kurt 54
 Winnacker, Karl 54
 Winter 219
 Wintermann 163
 Wirsing, Giselher 321
 Wirth, Hermann, Prof. 269, T. 46
 Wirtz 33
 Witt, Heinz, Dr. 163
 Witte, E. T. 46
 Wittek, Josef 93
 Wittmann, Max 90
 Witzig, Konrad, Dr. 123, 163
 Witzleben, Wolf-Dietrich von 54
 Wisliceny 215
 Wisselmann, Heinrich 54
 Wlassow 264
 Wobser, Herbert 222, 247
 Wodtke 163
 Woermann 203, 205, 226
 Wohak, Heinz, Dr. 283
 Wohlauf, Julius 90
 Wohnsdorf, Hans 163
 Wojcikiewicz, Ottilie 118
 Woldt, Heinz, Dr. 163
 Wolf, Erik, Prof. 286
 Wolff, Gustav-Adolf 163
 Wolff, Karl 73
 Wolff, Karl 21, 32 f., T. 8
 Wolff, Paul 163
 Wolfrum, Dr. 163
 Wolfrum, Gerhard, Dr. 283
 Woll, Albert 163
 Wollenweber, Karl-Gustav, Dr. 247
 Wollf, Ludwig 283
 Wollschina, Wilhelm 90
 Wollschläger 163
 Wolschke, Waldemar 247
 Wonhas, Paul, Dr. 163
 Wöstmann, Dr. 163

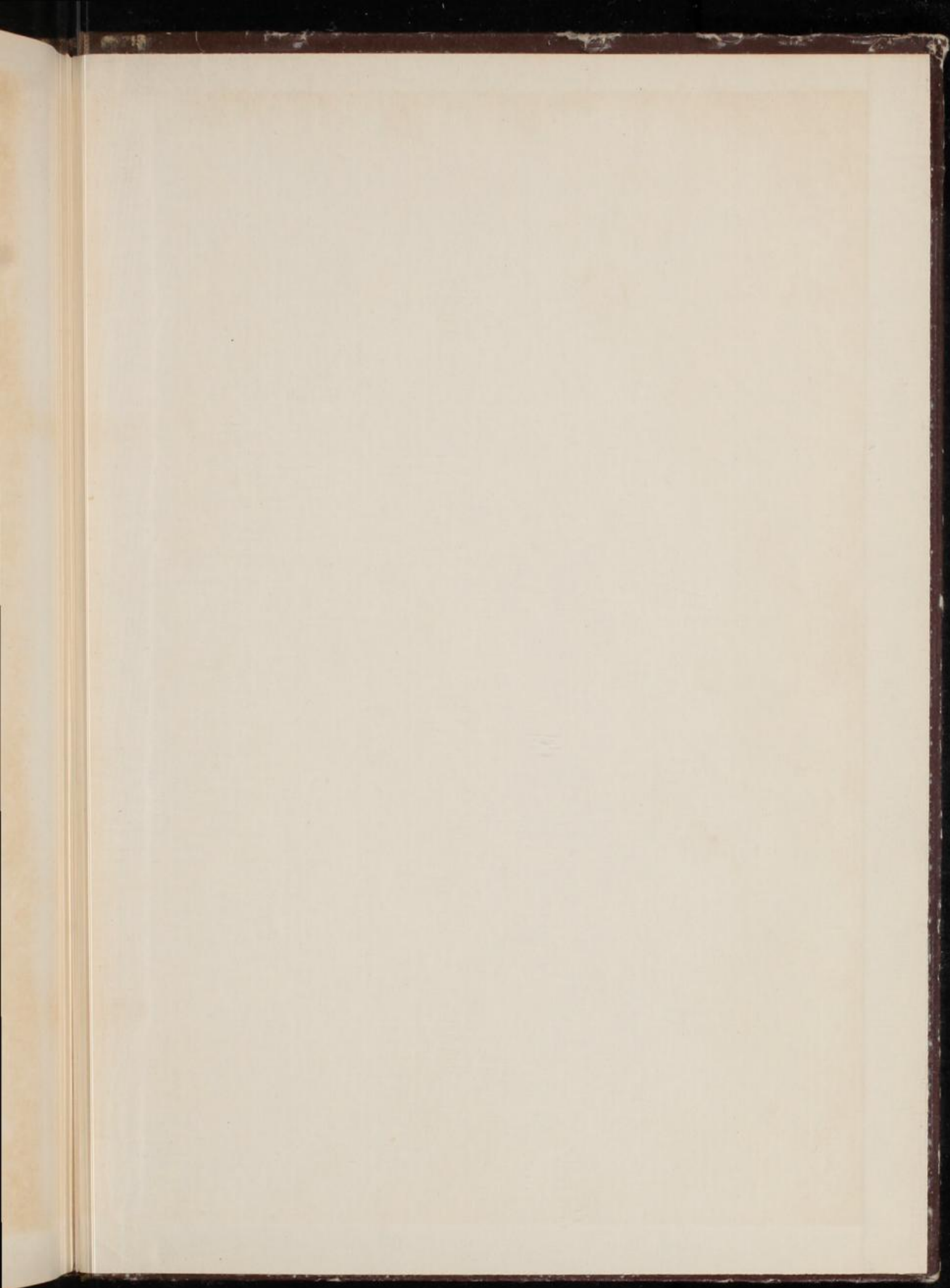
Wroblewski, Dr. 163
 Wühlisch T. 42
 Wulkow 164
 Wünschmann, Walter, Dr. 163
 Wurster, Carl 13, 54
 Wussow, Fritz 247
 Wüstenberg, Paul, Dr. 247

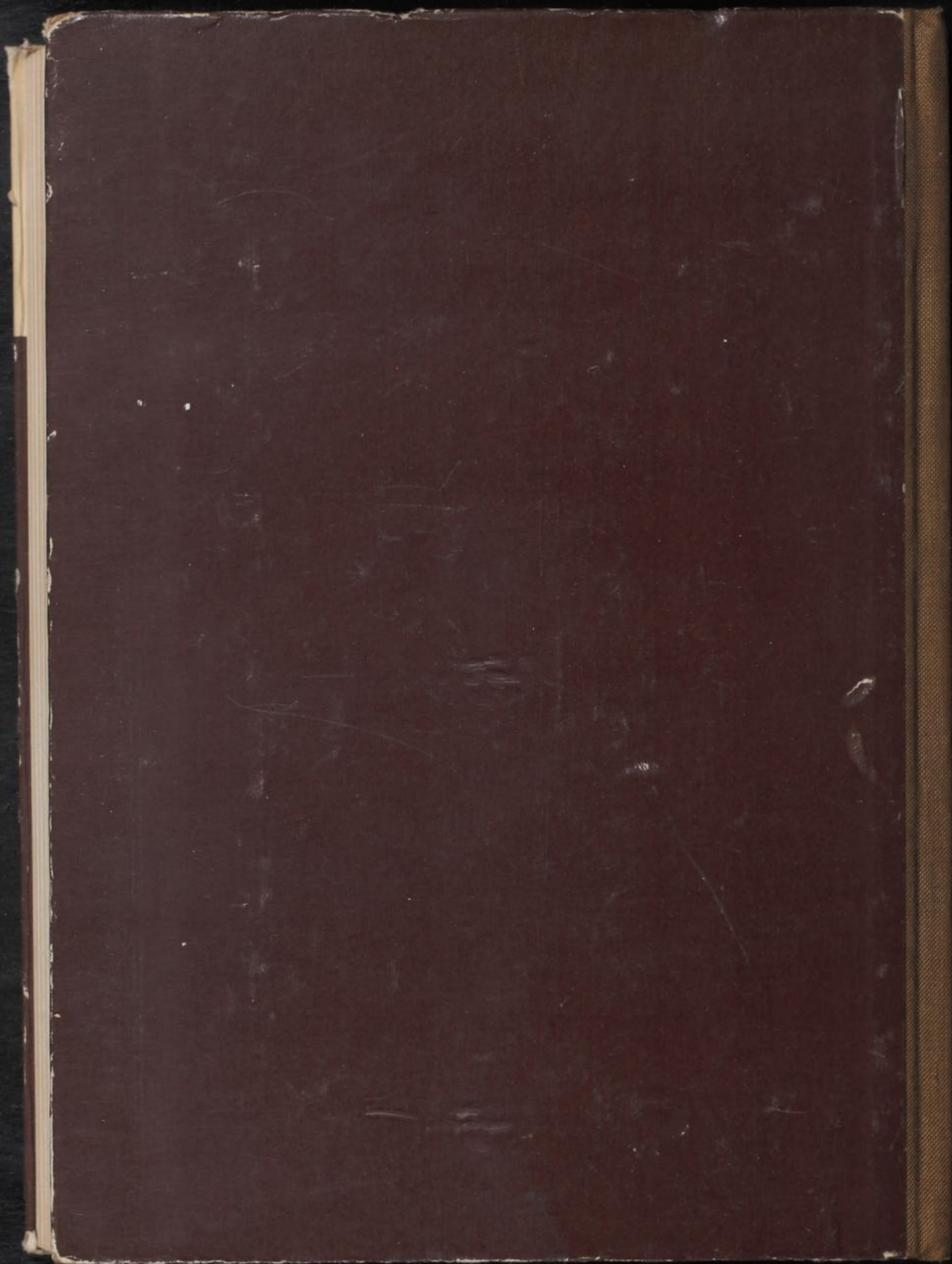
Z

Zain, Dr. 164
 Zangen, Wilhelm 54
 Zaum, Hermann, Dr. 164
 Zbikowski, Dr. 164
 Zapf, Willi 90
 Zapp, Karl-August, Dr. 247
 Zaske, Dr. 164
 Zawadill, Walter, Dr. 283
 Zawadzki, Wolf von 201
 Zech-Nenntwich, Hans-Walter 90
 Zellmann, Dr. 164

Zenker, Karl-Adolf 188, 189
 Zentgraf, Hans 58
 Zica, Nikolai von 292
 Zienicke, Hans-Albrecht, Dr. 164
 Ziesel, Kurt 289
 Zietlow, Fritz 90
 Ziller, Karl 116, T. 26
 Zimmer, Johannes 164
 Zimmerath 164
 Zimmermann, Karl, Dr. 247
 Zimmermann, Walter, Dr. 247
 Zind 75
 Zinser, Christian, Dr. 247
 Zintel, Ludwig 247
 Zipfel, Fritz 90
 Zippelius, Friedrich, Dr. 283
 Zirpins, Walter, Dr. 90
 Zitzmann T. 42
 Znajdek, Michel 261
 Zoglmann, Siegfried 272
 Zoller, Max 164
 Zwarycz, Anna 110, 111

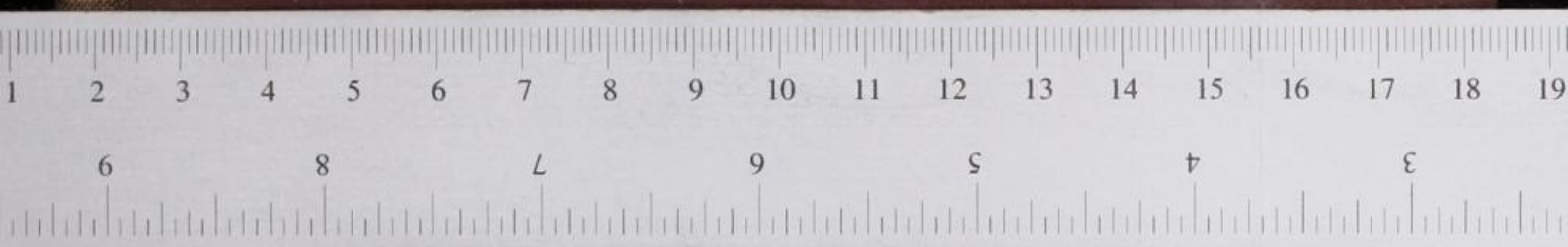
00







UCH



Nazi- verbrecher in

DER BUNDESREPUBLIK

STAAT

WIRTSCHAFT

VERWALTUNG

ARMEE

JUSTIZ

WISSENSCHAFT